



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltgeschichte im Aufriß auf geopolitischer Grundlage

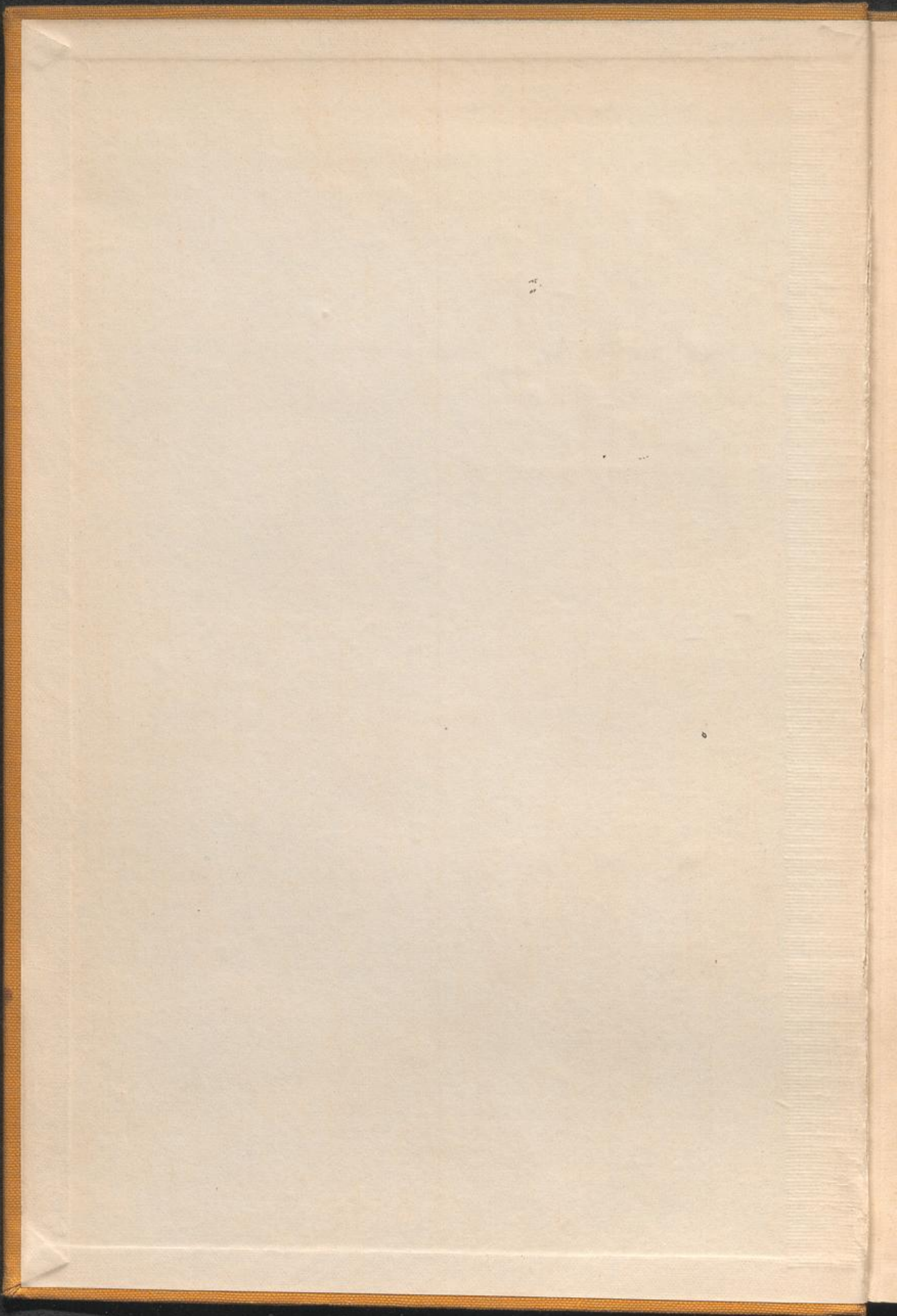
Braun, Franz

Dresden, 1930

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77289](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77289)

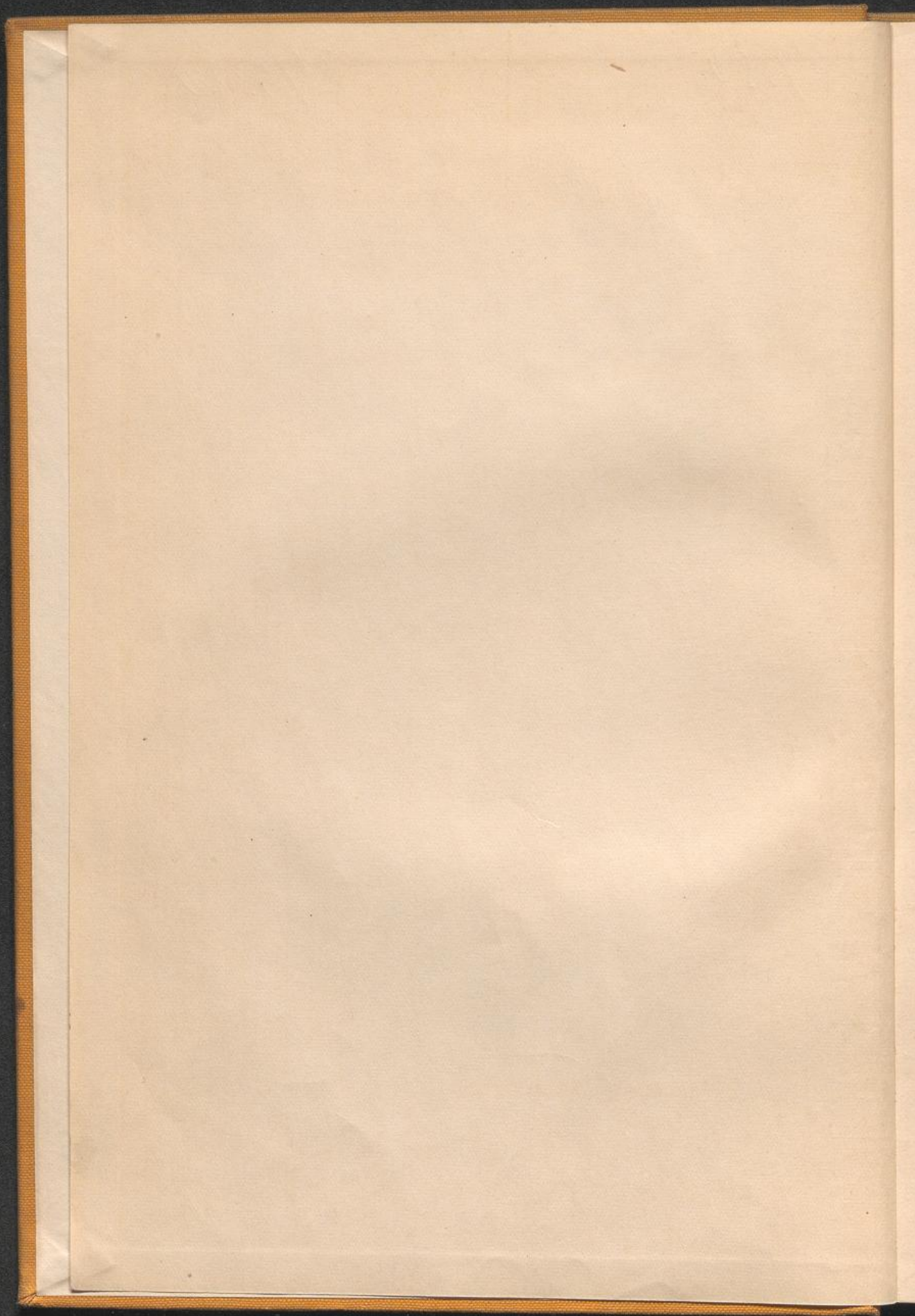
Dr. Franz Braun und A. Hilgen Ziegfeld

Weltgeschichte im Aufriß



7.57

247.20.



Weltgeschichte im Aufriß

auf geopolitischer Grundlage

herausgegeben von

Dr. Franz Braun und H. Hillen Ziegfeld

3 Teile in einem Bande

Hierzu erschien:

Geopolitischer Geschichtsatlas

240 Karten auf 100 Tafeln

herausgegeben und bearbeitet von

Dr. Franz Braun und H. Hillen Ziegfeld



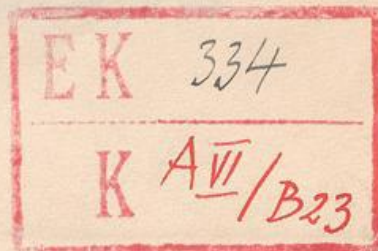
03

M

18634

Verlag von L. Ehlermann in Dresden

1930



Weltgeschichte im Aufbau

auf geschichtlicher Grundlage

herausgegeben von

Dr. Franz Brunn und R. Hilferding

in 10 Bänden

Copyright by E. G. Schermann 1930 / Printed in Germany

Verlag von E. G. Schermann in Berlin

1930

Vorwort.

Trotz aller Höchstleistungen auf den Gebieten des materiellen und kulturellen Lebens, insbesondere der fachwissenschaftlichen Forschung, zeigt das Kulturleben der Gegenwart deutliche Merkmale eines geistigen Zwiespaltes. Ein Gefühl des Unbefriedigtseins macht sich geltend. Man vermißt bei aller Achtung vor der Einzelleistung, vor den großen und reichen Erfolgen gelehrter Arbeit den auf das Ganze bezogenen inneren Zusammenhang, der zu einer Erhöhung und Vertiefung des eigenen Lebensgehaltes und -gefühles führen könnte. Es fehlt die Königin der Wissenschaft, die wie früher die Philosophie alle fachwissenschaftlichen Ergebnisse zusammenfaßt.

In der persönlichen Lebensführung wie im politischen Leben äußert sich diese geistige Krise in einem auffallenden Mangel an Verantwortungsgefühl gegen das Ganze, an verpflichtendem Staatsgefühl gegenüber der Gesamtheit. Die Selbstsucht des einzelnen wie der verschiedenen Wirtschaftsgruppen, die Zerrissenheit der Parteien haben einen Tiefstand staatlichen Lebens gezeitigt. Für das innere Gesamtgefühl des Menschen, für die staatliche und völkische Aufgabe der Gegenwart liegt darin eine unverkennbare große Gefahr. Es fehlt allerdings auch nicht an Kräften, die dem entgegenzuwirken trachten. Schon drängt die Wissenschaft selbst nach innigerer Fühlungnahme der Einzelfächer untereinander, verlangen starke Bestrebungen eine Zusammenfassung und Einordnung alles Volkstums und seines Lebenswillens in ein Kultur- und Staatsleben, nach dem das Volksganze, die Volksseele sich sehnt.

Als die wichtigste Erscheinungsform des menschlichen Lebens gilt uns der Staat. Ihm kann eine starke Staatsgesinnung und ein gefestigtes soziales Bewußtsein seiner Bürger inneres Leben geben. Für eine tätige Mitarbeit an seiner äußeren und inneren Entwicklung bedarf es aber eines vertieften Gefühles für staatliche Daseinsbedingungen.

Eine solche grundlegende staatspolitische Schulung zu vermitteln ist Ziel und Zweck dieses Buches und des ihm verbundenen geopolitischen Atlases. Sie suchen mit Wort und Bild geschichtliches Werden lebendig zu machen.

Wie die Karte gerade geeignet ist, Völkerschicksale und Kulturentwicklungen in ihrer Abhängigkeit von den geographischen Bedingungen ihres Lebensraumes und von der politischen Gestaltung der Umwelt aufzuzeigen, so stellt sich auch der vorliegende Text vornehmlich auf den Boden einer geopolitischen Geschichtsbetrachtung. Die Größe, Gestalt und Lage des Staats- und Lebensraumes der Bürger, die Grenzen, die physische, völkische und wirtschaftliche Struktur des Staates bestimmen wesentlich das Maß seiner Stärke und seiner Stellung in der Staatengesellschaft, bestimmen auch das Wesen seiner Nationalwirtschaft und

seine Bedeutung in der Weltwirtschaft. Die besondere Berücksichtigung geopolitischer Bedingungen, ihrer Wachstums- und Entwicklungsantriebe will natürlich nicht die entscheidende geschichtsbildende Bedeutung der Völker als Träger des Staates sowie der großen Persönlichkeiten in ihnen irgendwie in Abrede stellen. Gerade die Verfolgung des dem Staatsraume innewohnenden eigengesetzlichen Lebenswillens vermittelt wichtigste Einsichten in die geschichtliche und kulturelle Entwicklung.

Der vorliegende weltgeschichtliche Abriss lehnt sich in seiner Einteilung genau an die Atlasblattfolge an. Neben einer Erläuterung der Karten bietet der Text zugleich Ergänzungen, die für das Verständnis wichtig sind, sich graphisch aber nicht ausdrücken lassen.

So bilden Atlas und Text eine Einheit, ohne daß aber das Verständnis des einen nur durch das andere bedingt wäre. Deshalb konnten die beiden Teile auch aus praktischen Rücksichten im buchhändlerischen Verkehr getrennt werden.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht natürlich der deutsche Staat, das deutsche Volk, aber eingeordnet in die europäische Geschichte und eingefügt in die Weltpolitik. Neben der politischen Geschichte wird auch die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt, besonders in der Neuzeit zur Vermittlung tieferen Verständnisses der Gegenwart.

Unsere Arbeit soll dazu beitragen, „den deutschen Menschen wurzelfest im Heimatboden, in seinem Volkstum, im Staat zu machen, und soll ihn befähigen, zu den im Leben gestellten politischen Aufgaben kritisch, zugleich sicher und tatkräftig Stellung zu nehmen“.

Herbst 1929.

Dr. Franz Braun
Lauenburg.

A. Hilten Ziegfeld
Berlin.

Inhalt.

I. Altertum.

Erde und Geschichte.

I. Halbtugeln größter Land- und Meeresmassen	3
II./III. Erde und Geschichte	3
IV. Aufbau und Raumgliederung Europas	3
Die ältesten Kulturvölker des Orients.	
V. Der vorderasiatische Zwischenerteil und Ägypten	11
Die Völker des Nil- und Zweistromlandes um 2000 v. Chr. und ihre staatliche Entwicklung. — Ägypten. — Das Zweistromland: Babylonien und Assyrien.	
Die griechische Staatenwelt und ihre Auseinandersetzung mit Asien.	
VI. Einbruch nordischer Völker in das Ostmittelmeergebiet	17
1. Erste Griecheneinwanderung der Jonier und Achäer. Nachrückten der Thraker (um 2000).	
2. Zweite Einwanderung. Vorstoß der Illyrier, thrakisch-phrygische, thessalisch-dorische Wanderung (13. Jahrh. v. Chr.).	
3. Auswirkung der griechischen Ostwanderung und die politische Lage im Orient (13.—11. Jahrh. v. Chr.).	
VII. Schauplatz griechischer Geschichte	18
1. Raumbild Griechenlands.	
2. Die griechischen Dialekte im 5. Jahrh. v. Chr.	
3. Die griechische Welt und der Orient im 8.—7. Jahrh. v. Chr.	
VIII. Vorderasiatische Großmachtbildungen indogermanischer Völker	20
1. Das Mederreich im 6. Jahrh.	
2. Das Perserreich unter Darius Hystaspes um 500 v. Chr.	
IX. Die politischen Kraftzentren Griechenlands und die Auseinandersetzung mit Asien	22
1. Spartas Machtstellung im Peloponnes. Seine Führerstellung in Griechenland.	
2. Griechenland in der Abwehr der Perser 500—479.	
3. Athens Seereich 478/7 und Zweifrontenkrieg gegen den persischen Nationalfeind (bis 448) und Sparta (bis 445).	
4. Athens Machtstreben auf dem griechischen Festland 459—445.	
X. Der Fader Griechenlands. Persiens politisches Übergewicht	26
1. Der peloponnesische Krieg 431—404.	
2. Sparta und die nationalhellenische Aufgabe in Kleinasien. Der böot.-korinth. Krieg 395—387.	
3. Thebens Machtstreben 371—362.	
Makedoniens Aufstieg und Weltherrschaft.	
XI. Der Zerfall Griechenlands und Makedoniens Aufstieg	27
Makedoniens Wachstum 359—336. Griech. Bündnishandel 270—230.	
XII. Niedergang und Zusammenbruch des Perserreiches. Alexanders panhellenischer Rachekrieg und Weltreichgründung	28
1. Der Zug der Zehntausend.	
2. Sicherung und Erweiterung Makedoniens.	
3. Das Alexanderreich.	

XIII. Zerfall des Alexanderreiches	30
1. Die vier Diadochenreiche nach der Schlacht bei Ipsos 301.	
2. Weitere Auflösung und Aufteilung.	
Phönikisch-karthagische Seemacht.	
XIV. Phönitisch-karthagische Raumpolitik im westlichen Mittelmeer	32
XV. 1. Phönitisch-karthagische Handels Herrschaft und Seegeltung.	
XVI. 1. Das karthagische Reich bei Beginn des ersten punischen Krieges.	
2. Karthagos Machtbereich zur Zeit des zweiten punischen Krieges.	
Der italische Nationalstaat und seine Entwicklung zum Weltreich.	
XV./XVI. Rom und Italien	34
XV. 1. Landschaft und alte Straßen.	
XVI. 1. Die Völker der Apennin-Halbinsel.	
2. Die politische Einordnung der italischen Völker in den römischen Staat.	
XVII. Die Grundlegung des römischen Weltreiches	36
1. Roms Kampf um das westliche Mittelmeerbecken, 1. und 2. punischer Krieg.	
2. Roms Hinübergreifen in das Ostmittelmeergebiet.	
XVIII. und XIX. Die Durchreise des Weltherrschaftsgedankens. Seine rücksichtslose Durchführung im Westen und Osten	38
1. Roms Umfassen des Westmittelmeeres 146—105. Sturmzeichen im Norden 113—101.	
2. Einverleibung Makedoniens, Griechenlands und Kleinasiens 168/146. 135 (XVIII, 1).	
3. Die Auseinandersetzung mit Mithradates und Tigranes (XVIII, 2).	
4. Die Neuordnung des Ostens durch Pompeius 63 (XVIII, 3).	
XX. Die Vollendung des italischen Nationalstaates. Untergang der Republik	40
1. Der Bundesgenossekrieg 91—88.	
2. Persönliche Machtpolitik der Reichsfeldherren.	
3. Der Wettstreit um die persönliche Herrschaft zwischen Cäsar und Pompeius, Antonius und Oktavian.	
XXI. Die Vollendung des römischen Weltreiches im Zeitalter des Prinzipats	42
Ausbau und Sicherung des Reiches und seine größte Ausdehnung.	
XXII. Neuordnung des Reiches durch das absolute Kaisertum. Das Christentum	43
Reichsteilung unter Diokletian.	
Westrom und Ostrom.	
XXIII. Sprengung des Reiches	45
Der Untergang Westroms im 5. Jahrh.	
XXIV. Der Balkan. Landschaften und Räume	46
XXV. Das oströmische Reich und das werdende Abendland	46
1. Ostrom (526) nach der germanischen Völkerwanderung.	
2. Ostrom (568) im Kampf um das Erbe Westroms.	
3. Ostrom (800) und der vordringende Islam.	
4. Das Christentum bis 814.	
Die Welt des Altertums.	
XXVI. Das Erdbild des Altertums	48

II. Das Mittelalter.

Das vor- und frühgeschichtliche Europa.

- I. Aufbau und Gliederung Europas. 3
 Das vor- und frühgeschichtliche Europa.

Grundlagen der mittelalterlichen Staatenwelt.

- II. Frühgeschichtliche Siedlung in Mitteleuropa. . . 8

1. Verbreitung der Kelten und Germanen im 5. Jahrhundert.
2. Räumliche Verschiebungen der Kelten und Germanen im 1. Jahrhundert v. Chr.
3. Vorstöße nach dem Süden.
4. Gegenwirkungen von Süden.
5. Verfall der römischen Grenzsicherungen.

- III. Die Völkerwanderung. 11

1. Völkerverschiebungen in Europa bis 500.
2. Die Sitze der Deutschen am Ende der Völkerwanderung.

- IV. Werden und Vergehen germanischer Staaten.
 Der Siegeszug des Islams. 13

1. Erste Staatenbildungen (nach 476). Größte Ausdehnung des Westgotenreiches.
2. Das Staatenbild um 526. Machthöhe der Ostgoten.
3. Die Kräfteverteilung nach 568. Träger der Entwicklung: Franken, Langobarden und Ostrom.
4. Untergang der germanischen Völker auf römischem Reichsboden. Das Frankenreich und der Islam 751.

- V. Die Normannen (Wikinger). 17
 Normannenzüge und Staatengründungen 800—1200.

- VI. Völkerverteilung in Europa nach Ausklingen
 der Völkerwanderung. 19
 Die Völker Europas um 900 n. Chr.

Entwicklung vom regnum Francorum zum karolingischen Universalreich.

- VII. Geographische Grundlagen des fränkischen Er-
 obererreiches. 21

1. Das Rheinlandbecken — das Kerngebiet des Frankenreiches.
2. Der Ausbau der fränkischen Südostflanke: Bayern und die bayrische Volksausdehnung.
3. Der Ausbau der Nordostflanke: Die Eroberung der alt-sächsischen Kernlande.
4. u. 5. Grenzschutzsystem Karls des Großen und der sächsischen Kaiser.

- VIII. Aufstieg des fränkischen Reiches zur Zeit der
 Merovinger. 27

1. Eroberungen unter den Merovingern.
2. Reichsteilungen und Wiedervereinigung durch die Hausmeier.

- IX. Entwicklung des fränkischen Königtums der Ka-
 rolinger zur Großmacht des christlichen Abend-
 landes. 29

1. Das Reich Karls des Großen.
2. Die Verbreitung des Christentums 814.

- X. Zerfall des karolingischen Universalreiches unter
 den Erben Karls des Großen. 31

1. Reichsordnung von 817. Wahrung der Reichseinheit unter dem Einfluß der Kirche.

2. Die Reichsteilung von 843 nach dem Vertrag von Verdun.	
3. Die nationale Teilung zu Merzen 870.	
4. Der völlige Zerfall des Frankenreiches. Bildung der Stammesherzogtümer 876—911.	
Die Begründung des deutschen Staates und seine Vormachtstellung im Abendlande.	
XI. Die Begründung des deutschen Staates	35
Die 5 Stammesherzogtümer (911) und ihre Zusammenfassung zum Deutschen Reiche (925) durch Heinrich I. Der Beginn der deutschen Ostausdehnung.	
XII. Wiederaufrichtung des römisch-deutschen Kaisertums unter Otto d. Gr. Seine Beherrschung des mitteleuropäischen Raumes und Vormachtstellung im Abendlande	36
Das Einheitsreich Otto d. Gr. auf Grund des geistlichen Fürstentums.	
XIII. Kaisertum und Papsttum im Ringen um die Oberhoheit und Weltherrschaft	40
Heinrichs IV. Kampf mit Gregor VII. Der Kirchenstaat und die Normannen in Unteritalien.	
XIV. Erweiterung des politischen Schauplatzes im Norden und Osten. Christlicher Glaube und die Kreuzzüge	45
1. Nordische Machtbildungen: Das Reich Knuts d. Gr. 1016—1035 und Waldemars II. 1202—1241.	
2. Das christliche Abendland im Gegensatz zur orientalischn-mohammedanischen Welt (11. Jahrhundert).	
3. Die Kreuzzüge (1.—3.)	
XV. Deutsche Schicksalswende: Die Königswahl von 1138. Die Rückbesiedelung des Ostens	45
1. Südpolitik der Hohenstaufenkaiser.	
2. Ostpolitik der grenzmärkischen Landesfürsten und Ostbewegung des deutschen Volkes.	
XVI. Höhepunkt der deutschen Kaisermacht	53
Die Umklammerung des Papstes durch die staufische Macht.	
Zusammenbruch des Kaisertums. Auflöfung des mittelalterlichen Europas.	
XVII. Der Zusammenbruch der deutschen Vorherrschaft. Der Sieg des Papstes	56
1. Weltherrschaftsstreben des Papstes Innocenz III. Das Papsttum auf der Höhe seiner Macht.	
2. Der Untergang der staufischen Herrschaft in Italien.	
3. Bildung der Landesfürstentümer.	
XVIII. Die abendländische Welt ohne Vormacht. Erstarren außerdeutscher Staaten	58
1. Europa in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts.	
2. Die kaiserliche Hausmachtpolitik und die wachsenden Territorialgewalten in Deutschland.	
3. u. 4. Hansa und Ritterorden als Träger des deutschen Ostgedankens.	
XIX. Zerfall des Reiches. Zerrissenheit Italiens	64
1. Die Territorialstaaten und geistlichen Gebiete in Deutschland. Die abbröckelnden Randgebiete.	
2. Italien.	
3. Der Verlust des deutschen Baltikums an Polen-Litauen, Rußland und die Länder Scandinaviens.	

Nationale Machtstaatenbildung im Westen Europas.

- XX. Übergang der Vorherrschaft in Europa auf die Nationalstaaten des Westens 68
 Versuch einer Reichsreform in Deutschland. Habsburgische Machtentwicklung. Dynastischer Gegensatz zwischen Frankreich und Spanien-Osterreich.
- XXI. und XXII. Grundlegung der westeuropäischen Machtstaaten 69
 Frankreich 69
- XXI. 1. Die geographischen Grundlagen französischer Staatsbildung.
 2. Die Kapetinger — die Erben des regnum Francorum 887.
 3. Frankreichs Tiefstand 1180.
 4. Die Einigung Frankreichs bis 1453 (Ende des 100jährigen Krieges mit England).
 Die Pyrenäenhalbinsel und England 73
- XXII. 1. Neue christliche Staatenbildungen in den Bergen Nordspaniens gegen die Araberherrschaft.
 2. Das portugiesische und spanische Reich.
 3. Der angelsächsische Einheitsstaat.
 4. England unter dänischer Herrschaft (1016—1035).
 5. Die normannische Eroberung 1066. Englischer Besitz in Westfrankreich seit den Plantagenets (1154).
 6. Ende der englischen Festlandspolitik 1453. Stand des Kampfes zur Zeit des Friedens von Brétigny 1360.
- Europa im Kampf gegen Asien.**
- XXIII. Europa in der Abwehr asiatischer Völkerstürme . 78
 1. Vorstöße der Hunnen, Avarn, Ungarn, Mongolen. Das Vordringen des Islams. Ausbreitung der arabischen Herrschaft.
 2. Die selbsthütischen Türken und der Islam. Die Mittelmeerländer zur Zeit des ersten Kreuzzuges. Die Entstehung der italienischen Seestadtstaaten des Mittelmeeres.
- XXIV. Europas Kampf gegen den Islam und seine Folgen 80
 1. Die Mittelmeerländer nach dem vierten Kreuzzuge. Die vordringenden Mongolen (13. Jahrhundert).
 2. Die Wiederherstellung des byzantinischen Reiches.
 3. Die endgültige Vernichtung des oströmisch-byzantinischen Reiches.
- Wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Mittelalters.**
- XXV. Das Verkehrsbild des Mittelalters 81
- XXVI. Das Erdbild des Mittelalters 81

III. Die Neuzeit.

Die Zeit der Entdeckungen und Kolonialreichbildungen. Die Reformation.	
Martin Behaim's Globus 1492: Die Vorstellung des 15. Jahrhunderts.	
I./II. Europäische Ausweitung in der Neuzeit	3
I. Die Entdeckungen.	
II. Überseebesitz westeuropäischer Staaten im 16./17. Jahrhundert.	
III./IV. Reformation und Glaubensspaltung des deutschen Volkes	6
III. 1. Ausbreitung der Reformation in Deutschland bis 1555. Stärkung der fürstlichen Landesmacht.	
IV. 1. Ausbreitung der Reformation in Europa.	
2. Die Staaten Europas im 16. Jahrhundert.	
3. Der Schmalkaldische Krieg.	
4. Der Erfolg der Gegenreformation.	
V./VI. Die Hauptspannungsgebiete Europas im 16. Jahrhundert	17
V. Der Nationalstaat Frankreich im Kampf gegen das Universalreich der Habsburger.	
VI. 1. Englands Aufstieg zur europäischen Großmacht. Die Entwicklung der schwedischen Ostseemacht 1523—1658.	
2. Das holländische Kolonialreich.	
3. Das osmanische Reich in seiner größten Ausdehnung in Südosteuropa.	
Deutschlands Auflöfung. Das Zeitalter des Absolutismus.	
Der Zerfall des Mittraumes.	
VII. Der Entscheidungskampf im 30jährigen Kriege 1618—1648. Deutschland — das Schlachtfeld Europas	27
1. Der böhmisch-pfälzische Krieg 1618—1623 und der niederländisch-dänische Krieg 1623—1630.	
2. Der schwedische Krieg 1630—1635 und der schwedisch-französischer Krieg 1635—1648.	
VIII. Die Zerstörung des Reiches	30
1. Fremder Besitzstand im Reiche und endgültige Gebietsverluste.	
2. Gebietserweiterungen der Territorialstaaten.	
3. Frankreichs Vordringen nach dem Rhein.	
4. Österreich-Ungarn als Abwehrmacht gegen die Türken.	
Die Westmächte.	
IX./X. Politisches Übergewicht Westeuropas. Das Zeitalter des Absolutismus	33
IX. 1. und 2. Ausbau der englischen Seeherrschaft gegen Spanien und Holland. Aufstieg Frankreichs zur ersten Landmacht.	
3. Englische und französische Kolonialerwerbungen im 17. Jahrhundert.	
4. Frankreichs Machthöhe unter Ludwig XIV. Hemmung seiner Eroberungspolitik.	
X. 1. Der Große Kurfürst und der brandenburgische Gesamtstaat.	
2. Die Kolonialbestrebungen des Großen Kurfürsten in Afrika.	
XI. Das weltpolitische Ringen zwischen England-Frankreich und Habsburg-Frankreich	42
1. Die große Allianz gegen Frankreich 1688 (3. Raubkrieg 1689—1697).	
2. Der spanische Erbfolgekrieg 1701—1714; englische Politik des europäischen Gleichgewichtes.	
3. Der spanische Erbfolgekrieg 1701/1714. Territoriale Ergebnisse.	

Der Norden und Osten Europas.

- XII. Machtverschiebung im nordöstlichen Europa . . . 44
 1. Der nordische Krieg 1700—1721.
- XIII. Europa um 1740 46
 1. Frankreichs europäische Vormachtstellung.
- XIV. Die Entwicklung zum russischen Staate 47
 1. Die warägische (normannische) Periode.
 2. Die tatarische Eroberung Anfang des 13. Jahrhunderts. Kampf der Steppenvölker gegen die Waldbewohner.
 3. Die Staatserneuerung durch die Ruriks von Moskau (Entwicklung bis 1689).
 4. Erhebung des russischen Wald- und Steppenstaates zur europäischen Großmacht 1689—1796.

Preußens Aufstieg.

Weltpolitischer Entscheidungskampf zwischen England und Frankreich.

- XV./XVI. Preußen — europäische Großmacht. England — Weltmacht 49
 XV. 1. Der erste schlesische Krieg 1740—1742 und der österreichische Erbfolgekrieg 1740—1748.
 2. Der zweite schlesische Krieg 1744—1745.
 3. und 4. Die weltpolitische Entscheidung zwischen England und Frankreich in den Kolonien 1754—1763.
- XVI. Preußen — europäische Großmacht 53
 1. Der siebenjährige Krieg 1756—1763.
 2. Friedrich der Große nach 1758 in der Verteidigung. Der Umschwung 1762.
- XVII. Preußen und Österreich als Abwehrstaaten gegen Rußland. Die orientalische Frage 55
 1. Die Teilungen Polens.
 2. Rußlands Ausbau seiner atlantischen Seestellung. Balkan- und Meerengenbefreiung.
 3. Preußens Zweifrontenentwicklung.
- XVIII. Der Zusammenbruch des ersten englischen Kolonialreiches. Neubau des Weltreiches . . . 58
 1. Der Unabhängigkeitskrieg der nordamerikanischen Kolonien 1775—1783.
 2. Das neue englische Kolonialreich in Vorderindien.
 3. Die Grundpfeiler des neuen britischen Weltreiches.

Die französische Revolution. Deutsche Kleinstaaterei.

Napoleon im Kampf mit Europa.

- XIX. Deutschland 1792 60
 Die deutsche Kleinstaaterei.
- XX. Zertrümmerung des alten Reiches. Frankreichs europäische Machtpolitik und Vormachtstellung 1792—1805 64
 1. Der Rhein — Deutschlands Grenze 1797—1801. Die Säkularisationen 1803.
 2. Der Rheinbund. Napoleons Herrschaft.
- XXI. Preußens Zusammenbruch 1806—1807. Frankreich auf der Höhe seiner Macht. Napoleons Ende 71
 1. Die Unglücksjahre 1806—1807.
 2. Napoleons Weltpolitik. Der Umschwung 1812.
 3. Befreiungskriege 1809 und 1813. Der Herbstfeldzug 1813.
 4. Die Feldzüge in Frankreich und Belgien 1814—1815.

XXII. Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts auf dem Wiener Kongreß	77
1. Die Neuordnung Mitteleuropas 1815. Der Deutsche Bund.	
2. Metternichs Mitteleuropa-Idee.	
Abschluß der nationalstaatlichen Entwicklung in Europa: Deutschland, Italien, Balkan.	
XXIII. Die territoriale Entwicklung Preußens	79
1. Preußen 1815. Grenzschutz im Westen gegen Frankreich.	
2. Die Mark Brandenburg zur Zeit der Astanier 1134—1320.	
XXIV. Neubegründung des Deutschen Reiches	80
1. Europa nach 1805. Der Deutsche Bund.	
2. Der preussisch-hessische Zollverein.	
3. Der deutsche Zollverein. Ausschluß Österreichs.	
4. Kleindeutsche Lösung der deutschen Frage. Der Norddeutsche Bund 1866—1871 und das Deutsche Reich 1871.	
XXV./XXVI. Die Einigungskriege	87
XXV. 1. Der schleswig-holsteinische Freiheitskampf 1864.	
2. Der Dualismus Österreich-Preußen und seine Entscheidung 1866.	
XXVI. 1. Der deutsch-französische Krieg 1870/71.	
XXVII. Nationalstaatliche Entwicklung in Italien und den Balkanländern	92
1. Italien nach 1815 unter dem beherrschenden Einfluß Österreichs.	
2. Nationale Einigung Italiens 1859/60.	
3. Nationale Erhebungen in den Balkanländern. Europäische Politik und die orientalische Frage 1812—1878.	
4. Die Erbschaft des „kranken Mannes“ 1878—1913.	
Die Zeit des Imperialismus.	
XXVIII. Bündnisysteme Europas	98
1. Die Staaten Europas 1878—1914.	
XXIX. Das imperialistische Rußland	100
1. Rußlands europäisches und asiatisches Wachstum.	
XXX. Das britische Weltreich	105
1. Entwicklung bis 1914.	
2. Befizstand nach dem Weltkrieg 1919.	
XXXI. Das französische Weltreich	107
1. Die französische Mittelmeerpoltik nach 1830.	
2. Französische Kolonialpolitik. — Ausbau der Militärmacht.	
3. Der Kolonialbesiz bis 1914 und Frankreichs Kriegsgewinn.	
XXXII. Die Randstaaten des Stillen Ozeans. Die Vereinigten Staaten und das Kaiserreich Japan	109
1. Weltmachtentwicklung und Kampf um die Vorherrschaft.	
XXXIII./XXXIV. Deutschland als Weltmacht	112
XXXIII. 1. Kolonialbesiz und weltwirtschaftliche Bedeutung.	
2. Die Einkreisungspolitik gegen Deutschland.	
XXXIV. 1. Deutschland im Wettbewerb mit England.	
2. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland.	
Der Weltkrieg.	
XXXV. Der Weltkrieg	121
1. Mächtegruppierung und Kriegsausbruch.	
2. Europa im Weltkrieg.	
3. Kräfteverhältnisse.	

XXXVI. Die Kampfgebiete des Weltkrieges	123
1. Der westliche Kriegsschauplatz.	
2. Der östliche und südöstliche Kriegsschauplatz.	
3. Der italienische Kriegsschauplatz.	
XXXVII./XL. Kriegsende und Friedensschlüsse	130
XXXVII. Deutschlands Verstümmelung.	
XXXVIII. Deutschlands Versklavung.	
XXXIX. Deutschlands Entwaffnung.	
XL. Deutschlands Einriegelung.	
Die Weltmächte, Staaten und Völker nach dem Weltkriege.	
XLI. Die Versailler Ordnung	141
1. Die „alliierten und assoziierten Mächte“.	
2. Das neue Staatenbild Europas.	
3. Die völkischen Probleme.	
XLII. Die Völker Europas	148
XLIII. Das deutsche Volk	149
1. Deutsches Volk in der Welt.	
2. Deutsches Volk in Europa.	
3. Das deutsche Sprachgebiet.	
XLIV. Das neue Weltbild	151
1. De-jure-Machtbereiche.	
2. De-facto-Machtbereiche.	
3. Die Machtgruppenbildung nach Wirtschaftseinheiten.	
4. Die Machtbedeutung der Sprache.	
5. Völker und Rassen als Machtgruppen.	
6. Übernationale Gemeinschaftsbildungen.	
XLV. Politische Gefahrenherde	159
1. Der „Teufelsgürtel“ in Osteuropa.	
2. Das Mittelmeer.	
3. Das Indiamer.	
4. Der Pazifik, das Meer der Entscheidungen.	
XLVI. Politik und Wirtschaft	164
1. Kampfzonen der Kontinentscheiden.	
2. Reibungszonen der Weltmächte.	
3. Dollarimperialismus.	
4. Die „Weltwirtschaft“.	
5. Öl und Macht.	
6. Verkehr und Politik.	
XLVII. Die Welt und Europa	174
1. Die europäische Kleinstaaterei.	
2. Die europäische Wirtschaftsparzellierung.	
3. Weltmächte und Wirtschaftseinheiten.	
XLVIII. Deutschland und Europa	175
1. Das mitteleuropäische Eisenbahnnetz.	
Das mitteleuropäische Flugverkehrssystem.	
Die mitteleuropäischen Wasserwege.	
Die Bodenschätze in Mitteleuropa.	
2. Die Industriebezirke in Mitteleuropa.	
3. Die deutsche Kultur und ihre Auswirkung.	
XLIX./L. Volk und Raum	180
XLIX. 1. Volksdichte in Europa.	
2. Wanderbewegung in und nach Europa.	
3. Volksdichte in Deutschland.	
4. Die Bevölkerungsbewegung in Deutschland.	
5. Die Lebendgeburten in Europa.	
L. 1. Völkerwanderungen der Gegenwart.	
2. Erfüllte und offene Räume.	

Verzeichnis des wichtigsten Schrifttums,
das benutzt wurde oder weiterer Vertiefung dient.

- Adriaticus:** Deutschlands gerechte Grenzen. Berlin 1925.
- Anders, E.:** Erdkundliche Grundlagen geschichtlicher Entwicklung. Breslau 1924.
- Beloch, K. J.:** Griechische Geschichte seit Alexander d. Großen. Straßburg 1923—27.
- Boehm, Max, H.:** Europa Irredenta. Berlin 1925.
- Boehm, M. H.:** Die deutschen Grenzlande. Berlin 1925.
- Brandenburg, E.:** Die Ursachen des Weltkrieges. Leipzig 1925.
- Cauer, f.:** Römische Geschichte. München 1925.
- Demangeon:** Das britische Weltreich. Berlin 1926.
- Dix, A.:** Politische Erdkunde. München 1924. Breslau 1925.
- Unser neues Zeitalter. Leipzig 1928.
- v. Domaszewski:** Geschichte der römischen Kaiser. Leipzig 1914.
- Droysen-Andree:** Historischer Handatlas. Bielefeld 1886.
- Egelhaaf, G.:** Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart. Stuttgart 1924.
- Ehringhaus u. Herrmann:** Geschichte der neuesten Zeit. Halle 1929.
- faigrieve, James:** Geographie und Weltmacht. Berlin 1925.
- friedrich, fr.:** Handbuch für den Geschichtsunterricht. Leipzig 1926.
- freytag, G.:** Weltatlas. Wien.
- Grabowsky:** Deutschland und das Weltbild der Gegenwart. Berlin 1928.
- Haller, Johannes:** Epochen der deutschen Geschichte. Stuttgart 1928.
- Das altdeutsche Kaisertum. Stuttgart 1923.
- Die Ara Bülow. Stuttgart 1922.
- Hampe, Karl:** Der Zug nach dem Osten. Leipzig 1921.
- Deutsche Kaisergeschichte im Zeitalter der Salier, Staufer. Leipzig 1919.
- Haushofer, Karl:** Grenzen. Berlin 1927.
- Geopolitik des Pazifischen Ozeans. Berlin 1927.
- Hettner, Alfred:** Englands Weltherrschaft und der Krieg. Leipzig 1928.
- Hickmanns geographischer statistischer Universalatlas.** Wien 1929.
- v. Hoffmann, Albert:** Das deutsche Land und die deutsche Geschichte. Stuttgart 1921.
- Die Wege der Geschichte Italiens und Deutschlands. Zeitschr. f. Geop. 1925.
- Die Wege der deutschen Geschichte, entwickelt aus den Boden- und Wasserverhältnissen Mitteleuropas (in Deutschland, die natürlichen Grundlagen seiner Kultur). Leipzig 1928.
- Hoffmann, Karl:** Oeopolitik. Berlin 1927.
- Horrabin, f.:** Grundriß der Wirtschaftsgeographie. Berlin 1926.
- Kayser, Walter:** Die staatliche Machtbildung in Deutschland und die Selbstbestimmung Mitteleuropas. (Zeitschr. f. Geopolitik 1925.)
- Keyser, Erich:** Der Kampf um die Weichsel. Berlin 1926.
- Kjellen, Rudolf:** Die Großmächte der Gegenwart. Leipzig 1914. (= Die Großmächte und die Weltkrise. 1921.)
- Die politischen Probleme des Weltkrieges. Leipzig 1918.
- Der Staat als Lebensform. Berlin 1927.
- Krebs, Norbert:** Die Verbreitung des Menschen auf der Erdoberfläche. Leipzig 1921.
- Die territorialen Veränderungen des Weltkrieges (Verband des deutschen Geographentages zu Leipzig). Berlin 1922.
- Lamprecht, Karl:** Deutsche Geschichte. Berlin 1920—22.
- Lautensach, Herm.:** Deutschland und Frankreich. (Zeitschr. f. Geopolitik 1925.)
- v. Loesch und Ziegfeld:** Volk unter Völkern. Berlin 1925.
- Staat und Volkstum. Berlin 1926.
- Taschenbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Berlin 1925—29.
- Marcks, E.:** Der Auf- und Niedergang im deutschen Schicksal. Einzelschriften zur Politik und Geschichte. Berlin 1927.
- Männer und Zeiten. 2 Bde. Berlin 1922.
- Maull, Otto:** Politische Geographie. Berlin 1925.
- Meyer, Ed.:** Geschichte des Altertums. Stuttgart 1925—28.
- Mommsen, Th.:** Römische Geschichte. Berlin 1923—27.

- Nadler, Joseph: Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften. Regensburg 1923—1928.
- Naumann, F.: Mitteleuropa. 1916.
- Overbeck, H.: Raum und Politik in der deutschen Geschichte. Halle 1929.
- Putzger, F. W.: Historischer Schulatlas. Bielefeld 1928.
- Ratzel, Friedrich: Polit. Geogr. Leipzig 1903.
- Reinhard, Rudolf: Weltwirtschaftliche und politische Erdkunde. Breslau 1925.
- Rothert, Eduard: Karten und Skizzen zur Geschichte. Düsseldorf 1907.
- Schäfer, D.: Deutsche Geschichte. Jena 1910 (1922).
- Deutsche Geschichte. Berlin 1907 (1911—23).
- Staat und Welt. Berlin 1922.
- Schnabel, Franz: Deutschland 1789—1919. Leipzig 1924.
- Schmidt-Haack: Geopolitischer Typenatlas. Gotha 1929.
- Seck, O.: Geschichte des Untergangs der antiken Welt. 1897—1909.
- Spahn, M.: Die Großmächte. Berlin 1918.
- Spruner: Historischer Handatlas.
- Stieve, Friedr.: Deutschland und Europa 1890—1914. Berlin 1927.
- Vogel, Walter: Politische Geographie. Leipzig 1922.
- Das neue Europa. Die Entstehung des modernen Weltstaatenystems. Berlin 1925.
- Volk und Reich: Politische Monatshefte. Berlin 1925—1929.
- Wentzke, Paul: Der Rheinkampf. Berlin 1925.
- Westermanns Weltatlas. Braunschweig 1928.
- Wilken, A.: Griechische Geschichte. München 1924.
- Winkler: Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschland. Berlin 1927.
- Wütschke, Johannes: Der Kampf um den Erdball. München 1922.
- Zeitschrift für Geopolitik. Berlin 1924—1929.
- Zeitschrift: Weg zur Freiheit.
- Zeitschrift: Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung. (Die Kriegsschuldfrage.)

Faint, illegible text, likely bleed-through from the reverse side of the page.

I. Altertum

von

Dr. Franz Braun

I. Hlterium
von
Dr. Franz Braun

Altertum.

I.—IV. Erde und Geschichte.

I. Halbkugeln größter Land- und Meeresmassen.

II./III. Erde und Geschichte.

IV. Aufbau und Raumgliederung Europas.

Im politischen und kulturellen Weltgeschehen sind gewiß die Völker und in ihnen die großen Persönlichkeiten die wichtigsten geschichtsbildenden Faktoren. Jeder Geschichtsunterricht wird sie in den Vordergrund stellen müssen. Dabei darf man aber die Erdgebundenheit des Menschen, seine Abhängigkeit von entscheidenden Lebensbedingungen des Staatsbodens und richtungweisender Raumgestaltung nicht übersehen. Denn der Staat als Lebewesen ist erwachsen aus dem geordneten Zusammenleben und dem gemeinsamen Handeln seiner Bevölkerungsteile, den Trägern des Staates, mit dem Staatsboden, der natürlich gegebenen räumlichen Grundlage. Dieser Staatsboden und Lebensraum seiner Bürger hat nach seiner besonderen geographischen Lage innerhalb des Ganzen der Erdoberfläche (geophysisch) wie innerhalb der politischen Umwelt (geopolitisch) seinen eigengesetzlichen Lebenswillen und gibt darum dem staatlichen Leben Wachstums- und Entwicklungsantriebe in ganz bestimmter Richtung, die in der Schicksalsgestaltung der Völker und Staaten, bei der Entscheidung der Staatsmänner bewußt oder unbewußt mitwirken.

Europa ist nächst Australien der kleinste Erdteil (= 1,9% der gesamten Erdoberfläche). Dennoch hat Europa bis vor kurzem eine unbestrittene politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in der Welt ausgeübt; in kultureller Hinsicht besteht sie auch jetzt noch. Diese europäische Kultur ist erwachsen in Anknüpfung an die orientalischen Kulturen Ägyptens und Vorderasiens und in Auseinandersetzung mit ihnen. Im Vergleich zu den anderen höheren Kulturen der Erde, der chinesischen, indischen, altamerikanischen, hat sie im Laufe der Zeit die höchste Entwicklung und zugleich größte Ausbreitung erfahren.

Die Vorherrschaft
Europas

Welches sind die geographischen Gründe dafür?

1. Die Weltlage.

In der Verteilung von Land und Wasser auf der Erdoberfläche überwiegt bei weitem der Anteil des Wassers (= $\frac{7}{10}$: $\frac{3}{10}$). Legen wir einen Schnitt durch die Erdkugel, daß wir eine Halbkugel größter Landmassen und eine größter Meeresmassen erhalten (s. Karte I), so springt die zentrale Lage Europas in die Augen; der Mittelpunkt liegt im westlichen Frankreich oder südlichen England. Die ganze Westseite Europas ist dem Weltmeere zuge-

wandt, dem Atlantischen Ozean, dessen ungeheure Bedeutung für Weltverkehr und Weltwirtschaft sich aus seiner Längserstreckung zwischen der Alten und der Neuen Welt ergibt; sie werden durch ihn verbunden. Europa erfährt damit die Gunst der Zwischenlage und zwingt die Querlinien des Verkehrs von Erdteil zu Erdteil, von Ozean zu Ozean über seinen Körper. Die Gunst der zentralen Weltlage ist natürlich erst seit der Entdeckung der Neuen Welt wirksam geworden.

2. Das Klima.

Europa liegt auch in dem günstigsten Klimagürtel: Nur der durch die Jahreszeiten gegebene Temperaturunterschied mit all seinen Folgen für die Lebensbedingungen und -notwendigkeiten spannt die menschlichen Lebenskräfte zu höchster Leistungsfähigkeit, während die üppige Tropenwelt mit ihrem natürlichen Reichtum den Kampf um das Dasein zu leicht macht, als daß sie zu einer Kräftesteigerung den Antrieb gäbe; die das ganze Jahr gleichmäßig andauernde Wärme läßt vielmehr die Kräfte des Menschen erschaffen. Man nimmt darum an, daß die tropischen Länder dauernd in Abhängigkeit von den Staaten der subtropischen und gemäßigten Zonen bleiben werden. So lehrt die menschheitsgeschichtliche Entwicklung, daß gerade der gemäßigte Klimagürtel, insbesondere der nördliche, das Gebiet der wichtigsten Kulturvölker ist (s. Weltkarte II). Dieser nördlich gemäßigten Zone gehört nun auch Europa im wesentlichen in seiner ganzen Ausdehnung an, nur mit seinen nördlichen Teilen faßt es den Südsaum der polaren Zone. Die Zentren der altamerikanischen Kulturen des Aztekenreiches, der Maya und der Inka in der äquatorialen Zone liegen nicht in den tropischen, feuchtwarmen, ungesunden Niederungen, sondern auf den Hochflächen des amerikanischen Randgebirges. Denn die hohe Gebirgslage mäßigt in diesen niedrigen Breiten die hohe Temperatur, und hier sind es darum Hochländer, die kräftigere Staatsbildungen getragen haben. Ebenso liegen in Indien die Staaten von Maisur, Haiderabad und Puna auf den Hochflächen des Dekhan.

3. Die Oberflächengestaltung.

Ferner ist die günstige Oberflächengestaltung für die Entwicklung Europas zur Vorherrschaft maßgebend. Als kultureinlich erweisen sich überall einerseits die Großformen des Gebirges, andererseits Steppen und Wüsten als die ungünstigen Großformen des Flachlandes. Beide wirken als Sperrzonen, schützen die durch sie getrennten Landschaften vor Angriffen, verhindern oder erschweren doch mindestens zugleich das Hinübergreifen geschichtlich-politischer Ausweitung und kultureller Ausstrahlung hochentwickelter Gebiete über ihre Grenzen hinaus. Man verfolge den asiatischen Hochlandsgürtel und die hinterasiatisch-afrikanischen Flachbodengebiete (Turkestan — Iran — Syrien — Arabien — Sahara) in beiderlei Hinsicht (s. Weltkarte II und III).

Wenn solche Gebiete in Europa auch nicht ganz fehlen (Raftilische Hochfläche, Steppe Südostrußlands, die Tundren am Nördlichen Eismeer), so sind sie doch dem großen Zuge der Geschichte und Kultur nicht im Wege, da sie am Umkreis des europäischen Kulturgebietes liegen. Was die Gebirgs-

bildung angeht, so herrscht in Europa zum Glück die Kleinform des Gebirges vor, der vorhandene Hochlandgürtel von den Pyrenäen bis zu den Karpathen hat eine Längserstreckung, die der des ganzen Erdteils entspricht und die für die Bewässerung und Kulturentfaltung darum wichtig ist; stark zerbrochen und in den Gebirgsmassiven von Flußtälern zerschnitten, bietet er immerhin dem Verkehr Wege und Übergangsmöglichkeiten; besonders zeichnen sich die Alpen durch gute Wegsamkeit aus (s. Karte IV).

Die eigentlichen Träger der Kulturentwicklung sind die Flachbodengebiete, sofern sie unter günstigen klimatischen Bedingungen stehen. Nun beträgt der Anteil des Tieflandes in Europa an der gesamten Festlandsmasse 62% und der Anteil des Hügellandes von 200—500 m 23%, die mittlere Höhe beträgt 300 m gegenüber einer mittleren Höhe Asiens von 950 m (Afrika: 650, Amerika: 700, Australien: 400). In geschlossenem Zusammenhange dehnt sich das europäische Tiefland vom Atlantischen Ozean, nach Osten immer breiter ausladend, bis zum Uralgebirge aus und, ohne dadurch eine östliche Begrenzung zu finden, über das sibirische Tiefland bis zum östlichen Asien (daher der Name „Eurasien“), während der europäischen Ausdehnung nach Westen hin die Flachbodengebiete Amerikas sich öffnen.

Der Flachboden kann erst Fruchtboden und Kulturboden werden, wenn er, abgesehen von Bodenschätzen, Nutzpflanzen trägt. Dafür sind bestimmte Bodenarten sowie ein gewisser Grad von Feuchtigkeit und Wärme erforderlich. Lohnende Bodenbearbeitung führt zu Seßhaftigkeit, zu höheren Kulturformen, staatlichem Zusammenschluß, politischer Macht und damit geschichtlicher Bedeutung.

Diese Bedingungen sind in Europa im europäischen Tiefland erfüllt. Der Sedimentboden eignet sich für die Bebauung, verlangt aber auch sorgfältige Bearbeitung und zwingt zu Entfaltung der geistigen und körperlichen Kräfte. Die lauen ozeanischen Südwest- und Westwinde bringen in genügendem, aber auch nicht überreichem Maße Feuchtigkeit. Die westöstliche Erstreckung der Gebirge ermöglicht ihre Verteilung bis weit in das Festland hinein zur Befruchtung angebauter Kulturpflanzen. Gebiete, die wie Fran im Windschatten liegen, gibt es nicht, ebenso fehlen die trockenen nördlichen Luftströmungen, wie sie über die Saharatafel hingehen.

4. Der Einfluß des Meeres.

Von größter Wichtigkeit ist der Einfluß des Meeres. Aus ihm saugen die Westwinde den Feuchtigkeitsgehalt. Das Meer spendet im Winter Wärme, bringt Kühlung im Sommer und mildert große jahreszeitliche Temperaturgegensätze. Der Einfluß des Meeres reicht um so weiter, als es mit seinen Meeresstraßen und Nebenmeeren das Festland umfaßt und durchdringt; damit bringt es eine horizontale Gliederung zuwege, wie sie nirgends sonst in der Welt vorhanden ist. Das Meer bietet sich als bequemster, billigster und für alle Anwohner freier Verkehrsweg dar. Die Schifffahrt blüht auf. Dank Ebbe und Flut sind auch Städte wie Hamburg 100 km landeinwärts Welt- und Seehäfen. Zahlreiche Flüsse, die ihr Wasser und Frachten zum Atlantischen Ozean führen, nehmen zugleich die Weltmeeresstraßen von dort auf und erschließen ihnen das Hinterland. Schutz des Seehandels und Verteidigung der Meeresküsten verlangt Herrschaft über das

Meer, bringt Aufgaben, Kräfteentfaltung und Kräftesteigerung und kann als Erzieher für Völker und Staaten schicksalbestimmende Bedeutung gewinnen.

Der Atlantische Ozean hat nun noch seine besondere Wichtigkeit durch seine warme atlantische Strömung, den Golfstrom, der, vom Golf von Mexiko herüberkommend, an der Westküste Europas entlangstreicht und im Vergleich zu anderen Erdteilen oder der südlichen Erdhälfte Getreideanbau, Waldwuchs und menschliche Kultur klimatisch in viel höheren Breiten ermöglicht. Für die Ausdehnung von Handel und Verkehr (Offenhaltung der Häfen), für Anbau von Nutzpflanzen ist die unter dem Einfluß des Golfstromes verlaufende 0°-Januar-Isotherme und 10°-Juli-Isotherme besonders lehrreich und zugleich von höchster Bedeutung. Die Britischen Inseln haben eine um 16°, Norddeutschland eine um 8° höhere Januar-temperatur, als seiner Breitenlage entspricht.

5. Die Bevölkerungsdichte.

In engem Zusammenhang mit den angedeuteten günstigen morphologischen und klimatischen Verhältnissen steht die Bevölkerungsdichte:

Europa hat bei einem Größenverhältnis zur Erdoberfläche					
von	1,9%	484 Millionen Einwohner	= 54	auf 1 qm	
Asien bei	8,8%	1045	" "	= 24	" 1 "
Amerika bei	7,8%	234	" "	= 5,5	" 1 "
Afrika bei	5,8%	140	" "	= 5	" 1 "
Australien bei	1,7%	9	" "	= 1	" 1 "

Daß die volle Entfaltung und Entwicklung dieser erdkundlichen Grundlage in geschichtlicher und kultureller Hinsicht nur durch die Kraft und Energie einer hochwertigen Rasse erst möglich ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Für Europa sind es insbesondere die Germanen, Romanen und Slaven, die man unter dem Namen Indogermanen oder Arier zu einer Rasse zusammenfaßt.

Außereuropäische
Machtmittelpunkte

Schon vor dem Weltkrieg, besonders aber in der Folgezeit, hat die Vorherrschaft Europas eine schwere Erschütterung erfahren. Amerika und mit Japan und China auch Asien treten als neue Machtzentren in Wettstreit mit Europa und suchen sich frei und selbständig zu machen. Die Losung „Amerika den Amerikanern“ hat jeder Erdteil auf sich umgedeutet und angewandt. Die Selbständigkeitsbestrebungen machen sich vor allem auch in den einzelnen Kolonialreichen, besonders im englischen, geltend. Neben dem Atlantischen Ozean gewinnen mit den neuen Weltmittelpunkten der Stille und der Indische Ozean neue Bedeutung. So bahnen sich große weltbewegende Umgestaltungen und Verschiebungen an. Das jahrtausendalte Ringen des Abendlandes um seine Stellung und um seine Kultur tritt in ein neues Stadium. Schon die Griechen (Alexander der Große) und die Römer haben diesen Kampf gegen den Orient aufgenommen. In den Kämpfen gegen das Vordringen des Islam und gegen die Türkenherrschaft hat er seine Fortsetzung bis in die Gegenwart erfahren.

Gerade zur Beurteilung und zum Verständnis der Zielsetzung in der auswärtigen Politik ist es wichtig und darum notwendig, die Staaten auf ihre geographischen Grundlagen hin zu betrachten, durch die Verfolgung der geschichtlichen Ergebnisse sich den Blick dafür zu schärfen, wie die Staaten

in ihrem geschichtlichen und politischen Werden durch ihre die räumlichen Bedingtheiten und die Kräfte des Bodens triebhaft und naturgebunden sind, wie ihr Wachstum von der Eigenart ihres Staatsbodens in bestimmte Richtung gewiesen und ihr Schicksal nicht nur von rein willkürlichen, persönlichen Entscheidungen bestimmt worden ist.

Wir sehen die großen Kulturentwicklungen und geschichtlichen Entscheidungen im wesentlichen im Bereich der nördlichen gemäßigten Zone sich vollziehen. In dieser Feststellung liegt eine gewisse Willkür, weil natürlich auch außerhalb dieses Klimagürtels Spannungen geschichtlicher und kultureller Art aufgetreten sind. Aber sie können an Stetigkeit und Auswirkung mit der Entwicklung auf europäischem Boden nicht verglichen werden. Die Forschungsergebnisse der modernen Völkerkunde haben freilich dazu beigetragen, alte überhebliche Vorurteile abzubauen. Sie haben erwiesen, daß die Geringschätzung, mit der diese Völker andersgearteter Kulturleistung und Lebensart bisher von uns betrachtet wurden, in der Unkenntnis ihres Wesens begründet war. Dieses gilt besonders für die bisherige Stellungnahme gegenüber den sog. „Naturvölkern“, denen man eine Kulturleistung abzusprechen sich gewöhnt hatte. Heute dagegen wird dank den Erfolgen der kulturhistorischen Richtung in der Völkerkunde („Kulturkreislehre“) mit Bewunderung anerkannt, ein wie kompliziertes Gebilde schon die Kultur eines jeden „Naturvolkes“ ist. Man hat sehen gelernt, daß es weder kulturlose Völker noch „Wilde“ gibt. Ja, man kann „Naturvölker“ aufzählen, die sogar im Besitz einer geschriebenen Geschichte sind (z. B. die bilderschriftlichen Annalen der nordamerikanischen Prärie- und Waldindianer, die langen, durch Merkzeichen oder sogar Bilderschrift [Osterinsel!] festgehaltenen Genealogien der Polynesier und die in ganz feststehenden Bardengesängen überlieferten Stammestraktionen der Nordwestafrikaner [Stamm der Yoruba am Niger], die einen Zeitraum von vielen Jahrhunderten umfassen und von der Wissenschaft als einwandfreies historisches Material betrachtet werden).

Die Naturvölker

Freilich geschichtsbildend in unserem Sinne sind die Naturvölker nicht gewesen, wenn wir Geschichte als Ausdruck und Ergebnis einer in der Spannkraft eines Volkes verborgenen politischen Dynamik fassen. Wohl haben Völkerstürme und Völkerkriege ganze Erdteile erschüttert, sind Völker und Kulturen versunken oder auch in Neubildungen wiedererstanden, aber Dauer und Bestand hat die Natur dieser Zonen den Werken der Menschen versagt.

Insofern scheint es also berechtigt, im Kartenbilde mit betonter Deutlichkeit die Gebiete, in denen die Entwicklung von Hochkulturen oder von politischen Kraftzentren stattgefunden hat oder die als Mutterboden zukünftiger Entwicklung anzusehen sind, hervorzuheben. Die Völker mittlerer oder niederer Kulturstufe verteilen sich auch in der Tat überwiegend auf die tropischen und subtropischen Siedlungsgebiete, während diejenigen ältesten Kulturstandes heute nur noch in unwirtlich gelegenen Zufluchtsgebieten ihr Dasein fristen (Buschmänner, Australneger, Feuerländer, Pygmäen). Diese sind in der Karte als „Urvölker“ zusammengefaßt, in der wissenschaftlichen Sprache bezeichnet man sie vorsichtiger als „niedere Sammler-, Jäger- und Fischervölker“. Die Bezeichnung „Nomaden und Halbnomaden“ gilt da-

gegen für die höheren Sammler, Jäger und Fischer, zu denen man die arktischen, nordostasiatischen, nordwestamerikanischen Völker, die Kalifornier, die Prärie- und Hochlandvölker Nordamerikas, die kanadischen Indianer, die ostbrasilianischen Völker, die Chako- und Pampasindianer und Patagonier in Südamerika zählt. Die Bezeichnung „Primitive Bauernvölker“ in der Karte umfaßt die Mittelafrikaner, Melanesier, Malaien, die Völker im Osten und Südwesten Nordamerikas, die Südamerikaner der tropischen Waldgebiete und Savannen. Unter „Meervölkern“ sind die Polynesier und Mikronesier gemeint, unter „Flußvölkern“ die Negerstämme im Kongogebiet. Der Name „Hirtenvölker“ nimmt Bezug auf die viehzüchtenden Nomaden Nord- und Südafrikas, Vorderasiens und Zentralasiens.

Alle diese Völker führen ein Leben im engsten Anschluß an die Natur. Sie stellen in der Erfassung ihrer Umwelt und in der Sprache sowie in der Art ihrer Technik die mannigfachsten Stufen menschlicher Entwicklung dar. Die Naturvölker machen heute etwa ein Zwölftel der Menschheit aus. 20 Millionen davon sind nomadisierende Halbkulturvölker. Ihr Bestand erfährt aber heute durch mancherlei Eingriffe, so vor allem durch die Verdrängung aus ihren Stammesstätten oder durch die Kolonisationstätigkeit der modernen „Kulturvölker“ starke Einbuße, wenngleich sich heute bereits ein Wiedererwachen und ein Sich-zur-Wehr-Setzen ihrer Lebenskräfte bemerkbar macht.

Die Anlage der beiden Weltkarten soll die Zusammenhänge zwischen Erde und menschlicher Entwicklung klarlegen, wobei das Hauptgewicht auf die Bedeutung der nördlichen gemäßigten Zone als des für unsere Geschichtsentwicklung und Betrachtung maßgeblichsten Erdraumes besonders gelegt worden ist. Mit Rücksicht auf die Leserlichkeit der Karte mußte die Kennzeichnung der außerhalb dieses Streifens liegenden Landschaftsbildungen auf das Allernotwendigste beschränkt werden.

Grundlagen der
Staatsbildung

Die ältesten Staaten entwickeln sich im Zusammenhang mit einer natürlichen „Siedlungs- und Verkehrsgemeinschaft“ der Bewohner in einer geschlossenen Landschaft. Wir können das z. B. bei der altägyptischen, altbabylonischen, spartanischen und römischen Staatsbildung noch verfolgen. Die Bedingungen für Siedlung und gegenseitigen Verkehr müssen in der Landschaft gegeben sein. W. Vogel (Politische Geographie. Leipzig 1922) spricht in diesem Zusammenhang von einer „Verkehrsleitbarkeit“ des Bodens. Voraussetzung ist ferner eine Geschlossenheit, eine landschaftliche Einheit in Rücksicht auf die Zwecke der Siedlung, Wirtschaft und Staatsgemeinschaft. Solche „Zwecklandschaften“ auszufüllen, ist das Bestreben der Staatsentwicklung. Die Zwecke können rein wirtschaftlicher Natur sein, um in der Zusammenschließung eines größeren Gebietes, d. h. in der Zusammenfassung aneinander grenzender, verschieden ausgestatteter Charakterlandschaften Gewähr für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse, Mehrung des Wohlstandes und Verbesserung der Lebenshaltung zu haben („wirtschaftsharmonische Region“). Die Zwecke können auch durch den Verkehr, sei es kriegerischer oder friedlicher Art, bestimmt sein, durch Verlauf und günstige Verteilung der Verkehrswege im Innern, sowie gegen die Nachbarn durch zweckmäßige Grenzen („strategisch-kommerzielle Region“). Böhmen ist z. B. eine wirtschaftsharmonische, gleichzeitig aber auch eine

kommerziell-strategische Landschaft. Nicht immer treffen beide Möglichkeiten so glücklich zusammen.

Die Grenzen des Staates werden dort liegen, wo die Natur des Bodens einen natürlichen Abschluß bietet, eine natürliche Verkehrshemmung. Dadurch werden die Staaten recht eigentlich in sich geschlossene Körper. Wüste, Gebirge, Sumpf, Steppe, Meer, Wald und Flüsse können natürliche Grenzen, Verkehrshemmungen und Schutzwehren, abgeben. In älteren Zeiten dünner Besiedlung sind die Grenzen ein flächenhaftes Gebilde, ein Grenzsäum. Je dichter die Besiedlung im Laufe der Zeit wird, je näher die Staaten aufeinander zuwachsen, um so schmaler wird der Saum, bis es aus rechtlichen Gründen notwendig wird, eine durch gegenseitiges Abkommen in ihrem Verlauf genau markierte Grenze festzulegen.

Natürliche Grenzen für Staatsgestaltung sind auch in den Grenzen einer bestimmten Nation, eines Volkstums, gegeben. Nationen und Völker haben sich häufig durch geographische Absonderungen gebildet, wie auch die Völker und Sprachgruppen des Keltischen, Germanischen, Slavischen sich durch abgesonderte Siedlungs- und Verkehrsgemeinschaften aus dem Indogermanischen entwickelt haben. Grenzen des Volkstums decken sich häufig keineswegs mit denen staatlicher Zwecklandschaften und mit den zur Zeit bestehenden Staatsgrenzen. Aber es wirkt das Bestreben, das ganze Volksgebiet in den Staat einzubeziehen. Darauf beruht die nationalstaatliche Entwicklung der Neuzeit. Zwischen dem geographischen Zweckmäßigkeits- und dem Nationalitätsprinzip in der Abgrenzung geht ein ewiger Kampf im Staatsleben. Beispiele dafür drängen sich gerade aus der Gegenwart in großer Zahl auf.

Vielfach sind freilich die Nationen erst durch die einigende, bindende Kraft der Staatsgewalt erwachsen, die nach Sprache und Abstammung ganz verschiedene Stämme zu einer Lebens- und Staatsgemeinschaft auf ihrem Boden zusammensfügte und zu einer Einheit verschmolz. Die römisch-italische, die französische, die nordamerikanische Nation sind z. B. auf diese Weise entstanden.

Mit der äußeren räumlichen Ausdehnung bodenständiger Staaten ändert sich auch der innere Charakter, die Verwaltungs- und Verfassungsart. Es lassen sich vier Raumgrößen typen aufstellen, wobei es natürlich mancherlei Zwischenstufen und Übergänge gibt, Raumgrößen, die aber ganz klar in ihren Unterschieden sich ausdrängen: der Pagus, das Territorium, das Regnum und das Imperium.

Es seien im engsten Anschluß an Walter Vogels Politische Geographie die Wesenszüge dieser Typen zusammengestellt. „Der Pagus ist die unterste Stufe des Staates. Es ist die Fläche eines zusammenhängenden Volkstammes (= den kleineren altgermanischen Völkerschaften bei Tacitus). Der Staat auf der Raumstufe des Pagus trägt daher häufig das Gepräge einer primitiven Demokratie (vgl. die altgermanischen Thing- und Landesversammlungen). Von alters her finden sich aber auch die Formen der familiären oder patriarchalischen Despotie (für die typische Raumgröße vgl. Bardengau, Aargau, Sundgau usw.).

Mit der Vereinigung mehrerer Pagi zu einem Territorium wird dann der volle Schritt zum Staate in höherem Sinne getan. Man könnte sagen, das Territorium ist die eigentliche Pflanzschule des Staates und vor allem die Schule der Monarchie. Denn von einer Verwaltung in Form der primitiven Demokratie der Landesgemeinde kann im Territorium ebensowenig mehr die Rede sein wie von einer unmittelbar

familiär vom Staatsoberhaupt ausgeübten Exekutive und Rechtsprechung. Vielmehr macht die größere Ausdehnung unbedingt ein Vertretersystem nötig, sei es von oben, vom Staatsoberhaupt durch örtliche Beamte (Srafen, Vögte, Amtmänner, Landräte), sei es von unten (von den Pagi, Kreisen oder den einzelnen Siedlungen und Gemeinden) her durch Ständeversammlungen. (Beispiele: Die alten Herzogtümer Schwaben, Bayern, Franken, Sachsen, Lothringen; ferner die Mark Brandenburg, der preußische Ordensstaat.)

Die nächsthöhere Stufe ist das *Regnum*, das gewöhnlich aus der Vereinigung mehrerer Territorien entsteht. Was das *Regnum* vom Territorium grundsätzlich unterscheidet, ist die Unmöglichkeit, die Verwaltung auch nur annähernd in der Form persönlicher Aufsicht des Staatsoberhauptes durchzuführen. Zwischen die unteren Bezirksverwaltungen der Pagi und das Staatsoberhaupt mit seinen Zentralbehörden schiebt sich eine territoriale Zwischeninstanz. Die Grenze eines *Regnum* wird im allgemeinen durch die Ausfüllung einer größeren wirtschafts-harmonischen und kommerziell-strategischen Region vorgeschrieben (vgl. die westeuropäischen Staaten Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien; das altbabylonische Reich). Mehrere Territorien innerhalb einer größeren kommerziell-strategischen Region können auf die Dauer nicht nebeneinander bestehen, sie haben ein Bestreben, sich gegenseitig einzuverleiben, weil der Verkehr oder die militärische Sicherheit jedes einzelnen die Ausdehnung auf das Ganze fordert; ist dann die Einheit des *Regnum* erreicht, so bestehen die Territorien in der Regel als Provinzen weiter.

Dieselbe Tendenz, sich gegenseitig einzuverleiben, ist nun auch für nebeneinanderliegende *Regna* bezeichnend. Die eigentliche Tendenz zielt in der Regel darauf, das ganze feindliche *Regnum* zu erwerben, da jede Teilannexion die Gefahr einer Wiedererhebung des gedemütigten Gegners mit sich bringt. Wer daher von einem Nachbarn endgültig Ruhe haben will, muß danach trachten, das Zentrum des feindlichen Lebens zu vernichten, wenn friedliche Verständigung wie gewöhnlich nicht möglich ist.

Mit der Einverleibung eines feindlichen *Regnum* in ein anderes ist der erste Schritt zum *Imperium* getan, das räumlich größte Staatsgebilde, das bisher auf der Welt aufgetreten ist. Der dem *Imperium* entsprechende physisch-geographische Raum ist der Erdteil im Sinne riesiger Charakterregionen oder Landschaftsblöcke. Das *Imperium* muß im Interesse seiner Einheit und Selbständigkeit in noch weit höherem Grade als das Territorium und *Regnum* nach wirtschaftlicher Harmonie streben, nach völliger Autarkie; aber noch wichtiger ist der kommerziell-strategische Gesichtspunkt des festen inneren Zusammenhalts und der militärischen Verteidigungsfähigkeit. Daher auch die große Bedeutung, die alle Imperien dem Verkehrswesen zugewandt haben. Das *Imperium* schließt jede Möglichkeit aus, nach Art eines Territoriums, d. h. als Einheitsstaat verwaltet zu werden. Seine Ausdehnung zieht notwendig eine weitgehende Selbständigkeit der Provinzialregierungen nach sich. Verwaltungspolitisch wird man zwischen zwei Arten von Imperien unterscheiden müssen: dem *Einheitsreich*, das in zentralistischen Formen unter Vorherrschaft eines bestimmten Gebietes und einer Staatsnation verwaltet wird, und dem *Föderativimperium* oder *Bundesreich*, wo die Selbständigkeit der Glieder eine größere ist. (Beispiel zu 1: das russische Zarenreich; zu 2: die Vereinigten Staaten von Amerika.) Man wird auch einen Unterschied machen müssen zwischen Imperien, die einem physisch-geographischen Erdteil als geschlossene Einheit entsprechen, und solchen, deren Länderbesitz über verschiedene Erdteile verstreut ist. (Beispiel zu 1: das syrisch-perßisch-makedonische Reich; zu 2: das maritim verstreute britische Reich.)“

Die räumliche Ausdehnung eines Staates ist aber keineswegs zugleich ein Maßstab für seine Macht. Das kleine Griechenland hat das riesige Perserreich besiegen können. Für die Macht des Staates ist in erster Linie Zahl und Art der Bevölkerung ausschlaggebend. Es sprechen da all die vielen Möglichkeiten nationaler, rassischer Zusammensetzung, sozialer Schichtung, geistiger und sittlicher Veranlagung und Beschaffenheit mit; ihre Dichte wird sich nach der Fruchtbarkeit des Bodens, nach dem Vorhandensein von Bodenschätzen richten; von ihrer Verteilung, von den Verkehrs- und Verbindungsmöglichkeiten im Staate kann die Macht mitbestimmt

sein. Kurz, es kommt auf den *J n n e n b a u* des Staates an. Auch da wirken die geographischen Grundlagen für die Bestimmung des Staatscharakters mit nach Maßgabe der Einwirkungen, wie sie eben angedeutet und früher für die allgemein kulturelle und geschichtliche Entwicklung kurz erörtert worden sind.

V. Der vorderasiatische Zwischenerdteil und Ägypten.

Die Völker des Nil- und Zweifstromlandes um 2000 v. Chr. und ihre staatliche Entwicklung.

Die älteste für uns greifbare Kultur und die ältesten staatlichen Bildungen finden wir im alten Orient, in Ägypten und Babylonien. In aller späteren Staatsentwicklung wirken frühere Vorbilder nach. Sie gehen bewußt oder unbewußt, mittelbar oder unmittelbar auf die altorientalischen Staatsgebilde und Einrichtungen zurück. Wir können hier auf sehr frühe Zeiten zurückschauen und die Antriebe zum staatlichen Zusammenschluß verfolgen. Am 19. Juli 4241 v. Chr. ist das ägyptische Kalenderjahr, das Sonnenjahr eingeführt, das im Gegensatz zum Mondjahr der jahreszeitlich genau geregelten Arbeit des ägyptischen Bauern festen Anhalt gibt (1 Jahr = 365 Tage, im Julianischen Kalender durch Schalttag berichtigt, mit der Verbesserung durch Gregor XIII. 1582 noch heute gültig).

Ägypten.

In Ägypten ist es ein Fluß, der Nil, dem Kultur und Staat Entstehung, Eigenart und Entwicklung verdankt. Seine alle Jahre mit gleicher Regelmäßigkeit über die Ufer tretenden Wasser überschwemmen das Land, dem der zurückbleibende Schlamm im Verein mit dem milden, warmen Klima die reiche Fruchtbarkeit verleiht. Sie erzieht die Bevölkerung so früh wie nirgends sonst zur Seßhaftigkeit, zum Ackerbau, der Voraussetzung für alle höhere Staatsentwicklung ist. Nur schmal ist das Fruchtländ, etwa 16 km breit, das Flußbett tief in Kalkstein eingeschnitten, vom Nildelta bis Assuan etwa 800 km lang. Weiter oberhalb nimmt der Nil seinen Lauf durch Sandgestein, unter dem harter Fels liegt, und bildet daher Stromschnellen und Schluchten. Das bedeutet Abschluß nach Süden, während zu beiden Seiten unwirtliche Wüsten das Kulturland begrenzen. Ägypten ist so von natürlichen Schutzwehren umgeben und eine geschlossene Einheit; der Flußlauf verbindet als gegebene Verkehrsstraße das Deltaland mit Oberägypten. Der stets genügende Wasserstand des Flusses ist durch die beiden Nilquellen gesichert, den Weißen Nil aus dem Gebiete der beständigen äquatorialen Regenfälle (Wasserausgleich durch Seen und Sümpfe) und durch den Blauen Nil aus dem Gebiet jahreszeitlicher Niederschläge, dem Hochland von Abessinien. Daher ist eine Beherrschung dieses Quellgebietes letzten Endes entscheidend für die Beherrschung Ägyptens und gibt das Verständnis für die heutige englische Politik in diesem Gebiet.

Die älteste Bevölkerung Ägyptens in der Urzeit ist keineswegs einheitlich, sondern völkisch und auch beruflich verschieden. Wir unterscheiden libysche Ackerbauern, semitisch-asiatische Einwanderer und einheimisch-afrikanische Viehzüchter, die dann die politische Herrschaft an sich reißen.

Der Fluß
als Staatsbildner

Natürliche
Schutzlinien

Vor der staatlichen Einigung bestehen in Agypten eine Anzahl von Gauen, die ihren Mittelpunkt in Städten haben.

Ähnlich finden sich im Schwemmlandgebiet des Euphrat und Tigris im alten Sinear die verschiedensten Nationalitäten nebeneinander: Sumerer, Semiten, elamitische und kossäische Bergvölker.

Wenn neben der völkischen Verschiedenheit zugleich eine berufliche Scheidung besteht, so muß zu jener Zeit schon der Handel eine große Bedeutung gehabt haben. Eine beruflich-wirtschaftliche Gliederung verlangt aber zugleich eine Vereinigung, denn man ist voneinander abhängig, aufeinander angewiesen; der Ackerbauer braucht die Produkte der Nomadenwirtschaft, der Nomade die des Ackerbaus. So wird in jedem Gau eine Stadt wirtschaftlicher Mittelpunkt, zugleich schützende Burg gegen räuberische Wüsten- und Gebirgsstämme.

Auch die Städte sind aufeinander angewiesen, denn die Flußüberschwemmungen machen ausgedehnte Bewässerungsbauten und Kanalanlagen und genaue Regelung der Wasserverteilung nötig. Das Bedürfnis einheitlicher Durchführung dieser Wasserwirtschaft ist der wichtigste Grund zur Zusammenschaffung der Gauen in einem Territorium. Es bilden sich ein Nordreich im Nildelta und ein Südreich von Memphis bis zum ersten Katarakt. Vom Südreich aus einigt König Menes dann um 3400 das Süd- und Nordreich und begründet das altägyptische Einheitsreich. Das konnte ihm gelingen, da er mit dem Bau eines großen Nildammes bei Memphis die Bewässerung Unterägyptens und damit seine Fruchtbarkeit in der Hand hatte.

Das alte Reich
(2900–2350)

Für die Durchführung der Maßnahmen ist eine starke Regierung auf der Grundlage eines ausgebildeten Verwaltungssystems notwendig. Ein absolutes Herrschertum als Gottkönigtum erstet hier, das von einem Mittelpunkt aus das Land regiert mit einem bis ins einzelne gegliederten Beamtentum und einer neuzeitlich anmutenden Reichsverwaltung, die über den Hellenismus, Rom, Byzanz, den normannischen Staat der Hohenstaufen und den Absolutismus der Neuzeit mit dem Gottesgnadentum seiner Herrscher fortgewirkt hat. Der König ist der lebendige Gott Horus in Menschengestalt. Sein Wille ist unumschränkt, ohne Grenze. Wie Gott ist er Herr über Leben und Tod und verfügt ganz nach Willkür über seine Untertanen. Man naht ihm mit Bittern und Jagen und geheimnisvoller Scheu wie einem Götterbilde, man küßt den Staub zu seinen Füßen und vermeidet, seinen Namen zu nennen (Pharao = das große Haus).

Das Königtum

Daneben steht das wohlorganisierte Beamtentum; alles wird schriftlich gemacht, von den Verordnungen des Königs, den Prozessen vor Gericht bis auf die Abrechnungen der Bauten und Steuern. Die Schreiber sind der eigentliche Beamtenstand; sie werden in den Tempelschulen vorgebildet, und aus ihnen gehen die höheren Beamten hervor. Am Hofe des Königs hat die ganze Regierung ihren Mittelpunkt.

Das Beamtentum

Grundlage der ganzen Organisation ist die Schrift, die um 3300 schon voll entwickelt ist, die Bilder der Hieroglyphen. Aus dieser Bilderschrift haben die alten Ägypter dann auch die alphabetischen Zeichen abgeleitet (24 Konsonanten; die verbindenden Vokale werden aus dem Zusammenhang ergänzt). Die wichtigste kulturelle Entdeckung, die Wiedergabe jedes Einzellautes durch ein besonderes Zeichen verdankt also die Menschheit den alten Ägyptern.

Für die Stärkung der Staatsgewalt und ihrer Organe hat auch die Verwendung des Pfluges bei der Ackerbestellung wesentlich mitgewirkt; denn mit der Pflugkultur lassen sich reichere Körnererträge herauswirtschaften. Diese werden in großen Vorratshäusern aufgestapelt und dienen als Kapital, zugleich ermöglichen sie zahlreiche Söldnereinstellung und reicheren Luxus in der Lebenshaltung.

Alle Lieferungen an den Staat und die Bezahlung der Beamten erfolgen in Naturalien (Naturalwirtschaft). Die obersten Beamten werden mit Grundbesitz ausgestattet. Als reiche Grundbesitzer werden sie allmählich in ihren Ortschaften selbständiger und lösen sich mehr und mehr vom königlichen Hofe. So entwickelt sich ein Feudalstaat (vgl. die Entwicklung des mittelalterlichen Feudalwesens). Das führt zeitweise zur Auflösung des Reiches, bis mit der 12. Dynastie das mittlere Reich (Hauptstadt Theben) erstarkt und die Macht der Großen wieder einschränkt. Die Natur des Landes und Bodens wirkt überall entscheidend mit.

Lange Zeit ist Ägypten eine von außen ungestörte kulturelle und politische Entwicklung beschieden. Der gute natürliche Grenzschutz ermöglicht es. Da er der Bevölkerung jede Verteidigungsnotwendigkeit abnimmt, kennzeichnet sie ein auffallend unkriegertischer Geist. Auch der mühelos durch reiche Ernten gewonnene Wohlstand trägt dazu bei, die Bevölkerung zu verweichlichen. Fruchtbarkeit des Bodens ist also nicht immer ein Segen für Staat und Volk. Die Bewohner sind in Gefahr, der Äppigkeit, Weichlichkeit und materiellen Gesinnung zu erliegen; politische und sittliche Schwäche ist die Folge. Fremde Eroberer werden ins Land gezogen und machen sich leicht zu Herren. Dagegen haben die mageren armen Böden der Gebirge, der Wüste oder Steppe immer kriegerischen Sinn wachgehalten. So braust auch über Ägypten der Sturm der wilden Hyksos dahin (1675), die als semitische Nomadenstämme aus Arabien hervorstößen.

Das neue Reich Ägyptens (1600) ist ein Militärstaat. Es erhebt Anspruch auf Weltherrschaft. Auf seinen Eroberungszügen finden die von den Hyksos übernommenen Streitwagen Verwendung. Eine Ausdehnungs- und Wachstumsmöglichkeit gibt es für Ägypten, abgesehen von den für das alte Reich schon überlieferten Expeditionen nach Nubien und dem Lande Punt, nur an der Sinaihalbinsel vorbei nach Palästina und Syrien. Hatte das alte Reich auch nach dieser Richtung hin schon gelegentlich Vorstöße gemacht, so gelingt es dem neuen Reich, das Gebiet bis nach Mesopotamien, die Ägäischen Inseln sowie Äthiopien und das weihrauchliefernde Arabien sich einzuverleiben. In Syrien stößt es aber auf die vorderasiatischen Mächte des Zweistromlandes, das seine Eroberungen auch nach dieser Seite hin erweitert. Die Mischkultur dieser Gebiete findet damit ihre Erklärung. Die ägyptischen Könige gewinnen durch ihre Eroberungen reiche Schätze; prächtige Bauten können sie aufführen; große Tempelgebiete und Bauwerke entstehen in Theben zu Ehren des höchsten Gottes Ammon. Seine Vertreter und Diener sind die Priester. Sie wahren den göttlichen Kult. An ihre Anschauungen und Überlieferungen bindet sich auch der König. Diese Priesterschaft wird immer mächtiger, während die königliche Macht sinkt.

Dazu gewinnen die Söldner im Heere — die Libyer — immer größere Gewalt. Um 940 beginnt die Soldatenherrschaft der Libyer. Sie

Die Wirtschaft

Das mittlere Reich
(2100—1800)Das neue Reich
(1600—1100)

Der Verfall

schließen sich zu einer abgeschlossenen Kriegerkaste zusammen. Die religiösen Formen erstarrten immer mehr. Die Idee der Gottesherrschaft hält man aufrecht, tatsächlich ist es eine Priesterherrschaft.

Die Gründe des Verfalls sind in den geschilderten Verhältnissen gegeben. Die Macht des ägyptischen Reiches nach innen und außen muß sinken, sobald Kraft und Energie des absoluten Herrschertums versagt. Innere Gegensätze, die feudalen Lehnsträger gegen Ende des alten Reiches, die politische Allmacht der Priesterschaft, das Söldnertum des eigenen Heeres führen zum Niedergang. Der unkriegertische Sinn der Ägypter bringt nicht die Kraft auf, fremde Eroberer abzuwehren. So wird Ägypten 670 eine assyrische Provinz, 525 persischer Besitz und geht 332 im Weltreich Alexanders des Großen auf.

Religion

Auch die Religion der alten Ägypter, besonders in ihrer älteren Gestalt, verrät ihre Herkunft aus dem Niltale und dem Lande eines Bauernvolkes. Von seinen Göttern denkt dieses Volk, daß sie sich den Menschen in Gestalt von Stieren, Widhern, Krokodilen oder Ibiszen zeigen. Der Himmel ist ihnen der Bauch einer Kuh, die auf der Erde steht. Sonne und Gestirne ziehen in Schiffen ihren Weg über den Himmel, denn eine andere Art zu reisen vermag sich der Anwohner des Nils nicht zu denken. Und wie der klare Himmel Ägyptens und seine Sonne das Erhabenste sind, was der Mensch dort schaut, so sind Sonne und Himmel die höchsten Gottheiten. Die Sonne denkt man sich in naiven Bildern, z. B. als einen Falken, der mit glühenden Augen über den Himmel zieht. Ebenso stellt sich die große monumentale Kunst ganz in den Dienst der dem Lande eigenen Anschauungsweise vom Staate und der dadurch begründeten seelischen Einstellung.

Kultur

Die großen Pyramiden sind ein Zeugnis von der gewaltigen Macht des altägyptischen Königtums, ihrer Herrschaft über ein willenloses Heer von Untertanen. Sie zeigen zugleich, wie die jahreszeitlichen Überschwemmungen mit der Vorsorge für die Zukunft auch die seelische Haltung der Bewohner beeinflussen (Osirisfrage). Man ist bestrebt, die Genüsse des Lebens sich dauernd zu sichern und darum den Leib durch Einbalsamierung und ein festes Grab zu erhalten. Höchste Aufgabe des Staates ist es darum, dem König das Genußleben seiner Herrschaftstellung auch nach dem Tode zu sichern. Der einzelne bedeutet nichts; er stellt sich ganz unter den Staatsgedanken göttlicher Ordnung. So entstehen die riesigen Grabbauten. Von der Sorge für das jenseitige Leben zeugen auch die Totenbücher, in denen man den Verstorbenen ein besseres Jenseits wünscht; das beweist der ganze Toten- und Götterkult. Um das Königsgrab als Mittelpunkt schließen sich die Gräber der Großen (die Mastabas). Auch darin erweist sich deutlich der aus Natur und Wirtschaft des Landes erwachsene zentralisierte Beamtenstaat, der einem allmächtigen Pharao gehorcht.

Seit der 5. Dynastie ist es die wichtigste Aufgabe des Königs, dem Sonnengott einen Tempel zu bauen. Der Sonnengott Re hat den König gezeugt, ihm stattet dieser seinen Dank ab. Der König ist also seit dieser Zeit nicht mehr der Gott selbst, vielmehr erkennt er eine höhere Macht über sich an. Damit tritt das Königtum von seiner wirklichen Göttlichkeit zurück in menschliche Verhältnisse, und die spätere politische Allmacht der Priesterschaft gewinnt hierdurch ihre Grundlage.

Ägyptens Kunst und Wissenschaft, Technik und Industrie hat den Griechen, Römern und Arabern viele Anregungen zu eigener Gestaltung und Verwendung gegeben.

Das Zweistromland: Babylonien und Assyrien.

Auch in diesen beiden Ländern erwachsen Staat und Kultur aus einer Flußlandschaft, der des Euphrat und Tigris. Ihre Quellen liegen im Bereich der Winterregen. Die überreichlichen Schmelzwässer des armenischen Hochlandes überschwemmen und befruchten im Sommer das Land. Kanäle müssen für die rechte Ausnutzung und Verteilung des Wassers sorgen. Besonders an den Regulierungsmittelpunkten liegen die Städte.

Babylonien ist das Land zwischen den Unterläufen der Flüsse. Es ist aufgeschütteter Schwemmlandboden, in dem die Kanäle sich leicht graben lassen, die Flüsse sich in verschiedene Arme teilen, teilweise Sümpfe bilden und in zwei Mündungen sich in alter Zeit ins Meer ergießen.

Assyrien liegt am mittleren Tigris (Ninive), durch Steppe, teils Wüste von Babylonien getrennt. Nur ein kleiner Gebietsteil Assyriens kann bewässert werden, da der Flußwasserspiegel zu tief unter der Bodenebene liegt. Darum setzt hier die begrenzte Fruchtbarkeit der Ernährungsmöglichkeit gewisse Schranken, erfordert andererseits erhöhte Verteidigungs- und Ausdehnungsnotwendigkeit und zieht in den Bewohnern den kriegerischen Sinn groß, der sie vor den Babyloniern auszeichnet.

Natürliche Grenzen des Zweistromgebietes bilden nach Norden und Osten die Taurus- und Zagrosketten, nach Westen und Südwesten die syrisch-arabische Wüste. Zwischen die Flüsse und die sie begrenzende Wüste schiebt sich fast überall ein dünn bevölkerter Steppengürtel, während die Randtäler der iranischen Gebirge dichtere Bevölkerung haben (Elamiten, Kossäer).

Die älteste Kultur entsteht in dem Schwemmlande Babyloniens unter dem Schutze der Sümpfe, der Flußarme, des Meeres sowie des Steppen- oder Wüstengürtels. Ihre Schöpfer waren die Sumerer (Keilschrift, Sechsecksystem, dämonische Mischgestalten aus Tier und Mensch, Tempeltürme, Epen). Bis zum 3. Jahrtausend sind nur kleinere Gemeinschaften, Pagi (kein Einheitsstaat), erkennbar. Nach friedlichem, bauernmäßigem Dasein von einer viele Jahrhunderte, vielleicht Jahrtausende langen Dauer greifen die Bewohner mit allmählicher Entwicklung des Handels über die natürlichen Grenzen hinaus, nehmen Beziehungen mit den Nachbarvölkern auf, lenken aber zugleich deren Blicke begehrlieh auf ihr Frucht- und Kulturland. — Seitdem stellt sich die Geschichte dieses Zweistromlandes dar als das unablässige Ringen der Gebirgsvölker des Nordens und Ostens mit den semitischen Stämmen aus der arabischen Halbinsel sowie der semitischen Stämme untereinander um den Besitz dieses Landes.

Mit dem Altkaderreich Sargons kommen die Semiten zur Herrschaft; sie müssen aber zeitweise wieder den Sumerern und Gebirgsvölkern weichen. Um 2000 begründet der Amoriter Hammurabi ein semitisches Einheitsreich (Babylon!). Der Euphrat weist starker Machtentfaltung den natürlichen Weg stromaufwärts nach Syrien zum walddreichen Libanon, von da im Tal des Orontes und Leontes, zwischen Libanon und Antilibanon

Altbabylonien.
Die Sumerer

Die semitischen
Eroberungsreiche
(2800—2000)

hinab zur fruchtreichen syrisch-phönizischen Küste ans Meer mit dem vorgelagerten Kypem. Hier ist das Spannungsgebiet der ägyptischen, hettitischen und babylonisch-assyrischen Machtbildungen. Ein starkes Ägypten bereichert und schützt sich zugleich von der See- und Landseite durch Besetzung Syriens, ebenso drängen die Herren Mesopotamiens nicht nur zur Meeresküste Syriens, sondern weiter zur Eroberung Ägyptens (Ägypten wird Provinz des assyrischen Reiches 670, des persischen 525). Die gegenseitige Bedingtheit dieser Gebiete wiederholt sich in dem Eroberungszuge Alexanders des Großen, der nach Issos nicht ins Innere des Perserreiches, sein eigentliches Ziel, zieht, sondern sich Flanke und Rücken erst durch Besetzung der Meeresküste bis zur Westgrenze Ägyptens sichert, sie wiederholt sich in den Diadochenkämpfen, den Streitigkeiten der Sultanate, bis auf die englische Politik der Gegenwart mit ihrer Umfassung des vorderasiatischen Zwischenerdteils unter Einschluß von Ägypten.

Phöniker und
Juden

Das assyrische Welt-
reich (1300—1100 ;
900—612)

Nur in einer Zeit, wo die Macht Ägyptens und Mesopotamiens ganz darniederliegt, können in den Zeiten vor und nach 1000 v. Chr. die Phöniker, Philister und Juden ihre Selbständigkeit gewinnen und sich vorübergehend zu einer gewissen Macht aufschwingen (in der Zeit zwischen den beiden Blüteperioden der assyrischen Macht, 1300—1100 und 900—612, und nach dem Niedergang des neuen Reiches in Ägypten).

Die Assyrer haben, nachdem die alte babylonische Macht fremden Eroberern, den Hettitern und Kossäern, erlegen ist, die politische Führung an sich genommen. Unter dem Einfluß der besonderen Bedingungen und Erfordernisse ihres Lebensraumes macht sich ein besonders kriegerischer Geist geltend. Sie haben die Kossäer- und die Hettiterherrschaft in Babylonien gebrochen und ihrerseits ein Eroberungsreich gegründet. Die größte Ausdehnung hat das assyrische Reich im 8. und 7. Jahrhundert erreicht (vgl. Karte VII, 3). Es hat die Form des imperialistischen Einheitsreiches, das zentralistisch von einem bestimmten Gebiet unter Vorherrschaft eines Herrenvolkes regiert wird.

Der Drang zum
Meere

Seine Herrschaft reicht bis an das Mittelmeer. Ionische Griechen dürfen in ihrem Bereich keine Kolonien anlegen. 622 wird das Reich Israel vernichtet, die Juden müssen in die assyrische Gefangenschaft gehen. Der Kimmeriervorstoß prallt an der Festigkeit des assyrischen Reiches ab, der Skythensturm verebbt ohne bleibende Folgen. Dann aber schwächen innere Kämpfe das Reich, und neue äußere Feinde bedrohen und vernichten es: die Meder und Chaldäer (Neubabylonien). Sie siegen im Bunde miteinander und teilen die Beute, um für kürzere Zeit mit dem Lydischen Reiche einen Gleichgewichtszustand in Vorderasien zu schaffen, werden aber bald allesamt gleichzeitig von den Persern überrannt.

Gleichgewichtssystem
(612—539)

Ein schnelles Entstehen und Vergehen machtstaatlicher Bildungen vollzieht sich hier im Vergleich zu der langen, stetigen Entwicklung Ägyptens. Immer zeigt sich das Bestreben, den vorderasiatischen Zwischenerdteil politisch zusammenzufassen. Doch eine Dauer ist diesen Machtstaaten nicht beschieden; es fehlt ihnen die breite Grundlage des mit dem Staatsboden verwachsenen Staatsvolkes. Sie üben eine Gewaltherrschaft und werden von allen Untertanen glühend gehaßt, weil sie diese mit furchtbarer Grausamkeit behandeln und mit eiserner Gewalt zusammenhalten,

ohne Achtung ihres nationalen Empfindens. So sprengen die Kräfte innerer Zerfetzung und äußere feindliche Mächte leicht die Erobererstaaten. Es ist das Schicksal aller orientalischen Großmächte auf diesem Boden geblieben (Perser, Makedonen, Seleukiden, Parther, Araber, Türken), es ist die Gefahr für alle imperialistischen Reiche.

Eine Idee schwebt ihnen allen vor, der Gedanke des Weltreichs, der Weltherrschaft. Sie ist im altbabylonischen Reiche für die Welt geboren. Seit Sargon I. (2800) und Naramsin (2750) nennt sich der Herrscher „König der vier Erdteile“. Darauf haben alle späteren Fürsten zurückgegriffen und das Streben nach Weltherrschaft — natürlich in den jeweiligen Grenzen des damaligen Weltbildes — ist mit den Machtstaaten Vorderasiens verbunden geblieben. Die Machtzentren des Binnenlandes suchen aus verkehrs- und wirtschaftsharmonischen Gründen das ganze Stromgebiet zu beherrschen, sowie die waldreichen Gebirge und fruchtbaren Ebenen Syriens mit den entwicklungsreichen Küsten sich anzugliedern, versuchen, auch militärisch dem Vorstoß und der Bedrohung durch Ägypten zu begegnen. Es wirkt darin zugleich die Einheit des Zwischenerdteils zwischen Eurasien und Afrika, in neuer Zeit die wichtige Zwischenlage auf dem Wege von Europa nach Indien und China. Die systematische englische Umfassung dieses Zwischenerdteils mit dem dazugehörigen Ägypten bestätigt die geopolitische Erfahrung der Geschichte.

Von der alten assyrischen Kunst geben uns vor allem die gewaltigen Paläste und Tempel Zeugnis, ihre Reliefs auf den Marmorplatten an den Ziegelwänden der Tempel, ihre berühmten Tierdarstellungen (Löwin). Durch Vermittlung der Phöniker hat die assyrische Kunst auch die griechische Kunst beeinflusst. Wenn sie auch in der Literatur nichts Eigenes geschaffen haben, so verdanken wir doch der Bibliothek des Assurbanipal, der die altbabylonische Literatur abschreiben ließ, die Kenntnis der großen Epen von der Welterschöpfung, der Sintflut, den Abenteuern des Gilgamesch, die in ihrem Kern auf die Sumerer zurückgehen, von den Semiten aufgenommen und umgebildet wurden und auf diesem Wege zu uns gekommen sind.

VI. Einbruch nordischer Völker in das Ostmittelmeergebiet.

1. Erste Griecheneinwanderung der Ionier und Achäer. Nachrücken der Thraker (um 2000).
2. Zweite Einwanderung. Vorstoß der Illyrier, thrakisch-phrygische, thessalisch-dorische Wanderung (13. Jahrh. v. Chr.).
3. Auswirkung der griechischen Ostwanderung und die politische Lage im Orient (13.—11. Jahrh. v. Chr.).

Vor den Hellenen bewohnt Griechenland, die Inseln des Ägäischen Meeres und Kleinasien eine nichtarische, nichtsemitische Bevölkerung, kurz „Kleinasiaten“ genannt, dazu gehören die Karer und Leleger in Griechenland und auf den Inseln, Lyder, Karer, Lykier und Hettiter (1950—1200, Höhe 1450, Hauptstadt und Mittelpunkt Boghaskioi) in Kleinasien. Die Insel Kreta ist Mittelpunkt ihrer Kultur im Ägäischen Meer. Ihre Ausstrahlung reicht bis nach Italien, Sizilien und Spanien. Lebhafter Handelsverkehr blüht mit Ägypten. Sich ergänzende Funde beider Kulturwelten ermöglichen eine genauere zeitliche Bestimmung der kretischen Epochen.

Braun-Ziegfeld, Geopolitischer Geschichtsatlas.

Der
Weltreichgedanke

Beherrschung
des ganzen
Stromgebietes

Kultur

Kretisch-mykenische
Kultur und ihre
Träger

Das Binnenmeer.
Streben nach der
Gegenküste

Das Meer als bequemer Verkehrsweg ist hier jetzt entdeckt. Nur ein Binnenmeer wie das Mittelländische konnte diese Entdeckung bringen mit seinen vielen in greifbarer Nähe liegenden Inseln, fruchtbaren Küsten und guten, natürlichen Häfen.

Erste Griechen-
einwanderung
(um 2000)

Um 2000 geraten indogermanische Völkerstämme, von Norden her gedrängt, in Bewegung. Die Vorfahren der Griechen, der Jonier und Achäer zunächst, wandern in Griechenland ein, Thraker rücken nach und legen sich quer vor die Balkanhalbinsel (1. Griecheneinwanderung).

Sie haben in Griechenland unter starker Beeinflussung von Kreta her, aber doch in eigener Weise, die mykenische Kultur entwickelt. Um 1400 gehen Achäer nach Kreta hinüber und veranlassen hier einen Druck, ein Ausweichen nach Osten (vgl. Karte VI).

Zweite Griechen-
einwanderung
(13.—11. Jahrh.)

Eine völlige Vernichtung dieser kretisch-mykenischen Kultur bringt die 2. Griecheneinwanderung, die unter dem Druck des illyrischen Vorstoßes aus dem Pindus nach Griechenland vordringt und in zwei Richtungen sich auswirkt, nach Osten in der thrakisch-phrygischen, nach Süden in der thessalisch-dorischen Wanderung im 13.—11. Jahrhundert. Statt der phantasievollen naturalistischen Malerei kommt jetzt z. B. der nüchterne und prosaische geometrische Stil des griechischen Mittelalters auf, der dann seinerseits den Einflüssen der orientalischen Kunst im 9. Jahrhundert (Phöniker sind die Vermittler) gewichen ist.

Erste griechische
Kolonisation
(13.—11. Jahrh.)

Die Auswirkungen nach Osten in Kleinasien sind gewaltig. Nicht nur daß indogermanische Stämme, die Phryger, Bithyner und Mysier, über den Hellespont nach Kleinasien kommen und das Hettiterreich vernichten, daß durch den Druck von Kreta her kleinasiatische Stämme in Bewegung geraten (vgl. Karte), als „Seevölker“ Ägypten bedrohen und nach Westen abgedrängt werden, sondern auch die Griechen des Festlandes geraten in Bewegung, wandern nach Osten und besiedeln die ganze Küste Kleasiens: Dorer, Jonier, Achäer (Aoler) (1. griechische Kolonisation).

Dank der günstigen politischen Gesamtlage (Assyrer, Ägypter, Hettiter, Kreter sind ohnmächtig) entfalten sich in dieser Zeit die phönizischen Städte, übernehmen den Handel und Verkehr im Mittelmeer, werden die Vermittler der orientalischen Kultur, der phönizischen Schrift und gründen im Mittelmeer ihre zahlreichen Handelskolonien; jetzt entsteht auch das Judenreich.

VII. Schauplatz griechischer Geschichte.

1. Raumbild Griechenlands.
2. Die griechischen Dialekte im 5. Jahrh. v. Chr.
3. Die griechische Welt und der Orient im 8.—7. Jahrh. v. Chr.

Der griechische
Lebensraum

1. Die mit dem geschichtlichen Schauplatz der Völker Ägyptens und Vorderasiens gegebenen Antriebe zu staatlicher Einigung und Bildung starker Staatsgewalt fehlen dem Lebensraum der Griechen. Griechenland liegt im Gebiet jahreszeitlicher Niederschläge (Ägypten und Vorderasien im Trockengebiet, Flußüberschwemmungen!). Gegenüber räumlicher Geschlossenheit zeigt die griechische Landschaft infolge vieler Gebirgszüge große Zerrissenheit. Die Gebirgstäler bieten geringe Entwicklungsmöglichkeiten, sie sind durch unwegsame Bergrücken voneinander getrennt. Die landschaftliche Zerrissenheit erfährt noch stärkere Ausprägung durch tiefeinschneidende

Meeresbuchten, weit vorspringende Halbinseln und vorgelagerte Inseln. Je nach der Lage hat jede Landschaft ihre Besonderheit, ihre klimatische Eigenart. Die griechische Kleinstaaterei, zum Teil auch die verschiedene Charakterbildung und kulturelle Entwicklung der Stämme haben darin ihren Grund.

Hier liegen auch die Wurzeln für den unbändigen Freiheitsdrang, das starke Unabhängigkeitsgefühl der Griechen. Einengung durch einwandernde Stämme, seien sie auch blutsverwandt, gar Unterwerfung unter sie ist unerträglich. Lieber wandern ganze Volksteile aus und suchen sich eine neue Heimat (1. griechische Kolonisation s. Karte VI).

Dieser Grundzug griechischen Wesens führt zu der vollkommenen Persönlichkeitsdurchbildung, aus der die hohen Leistungen und Schöpfungen der hellenischen Kultur geboren sind, die die tiefste weltgeschichtliche Wirkung ausgeübt haben. Die wundervollen Farben unter dem blauen Himmel und dem strahlendhellen Sonnenlicht erziehen zu scharfer Beobachtung sämtlicher Gegenstände, auch des nackten Menschen, und wecken künstlerisches Sehen, Empfinden und Gestalten. Die Beweglichkeit des Geistes, die Kühnheit des Willens und Denkens steigert sich auf ihren wagemutigen Seefahrten, durch ihr Verwachsen mit dem Meer, das sie immer wieder hinauslockt.

Die reichste Küstengliederung zeigt die Ost- und Südseite; hier liegen auch günstige Hafenplätze. Die Westküste, weniger gegliedert, hafensarm, tritt in der ganzen kulturellen und politischen Entwicklung dem Osten gegenüber zurück. Griechenlands Gesicht ist so nach Osten gewandt, den orientalischen Kulturgebieten zu. Das dazwischenliegende Meer ist mit Inseln besät, die eine natürliche Brücke nach der kleinasiatischen Küste hinüber bilden und von der heimischen Küste immer weiter hinüberziehen.

2. Die Zeit der Wanderung und Kolonisation ist mit dem 7. Jahrhundert im wesentlichen abgeschlossen. Nicht überall haben die eingewanderten Stämme die unterlegene einsässige Bevölkerung vertrieben, sie setzen sich als Herrn über sie, haben sich teilweise aber mit dem Namen des unterworfenen Stammes (bzw. der eroberten Landschaft) benannt (vgl. Atoler, Achäer, Eleer), vereinigt sogar seine Sprache übernommen. Aus dem bunten Neben-, Mit- und Übereinander der griechischen Stämme entwickelt sich eine große Mannigfaltigkeit der Dialekte. Die nach Beloch gezeichnete Karte zeigt uns ihre nach großen Gruppen zusammengefasste Verteilung im 5. Jahrhundert.

Mit der Verteilung der Stämme über das besetzte Land entstehen neben den alten Ortschaften neue. Die Form der Siedlungen ist verschieden. Im dorischen Gebiet überwiegen z. B. die unbefestigten Dorfanlagen mit einem gemeinsamen Verteidigungsplatz, im ionischen Siedlungsgebiet Attikas die Stadtanlagen mit Burg als Mittelpunkt. Der alte Stammesverband und seine Organisation lockert sich, löst sich auf, das ganze wirtschaftliche und schließlich auch politische Leben ändert sich. An Stelle des Nomadenlebens, der Viehzucht, tritt Sesshaftigkeit und Ackerbau, entwickelt sich privates Grundeigentum. Jede Ortschaft mit dem dazugehörigen Umland wird ein kleines Staatsgebilde für sich, in dem sich jetzt das politische Leben konzentriert (Pagusstufe); und diese Entwicklung wird nun im höchsten Maße von der zerrissenen griechischen Landschaft begünstigt und gefördert.

3. Bald macht sich Mangel an Ackerland fühlbar. Das führt zur Ausfuhr von Waren (Öl, Stoffe, Metall- und Tonwaren); dafür werden Getreide,

Der
griechische Mensch

Die Ostlage
Griechenlands

Die griechischen
Dialekte

Siedlungsformen.
Umgebung der
Stammesverfassung

Handel und Industrie

Fische für die Ernährung, Sklaven, Kupfer, Zinn, Eisen für die Industrie eingehandelt. Der Handel blüht auf.

Zweite griechische
Kolonisation
(8.-7. Jahrh.)

So nehmen die Städte auf dem Festlande allmählich einen wirtschaftlichen Aufschwung; Absatzbedürfnis macht sich geltend, daneben auch Raumnöte und Gefährdung der persönlichen Freiheit in den Parteikämpfen der Heimatstädte. Die Städte, meist Seestädte (Chalkis, Eretria, Korinth, Megara und Milet in Kleinasien) schicken Kolonien aus; Handelskolonien sind es zumeist, Ackerbaukolonien gibt es nur in Troas, auf der Chalkidike und in Unteritalien. Das ist das Ergebnis der 2. griechischen Kolonisation.

Über das Meer — und wieder ist es das **Binnenmeer** mit den windenden Gegengestaden — dringt mit den griechischen Kolonien die griechische Kultur auch nach Sizilien und Unteritalien bis nach Südfrankreich und dem östlichen Spanien, auf der anderen Seite bis ins Schwarze Meer und nach Südrußland.

Reger Unternehmungsgestalt lebt besonders im Koloniallande, wie es Milet mit seinen zahlreichen Koloniegründungen beweist. Kleinasien ist auch die Wiege der ersten großen Schöpfungen griechischen Geisteslebens, der homerischen Gedichte, der Geschichte Herodots, der ionischen Philosophie und der äolischen Lyrik. — In den Kolonien ist zuerst das griechische Nationalgefühl im Gegensatz zu den Barbaren erwacht. Ihre neugewonnene Heimat, ihre Unabhängigkeit verteidigen sie bis auf äußerste, ganz im Gegensatz zu den phönizischen Handelsstädten, die sich nur von wirtschaftlichen Rücksichten haben beherrschen lassen.

VIII. Vorderasiatische Großmachtbildungen indogermanischer Völker.

1. Das Mederreich im 6. Jahrh.

2. Das Perserreich unter Darius Hystaspes um 500 v. Chr.

Das medische und
neubabylonische
Reich (639–539)

Mit den Medern und Persern übernehmen Indogermanen in Vorderasien die politische Führung. Sie sitzen in den Randgebirgen des Hochlandes von Iran. Gegenüber ihren Stammverwandten, den Kimmeriern und Skythen, liegt ihre überragende Stärke, ihre geschichtliche Bedeutung in der Begründung eines geordneten Staatswesens. In ihrem Kampfe gegen die Assyrer siegen die Meder im Bunde mit den Chaldäern Babyloniens und teilen sich mit ihnen die Beute (s. Blatt VIII). Das Neubabylonische Reich umfaßt das Zweistromland und das syrische Tafelland, das Mederreich die Gebirgsländer Kleinasien, Armenien und Iran; es reicht in Westturkestan bis zum Syr-darja mit den Hochgebirgsketten des Hindukusch und Altai-gebirges als Ostgrenze. Als dritte Macht in Vorderasien besteht daneben das Lydische Reich, das seine Herrschaft über die Phryger ausgedehnt hat. Als Grenze gegen Medien wird nach der Schlacht am Halys 585 (28. Mai Sonnenfinsternis, Thales von Milet) dieser Fluß vereinbart. Auch die kleinasiatischen Griechenstädte werden trotz tapferer Gegenwehr dem Lydischen Reiche tributpflichtig, mit Ausnahme Milets. Die Inseln an der kleinasiatischen Küste bleiben frei, da die Lyder über keine Flotte verfügen. Doch das Lydische Regiment ist nicht drückend, der Handel der griechischen Städte blüht sogar auf, da sie im Lyderreich ein großes Hinterland gewonnen haben.

So besteht für kurze Zeit nach dem Zusammenbruch des assyrischen Welt-

reiches ein Gleichgewichtszustand in Vorderasien, bis die Perser kommen und ihr Eroberungs- und Weltreich aufrichten. Der Gleichgewichtszustand ist durch das Imperium wieder abgelöst.

Imperium der Perser
(553–330)

Kyros erhebt sein Land aus seiner abhängigen Stellung im Mederreich zur herrschenden Macht und damit sein kulturloses Jäger- und Bauernvolk zum Herrenvolk auf dem weiten geschichtlichen Herrschaftsboden Vorderasiens. Auch Kyros nennt sich „König der vier Erdteile“. Das Bündnis von Lydien und Babylonien und Ägypten gegen die drohende Persergefahr kann ihre Niederlage nicht abwenden. 546 wird Sardes, 539 Babylon, 525 Sais erobert. Die Griechen Kleinasiens werden tribut- und heerespflichtig.

Darius versucht nach zwei Richtungen die Persermacht zu erweitern, durch einen Verteidigungskrieg gegen die Skythen, um ihren steten Unruhmigungen ein Ende zu machen, durch einen Angriffskrieg gegen die griechischen Staaten des Festlandes, um die das östliche Mittelmeer umgebenden Staaten seinem Weltreich einzuverleiben. An dem letzten Plan scheitert er aber, ebenso seine Nachfolger.

Europa bleibt vor einer orientalischen Herrschaft bewahrt, die abendländische Kultur ist gerettet. Die Perser sind auf ihrem Eroberungszuge von den Bergen Trans her gerade bis ans Meer gekommen, sind also nur eine Landmacht. Die Flotte für die geplante Unterwerfung Griechenlands müssen die unterworfenen Völker stellen. Trotz der persischen Übermacht zur See werden sie bei Salamis 480 geschlagen, und trotz ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit auch nach der Schlacht noch gibt Xerxes den Kampf auf; denn da die See nicht Lebenselement der Perser ist, fehlt ihm jegliches Vertrauen zu sich und der Flotte, jegliche Zuversicht auf Sieg.

Die
Regierungspolitik

Den Bestand des persischen Weltreiches sichert eine Regierungspolitik, die von der der assyrischen Könige grundverschieden ist. Kyros schon das nationale, religiöse Empfinden der unterworfenen Völker (Heimkehr der Juden!), schafft sich durch Heirat mit einer medischen Prinzessin, durch Anerkennung einer medischen Sonderstellung, durch Übernahme alter Überlieferungen, des babylonischen und ägyptischen Herrschertitels, die Rechtsgrundlagen für seine Politik.

Darius hat dann dem Reich eine glänzende Organisation gegeben, welche die Staatseinheit, Wirtschaftsharmonie und militärische Sicherheit weiterhin verbürgt. Susa wird Hauptstadt, Mittelpunkt eines großartig ausgebauten, weitverzweigten Straßennetzes; eine fein durchgebildete Steuerordnung versorgt die Staatsklassen, ein zuverlässiges Beamtentum, ein schlagfertiges Heer gehorcht dem Willen des Königs, bis die gewaltige Persönlichkeit Alexanders des Großen die Erbschaft übernimmt.

Die innere
Reichsorganisation

Die Kunst des Perserreichs ist ein Gemisch von babylonischen, assyrischen, kleinasiatischen Bestandteilen, auch griechische Einflüsse fehlen nicht. Im ganzen stellt sie aber eine organische Verarbeitung dieser Elemente dar. Die Paläste des Darius und seiner Nachfolger in Persepolis zeichnen sich durch ihre Schönheit aus.

Die Religion Zarathustras gibt den Persern eine hohe ethische Gesinnung, es geht um den Kampf des Guten gegen das Böse, gegen die Lüge. Sie wirkt fort in der nationalen Reaktion der Parther und der Sassaniden-erhebung gegen den Hellenismus und die Fremdherrschaft der Diadochen und lebt noch heute bei den Parsi in Indien.

IX. Die politischen Kraftzentren Griechenlands und die Auseinandersetzung mit Asien.

1. Spartas Machtstellung im Peloponnes. Seine Führerstellung in Griechenland.
2. Griechenland in der Abwehr der Perser 500—479.
3. Athens Seereich 478/7 und Zweifrontenkrieg gegen den persischen Nationalfeind (bis 448) und Sparta (bis 445).
4. Athens Machtstreben auf dem griechischen Festland 459—445.

Die räumliche
Entwicklung
Spartas

1. In Griechenland bilden sich einige besondere Kraftzentren, die eine Einigung aller Griechen unter ihrer Führung erstreben.

Im Vordergrund der griechischen Geschichte steht zunächst das Dorertum des Peloponnes. Nachdem Mykenä von seiner Führerstellung in der mykenischen Zeit herabgesunken ist, versucht Argos seine Herrschaft aufzurichten, findet aber in Sparta einen gefährlichen und bald siegreichen Gegner. Sparta besteht aus fünf dorischen, unbefestigten Siedlungen am mittleren Eurotas. Von hier aus erobern die Spartaner das ganze Eurotastal bis ans Meer, im Norden bis an den Fuß der arkadischen Berge und seitlich bis auf die Anhöhen des Parnon und Taygetosgebirges. Ein Drittel des eroberten Gebietes, und zwar das fruchtbarste Land, nehmen die Spartiaten für sich und lassen es von Sklaven bewirtschaften, die übrigen zwei Drittel behalten die Periöken, Nachkommen der vordorischen Bevölkerung oder dorische Stammesgenossen, jedenfalls eine heerespflichtige, aber politisch rechtlose Bevölkerung.

Bald wird das Eurotastal zu eng; jenseits des Taygetos lockt die reiche messenische Ebene mit ihrem Reichtum an Herden, Getreide, Öl- und Feigenbäumen, sowie köstlichem Wein. Sie wird in den messenischen Kriegen mit rücksichtsloser Härte unterworfen und nun von den Heloten für die lakedämonischen Herren bebaut. So wird Sparta eine Landmacht und behält diese Grundlage; das Verhältnis von Grundeigentum und Hörigkeit bleibt für alle Zeit bestehen.

Die Staatsverfassung
und Staatspolitik

Im spartanischen Staate sind die Bürger Spartas untereinander gleichberechtigt und der anderen Bevölkerung gegenüber allein politisch vollberechtigt. Man kann ihr Zahlverhältnis für die Mitte des 5. Jahrhunderts schätzen auf 12—14000 Bürger, 80000 Periöken, 150—200000 Heloten. Infolge dieses Mißverhältnisses der herrschenden Schicht zu den Untertanen kann die Vollbürgerschaft sich nur behaupten und durchsetzen, wenn sie in dauernder militärischer Bereitschaft steht, ein ständiges Heerlager bildet. Der Spartaner gehört vom 7. Lebensjahre ab ausschließlich dem Staate. Darauf gründet sich zugleich der Ruhm als unbefiegbliche Landmacht, den sich Sparta bis zur Schlacht von Leuktra 371 bewahrt hat.

Auch die Eroberungspolitik findet in der notwendigen Rücksicht auf die Überzahl der Untertanen ihre Grenze. Es ist unmöglich, — da man den Vollbürgerverband nicht erweitern will — neue Unterworfenen in den Staatsverband aufzunehmen, ohne zugleich Gefahr zu laufen, von diesen erdrückt zu werden. So geht Sparta 550 von der Eroberungspolitik zur Bündnispolitik über und gründet den Peloponnesischen Bund unter eigener

militärischer Führung (s. Karte IX, 1) und wird damit zugleich die Vormacht in Griechenland.

2. Unter seiner Führung besteht Griechenland glücklich die schwere Persergefahr (s. Karte IX, 2). „Die Tage von Marathon und Salamis machen Epoche; sie entscheiden für den Augenblick und für die Ewigkeit, daß es eine eigene und höhere europäische Kultur, auch eine andere und höhere Form von Staat und Gesellschaft geben wird, als der Orient, seine Arier ebensogut wie seine Semiten, je besaß.“ (Wilamowitz.)

Die weitere Geschichte Spartas bestimmt der Gegensatz zu Athen.

Man sieht in Sparta die Verkörperung des aristokratischen Staatsideals. Es wahr streng konservativ seine alte Eigenart, schließt sich engherzig gegen etwaige Aufnahme von Neubürgern ab, verzichtet auf ein geschriebenes Recht, auf Mauern zur Verteidigung, duldet kein Privateigentum, kein Geld. Spartaner dürfen weder Handel noch Gewerbe treiben, strenge Polizeivorschriften erzwingen die Beibehaltung der altspartanischen einfachen Lebensweise, die moderne Musik und Bildung wird abgelehnt. So verknöchert Sparta mit der Zeit vollkommen.

In den dauernden Kämpfen mit seinen Gegnern in Griechenland verzehrt es auch seine physischen Kräfte, und so stirbt es eines langsamen, sicheren Todes.

3. Der große Rivale und Gegenspieler Spartas ist Athen. Innere Entwicklung und Machtgrundlagen Athens sind aber ganz anders geartet als die Spartas.

Auch in der Landschaft Attika bestanden zunächst eine ganze Reihe von Herrschaften. Sie werden im 8. Jahrhundert zu einer politischen Einheit unter der Führung Athens zusammengefaßt.

„Man hat die Vereinigung der bisher verstreut auf Höfen und Dörfern lebenden Staatsbürger in einer Stadt durch ein Gesetz, einen sog. Synoikismos, zwangsweise herbeigeführt. Neben der räumlichen Ausdehnung des Staates kann man diese Entwicklungsform als innere Konzentration bezeichnen (Ballung). Ihren Ursprung hat diese Tendenz im Bedürfnis nach Sicherheit. Sie wird deswegen so bedeutungsvoll, weil die Städte alsbald überall Träger staatlicher Macht, die Mittelpunkte der Verwaltung werden, außerdem der Sitz der industriellen Gewerbe und der Wohnort einer großen Zahl von Menschen, die mit Landarbeit nichts mehr zu tun haben und ihren Lebensunterhalt mittelbar durch Austausch von Handwerkserzeugnissen, Hand- und Geistesarbeit, Kaufhandel erwerben oder als Beamte, Politiker usw. von Gehalt oder Renten leben. Neben dem statischen Element der Masse und Flächengröße ist im staatlichen Organismus auch ein dynamisches Element wirksam, ein Element der Bewegung und Kraft, und dessen Ausstrahlungspunkt sind eben die Städte. In der antiken Kulturwelt der Mittelmeerregion machte sich diese Bedeutung der Städte so sehr geltend, daß die Stadt vielfach als der volle Ausdruck und Inbegriff staatlichen Lebens aufgefaßt wurde. Der antike Staat ist wesentlich Stadtstaat und will weniger nach seiner Fläche, als nach der inneren Beschaffenheit seiner Hauptstadt beurteilt sein. Der Anstoß ist wohl dazu von den Oasenstaaten Mesopotamiens und Ägyptens ausgegangen, wo das Schutzbedürfnis gegen die Wüsten- und Gebirgsnomaden die Stadtentwicklung anregte. — In der romanisch-germanischen Staatenwelt des europäischen Mittelalters gewann das **platte Land** wieder größere selbständige Bedeutung, aber auch in ihr hat sich das Städtewesen als Erbschaft der Antike seit dem 12. Jahrhundert steigenden Einfluß errungen, und im 19. Jahrhundert hat dies unter der Einwirkung der Maschinenteknik zu einem beispiellosen Wachstum der Städte, zu dem Aufkommen von Großstädten und Millionenstädten, damit auch fast überall zu einem vollkommen politischen Übergewicht der Städte über das Land geführt.“ (W. Vogel.)

Das alte, für uns sagenumwobene Königtum muß der Adels Herrschaft weichen. Die adeligen Grundbesitzer regieren nun den athenischen Staat,

Spartas
Führerstellung

Niedergang

Athen

Der antike
Stadtstaat

Die Adels Herrschaft

nicht unangefochten, aber zähe verteidigen sie dem Volke gegenüber ihre Stellung; freilich Schritt um Schritt müssen sie Boden hergeben. Die erste Etappe zum Rechtsstaat ist die Milderung der Blutrache und die schriftliche Aufzeichnung des alten adeligen Gewohnheitsrechtes durch Dracon.

Die ganze sich inzwischen vollziehende wirtschaftliche und soziale Entwicklung gibt uns das Verständnis für das Ziel und die Träger dieses Kampfes gegen den Adel. Mit dem Aufblühen von Handel und Gewerbe (s. S. 19) ist ein Mittelstand von Kaufleuten, Handwerkern und Industriellen aufgetreten. Die Einführung der Geldwirtschaft und Sklaverei fördert die industriellen Unternehmungen, hat aber zugleich schwere wirtschaftliche und soziale Mißstände im Gefolge. Infolge der Konkurrenz des billigen Auslandsgetreides und der billigen Sklavenarbeit in industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben verarmen die Bauern, geraten bei den hohen Wucherzinsen in Schulden und schmachten unter einem furchtbar harten Schuldrecht.

So geht es wirtschaftlich um Abhilfe dieser Nöte, politisch um Anteil an der Regierung. Solon, im Jahre 594/93 Archon mit diktatorischer Vollmacht, bringt die Versöhnung. Die Schulden werden niedergeschlagen, die Bauern befreit, die politischen Rechte der aufgestellten vier Klassen werden nach ihren Leistungen an den Staat abgestuft und nicht mehr durch die Geburt erworben. „Jedem das Seine“ ist der Grundsatz seiner gemäßigten Demokratie.

Die Tyrannis
(560—510)

Die Volksherrschaft

Doch Ruhe hat der Staat damit nicht gefunden. Neue Bürgerkämpfe brechen aus, und über den Umweg der Tyrannis, die ehrgeizige aristokratische Führer an die Spitze des Volkes führt (560—510), setzt sich die volle Demokratie durch: „Jedem das Gleiche.“ Das Volk entscheidet als Souverän des Staates in den Volksversammlungen und übt die höchste Gerichtsbarkeit. Kleisthenes bricht 507 mit der neuen Phylenordnung rechtlich den immer noch mächtigen Einfluß des Adels. Auch die Bevorrechtigung Athens gegenüber dem attischen Lande findet damit ein Ende. Denn athenischer Bürger ist jetzt jeder, der in den attischen Demen Bürgerrecht hat, den 100, später 180 Ortschaften Attikas mit kommunaler Selbstverwaltung. Die besondere Art der Zusammenlegung dieser Demen zu Phylen zerreißt die alten überlieferten Zusammenhänge, und die neuen Phylen vereinigen jetzt die verschiedensten landschaftlichen und politisch-sozialen Gegensätze. Aus diesen Phylen werden die Beamten gelost (nur die Strategen werden vom Volke gewählt).

Das Vorrecht des Adels ist damit gebrochen, trotzdem gibt er für lange Zeit noch dem Volke die Führer. Die Tüchtigkeit der Persönlichkeit ist entscheidend für die Mitarbeit und Führung in dieser Demokratie; auch Perikles wird, wie Themistokles, der über den Parteien stehende Staatsmann, der das Volk fest in der Hand hat. Erst die radikale Demokratie im Verlauf des peloponnesischen Krieges hat mit diesem Grundsatz gebrochen; da beginnt die Führerschaft der Demagogen, der Männer, die wie Kleon aus den unteren Volksschichten nur den niederen Instinkten und Leidenschaften des Volkes schmeicheln.

Athen und Sparta

In dieser Entwicklung liegt der große innerpolitische Gegensatz von Athen zu Sparta. Athen gilt als der fortschrittliche, demokratische, Sparta als der

konserverativ-aristokratische Staat. Athen fördert in Ergänzung seiner unzureichenden Landwirtschaftsproduktion Handel und Industrie und überseeische Unternehmungen. Sparta sträubt sich mit allen Mitteln dagegen, es bleibt bei seiner rein agrarischen Grundlage. Seine Politik ist gekennzeichnet durch Rücksichtslosigkeit und Gewalttätigkeit im Innern, durch zaudernde Angstlichkeit und Vorsicht nach außen. Ist und bleibt Spartas Machtstütze das Landheer, so wird Athen mit seiner Entwicklung auch in Hinsicht auf sein machtsstaatliches Werden auf das Meer gewiesen, auf die Schaffung einer Seemacht.

Erweiterung der athenischen Herrschaft über die Grenzen Attikas hinaus Der attische Seebund hat schon der Tyrann Peisistratos betrieben, er hat die Insel Salamis gewonnen, Sigeion auf der asiatischen Seite, das Fürstentum des Miltiades auf dem thrakischen Chersones begründet zur Sicherung der Getreideeinfuhr vom Schwarzen Meer durch die Straße der Dardanellen. Auch des Themistokles Politik geht zielbewußt dahin, den Schwerpunkt der athenischen Macht auf die See zu legen. So verwirklicht er sein großes Flottenprogramm und baut Athen und den Piräus zur Festung aus, denn er sieht ein: der Entscheidungskampf mit den Persern ist nicht zu umgehen (ionischer Aufstand!), Erfolg ist aber nur in einer Seeschlacht zu erhoffen.

In dem Kampf gegen die Perser stellt sich Athen angesichts der großen gemeinsamen Gefahr und Aufgabe des Griechentums unter die spartanische Führung, opfert Stadt und Burg, um seine junge Kriegsflotte bei Salamis zur Vernichtung der Perser mit einzusetzen. Damit ist Athen neben Sparta getreten: eine entscheidende Wendung für die griechische Geschichte! Der Dualismus der beiden Staaten ist maßgebend für die Folgezeit.

Abwehrkampf
gegen Persien
492. 490. 480/79

Die Jonier Kleinasiens erbitten Schutz und Hilfe gegen Persien. Während Sparta zaudert und Pausanias sich die Jonier verfeindet, übernimmt Athen die Führung und Vertretung der gesamtgriechischen Interessen in Kleinasien gegen den persischen Nationalfeind. Schon bald nach den Schlachten von Salamis und Plataä gründet Athen den attisch-delischen Seebund, eine politische Einigung aller Jonier unter Athens Führung. Ist in diesem Staatenbund jedes Mitglied zunächst Bundesgenosse, verpflichtet zur Stellung von Schiffen und Mannschaften oder Geldzahlung, so baut Perikles diesen Bund zu dem großen attischen Seereich aus, in dem die bisherigen Bundesgenossen in die Stellung von Untertanen herabsinken und Athens Wille allein herrscht. Kampf gegen Persien bleibt das Kriegsziel dieses Bundes.

Kampf zwischen
Athen und Sparta
(459—445 v. Chr.)

4. Mit Perikles beginnt auch die Auseinandersetzung zwischen Athen und Sparta. Athen ist schon im Begriff, seinem Reiche die mittelgriechischen Staaten samt den Zugängen zum Peloponnes anzugliedern (s. Karte IX, 4). Dadurch muß Sparta sich besonders bedroht fühlen, es trifft Gegenmaßnahmen. Nach dem unglücklichen Zug Athens gegen Ägypten 454 und der Niederlage des Solmides bei Koroneia gegen den jungen böotischen Bund muß Perikles erkennen, daß sein außenpolitisches Ziel zu hoch gesteckt ist, daß der Zweifrontenkrieg über Athens Kräfte geht. Er schließt Frieden mit Persien 448, wie mit Sparta 445. Persien verspricht, sein Herrschaftsrecht auf die kleinasiatischen Griechen nicht auszuüben, mit seiner Flotte nicht über die lykische Küste und den Bosphorus hinauszufahren. Sparta erkennt Athen als Herrn seines Seereiches an, findet sich also mit dem Dualismus

ab. Athen aber verzichtet auf seine Eroberung in Mittelgriechenland und im Peloponnes und behält nur Ägina und Naupaktos.

Athens Blütezeit
 Perikles widmet sich ganz dem inneren Ausbau Athens und seines Reichs. Es übernimmt den ganzen ionischen Handel, beherrscht die Getreideeinfuhr aus dem Schwarzen Meer, knüpft Handelsbeziehungen mit dem Westen an (Gründung der Kolonie Thurii 444). Der großartig ausgebaute Piräus wird Handelshafen der ganzen Welt, die attische Industrie nimmt einen gewaltigen Aufschwung. Die Friedensarbeit des Perikles bedeutet die Glanzzeit Athens, zugleich auch den Höhepunkt des gesamten griechischen Kulturlebens.

X. Der Fader Griechenlands — Persiens politisches Übergewicht.

1. Der peloponnesische Krieg 431—404.
2. Sparta und die nationalhellenische Aufgabe in Kleinasien. Der böotisch-korinthische Krieg 395—387.
3. Thebens Machtstreben 371—362.

**Das politische
Versagen der
Griechen**

1. Ein Zusammenschluß aller Griechen zu einem einheitlichen Staate ist nie erreicht, und in dem Ringen der Kräfte von verschiedenen Mittelpunkten aus um dieses Ziel verzehren sie sich selbst bis zur völligen Ohnmacht und machen dem makedonischen Eroberer selber den Weg frei.

Die Auseinandersetzung zwischen Athen und Sparta ist 445 nur vertagt. Zwischen Athen und Korinth, dem Mitgliede des peloponnesischen Bundes, hat sich der Gegensatz verschärft, da Athen die korinthischen Interessen im Ionischen Meer und auf Sizilien bedroht. Die Entscheidung fällt im peloponnesischen Kriege. Sieger muß der werden, dessen Kräfte und Hilfsquellen am längsten vorhalten; denn Athen beherrscht die See, Sparta ist unbestrittener Herr auf dem Festlande; keiner kann den andern entscheidend schlagen. Daher beschränkt sich Athen zu Lande auf einen Verteidigungskrieg, verwüstet aber dauernd die spartanische Küste, während Sparta umgekehrt das attische Land plündert und besezt und die Bevölkerung hinter die schützenden Mauern Athens treibt. Die Flotte versorgt die athenische Bevölkerung. Die Pest fordert aber furchtbare Opfer; auch Perikles erliegt ihr (429). An seine Stelle tritt der radikale Demagoge Kleon. Unter dem Eindruck der Gefangennahme von 120 Spartiaten auf der Insel Sphakteria ist Sparta zum Frieden bereit. Aber die Friedensbedingungen Kleons sind zu hart. Erst nach seinem Tode bei Amphipolis, wo zugleich der Führer der spartanischen Kriegspartei fällt, kommt es zum Frieden des Nikias. Alkibiades treibt Athen dann in ein neues Unternehmen — zum Angriff auf Syrakus. Mit diesem verunglückten Zug nach Sizilien hat Athen aber seine Kräfte überspannt. Es kommt hinzu, daß die Glieder des attischen Seereichs Athen in der Zeit der Not größtenteils nicht die Treue halten. Zu sehr nur hat Athen sie ausgenutzt, statt sie an den Vorteilen des Bundes gebührend zu beteiligen und dadurch inniger mit dem Schicksal ihres Vorortes zu verbinden. So fortschrittlich Athen erscheinen mag, es hat sich nicht dazu verstehen können, die große Zahl der Metöken und die Bündner zur Verbreiterung seiner staatlichen Grundlage und Festigung seines Staatsaufbaues zu gewinnen. Sparta selbst hat den endgültigen Sieg nur durch die Bundeshilfe der Perjer gewinnen können. 404 wird Athen erobert, und

Athens Untergang

seine Mauern werden geschleift (s. Karte X, 1). Sparta setzt überall oligarchische Regierungen ein.

2. Sparta glaubt sich am Ziel seines Strebens. Als es nun aber für die nationalhellenische Aufgabe in Kleinasien, für die Unabhängigkeit der Griechen den Persern gegenüber eintritt, muß es die eigene Machtlosigkeit erkennen. Die Perser heken auf dem Festlande die spartanischen Feinde zum Kampfe. Athen baut seine Mauern mit persischem Gelde wieder auf. Agesilaos wird darum aus Kleinasien abgerufen, er siegt in Bötien bei Koroneia 394, aber die spartanische Flotte wird gleichzeitig bei Knidos vernichtet. Es ist offensichtlich: Persien führt die Fäden der großen Politik und hält die griechischen Staaten gegenseitig in Schach. Sparta gibt die Griechen in Kleinasien den Persern preis, um in Griechenland seine Stellung mit der persischen Bundesgenossenschaft als Rückendeckung halten zu können (s. Karte X, 2).

Spartas Verrat
an der
griechischen Sache

3. Theben wagt es, an der Spitze eines böotischen Bundes gegen Sparta aufzutreten. Auch Athen ist es gelungen, seine alten Bundesgenossen für einen zweiten Seebund unter Wahrung ihrer Autonomie zu gewinnen (378). Sparta versucht, den böotischen Bund zu sprengen, wird aber bei Leuktra 371 von Epameinondas geschlagen. Der peloponnesische Bund ist zerbrochen, Messenien wird ein selbständiger Staat in der Flanke des spartanischen Staates.

Der Streit um die
Vorherrschaft

Pelopidas und Epameinondas wollen Theben die Vorherrschaft in Griechenland sichern. Doch nur ein kurzer Bestand ist ihr beschieden, sie ist zu Ende mit dem Tode der Männer, die sie aufgebaut haben, in ihrem Ziel aber über die Kräfte des Staates hinausgegangen sind (Schlacht bei Mantinea 362).

Auch die athenischen Bundesgenossen sagen sich nach dem Bundesgenossenkriege 357—355 von Athen los, bis auf Euböa, Lemnos und Samos.

So endet die politische Geschichte Griechenlands mit einer heillosen Zerrissenheit, es hat sich im ewigen Hader gegen die inneren und äußeren Gegner zerfleischt und verblutet. Die wirtschaftliche Blüte ist im Schwinden, Banditen, Räuber und Piraten gefährden und beunruhigen den Verkehr auf den Straßen. So wird Philipp von Makedonien von vielen als der Retter begrüßt. Der Athener Demosthenes bietet noch einmal alle Kräfte auf zur Verteidigung der griechischen Freiheit, doch vergeblich. Er endet durch Selbstmord (322).

XI. Der Zerfall Griechenlands und Makedoniens Aufstieg.

Makedoniens Wachstum 359—336. Griechische Bündnishändel 270—230.

Makedonien, mit seinem Rücken an den Kontinent angelehnt, besitzt in seinen Flußtälern räumlich größere Einheiten zur Staatsbildung und verfügt über ein kraftvolles Bauerntum für das Hoplitenheer seiner Phalanx. Abgeschnitten von den übrigen griechischen Stämmen und ihrer mächtigen Entwicklung, sind die Makedonen im hohen Norden auf ihrer ursprünglichen Kulturstufe stehengeblieben. In der rauhen Natur ihres Landes haben sie nicht nur ihre alten Einrichtungen, ihr Volkskönigtum, ihre makedonische Heeresversammlung bewahrt, sondern auch ihre urwüchsige Naturkraft. Sie

Der aufstrebende
Bauernstaat im
Norden

sind das Bauernvolk geblieben, die Polis- (Stadt-) Entwicklung ist nicht eingetreten. Mit dem Mündungsgebiet des Axios und Haliakmon stößt Makedonien ans Meer, nur von hier aus kann der Ausbau des makedonischen Reiches erfolgen. So erweitert Philipp seine Macht an der Küste durch die Handelsstädte der Chalkidike bis Byzanz und südlich von Makedonien durch Besetzung von Thessalien. Mit den Goldbergwerken am Pangäon gewinnt er zugleich die finanziellen Mittel für seine weitgreifenden politischen Pläne und Unternehmungen, die letzten Endes auf die Beherrschung und Unterwerfung Griechenlands hinausgehen.

Untergang der
griechischen
Freiheit (338)

Geschick weiß er sich in die griechischen Händel und Streitigkeiten einzumischen. Demosthenes bringt noch einmal einen Bund der griechischen Staaten gegen Philipp zustande. Aber das Schicksal Griechenlands ist nicht mehr aufzuhalten. Philipp rückt in Griechenland ein, und 338 verliert Griechenland durch die Niederlage bei Chäroneia seine politische Freiheit. Mit dem Reiche Alexanders des Großen aber tritt die griechische Kultur ihren Siegeszug über die ganze damalige Welt an.

XII. Niedergang und Zusammenbruch des Perserreiches. Alexanders panhellenischer Rachekrieg und Weltreichgründung.

1. Der Zug der Zehntausend.
2. Sicherung und Erweiterung Makedoniens.
3. Das Alexanderreich.

Persönlichkeit und
Geschichte

Die weltgeschichtlichen Leistungen Alexanders des Großen müssen wir in erster Linie seiner überragenden Persönlichkeit zuschreiben. Vor allem ist er ein genialer Feldherr, vergleichbar nur mit den Größten der Weltgeschichte, mit einem Cäsar, einem Friedrich, einem Napoleon. Auch seine staatsmännische Befähigung verdient unsere Bewunderung. In kurzer Zeit überwindet er alle Widerstände in Griechenland und auf dem nördlichen Balkan. Der Landtag von Korinth erneuert mit ihm den mit Philipp beschworenen Bund und ernennt ihn zum unumschränkten Feldherrn des panhellenischen Rachekrieges gegen Persien. In der Treue seines Volkes, in der Zuverlässigkeit und Kriegstüchtigkeit seines Heeres hat er die notwendige Stütze und Grundlage für seine Eroberungspläne. Der hellenische Söldnerzug der 10000 Griechen als Bundesgenossen des Kyros im Kampfe gegen seinen Bruder Artaxerxes hat ihm den Weg durch Kleinasien gegen das Perserreich aufgezeigt und zugleich die Schwäche des Perserreiches erwiesen (Schlacht bei Kunaxa 401; vgl. Karte XII, 1).

Alexander gewinnt Sieg auf Sieg, doch zu einer Verfolgung der Perser ins Landinnere läßt er sich nicht verleiten. Zunächst muß er Herr der Küsten bis Ägypten hinunter sein, um damit der überlegenen Perserflotte die Operationsbasis zu entziehen und sich Rücken und Flanken für seinen Weitermarsch zu decken. In der Ammonsoase Siwa bekommt er die für die Griechen bedeutungsvolle göttliche Bestätigung und Weihe für seine Unternehmungen. Erst jetzt geht sein Zug ins Innere Asiens. Auf dem Schlachtfelde von Gaugamela wird Alexander zum König von Asien ausgerufen. Mit der Eroberung von Ekbatana hat Alexander den von der korinthischen

Der König von
Asien

Bundesversammlung erteilten Auftrag beendet. Die griechischen Truppen werden mit reichen Geschenken in die Heimat entlassen.

Von da an ist eine völlige Umstellung, eine grundlegende Änderung in dem Aufbau seines Reiches erkennbar. Kein Eroberungsreich auf griechisch-makedonischer Basis soll sein Reich von jetzt an darstellen, sondern ein Weltreich, eine Weltherrschaft will er aufrichten. Unmöglich kann für ein so riesenhaftes Eroberungsreich weiterhin nur das kleine, dazu an der äußersten Peripherie gelegene Makedonien als militärische und staatliche Grundlage gelten, ebensowenig können die Makedonen Herren über eine erdrückende Mehrzahl von Untertanen sein. Mit der Übernahme der persischen Königswürde schafft Alexander sich eine Rechtsgrundlage für sein Weltreich; dann müssen aber auch die Perser gleichberechtigt neben die Makedonen treten. Die mit der Änderung der Taktik (Kleinkrieg — Volkskrieg) in dem schwierigen Gelände, mit der Auffüllung seines Heeres notwendige Neuorganisation seines Heeres führt gleichfalls zu dieser grundlegenden Umstellung. Sie hat freilich eine Entfremdung zwischen Alexander und seiner makedonisch-griechischen Umgebung zur Folge, kann ihn aber wegen ihrer Notwendigkeit nicht von seinem Ziel abbringen. Er dringt weiter nach dem Osten vor. Erst nach der Eroberung Irans und Indiens (vgl. die Karte) tritt Alexander den Rückmarsch an. In Babylon wird ihm von Gesandtschaften aller Länder gehuldigt. Neue wissenschaftliche und politische Pläne beschäftigen ihn. Die Weltherrschaft soll vollendet, auch der Westen soll mit eingeschlossen werden. Da reißt ihn allzufrüh der Tod 323 aus all seinen Plänen heraus. Noch war die Weltherrschaft, die Weltmonarchie Alexanders nicht vollendet. Aber auch in dem jetzigen Bestande hatte sein Reich keine Dauer.

Weltherrschaftspläne

Wie er der griechischen Kultur durch die vielen griechischen Städtegründungen bis zu dem Indus Ausbreitung verschaffte mit Ausstrahlungen nach China hin (überall werden Gymnasien und Theater in den Städten erbaut), so weist er dem Handel und Verkehr neue Wege und Gebiete. Alexandria am Nil erblüht jetzt und wird in der Folgezeit unter der Lagidenherrschaft dank seiner Lage ein wichtiger Mittelpunkt, die bedeutendste Stadt für Wissenschaftspflege und Handelsbetätigung mit einer Einwohnerzahl von mehreren Hunderttausend. Ihr Handel beherrscht mit Rhodos als Zwischenstation die Mittelmeerküste, den Sudan sowie die Küste Ostafrikas und Arabiens. Sie sucht auch den indischen Handel über Ägypten zu leiten. Der seit Darius versandete Nechokanal wird wiederhergestellt, Alexandria knüpft Handelsbeziehungen mit Syrakus, Karthago, Rom und Massilia an.

Welthandel

Antiochia am Orontes vermittelt den Handel über Seleukia am Tigris nach dem Inneren Asiens mit Indien (Spezereien, Perlen und Edelsteine, Baumwolle, Pfeffer, Indigo, chinesische Seide sind die Handelsartikel). Um den arabischen Handel steht sie in Wettbewerb mit Ägypten.

Gold- und Silberprägung, eine einheitliche Weltmünze erleichtert den wirtschaftlichen Verkehr. Ein Welthandel kommt jetzt zur Entwicklung, in den auch Rom miteintritt, das statt seines Kupfergeldes die Silberprägung einführt. Griechen sind überall die Träger des Handels und die Unternehmer. Die griechische Sprache in der Form der Koine wird Weltsprache, die attische Sprache in der weiten Ausdehnung über das attische Seereich

Weltsprache

hin bildet die Grundlage dafür. Auch griechisches (attisches) Recht findet weite Verbreitung und gewinnt über die hellenistischen Staaten Einfluß auf das römische Recht. Griechen finden wir überall in den wichtigsten Stellen der Regierung, des Heeres, ebenso als Gelehrte und Techniker im Dienste der wissenschaftlichen Arbeiten, die Alexander gleichzeitig mit seinen praktisch-politischen Zielen verbindet. Die Entwicklung geht in gleichem Sinne unter den Diadochen weiter.

Die kulturelle
Verlagerung
nach dem Osten

So verschiebt sich der Schwerpunkt der griechischen Welt. Lag er bisher geographisch, wirtschaftlich wie kulturell in Athen, so wandert er jetzt nach den neuen Hauptplätzen im Osten, wobei die kulturelle Verlagerung sich am langsamsten vollzieht (die Philosophie in Athen!). Dagegen entwickelt sich Korinth wegen seiner günstigen Lage an dem Abkürzungswege zwischen Orient und Italien, mehr noch Rhodos als Kreuzungspunkt der Handelslinien von Antiochia nach Westen und von Alexandria nach Norden. Mit Recht ist diese Entwicklung mit den Folgen der Entdeckung Amerikas verglichen worden (Aufblühen von Lissabon, Antwerpen und London, Zurückgehen der Seestädte des Mittelmeeres, Genua und Venedig). So kommen die griechischen Städte des Mutterlandes in Abhängigkeit von der neuen Welt des Orients.

XIII. Zerfall des Alexanderreiches.

1. Die 4 Diadochenreiche nach der Schlacht bei Ipsos 301.
2. Weitere Auflösung und Aufteilung.

Statt Weltherrschaft
Gleichgewichtspolitik

Nach dem Tode Alexanders des Großen streiten sich die Diadochen, die Generale Alexanders, um sein Erbe. Zu den persönlichen Gegensätzen kommen die, welche sich aus der Verschiedenheit der geographischen Landschaften ergeben. Die Nachfolger liegen in unaufhörlichem Kampfe miteinander. Von den anfänglich fünf Diadochenreichen bleiben nach der Schlacht bei Ipsos 301 vier Reiche übrig, nach der Schlacht bei Kuropedion 287 sind es nur noch drei, die dann nacheinander eine Beute des Römerreiches werden: Ägypten unter den Ptolemäern bis 30 v. Chr., Syrien-Babylonien unter den Seleukiden bis 63 v. Chr., Makedonien unter den Antigoniden bis 148 v. Chr.

Am wenigsten einheitlich ist das Seleukidenreich. Wegen seines Gegensatzes zu Ägypten hat es seinen Schwerpunkt nach dem Westen verlegt. So löst sich zuerst der Osten ab. Die nationale Erhebung der Parther bringt Syrien um das Gebiet bis zum Tigris (248/47). Auch Baktrien hat sich kurz zuvor (250) selbständig gemacht. Im Westen erstehen die Königreiche Pontos, Bithynien und Pergamon. Das Imperium ist zerfallen, hat sich in seine Einzelteile aufgelöst. Ein Gleichgewichtssystem ist an die Stelle des einen beherrschenden Weltreiches getreten, die einzelnen Staaten halten sich gegenseitig in Schach, und das Fortbestehen der kleinen Staaten ist nur möglich innerhalb dieses Gleichgewichtszustandes. „Die Pufferpolitik, d. h. das Erhalten der Selbständigkeit zwischen gleich starken, sich befehdenden Großmächten, ist eine Lebensversicherung für die kleinen Staaten.“ (Vgl. Holland, Portugal als Kleinstaaten mit ihrem umfangreichen Kolonialreich.) Das Gleichgewichtssystem wird dadurch gestört, daß eine Macht schließlich

doch über alle anderen hinauswächst. (Rom um 200, das Frankenreich im 8. Jahrhundert, das Britische Reich bis vor dem Kriege.)

Trotz all dieser wilden Kämpfe der Diadochenzeit bleibt die kulturelle Einheit des Hellenismus gewahrt. Für die Entwicklung der Kunst wie der Wissenschaft (Alexandria, Pergamon) ist das besonders jetzt aufblühenden Wissenschaft (Alexandria, Pergamon) ist das von großer Wichtigkeit. Die regierenden Dynastien sind überall makedonischen Blutes, sie stützen sich in ihrem bald mehr oder weniger „gemäßigten“ oder „aufgeklärten“ Absolutismus auf die dünne makedonisch-griechische Erobererschicht (im Gegensatz zu dem Weltherrschaftsprinzip Alexanders). Ihre Regierung, ihre Sorge für Kunst und Wissenschaft, für Handel und Verkehr mutet ganz modern an. Man hat als geschichtliche Parallele auf die Entwicklung der europäischen Nationalstaaten im 17. und 18. Jahrhundert hingewiesen (Zeit des Absolutismus und Merkantilismus).

Die kulturelle Einheit des Hellenismus

Auch Griechenland steht wegen seiner ruhmreichen Vergangenheit im Mittelpunkt der Diadochenkämpfe. Besonders die Antigoniden und Ptolemäer kämpfen erbittert um die Vorherrschaft im Ägäischen Meer und in Hellas. So ist Griechenland oft der Schauplatz dieser Kriege und findet keine Ruhe. Mit dem Sonderdasein einzelner Städte und Gemeinden ist es vorbei: man vereinigt sich zwar, doch auch jetzt kommt es zu keiner Einigkeit. Zwei Bünde, der Atolische und der Achäische, bilden sich, ihnen schließen sich die einzelnen Städte an, bekämpfen sich aber gegenseitig (siehe Blatt XI). Die Römer können den einen Bund gegen den andern ausspielen und benutzen so den griechischen Partikularismus zur politischen Vernichtung des Griechentums. An derselben partikularistischen Gesinnung der Griechen in Sizilien scheitert der Plan des Pyrrhos, hier ein großes westhellenisches Reich zu schaffen.

In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, daß die Griechen mit der aufgezeigten Entwicklung ihr Nationalgefühl aufgeben. Die höchsten Leistungen vollbringt die griechische Kultur in der Zeit höchsten nationalen Selbstgefühls, in der Zeit seines Kampfes gegen das orientalische Barbarentum der Perser. Das Zusammenleben der Griechen im Orient mit den Barbaren verwischt allmählich die Gegensätze. Eine kosmopolitische Gesinnung kommt auf. Die Philosophenschulen der Kyniker und Stoiker haben ihrerseits dem Weltbürgergedanken vorgearbeitet; jetzt setzt er sich durch; nicht nur politisch, auch kulturell ist es mit der Bedeutung des Griechentums zu Ende (starke Abwanderung, sittliche Entartung, Zweikindersystem, Verödung des Landes, soziale Gegensätze zwischen Reichen und einem zahlreichen Proletariat).

Volksbewußtheit und Kultureleistung

Weltbürgertum und Kulturoerflächung

Was die Griechen für die Kultur geleistet haben, bleibt unvergänglich. Jetzt wird auch Rom hellenisiert (vgl. Scipionenkreis, Pompeji, abgesehen von den früheren griechischen Einflüssen und der Einführung des griechischen Alphabets durch die griechischen Kolonisten Unteritaliens). Aber dank dem starken Nationalbewußtsein wird hier die hellenische Kultur ins Römische umgeformt und in die lateinische Sprache umgegossen. Das westliche Mittelmeerbecken erfährt darum den Hellenismus durch diese römisch-lateinische Vermittlung, während der Osten griechisch bleibt, freilich mit dem großen Unterschied, daß die Kulturarbeit der Römer so viel stärker und nachhaltiger wirkt, daß die romanischen Völker in ihr die kulturelle Grundlage gefunden und behalten haben, während die griechische Kultur des Ostens untergeht.

Die nationale Reaktion des Orients

Denn im Osten hat der Hellenismus das nationale Bewußtsein der Orientalen aufgerüttelt. Auf eine Zeit siegreichen Fortschreitens der griechischen Kultur folgt zunächst ein Stillstand, bis dann die nationale Gegenwirkung einsetzt, nach tausendjährigem Ringen zur Überlegenheit kommt und die hellenistische Kultur vernichtet.

Die Verbreitung des Christentums

Der Hellenismus entwickelt aus der geistigen Gesamtlage heraus das Christentum. Es wird Weltreligion und erweist auch in diesem Punkte die weltgeschichtliche Bedeutung des Hellenismus.

XIV. Phönikisch-karthagische Raumpolitik im westlichen Mittelmeer.

1. Phönikisch-karthagische Handels Herrschaft und Seegelung.
2. Das karthagische Reich bei Beginn des ersten punischen Krieges.
3. Karthagos Machtbereich z. Z. des zweiten punischen Krieges.

Die phönikischen Stadtstaaten

1. Karthago ist eine phönikische Kolonie. Die Phöniker bilden in ihrer Heimat an der syrischen Küste einzelne Stadtstaaten. Ihre Lage am Meere weist sie, zumal sie keinen nennenswerten Landbesitz haben, auf die See hinaus. Kyprien, die Inseln und Küsten des Ägäischen Meeres sind die Ziele ihrer Handelsfahrten. Die phönikischen Städte blühen auf, reicher Handelsgewinn ist Lohn ihres Unternehmungsgeistes. Politische Selbständigkeit und eine gewisse Bedeutung gewinnen sie zur Zeit der Schwäche ihrer Nachbarstaaten (vgl. S. 16). Aber Grundbesitz, der ihrer Macht eine Verankerung auf dem Lande gebracht hätte, besitzen sie nicht. Sie leben nur dem Ausbau ihrer Handelsbeziehungen, ihres Handelsreiches. Sobald die wieder erstarkenden Nachbarreiche ihre Freiheit bedrohen, kämpfen sie nicht etwa um sie wie die Griechenstädte Kleinasiens, sondern erkennen wie selbstverständlich die Herrschaft der militärisch wie kulturell überlegenen Reiche Ägyptens oder Mesopotamiens über sich an.

Im Ägäischen Meere sind sie zur Zeit Homers die Handelsleute, müssen dann aber dem griechischen Handel Platz machen; phönikische Niederlassungen sind hier nicht nachzuweisen. Ehe die Griechen aber das westliche Mittelmeer aufsuchen, haben die Phöniker sich hier schon im 9. bis 8. Jahrhundert eingerichtet. Überall an den Küsten, vor allem an der afrikanischen Nordküste, legen sie Faktoreien als Stützpunkte für ihren Handel an; die älteste ist Utika. Die größte Bedeutung aber gewinnt das benachbarte Karthago.

Das karthagische Handels- u. Seereich

Karthago hat den günstigsten Platz an der nordafrikanischen Küste. Das ganze nordwestliche Afrika ist eine weit ausgedehnte, gleichartige Hochebene, zum Teil Hochland, das nur in einem schmalen Saum zwischen Wüste und Meer vom Oktober bis April durch westliche Winde Niederschläge erhält. Am Ost- und Westende dieses hochgelegenen Gürtels finden sich Ebenen und Täler. Dort am Westende, der Heimat am nächsten, haben die Phöniker Karthago angelegt. Die Verankerung auf dem Lande, die den phönikischen Mutterstädten fehlte, ist hier in dem fruchtbaren Gebiet zwischen den Ausläufern des Atlas möglich. Die eingeborenen Landesbewohner fügen sich den überlegenen Karthagern, deren Macht eine besondere Sicherheit durch die Insellage ihres Staates erhält, die durch Meer und Wüste

geschützt ist. Die Regierungsgewalt im Lande hat der grundbesitzende Adel, neben den dann später die reichen Handelsgeschlechter treten.

Von hier aus richten die Karthager ihre Seeherrschaft im westlichen Mittelmeer auf, begründen sie ihr Handelsreich. Es umfaßt das westliche Sizilien, Sardinien, Korsika, die Balearen und die Küste des südöstlichen Spaniens. Ihre Lage und ihre Flotte setzt sie in stand, alle Fremden als lästige Konkurrenten auszusperrern. Die griechischen Kolonisten fernzuhalten wird ihnen nicht schwer. Um Sizilien kämpfen sie lange mit den Griechen; wenigstens den Westen der Insel, Drepana und Lilybäum, behaupten sie für sich. Im Bunde mit den Etruskern, der damals herrschenden Macht in Italien, verjagen sie die ionischen Phokäer, die sich in Aleria auf Korsika niedergelassen hatten (540 v. Chr.). Sie halten ihre Macht, festigen und erweitern sie, als die Phöniker im östlichen Mittelmeer durch die Eroberungen Alexanders des Großen vollends um jeden Einfluß gebracht sind.

Das karthagische Reich gleicht einem Inselstaate, militärisch schwer angreifbar, mit weit ausgedehntem Handelsbereich. Es ist durch eine große Zahl von Stützpunkten an der Küste und eine beherrschende Seemacht gesichert. Das Meer, die Grundlage dieser Machtentfaltung, wird zugleich der Angriffspunkt, sobald die eigene Flottenmacht sich mindert und die Nachbarstaaten erstarben (vgl. England).

2. Inzwischen hat sich Rom zur größten Landmacht in Italien entwickelt. Das gleiche Interesse gegenüber den Plänen des Pyrrhos hat Rom und Karthago noch zum Kampfe gegen ihn zusammengeführt. Doch unmöglich ist auf die Dauer ein Nebeneinander der beiden Staaten, der größten Seemacht und der größten Landmacht auf der dieses Seereich im Osten flankierenden Halbinsel.

In dem entscheidenden Ringen beider Völker, in den punischen Kriegen, wird es für Karthago verhängnisvoll, daß die herrschende Schicht nicht die eingeborenen Untertanen für den militärischen Schutz, für den Heeresdienst heranziehen kann. Sie sind dafür völlig untauglich, sind dazu auch von ihren karthagischen Herren nicht erzogen worden. Das Verhältnis der karthagischen Eroberer zu ihnen ist mit der Zeit um so ungünstiger und unfreundlicher geworden, je drückender die Herrschaft wurde. Die darum eingestellten Söldner halten aber in diesem Kampf um Sein oder Nichtsein nicht durch, ihre Unbotmäßigkeiten erleichtern im Gegenteile den Römern den Sieg, ebenso die eifersüchtige Nachbarschaft des römerfreundlichen Numiderreiches, sowie die Parteiungen innerhalb der herrschenden Kreise Karthagos. Im 1. punischen Krieg und den bald folgenden Söldneraufständen gehen Sizilien, Sardinien und Korsika an die Römer verloren. Das ist ein schwerer Schlag für Karthago, denn diese Inseln waren die Getreidekammern für die karthagische Bevölkerung.

Volksheer
und Söldnerheer

Die punischen Kriege
(264—241; 218—201)

3. Eine weitblickende nationale Partei drängt auf Ersatz dieser Verluste. Spanien bis zum Ebro wird unterworfen. Man beschränkt sich jetzt nicht nur auf einzelne Küstenplätze, sondern die Küste samt dem Hinterlande wird erobert; das soll zugleich eine Basis für bevorstehende neue Römerkriege hergeben. Es ist das Werk der Barkiden.

Infolge der inneren Zwistigkeiten vernachlässigt man den Ausbau der Flotte. Neben der nationalen Partei steht die dem Krieg abgeneigte Partei,

Karthagos
Untergang (146)

der hauptsächlich die Großkaufleute angehören. Diese müssen in neuen Kriegen große Vermögensverluste befürchten und lassen dann auch in den entscheidenden Jahren des 2. punischen Krieges Hannibal in Unteritalien ohne genügende militärische Unterstützung. Mit ihrer ängstlichen, selbstfüchtigen, darum kurzfristigen Politik graben sie Karthago und sich selbst das Grab. Nach dem 2. punischen Kriege ist Karthago und seine Politik zur Ohnmacht verurteilt, im 3. punischen Kriege wird es völlig vernichtet (146), die Stadt selbst dem Erdboden gleichgemacht.

XV/XVI. Rom und Italien.

1. Landschaft und alte Straßen.
2. Die Völker der Apennin-Halbinsel.
3. Die politische Einordnung der italischen Völker in den römischen Staat.

Während in dem östlichen Mittelmeerbecken an Stelle des alexandrinischen Weltreiches das Gleichgewichtssystem der Diadochenstaaten getreten ist, hat sich im westlichen Mittelmeer der römische Staat entwickelt und greift nunmehr entscheidend in die Politik der Mittelmeerländer ein.

Das Bauerntum
als Staatsträger

Rom ist zunächst eine reine Landmacht. Es wurzelt in seinem starken Bauerntum, den Bauernsöhnen (keinen Söldnern!) verdankt der Staat seine militärische Kraft. Der Landhunger der Bauern treibt Rom zu Gebietserweiterungen und Eroberungen. Dem Bauern ist die starke Staatsgesinnung eigen, das unübertreffliche Staatsbewußtsein, das dem römischen Staate nach innen seine Geschlossenheit, nach außen die Wucht seiner Stoßkraft und die Entschlossenheit seines Handelns verliehen hat. In diesem Grundzug römischen Wesens liegt der große Gegensatz zu dem persönlichen Freiheitsdrang und Individualismus der griechischen Eigenart. Die italischen Völkerstämme werden von Rom unterworfen, unter seiner Staatsgewalt aber zu einer Nation zusammengeschweißt. Der römische Staat greift dann über die italische Halbinsel hinaus und eint staatlich die gesamten Küstengebiete dieses Binnenmeeres im Imperium Romanum, im römischen Weltreich.

Italiens
Mittellage

1. Italien ist zu dieser ungeheuren Leistung bestimmt gewesen, da es am europäischen Rumpfe den Vorzug der Mittellage hat (vgl. Englands Lage an der europäischen Westküste), der Mittellage zugleich zwischen verschiedenen Seegeltungsbereichen, während es trotz seiner ausgedehnten Küste mit seiner besten Kraft in dem Lande, in einem gesunden, starken Bauerntum wurzelt.

Das geographische
Bild Italiens

Rom selbst liegt in der Mitte der Westküste, von Rom ging die Staatsbildung aus; Rom, ein Stadtstaat, bleibt das Zentrum und der Träger des Weltreiches. Diese Lage ist nicht zufällig; denn die Westküste ist das Gesicht Italiens. In einem nach Westen offenen Bogen zieht das kettenförmige Kalkgebirge des Apennin durch die Halbinsel. Während es nach Osten steil abfällt und zum Teil hart an das Adriatische Meer herantritt, weist es die fruchtbaren Hügellandschaften und Küstenebenen der Westseite zu, das vulkanische Hügelland von Etrurien, die Ebene von Latium und Kampanien. Hier blühen Ackerbau, Weinbau und Olivenzucht, das gebirgige Innere dagegen eignet sich teilweise höchstens für Weidewirtschaft. Verkehr und poli-

tisches Leben entwickelt sich darum zuerst an der Westküste. Die alte Handelsstraße von Massilia über Genua führt an der Westküste entlang. Da hat auch die Etruskermacht ihre Grundlage. Tot dagegen ist die steile, hafensarme Ostküste und die Adria, zumal auch die Gegenküste kein Hinterland hat; denn auch die Dinariden wenden ihre kulturfeindliche Seite der Adria zu. Darum haben in der älteren Zeit selbst der Po mit seiner Ebene und die Ebenen Apuliens im Süden geringe Bedeutung. Im Norden lassen die Alpen Paßstraßen frei nach Oberitalien, im Süden und Westen bieten sich günstige Hafenplätze für die Zufahrt vom Meere. So gibt es zwei Zugangswege nach dem Kerngebiet Italiens, den einen zu Lande von Norden, den andern von Süden zu Schiff. Dem Zuge von Norden nach Süden bietet der etruskische Apennin verhältnismäßig bequeme Übergänge, die alle auf den Tiber (auch vom Arno her) zuführen. An dessen Unterlauf liegt die Ebene von Latium. — Von Norden her sind die italischen Völkerstämme eingewandert. Von Süden, vom Meere her, dagegen erfolgt die Besiedlung der Küsten und die kulturelle Beeinflussung durch die Griechen und führt gleicherweise auf die Mitte der italischen Halbinsel zu. So verstehen wir Roms Lage.

Günstige Siedlungs- und Verteidigungsmöglichkeiten bieten die sieben Hügel Roms, von denen der Palatin die älteste römische Siedlung trug. Denn sie schützen gegen Überschwemmungsgefahr, gegen das tückische Sumpffieber, gegen Seeräuberangriffe und ermöglichen zugleich Verteidigung gegen Feinde von der Landseite. Die Siedler sind keineswegs gleichen Stammes. Die gleichen Interessen aber, die gemeinsame Abwehr zwingt zu einmütigem Handeln und zu staatlichem Zusammenschluß. So entwickelt sich aus dieser notwendigen Unterordnung des einzelnen unter die Staatsgewalt das starke Staatsgefühl, aus dem heraus allein die großen politischen Leistungen zu begreifen sind.

2. In Italien besteht, bevor Roms einigende und staatsbildende Kraft wirksam wurde, eine ethnographische Buntschichtigkeit: Da sitzen die Ligurer am Golf von Genua, Reste der ältesten vorindogermanischen Bevölkerung, südlich von ihnen die nichtindogermanischen Etrusker, die im Ringen mit den Kelten sich auch die Poebene bis zu den Alpen unterworfen haben, sie im 5. Jahrhundert aber wieder aufgeben müssen. Indogermanen sind die von Norden nach Mittelitalien her eingewanderten Italiker, in die latinischen und die umbriisch-sabellischen Stämme zerfallend, ferner die Griechen (8. Jahrhundert) und die den Illyriern verwandten Veneter im Nordosten und die Sapyger und Messapier im Südosten.

Die ethnographische
Buntschichtigkeit
Italiens

3. Rom an der Grenze Latiums gegen Etrurien gerät für längere Zeit unter etruskische Fremdherrschaft, schüttelt sie aber mit der Vertreibung der Könige im Jahre 510 ab und wird Vorort in Latium, dessen Gemeinden zum latinischen Bunde zusammengeschlossen sind. Rom hat aber nach außen die politische Führung, „es ist die Pagusperiode des römischen Staates und umfaßt nur etwa 2000—2500 qkm“.

In fortwährenden Kämpfen haben sich Römer und Latiner gegen die Etrusker und gegen die nach den fruchtbaren Küstenebenen vordringenden sabellischen Völker zu wehren. Rückendeckung gegen die Etrusker bekommt Rom mit der Eroberung von Veji. Die Gebirgsstämme werden zurück-

Die staatsbildende
Kraft Roms

gedrängt und Raum nach Osten und Südosten gewonnen. Rom wächst über den Pagusstaat hinaus und erreicht vollends die Größe und Bedeutung eines Territoriums mit der Auflösung des Latinerbundes im Jahre 338. Es schließt selber nun mit jeder einzelnen Latinergemeinde einen Vertrag und legt den Grund zu dem römisch-italischen Bundesstaat. Er umfaßt eine durch die Zwecke militärischer Verteidigung und friedlichen Verkehrs bestimmte („strategisch-kommerzielle“) und in sich geschlossene Landschaft, die Westabhänge der Abruzzen vom Ciminischen Walde im Norden bis zum Vesuv (rund 30000 qkm).

Um den Besitz des fruchtbaren Kampaniens kommt es zu den schweren Samniterkriegen, in deren Verlauf auch Etrusker und Gallier sich den Samnitem anschließen. Sie endigen aber mit der Eroberung Mittelitaliens für Rom siegreich (im Jahre 284).

Unteritalische Griechenstädte suchen bei Rom Schutz gegen die Lukaner und Bruttier. Tarent bewahrt seine Selbständigkeit. Als es zum Konflikt mit Rom kommt, ruft Tarent Pyrrhos von Epirus zu Hilfe. Auch Samniter, Lukaner, Bruttier und Japyger treten auf Tarents Seite. Da aber Pyrrhos nach Griechenland zurückgeht, muß sich Tarent ergeben und wird samt den übrigen Griechenstädten in die römische Bundesgenossenschaft aufgenommen (im Jahre 272). Die Kelten Norditaliens müssen sich im Jahre 222 fügen. Die Unterwerfung Illyriens im Jahre 228 bedeutet zunächst nur Rückendeckung.

Das föderalistisch geeinigte Italien erhält eine feste staatliche Ordnung; von Rom aus wird das Reich regiert. Rom schließt mit den einzelnen Gemeinden Sonderbündnisse. Man unterscheidet zwischen Vollbürgern, Halbbürgern und Bundesgenossen, bis schließlich im Jahre 89 v. Chr. alle Italiker das Bürgerrecht erhalten. Gesichert wird das Gebiet durch Militärkolonien und Heeresstraßen. Ein Drittel des eroberten Landes verlangt und erhält der Staat als „ager publicus“ zu freier Verfügung.

Innere Kämpfe

Infolge der vermehrten militärischen Aufgaben und des größeren Truppenbedarfs wird der Heeresdienst, zu dem anfangs nur Grundbesitzer verpflichtet waren, auf die Inhaber beweglichen Vermögens ausgedehnt. Innerpolitisch setzen die Plebejer in langen erbitterten Kämpfen die Gleichberechtigung mit den Patriziern durch (Abschluß im Jahre 287 mit der Lex Hortensia), sie werden zur Mitarbeit am Staatsleben herangezogen. An Stelle der politischen Herrschaft der alten Patriziergeschlechter tritt die der Nobilität, welche die Senatsmitglieder stellt. Der Senat ist Träger und Führer der großen Politik.

XVII. Die Grundlegung des römischen Weltreiches.

1. Roms Kampf um das westliche Mittelmeerbecken, 1. und 2. punischer Krieg.
2. Roms Hinübergreifen in das Ostmittelmeergebiet.

Rom die stärkste Landmacht am Mittelmeer

1. Rom ist die stärkste Landmacht am Mittelmeer. Mit der Beherrschung der alten griechischen Handelsstädte in Italien übernimmt es ihren Handel und dessen Schutz. Es wächst hinein in die Weltpolitik, die auch Seegeltung voraussetzt. Die Insel Sizilien ist nur eine Fortsetzung der italischen Halbinsel,

zugleich Brücke nach Afrika und Sperre zwischen Ost- und Westbecken. Sizilien ist aber Kampfgebiet zwischen Griechen und Karthagern. Die Karthager beherrschen das westliche Mittelmeer. Gerade darauf hinaus schaut nun auch Italien. Der Entscheidungskampf zwischen Rom und Karthago kann darum nicht ausbleiben.

Rom wird in die auf Sizilien entstandenen Streitigkeiten der Mamertiner gegen die Karthager hineingezogen, und das gibt dann den Anlaß zum Austrag jenes Entscheidungskampfes. Der 1. punische Krieg bringt den Römern Sizilien (241) ohne Syrakus, Korsika und Sardinien werden 238 römisch. Der 2. punische Krieg führt zur Eroberung Südspaniens, wo die Barkiden für Karthago ein neues großes Reich geschaffen haben, und schwächt Karthago bis zu völliger Ohnmacht. Bei Hannibals kühnem Zug nach Italien fallen ihm zwar die oberitalischen Kelten zu, die Bundesgenossen Roms in Mittel- und Unteritalien aber halten dem römischen Staat die Treue. Da Hannibal außerdem ohne genügende Unterstützung aus der Heimat bleibt, muß er unterliegen. Scipios Sieg bei Zama (202) vollendet Karthagos Niederlage. Rom ist ein Regnum geworden.

2. Damit ist Rom Herr im westlichen Mittelmeer. Kann es nun gleichgültig bleiben gegenüber den Vorgängen und Verhältnissen im Ostbecken? Hier gibt es dauernd Unruhen und Kämpfe zwischen den Diadochenreichen; dabei sucht man auch die Bundesgenossenschaft und Hilfe Roms. Es gilt für Rom nicht nur die notwendige Flankensicherung, es gilt auch den Ausbau und Schutz der überseeischen Handelsinteressen, die es von den Griechenstädten mit übernommen hat. Sie werden jetzt für Rom um so lebenswichtiger, als der Bauernstand durch die Hannibalischen Kämpfe sehr gelitten hat, das Land weithin verwüstet ist und nun ausländische Zufuhr ins Land gezogen werden muß, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen.

Im Osten hat sich zwischen den bestehenden drei Großmächten (Makedonien, Syrien, Ägypten) und den kleineren selbständigen Reichen, Handelsstaaten und Bündnissen (Pergamon, Bithynien, Kappadokien, Armenien, Pontos; Rhodos; ätolischer und achäischer Bund) ein Gleichgewichtszustand herausgebildet, der aber doch jeden Augenblick in die Brüche zu gehen droht, wenn die eine Partei sich an Macht über die andere erhebt. Eine Neugruppierung muß dann das Gleichgewicht wiederherstellen. Rom, das in diese Verhältnisse hineinwächst, spielt die einzelnen Staaten gegeneinander aus und schwächt sie so, vor allem die Großmächte. Die makedonischen und syrischen Kriege versuchen die Verhältnisse im Sinne Roms und seiner Freunde zu regeln (2. makedonischer 200—197 und syrischer Krieg 192 bis 189).

Mit dem Vordringen in den hellenistischen Osten übernimmt Rom auch die griechische Kultur. Die Römer werden die ersten Humanisten (vgl. S. 31). Sie legen damit den Grund für die europäische Kultureinheit. Nach seiner räumlichen Ausdehnung und Reichsverwaltung ist aus dem römischen Regnum ein Imperium geworden, die neuen unterworfenen Gebiete werden Provinzen im römischen Staate, eine Selbstverwaltung ist ihnen versagt.

Roms Weltpolitik

Gleichgewichtssystem im Osten

Grundlegung der europäischen Kultureinheit

XVIII. u. XIX. Die Durchreise des Welt Herrschaftsgedankens. Seine rücksichtslose Durchführung im Westen und Osten.

1. Roms Umfassen des Westmittelmeeres 146—105. Sturmzeichen im Norden 113—101 (XVIII).
2. Einverleibung Makedoniens, Griechenlands und Kleinasien 168—146. 133 (XIX, 1).
3. Die Auseinandersetzung mit Mithradates und Tigranes (XIX, 2).
4. Die Neuordnung des Ostens durch Pompeius 63 (XIX, 3).

Rücksichtslose Unterwerfungspolitik seit 168 v. Chr.

1/2. Rom hat das Gleichgewicht im Osten gründlich gestört, indem es Makedonien aus der Reihe der Großmächte ausschied. Für Roms weitere Politik ist das Jahr 168, die Schlacht bei Pydna, entscheidend. Die endlosen Wirren und Makedoniens neue Erhebung veranlassen Rom, von nun an ganz rücksichtslos vorzugehen und gründlich aufzuräumen.

Makedonien wird 168 in drei Freistaaten aufgelöst und 148—147 mit Epirus und Illyrien römische Provinz; 146 wird Korinth zerstört und Griechenland der makedonischen Provinz zugeteilt. 146 ist es auch mit Karthagos Macht zu Ende, die Stadt wird dem Erdboden gleich gemacht, Afrika ist seitdem römische Provinz. 133 wird Numantia erobert und zerstört. Nach der Eroberung des Landes zwischen den Westalpen und den Pyrenäen wird die Provinz Gallia Narbonensis im Jahre 121 eingerichtet. Italien bekommt damit eine Verbindung mit seinen spanischen Provinzen, die Beherrschung des Handelsweges Genua—Massilia—Narbo und Massilia—Rhône aufwärts, und gewinnt zugleich die Basis für die spätere Eroberung ganz Galliens (im Jahre 58—52).

Die anfänglichen Niederlagen römischer Feldherren im Abwehrkampf gegen die landhungrigen Kimbern und Teutonen (113 und 105 v. Chr.) macht der Volksmann Marius wieder gut. Seine Siege bei Aquae Sextiae (102) und Vercellae (101) vernichten die Germanen völlig und befreien Rom von der schweren Gefahr, die ihm von den wilden, ungestümen Nordländern drohte (s. Blatt XVIII).

Der römische Machtstaat u. d. Nationalstaaten des Ostens

Im Jahre 133 erbt Rom Pergamon, das Reich seines schlechtgelohnten Freundes und Dieners Attalos III. Mit Syriens Macht geht es in dieser Zeit immer weiter bergab. Die nationale Bewegung der Parther erstarkt, und der jüdische Nationalstaat der Makkabäer macht sich selbständig.

3. Auf dem Boden des alten Seleukidenreiches erhebt sich auch das Reich des Mithradates von Pontos und seines Schwiegersohnes Tigranes von Armenien. Mithradates wagt den Kampf mit Rom, besetzt die römische Provinz Asien und läßt in dem furchtbaren Blutbad von Ephesos 80 000 römische Bürger töten. Wie einst Antiochus der Große läßt er seine Truppen in Griechenland landen. Er vertraut auf die durch die Bürgerkriege zutage tretende innere Schwäche Roms. L. Cornelius Sulla, Vorkämpfer des Senates in Rom, zwingt Mithradates zum Frieden von Dardanos (85). Er muß seine Schiffe und alle Eroberungen herausgeben.

4. Um Bithynien, das Rom im Jahre 75 geerbt hat, kommt es zum letzten Waffengang mit Mithradates und zugleich mit Tigranes von Armenien, der sein Reich nach Süden gegen Mesopotamien und nach Südwesten bis

an die syrische Küste ausgedehnt hat (vgl. Karte XIX, 2). Lukullus und dann Pompejus schaffen endlich Ruhe und Ordnung in Kleinasien (3. Mithradatischer Krieg 74—64; Karte XIX, 3), Pompejus auch im Mittelmeer (Seeräuberkrieg). Bithynien, Kilikien und Syrien werden römische Provinzen, auch Kyrenaika und Kreta sind kurz vorher römisch geworden. Die übrigen kleinen Staaten Kleinasiens geraten in tributpflichtige Abhängigkeit von Rom. Das kleine Kommagene bleibt als einziger und letzter Rest des großen Seleukidenreiches. Roms Grenze reicht jetzt bis an den Euphrat.

Das römische Herrschaftsgebiet umfaßt nunmehr die Länder des ganzen Mittelmeerbeckens. Nur an einzelnen Punkten hat die Kaiserzeit später die Grenzen noch erweitert. Ganz beispiellos ist die Leistung des italischen Nationalstaates, großartig auch die aufbauende Arbeit, die das Ganze zusammengefügt hat und zusammenhält.

Der großzügige Leiter dieser Politik ist der Senat. Die römische Volksversammlung wäre der Aufgabe nicht gewachsen gewesen. Die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verhältnisse konnte der einfache Römer, der Bauer oder der großstädtische Proletarier, nicht übersehen. Nur der Senat verfügt über die notwendige militärische, politische und diplomatische Erfahrung. Bei ihm liegt die Tradition.

Ein mächtiger Handel entwickelt sich in diesem Reiche, das die Provinzen freilich auf jede mögliche Weise ausbeutet. Große Reichtümer strömen nach Rom und vermehren den Wohlstand der regierenden Kreise. Eine neue Gesellschaftsschicht bildet sich: der Stand der Ritter, der Großkaufleute und Großunternehmer. Ihr Vermögen legen sie in Grundbesitz im eigenen Lande an. Der Großgrundbesitz verdrängt den Bauer. Das Bauerntum hat sowieso schwer gelitten unter den Kriegen im Lande, infolge der langen Abwesenheit im Felde und der vielen Opfer an Menschenleben. Jetzt kommt mit der Erweiterung des Handels und der Weltwirtschaft die Konkurrenz des billigeren Auslandsgetreides. Die Arbeit des Bauern lohnt sich nicht mehr. Er verschuldet und muß schließlich verkaufen. Der Großgrundbesitz aber kann immer noch mit der Sklavenbewirtschaftung und seinen größeren Betriebsmitteln den Wettbewerb durchhalten; lohnt sein Betrieb nicht, so richtet er Weidewirtschaft auf seinen Landgütern ein (vgl. die englische Entwicklung). Der Bauer hat den Erlös aus dem Verkauf seines Bauernhofes bald aufgezehrt und vermehrt nun das großstädtische, stets nach Umsturz lüsterne Proletariat.

Der gesunde, staatserkhaltende Mittelstand schwindet mehr und mehr. Es beginnt die Zeit der sozialen Kämpfe, der Revolutionen und Bürgerkämpfe. Aller Haß richtet sich gegen den Senat, gegen seine Vorherrschaft im Staate, die ihm in der Hauptsache mit der Besetzung der Richterstellen in die Hand gegeben ist. Sturz der Senats Herrschaft ist das Ziel der jetzt aufkommenden Volkspartei (populares), die auf dem Recht unbeschränkter Souveränität des Volkes fußt.

Zum Schutz des Kleinbauernstandes beantragt Tiberius Sempronius Gracchus seine Adergesetze, bezahlt aber den Versuch, ihnen längere Geltung zu verschaffen, mit seinem Leben. Er ist noch den Weg der Reform gegangen. Sein Bruder C. Sempronius Gracchus dagegen ist ein leidenschaftlicher Revolutionär. Er setzt die Adergesetzgebung seines Bruders fort, Lebensziel

Der Senat

Oberschichtbildung

Proletarisierung
des BauerntumsUntergang
des Mittelstandes

Bürgerkriege

ist ihm aber Rache für dessen Tod, Sturz der verhassten Senats Herrschaft, koste es auch den Untergang des Staates. Die Interessen der hauptstädtischen Bevölkerungsmassen (Getreidezuweisung) und die der Ritterschaft (Besetzung der Gerichte) weiß er zu diesem Zweck zusammenzuführen. Zwar scheitert er schließlich mit seinen Plänen, aber seitdem hören die Bürgerkriege nicht auf, sie zerrütten Rom und machen es reif für die Diktatur.

XX. Die Vollendung des italischen Nationalstaates. Untergang der Republik.

1. Der Bundesgenossenkrieg 91—88.
2. Persönliche Machtpolitik der Reichsfeldherren.
3. Der Wettstreit um die persönliche Herrschaft zwischen Cäsar und Pompejus, Antonius und Oktavian.

1. Außer den Kämpfen der Parteien um die Herrschaft im Staate wühlt auch die Frage nach der Stellung der italischen Bundesgenossen die tiefsten Leidenschaften auf. Die italischen Bundesgenossen trugen all die schweren Lasten der Kriegführung, hatten mit ihrem Blute Rom seine beherrschende Stellung im Mittelmeergebiet erkämpft; aber an dem reichen Gewinn aus der großen Kriegsbeute und aus der Verwaltung der Provinzen hatten sie keinen Anteil, waren politisch rechtlos und der Willkür römischer Beamten ausgesetzt, während der Proletarier Roms sich zu den Herren der Welt rechnen konnte. Er fristet sein Dasein freilich nur aus öffentlichen Spenden, und die öffentlichen Spiele halten ihn bei guter Laune. Aber gerade darum ist die großstädtische Masse nicht gesonnen, ihr Anrecht auf solche Vergünstigungen mit anderen zu teilen. Doch auf die Dauer ist dieser Zustand unhaltbar.

Einsichtige Männer setzen sich für die Erteilung des Bürgerrechtes an die italischen Bundesgenossen ein, entfachen damit aber erbitterte innere Kämpfe. M. Livius Drusus scheitert mit seinem Gesetzesantrag und wird ermordet. Da greifen die Bundesgenossen zu den Waffen. Die sabellischen Stämme Mittelitaliens reißen die übrigen Teile Italiens, Etrurien, Umbrien und Unteritalien, mit sich fort, sie kämpfen jetzt nicht mehr bloß für Gleichberechtigung im römischen Staate, sondern für einen eigenen italischen Staat, dessen Hauptstadt Corfinium werden soll. Rom gerät in die größte Gefahr und kann sich nur durch das Zugeständnis des Bürgerrechtes an die Bundesgenossen retten.

Damit gewinnt es aber die breitere, für die Beherrschung der Welt nötige Grundlage. Alle Bundesgenossen werden römische Bürger, können ihr Bürgerrecht aber nur in der Hauptstadt durch Teilnahme an der römischen Volksversammlung ausüben. Nach diesem letzten Aufzucken des Eigenwillens italischer Stämme ist die Einheit der italischen Nation für immer gesichert.

2. Für die Beherrschung Roms und der Parteien gewinnen die Reichsfeldherren und ihre Heere immer größere Bedeutung (Marius, Sulla, Pompejus, Cäsar). Seit Marius ist infolge des schwindenden Bauernstandes,

Die nationale
Einheit

zugleich aber infolge der notwendigen Heeresvermehrung an Stelle des Volksherees, der allgemeinen Wehrpflicht, ein Berufssoldatentum, das Söldnerheer, getreten, das für guten Sold und reiche Beute sowie auskömmliche Veteranenversorgung seinem Feldherrn treu ergeben ist. Das bedeutet eine ständige Gefahr für die gesetzmäßige Fortentwicklung, insbesondere für das Senatsregiment. Die Politiker setzen sich durch, wenn sie sich auf ihre Partei und zugleich auf ihre Truppen verlassen können.

Die Partei, die gerade die Oberhand hat, räumt gründlich unter den Gegnern auf und stellt die Staatsordnung nach ihren Grundsätzen um (Marius und Sulla). Die Diktatur lebt wieder auf (im Dienste der Reaktion — Sulla).

Parteiherrschaft und
politischer Verfall

Ehrgeizige Männer ändern ihre Stellung, je nachdem diese oder jene Partei ihnen Förderung ihrer Pläne verspricht. Pompejus ist zunächst Parteigänger des Senates (Freund Sullas, Sieger über Sertorius 77 bis 72); mit Hilfe der Volkspartei erzwingt er für sich gegen die Senatspartei das Konsulat (70) und führt mit Crassus und Cäsar eine demokratische Verfassungsreform durch (1. Triumvirat 60), um sich später, als Cäsars Macht ihm bedrohlich und gefährlich erscheint, wieder dem Senat anzuschließen.

Diktatur

Den sittlichen Verfall kennzeichnet die Katilinarische Verschwörung, die Ohnmacht der Staatsgewalt zeigt das Treiben der Banden des Clodius und Milo. Überall herrscht Unsicherheit, Terror und Gewalt. Die Zeit ist reif für eine Diktatur, für die absolute Monarchie der hellenistischen Staaten. Cäsar erkennt das mit aller Klarheit und Sicherheit. Zielbewußt geht er von Anfang an seinen Weg. Eine monarchische Stellung ist für ihn nur denkbar, wenn er Führer der Demokraten, der Volkspartei ist. Mit ihr hält er es darum von jeher und bekämpft den Senat. Im letzten Ringen um den ersten Platz kann nur ein kriegstüchtiges und zuverlässiges Heer die Entscheidung bringen. Die Eroberung Galliens im Jahre 58—52 bringt ihm persönlich diese Waffe, dem Reich zugleich Schutz gegen die Germanen.

3. Weder Cäsar noch Pompejus sind gesonnen, ihr Heer aus der Hand zu geben. Mit der Überschreitung des Grenzflusses Rubico fällt der Würfel. Pompejus räumt Rom und Italien, um in dem reichen Osten die Entscheidung zu suchen; Italien kommt kampflos in Cäsars Hände. Pompejus gleich nach dem Osten zu folgen, fehlt ihm die Flotte. So wirft er zunächst die Truppen des Pompejus in Spanien nieder und deckt sich damit den Rücken. Über des Pompejus Schicksal entscheidet der Kampf bei Pharsalus (47). Er flieht und wird bei seiner Landung in Ägypten ermordet. Überall im Reiche werden nun seine Anhänger nacheinander niedergeworfen.

Kampf der
Rivalen

Für die Machtfülle, die Cäsar jetzt auf sich vereinigt, wahrt er die republikanischen Formen. Er ist oberster Heerführer, Priester und Richter. Mit der tribunizischen Gewalt hat er im Volke den breiten Grund seiner Stellung, als Imperator die Macht mit dem Oberbefehl über 52 Legionen; er gilt als ihr gewählter Heerführer. Mit der Beseitigung der Senats Herrschaft beabsichtigt er auch, Italien seinen Vorrang im Reiche zu nehmen. Aber die Weltmonarchie, zu deren Bildung die Einheit des Mittelmeergebietes die Richtung wies, hat er nicht vollenden können. Er fällt durch Verschwörer, die mit der Senats Herrschaft die republikanische Freiheit wiederherstellen wollen (44 v. Chr.).

Im Streit um Cäsars Erbe einigen sich Antonius und Oktavian zusammen mit Lepidus im 2. Triumvirat 43. Die Republikaner erliegen endgültig bei Philippi 42. Die Gefahr einer Reichsteilung entsteht: Oktavian übernimmt den Westen, Antonius den Osten (Lepidus — Afrika). Antonius vergibt, ganz im Banne der Kleopatra, nach orientalischem-hellenistischem Königsrecht Provinzen des Ostens an seine und der Kleopatra Kinder. Das ruft allgemeine Empörung unter den Römern hervor. Lepidus ist inzwischen zurückgetreten. Oktavian verknüpft als Herrscher über Italien seine persönlichen Interessen mit den national-römischen. Der Austrag des Gegensatzes zwischen Oktavian und Antonius, zwischen dem Orient und Italien, ist unvermeidlich. Durch die Schlacht bei Aktium (2. September 31) wird Oktavian Alleinherrscher. Die Überlegenheit des Westens hat sich erwiesen.

XXI. Die Vollendung des römischen Weltreiches im Zeitalter des Prinzipats.

Ausbau und Sicherung des Reiches und seine größte Ausdehnung.

Das Prinzipat

Nach den Erfahrungen der vergangenen Kämpfe, aus der klaren Einsicht in die innerpolitischen Gegensätze schafft Oktavian eine Neuordnung, die diese Gegensätze ausgleicht. Er begründet das Prinzipat (Princeps civitatis), die Dynarchie.

Der Form nach bleiben die alten republikanischen Einrichtungen des Senatsregiments bestehen, in Wirklichkeit ist der Prinzeps der alleinige Machthaber im Staate. Als Volkstribun verkörpert er die Majestät des römischen Volkes in sich. Die kaiserlichen Edikte haben überall Rechtsgültigkeit. Für die kaiserlichen Provinzen und für Ägypten schafft er ein hochentwickeltes Beamtentum nach ägyptischem Muster, das Imperium proconsulare sichert ihm die Leitung der auswärtigen Politik, den Oberbefehl über die ganze Heeresmacht, die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Verteidigungsstellung

In der auswärtigen Politik bricht er mit der bisherigen Eroberungspolitik und beschränkt sich auf die Verteidigung. Das Reichsgebiet wird nur abgerundet, die Grenzen werden befestigt.

Im Osten behaupten die Parther, später die Sassaniden, ihr Reich. Man begnügt sich hier mit der Suphrattstellung; Armenien ist Pufferstaat. (Trajans Eroberungen gibt schon Hadrian wieder auf.)

Im Nordosten rückt die Grenze des römischen Gebietes bis zur Donau vor, man befestigt sie in ihrer Ausdehnung von Genf bis zur Donaumündung. Von den Eroberungen Trajans jenseits der Donau hat allein Dakien Bestand gehabt (vgl. den romanischen Einschlag der Walachen).

Im Nordwesten versucht Augustus, die Verteidigungslinie vom Rhein bis an die Elbe vorzuverlegen und in der Linie vom Donauknie bis hinüber zur Elbe zu verkürzen. Der Sieg des Arminius im Teutoburger Walde (9 n. Chr.) vereitelt das. Tiberius läßt diesen Plan ganz fallen und bewahrt damit Germanien vor der Romanisierung. Der Rhein ist nach wie vor die Grenze, die vielen Römerstädte bestehen zum größten Teil bis heute. Nur den strategisch ungünstigen Winkel am Rheinknie schneidet der Verlauf des Limes ab.

In dieser Zeit werden im Westen auch die letzten Gebietsteile Spaniens und Galliens römisch, und die Eroberung Britanniens (43 n. Chr.) sichert den Flankenschutz des Reiches im Nordwesten.

Mit der Beschränkung auf die Verteidigung kann man die Heeresstärke wesentlich herabsetzen. Die Römer selbst haben sich vom Heeresdienst freigemacht. Barbaren, vor allem Germanen, treten als Söldner ein. Sie führen jetzt die Grenzkriege und üben die Verteidigung. Sie bekommen Wohnsitze im Grenzgebiet und übernehmen dafür die Pflicht des Grenzschutzes.

Das Herrschaftsgebiet des römischen Reiches ist auch wirtschaftlich eine Einheit. Handel und Gewerbe nehmen einen gewaltigen Aufschwung.

„Die Wollwebereien und Goldstickereien Kleinasiens, die Fabrikation feiner Leinwandstoffe und die seidenen und wollenen Purpurfärbereien von Tyrus, das Glas von Sidon und Alexandria, der Papyrus und das Linnen von Ägypten, das bis nach Arabien und Indien ausgeführt wurde, waren Artikel, die in alle Welt gingen. Auch der junge Westen blieb nicht allzu weit zurück: die spanischen Schwerter, Woll- und Leinwandstoffe, die gallischen Mäntel, die italienischen Tonwaren aus Arretium, die Waffen und Eisenwaren aus dem Ostalpengebiet waren ebenfalls im Umkreise des Reiches gesuchte und begehrte Gegenstände.“ (Kromayer.)

Freilich treten manche unerfreuliche Anzeichen einer beginnenden Wirtschaftskrise zutage. Die Bevölkerungszahl geht auffallend schnell zurück. Vergeblich bemühen sich die Kaiser, durch Gesetze diese Bewegung aufzuhalten. Eine allgemeine Flucht vom Lande in die Städte setzt ein. Die ungesunde Entwicklung zur Bildung und Vermehrung des Großgrundbesitzes macht weitere Fortschritte. Da mit dem Aufhören der Kriege immer weniger Sklaven für die Bewirtschaftung zur Verfügung stehen, sind die Großgrundbesitzer genötigt, ihr Land an freie Pächter zu vergeben, die aber allmählich in immer größere Abhängigkeit geraten und geradezu hörig werden (Entwicklung des Kolonats). Ebenso fehlen Rom jetzt die reichen Erträge, die es früher aus der Kriegsbeute und den neu unterworfenen Gebieten gezogen hatte. So gehen auch die Finanzen des Staates immer mehr zurück.

Die Wirtschaftseinheit d. röm. Reiches

Bevölkerungsrückgang, Landflucht

Finanznöte

XXII. Neuordnung des Reiches durch das absolute Kaisertum. Das Christentum.

Reichsteilung unter Diokletian.

Die den Grenzschutz ausübenden Legionen werden auch politisch bedeutsam. Sie geben den Ausschlag bei der Besetzung des Thrones, wenn der Prinzeps auch formell sich noch vom Senat die Anerkennung aussprechen läßt. Da die Legionen gerade in den Provinzen ihren Dienst verrichten, so treten damit die Provinzen und die Barbaren im Reiche immer stärker in den Vordergrund. Die Eifersucht der Provinzialheere aufeinander führt nicht selten zur Aufstellung von Gegenkaisern und zu gegenseitigen Kämpfen. Der Thron ist schließlich ein Spielball der Soldaten. Kaisermord ist an der Tagesordnung. Die Thronfolge ist nicht festgelegt, das wirkt sich verhängnisvoll genug aus. Die Zentralgewalt verliert dadurch sehr an Macht und Bedeutung. Wie fern ist man jetzt von dem Grundgedanken, der Kaiser sei die

Lockerung der Zentralgewalt. Soldatenherrschaft

Vertörperung der Majestät des Volkes! Männer fremden Blutes aus den Provinzen, ein Thraker, ein Semit, ein Maure werden Kaiser.

Gefährdung
der Reichsgrenzen

Dazu kommen jetzt schwere Gefahren von außen. Sie bedrohen die Nord- und Ostgrenze. Die Germanen haben sich zu großen Völkerbünden zusammengeschlossen. Der Markomannenkrieg 160—180 ist der erste Vorbote des germanischen Vorstoßes. Commodus siedelt Germanen auf Reichsboden an und verpflichtet sie zum Kriegsdienst. Um 240 dringen Goten bis zur Donau vor und ziehen plündernd durch den Balkan bis nach Kleinasien. 250 gehen Alamannen und Franken über den Rhein. Die Rhein-Donau-Grenze ist überrannt.

Auch im Osten hat Rom schwere Angriffe abzuwehren. Der Partherkrieg 162—166 kostet harte Verluste, aber der Angriff läßt sich noch abwehren. Auf dem Boden des Partherreiches erhebt die neupersische Macht der Sassaniden 226 n. Chr. Auch sie greifen das Römerreich fortgesetzt an. Der Osten lehnt sich gegen die Herrschaft des Westens auf. So ist die Römerwelt ernstlich gefährdet.

Das absolute
Kaisertum

Das unbeschränkte Kaisertum rettet noch einmal den Bestand des Reiches für längere Zeit vor dem völligen Verfall.

Eine gewisse innere Umbildung hatte das Prinzipat schon unter Hadrian erfahren. Septimius Severus und die afrikanischen und die illyrischen Soldatenkaiser regieren despotisch. Der allmählich veränderte Inhalt des Prinzipats findet auch seine äußere Form in dem unbeschränkten Kaisertum Diokletians und Konstantins.

Zentralisation
der Verwaltung

Nur der Wille des Kaisers entscheidet jetzt und ist Gesetz. Eine einheitliche kaiserliche Reichsverwaltung umfaßt und regelt alles. Die angebahnte Entwicklung, die Beseitigung der bevorrechtigten Stellung Italiens findet ihren Abschluß. Alle Reichsteile werden gleichgestellt. Schon 212 haben alle vollen Provinzialen durch die Constitutio Antoniniana das römische Bürgerrecht erhalten; es gibt jetzt nur noch ein Reichsbürgerrecht.

Die absoluten Herrscher vermehren die Truppen- und Heeresmacht. Neben die Grenztruppen stellen sie ein Feldheer. Sie gewinnen die alten Reichsgrenzen wieder. Freilich immer mehr Fremde, besonders Germanen, nehmen sie in ihren Dienst. Um die ewigen Thronwirren zu beendigen, versucht Diokletian eine feste Erbfolge herauszubilden, Konstantin arbeitet auf die Erbmonarchie hin.

Dezentralisation
der Verwaltung

Das Weltreich ist zu umfangreich, als daß es von einer Stelle aus übersehen und verwaltet werden könnte. Diokletian tut mit der Ernennung eines Mitkaisers und der Aufteilung des Reiches in vier große Verwaltungsgebiete den ersten Schritt zu der späteren Reichsteilung. Mit der Verlegung der Hauptstadt nach Konstantinopel leistet Konstantin ihr weiteren Vorschub, bis die Reichsteilung im Jahre 395 nach dem Tode des Kaisers Theodosius Tatsache wird.

Staat und Kirche

Konstantin glaubte, dem Neubau der Universalmonarchie eine innere Stütze durch die Anerkennung der christlichen Kirche zu geben. 313 gesteht er den Christen freie Religionsübung zu. Nach einer schweren Leidenszeit von der Christenverfolgung Neros bis zu den Versuchen völliger Ausrottung unter Diokletian wird die christliche Kirche jetzt Bundesgenossin des Staates. Der Erlaß des Kaisers Theodosius vom Jahre 380 erhebt sie zur Reichs-

kirche. Erst mit der staatlichen Anerkennung bekommt die christliche Lehre ihre Bedeutung als Weltreligion, wie denn der Zerfall des Reiches sie in ihrer Entwicklung und einheitlichen Wirksamkeit wiederum schädigt (Papst und Byzanz!).

Diese Entwicklung ist raumpolitisch bedingt. Das Mißverhältnis in der Ausdehnung von Länge zu Breite im römischen Reich ist zu groß. Der südliche Küstensaum zwischen Wüste und Meer ist sehr schmal und daher wenig entwicklungsfähig, politisch am wichtigsten ist das Gebiet nördlich der Mittelmeerküste. Das Schwergewicht hat sich nun an die Gefährzonen des Reiches, an die untere Donau und an den Euphrat, verschoben. Das griechische Ostbecken scheidet sich kulturell von dem lateinischen Westbecken. Das unbeschränkte Kaisertum bricht aus politischen Gründen absichtlich mit den in Rom und Italien lebendigen republikanischen Überlieferungen. Freilich Rom besteht weiter, es wahrt sein Ansehen, da es den Ruhm jahrhundertelanger Tradition für sich hat. So gibt es von da ab zwei kaiserliche Hauptstädte, aber die jüngere Residenz Konstantinopel erweist sich viel zäher. Die Barbarenheere, die in den Balkan einfallen, ziehen an Konstantinopel vorbei, es bleibt bestehen, doch das alte Rom stürzt und geht unter.

Die Reichsteilung.
Rom und Byzanz

XXIII. Sprengung des Reiches.

Der Untergang Westroms im 5. Jahrh.

Von allen Seiten bricht der Sturm auf den morschen, nur künstlich und gewaltsam zusammengehaltenen römischen Reichsbau los. Über den Rhein und über die Donau dringen die germanischen Völker in immer neuen Wellen (vgl. die Karte). Um Heereskräfte für die Verteidigung frei zu bekommen, hat Stilicho die Rhein- und Donaugrenze 408 aufgegeben, aber auch dadurch das kraftlose Italien nicht mehr retten können. Die Germanen machen sich zu Herren im Reiche, und 476 ist sein Ende besiegelt.

Der absolutistisch aufgebaute Verwaltungsapparat hatte eine Zeitlang seine Aufgabe erfüllt und den äußeren Zusammenhalt gewahrt; doch inneres Leben hat dieser Staat nicht, da die enge Verbundenheit von Staat und Volk fehlt. Die römischen Bürger haben jegliches Staatsgefühl, das Bewußtsein der Verpflichtung an den Staat verloren. Dem Heeresdienst haben sie sich längst entzogen und einer land- und volksfremden Söldnertruppe ihre Verteidigung überlassen. Der absolutistische Staat läßt ihren politischen Sinn völlig verkümmern und verlangt nur blinden Gehorsam. Die Bürger leben lediglich ihrem Genuß, auch in ihren geistigen Interessen sind sie ganz verknöchert und verflacht. Schon seit der frühen Kaiserzeit lockert Ausschweifung und Entartung die Bande sittlicher Zucht. Demgegenüber steht die urwüchsige Naturkraft der Germanen. Auch der starke Gesamtwille, der aus dem germanischen Treuverhältnis zwischen Führern und Mannen erwächst, gibt den Germanen die Überlegenheit über die Römer. Ihr starker Herrschaftswille findet keinen ernstlichen Widerstand.

Die Verkümmern
der politischen Ver-
antwortung im abso-
lutistischen Beamten-
staat

XXIV. Der Balkan. Landschaften und Räume.

XXV. Das Oströmische Reich und das werdende Abendland.

1. Ostrom (526) nach der germanischen Völkerwanderung.
2. Ostrom (568) im Kampf um das Erbe Westroms.
3. Ostrom (800) und der vordringende Islam.
4. Die christliche Welt bis 814.

Bedeutung
Ostroms

Germanische Staaten entstehen auf dem Boden des weströmischen Reiches (vgl. Karte XXV), einer löst den anderen ab. Ostrom behauptet sich; Konstantinopel ist die jüngere und lebenskräftigere Stadt, sie liegt zugleich geschützter als Rom und an sehr günstigem Verkehrspunkte (an der Übergangsstelle von Europa nach Asien, an der Handels- und Militärstraße von Brindisi über Dyrhachium-Saloniki nach Konstantinopel und von dort weiter über das Schwarze Meer den Dnjeprlauf hinauf). Die fruchtbaren Ebenen Italiens locken außerdem die kulturhungrigen Germanen mehr als der unwirtliche Balkan.

Einwanderung
der Slaven

Justinian (525—565) gibt dem oströmischen Staate durch seine Staatsverwaltung erneute Kraft (Kodifikation des römischen Rechtes: Corpus iuris). Er erhebt Anspruch auf das Erbe Westroms, auf die weströmischen Staatsgebiete, und setzt ihn durch in Nordafrika gegen die Vandalen, in Italien gegen die Ostgoten. Nachdem die Germanenbewegung abgeebbt ist, wandern slavische Völker seit dem 6. Jahrhundert nach dem Balkan ein. Von Norden her kommen die Kroaten auf ihrem Eroberungszuge nach Pannonien und in das Karstgebiet um 630; auch die Slowenen sind wahrscheinlich in dieser Zeit eingewandert und haben sich in Krain und im Küstenlande angesiedelt. Von Osten her kommen die Serben, werden aber bis zum 10. Jahrhundert politisch nicht bedeutsam. Im östlichen Balkan machen sich die Bulgaren selbst, sie sind um 680 in Mösien eingedrungen. Im 9. Jahrhundert erst gründen sie das erste bulgarische Großreich.

Die Balkanhalbinsel

Die Balkanhalbinsel, in ihrer Gliederung wirr und unübersichtlich, politisch der Hexenkessel immer neuer Unruhen und Verwicklungen, bietet dem rechten Verständnis große Schwierigkeiten. Für den Aufbau ist charakteristisch, daß die Gebirgszüge im Westen in nord-südlicher, im Osten in west-östlicher Richtung verlaufen. Es ist zu unterscheiden:

1. das dinarische junggefaltete Kalkgebirge vom Karst bis zur Südspitze Griechenlands mit eingebetteten Senkungsfeldern und Küstenebenen als Siedlungsflächen (Krain, Hochkroatien, Niederkroatien, Slavonien, Dalmatien, Bosnien, Herzegowina, Montenegro, Niederalbanien, Epirus, Griechenland);
2. der Balkan mit den Vorlanden der Bulgarischen Hochfläche (Kreidetafel) und der Ebene (bzw. das Hügelland) Thrakiens oder Ostrumeliens und
3. die zwischen diesen beiden Erhebungen gelegene zentrale Schollenregion Serbiens (Oberalbanien, Serbien, Paßlandschaft Altserbien = Rascien, Makedonien).

Aneinandergereihte Senkungsfelder (Poljen) der Schollenregion begünstigen den Verkehr. Am wichtigsten ist die Wardarfurche, an die

sich die Seitenlinie Nisch—Sofia—Konstantinopel anschließt. Verkehrsgeographischer Mittelpunkt ist das Becken von Stoplje, wo die Eisenbahnlinien zusammentreffen. Über das Amselfeld und die Metoja ist auch der ostwestliche Durchgang gegeben.

Bezeichnend ist die mannigfache politische Versflochtenheit der Balkan-geschichte mit den Verhältnissen Kleinasiens. Die Meeresstraßen und das Ägäische Meer verbinden die Küstengebiete miteinander. Wie die thrakisch-phrygische Wanderung und die griechische Kolonisation nach Kleinasien hinüberführt, so greift die persische Politik nach der Herrschaft über die europäischen Nachbarländer und umgekehrt Alexander der Große wieder nach dem Besitz Asiens.

„Auf der Balkanhalbinsel drängt geopolitisch-verkehrsgeographisch vieles zum Einheitsstaat“ (Vogel, Das neue Europa).

Zur Zeit der Römerherrschaft werden die Balkanländer Provinzen ihres Weltreiches. Wichtige Straßen im Zuge der natürlichen Bodengestaltung, z. B. die Via Egnatia in ostwestlicher Richtung von Durazzo über Saloniki nach Konstantinopel und in nord-südlicher Erstreckung die Straße im Tal des Wardar und der Morawa, verbürgen die militärische Beherrschung. In der römischen Kaiserzeit setzt sich nördlich vom griechischen Sprachgebiet auch die römische Sprache und das römische Wesen durch. Es ist das Siedlungsgebiet der Illyrier und Thraker, deren Grenze etwa mit der Morawa-Wardar-Linie zusammenfiel. Als Byzanz dann Hauptstadt des oströmischen Reiches und Mittelpunkt der griechisch-katholischen Kirche geworden ist, schließt es die Balkanvölker und das ganze Balkangebiet zu noch engerer staatlicher Einheit zusammen.

Der Einheitsstaat

Der Sturm der Germanen, Slaven, Avaren, der dann über das Land segt, sprengt aber die alte Bevölkerung auseinander (soweit er sie nicht vernichtet), teils in die Küstenstädte Dalmatiens und Istriens, wo sie zäh ihre romanische Sprache behaupten („italienische Kolonien“!), teils in die höher gelegenen Teile des Gebirges; dort verschmelzen sie mit den hier noch erhaltenen Resten der Urbevölkerung; auch sie bewahren die übernommene romanische Sprache, führen im übrigen in ungebändigter Freiheit ein un-stetes wildes Hirtenleben und dringen dann unter dem Namen „Wlachen“ beim Niedergang der byzantinischen Macht vom Gebirge nach der Ebene vor. Die *Albanier* sind wie die Wlachen Nachkommen der alten vor-slavischen Bevölkerung, wahrscheinlich aus einer thrakischen Oberschicht und illyrischen Unterworfenen erwachsen, die aber auf niedriger Kulturstufe stehengeblieben sind. Sie haben nicht die römische Sprache übernommen, ihre Sprache geht vielmehr auf die altillyrische zurück mit späteren romanischen und slavischen Einschlägen.

Die slavische Einwanderung setzt im 6. Jahrhundert ein, auf sie gründet sich die nationale Teilstaatenentwicklung, bis das Eroberungsreich der Osmanen an ihre Stelle wieder den Einheitsstaat setzt, während die Entwicklung im 19. Jahrhundert abermals umschlägt. Zur Beurteilung der italienischen und panslawistischen Bestrebungen auf dem Balkan ist die Kenntnis der ethnographischen Zusammensetzung der Bevölkerung sehr wichtig. Zu den nichtslavischen Völkern kommen noch etwa 6 Millionen Griechen, die freilich auch viele slavische und albanische Bestandteile

Nationale Teilstaatenbildung

aufgenommen haben. Wenn in vielen Städten der Halbinsel die wohlhabende kaufmännische Bildungsschicht griechisch ist, so ist das ein Rest der byzantinischen Herrschaft.

Ostroms Abwehrkampf
gegen den Islam
und Ende

Das oströmische Reich hat außer dem Slavenansturm noch eine Gefahr abzuwehren, die vom Süden her gegen seine Grenzen vordringt. Denn im 7. Jahrhundert beginnt der Islam seinen Siegeszug und breitet sich in Asien und über Nordafrika bis Spanien hin aus. Zuvor verliert das oströmische Reich auch in Kleinasien an Boden, Konstantinopel selber gewinnt aber an Bedeutung, da die Rivalinnen Antiochia, Alexandria und Karthago dem Islam erliegen. Das oströmische Reich hat dem Vordringen des Islam nach Europa noch jahrhundertlang standgehalten. Darin liegt seine große geschichtliche Bedeutung. Aber politisch, verwaltungstechnisch und kulturell erstarrt das oströmische Reich.

Die politische Führung in Europa geht an die Germanen über, insbesondere an den fränkischen Staat. Infolgedessen verschiebt sich der Schauplatz geschichtlichen Geschehens nach dem Norden und Nordwesten Europas, und damit beginnt das deutsche Mittelalter.

XXVI. Das Erdbild des Altertums.

Nach altgriechischer Auffassung ist Delphi Mittelpunkt der Erde („Der Nabel“), die Erde eine Scheibe, die der Okeanos umfließt. Die Kenntnis von der Kugelgestalt der Erde geht auf die Philosophenschule des Pythagoras (um 500) zurück und legt den Grund zu dem heliozentrischen System, eine Kenntnis, die durch römischen Einfluß bis auf Kopernikus der Menschheit wieder verloren ging. — Bis ins 7. Jahrhundert reicht das Erdbild für den Griechen von Italien bis zum Schwarzen Meer. Dann bringt die griechische Kolonisation im Osten eine bedeutende Erweiterung des geographischen Gesichtskreises, während die Unternehmungen der Phöniker und Karthager das westliche Mittelmeer erschließen; sie kommen auf ihren Fahrten sogar weiter, bis Britannien und an die Nordseeküsten, im Süden bis zum Golf von Guinea (vgl. Hannos Fahrt um 470 oder 460). Pytheas von Massilia macht zur Zeit Alexanders des Großen eine kühne Nordlandfahrt bis zu den Schetlands- und Orkneyinseln. Der germanische Norden wird durch die Kriegszüge der römischen Kaiserzeit genauer erforscht.

Von Indien und den Ländern des fernen Ostens kommt zu dem Abendland zuerst durch die Perser etwas nähere Kunde, die dann der Alexanderzug und seine Ergebnisse wesentlich bereichert. Alexander ist einer „der erfolgreichsten Entdecker aller Zeiten“ (Sudanexpedition—Nilschwellen, Feststellung der Binnennatur des Kaspiischen Meeres, Indusfahrt, Seeweg: Indus—Euphrat—Tigris). Durch ihn wird auch China bekannt. Von dort kommt die Seide nach dem Abendland; es besteht seit Christi Geburt ein lebhafter Seidenhandel mit China. Auf der Halbinsel Malakka, an der südchinesischen Küste oder auf der Seidenstraße nördlich des Himalaja tauscht man die Waren aus.

Afrika hat zuerst Necho von Aegypten (609—595) in Richtung von Osten nach Westen umsegeln lassen. Den Bau des Suezkanals, den er begann, führt der Perserkönig Darius zu Ende, nachdem er Skylax von Karvanda den Weg vom Indus bis zum Nordende des Roten Meeres hatte erkunden lassen.

Alexander hielt den Indus für den Oberlauf des Nils, da er hier wie dort Krokodilen begegnete und ägyptische Bohnen vorfand. Diesen Irrtum klärt die Expedition des Nearch auf. Die Frage nach den Nilquellen beschäftigte das Altertum immer wieder. Noch Nero hat auf seiner Expedition ins Innere Afrikas vergeblich die Nilquellen festzustellen versucht.

Während die Griechen die Geographie als Wissenschaft betrieben, haben die Römer sie vernachlässigt. Der bekannteste römische Geograph Claudius Ptolemäus (um 150 n. Chr.) vertritt wieder das geozentrische Weltssystem; auf seiner Erdkarte, die er als erster in Regelprojektion zeichnet, bringt er das Gebiet von Schottland bis Mittelafraka, von den Kapverdischen Inseln bis China.

Dagegen haben sich die Römer in dem Ausbau eines hervorragenden Verkehrssystems als praktische Geographen von hohem Rang erwiesen. In der steten Ausgestaltung ihres Reiches und in der Meisterung des Mittelmeerraumes und der angrenzenden Landschaften vollends haben sie eine Unbeirrbarkeit und Zielsicherheit entwickelt, die sich nur aus geopolitischer Begabung von selten erreichter Stärke und Ursprünglichkeit erklären läßt.

II. Mittelalter
von
Dr. Franz Braun

II. Mittelalter
von
Dr. Franz Braun

Mittelalter.

I. Aufbau und Gliederung Europas.

Das vor- und frühgeschichtliche Europa.

Europa ist nach seiner kulturellen und geschichtlichen Entwicklung eine Welt für sich, geographisch dagegen bildet es mit Asien zusammen ein großes Festland, und keine natürliche Scheide liegt zwischen ihnen. Diese geographische Einheit bestand von jeher, nur daß sie ehemals, als das Oberflächenbild Europas noch nicht den Reichtum der Gliederung, die Mannigfaltigkeit der Formen wie heute aufwies, sehr viel gleichförmiger war. Vor der Eiszeit, in der älteren Tertiärzeit, bildete Europa bis auf geringfügige Senkungen, die zu Binnenmeeren wurden, eine formlose Masse. Die deutschen Mittelgebirge, die Alpen, den Apennin, die Gebirge des Balkans gab es ebensowenig wie den Hindukusch und den Himalaja. Auch die kennzeichnenden Umrisse des heutigen Italiens und Griechenlands bestanden nicht. Ein zusammenhängendes Festland reichte über das heutige Adriatische und Ägäische Meer hinaus nach Kleinasien. Auch im Norden fehlte der Reichtum der Formen, der heute herrscht. Es gab weder eine Ostsee, noch eine Nordsee. Die Landflächen reichten im Westen noch über Britannien hinaus. Ungeformt und unentwickelt, einformig war die Oberfläche der Weltteile jener vorgeschichtlichen Zeit.

Der Gebirgsbildungsprozeß begann während der mittleren Tertiärzeit, einer Zeit, die zwar hochentwickelte Tiere, aber noch nicht den Menschen kennt. Hohe alpine Faltenketten stiegen empor, und an langen Bruchlinien verschoben sich die Schollen der Erdkruste. An Stelle weiter Ebenen, sumpfiger Niederungen und trockener Steppenländer erhoben sich überall kleine und große Gebirgszüge. Sie steigerten und regelten die Niederschläge, dichte Wälder wuchsen auf und bedeckten in undurchdringlicher, zusammenhängender Fläche die Höhen.

Der Osten Europas blieb von diesen Vorgängen unberührt und bewahrte den engen Zusammenhang mit dem weiten Flachbodengebiete Asiens. Die Weite des Landes, die Ausbreitung der Tierwelt und der ungestüme Wandertrieb der Menschen findet in der Natur kein Hemmnis. Menschen und Kulturen dringen deshalb im Laufe der Geschichte immer mehr aus dem Osten in das ewig lebendige, innerlich gespannte Europa, das seinerseits wieder in Zeitabständen Menschen und Kulturen aus seinen engen Räumen über die weiten Flächen des Ostens jagt und verrinnen läßt.

Aber auch Afrika war mit Europa einst enger verbunden als heute. Sichere Landbrücken führten über Sizilien nach Italien, über die Straße von Gibraltar nach Spanien. Zweifellos bestehen noch heute zwischen

Afrikas Nordküsten und den übrigen Ländern des mittelländischen Meeres viele Gemeinsamkeiten in Landschaft, Klima und Bevölkerung. Der Zug des südeuropäischen Faltengebirgsgürtels, insbesondere die Alpen, sind gleichsam eine Abgrenzung des mittelländischen Raumes als eines Sondergebietes zwischen Europa und Afrika. Die Geschichte des Altertums beruht auf dieser Eigenart des Mittelmeerbeckens, die ihre Ergänzung findet in der verbindenden zusammenschließenden Kraft, die im Wesen eines Binnenmeeres an sich schon liegt.

Einteilung Europas

Die Sonderstellung dieses Gebietes findet auch in der bisher üblichen Einteilung Europas ihren Ausdruck. Denn sie faßt die drei Halbinseln Südeuropas: Pyrenäen-, Apennin- und Balkanhalbinsel, als „Mittelmeerländer“ zusammen und stellt sie als ein zusammengehöriges Gebiet neben die übrigen vier Großlandschaften: Mitteleuropa, atlantisches Westeuropa, Nordeuropa und Osteuropa.

Mitteleuropa bildet danach das Herzstück des Erdteils mit Deutschland und den binnenländischen Zwischenlandschaften der Alpen und Karpathen.

Demgegenüber steht seit neuerer Zeit der Begriff **I n n e r e u r o p a** in wesentlich weiterer Fassung.

Er fügt sich in das System einer europäischen **D r e i t e i l u n g** ein, das neben dem geographischen Aufbau auch der kulturellen Bedeutung der einzelnen Teile gerecht werden soll. Sehr wesentlich ist dabei ihre verschiedene Lage zum Meere. Es scheidet zwischen Vorder-, Inner- und Hintereuropa.

Vordereuropa

Zu Vordereuropa rechnen alle die Teile, die dem offenen Meere zugewandt sind: die Pyrenäenhalbinsel, Frankreich, Großbritannien, Island und Norwegen. Die Grenze nach Innereuropa hin bildet der arelativisch-lotharingische Grenzsaum: die Westalpen, der Jura, der Wasenwald, die lothringische Hochfläche, das Ardennenmassiv und die Schwelle von Artois. Kein Punkt innerhalb dieses Gebietes ist mehr als 400 km vom Meere entfernt. Die Bedeutung der einzelnen Teile als Sperrzone ist verschieden. Denn die Hochflächen um Saar und Mosel und die der Ardennen können räumlichem Machtstreben niemals so wirksam entgegengetreten wie etwa der Alpenwall, zumal Durchlässe und Pforten Zugänge zum Rheinbecken freilassen (Flandrische Pforte, Moseldurchlaß, lothringische und burgundische Pforte).

Diese Grenzlandschaften sind darum von den angrenzenden Staatsräumen viel umstritten. Die Staatenlinie des Vorkriegsstandes und die Grenzen romanischen und germanischen Volkstums fielen in den Bereich des gekennzeichneten Grenzsaumes.

Innereuropa

Zu Innereuropa gehören nach dieser Gliederung die Länder des germanischen Flachlandes, die mitteleuropäischen Mittelgebirgsländer, Nord- und Mittelitalien, ferner die auf dem Boden der alten österreichisch-ungarischen Monarchie und auf dem Balkan gebildeten Staaten, endlich auch Polen, die russischen Randstaaten, Schweden und Finnland. Innerhalb dieses Gebietes beträgt die weiteste Entfernung eines Punktes vom Meere 660 km.

Hintereuropa zeigt im Gegensatz dazu ausgesprochene meerische Anaufgeschlossenheit und binnenländischen Charakter. Nur die Düna mündet in die Ostsee. Das Nördliche Eismeer und das Kaspische Meer kommen für die aus der Meerlage sich ergebenden günstigen Entwicklungsmöglichkeiten gar nicht in Frage. Das Schwarze Meer aber hat seinen freien Zugang zum Ozean erst bei Gibraltar und kann durch die Bosphorus- und Dardanellenenge ebenso leicht wie die Ostsee gesperrt werden.

Hintereuropa

Die Grenze zwischen Hintereuropa und Innereuropa bildet ein Niederungsfaum, der warägische Grenzsaum, der in der Niederung zwischen dem Finnischen Meerbusen und dem Weißen Meer beginnt, über den Onega-, Ilmen- und Peipussee zur Dnjeprniederung führt und zwischen unterem Dnjepr und unterem Donez in einem nach Osten flach geöffneten Bogen am Schwarzen Meer endet (ungefähr dem 30^o östl. L. entsprechend). Die Unbestimmbarkeit der Übergangslandschaft zwischen dem eigentlichen Innereuropa und dem hinter dem warägischen Grenzsaum anhebenden einheitlicheren Hintereuropa hat, besonders in Berücksichtigung des kulturellen Mischcharakters der hier siedelnden Völker, zur Prägung des Begriffes „Zwischeneuropa“ geführt.

Zwischeneuropa

Dieser Grenzsaum hat für die frühe Geschichte Hintereuropas insofern seine große Bedeutung, als hier von der Ostsee her die Normannen den Weg zum Schwarzen Meer zu nehmen versuchten und eine wichtige Nord-Süd-Verbindung herstellten. Hier liegen ihre ersten staatlichen Gründungen (Nowgorod, Plozk, Kiew). Von Byzanz wiederum kommt auf diesem Wege das Christentum und der Cäsaropapismus nach Rußland. In diesem Grenzsaum durchdringen sich west- und osteuropäische Kultur.

Diese Nord-Süd-Linie wird von zwei geographischen Ost-West-Linien geschnitten, dem baltischen Moränenzug und der Grenzlinie zwischen Wald- und Steppengebiet. An der Waldsteppengrenze entstand der erste Staat, als die Waräger aus dem Waldgebiet heraustraten und vom Waldrande aus die Steppe in fruchtbares Ackerland verwandelten. Sie wichen wieder in den Wald zurück, als asiatische Stämme, deren Eroberungsdrange die ausgedehnte südrussische Steppe freie Bahn gab, in Europa einfielen. Die von dem Großrussentum Moskaus ausgehende staatliche Neubildung nimmt den gleichen Weg durch das Waldgebiet nach der Steppe am Kaspischen Meer. Die Waldsteppengrenze scheidet Großrussen und Kleinrussen.

Die zweite geographische Linie, der baltische Moränenwall, trennt die Litauer und Kurländer von den Weißrussen und weiterhin die Weißrussen von den Großrussen. Während die Großrussen ganz unter asiatische Einflüsse kamen, nahmen Weißrussen und Kleinrussen besonders in der Zeit der mongolischen Herrschaft in beträchtlichem Maße mitteleuropäische Kultur auf.

Die Gegensätze zwischen Großrussen, Weißrussen und Kleinrussen haben sich bis in die Gegenwart wirksam erwiesen. Das Großrussentum hat sein Herrschaftsgebiet von seinem eigentlichen Siedlungsboden im Bereich des Wolga- und Donsystems durch Eroberung räumlich mächtig er-

weitert und nicht nur Weiß- und Kleinrussen sich untertan gemacht, sondern auch die nichtrussischen Völker Zwischeneuropas, die Finnen, Esten, Litauer, Polen und Rumänen in Bessarabien unterworfen. Im Gegensatz zum arelatisch-lotharingischen Grenzsaum, in dem Vorder- und Innereuropa ihre politischen Räume dem natürlichen Grenzsaum angepaßt hatten, war der natürliche warägische Grenzsaum nicht Rußlands Grenze, das Großrussentum war vielmehr über die natürliche Grenze weit hinausgegangen und hatte sich mit nationalen Minderheiten belastet, die die Grundlage für die heutigen Randstaaten abgegeben haben. Die staatliche Einheit, wie sie bis zum Kriege in diesem Grenzsaume bestand, ist jetzt in zahlreiche Bruchstücke zerfallen. Zwischeneuropa ist heute neben dem Balkan das Unruhegebiet Europas.

Folgerungen aus dem Vergleich der natürlichen Gegebenheiten mit den jüngsten politischen Staatsabgrenzungen müssen späterer Darstellung vorbehalten bleiben.

Staatsbildende
Kraft der Räume

Das atlantische Vordereuropa, auch Westeuropa genannt, ist das Gebiet der geschlossenen westeuropäischen Nationalstaaten. Das festländische Hintereuropa zeigt die geringste staatliche Aufgeschlossenheit. Innereuropa ist durch politische Vielgestaltigkeit und starke Zersplitterung gekennzeichnet.

„Innereuropa ist der Schauplatz der eigentlichen europäischen Geschichte. Was Hellas und Rom für die Geschichte der Menschheit getan, vereinigt sich hier mit dem, was germanische Völker, was Deutschland und Skandinavien geleistet haben. Hier liegen auch die Wurzeln der slavischen Kultur. In Innereuropa wurden die Eroberungszüge asiatischer Völker gebrochen (der Araber, Mongolen, Türken).“ (Nach Penck, der nur Zwischeneuropa für Innereuropa sagt.)

Innereuropa -
Brennpunkt
geschichtlichen
Geschehens

Im südlichen Innereuropa, dem Mittelmeergebiet, liegen die Anfänge geschichtlicher Kultur Europas überhaupt (vgl. Teil I, Altertum). Balkan, Dinariden, Alpen scheiden das südliche Innereuropa vom nördlichen. Seitdem die Germanen mit Beginn des Mittelalters die politische Führung Europas übernehmen, wird das nördliche Innereuropa der entscheidende Schauplatz geschichtlichen Geschehens.

Freilich die drei natürlichen Gebiete, die sich nach der Oberflächengestaltung ergeben, die Finnisch-Scandinavische Schildlandschaft, das Germanische Flachland mit großen Teilen des mitteleuropäischen Mittelgebirgslandes und das Donau-Karpaten-Land haben doch nicht den gleichen Anteil an dieser Bedeutung. Die Donau-Karpaten-Landschaft schafft sich erst sehr viel später als die beiden andern Einfluß und Geltung. Der Raum, in dem die entscheidenden Kräfte sich bilden und zur Beherrschung des gesamten Innereuropas heranreifen, ist das Germanische Flachland an den Südufern der Nord- und Ostsee.

Innereuropa
als Völkerherd

Der vorgeschichtliche Mensch läßt sich hier erst in der mittleren Steinzeit nachweisen. Die Lebensbedingungen (Muschel- und Fischreichtum) waren hier günstiger als in den von dichten Urwäldern bedeckten Gebieten Mittel- und Süddeutschlands. Der dichte Waldgürtel schloß die Bewohner der norddeutschen Flachlandschaften völlig ab und schuf so die Vorbedingung für die Bildung der nordischen oder germanischen Rasse, die aus der allmählichen Vermischung einer einwandernden, kulturell höher stehenden Rasse mit der unterworfenen älteren Einwohnerschaft hervorging.

Reste der über ganz Europa verbreiteten vorarischen Unterschicht haben sich in den Basken, Ladinern, in den Altpreußen, Litauern und Esten erhalten. Aus einem zweiten

Einwandererstrom entstehen auf dieser vorarischen Unterschicht im SW die Kelten und im SO die Illyrier (vgl. E. Schuchhardt, Vorgeschichte von Deutschland).

Die frühesten Spuren menschlichen Lebens finden sich schon in der *Älteren Steinzeit* (Paläolithikum). Infolge starker Klimaveränderungen weist sie große Unterschiede in Vegetations-, Tier- und Kulturformen auf. Zeitweilig bedeckten Eismassen den ganzen Norden Deutschlands bis zu den Nordhängen der mitteldeutschen Gebirge und Apengletscher, reichten andererseits bis in die Gegend südlich von München, während Westeuropa größtenteils von Gletschereis frei war, aber auch unter der klimatischen Einwirkung der Eiszeit stand und große Temperaturschwankungen durchmachte. Die ältere Steinzeit reicht bis etwa 15000 v. Chr.

Die Kultur der Eiszeitmenschen und ihre Träger scheiden sich deutlich in eine altpaläolithische und eine jungpaläolithische Schicht. Der Mensch der altpaläolithischen Zeit war nomadischer Jäger und Sammler, im Jungpaläolithikum kommt noch Fischerei dazu. Träger der altpaläolithischen Kultur ist die sogenannte *Neandertalrasse* (Stelettfund 1856 im Neandertal bei Düsseldorf), während der dem heutigen Menschen (*Homo sapiens*) sehr nahestehende *Jungpaläolithiker* (*Cromagnonrasse* — Fundort: Vézèrethal) im ganzen Bau vom Neandertalmenschen völlig verschieden ist, wie die Kultur beider Schichten sehr verschieden ist.

Am Ende der Eiszeit schmelzen die Gletscher ab. Das Klima wird wärmer. Die glazialen Tiere sterben teils aus (Mamut, sibirisches Nashorn, Höhlenbär), teils wandern sie nach Norden (Renntier, Moschusochse) oder in die Alpen (Steinbock, Gemse), nur wenige (Hirsch, brauner Bär) passen sich den veränderten Verhältnissen an. Die Tundra verschwindet, der Wald tritt an ihre Stelle, gedeiht infolge der größeren Feuchtigkeit auch auf Lößboden und läßt nur die reinen Sandböden für menschliche Siedlung frei. Auch der Mensch dringt mit dem weichenden Eise nach Norden.

In der *Jüngeren Steinzeit* (Neolithikum), in der ein trockenes Klima die Bodenfeuchtigkeit vermindert, zeigen Werkzeuge, Waffen und Geräte des damaligen Menschen große Fortschritte. Er lernt kristallinische Schiefergesteine zu sägen, zu schleifen, zu polieren und zu durchbohren, aus Ton Gefäße zu formen und sie zu verzieren. Neben dem Hunde werden Rind, Schaf und Ziege seine Haustiere. Er begnügt sich nicht mehr mit den vom Boden gesenkten Naturpflanzen, sondern mit der Hacke (später dem Pflug) bearbeitet er das Land und baut Weizen, Gerste und Hirse an. Am Ende der Jüngeren Steinzeit scheint die trockene Klimaperiode ihren Höhepunkt erreicht zu haben; die bisher bebauten Gebiete geben nicht mehr die notwendige Nahrung her. Eine starke Völkerbewegung setzt ein.

Die Entdeckung der Bronzemischung kennzeichnet die folgende Kulturperiode „*Die Bronzezeit*“. In Süd- und Mitteldeutschland beginnt sie in der ersten Hälfte des zweiten Jahrtausends v. Chr. (Hügelgräberbronzezeit). Während der frühen Bronzezeit hatte die *nordische Kultur* noch den Charakter einer Steinzeit. (Vgl. F. Birkner, Die Urbewohner Deutschlands.)

Bisher stützte sich unsere Kenntnis der Vorgeschichte nur auf die spärlichen Ausgrabungsfunde. Jede schriftliche Überlieferung fehlte. Darum muß der kürzlich unternommene Nachweis Prof. Wirths („Ausgang der Menschheit“), daß die Steinzeit schon eine ausgebildete Schrift besaß, von weittragender Bedeutung sein. Er sieht in den „*Kritzleien*“ steinzeitlicher Höhlenzeichnungen *Symbole*, die auch bestimmten *Lautwert* haben, und glaubt, diese Symbole größtenteils enträtselt und die Lautbedeutung gefunden zu haben. Für die Ausbildung des Schriftsystems schreibt er dem nordischen Menschen entscheidende Bedeutung zu, denn die Symbole fast der ganzen Steinzeitsschriften soll nordischen Ursprungs sein. Jedenfalls hat sich aus dem Nebeneinander verschiedener Völker der germanische Kulturkreis siegreich durchgesetzt.

Aus dem Schoße des germanischen Urvolkes am Nord- und Südgüste der Ostsee sind seit der Bronzezeit die germanischen Völker und Kulturen hervorgegangen. Von diesem Völkerherd aus sind in Jahrtausenden immer neue Wanderscharen nach Westen, Süden und Osten gezogen, haben ganz Europa und weite Teile Asiens zeitweise unter ihre Herrschaft gebracht und hohe Kulturen zur Entwicklung und Reife geführt.

Mit dem Ende der mittleren Steinzeit scheint die nordische Rasse zum Landbau und damit zur Sesshaftigkeit übergegangen zu sein. Der Hackbau, die Wirtschaftsform jener Zeit, hatte auch eine Verbesserung der technischen Mittel mit sich gebracht. Die Bevölkerung, die jetzt besser ernährt und materiell besser ausgerüstet war, vermehrte sich zugleich stark und dehnte ihr Siedlungsgebiet von den Küstenländern aus immer weiter nach Süden. Der Landhunger trieb sie gegen den Waldgürtel, den es in Ackerland zu wandeln galt. Der Kampf mit dem Walde wurde aufgenommen. Immer neue Auswanderer durchdrangen in zahllosen Wellen die Urwaldzone und trugen Blut und Kulturelemente der nordischen Rasse weiter.

Nach den Forschungen Kossinas sind die Germanen um das Jahr 1000 bis ins Bodetal gekommen und haben sich im 8. bis 7. Jahrhundert am linken Saaleufer bis zur Anstrutmündung vorgeschoben. Sie finden sich seit dem 9. bis 8. Jahrhundert an der mittleren Weser und auch an der Lechmündung, im 5. bis 4. Jahrhundert an der oberen Hunte und Hase und der mittleren Lippe. Um 700 wandern skandinavische Nordgermanen ins Weichsel-Oder-Gebiet nach dem Osten Deutschlands und verschmelzen mit den hier siedelnden Westgermanen zu einem neuen Volke der Ostgermanen.

Westlich der Germanengrenze sitzen die Kelten, östlich die Slaven, Ende des 5. vorchristlichen Jahrhunderts bringt eine gewaltige Völkerbewegung eine wesentliche Verschiebung in der Raumverteilung.

II. Frühgeschichtliche Siedlung in Mitteleuropa.

1. Verbreitung der Kelten und Germanen im 5. Jahrhundert.
2. Räumliche Verschiebungen der Kelten und Germanen im 1. Jahrh. v. Chr.
3. Vorstöße nach dem Süden.
4. Gegenwirkungen von Süden.
5. Verfall der römischen Grenzsicherungen.

Die
„Völkerwanderung“

1. Man läßt das Mittelalter gewöhnlich mit der Völkerwanderung 375 beginnen. Sie ist freilich nicht etwa eine plötzlich einsetzende Bewegung, sie steht vielmehr mit den großen Völkerverschiebungen in Zusammenhang, die sich über zwei Jahrtausende verfolgen lassen.

Der Einbruch nordischer Stämme in das Ostmittelmeergebiet, die Bedrohung Roms und die Verwüstung der Balkanhalbinsel durch die Kelten, die Kimbernzüge, die Germanenwanderungen bis zu den Normannenzügen bilden eine zusammenhängende Kette von Vorgängen. Die Auswirkungen der Völkerwanderung von 375 bis 568 sind allerdings besonders wichtig und maßgebend für die politische Gestaltung und kulturelle Entwicklung im Mittelalter.

Germanen sprengen das römische Reich und übernehmen an Stelle der Römer die politische Führung in Europa. Sie sind Arier wie die Griechen und Italiker und gehören dem nordeuropäischen Kulturkreise an (vgl. S. 7). Indem sie entscheidend in die Geschichte der Mittelmeervölker eingreifen, müssen sie sich zugleich mit ihrer Kultur auseinandersetzen. Das war ihr geschichtlicher Beruf.

Die Germanen

Im 5. Jahrhundert v. Chr. haben die Germanen ihre Sitze zwischen Weser und Weichsel. Sie reichen von den mitteldeutschen Gebirgen im Süden bis nach Südskandinavien im Norden. Westlich und südlich von ihnen wohnen die Kelten, die nach den Volcae, einem keltischen Nachbarstamme an der oberen Weser, bei den Germanen Walchās = Welsche heißen. Slavische und baltische Völker sind ihre östlichen Nachbarn. Noch gibt es keinen gemeinsamen Namen für die einzelnen germanischen Völkerschaften. Auf den waldarmen Steppeninseln, zwischen Moor und Sumpf und Urwald, sind sie früh sesshaft geworden und zum Ackerbau übergegangen.

2/3. Landnot und wachsende Bevölkerung veranlaßt Ende des 5. vorchristlichen Jahrhunderts eine mächtige Bewegung der Germanen nach Westen. Die zu dieser Zeit ebenso westwärts gerichtete Keltengewanderung schafft ihnen den nötigen Raum.

Die Kelten

Die Kelten besetzen bei ihrem Vordringen nach Westen ganz Gallien und gehen von hier weiter nach Britannien und Spanien. Sie besiedeln auch die Poebene, verwüsten Italien und bedrohen Roms Herrschaft (Sieg an der Allia 387 v. Chr., Zerstörung Roms). Von Süddeutschland dringen sie über Böhmen (Bojer), Mähren und die Donau abwärts nach der Balkanhalbinsel (Brennos 280 v. Chr.) und Kleinasien, überall plündernd und sengend. Die Griechen, Antigonos Gonatas von Makedonien und Antiochos von Syrien müssen alle Kräfte aufbieten, um sie abzuweichen. In Galatien haben dann drei Stämme von ihnen nach jahrzehntelanger Beunruhigung Kleasiens Wohnsitze gefunden. Die Kelten, immer tapfer, beutehungrig, im ersten Ansturm unweidlich, haben in der Geschichte keine staatsbildende Kraft bewiesen. Nur als „Landsknechte des Altertums“, im Dienste der hellenistischen Könige und der Römer haben sie Bedeutung behalten. In Italien erliegen die gallischen Stämme schon 222 v. Chr. den Römern, ebenso in Spanien (vgl. Teil I, Blatt XVII); in den Donauländern haben sie sich gegen die Kimbern und Teutonen zu wehren, in Gallien vernichtet Cäsar 58 bis 52 ihre Selbständigkeit. Auch Galatien wird 25 v. Chr. römische Provinz.

Die Germanen rücken nun auf ihrer ersten Wanderung seit 400 v. Chr. in die geräumten Keltensitze nach, so die Chatten nach Hessen, die Markomannen ins Mainland; etwa um 100 v. Chr. ist der Rhein erreicht. Nachklang dieser Bewegung ist der Zug der Kimbern und Teutonen (113—101 v. Chr.). Die Germanen beginnen dann, sich planmäßig über den Rhein vorzuschieben, zuletzt Ariovist im Jahre 58 v. Chr. Dadurch müssen sie unmittelbare Nachbarn der Römer werden.

4. Die bedeutungsvolle Frage, ob Gallien germanisch oder römisch werden soll, hat Cäsar entschieden. Er zwingt Ariovist, Gallien zu räumen,

Der Rhein
als römische
Zwangsgrenze

und nötigt andere Völkerstämme, gleichfalls hinter den Rhein zurückzugehen. Sein Sieg über Ariovist und sein zweimaliger Rheinübergang (in den Jahren 55 und 53) bringt für drei Jahrhunderte hinaus das Vordringen der Germanen zum Stehen. Der Rhein ist fortan die Grenze.

Augustus trägt dann die Reichsgrenze bis zur Donau vor (15 v. Chr.). Der Verlauf der Grenze ist aber infolge des scharf vorspringenden spitzen Winkels zwischen Donauoberlauf und Rhein recht ungünstig. Augustus versucht an der Elbe-Donau-Linie die römische Verteidigung im Osten zu verkürzen. Das Gelingen dieser Absicht würde zugleich die Romanisierung Deutschlands bedeutet haben. Die glücklichen Feldzüge des Drusus und Tiberius (12 v. Chr. bis 5 n. Chr.) versprechen schon Verwirklichung dieser Pläne. Fünf römische Legionen haben ihr Stanzlager am Rhein; römische Straßen werden ins Innere Deutschlands gebaut, auch einzelne feste Plätze im Binnenlande werden angelegt (z. B. Aliso, wahrscheinlich bei Haltern). Dem römischen Druck weicht der Markomannenfürst Marbod aus und führt sein Volk aus dem Mainlande nach dem von den Bojern geräumten Böhmen = Bojohaemum (Böhmenheimat). Da er von dort aus die Donaugrenze bedroht, setzt Tiberius einen doppelten Angriff zur Sicherung der zwischen Elbe und mittlerer Donau gelegenen germanischen Lande an. Der Angriff mißlingt aber wegen des Aufstandes der Pannonier im Rücken der Römer. Doch das westliche Deutschland scheint den Römern sicher zu sein; überall gibt es in den Völkerschaften eine Partei der Römerfreunde. Schon kann Varus daran denken, die römische Provinzialordnung einzuführen. Da ersteht den Germanen der Befreier in dem Cheruskerfürsten Arminius. Er schlägt 9 n. Chr. die Legionen des Varus im Teutoburger Walde. Zum ersten Male gelingt es, die Westgermanen zu einigen und dadurch die drohende römische Unterwerfung abzuwehren.

Tiberius verzichtet i. J. 16 n. Chr. endgültig darauf, Germanien dem römischen Reiche einzuverleiben. Es ist ein weltgeschichtlich bedeutsamer Entschluß, den Tiberius in weitblickender, staatsmännischer Einsicht faßt. Er hält die Germanen im Vertrauen auf ihre Uneinigkeit, Eifersucht und inneren Kämpfe für ungefährlich. Deutschland bleibt frei und von der Romanisierung verschont. Nur den strategisch ungünstigen Winkel zwischen Rhein und Donau schneidet der Limes (542 km) in seinem Verlauf von Rheinbrohl gegenüber der Ahrmündung bis Kehlheim an der oberen Donau ab.

Die sogenannten Zehntlande gehen seit der Mitte des 3. Jahrhunderts an den deutschen Stamm der Alamannen verloren. Aber noch hält die Rheingrenze. Sie vermag auch der zweite große germanische Vorstoß der Markomannen, Quaden, Hermunduren, Langobarden und Vandalen nicht zu durchbrechen. Auch Mark Aurel hält sie, ebenso schlägt Diokletian den Gotenangriff 250 ab. Als jedoch die Westgoten in Italien einfallen, braucht Stilicho die Rheinlegionen. So muß er den Rhein aufgeben. Aus Britannien zieht er aus demselben Grunde die römischen Truppen zurück. Nunmehr ist auch den Westgermanen der Weg frei für ein weiteres Vordringen nach Gallien hinein und über das Meer nach Britannien.

III. Die Völkerwanderung.

1. Völkerverschiebungen in Europa bis 500.
2. Die Sitze der Deutschen am Ende der Völkerwanderung.

Von den drei großen Gruppen der Germanen, den Nord-, Ost- und Westgermanen, stehen die beiden ersten in engerer Verwandtschaft zueinander als zu den Westgermanen. Diese haben im allgemeinen die Prinzipatsverfassung, jene die Königsverfassung. Während die Ost- und Nordgermanen uns in der Geschichte von vornherein als größere Stämme entgetreten, haben sich solche bei den Westgermanen erst seit dem 3. Jahrhundert durch Zusammenschluß einzelner Völkerschaften entwickelt. Zu Beginn der Völkerwanderung finden wir in Westdeutschland, im Lande westlich der Elbe, folgende Stämme: die *Alamannen* (suebische Völkerschaften, Semnonen), die *Franken* (Sugambren, Ripuarier, Chatten), die *Sachsen* (Cherusker, Chauken, Engern) von der Saale bis zum Niederrhein, die *Seeachsen* und *Angeln*, die *Thüringer* = Hermunduren, die *Bayern* (Markomannen aus Böhmen) und als einzigen aus der frühgermanischen Zeit unveränderten Stamm die *Friesen*.

Wanderung
der Germanen

Im Verlauf der Völkerwanderung halten die Westgermanen ihre Wohnsitze fest, schieben nur ihre Grenze langsam nach Westen vor. „Sie legen den Grund zu einer deutschen Nation.“ Die Ostgermanen dagegen lösen sich ganz von ihrem Siedlungsboden. Die Stämme mit aller beweglichen Habe begeben sich auf die Wanderschaft, um sich bessere Wohnsitze zu suchen.

Von den Ostgermanen verlassen um 200 die Goten zuerst ihre Sitze an der Weichsel, in die sie aus ihrer Urheimat in Südkandinavien vor Jahrhunderten eingewandert waren. Sie wenden sich nach Osten und siedeln sich am Schwarzen Meer und an der unteren Donau an. Hier erst trennen sie sich in Ost- und Westgoten. Allmählich wird das ganze Land zwischen Weichsel und der Elbe-Saale-Linie von den germanischen Stämmen geräumt. Unter Umgehung des westgermanischen Siedlungsgebietes in der norddeutschen Tiefebene nehmen die Semnonen, Vandalen, Langobarden, Sueben und Burgunder ihren Weg über das Fichtelgebirge und Oberdeutschland oder über den Jablunka-Paß in den Beskiden (vgl. den Zug der Kimbern und Teutonen, Teil I, Blatt XVII). Pannonien wird für viele Völkerstämme das Sammel- und Staubecken, von dem aus sie sich in das römische Reich ergießen.

In das verlassene Land zwischen Elbe und Weichsel rücken nun um 600 slavische Stämme ein, während das bisher keltisch-römische Süddeutschland von den Germanen Norddeutschlands besetzt wird.

Westbewegung
der Slaven

Der mongolische Stamm der Hunnen, der um 375 n. Chr. aus der turanischen Steppe Asiens durch das Völkertor der Raspischen Senke und das südrussische Flachland an der Waldsteppengrenze entlang nach Mitteleuropa hin vorstößt, hat also die germanische Völkerwanderung nicht erst verursacht, wohl aber hat er die germanische Ostbewegung abgelenkt und gleichfalls auf das römische Reich hin abgelenkt.

Südbewegung
der Germanen

Die Hunnen überrennen die Alanen und Ostgoten und stoßen dann auf die Westgoten. Diese weichen aber aus und gehen über die Donau; sie suchen und finden im römischen Reiche Wohnsitze. In dieser Zeit nehmen die Westgoten auch das Christentum an (Bibelübersetzung ihres Bischofs Ulfilas [Codex argenteus] in Upsala). Übergriffe der römischen Beamten treiben sie aber bald zum Kampfe. Nach ihrem Sieg bei Adrianopel 378 finden sie durch die Anweisung neuer Wohnplätze an der Donau, in Mösien und in Thracien für einige Jahre Ruhe.

Hier wie auch sonst treten die Germanen nicht als Eroberer im römischen Reiche auf. Sie beabsichtigen nicht, die Römerherrschaft zu stürzen, sondern wollen sich nur neue Wohnplätze und bessere Lebensbedingungen schaffen; sie sind bereit zum römischen Kriegsdienst, aber auch entschlossen, sich als Volk nicht aufzugeben.

Dem jüngeren, lebenskräftigen Ostrom gelingt es, die germanischen Eindringlinge abzuschieben, über Westrom dagegen ergießen sie sich in immer neuen Völkerwellen und sprengen endlich 476 n. Chr. das Reich.

Westbewegung
der Germanen

Die Westgoten sind in Gefahr, da sie auf dem Boden der römischen Grundbesitzer als Grenzwächter inmitten einer stammfremden und höher kultivierten Bevölkerung angesiedelt sind, als Volk allmählich den inneren Zusammenhang zu verlieren und aufgesogen zu werden. Da rüttelt sie ihr junger Führer und König Marich auf. Nach kühnen Raubzügen bis in den Peloponnes hinunter führt er sein Volk 401 gegen Italien. Der Reichsverweser Stilicho im weströmischen Reiche, ein Vandal von Geburt, holt zu ihrer Abwehr die römischen Truppen vom Rhein und aus Britannien herbei. In der Tat gelingt es ihm, Italien zu schützen. Doch nach seinem Tode rückt Marich zum zweiten Male in Italien ein. 410 fällt Rom der gotischen Plünderung anheim, aber noch in demselben Jahre findet Marich in Unteritalien seinen Tod, als er im Begriff steht, nach Afrika, der Kornkammer Italiens, überzusetzen. Sein Schwager Athaulf führt jetzt die Goten nach Gallien, 410 sogar über die Pyrenäen nach Spanien. Im Einverständnis mit den Römern ersteht in Südgallien und Spanien das Reich der Westgoten.

Kurz vor ihnen waren schon andere germanische Stämme nach Gallien gekommen, auch 409 nach Spanien hinübergewandert, Vandalen (vgl. Andalusien), die Alanen (vgl. Katalonien = Got-Alanen) und die Sueben. Während die Vandalen unter ihrem kriegstüchtigen König Geiserich 429 nach Afrika hinübergehen und hier eine gefürchtete Seeherrschaft aufrichten, gehen die Alanen und Sueben allmählich im Westgotenreiche auf.

Die Westgermanen erweitern in dieser Zeit ihr Siedlungsgebiet nach Westen. Die Burgunder haben auf dem linken Rheinufer um Worms mit ihrem König Gunther (vgl. die Nibelungen Sage) ein Reich gegründet. Auch die Franken schieben sich im 5. Jahrhundert über den Rhein vor. Die Sachsen, Angeln und Jüten landen in Britannien und verdrängen die Kelten nach dem Südwesten der Insel.

Der Hunnenzug
durch Europa

Um 500 werden die Hunnen unter dem wilden Attila noch einmal „der Schrecken aller Länder“. Die Ostgoten, Langobarden und Gepiden müssen ihre Herrschaft anerkennen. Auch nach Westen dringen sie vor.

Die Burgunder erliegen ihnen (437) und finden im Rhonegebiet neue Wohnsitze. Erst dem Bündnis von Römern, Westgoten, Burgundern und Franken gelingt es, Attila auf den katalaunischen Gefilden in der Nähe von Troyes aufzuhalten und zum Rückzug zu veranlassen (451). Mit dem Tode Attilas (453) zerfällt das Hunnenreich. Die bis dahin abhängigen germanischen Stämme werden frei. Das Volk der Hunnen verschwindet aus der Geschichte.

Im römischen Reiche haben Germanen als Söldner, Offiziere und Staatsmänner seit langer Zeit ausschlaggebenden Einfluß. Die germanischen Söldnerheere bestimmen die römischen Kaiser. Sie rufen, als der Kaiser Romulus Augustulus ihre Landforderungen ablehnt, im Jahre 476 den Rugier Odoaker (Odoakar) zum König von Italien aus. Nicht als König eines bestimmten germanischen Volkes, sondern als der erwählte König der germanischen Krieger im römischen Heere wird er der Herrscher Italiens. Ravenna ist die neue Hauptstadt. Das weströmische Reich hat damit sein Ende gefunden.

Germanen - die Herren in Italien

Um Odoaker aus Italien zu verdrängen, rückt auf Betreiben Ostroths Theoderich mit seinen Ostgoten ein. Nach erbitterter Gegenwehr erliegt Odoaker in der Rabenschlacht. Seit 493 regiert Theoderich, der Dietrich von Bern der deutschen Sage, als mächtigster aller Germanenkönige, nicht mehr im Auftrage des oströmischen Kaisers, sondern als selbständiger Herrscher Italiens.

IV. Werden und Vergehen germanischer Staaten. Der Siegeszug des Islams.

1. Erste Staatenbildungen (nach 476). Größte Ausdehnung des Westgotenreiches.
2. Das Staatenbild um 526. Machthöhe der Ostgoten.
3. Die Kräfteverteilung nach 568. Träger der Entwicklung: Franken, Langobarden und Ostrom.
4. Untergang der germanischen Völker auf römischem Reichsboden. Das Frankenreich und der Islam 751.

1. Der Sieg der Germanen über ein kulturell so viel höherstehendes, an Bevölkerungszahl und Hilfsmitteln so weit überlegenes Volk ist nur durch die starke innere Auflösung und Zerfetzung des römischen Staates möglich gewesen (vgl. S. I S. 45). Zu einer staatlichen Erneuerung konnte es nur kommen, wenn der Staat auf neue Grundlagen gestellt wurde. Die Germanen sind es, die auf dem römischen Boden neue Staaten gründen, deren Wesen und Inhalt germanisch bleibt.

An Stelle des römischen Universalreiches treten nun im westlichen Mittelmeergebiet germanische Nationalreiche. Das ursprünglich staatsbildende Element, das Volk als einheitliche, staatliche Grundlage, kommt jetzt wieder zur Geltung und bleibt von jetzt an maßgebend.

Die germanischen Volksstaaten

Die germanische Grundlage westeuropäischer Staatsbildungen wird deshalb leicht übersehen, weil die Germanen ihre Sprache zumeist aufgeben. Es behauptet sich hingegen das germanische Königtum. Auch die mittelalterlichen Hofämter sind germanischen Ursprungs. An Stelle

des antiken Stadtstaates tritt mit den Germanen der Flächenstaat. Die Germanen kennen zunächst kein Städtewesen; sie wohnen auf dem Lande. Ihr Staat baut sich auf der Gauverfassung auf. Unter dem Absolutismus der römischen Kaiser hat die Bevölkerung gar keinen Anteil am Staatsleben gehabt. Das germanische Königtum ist dagegen an die Mitwirkung des Volkes gebunden. Alle Freien haben Anteil an der Staatsgewalt und fühlen sich darum mitverantwortlich. Diese Merkmale der germanischen Staatsverfassung, Königtum und Volksvertretung, bleiben dem mittelalterlichen Staatsleben eigentümlich. Bei den Germanen ist jeder Freie heerbannpflichtig. Die Römer hatten dagegen längst nur Söldnerheere. Die Germanen behalten ihre klare, ständische Gliederung; sie zerfallen in Adlige, Freie, Freigelassene und Unfreie. Bei den Römern der späteren Zeit waren diese ständischen Unterschiede verwischt und verschwunden. Die Germanen leben auch auf römischem Boden weiter nach ihrem eigenen Recht, nicht nach römischem. In der äußeren Lebensführung dagegen, in Technik und Handwerk haben die Germanen von den Römern viel gelernt.

Das Geisteserbe
der Antike

Wenn so Staat und Gesellschaft auf neue Grundlagen gestellt werden, so überliefert das Altertum dem Mittelalter als unmittelbare Erbgüter: die lateinische und griechische Sprache und die christliche Religion.

Die römische Kirche vermittelt diese Güter; sie ist es auch, die den universalen Staatsgedanken weitervertritt. Während sie im römischen Staat nur Dienerin des Staates ist, stellt sie sich jetzt neben ihn, ja, bald versucht sie, sich über ihn zu stellen (vgl. Augustins Gottesstaat).

Die Germanen
und die Kirche

Ihre politische Bedeutung wächst damit. Die Ostgermanen, die das Christentum in der Form des Arianismus übernahmen, stehen anfangs freilich im Gegensatz zur römisch-katholischen Kirche. Nach und nach treten sie aber zum Katholizismus über. Nur die Vandalen und Ostgoten sind Arianer geblieben. Der Frankenkönig Chlodwig dagegen nimmt gleich das katholische Bekenntnis an. Somit eröffnet sich der Kirche — aus wohlverstandener Interesse Bundesgenossin und willfährige Helferin der Staatsgewalt — die Möglichkeit, politischen Einfluß zu gewinnen. Gleiches religiöses Bekenntnis ist aber eine Vorbedingung für allmähliche Verschmelzung verschiedenen Volkstums. In Westeuropa führte es das germanische Herrenvolk mit der unterworfenen Bevölkerung zusammen. Auf dieser Rassenmischung beruht das Romanentum. Die gleichen wirtschaftlichen Interessen der germanischen und römischen Großgrundbesitzer trugen des weiteren dazu bei, die beiden Völker miteinander zu verbinden.

Die Romanen
eine Mischrasse

Aufstieg und
Niedergang der
Germanenreiche

Unter den neuentstandenen Reichen im Westen reicht das Westgotenreich von der Loire und der gallischen Südküste bis Spanien. Aquitanien ist das Kernland, Toulouse die Hauptstadt. Die vor ihnen nach Spanien eingedrungenen Germanenstämme verlieren dagegen allmählich ihre Selbständigkeit, zuletzt die Sueben (585). Die im Gebirge siedelnden iberischen Kantabrer und Vastonen behaupten sich gegen die Germanen. Ende des 6. Jahrhunderts treten die Westgoten zum katholischen Glauben über und verschmelzen mit den romanisierten Keltiberern.

Nach dem Untergang des weströmischen Reiches hält sich in Gallien der Statthalter Syagrius noch 10 Jahre, bis er den vordringenden Franken erliegt (486), die dann auch die Westgoten vom gallischen Boden vertreiben. Das Westgotenreich muß sich auf Spanien beschränken, Toledo ist seine neue Hauptstadt. Es wird im Anfang des 8. Jahrhunderts vom Islam überrannt.

2. Das Ostgotenreich hat in Italien nur eine kurze Blütezeit erlebt. Theoderich (493—526) verfolgt weitblickend große Pläne, er will Goten und Römer verschmelzen und alle germanischen Staaten im römischen Reiche zu einem Bunde zusammenschließen. An dem religiösen Gegensatz zwischen Römern und seinen Goten und der Uneinigkeit der germanischen Völker scheitert er aber. Er weiß geschickt einen Konflikt mit Ostrom zu vermeiden.

3. Nach seinem Tode greift aber das unter Justinian wieder erstarkende Ostrom auch nach Italien über. Denn Ostrom fühlt sich als Erbe Westroms und sucht im westlichen Mittelmeerbecken Fuß zu fassen. Es vernichtet das Vandalenreich (534), besetzt Südspanien und bereitet den Ostgoten 553 in Italien den Untergang. So wird Italien oströmische Provinz, bis die Langobarden, aus der Theißebene von den Avaren verdrängt, in Italien einbrechen und hier ein neues Germanenreich, das letzte auf italienischem Boden, begründen (568 bis 774). Es geht schließlich in dem Frankenreiche Karls des Großen auf, der sich zum Herrscher des Abendlandes macht.

So haben die Germanenstämme den alten römischen Reichsboden besetzt, aber alle auf ihm begründeten Staaten haben nur kurzen Bestand. Weil die Germanen mit der Heimat auch ihren natürlichen Nährboden aufgeben, keinen Nachschub aus dem Mutterlande bekommen, und im südlichen Klima allmählich der Entartung anheimfallen, können sie auf die Dauer inmitten der unterworfenen Bevölkerung, die ihnen zahlenmäßig und kulturell so sehr überlegen ist, ihre Herrenstellung nicht behaupten. Sie bedeuten für das Volkstum in Italien, Frankreich und Spanien wohl eine sehr wertvolle Blutauffrischung, als eigenes Volk aber gehen sie unter. Nur in Oberitalien und Nordostspanien (Katalonien) hat sich der germanische Schlag erhalten. Die äußere Erscheinung, die Tatkraft und Ausdauer der Menschen hier verraten die germanische Blutmischung.

4. Auch auf dem Balkan haben sich seit dem 6. Jahrhundert mit der Einwanderung slavischer und mongolischer Völker wichtige Völkerverschiebungen vollzogen (vgl. Teil I, Blatt XXIV, Text S. 46). Aber noch hält der oströmische Staatsverband. Bedrohlicher hingegen wird für Ostrom die Islambewegung. Auf weströmischem Gebiet hatten die Araber das Westgotenreich 711 vernichtet, in ihrem weiteren Vordringen nach Gallien aber werden sie durch die Schlacht bei Tours und Poitiers (732) aufgehalten und hinter die Pyrenäen zurückgeworfen. Ostrom büßt beim Ansturm des Islams seine afrikanischen und asiatischen Besitzungen bis auf Kleinasien ein. Das Taurusgebirge wird aber eine gesicherte Grenze gegen das Kalifenreich.

Die Lehre Mohammeds ist eine aus der Seele der arabischen Wüsten- und Steppenbewohner geborene monotheistische Religion. Islam bedeutet gläubige

Voltskraft
und Umwelt

Ostrom

Der Islam

Hingebung an die Offenbarung. Araber sind die Träger der Islambewegung. Arabien mit seinen Wüsten und Steppen und vereinzelt Oasen ist ihre Heimat. Die unheimliche Einförmigkeit der Landschaft mit ihrem überwältigenden Eindruck zwingt den Menschen zur Besinnlichkeit, Beschaulichkeit und inneren Einkehr. Der ewig klare, blaue Himmel, die Sternenwelt führt empor zur Höhe. In steter unwandelbarer Regelmäßigkeit ziehen die Gestirne ihre Bahn. Ohnmächtig ist der Mensch gegenüber der Natur. Eine Allmacht regiert die Welt. Darum entsteht hier der Glaube an einen obersten, allgewaltigen Gott, der auch das Schicksal des einzelnen genau zuvor bestimmt. Dieser Glaube gibt dem Leben seinen Wert und Sinn. Völlige Hingebung an ihn, und mehr noch Kampf für ihn sichert die Freuden des Paradieses nach dem Tode.

In dem Religionsbekenntnis der Lehre Mohammeds finden die Beduinenstämme der Arabischen Wüste ihre nationale Einigung. Der Glaube an die Schicksalsvorherbestimmung macht den Ansturm der Araber unwiderstehlich. Schrecken und Vernichtung liegt auf dem Wege der einbrechenden Steppenvölker. Die Sicherheit des Nomaden beruht lediglich auf seiner Tapferkeit, da die flache, baumlose Steppe jeden natürlichen Schutz versagt. Wo ihm ein Gegner begegnet, gilt es seine rücksichtslose Vernichtung, wenn er das gleiche Schicksal im Fall einer Niederlage von sich abwenden will. Den Weg zur Verbreitung des Islams öffnen die nach allen Seiten an Arabien anschließenden Steppengebiete, die den Arabern ihre gewohnte Beweglichkeit, Lebens- und Kampfweise gestatten. Hier an den äußersten Enden des römischen Reiches hatte auch die christliche Lehre und Kirche nicht die Macht und Festigkeit, wie in den übrigen Reichsgebieten. So werden die Araber Gründer eines Weltreiches und einer Weltreligion. Sie bezwingen in kurzer Zeit Syrien, Mesopotamien, Persien, Turan, Teile Indiens, ferner Ägypten, die ganze Nordküste Afrikas und schließlich auch die iberische Halbinsel.

Die arabische Welt

So ist das Gebiet des vorderasiatischen Zwischenerdteils mit Ägypten wieder in einem Staate vereinigt worden, der nach Osten und Westen auch die Nachbargebiete sich angliedert. Die Beherrschung des Mittelmeeres trägt wesentlich dazu bei, dieses langgestreckte Reich zusammenzuhalten. Das gesamte Gebiet wird auch kulturell geeinigt durch die allgemeine Verbreitung der arabischen Sprache, durch ihre Religion, Wissenschaft (Medizin, Mathematik, Geographie, Naturwissenschaft, Philosophie) und Kunst (Baukunst, Literatur). Seine wichtigsten Mittelpunkte sind Bagdad, Damaskus, Mekka und Kairo. In diesem einheitlich organisierten Gebiete kann auch der Handel ungestört und ungehindert sich entwickeln und die Erzeugnisse der Industrie (Keramik, Weberei, Waffenschmiedekunst, Glasindustrie, Elfenbeinschnitzerei) austauschen.

Die natürliche
Raumkraft des
Mittelmeeres

Das Mittelmeer war in frühgeschichtlicher Zeit bisweilen eine Schranke für den Verkehr, eine Schutzwehr für die angrenzenden Länder. In der Zeit der kretisch-mykenischen Kultur ist es aber als bequemer Verkehrsweg zuerst entdeckt und in dieser Bedeutung für die Phöniker, Karthager und Griechen gleich wichtig und Grundlage ihrer Machtentwicklung. Wenn das Mittelmeer nach der üblichen geographischen Einteilung auch Erdteile voneinander scheidet, so hat es doch als Binnenmeer immer seine Raumbedeutung gehabt. Nicht das Mittelmeer bildete für die antik-christlich-europäische Kultur die Südgrenze, sondern die Sahara

bot ihr Halt. Mit dem inneren Verfall des Reiches verlor Rom auch an Seemachtgeltung. Um so leichter wird es daher den Arabern, ihre eigene Macht aufzurichten. Da aber der Islam nur die Südhälfte des Mittelmeergebietes beherrscht, wird jetzt das Mittelmeer für lange Zeit die Scheide zwischen Europa und der Welt des Islams in Afrika und Asien. Um Kreta, Sizilien und Italien, das Mittelmeerbecken, wird oft gekämpft und gerungen. Aber die Staaten an der nördlichen Mittelmeerküste verfügen über keine eigentliche Seemacht. Erst im 11. Jahrhundert treten aufstrebende Seestädte, wie Genua, Pisa und Venedig, mit Erfolg in den Wettbewerb um die Seegelung im Mittelmeer ein.

Die Aufspaltung
der arabischen Welt

Das Aufkommen dieser Handelsstädte wird durch die im 8. Jahrhundert beginnende Spaltung des arabischen Weltreiches begünstigt. Das immer wieder beobachtete Schicksal zu weit ausgedehnter Weltreiche tritt auch hier ein. Dynastische, nationale und religiöse Streitigkeiten führen zu einer Spaltung. Die persischen Abassiden (Vertreter der sunnitischen Lehre) erheben sich 750 zur Herrschaft über das altarabische Kalifengeschlecht der Omayyaden. An Stelle von Damaskus wird Bagdad in günstiger Verkehrslage ihre Hauptstadt. In Spanien entsteht 756 das Kalifat von Kordoba. Ein drittes Reich löst sich in Ägypten im 10. Jahrhundert unter den Fatimiden los und sucht seine Macht über das angrenzende Küstenland Nordafrikas und über Syrien auszudehnen (969 bis 1171).

Die drei Groß-
mächte des frühen
Mittelalters

Um die Mitte des 8. Jahrhunderts bestehen drei Machtstaaten nebeneinander: das oströmisch-byzantinische, das fränkische und das Kalifenreich.

Italien liegt an der Grenze dieser Machtbereiche. Seine Mittellage hatte dem römischen Bauernstaat zur höchsten Machtentfaltung verholfen. Die Gunst der Lage vermochte aber nicht, den inneren Kräfteverfall auszugleichen. Als es nach dem Untergang des weströmischen Reiches jeder eigenen Macht beraubt ist, müssen die Kämpfe der neuen Machtbildungen für Italien um so verhängnisvoller und folgenschwerer sein. Es ist ein Spielball in den Kämpfen zwischen Goten, Langobarden, Vandalen, Sarazenen, Byzantinern und (seit 774) Franken. Eine einheitliche staatliche Entwicklung ist damit ausgeschlossen. Die Mannigfaltigkeit der Bodengestaltung in dem Wechsel von Hochland und Tiefland begünstigt das politische Auseinanderstreben.

Die Kirche als
Trägerin des Welt-
reichsgedankens

Rom bleibt aber als Mittelpunkt der römisch-katholischen Kirche eine geistige Macht und als Träger des römischen Weltreichsgedanken auch ein mächtiger Faktor von politischer Bedeutung.

V. Die Normannen (Wikinger).

Normannenzüge und Staatengründungen 800—1200.

In die Kämpfe um die Herrschaft in Italien und im Mittelmeer greift im 9. und nachhaltiger im 10. Jahrhundert ein germanisches Seevolk ein: die **N o r m a n n e n**. Ihre kühnen Fahrten sind eine Fortsetzung der großen germanischen Völkerwanderung. Auf die Normannen geht auch die Begründung des russischen Reiches zurück. Der geschichtliche Schauplatz des Mittelalters erweitert sich also durch sie auf den germanischen Norden (Skandinavien) und den europäischen Osten (Rußland).

2

Braun-Ziegfeld: Geopolitischer Geschichtsatlas, Mittelalter.

Die erste Entdeckung
Amerikas

Nordische
Binnenreiche

Germanische
Grundlegung
russischer Staats-
entwicklung

Mangel an Siedlungsgebiet und Ernährungsmöglichkeit treibt die verwegenen, seekundigen Wikinger aus der Heimat über das Meer. Königsöhne oder seetüchtige, wagemutige Adlige suchen mit ihren Gefolgsleuten Beute und Siedlungsland. Sie landen auf den britischen Inseln, sie plündern seit Ludwig dem Frommen die Küsten des Frankreiches, dringen von den Flußmündungen bis tief ins Land vor und gefährden den Bestand des Reiches. Im 9. Jahrhundert kommen sie sogar bis Island und Grönland und entdecken um das Jahr 1000 Amerika. Im Jahre 911 überläßt der westfränkische König ihnen die Normandie.

Die Nordsee übt als Binnenmeer eine bindende, zusammenschließende Kraft auf die Randländer. Knut der Große vereinigt sie alle, Dänemark, Norwegen, England, zu einem Nordseereich 1016—35. Im Jahre 1066 knüpft aber die Normanneneroberung die neue Verbindung Englands mit dem normannischen Besitz in Frankreich und bereitet den jahrhundertelangen Kampf zwischen England und Frankreich vor.

Die Ostsee, die sich sehr viel leichter befahren ließ, beherrschen die Normannen ganz und gar. Wie schon zur jüngeren Steinzeit und zur Eiszeit bildet die der Südspitze Schwedens gegenüberliegende Weichselmündung auch jetzt wieder ein bevorzugtes Einbruchgebiet. Auf ihren Handels- und Kriegsfahrten suchen die Wikinger zwar auch die Küsten Pommerns und Preußens heim, ja sie errichten eine ganze Reihe von Stützpunkten (Jonsburg an der Odermündung) und Schiffahrtsstationen (Rixhöft, Heisterneß, Hela, Oxhöft), viel mehr zieht sie aber der mächtige Weichselstrom an, da man von hier eher als irgendwo sonst in das Landesinnere eindringen kann. Bodenfunde und Ortsnamen in den Gebieten von Mewe, Gnesen, Krakau und Lemberg deuten auf Wikingersiedlungen hin. Die Küstengebiete aber kommen mit der Zeit ganz unter nordischen Einfluß. So ist für Mecklenburg und Vorpommern und auch für das Samland eine dänische Herrschaft bezeugt. Die neuerdings geäußerte Vermutung, daß sogar die Entstehung des polnischen Staates auf normannische Einwirkungen zurückginge, gewinnt an Wahrscheinlichkeit, und die Begründung des russischen Staates durch Normannen könnte diese Annahme stützen.

Die Normannen sind von den nordöstlichen Küsten über die Ostsee durch die Newa und Düna ins Gebiet der oberen Wolga und des Dnjepr gelangt. Im Waldgebiet um Nowgorod und Kostow (nordöstlich von Moskau) begründet der Normanne Rurik im Jahre 862 mit zwei Brüdern das russische Reich. 882 wird Kiew Sitz und Mittelpunkt der Regierung. Die Wasserstraße Dnjepr—Schwarzes Meer vermittelt rege Beziehungen zwischen dem warägischen Reich von Kiew und Konstantinopel. Von hier findet das Christentum (um 1000) in der griechisch-katholischen (orthodoxen) Form und der Cäsaropapismus Eingang nach dem Osten Europas. Staat und Kirche Rußlands bilden seitdem eine feste Einheit.

Die geographische Lage der verschiedenen nordischen Länder bestimmt wesentlich die Richtung, die sie bei diesen Unternehmungen einschlagen (s. Karte). Es fehlt der skandinavischen Halbinsel die starke Mitte, die eine einheitliche Staatsentwicklung ermöglicht hätte. Seit dem 10. Jahrhundert scheiden sich die Stämme der Norweger, Dänen und Schweden von-

einander. Man beachte ihren im Vergleich zur Gegenwart wesentlich verschiedenen Gebietsumfang.

Die Normannen leiten auch die Kreuzzüge ein. In Portugal und im Mittelmeer werden sie Vorkämpfer des Christentums gegen den Islam. Sie stürzen die Sarazenenherrschaft in Unteritalien und auf Sizilien, und errichten im 11. Jhrh. ein eigenes Reich, das mit der Erbin Konstanze (Ende des 12. Jahrhunderts) an die Staufer übergeht. Über Konstantinopel hinaus kommen die Normannen bis ins Schwarze und Kaspische Meer; im Norden umfahren sie die skandinavische Halbinsel bis ins nördliche Eismeer. So umfassen sie mit ihren Fahrten und Unternehmungen ganz Europa.

Normannenreiche
im Mittelmeer

VI. Völkerverteilung in Europa nach Ausklingen der Völkerwanderung.

Die Völker Europas um 900 n. Chr.

Etwa um 900 ist die Völkerbewegung in Europa zum Stillstand gekommen. Politische, d. h. staatliche Neubildungen sind aus dem verjüngten Völkerboden Europas entstanden.

Die Angeln und Sachsen haben bald die Herrschaft über ganz England bis zum Hochland von Schottland gewonnen. Nach einer Zeit der Kleinstaaterei folgt die politische Einigung von Wessex aus durch Alfred den Großen (871—901). Die westfälische Mundart wird angelsächsische Schriftsprache.

Die Angelsachsen

Im 10. Jahrhundert gewinnen die Dänen die Herrschaft. Knut der Große gründet ein Nordseereich 1016—35, das nach seinem Tode aber verfällt. 1066 erobern die Normannen unter Wilhelm dem Eroberer England und verknüpfen auf Jahrhunderte die Politik und Geschichte Englands mit der Frankreichs. Aus der Vermischung der französischen Normannen mit den Angelsachsen erwächst die englische Nation.

Die keltischen Briten werden zurückgedrängt, sie halten sich in Cornwall und Wales, viele wandern nach der keltischen Bretagne aus. Kelten wohnen auch in Irland und Schottland. Der Name der Kelten Irlands, der Skoten, ist in Schottland erhalten.

Die in der Römerzeit begründete irisch-britische Kirche bringt den Angelsachsen das Christentum; seit dem Papst Gregor setzt im Jahre 596 die katholische Missionstätigkeit ein. Auch Schottland und Wales werden bis Ende des 7. Jahrhunderts dem Katholizismus gewonnen. Staat und Kirche sind seit dieser Zeit eng miteinander verbunden. Dieser Erfolg der Kirche stärkt die universale Stellung des Papsttums.

Die Romanen

Die romanischen Völker Galliens, Spaniens und Italiens sind rassenmäßig Neubildungen der Völkerwanderungszeit, die aus der Verschmelzung der germanischen Eroberer mit der eingefessenen Bevölkerung hervorgingen.

Die Germanen

Das geschlossene Siedlungsgebiet der Germanen hat sich nach Westen verschoben, ist im Osten aber bis zur Saale-Elbe-Linie zurückgegangen.

Die Slaven

Die verlassenen Germanensitze zwischen Saale-Elbe und Weichsel haben Slaven eingenommen. Sie haben sich auch auf dem Balkan festgesetzt (vgl. S. 8 ff.).

Die baltischen
Völker

In Verbindung mit der West- und Nordbewegung der Slaven schieben sich seit dem 6. Jahrhundert die baltischen Völker (Litauer, Letten, Altpreußen, Sudauer, Jatvinger, Kuren, Zangalen und Selen) aus ihrer Urheimat in den Landen um Minsk, Mohilew, Smolensk vor. Sie verbreiten sich west- und nordwestwärts und füllen den Raum, der von der unteren Weichsel, von der Ostseeküste, der Memel und dem Bug im Süden begrenzt wird. Im Osten verläuft ihre Siedlung im Bialowiczer Urwald und dem Wilnaer Gebiet (die Weißrussen sind zum großen Teil russischsprechende Litauer). Die Altpreußen, die sich zwischen Weichsel und Memel (Grodno) verbreiteten, nehmen später ihre Südgrenze vor den andringenden Polen bis an die ostpreussische Wildnisgrenze zurück. Im Norden drängen die Balten die finnische Bevölkerung (Liven) zurück.

Mongolisch-
türkische Völker

Ein Riegel mongolisch-türkischer Völker schiebt sich vom Kaspiischen Meer durch Südrussland bis zur Theißebene vor: Petschenegen an der unteren Wolga, die Chazaren nördlich vom Schwarzen Meer, die Awaren in der ungarischen Tiefebene und die um 900 n. Chr. durch die südrussische Steppe vorrückenden finnisch-ugrischen Magyaren.

Durch sie werden die Nord- und Südslaven voneinander geschieden. Auch nach ihrem religiösen Bekenntnis zerfallen sie in zwei Gruppen. Die Böhmen, Mähren, Polen und Kroaten werden römisch-katholische Christen; die Serben, Bulgaren, Russen haben das griechisch-katholische Bekenntnis. Von den Südslaven bilden die Slovenen bis 900 n. Chr. die Brücke zu den Slowaken und Mähren. Sie sind in der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts nach Krain, dem Küstenland, Kärnten und Steiermark eingewandert. Der Magyarenvorstoß sprengt dann aber diese Verbindung (um 900 n. Chr.).

Die Südslaven

Die Slovenen haben keinen eigenen Staat gebildet, stehen vielmehr bis 750 n. Chr. unter avarischer, bis 896 n. Chr. unter fränkischer, dann zeitweilig unter kroatischer Herrschaft; seit dem 10. Jahrhundert gehören sie mit dem Herzogtum Kärnten zum deutschen Reich.

Die Kroaten sind um 630 vom Norden her nach Pannonien und nach dem Karstgebiet eingewandert und bis zur Adria vorgedrungen.

Sie bilden zunächst drei Staaten, die aber im 8. Jahrhundert verfallen. Von Dalmatien und Hochkroatien geht die Entstehung eines neuen Reiches aus. Es hat sich gegen das Vordringen der Bulgaren und Magyaren zu wehren. Durch die Annahme des römisch-katholischen Bekenntnisses gewinnt es Rückhalt an Rom. Seit 1090 muß es die ungarische Oberhoheit anerkennen.

Die Serben sind etwas später als die Kroaten in ihre Sitze am Ibar und Lim eingewandert und bleiben politisch bis zum 10. Jahrhundert bedeutungslos.

Der Grund dafür liegt in ihrer schwierigen zentralen Lage und dem Mangel an ausgedehnten Kulturlandflächen. Sie werden eine Beute des Bulgarischen Großreiches. In der Zeit des Verfalls byzantinischer und bulgarischer Macht gelingt es Rastislaw (mit dem kirchlichen Namen Sava), den Grund für die Machtentwicklung der serbischen Nation zu legen. Orthodoxe Kirche und Serbentum schließen einen festen Bund. Unter Stephan Duschan (1331–53) erreicht der serbische Staat seine

größte Ausdehnung und Machthöhe: Makedonien, Thessalien, Albanien und Epirus sind ihm untertan, bis die Niederlage auf dem Amselfelde 1389 ihn den Osmanen unterwirft.

Die **Bulgaren**, ein türkisches Reitervolk, Nachkommen der Hunnen, brechen 679 n. Chr. in Mösien ein und unterwerfen die romanisch-walachische und slavische Bevölkerung des Landes, werden selbst aber bald slavisiert. Ihr Name umfaßt seit dem 9. Jahrhundert alle Stämme des östlichen Balkans. In der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts nehmen sie das orthodoxe Bekenntnis an. Sie dringen weit nach Süden vor und verbreiten sich über Griechenland bis in den Peloponnes.

Die Bulgaren

Im 9. Jahrhundert entsteht das erste bulgarische Großreich, den Höhepunkt erreicht es unter dem „Zaren“ Simeon (893—927). Mittelpunkt ist die Dobrudscha. Es umfaßt Nordthracien bis zum Rhodope-Gebirge, Makedonien, Thessalien, Albanien, Altserbien, Walachei und Siebenbürgen. Nach einer Zeit des Niederganges und der Anerkennung byzantinischer Oberhoheit (seit 1018) entwickelt sich Ende des 12. bis zum 14. Jahrhundert das zweite bulgarische Großreich, an dessen Bildung die Wlachen (Bergromanen, Rumänen, vgl. I S. 47) einen großen Anteil haben. Es hat nach Süden die gleiche Ausdehnung, im Norden reicht es nur bis zur Donau. Mittelpunkt ist jetzt der mittlere Balkan, Tirnowo die Hauptstadt.

Die Westslaven

Mitte des 9. Jahrhunderts gründen die **Mähren** unter Swatopluk ein großes Reich, das auch Böhmen zeitweise umfaßt. Es verfällt bald. Im Jahre 906 kommt die Slowakei an Ungarn, der Rest wird nach mancherlei Wirren 1040 mit Böhmen vereinigt. In **Böhmen**, wo ursprünglich Kelten, dann die Markomannen saßen, haben sich die slavischen **Tschechen** angesiedelt. Prag wird in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts Zentrum des Przemyslidenreiches.

Die **Polen** bekommen im 10. Jahrhundert ein Reich zwischen Oder—Warthe—Weichsel. Die polnischen Piasten beherrschen um 1000 Ostpommern, Galizien, Schlesien, Mähren, Böhmen, kommen dann aber unter deutsche Lehnsherrschaft.

Die Elbflaven

Den Vortrupp der Slaven, die in das von den Germanen geräumte Land östlich der Elbe vordrangen, bildeten die Völkerschaften der Sorben, Daleminzier, Lusziter, Wilzen, Abodriten und **Wenden**. Der Name Wenden wird von den nichtslavischen Völkern des Ostens vielfach auch als allgemeine Bezeichnung für ihre slavischen Gegner gebraucht. Diese **Elbflaven** gingen bei der deutschen Rückbesiedlung im Deutschtum auf.

Die Stellung der **Albanier** und **Wlachen** (Rumänen) ist I S. 47 besprochen.

VII. Geographische Grundlagen des fränkischen Erobererreiches.

1. Das Rheinlandbecken — das Kerngebiet des Frankenreiches.
2. Der Ausbau der fränkischen Südostflanke: Bayern und die bayrische Volksausdehnung.
3. Der Ausbau der Nordostflanke: Die Eroberung der altfächsischen Kernlande.
4. und 5. Grenzschutzsystem Karls des Großen und der sächsischen Kaiser.

1. Entscheidend für die Beurteilung der geographischen Grundlagen deutscher Volkstums- und Staatsentwicklung ist die Mittellage inmitten

Europas und die Vereinigung großer landschaftlicher Gegenseite innerhalb des Siedlungsraumes.

Deutschland
das
Herzstück Europas

Als Herzstück im Kumpf Europas hat das deutsche Land eine hervorragende Verkehrslage, zumal die Ost- und Westgrenzen offen liegen. Daraus ergibt sich die wichtige wirtschaftliche und kulturelle Mittlerrolle. — In politischer und militärischer Hinsicht zwingt die Mittellage aber zu einer ständigen Kampfbereitschaft um den Lebensraum gegen die Nachbarn, denn zahlreich sind die Reibungsflächen, und groß ist die Gefahr allseitiger Umklammerung, die durch den Vorteil der inneren Linien doch nur zu einem ganz geringen Teil ausgeglichen wird. Das Lebensinteresse des deutschen Volkes verlangt daher eine starke Zusammenfassung seiner Kräfte.

Sprunghafter Wechsel, Verfolgung und Überspannung weiter abliegender Ziele haben sich in der deutschen Geschichte meist verhängnisvoll ausgewirkt. „Deutschland ist nur, wenn es stark ist“ (Razet).

Die deutsche
Staatsbildung
die erste des
Abendlandes

Früh, Jahrhunderte eher als Frankreich, ist das deutsche Volk zu staatlicher Einheit gelangt. Der zielbewußten, durchgreifenden Kraft Karls des Großen gebührt das größte Verdienst. Durch ihn sind alle deutschen Stämme in seinem Reiche vereint worden und das deutsche Reich der mächtigste Staat des Abendlandes geworden. Es behielt seine Geltung, solange die Zentralgewalt ihre Macht wahrte. Als aber die italienische Politik die Kaiser ihrer eigentlichen deutschen Aufgabe entzog, als die Kaiser im Kampf mit dem Papste immer mehr an Macht einbüßten und schließlich gänzlich unterlagen, da konnten der Sondergeist der Stämme und die fürstlichen Territorialgewalten sich der Zentralgewalt gegenüber siegreich durchsetzen.

Der deutsche Raum

Die Auflösung und Zersetzung des alten deutschen Reiches in Sondergewalten wird durch die große Gegensätzlichkeit im geographischen Aufbau des mitteleuropäischen Raumes wesentlich begünstigt. Er zerfällt in drei Zonen: Das Donau-Karpatenland, das germanische Tiefland oder norddeutsche Urstromland und die dazwischenliegende breite mitteldeutsche Schwelle, die Urwaldgebiete frühgeschichtlicher Zeit.

Von Preußen, dem Staat des norddeutschen Urstromlandes, und Österreich, dem Staate des Wiener Beckens an der Donau, geht nach dem Niedergang der alten deutschen Kaisermacht die staatliche Neubildung aus. Beide, Preußen und Oesterreich, sind auf deutschem Kolonialboden erwachsen, der, frei von den zersetzenden Kräften des mittelalterlichen Feudalwesens, straffere staatliche Einigung ermöglichte. — In der doppelten Abdachung Mitteleuropas, des germanischen Flachlandes nach Norden, des Donaulandes nach Südosten, liegt die geographische Begründung für die politische Zweiteilung. Aber die Wasserscheiden zwischen beiden Gebieten (Mährische Pforte, die niedrige Schwelle zwischen March—Elbe, Donau—Main, Rhein—Obere Donau) sind so niedrig und leicht gangbar, daß darin doch auch eine Zusammengehörigkeit, ein Auseinanderangewiesensein zum Ausdruck kommt.

Das Rheinbecken
das Kerngebiet des
Frankenreiches

Die Rheinsenkung stellt die nord-südliche Verbindung dar und wird damit zum Zentralgebiet der europäischen Halbinsel. Seine Bedeutung erwies sich schon gleich zu Beginn jungeneuropäischer Staatenbildungen.

Das fränkische Reich wurde nur dadurch ein glücklich gebauter Staatsorganismus, daß das Rheintal den Kern des Reiches bildete. Vom Rhein aus schoben sich die Franken langsam nach Westen vor, die salischen Franken vom Unterrhein bis nach den Niederlanden und Flandern. Erst der große Kohlenwald, von dem heute nur noch das Zonienwäldchen in der Nähe Brüssels erhalten ist, schützte die keltoromanischen Wallonen gegen das weitere Vordringen der Franken. So wurde die Nordgrenze des großen Kohlenwaldes Sprach- und Volkstumgrenze, die sich seit dem 5. Jahrhundert im wesentlichen unverändert erhalten hat. Der Bergwall des Pariser Beckens hemmte die weitere Überflutung Galliens. Die ripuarischen und chattischen Franken breiteten sich vom Mittelrhein bis zur Maas und an der Mosel über Trier hin aus. Nach Osten hin eroberten die Merovinger Thüringen und schufen sich damit eine wichtige Flankensicherung gegen Sachsen. Das Land nördlich der Unstrut überließen sie den Sachsen. Mit Bayern und der Ostmark gewann Karl der Große dann das Donauland. Durch die Eroberung Sachsens im norddeutschen Urstromlande endlich erreichte er die Elbe-Saale-Linie, die Grenze gegen die Slaven. Sachsen hatte für sich gleichzeitig seine besondere militärische Bedeutung als rechte Flügellandschaft zum Rheinlande.

2/3. Sachsen und Bayern waren somit für eine gesamtdeutsche Staats- und Kulturentwicklung gewonnen, von ihrer Ostgrenze aus ließ sich die wichtigste Kulturtat des Mittelalters in Angriff nehmen, die Rückgewinnung des ehemals germanischen Ostens und der Alpenländer.

4/5. Hervorragend war das System der Grenzsicherung, das Karl der Große entwickelte.

Als Vorland zum Schutze der eigentlichen Grenzlandschaft werden Marken angelegt. — Die Karte gibt den Fortschritt von der karolingischen Zeit bis auf die Zeit der sächsischen Kaiser. Voraussetzung für die Verteidigungsfähigkeit dieser Grenzmarken war die Gewinnung einer günstigen Verteidigungslinie. Sie mußte damals im wesentlichen darin bestehen, die Lücken zwischen den Grenzwildnissen durch Verteidigungsanlagen, wie sie der Limes der Römer vorgezeichnet hat, zu schließen.

„In der Ostmark der Donaulinie, der böhmischen Mark, der heutigen Oberpfalz, und in der sorbischen Mark haben wir derartige typische Bildungen vor uns. Dennoch blieb im Osten eine große Lücke, die erst vom 10. Jahrhundert an durch die kraftvolle Bewegung des Germanentums, gewissermaßen das Zurücktrollen der Volksstände in die von den nachrückenden Slaven besetzten Gebiete, gefüllt wurde. Es entstanden die Marken der Billunger, die Nordmark, die Mark Lausitz oder Ostmark, die Mark Merseburg, die Mark Zeitz und die den beiden zuletzt genannten wiederum vorgelagerte Mark Meißen. Wir haben es mit einer geographisch günstigen Grenzfürsorge zu tun. Die Peene, dann der Rand der hohen Lehmplatten gegen die niederen Sandflächen des Stettiner Hafftaulandes, der Rand des verumpften Randowtales und des Odertales, das Spreetal bei Fürstenwalde, das Urstromtal bei Müllrose, dann wieder der Oderrand bis Krossen und schließlich Bober und Queiß bildeten die Grenzlinie, die sich also der Eigenart und der Plastik des Bodens angleicht.

Dieser Markenbildung folgte im 11. Jahrhundert die Bauernsiedlung, die erst die Sicherung des Landes für die germanische Kultur brachte.“ (Anders.)

Neuere Forschungen haben gezeigt, daß ähnlich wie in der eben gekennzeichneten Grenzsicherung so auch in dem Verteidigungssystem der

Sachsen und
Bayern die
Brückenköpfe
nach Osten

Das System der
Grenzsicherung

natürliche
Wehrstellung

Sachsen, der hartnäckigsten Gegner Karls des Großen, die natürlichen Schutzmittel meisterhaft für Wehrzwecke ausgebaut sind, und daß ebenso Karl der Große nach Eroberung dieser Feste die natürlichen Gegebenheiten mit militärischem Scharfblick für sich ausgenutzt hat.

„Die Wesergebirgsfestung der Sachsen wird gebildet durch die langgestreckten Gebirge, welche die westfälische Ebene im Osten begrenzen, und welche man am besten mit dem gemeinsamen Namen Weserbergland bezeichnet; sie waren ganz besonders zum Rückhalt für eine Verteidigung gemacht. Sie laufen in zwei großen Ketten und umschließen dabei fruchtbares Land. So wurden die Parallelketten des Teutoburger Waldes auf der einen Seite, des Wiehengebirges und des Wesergebirges auf der andern Seite zur natürlichen Festung und Volksburg des Landes.

Um sie herum sind alle alten Sachsenkämpfe geschlagen worden, die Schlachten am Süntelgebirge, bei Detmold, an der Hase, bei Lippspringe, bei Lübbecke und gewiß noch manche andere. Alle diese Schlachten sind daher strategisch als Verteidigungskämpfe anzusehen; nur wenn die Sachsen im Angriff sind, entfernen sich die Schlachtfelder von der großen Volksburg. Die Schlachtfelder liegen dann naturgemäß am Rhein.

Die gleiche Trennung finden wir übrigens, wenn auch modifiziert, im Siebenjährigen Kriege; den Schlachten bei Minden und Hastenbeck steht hier gegenüber die Schlacht bei Krefeld. Auch die Entscheidung vor dem Frieden von St. Germain ist bei Minden gefallen. Es ist hier natürlich ein Unterschied zu machen; an Stelle des einst unzugänglichen Gebirges tritt im 18. Jahrhundert der schwierige Weserübergang.

Es kommt hinzu, daß sich mit der natürlichen Bergfestung zugleich ein ungemein wichtiger Flußabschnitt deckt, der der Weser; daß ferner wichtige natürliche Straßen diese natürliche Festung durchqueren. Sie ist als Volksburg und Straßenknoten, von einem wichtigen Fluß durchzogen, eine monumentale Erscheinung unserer früheren Geschichte; eine Erscheinung, die ihresgleichen nicht wiederfindet.

Der entscheidende Augenblick für den politischen Ausbau des Sachsenlandes wurde die Begründung der westfälischen Bistümer durch Karl den Großen im Jahre 803. Sie bedeutet im wesentlichen eine Zertrümmerung der sächsischen Machtstellung an der Weser und die Unterbindung jeder zukünftigen Machtentwicklung dort. Indem man das Gebiet zum Schauplatz der divergierenden Interessen der drei Bistümer Paderborn, Minden und Osnabrück machte, hat man es dauernd seiner Bedeutung entkleidet. Wir haben hier den gewaltigsten Eingriff, der je in die natürlichen Verhältnisse Deutschlands gemacht worden ist.

Nehmen wir die Westseite als die alte Frontseite der Weserfestung an, so findet sich die rechte Flanke im Nordwesten, da, wo sich das Wiehengebirge und der Teutoburger Wald verflachen und sich anschicken, in der Ebene oder, besser gesagt, im Sumpf zu verschwinden. An dieser Stelle ist zwischen den beiden nahe aneinander herangetretenen Höhenzügen ein natürliches Tor, eine natürliche Öffnung im Festungswall; denn hier fehlt eine Schmalseite; hier, wenn irgendwo, ist also der selbstverständliche Platz künstlicher Nachhilfe.

Und diese Stelle ist ohne Zweifel schon von den alten Sachsen in diesem Sinne verstanden worden. Eine Festung an dieser Stelle wirkt wie eine notwendige Klammer, wie eine Brücke zwischen den beiden äußersten Gebirgsbastionen, und wie der Teutoburger Wald in alter Zeit den Namen Osning führt, ein Name, der heute nur auf einen kleinen Teil des Gebirges beschränkt ist, so heißt das Bindeglied zwischen dem alten Süntel und dem Osning mit Recht Osnabrück.

Karl der Große gründete hier das Bistum Osnabrück aus rein militärischen Rücksichten. Der Punkt, der selbstverständlich schon früher Bedeutung hatte, bedurfte der sicheren Hut; einem Bistum in kirchlichem Sinne aber fehlte hier vorläufig jeder größere Wirkungskreis.

Nächst dieser nördlichen Flanke kommen in Betracht die großen Übergänge oder Durchlässe des Gebirges. Bei den Parallelzügen des Gebirges handelt es sich jedesmal um Doppelpässe. Das erste Pässepaar wird gebildet von der Porta Westfalika, in der die Weser die Ostkette durchbricht, und dem diesem Durchbruch in der Westkette entsprechenden Paß von Bielefeld. Dieser Durchgang durch die Festung wurde der wichtigere in neuerer Zeit; in ältester Zeit trat er als der abgelegene hinter dem südlichen Übergang bei Paderborn zurück. Die Porta Westfalika wurde durch das davorgelegte Bistum Minden, auch eine karolingische Gründung, gedeckt. Daß wir das Bistum ferner vor die Ostkette vorgeschoben finden, setzt es in unzweideutige Beziehung zu der wichtigen Straße, die von hier zwischen den Mooren des Steinhuder Meeres und dem Weistergebirge hindurch ostwärts zog. So nach Osten sehend, vor der Porta Westfalika gelegen, erscheint das Bistum fast mehr wie ein Riegel, den Eingang nach Westfalen von Osten her zu wehren. Der eigentlich militärisch wichtige Punkt an dieser Stelle muß doch ohne Zweifel in der Porta selbst gesucht werden, hier lag denn auch eine Burg, welche den Eingang lange beherrschte: „Hausberge“.

Zwischen der Porta Westfalika und Bielefeld eingespannt finden wir selbstverständlich eine sehr alte Straße; an ihr liegt Herford als natürlicher Mittelpunkt des ganzen inneren Festungsgebietes an der Stelle, wo sich die Zuflüsse der Werra, die oberhalb der Porta in die Weser fließt, von allen Seiten vereinigen. Hier wäre vielleicht der richtige Platz für ein einheitliches Bistum der Weserfestung gewesen, das dann wahrscheinlich das mächtigste Bistum des ganzen Landes geworden wäre. Da eine solche Zusammenfassung aber durchaus außerhalb der fränkischen Zwecke lag, so hat das Erbe dieses wichtigen Platzes die Abtei Herford angetreten, das das reichste und erste Kloster des ganzen Landes geworden ist.

Bielefeld mit dem Sparenberge verriegelt den Paß von Bielefeld; beide Anlagen reichen aber nicht bis in die älteste Zeit hinauf. Ohne Zweifel war aber der Paß auch in ältester Zeit schon geschützt; unmittelbar bei Bielefeld, an der Nordseite des Übergangs, erhebt sich mit Spuren alter Befestigungen die Hünenburg, und wenig nördlicher die Ravensburg.

Später ist es von großer Bedeutung geworden, daß die beiden genannten Pässe, der von Minden wie der von Bielefeld, in eine Hand kamen; die Grafschaft Ravensberg wie das Fürstentum Minden wurden im 17. Jahrhundert brandenburgisch. Versuche Herfords, damals noch freie Reichsstadt zu werden, mußten bei der Lage der Stadt zwischen den beiden nun brandenburgisch gewordenen Pässen scheitern.“ (Albert v. Hoffmann: Das deutsche Land und die deutsche Geschichte.)

Auch das Harzgebiet muß in seiner geschichtlichen Bedeutung aus der Natur der geographischen Lage heraus gewürdigt werden.

„Das Gebirge spielt in alter Zeit seine Rolle hauptsächlich nur durch seine Existenz an dieser Stelle; es war immer mehr oder weniger eine unpassierbare Zone. Hierdurch geben die alten Gebirge den Anwohnern Schutz und Sicherheit; dann aber werden alle Straßen um sie herum zu natürlichen Pässen, um so mehr, als die Ebene leicht der Versumpfung ausgesetzt ist. Gerade beim Harz müssen ringsherum eine ganze Reihe heute nicht mehr vorhandener Sumpfböden in Rechnung gestellt werden. Im Süden ist das Helmegebiet erst durch die Mönche von Walkenried entsumpft worden. Fast jeder Punkt ringsherum um das Gebirge erhält hierdurch zuzeiten besondere Wichtigkeit und außerdem auch Keime eigenen politischen Lebens.“

Aus der militärischen Grundposition des Harzes geht hervor, daß er seine politische Front von Haus aus gegen die Saale kehrt, während die Westseite mehr seine Hinterseite erscheint, die Seite, wo er mit dem übrigen Deutschland zusammenhängt, politisch „landfest“ ist, wenn er auch als Gebirge in seiner Einzelausbildung keine politische Rolle spielt, sondern nur als Ganzes wirkt. Er zeigt seine trostloseste

Seite, seine höchsten Erhebungen gerade auf der Seite, welche politisch-historisch keine Rolle gespielt hat.

Das eigentlich historische Leben hat sich beim Harz auf seiner Offensivseite abgespielt, und die liegt nach der Saale zu.

Während die Ostseite militärisch wunderbar ausgerüstet war, indem sich hier vor das Gebirge, dreifach, immer stärker werdend, eine Flußlinie schob, hat die Westseite dadurch, daß hier die Flußläufe alle quer zu den nötigen Straßen nach Westen treten, kaum die Möglichkeit gehabt, nach Westen so Wurzeln zu schlagen, wie es zu erwarten gewesen wäre. Dem historisch begründeten Verkehr nach Westen legen sich in Höhen und Flußtälern überall Riegel vor. So kommt es, daß es nur eine einwandfreie Straße nach Westen gibt, nämlich die, welche außen am Rande der Berge dahinführte, der Hellweg in Westfalen. Diesen Verhältnissen verdankt Hildesheim seine Entstehung und seine Blüte.

Northheim, dem sich westlich breit der Sollingwald vorlegt, ist gezwungen, nach Süden zu sehen (vgl. die Riegelbedeutung für heutigen Verkehr: Häufung von Eisenbahnknoten). Northheim mußte daher in den Kämpfen der Sachsen mit den salischen Kaisern, in diesen Kämpfen, die ihr Gesicht südwärts der Werra und Fulda zuwenden, zur Bedeutung gelangen. Hier erwuchs ein mächtiges Geschlecht. Daß die Northheimer versuchten, um den Solling herumzugreifen, ist natürlich.

Die Flüsse haben die Rolle von Sicherheitslinien gespielt, hinter denen das Deutschtum schrittweise seinen Halt gegen die Slaven fand, als es sich vom Harz her offensiv gegen sie wenden konnte.

1. Bode oberhalb Oschersleben und Wipper. Dahinter: Halberstadt, Quedlinburg, Ballenstedt, Mansfeld. Gebiet der Astanier.
2. Bode unterhalb Oschersleben und Saale oberhalb der Bodemündung. Nienburg und Bernburg. Billunger-Herrschaft, dann Astanier.
3. Mulde und Elbe unterhalb Dessau. Dessau-Astanier-Gründung.
4. Elbe oberhalb Wittenberg und Havel-Planebruch. Wittenberg.

Zwischen dem Planebruch und der Elbe bildete das sumpfreiche Gebiet des Flämings ein großes offenes Tor nach Osten, das große Einfall- und Ausfalltor für das Wenden- und Slavenland. Dies Loch flankierten die Burgen Wittenberg an der Elbe und die Burg Belzig am Südrande des Planebruchs. Die Burg Belzig ist in der Mark Brandenburg die einzige frühmittelalterliche Burg des Landes. Zwischen Wittenberg und Belzig finden wir noch die Burg Niemegt mitten im Loch; es ist bezeichnend, daß hier lange der Sitz des Herzogs war (13. Jahrhundert). Der Ort ist uralt und gehört in die Reihe der Niederlausitzer Slavenburgen.

Erscheint uns nun diese Öffnung vom Harz her fernabliegend, so hat sie von einer andern Stelle primäre Bedeutung gehabt. Nur an dieser Öffnung gemessen, wird die Lage von Magdeburg verständlich. Magdeburg ist der große Sammelplatz des Deutschtums gegenüber diesem Loch, zugleich der wichtige Elbübergang dorthin. Vor ihm auf der rechten Elbseite liegen wie Brückentöpfe die Burgen Burg, Biederitz, Sommern und Leitzkau; hier steht an einigen Stellen festes Gestein an. Leitzkau, der südlichste von ihnen, wurde der natürliche und gewohnheitsmäßige Sammelplatz für die großen Heerfahrten gegen die Slaven. Sehen wir so Ost- und Westseite des Harzes in einem unverkennbaren Gegensatz, so werden wir einen solchen auch auf den Langseiten, der Nord- und Südseite, finden.

Die Südseite ist die Seite, die die Verbindung mit dem Reiche offen hält; die Nordseite ist die, auf der sich Partikulargewalten im Gegensatz zum Reiche konsolidieren können, wo das mächtige Halberstadt emporkommt und sein Nachfolger, der braunschweigische Herzog. Hieraus ergibt sich schon, daß die Seiten der Südseite begrenzt werden, während der Nordseite die Zukunft gehörte. Die Südseite ist in alter Zeit nur als Zugangsstraße von großer Bedeutung, und es ist wesentlich dabei, daß diese Zugangsstraße in den Händen des Königs war. Am Eingang liegt

daher die einzige wichtige Stadt der Südseite, die Reichsstadt Nordhausen, an der Stelle, wo sich die einzelnen Zufahrten sammeln. Am Ostausgang teilt sich wieder der Weg um den Kyffhäuser herum, über Sangerhausen nach der Harzseite, über Frankenhausen gegen Thüringen hin. Beide Wege verriegelte die vor dem Kyffhäuser liegende kaiserliche Pfalz Allstedt, die hier beherrschend auf einer freien Höhe lag und bis in die Hohenstaufenzeiten benützt wurde. Da hier mehrere Reichstage waren, muß sie sehr groß gewesen sein, und ihr militärischer Charakter ist ihrer ganzen Lage nach unzweifelhaft. Vor dieser Pforte war der natürliche Platz der Abwehrschlacht gegen die Angarn 933, ebenso aber der Abwehrschlacht der Sachsen gegen den Kaiser am Welfesholze 1115. Es war natürlich, daß hier an der Mündung der Straße die Kaiser ihre Verbündeten fanden gegen die Sachsen; hier kamen sie sofort auf mansfeldische und askanische Gebiete.“ (A. v. Hoffmann.)

VIII. Aufstieg des fränkischen Reiches zur Zeit der Merovinger.

1. Eroberungen unter den Merovingern.

2. Reichsteilungen und Wiedervereinigung durch die Hausmeier.

1. Von den im Anschluß an die Völkerwanderung entstandenen Germanenreichen haben allein das angelsächsische und fränkische Reich Bestand gehabt. Das fränkische Reich

Der Begründer des fränkischen Reiches ist der Merovinger Chlodwig, ein kleiner Gaufürst der salischen Franken in Tournai. Er dringt von hier in das Pariser Becken und erobert durch die Schlacht bei Soissons (486) das Reich des Syagrius, das sich als letzter Rest des weströmischen Reiches hier gehalten hat.

Mit der Unterwerfung der Alamannen (496), der Westgoten (507) bis zur Garonne, mit dem Anschluß Burgunds und endlich der Einigung aller Franken unter seiner Herrschaft hat sein Reich die Größe eines bedeutenden Regnum erreicht.

Seine Nachfolger vernichten die Selbständigkeit Thüringens (531) und Burgunds, schieben im Südwesten die Grenze bis an die Pyrenäen vor und machen die Bayern im Südosten des Reiches zinspflichtig.

Der Übertritt Chlodwigs und seiner Franken zum katholischen Christentum schafft von vornherein wertvolle Bindungen zwischen Franken und gallischen Römern und erleichtert die Erfolge gegen die arianischen Goten und Burgunder.

2. Häufige Reichsteilungen unter den späteren Merovingern (die ihr Reich als Privatbesitz betrachten) lassen folgende Hauptteile, freilich ohne feste Grenze, heraustreten: Neustrien, Austrasien, Burgund und Aquitanien. Der Umfang des Reiches bleibt trotz aller inneren Wirren gewahrt, die Königsmacht aber sinkt, zumal wildeste und grausamste Bruderkriege das Land zerrütteten. In dieser Zeit wächst die Bedeutung und die Stellung des Adels und besonders die des Hausmeiers, des ersten Hof- und Staatsbeamten, der zunächst Hofmarschall war, dann der Anführer des gesamten Dienstadels wurde. Der König gerät ganz unter seinen Einfluß, um so mehr, als das Amt ebenso wie das Königtum erblich wird. Reichsteilungen

Dem Hausmeier von Austrasien, Pipin dem Mittleren, aus dem Hause Wiedervereinigung der Arnulfinger, gelingt es, sich durch den Sieg bei Testry (687) zum Hausmeier des gesamten fränkischen Reiches zu machen. Sein Sohn Karl

Martell festigt die errungene Stellung gegen den aufständischen Adel von Neustrien. Den **S i e g e s z u g** der Araber **b r i c h t** er in der Schlacht bei Tours und Poitiers (732) und rettet Christenheit und Abendland vor der Überflutung durch den Islam.

Pipin

Sein Sohn Pipin macht (751) dem Scheinkönigtum der Merovinger ein Ende, schiebt den König ins Kloster und läßt sich vom Volk auf den Schild erheben.

König von
Gottes Gnaden

Der Papst hat durch Einsetzung seines geistlichen Ansehens den Übergang der Königswürde auf die Karolinger erleichtert, indem er Pipin zum König der Franken salbt. Der fränkische Königstitel erhält seitdem den Zusatz „von Gottes Gnaden“ (Dei Gratia). Der Papst hat besonderen Grund, durch seine Mitwirkung eine neue Stütze für sich zu gewinnen.

Der Papst und seine
Gegner

Die Bedeutung Roms als der alten römischen Reichshauptstadt verlieh dem römischen Bischof, nachdem das Christentum Staatsreligion und damit Weltreligion geworden war, von vornherein eine überragende Stellung. Nach dem Untergang des weströmischen Reiches hatte er seinen Einfluß auf die ganze Christenheit durch Anlehnung an den oströmischen Kaiser zu stützen gesucht, wie Rom ja auch zur Zeit der Langobardenherrschaft eine Stadt des oströmischen Kaiserreiches war. Im Jahre 692 aber wurde durch Konzilbeschuß der Patriarch von Konstantinopel gleichberechtigt neben dem Papst, und die päpstliche Ablehnung (731) der im oströmischen Reich aufkommenden Bilderstürmerei treibt dann zu völliger Lösung der Beziehungen. Die oströmischen Gebiete in Unteritalien und Illyrien werden dem Primat des Papstes entzogen.

Gegner des Papstes sind auch die Langobarden, die neben Rom um die politische Macht in Italien ringen. Wollte der Papst sich ihnen fügen, so würde er sich selbst und seine Stellung aufgeben. So unterstützt der Papst bewußt Unbotmäßigkeiten bei den Langobarden. Als diese darauf gegen Rom selbst vorgehen, braucht der Papst dringend Hilfe.

Für die Unterstützung, die er Pipins Machtbestrebungen schenkt, sichert er sich dessen Beistand gegen die Langobarden. Pipin führt den Papst nach Rom zurück und setzt ihn in alle verlorenen Besitzrechte wieder ein. Ja, er erweitert seine Stellung und erkennt ihn als Nachfolger des Herzogs von Rom und des Exarchen von Ravenna an, die bisher für Ostrom als Beauftragte des Kaisers die Verwaltung in Italien geführt hatten. Das ist die Pipinsche „Schenkung“ im Jahre 754. Sie begründet den Kirchenstaat, freilich unter fränkischem Schutz (Pipin ist Patrizius, Schirmherr der römischen Kirche) und verleiht dem Papst mehr als bisher weltliche und politische Macht.

Begründung des
Kirchenstaates

Der Angelsachse Winfried (Bonifatius), der 716 von England nach Gallien herüberkam und die schottisch-irische Missionstätigkeit (Kolumban) verdrängte, hat dieser Entwicklung vorgearbeitet. Im Andenken des Volkes lebt er als „Apostel der Deutschen“. Historisch wichtiger ist die Begründung der fränkischen Reichskirche und ihre enge Verknüpfung mit Rom, denn sie hat die Geschichte des Mittelalters entscheidend beeinflusst.

Die fränkische
Reichskirche

Der mittelalterliche
Lehnsstaat

Auch die Grundlagen des mittelalterlichen Lehnsstaates entwickeln sich im Frankenreich. Das Lehnswesen hat zwei Wurzeln: Die Vasallität

und das Benefizialwesen. Die Vasallität bedeutet Unterordnung von Freien unter Freie, anknüpfend an die altgermanische Gefolgschaft. Der Vasall verpflichtet sich eidlich zu unverbrüchlicher Treue seinem Herrn gegenüber und erhält dafür Schutz und Unterhalt. Ein Benefizium besteht in Landschenkung an weltliche Große aus dem Kirchenbesitz oder dem Krongut, bald auch aus eigenem Besitz als Belohnung für geleistete Dienste und zur Nutznießung auf Lebenszeit. Dadurch, daß mit der Zeit jeder Vasall ein Benefizium erhält und jedes Benefizium zu Vasallendiensten verpflichtet, verschmelzen beide Einrichtungen zu dem mittelalterlichen Lehnwesen.

Die durch die Wirren der Völkerwanderung an Stelle der Geldwirtschaft getretene Naturalwirtschaft begünstigt die Entwicklung. Die hohen Reichsbeamten erhalten ihr Gehalt nicht in Geld, sondern durch Übertragung eines Lehens. Die großen Lehnsträger geben selbst wieder Unterlehen aus.

Solche Abhängigkeitsverhältnisse bilden sich weiter dadurch aus, und das ist eine dritte Wurzel des Lehnwesens, daß auch bisher freie Bauern freiwillig ihre Freiheit aufgeben und ihren Besitz einem Großgrundbesitzer oder der Kirche übertragen und ihn als Lehn zurücknehmen (Halbfreie); denn dadurch kommen sie von den drückenden Heereslasten (Ausrüstung und Verpflegung auf eigene Kosten) und dem Gerichtsdienst frei.

Der Staat besteht so aus einer Anzahl Guts herrschaften, von denen jede eine mehr oder weniger selbständige Herrschaft innerhalb des Staates bedeutet, denn der Kirchenbesitz und der Großgrundbesitz erhält Immunität, d. h. Abgabefreiheit und Schutz gegen das Eingreifen der staatlichen Beamten; auch die niedere Gerichtsbarkeit übt der Grundherr über seine Hinterlassen aus (Patronatsrechte). Ein Teil der Untertanen verliert damit den inneren Zusammenhang mit dem Staate. Der Königsdienst aber adelt, bringt wenigstens soziale Hebung. Neben den alten Volksadel (Geburtsadel) und den romanischen Großgrundbesitz tritt ein Lehns- oder Dienstadel. Das Lehnwesen setzt sich für alle staats- und privatrechtlichen Verhältnisse durch.

IX. Entwicklung des fränkischen Königtums der Karolinger zur Großmacht des christlichen Abendlandes.

1. Das Reich Karls des Großen.
2. Die Verbreitung des Christentums 814.

1. Karl der Große, der Sohn Pipins (768—814), hat das Frankenreich zum Imperium erhoben, indem er die Grenze nach allen Seiten hinaus erweiterte.

Der Ausbau des Reiches nach seinen geographischen Grundlagen ist schon besprochen.

Der staatlichen Einigung aller deutschen Stämme (Unterwerfung der Sachsen und Bayern), der Vorbereitung deutscher Kolonisation von der Grenzmark aus kommt weltgeschichtliche Bedeutung zu.

Das fränkische Imperium

Nicht weniger wichtig ist die Ausdehnung seiner Herrschaft auf Italien. Die Angriffe der Langobarden auf das Patrimonium Petri veranlaßten Karl den Großen zum Eingreifen für den Papst. Er bezwingt den Langobardenkönig Desiderius (773—74) und setzt sich selbst die langobardische Königskrone auf. Er gewinnt damit die für die Beherrschung der Kirche wichtige territoriale Verbindung mit Rom und sichert sie außerdem durch die Eroberung Bayerns. Seine italienische Herrschaft reicht über Rom hinaus bis nach Unteritalien. Das Herzogtum Benevent bleibt jedoch selbständig. Als ein Teil des karolingischen Universalreiches hat Italien jetzt reichere Möglichkeiten als bisher, Beziehungen zu den Ländern jenseits der Alpen aufzunehmen.

Gegen die Romanen Spaniens, gegen Dänen und Slaven begnügt er sich mit Grenzsicherung durch Marken. Jütland bleibt außerhalb seiner Reichsgrenzen, da ihm die Flotte fehlt. Das Danewerk schützt hier die Reichsgrenze.

Die ganze Christenheit des Abendlandes vereinigt er in seinem Reiche. Die Macht des römischen Reiches scheint wiedererstandener und auf den Frankenkönig übergegangen zu sein.

Staat und Kirche

Die Verbindung von Staat und Kirche, wie sie im römischen Weltreiche bestanden hatte, verspricht der Kirche den besten Schutz. Sie hat den Weltreichsgedanken (die Idee der Universalität) immer vertreten und überträgt ihn darum jetzt in die mittelalterliche Gedankenwelt. Leo III. hat am Weihnachtstage 800 Karl dem Großen in der Peterskirche zu Rom die Kaiserkrone aufgesetzt und damit das römische Kaisertum neu errichtet.

Aber der Zwiespalt zwischen germanischem Nationalstaat und römischem Kaiserreich beherrscht das ganze Mittelalter. In dem Universalreich beansprucht die Kirche für sich die Herrschaft. Dieses theokratische Staatsideal, das ihr vorschwebt, stammt aus der jüdisch-christlichen Vorstellung von dem Verhältnis zwischen geistlicher und weltlicher Macht. So verwachsen germanische, römische und jüdisch-christliche Vorstellungen im mittelalterlichen Staatsleben.

Sieg des Nationalstaatsgedankens

Das Universalreich Karls des Großen hat keinen Bestand. Die Ausdehnung der Grenzen, die Gegensätze des Volkstums sind zu groß, es zerfällt unter seinen schwächlichen Nachfolgern. Die nationale Entwicklung siegt in Europa.

Die Organisation des karolingischen Reiches

Wenn sich der Staat Karls des Großen auch nicht auf die Dauer behaupten können, so bleibt Karls Werk doch eine ungeheure Leistung. Seine Eroberungen schaffen dem Frankenreich seine Weltstellung neben Byzanz. Die straffe innere Ordnung macht den König zum Mittelpunkt des staatlichen Lebens und gibt dem Staate seine Einheit und Geschlossenheit.

Eine einheitliche Verwaltung, die in der Kanzlei am Hofe des Königs ihren Mittelpunkt hat, hält das ganze Reich zusammen. Das ganze Reichsgebiet ist in Grafschaften eingeteilt. Der Gaugraf hat die Polizeigewalt, führt den Gerichts- und Heerbann. Die Markgrafen haben wegen der wichtigen Aufgaben an der Grenze größere Selbständigkeit. Als besondere Beauftragte setzt Karl die Missi dominici, die Sendboten, ein. Sie üben die Aufsicht und sorgen für die Durchführung des königlichen Willens.

im Auftrage der Reichsgewalt. Die Pfalzgrafen sind die Vertreter des Königs auf seinen Pfalzen. Die alten Völkerschaften bleiben zwar als Einheiten lebendig, die Einteilung der Verwaltungsbezirke nimmt aber auf die völkerschaftliche Zusammengehörigkeit keine Rücksicht.

Die Königsgewalt ist aber trotzdem nicht unbeschränkt, sondern gebunden durch das Mitbestimmungsrecht des Volkes. Es gilt das für das ganze Mittelalter. Jährlich werden Reichsversammlungen (März- oder Maifeld) abgehalten, wo über wichtigste Staatsangelegenheiten, insbesondere Kriegszüge, entschieden wird. Der Teilnehmerkreis beschränkt sich immer mehr auf die Adligen und die Freien der näheren Umgebung. Der Einfluß der Adligen gewinnt darum an Bedeutung. Da die Rechte der Völker aber nicht verfassungsmäßig festgelegt sind, hängt es immer von der Kraft und der Persönlichkeit des Herrschers ab, mit welchem Erfolg er seinen Willen auf den Reichsversammlungen durchsetzt.

Staatliche Macht, die Ordnung und Wohlstand sichert, führt zur Hebung von Bildung und Gesittung. Eine Laienbildung hat es bisher in dem germanischen Reiche nicht gegeben. Der geistliche Stand ist Erbe und Träger der Bildung. Als Vermittlerin dient die lateinische Sprache, die freilich ohne Pflege der Grammatik arger Verwilderung anheimfällt. Seit Karl dem Großen beginnt ein Wandel. Er fördert alle Bildungsbestrebungen (Karolingische Renaissance). An seinem Hofe entsteht eine Art Hochschule (Akademie); ihr gehören die bedeutendsten Gelehrten der Zeit an: Der angelsächsische Theologe Alkuin, der Langobarde Paulus Diaconus (Historia Langobardorum), der Grammatiker Petrus von Pisa und Einhard, der Baumeister und Biograph Karls. Seitdem bekommt das Lateinische wieder Stil und grammatischen Halt; es bleibt die Sprache der Gelehrten, der Verwaltung und Diplomatie. Karl der Große läßt aber auch der deutschen Muttersprache Pflege angedeihen. Die ersten großen deutschen Dichtungen entstehen: Der Heliand und die Evangelienharmonie Otfrids von Weissenburg. Von seiner Sammlung alter Heldenlieder ist das Hildebrandslied erhalten. Beweis seiner Pflege der Baukunst ist das Aachener Münster. Die Grundlage mittelalterlicher Kultur, Antike, Christentum, germanische Eigenart, ist auch hier in ihrer gegenseitigen Durchdringung kenntlich.

Karolingische
Kultur

X. Zerfall des karolingischen Universalreiches unter den Erben Karls des Großen.

1. Reichsordnung von 817. Wahrung der Reichseinheit unter dem Einfluß der Kirche.
2. Die Reichsteilung von 843 nach dem Vertrag von Verdun.
3. Die nationale Teilung zu Mersen 870.
4. Der völlige Zerfall des Frankenreiches. Bildung der Stammesherzogtümer 876—911.

Neben aller Größe trägt das Werk Karls des Großen von Anfang an Keime des Verfalls in sich. Alle auf straffe Zentralisation drängenden Verwaltungsmaßnahmen überwinden nicht den Feudalismus. Die ausgeprägten, grundherrschaftlichen Interessen der Großen lassen wahre

Schwächen des
Universalreiches

Staatsgesinnung nicht aufkommen. Verkehrswege und Verkehrsmittel entsprechen nicht dem großen Gebietsumfang des Reiches. Groß sind die nationalen Gegensätze zwischen Romanen und Germanen, die Stammesunterschiede zwischen Bayern, Franken und Schwaben. So bleibt das Universalreich eine vorübergehende Schöpfung der ungeheuer überlegenen persönlichen Kraft Karls des Großen. Bei der Schwäche seiner Nachfolger und ihrer privatrechtlichen Auffassung vom Königtum (Reichsteilungen!) verfällt es um so eher der Auflösung, als äußere Feinde das Aufkommen und Erstarken von herzoglichen Sondergewalten in den Stammesgebieten begünstigen.

Die Kirche als
Hüterin der
Reichseinheit

Die Kirche vertritt nach wie vor die Reichseinheit. Diese wird unter ihrem Einfluß noch bei der Reichsordnung vom Jahre 817 ausdrücklich gewahrt. Ludwig der Fromme (814—840) nimmt 817 seinen Sohn Lothar als Mitregenten an. Er soll Reich und Kaiserwürde erben. Pipin und Ludwig sind nur Unterkönige in Aquitanien und Bayern an der Grenze des Reiches. Aber durch seine *T e i l u n g s b e s t i m m u n g e n* zugunsten des Sohnes Karl aus zweiter Ehe erschüttert Ludwig selbst die Reichseinheit. Seine Söhne treten ihm auf dem Lügenfelde zu Kolmar (833) mit den Waffen entgegen und zwingen ihm ihren Willen auf. Lothar versucht nun, von der Kirche unterstützt, die Einheit aufrechtzuerhalten und vor seinen Brüdern eine Vorherrschaft zu erkämpfen, erliegt aber in der Schlacht bei Fontenoy 841.

Die Geburtsstunde
der „Nationalitäten“

2. Das ist die „blutige Geburtsstunde“ der Nationalitäten und ihrer Reiche. Der Vertrag von Verdun, auf den Lothar eingehen muß, bringt eine Dreiteilung zwischen Lothar, Ludwig dem Deutschen und Karl dem Kahlen: 843.

Die Reichsteilung

Die Trennungslinie verläuft nordsüdlich, nicht ostwestlich unter dem Einfluß der natürlichen geographischen Linien nördlich der Alpen. Gründe für die merkwürdigen Grenzführung lassen sich nicht sicher angeben. Jedenfalls ist nicht die Grenze der Sprache, der Nationalitäten oder der Stammeseinheiten maßgebend gewesen, in viel stärkerem Maße offenbar die kirchlichen Bistumsgrenzen und die Absicht baldiger Wiederherstellung der Reichseinheit. Wenn z. B. das ostfränkische Reich zu beiden Seiten der *M a i n m ü n d u n g* über den Mittelrhein hinübergreift, so ist das durch die Zugehörigkeit dieses Gebietes zu den Bistümern Speier, Worms und Mainz verursacht. Die Karte zeigt darum die kirchliche Einteilung. Das ostfränkische Reich (Ludwig der Deutsche) ist ganz germanisch, das westfränkische (Karl der Kahle) romanisch bis auf das germanische Flandern und den *n o r d w e s t l i c h e n T e i l* Burgunds. Flandern bleibt während des ganzen Mittelalters bei Frankreich, Burgund ist erst 500 Jahre später unter französischer Herrschaft wiedervereinigt worden. Das Mittelreich ist ein schmales, unglücklich langgestrecktes Gebilde, umfaßt Italien und den Streifen zwischen Rhône, Saone, Maas, Schelde und Rhein bis zur Kanalküste; dazu kommen die Friesen bis zur Elbemündung und die ripuarischen Franken rechts des Rheins. Die Sprachgrenze, die bis heute im wesentlichen dieselbe geblieben ist, geht mitten durch sein Reich. Von der Kanalküste verläuft sie bis zur Maas unterhalb Lüttich ostwärts, wendet sich dann nach Süden

und folgt der bis 1919 geltenden deutsch-belgischen und belgisch-luxemburgischen Grenze. In Lothringen hält sie sich zwischen Metz und Diedenhofen, um dann auf dem Wasgenkamm entlang zu führen.

3. Nach dem Tode Lothars teilen seine drei Söhne das Mittelreich auf in Italien, Burgund und Lotharingien (das nach Lothar von jetzt ab so genannt wird). Lotharingien und Burgund werden bald durch den Tod der beiden jüngeren Brüder frei. Während in Burgund sich ein Landeskönigtum herausbildet (Niederburgund mit der Hauptstadt Arles (879), Hochburgund d. h. Schweiz, Freigrafschaft Burgund und Savoyen unter dem Welfen Rudolf), teilen sich das Westfränkische Reich (Karl der Kahle) und das Ostreich (Ludwig der Deutsche) im Vertrag zu Meerssen 870 Lotharingien, bis 880 auch die westfränkische Hälfte für Ostfranken erobert wird. Damit hat das ostfränkische Reich die Grenzen des bisherigen Mittelreiches gegen Westfranken gewonnen und behält sie bis zum Westfälischen Frieden.

Die Auflösung des Mittelreiches

Unter dem Druck der Normannennot kommt es noch einmal vorübergehend zu einer Vereinigung der ganzen fränkischen Reichsgebiete. Karl der Dicke, der jüngste Sohn Ludwigs des Deutschen, erwirbt Italien und 884 auch die westfränkische Krone. Er bringt aber nicht die Kraft auf, die Normannengefahr abzuschlagen. Als er statt energischer Bekämpfung ihren Abzug erkaufte, sagen sich zuerst die ostdeutschen Edlen Bayerns, Sachsens, Thüringens und Frankens von ihm los und wählen 887 seinen Neffen Arnulf von Kärnten. Dieser schlägt die Normannen bei Löwen an der Dyle (891).

In Westfranken gibt Karl der Einfältige den Normannen 912 die Normandie als Herzogtum und die Lehnsoberrhoheit über die Bretagne. Nach dem Tode des letzten Karolingers 987 erheben die französischen Großen den Herzog Hugo Capet auf den Thron, dessen Haus (die Raperinger) bis 1328 (in der Nebenlinie bis 1848) regiert. Die Trennung des romanischen West- und des germanischen Ostreiches bleibt also seit 887 für immer bestehen.

Endgültige Trennung in West- und Ostreich

4. Für den Bestand und die innere Festigung des Reiches ist es verhängnisvoll, daß auf Arnulf von Kärnten sein unmündiger, sechsjähriger Sohn Ludwig das Kind folgt. Die Großen des Reichs, die feudalen Sondergewalten, und die Geistlichen (Hatto von Mainz) gewinnen bei der Schwäche des Königtums an Ansehen und Bedeutung. Hinzu kommt die Gefährdung des Reiches durch die fortgesetzten Angriffe der Normannen und Dänen, durch das Vordringen der Slaven und den Ansturm der Magyaren. Da die Macht des Königtums versagt, sind die Grenzgebiete auf Selbsthilfe angewiesen. Hier sind Stammesbewußtsein und Stammeseigentümlichkeit (Sitte, Recht, Sprache, Heerwesen) trotz der fränkischen Gauverfassung lebendig geblieben, die militärischen Führer können darum um so eher im ganzen Stamm ihr Ansehen und ihre Stellung festigen, zur Herzogsgewalt erweitern und die Erblichkeit für ihr Geschlecht durchsetzen.

Gefährdung des Ostreiches

Entstehung der Herzogsgewalten

In Bayern knüpft die Entwicklung der Herzogsgewalt an die amtliche Stellung der Markgrafen an. Die Arnulfinger sind Inhaber dieser Würde,

und als Vorkämpfer gegen die Magyaren werden sie bayrische Herzöge. — In Sachsen übernimmt das einheimische Geschlecht der Liudolfinger die Führung in den Grenzkriegen. Erst daraufhin verleiht Ludwig der Deutsche Liudolf auch die Markgrafenwürde. Unter König Konrad I. nimmt sein Sohn Otto den Herzogtitel an. — Da in Franken keine übertragende örtliche Machtbildung vorhanden ist, geht die Entwicklung hier nicht kampflos vonstatten. Es setzen sich schließlich die Konradiner gegen die Babenberger durch. — In Lothringen knüpft die Entwicklung zu einem Herzogtum an die Einrichtung der Sendboten an. Im Gegensatz zu den übrigen Herzogtümern fehlt hier die Stammesgemeinschaft der Bevölkerung. Nur das dynastische Interesse des mächtigen Grafen Reginar von Hennegau erreicht hier eine Einigung und eine Verschmelzung von Romanen und Germanen, von Franken, Sachsen und Friesen. — In Schwaben wehrt sich die Kirche gegen die Macht und Selbstständigkeitsbestrebungen der Burghardiner und der Kammerboten (Verwaltungsbeamten) Erchanger und Berthold. Die Herausbildung des Herzogtums wird dadurch hier verzögert.

Die Grenzen der so neben dem Königtum emporwachsenden Sonderstaaten sind heute politisch völlig verwischt und nur noch sprachlich mit größerer oder geringerer Sicherheit erkennbar. Bayern und Sachsen übertrafen Schwaben und Franken an Umfang. Vom jetzigen bayrischen Staat umfaßte das Herzogtum die Kreise Ober- und Niederbayern und die Oberpfalz (bayrischer Nordgau), dazu das österreichische Alpen- und Donauland: Ober- und Niederösterreich, Tirol und Salzburg, Steiermark, Kärnten und Krain. Grenze gegen Schwaben war der Lech; im Norden gehörte Nürnberg noch zu Bayern, Erlangen und Forchheim zu Franken. Sachsen erstreckte sich von den Grenzen Lothringens, wie der Vertrag von Verdun sie festgelegt hatte, bis zu den Slaven und Dänen; rechts der Elbe gehörten die Deutschen Holsteins, die Nordalbingier, dazu. Auch Thüringen, von der Unstrut bis zur Loiba, dem Thüringer Walde, ward ein Teil Sachsens. Das Land zwischen Sachsen und Bayern, das Gebiet des Mains, der Werra, Fulda und Lahn, bildete zusammen mit den Gauen, die einst links vom Rhein dem Ostreiche angeschlossen worden waren, das Herzogtum Franken; es erstreckte sich südwärts tief ins jetzige Württemberg und Baden hinein, im Neckargebiet bis gegen Marbach und über Calw hinaus, am Rhein bis zum *D o s b a c h* (Baden-Baden), links vom Flusse bis über die Lauter. Der südwestliche Rest des Reiches bis zum Kamme der Vogesen und der Bündner Alpen bildete das Herzogtum Schwaben, das die Aare von Burgund schied. Lothringen das zunächst ein Sohn Kaiser Arnulfs aus einer Nebenehe regierte, übertraf an Umfang noch Bayern und Sachsen. Es hatte zum größten Teile deutsche, doch auch einen starken Zusatz französischer Bevölkerung. (Dietrich Schäfer.)

Die gleichen Auflösungserscheinungen treten uns zur selben Zeit in der übrigen Welt entgegen, die bisher Schauplatz politischer und kultureller Entwicklung gewesen war. Das westfränkische Reich löst sich in eine Lehnsanarchie auf, die erst ganz allmählich nach Jahrhunderten durch die Kapetinger im französischen Einheitsstaat überwunden wird. Burgund teilt sich in das Landeskönigtum von Nieder- und Hochburgund. In Italien beginnt die Entwicklung der lombardischen Herzogs- und Bischofsgewalten und Stadtstaaten. Die mohammedanisch-morgenländische Welt zerfällt in einzelne Teilreiche.

Demgegenüber finden sich nur im Norden Anfänge zu größeren Staatsbildungen. Die *a n g e l s ä c h s i s c h e n* Reiche einigt Alfred

Politische Auflösung im gesamten Abend- und Morgenland

Politische Machtentwicklung im Norden und Osten

der Große (871—901), bis der Dänenkönig Knut der Große England in sein Nordseereich (1016) einbezieht. Im Osten bilden sich zwei slavische Machtzentren: Rußland und Polen (vgl. S. 21).

XI. Die Begründung des deutschen Staates.

Die 5 Stammesherzogtümer (911) und ihre Zusammenfassung zum deutschen Reiche (925) durch Heinrich I. Der Beginn der deutschen Ostausdehnung.

Mit dem Tode des letzten deutschen Karolingers 911 ist auch das Karolingische Universalreich zu Grabe getragen. Die Geschichte des deutschen Reiches beginnt mit der Wahl eines einheimischen Fürsten, des Franken Konrads I. (911—918). Die deutschen Stämme geben damit die Tradition des fränkischen Universalreiches und das Erbrecht des Karolingischen Geschlechtes preis. Wenn wir von jetzt an vom deutschen Reiche sprechen, so ist das zu dieser Zeit noch keine festgelegte, staatsrechtliche Bezeichnung (unter Konrad II. gelegentlich „Romanum imperium“, unter Friedrich I. „sacrum imperium“); die gibt es zur Zeit nicht. Den Namen „heiliges römisches Reich“ gebraucht Karl IV., seit Friedrich III. wird diese Bezeichnung durch den Zusatz „deutscher Nation“ eingeschränkt. Der Name römisch-deutsches Kaisertum ist eine Prägung der neueren Geschichtsschreibung.

Zunächst bleibt es bei einem losen Staatenbunde unter Looser Staatenbund Wahrung großer Selbständigkeit der Stammesherzogtümer. Konrad I. bemüht sich vergebens, sie zu einer festeren Einheit zusammenzuschließen, trotzdem er die Unterstützung der Kirche hat. Es fehlen ihm die nötigen Machtgrundlagen, um die Selbständigkeit der Sondergewalten, insbesondere Sachsens, zu brechen. Gieselbert von Lothringen schließt sich sogar (911—925) an Frankreich an. Indem Konrad selbst aus richtiger Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten den Sachsenherzog Heinrich zu seinem Nachfolger empfiehlt, legt er mit dieser (freiwilligen) Unterordnung der Franken unter die Sachsen den Grund zur Überwindung der Stammes- und Sonderbildungen durch ein starkes Königtum. Das ist in Deutschland früher als in irgendeinem Lande Europas gelungen. Die starken Persönlichkeiten Heinrichs I. und Ottos I. und die Mitwirkung der Kirche haben das vollendet. Heinrich I.: 919—936. Otto I.: 936—973.

Heinrich I. hat das lose Bündnis der Stämme zu einem Bundesstaat Bundesstaat seit Heinrich I. erhoben. Nicht mit Gewalt, sondern durch Verhandlungen und mancherlei Zugeständnisse gewinnt er die Anerkennung seines Königtums bei Bayern und Schwaben. So läßt er Burchard von Schwaben gewähren, als dieser (922) dem König von Hochburgund den Aargau von Aare bis zur Reuß als Mitgift für seine Tochter schenkt. Lothringen bringt Heinrich 925 zum Reiche zurück.

Mit der in Sachsen verankerten Hausmacht verschiebt sich der Schwerpunkt vom Rhein nach dem Nordosten des Reiches. Die Elbe-Saale-Stellung gewinnt erhöhte Bedeutung. Sie war durch Slaven- und Ungarnangriffe besonders gefährdet. Die Grenze gegen die Slaven geht von Riel die Swentine aufwärts, hält sich dann an den Sachsenwald, die Elbe und Saale, sie verläuft weiter jenseits des Thüringer Waldes vom Main ober-

Sachsen
Kern des
deutschen Reiches

halb Bamberg längs des Böhmerwaldes bis zu seinem Südennde. Im Donaugebiete reicht die bayrische Kolonisation bis zur Enns, wahrscheinlich bis zum Wiener Wald, umfaßt Steiermark und Kärnten, d. h. das obere Mur- und Drautal. In der Abwehr der Slaven und der Ungarn liegt Heinrichs besonderes Verdienst.

Für die Verteidigung gründet er in dem städtelosen Lande im Anschluß an größere Siedlungen Burgen (Merseburg, Nordhausen, Quedlinburg, Goslar u. a.), die sich allmählich zu Städten entwickeln, und schafft sich eine Lehnsreiterei. Wegen der politischen und militärischen Überlegenheit gelingt es ihm, (925—932) die Elbslaven, die Tschechen und Böhmen zu unterwerfen. Nach Einnahme der Hevellerhauptstadt Brennabor (Brandenburg) am Eingang des Havellandes setzt er hier einen Markgrafen ein. Ebenso legt er im Gebiet der Daleminzier die Burg Meißen an, die den Elbeingang nach Böhmen beherrscht. Obotriten und Tschechen behalten ihre Fürsten und innere Selbständigkeit, müssen aber Tribut zahlen. In Böhmen findet jetzt auch das Christentum Eingang, aber noch nicht bei den Slaven zwischen Elbe und Oder. Gegen die Dänen stellt er die Mark Schleswig Karls des Großen von der Eider bis zur Schlei wieder her.

Die Ungarn, die gegen 900 in die Theißebene eingedrungen sind, unternehmen von dort ihre Plünderungszüge nach Italien, Bayern, Schwaben, Sachsen, sogar bis tief nach Frankreich hinein. Heinrich schlägt sie nach Ablauf des neunjährigen Waffenstillstandes bei Riade an der Unstrut 933. Aber erst durch den entscheidenden Sieg Ottos auf dem Lechfelde 955 kommen sie zur Seßhaftigkeit. Sie nehmen um 1000 das Christentum an.

Heinrich hat in kluger Beschränkung der Ziele nach Maßgabe seiner Macht dem Reiche die Grundlagen gegeben, auf denen Otto I. den Einheitsstaat aufbauen konnte.

XII. Wiederaufrichtung des römisch-deutschen Kaisertums unter Otto d. Gr. Seine Beherrschung des mitteleuropäischen Raumes und Vormachtstellung im Abendlande.

Das Einheitsreich Otto d. Gr. auf Grund des geistlichen Fürstentums.

Stammesbewußt-
sein gegen Zentral-
gewalt

Heinrichs Königsmacht hat sich so gefestigt, daß die Großen zu seinen Lebzeiten, ohne irgendwelche Schwierigkeiten zu machen, seinen Sohn Otto als Nachfolger anerkennen. Gegen Ottos Bemühungen, die Macht der Herzöge zugunsten strafferer staatlicher Zusammenfassung einzuschränken, kommt es zur Empörung. Nach ihrer Niederwerfung verleiht Otto die Herzogtümer (Bayern, Schwaben, Lothringen) an nahe Verwandte, Franken behält er selbst. Aber auch diese Verwandtenpolitik scheidet. Zu stark ist das Stammesgefühl noch lebendig; es läßt sich sogar von dem Ehrgeiz stammfremder Herzöge gegen den König zur Auflehnung fortreißen.

Einheitsstaat. Die
Kirche Stütze der
Königsmacht

Nach den Erfahrungen des liudolfingischen Aufstandes stützt sich Otto in der Folgezeit auf die Kirche und stellt den Staat auf eine neue Grundlage. Die Kirche hat sich ja von jeher für die Reichseinheit einge-

setzt (vgl. S. 32). Ihr klösterlicher und bischöflicher Besitz überschneidet die Stammesgrenzen oder liegt oft genug auf dem Gebiet mehrerer Herzogtümer. Werden Erzbischöfe, Bischöfe und Äbte jetzt Reichsfürsten, so muß sich um so eher der Zusammenhalt der Stammesgebiete lockern. So verleiht Otto der Kirche Königsgut, gibt Bischöfen und Äbten Grafschaften und gräfliche Stellung, Zoll-, Münz- und Marktrechte und erhebt sie durch diese Verleihung weltlicher Rechte zu Beamten des Reiches, zu Reichsfürsten. Bei Todesfall kann er stets ihm ergebene, ihm gefügige Nachfolger bestimmen; bei der Ehelosigkeit der Geistlichen hat er die aus der Erblichkeit der Lehen sonst erwachsenden Gefahren nicht zu befürchten. Bei einem Aufgebot von 2690 Gepanzerten zur Heerfahrt Ottos II. nach Italien sind allein 1504 von geistlichen Herren gestellt. Man erkennt ihre weitreichende Bedeutung. Zuverlässige Stützen der Königsmacht können die geistlichen Reichsfürsten nur dann sein, wenn der König die Kirche sicher beherrscht. Darum sichert sich Otto entscheidenden Einfluß auf ihre Wahl. In des Königs Hand liegt die Investitur. Sein Bruder Brun bekommt das Erzbistum Köln nebst dem Herzogtum Lothringen, sein Sohn Wilhelm das größte Erzbistum: Mainz.

Vor allem muß Otto daran gelegen sein, auch den Papst, das geistliche Oberhaupt, von dem deutschen König abhängig zu machen. Der Hilferuf des Papstes gegen Berengar von Ivrea gibt ihm dazu Gelegenheit. Otto bringt ihm 962 Hilfe, sichert sich zugleich aber entscheidenden Einfluß auf die Papstwahl. Er knüpft sie an seine Zustimmung, vor der Weihe hat der Papst dem Könige den Treueid zu leisten. Widerspenstige Päpste setzt er ab. Auch die Erneuerung der römischen Kaiserwürde 962 bedeutet neben der Mehrung seines Ansehens die Beherrschung des Papsttums. Seine Stellung zur Kirche, sein Eingreifen in die italienischen Verhältnisse ist also die folgerichtige Auswirkung seiner deutschen Innenpolitik. Mit der Beherrschung des Papsttums vermeidet er jeglichen Konflikt, in den die Geistlichen bei ihrer Doppelstellung zu Reich und Kirche kommen könnten.

Sieg des Kaiser-
gedankens

Der spätere Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum hat aber in diesem Verhältnis seine Wurzeln. Die deutschen Könige lassen sich seitdem zu römischen Kaisern krönen. Nur deutsche Könige — wenn auch nicht alle — haben die Kaiserkrone getragen. Die damit für Italien beginnende ruhigere Entwicklung kommt vor allem den Städten zugute und gewinnt bei der kulturellen Bedeutung des italienischen Städtetums im Mittelalter europäische Bedeutung. Der Kaisergedanke hat das deutsche Nationalgefühl gegenüber dem Stammesgefühl und gegenüber der Verschiedenheit der Stämme in Sprache, Recht und Sitte zur Entwicklung gebracht. „Aus der Reichsgemeinschaft wird eine Volksgemeinschaft.“ Der Romzug ist gleichsam eine nationale Verpflichtung und stärkt ungemein das Einheitsbewußtsein.

Andererseits hat die italienische Politik und ihre Folgen zweifellos die Kaiser von ihren besonderen Aufgaben in Deutschland und im slavischen Osten abgelenkt.

Immerhin müssen wir uns bei der Beurteilung auch dessen bewußt bleiben: Otto I. setzt jetzt nur eine italienische Reichspolitik

Italienische
Reichspolitik

an die Stelle einer selbständigen Politik der süddeutschen *Stammesgebiete*, die von Bayern aus über den Brenner, von Schwaben über Splügen und Septimer und von Burgund über den Mt. Genèvre, Mt. Cenis und St. Bernhard ihre Macht nach Süden zu erweitern suchten. Außerdem ging die große *Welthandelsstraße* zwischen Orient und Okzident von Bagdad über Byzanz als Umschlaghafen, über Venedig, Genua, Pisa (Marseille) durch das Rheintal nach England, Skandinavien, Rußland. Beherrschung der Alpenpässe und Italiens ist auch aus diesem Grunde erforderlich. Mit Venedig schließt Otto gleich nach seinem ersten Staliengzug einen Handelsvertrag ab und läßt Venedig alle Handelsfreiheit im Reiche. Die langobardischen Fürstentümer Capua und Benevent müssen 966 die Lehnsüberhoheit der neuen Mittelmeeremacht anerkennen und verbürgen besseren Schutz Roms. Die Verlobung seines als Nachfolger schon 961 anerkannten Sohnes Otto II. mit der byzantinischen Prinzessin Theophano bedeutet die Anerkennung durch Ostrom.

Fortsetzung der
Ostpolitik

Im Osten des Reiches hat Otto die *Slavenpolitik* seines Vaters weitergeführt. Er gründet hier die Bistümer Brandenburg, Havelberg, Oldenburg (in Holstein), Merseburg, Zeitz (später nach Naumburg verlegt), Meissen und gibt damit dem Slavenlande die kirchliche Ordnung. Die Marken Hermann Billungs an der unteren Elbe, Markgraf Gerros (Nordmark) an der Mittelelbe, die Mark Meissen und Lausitz festigen unter den Slaven die deutsche Herrschaft. Böhmen muß 950 von neuem die deutsche Lehnsüberhoheit annehmen, Polen 962. Eine Besiedlung mit deutschen Bauern ist damals noch nicht in nennenswertem Umfange erfolgt, höchstens im Lande zwischen Saale und Mulde. Noch ist von einem Bevölkerungsüberschuß keine Rede.

Der große Slavenaufstand 983 (auf die Kunde von Ottos II. Niederlage bei Cotrone in Unteritalien) macht alle Erfolge zunichte. Heinrich II. (1002—1024) nimmt die Arbeit wieder auf. Konrad II. (1024—1039) macht die Polen wieder lehnspflichtig, 1031 nimmt er ihnen die Lausitz. Die Niederlausitz kommt an die sächsische Mark der Wettiner, die Oberlausitz an die thüringische Mark Meissen. Böhmen gehört seit 1041 dauernd zum Reiche. Die Gründung des Bistums Prag 975 und des Erzbistums Gnesen um 1000 gibt der slavischen Kirche einen eigenen nationalen Mittelpunkt und macht sie von der deutschen Kirche unabhängig. Dieselbe Bedeutung hat für die Ungarn, die von Salzburg das Christentum bekommen haben, das Erzbistum Gran.

Das Reich
die europäische
Vormacht

Auch gegenüber den Nachbarreichen setzt sich Otto durch, ohne dabei Eroberungspläne zu verfolgen. Er schützt den schwachen Karolinger Ludwig IV. Ultramarinus in Frankreich gegen seinen unbotmäßigen und als Nachbarn gefürchteten Vasallen Hugo von Francien. Grenze gegen Westfranken bleiben Schelde, Maas und Ardennen. Er setzt in Burgund den vertriebenen König wieder ein und gewinnt durch seinen Schützling Einfluß auf das wichtige Alpenpaßland. In Italien bekämpft er Berengar von Ivrea und heiratet Adelheid, die Witwe des letzten rechtmäßigen Königs. Seitdem trägt der deutsche König zugleich die *italienische Königskrone*.

Das *römisch-deutsche Kaiserreich* ist durch Otto *Vormacht* des Abendlandes geworden und hat sich in dieser Stellung bis Ende des 12. Jahrhunderts behauptet.

Die Grenzgebiete des Reiches sind unter Ottos beiden Nachfolgern, Otto II. (973—983) und Otto III. (983—1002), hart umkämpft und gehen zum Teil vorübergehend verloren. Glücklich verteidigt Otto II. die Westgrenze. Der französische König will Lothringen und damit die Rheinlinie gewinnen; Otto II. weist ihn durch einen kühnen Zug, der ihn bis auf den Montmartre vor Paris führt (978), endgültig ab. Aber in seiner Hoffnung, den byzantinischen Besitz in Unteritalien als Erbe seiner Gemahlin zu gewinnen, sieht sich Otto getäuscht. Ostrom verbündet sich vielmehr mit den ungläubigen Sarazenen gegen die unerwünschte neue Mittelmeermacht. Otto erliegt ihnen in der Schlacht bei Cotrone 982.

Grenzlandkämpfe
der letzten
Sachsenkaiser

Doch Heinrich II. (1002—1024) stellt die durch die Mißerfolge Ottos gefährdeten Reichsgrenzen in vollem Umfange wieder her, wie sie Otto der Große dem Reiche gegeben hatte. Er nimmt die Slavpolitik wieder auf und zwingt den Polenkönig Boleslav Chrobry, die deutsche Lehnsoberrhoheit über die Mark Meißen und Lausitz anzuerkennen. Nach dem Tode Boleslavs wird auch Polen unter Konrad II. lehnspflichtig, und Böhmen 1041 unter Wahrung seines eigenen Staatsrechts endgültig dem deutschen Reiche eingegliedert.

Die Nordgrenze wird unter Konrad II. wieder auf die Eider zurückgenommen und die Mark Schleswig an Knut den Großen von Dänemark gegeben, dessen Tochter Konrads Sohn Heinrich III. heiratet. In Unteritalien erneuern Heinrich II. und Konrad II. die Lehnsoberrhoheit über die langobardischen Fürstentümer Benevent, Salerno, Capua. Die deutsche Stellung Byzanz gegenüber ist gewahrt. Konrad II. belehnt den Normannenführer Rainulf mit der Grafschaft Aversa und legt damit den Grund für das Normannenreich in Unteritalien. Später überläßt Heinrich III. den Normannen das von ihm eroberte Apulien als Lehen. Calabrien und Sizilien erhalten sie 1059 vom Papste zu Lehen.

Wichtig ist die Gebietsabrundung und Deckung der westlichen Flanke im Südwesten durch die Erwerbung Burgunds 1033. Der deutsche König wird mit seiner Wahl zugleich König von Burgund. Das Rhonegebiet und die Westalpen umschließen jetzt Oberitalien, die Beherrschung der Alpenpässe sichert den Besitz Italiens und die italienische Reichspolitik (vgl. S. 37/38). Heinrich III. erzwingt auch die Anerkennung der Oberlehnsoberrhoheit über Ungarn 1045 und erweitert die Grenzen der bayrischen Ostmark bis zur March und Leitha.

Das Ottonische System bewährt sich als sichere Grundlage der Reichsverfassung, hilft auch über die Zeit vormundschaftlicher Regierung für den unmündigen Otto III. hinweg. Bayern bezahlt die Auflehnung gegen Otto II. mit der Aufteilung des Stammesgebietes. Kärnten wird mit der Markgrafschaft Verona 976 abgetrennt und ein eigenes Herzogtum. Die bayrische Ostmark (Mark Österreich) kommt an die Babenberger und wird 1156 als Herzogtum Österreich selbständig.

Reichsverfassung

Eine Lockerung des inneren Reichsbestandes ist unter Otto III. (983—1002) nicht zu verkennen. Die religiös-schwärmerische Veranlagung, die phantastischen Vorstellungen von römischer Kaiserherrlichkeit und Macht, von der Gründung einer Weltherrschaft und eines Gottesreiches

auf Erden entfremden ihn den Deutschen. Es fehlt seiner Politik jede Zielsicherheit und Festigkeit. Erst die nüchterne *Realpolitik* *Heinrichs II.* (1002—1024), des letzten Erben aus dem sächsischen Königshause, zieht die Zügel wieder straff an. Wie er die Grenzen im Umfange des Ottonischen Reiches wieder herstellt, so bringt er die Königsrechte im Innern kraftvoll zur Geltung. Trotz seiner kirchlichen Gesinnung hält er die Kirche seinen staatlichen Zwecken dienstbar.

Machtstellung der
fränkischen Kaiser

Ebenso hält *Konrad II.* an dieser Politik fest. Die meisten Herzogtümer behält er für die Krone: Bayern, Schwaben, Franken, Kärnten. Um der Krone ein Gegengewicht gegen die großen Vasallen zu schaffen, versucht er die kleinen Lehnsträger von ihren Herren unabhängig zu machen, indem er die Erblichkeit ihres Besitzes anerkennt (*constitutio de feudis* 1023). In Italien wird diese Erblichkeit Gesetz. Die Ministerialen sind solche kleinen Lehnsträger, die im Dienste des Königs Bedeutung und Ansehen erwerben. Das Kaisertum steht auf dem Höhepunkt.

Im Jahre 1024 ist die Krone auf das Haus der Franken übergegangen. Die Macht des Königtums gegenüber dem Papst zeigt sich bei der Kirchenspaltung zur Zeit *Heinrichs III.* (1039—1056), des Sohnes *Konrads II.* Auf der Synode zu Sutri 1046 setzt er alle drei Päpste ab und erreicht dreimal die Wahl eines deutschen Papstes. Ganz im Sinne der Ottonischen Politik und Verfassung setzt er sich dem Papsttum gegenüber durch. Ganz Mitteleuropa ist im deutschen Reiche zusammengefaßt. So ist die Königsmacht und das mittelalterliche Kaisertum innerlich gefestigt und unbestrittene Vormacht im Abendlande. Und doch hat *Heinrich III.* unbewußt schon durch seine Zugeständnisse an die kirchliche Reformbewegung die Königsmacht preisgegeben.

XIII. Kaisertum und Papsttum im Ringen um die Oberhoheit und Weltherrschaft.

Heinrichs IV. Kampf mit *Gregor VII.* Der Kirchenstaat und die Normannen in Unteritalien.

Erneuerung
der Kirche

Gegen die Entartung des Klosterwesens, gegen das lockere, üppige, oft unsittliche Leben der Mönche, gegen die Verweltlichung der Geistlichkeit wendet sich eine kirchliche Reformbewegung, die vom Kloster Cluny in Südfrankreich ausgeht und sich dann auf die gesamte Kirche überträgt. Man verlangt strenge Zucht, Verinnerlichung des religiösen Lebens der Geistlichkeit, darum Lösung der Kirche von allen weltlichen und staatlichen Bindungen. Deshalb fordert die Reformbewegung Ehelosigkeit (Zölibat) auch der niederen Geistlichkeit, Beseitigung der Laieninvestitur (Einsetzung der Geistlichen durch weltliche Herren) und des Amterkaufs (Simonie). Das Ziel ist, den Gottesstaat auf Erden zu errichten, das ganze Diesseits unter die Ewigkeitsaufgaben zu stellen. Die Kirche muß darum nicht nur frei sein von weltlichem Einfluß, sie muß die Weltlichkeit, den Staat beherrschen.

Heinrich III. fördert unter Einfluß seiner Gemahlin *Agnes von Poitou* die Reformbestrebung, ohne sich der letzten Folgen ihrer staatlichen Auswirkung bewußt zu werden. Er nimmt auch die Friedensbewegung der

Cluniacenser auf und läßt die *treuga dei* verkünden. Er selbst denkt gar nicht daran, von seiner Macht über die Kirche etwas herzugeben. Aber er verzichtet auf die Simonie, sorgt für die Einsetzung würdiger Geistlichen, befreit die Päpste von der Herrschaft römischer Adelsparteien. Die unter seinem bestimmenden Einfluß gewählten Päpste sind Vertreter der Reform. Er überläßt dem Papst Benevent und macht Viktor II. zum Statthalter von Italien. So gewinnt das Papsttum durch den Kaiser selbst die Kraft und Macht zum Kampf mit dem Kaiser.

Die Herzogsgewalten läßt er wieder hochkommen, indem er Bayern, Schwaben und Kärnten wieder an Herzöge ausgibt.

Machtzuwachs
der Kirche und
Herzogsgewalt
unter Heinrich III.

Das sind die gegnerischen Mächte, die im Kampfe gegen die Königsgewalt zusammengehen. Er kommt zum Austrag in dem Augenblick, wo das Papsttum sich stark genug fühlt, das letzte und höchste Ziel der Reformbewegung klar herauszustellen: Herrschaft der Kirche über den Staat. Schon auf der Lateransynode 1059 wird die Papstwahl den 7 Kardinalbischöfen des Kirchensprengels von Rom zugesprochen. 1075 erhebt der Papst erneut mit größerem Nachdruck die Forderungen auf Ehelosigkeit, Abschaffung der Simonie und Laieninvestitur.

Von entscheidender weltgeschichtlicher Bedeutung ist es, daß das Papsttum in der gewaltigen Persönlichkeit Gregors VII. seinen bedeutendsten und mächtigsten Vertreter gerade zu der Zeit hat, wo in dem deutschen Reiche größte Verwirrenheit herrscht. Als Heinrich III., erst 39 Jahre alt, stirbt, muß für seinen sechsjährigen Sohn Heinrich IV. eine vormundschaftliche Regierung eintreten. Ein Staatsstreich entzieht den jungen König der Mutter und bringt ihn und damit nach altem Recht auch die Leitung der Staatsgeschäfte in die Hand des Erzbischofs Anno von Köln, der sie und die Erziehung des jungen Königs aber bald an Adalbert von Bremen überlassen muß. Die Fürsten beseitigen auf dem Reichstag zu Tribur 1066 auch dessen Einfluß. Als der sechzehnjährige König nach einer so unglücklichen Jugend für mündig erklärt wird, steht er vor den größten Schwierigkeiten.

Die Macht des Fürstentumes ist inzwischen gewachsen. Heinrichs Mutter hatte die Herzogtümer neu besetzt, Schwaben an ihren Schwiegersohn Rudolf von Rheinfelden, Bayern an Otto von Nordheim, Kärnten an Berthold von Zähringen gegeben. Um die Königsgewalt neu zu kräftigen, will Heinrich in der Verbindung von Sachsen und Franken, durch die Befestigung des Durchgangsgebietes vom Harz bis zum Thüringer Becken und durch Vergrößerung des Krongebietes einen festen Mittelpunkt für eine zentrale Reichsregierung schaffen. Die mit den Bauten der Burgen, mit der ständigen königlichen Hofhaltung (an Stelle der bisherigen Wanderregierung) verbundenen drückenden Lasten, die Gewaltsamkeiten und Übergriffe der königlichen Dienstmannen, die Zurücksetzung der sächsischen Edeln führen zur Empörung der Sachsen. Heinrich muß fliehen. Otto von Nordheim ist der erbitterteste Gegner; Thüringen, Bayern, Schwaben schließen sich an. Nur bei den Lothringern, in den Rheinstädten, besonders Worms, findet Heinrich Freunde und Rückhalt. Roheiten der Sachsen nötigen aber die Fürsten zu Hilfeleistung.

Die Fürsten gegen
die Königsgewalt

Bei Hohenburg an der Unstrut erleiden die Sachsen eine völlige Niederlage.

Die Kirche gegen
das Königtum

Als Heinrich jetzt Anstalten macht, nach Italien zu gehen, angeblich zur Kaiserkrönung, in Wirklichkeit, um auf die vielen Beschwerden gegen Gregor VII. (unkanonische Wahl, Unterstützung des niederen Klerus und der Volksmasse gegen die weltlichen und geistlichen Großen) Ordnung zu schaffen, entschließt sich Gregor selbst zum Angriff. Seine Stützen und Verbündeten in Italien sind die Normannen (Robert Guiskard) und Toskana (Mathilde von Tuscien). Er macht dem König Vorwürfe, die Simonie zu begünstigen, verlangt Gehorsam und droht mit der Absetzung. Auf einem Nationalkonzil zu Worms stellen sich die Bischöfe auf die Seite des Königs und setzen den Papst ab. Dieser antwortet mit dem Bann und löst die Untertanen von ihrem Treueid. Alles kommt jetzt darauf an, welche Stellung die Fürsten einnehmen werden. Sachsen, Bayern, Schwaben treten auf die Seite des Papstes. Die deutschen Kirchenfürsten, zunächst Bundesgenossen Heinrichs, erlahmen in ihrem Widerstand gegen den Papst. Von den Erzbischöfen kann sich Heinrich nur auf den Erzbischof von Bremen und Trier verlassen, außerdem auf die Städte. In der Lombardei hält es die Mehrzahl der weltlichen und geistlichen Großen mit Heinrich. Gegenüber der starken Gegnerschaft ist es unmöglich, Gewalt anzuwenden. Die von den Fürsten auf ihrer Zusammenkunft in Tribur 1076 beabsichtigte Absetzung verhindern nur die päpstlichen Legaten, da es dem Papst nur auf Demütigung und gefügigen Gehorsam des Königs ankommt, sein Ziel also von dem der Fürsten verschieden ist. Heinrich muß sich aber verpflichten, binnen Jahresfrist sich vom Bann zu lösen. So bleibt Heinrich keine Wahl. Er unternimmt den Gang nach Canossa 1077. Der Papst, ohne Verbindung mit seinen Freunden, darf als Priester der Buße Heinrichs nicht die Vergebung versagen, wenn es ihn auch politisch in Nachteil setzt.

Wahlkönigtum

Trotz Canossa wählen die deutschen Fürsten einen Gegenkönig, Rudolf von Rheinfelden, Herzog von Schwaben. Der Weg zum Wahlkönigtum wird beschritten. Rudolf muß das Wahlrecht ausdrücklich anerkennen und auf Erblichkeit verzichten, in Gegenwart päpstlicher Legaten, die für die Kirche freie kanonische Bischofswahl zur Bedingung machen. Der Kampf geht hin und her, besonders in Schwaben und Franken. Der Papst hält sich zunächst zurück. In der Schlacht an der Elster wird Rudolf die Schwurhand abgehauen.

Um nicht seinen Einfluß zu verlieren, nimmt der Papst 1080 doch Partei und bannt Heinrich zum zweiten Male. Sofort erfolgt der Gegenbann der deutschen Bischöfe, und diesmal bleiben sie treu, auch die lombardischen Bischöfe halten zum deutschen König. Jetzt geht es um die letzte Entscheidung; der Papst rückt die Investiturfrage in den Mittelpunkt, die Lebensfrage und Grundmauer der deutschen (Ottomischen) Reichsverfassung. Noch leidenschaftlicher als bisher wird der Kampf geführt. Heinrich trägt ihn nach Italien. Trotz eines neuen Gegenkönigs in Deutschland (Hermann von Luxemburg) bleibt er in Italien, zieht in Rom ein und belagert Gregor in der Engelsburg. Robert Guiskard befreit den Papst, der 1085 in der Verbannung in Salerno stirbt.

Die vom Papst vertretene Weltanschauung bleibt lebendig. Seine geistliche Autorität hat mächtig an Geltung gewonnen. In seiner Person ist Gott verkörpert. Das hebt auch Ansehen und Bedeutung der Kirche. Ihr letztes Ziel, Herrschaft über die Welt und über den Staat, hat sie zwar nicht erreicht, sie ist aber durch Gregor VII. eine ebenbürtige Macht neben dem Staate geworden. Freilich für die Kirche entsteht die Gefahr, bei ihrem Ringen um die weltliche Macht an ihrem innersten Wesen Schaden zu nehmen und von neuem zu verweltlichen.

Die Kirche
ebenbürtige Macht
neben dem Staate

Während Heinrich lange Jahre in Italien bleiben muß, da die Welfen die Alpenpässe besetzt halten, geht in Deutschland alles drunter und drüber. Der Haß fanatischer Geistlichen kennt keine Grenzen. Auch das Schwerste ist dem unglücklichen Kaiser nicht erspart geblieben, der Verrat seiner Söhne, zunächst Konrads, schlimmer noch Heinrichs V., der die Führung der Fürstenverschwörung übernimmt. Treu zu Heinrich halten bis zum Ende seine Ministerialen, die Städte, die oberdeutschen Bauern und Friedrich von Bären, der Stammvater der Staufenen, dem Heinrich Schwaben verleiht. Auf die Investitur hat Heinrich nicht verzichtet. Unbesiegt stirbt er 1106 in Lüttich.

Auch Heinrich V. hält an der Investitur fest. Aber Verhandlungen mit dem Papste, neue Unruhen in Deutschland (Niederlage Heinrichs 1115 am Welfesholz), Bann des Papstes, allgemeines Friedensbedürfnis zwingen Heinrich schließlich zum Wormser Konkordat 1122. (Nur die kaiserliche Urkunde ist vorhanden, und es bleibt zweifelhaft, ob die päpstliche Gegenurkunde je unterzeichnet worden ist.) Danach verspricht der Kaiser freie kanonische Wahl der Bischöfe und Äbte in Gegenwart des Kaisers. Der Kaiser belehnt mit dem Szepter und überträgt damit die Regalien, während der Papst durch Verleihung von Ring und Stab in das geistliche Amt einsetzt. In Deutschland soll die Weihe nach der königlichen Belehnung, in Italien und Burgund vorher erfolgen. Die Krone behauptet also die Investitur, wenn auch in veränderter Form.

XIV. Erweiterung des politischen Schauplatzes im Norden und Osten. Christlicher Glaube und die Kreuzzüge.

1. Nordische Machtbildungen: Das Reich Knuts d. Gr. 1016—1035 und Waldemars II. 1202—1241.
2. Das christliche Abendland im Gegensatz zur orientalisches-mohammedanischen Welt (11. Jahrhundert).
3. Die Kreuzzüge (1. bis 3.).

1. Die Ausbreitung des Islams hat die politische und kulturelle Einwirkung Europas auf wesentlich engeren Raum beschränkt. Dieser räumliche Verlust wird einigermaßen durch die Erweiterung des geschichtlichen Schauplatzes im Norden und Osten auf die Länder Scandinaviens und Rußlands ausgeglichen. Auch die Kenntnis des Orients wird durch die Normannenfahrten und Kreuzzüge reicher und gründlicher, als sie bis dahin war. Mit diesen Unternehmungen beginnt ein neuer Vorstoß des Abendlandes gegen den Orient.

Nordische Staaten

Wieweit die Normannen an der Erschließung des Nordens und Ostens beteiligt sind, hat das Blatt VI gezeigt. Knut d. Gr. 1016—1035 beherrscht ein Reich, das die die Nordsee umrandenden Staaten zusammenfaßt. Waldemar II. 1202—1241 versucht die Gründung eines dänischen Großreiches um die Ostsee als Binnenmeer, bis der Sieg der niederdeutschen Fürsten 1227 bei Bornhöved die deutsche Küste ihm wieder entreißt.

Ostbewegung in Mitteleuropa

Dem allgemeinen Triebe der christlichen Völker nach räumlicher Erweiterung entspricht die Ostausdehnung des deutschen Volkes. Denn inzwischen sind die vorhandenen Siedlungsflächen besetzt, auch Wälder gerodet, die Bevölkerung hat sich vermehrt. Bedürfnis nach Neu-land, Aussichten auf besseres Fortkommen sind die Gründe für die Kolonisation. Abendländisches Wesen und Christentum wandern mit. Ostwärts geht die Bewegung, da allein in dieser Richtung noch weniger kultivierte, noch heidnische Völker wohnen. Schweden gehen nach Finnland. Die Deutschen unterwerfen das Slavenland zwischen Elbe und Oder, kolonisieren das Weichselland und die Baltenlande und schieben sich im Donau- und Alpengebiete vor. Italiener haben sich jenseits des Adriatischen Meeres niedergelassen.

2. Die christlichen Völker und Staaten haben bei ihrem Vordringen bewußt den christlichen Glauben weitergetragen, während es den Arabern im wesentlichen nur auf Unterwerfung der Völker ankam, nicht auf Verbreitung des Islams, und sie das Christentum darum nicht ausrotteten.

Der mittelalterliche Mensch ist seinem innersten Wesen nach religiös. Die Tiefe dieses Gefühls kommt in der kirchlichen Reformbewegung, in der wachsenden Autorität des Papstes zum Ausdruck. In ursprünglich christlichem Sinne hat dieses irdische Leben nur Bedeutung als Vorbereitungszeit für das Jenseits, darum ist Entsagung und Verachtung der Welt die beste Heiligung. Werke christlicher Nächstenliebe an Kranken und Hilfsbedürftigen sind Gott besonders wohlgefällig und verdienstvoll. Wallfahrten, Pilgerzüge, Bekehrung der Ungläubigen ist inneres Bedürfnis. Kunst (Kirchenbauten) und Wissenschaft (Scholastik) stehen fast ausschließlich im Dienste der Kirche. Die Mönchsorden (Zisterzienser seit 1098, Prämonstratenser 1121) sind ein deutlicher Ausdruck der Zeit.

Die Ritterorden

Im heiligen Lande sind zum Schutz der Pilger und der christlichen Staaten im heiligen Lande die geistlichen Ritterorden entstanden, die Johanniter (1048), die Templer (1118) und der deutsche Ritterorden (1191), eine Verbindung von Mönchtum und Rittertum. Zu den Mönchsgelübden tritt die Verpflichtung zum Kampf gegen die Ungläubigen.

Der deutsche Orden folgt 1225 unter dem Hochmeister Hermann von Salza einer Aufforderung zur Bekehrung der heidnischen Preußen im Weichsellande. Durch ihn wird der Nordosten dem Christentum erschlossen.

Abendländischer Kampf gegen den Islam

3. Auch in der Kreuzzugsbewegung lebt dieser religiöse Grundzug, verbunden mit politischen und wirtschaftlichen Antrieben. Franzosen, Normannen, die Unternehmungen der aufkommenden italienischen Seestädte weisen die Wege.

Südfranzosen (Aquitainer, Provenzalen, Burgunder — Heinrich von Portugal) und Normannen kämpfen gegen die Araberherrschaft in Spanien. Schritt um Schritt muß der Islam weichen. 1285 fällt Toledo, 1492 das letzte Bollwerk, die Alhambra. Sardinien und Korsika werden von Genua und Pisa den Sarazenen entrisen. In Unteritalien und Sizilien setzen sich die Normannen seit 1016 fest (Kgr. Neapel u. Sizilien 1130 vereinigt).

Nach Jerusalem hat man zu allen Zeiten Pilgerfahrten gemacht. Die Araberherrschaft ist duldsam und milde. Schwierigkeiten entstehen, als der türkische Stamm der Seldschuken von Turkestan her erobernd nach Syrien und Kleinasien vordringt und sich zum Herrn von Jerusalem macht. Papst Urban II. ruft auf dem großen Kirchenkonzil zu Clermont 1096 zum Kreuzzug auf. Es beteiligen sich nur französische und normannische Fürsten, von Deutschen nur Lothringer: Raimund von Toulouse, Graf Robert von der Normandie, Hugo von Vermandois, Gottfried von Bouillon, Herzog von Lothringen, und sein Bruder Balduin. 1099 fällt Jerusalem. Gottfried wird Beschützer des heiligen Grabes, erst sein Bruder und Nachfolger nennt sich König von Jerusalem. Zu ihm stehen die Fürstentümer Tripolis, Antiochia und Edessa in loser Abhängigkeit.

Der zweite Kreuzzug 1147—1149, den Ludwig VII. von Frankreich und Konrad III. nach dem Fall von Edessa unternehmen, endet erfolglos vor den Toren von Damaskus.

1187 wird Jerusalem von dem Sultan Saladin erobert. Das ist der Grund zum dritten Kreuzzug. Kaiser Friedrich I., Richard Löwenherz von England und Philipp II. August von Frankreich führen ihn. Nach dem Tode Kaiser Friedrichs I. im Flusse Saleph erobert sein Sohn Alkon. Aber infolge der Streitigkeiten der Deutschen und Franzosen mit Richard Löwenherz bringt auch dieser Kreuzzug kein Ergebnis: 1189—92.

Italien ist wieder geographischer Mittelpunkt geworden (vgl. I S. 34, II S. 17). Italiens Bedeutung in seiner Lage an der großen Welthandelsstraße ist schon erwähnt (S. 38). Diese Kreuzzugsbewegung, die Auseinandersetzung des christlichen Abendlandes mit dem Islam rückt es ganz in den Vordergrund. Deutschland tritt zurück. Das hat die deutsche Kaiserpolitik mit dazu bestimmt, auf die Beherrschung Italiens bedacht zu sein.

Italien wieder
geographischer
Mittelpunkt

XV. Deutsche Schicksalswende: Die Königswahl von 1138. Die Rückbesiedlung des Ostens.

1. Südpolitik der Hohenstaufenkaiser.
2. Ostpolitik der grenzmärkischen Landesfürsten und Ostbewegung des deutschen Volkes.

1. Mit der Stauferzeit tritt die Auflösung der auf den alten Stammesgebieten beruhenden Herzogsgewalt stärker hervor. Die hohen Reichsämter (Grafen usw.) haben sich in erbliche Fürstentümer verwandelt. Die Inhaber bemühen sich, mit Gewalt oder durch Heiraten ihre Macht zu vergrößern. Infolge der privatrechtlichen Auffassung, die sich allgemein auch bei der Vererbung verliehener staatlicher Rechte und Ämtern

Auflösung der
Stammesherzog-
tümer

durchseht, entbehren die entstandenen Herrschaftsbereiche meist des landschaftlichen Zusammenhanges, sind vielmehr eine Sammlung von Liegenschaften in willkürlicher Verzettelung. Das Herzogtum Sachsen z. B. ist in dieser Zeit kein einheitliches, in sich geschlossenes Gebiet (Territorium), sondern eine schwer zu entwirrende Masse von Grafschaften und anderen Gebilden in Sachsen, die sich an den Billungischen, Northeimschen, Supplinburgischen Besitz knüpften und dann mit dem welfischen vereinigt wurden.

Territorialfürsten
und Kirche gegen
die Krone

Die fürstliche Reichspolitik läßt jede Staatsgesinnung vermissen, vertritt vielmehr dynastische und landschaftliche Interessen. Bischöfe und Kirche fördern die Auflösungsbestrebungen des Laienadels. Unter Otto dem Großen zu Stützen des Reiches erhoben, arbeiten sie jetzt an seiner Zerstörung.

Heinrich V. und sein Nachfolger Lothar von Sachsen sind kinderlos. Deutlich lassen die Königswahlen Lothars von Supplinburg und Konrads von Franken die Ziele der kirchlich-fürstlichen Politik heraustreten: Festigung des Wahlrechtes, Ausschluß der Erblichkeit, Stärkung der Fürstenmacht, darum Ablehnung eines kraftvollen Königtums.

Gegensatz von
Welfen und
Hohenstaufen

Heinrich hatte seinen Neffen, den Staufer Friedrich von Schwaben, als Nachfolger ausersehen. Der Erzbischof von Mainz weiß aber die Fürstenwahl auf Lothar von Sachsen zu lenken. Um sich zu behaupten, bringt dieser durch Vermählung seiner Tochter mit Heinrich dem Stolzen von Bayern die Welfenmacht auf seine Seite. Damit beginnt der verhängnisvolle Gegensatz zwischen Welfen und Stauern.

Der Kirche liefert Lothar fast völlig die ihr aus dem Wormser Konkordat zustehenden Rechte aus. Sie setzt sich auch bei der Wahl seines Nachfolgers mit ihren Interessen durch. Der verschlagene Erzbischof Albero von Trier erreicht die Wahl Konrads III. Denn Lothars Schwiegersohn, Heinrich der Stolze, ist zu mächtig und im Besitz der Markgrafschaft Tuscien und der Mathildischen Güter der Kirche zu gefährlich. Wieder stehen Stauer und Welfen einander gegenüber.

Die Schicksals-
wende der deutschen
Geschichte

Südpolitik
der Stauer

Mit der Wahl Konrads III. wird das Jahr 1138 die Schicksalswende der deutschen Geschichte. Denn mit der Übertragung der Reichsgewalt auf die Hohenstaufen wird die Stoßkraft des Reiches nach Süden gelenkt. Die Stauferpolitik war durch die geographische Lage ihrer schwäbischen Machtgrundlage, die durch das ausgedehnte fränkische Krongut Stützung und Verbreiterung erfuhr, nach Süden gewiesen. In gleiche Richtung führte sie ihre Beherrschung Burgunds; denn Friedrich I. gewann durch den ausgedehnten burgundischen Allodialbesitz seiner Gemahlin Beatrix die wichtigen Alpenpässe.

Dagegen wäre mit der Nachfolge des Welfen Heinrich, dem Lothar die Reichsinsignien übergeben hatte, von der sächsischen Elbestellung aus die begonnene Kolonisationsarbeit als eine Aufgabe der Reichspolitik erhalten geblieben. Es wäre zu einer politischen Auswertung der machtvollen Ostbewegung des deutschen

Volkes gekommen, die den Bestand des zurückgewonnenen Volksbodens für alle Zukunft gesichert hätte, während nun die Bewegung ohne politische Führung zur Verschleuderung der Volkskräfte führte. Im Besitze Bayerns und Toskanas hätte das welfische Königtum auch S ü d d e u t s c h - l a n d u n d I t a l i e n beherrscht. Die Reichseinheit unter einem kraftvollen Herrscher hätte endlich alle Kräfte des deutschen Volkes zusammengefaßt, die fürstlichen Sondergewalten aber auf ein erträgliches Maß beschränkt.

Mit der Wahl des Staufers trieben Bischöfe und Fürsten aber die Kräfte, die für die Schaffung einer Reichseinheit wertvoll und vermutlich erfolgreich gewesen wären, in Kampfesstellung und entfremdeten Sachsen dem Reiche.

Die Grundlagen zu einer gesicherten Ostpolitik waren schon von Lothar von Sachsen durch Aufnahme und Fortführung der Ottonischen Slavenpolitik gelegt worden. Er hatte die nordelbischen Grafschaften an A d o l f v o n S c h a u m - b u r g 1110 übertragen, die Nordmark, die jetzige Altmark, an A l b r e c h t d e n B ä r e n von Anhalt 1134, die Mark Meißen und Lausitz 1136 an die W e t t i n e r gegeben. Die Huldigung des Dänenkönigs und die Anerkennung der Lehnsoberrhoheit über Rügen und Pommern durch den Pommernherzog beweist seine Machtstellung im Norden und Osten.

Die Grundlagen
einer deutschen
Ostpolitik

Durch die Heirat Heinrichs des Stolzen waren nun die Welfen, die wie die Hohenstaufen aus Schwaben stammen, und nach Erweiterung ihres Besitzes vom Allgäu aus bis nach Bayern hier die Herzogswürde erlangt hatten, nach Norddeutschland gekommen. Die Vereinigung Sachsens und Bayerns, der beiden bedeutendsten Herzogtümer, gab ihnen eine überragende Stellung in Deutschland. Dazu kamen die Markgrafschaft Luscien und die Mathildischen Güter in Italien. Denn als Lothar in Rom 1133 die Kaiserkrone empfing, nahm er gegen Anerkennung des päpstlichen Rechtes auf die Mathildische Erbschaft diese vom Papst zu Lehen und gab sie an seinen Schwiegersohn weiter. Die Welfen beherrschten Mitteleuropa.

2. Mit der Sicherung der Elbe-Saale-Linie, der Volkscheide zwischen Deutschen und Slaven, und der politischen und strategischen Beherrschung des östlichen Vorfeldes durch die Grenzmarken Karls des Großen und seiner Nachfolger war die Wiedergewinnung des deutschen Ostraums vorbereitet. Erst der Vorstoß deutscher Siedler über die Saale hinweg in den Raum zwischen Elbe und Saale und die Ausbreitung des bayrischen Stammes nach Tirol (6. Jahrhundert) und den südöstlichen Alpenvorräumen (Österreich, Steiermark, Kärnten im 8. und 9. Jahrhundert) haben die Ostgebiete Mitteleuropas dem Deutschtum zurück-erworben, die schon vor der Einwanderung slavischer Völker germanischer Besitz waren. Man bezeichnet diese Bewegung kurz als O s t a u s d e h - n u n g d e s d e u t s c h e n V o l k e s.

Während im Südosten die weitstichtige Politik der fränkischen Herrscher das kraftvoll vordringende Deutschtum durch die Gründung von Marken, durch die Vernichtung der Avaren und endlich auch durch die Abwehr des Magyarentumes so weit stärkte, daß es nun seine Grenzaufgaben in die eigene Hand nehmen konnte, verblieb der Nordosten lange Zeit im Zustand militärischer Schutzpolitik, die sich mit der Errichtung fester Stützpunkte und der Unterjochung der einheimischen Fürsten begnügte.

Eine Germanisierung war weit weniger das Ziel als die Christianisierung. Als Mittelpunkt der Missionierung der Elbflaven hatte schon Otto I. den Erztstuhl Magdeburg geschaffen, während weiter nördlich die Bekehrung vom Erzbistum Bremen ausging. Die Taufe der einheimischen Fürsten begünstigte vielfach das Vordringen des Christentums. Freilich traten dabei, namentlich bei den Polen, frühzeitig nationalkirchliche Bestrebungen auf. Bereits der erste christliche Polenherrscher gründete im 10. Jahrhundert das polnische Bistum Posen, das später dem im Jahre 1000 geschaffenen Erzbistum Gnesen unterstellt wurde. Wäre Eindeutschung also Sinn und Ziel der Kolonisation gewesen, so wäre diese nur in sehr beschränktem Maße geglückt. Weder Ritter und Reifige noch Mönche wären dazu in der Lage gewesen.

Das deutsche Volk
und der deutsche
Raum

Die Entscheidung lag beim Bauern. Sie kam mit Beginn des 12. Jahrhunderts, als die Übervölkerung im deutschen Westen, als die Landnot das Jungbauerntum zur Auswanderung trieb. So setzte die Ostbewegung des deutschen Volkes über die Elbe nach Osten, Nord- und Südosten hin ein. Fast unmerklich vollzog sie sich, nicht in Jahren und Jahrzehnten, sondern in Jahrhunderten. Wo die breite bäuerliche Masse wirklich Fuß faßte, da konnte sich das Slaventum nicht behaupten. Nur einzelne fremdvölkische Reste hielten sich im Schoße undurchdringlicher Wälder oder in unzugänglichen Moorlandschaften (vgl. Wenden der Lausitz).

Die nördliche Sied-
lungsbewegung

Der große Strom der Besiedelung nahm im wesentlichen zwei Wege, einen nördlichen, vornehmlich längs der Ostseeküste, und einen südlichen über Schlesien. Der sächsische Stamm übernahm die Führung. Er drängte in breiter Front ins Ostelbische. Bis Pommern hinauf füllte er den Raum mit deutschen Menschen aus allen deutschen Gauen, insbesondere aber vom Unterrhein und Sachsen, ja selbst im Weichselmündungsgebiet und ihren fruchtbaren Niederungen nehmen deutsche Bauern vom Land Besitz. Von Schlesien und der Lausitz durchsickern deutsche Siedlungsgruppen das Land Posen und treffen im Weichseltal auf die früher gelandeten Volksgenossen.

Nicht zielbewußte Reichspolitik wies den Bauern den Weg. Sie hatte sich vom Osten abgewandt und suchte ihre Ziele in der Ausdehnung deutscher Machtstellung nach dem Süden. Die Eindeutschung des Ostens ist vielmehr das Ergebnis einer Herrschaftspolitik landesfürstlicher und geistlicher Gewalten, die ihren Territorialbesitz durch Ansiedlung deutscher Bauern sicherten und ausbauten. Ebenso riefen fremde Landesherren deutsche Ansiedler in ihr Gebiet, weil diese als Pioniere einer höheren Kultur ihrem Lande große wirtschaftliche Vorteile brachten.

Die grenzmärkischen
Fürsten

Außerordentlich günstig für die Bewegung war der Umstand, daß in den Grenzmarken entschlossene und großzügige Herrscher regierten. 1134 war der Aftanier Albrecht der Bär mit der Nordmark, der Schauenburger mit Holstein belehnt, 1136 hielten die Wettiner ihren Einzug ins Land Meißen und in die Lausitz. Im Jahre 1135 nimmt der Polenherzog Pommern und Rügen zu Lehen; die Länder werden alsbald zum Christentum bekehrt. 1143 wird Lübeck, die Ausfallspforte zur Ostsee, vom Schauenburger begründet. Doch erst mit dem Welfen Heinrich dem

Löwen erscheint der Mann, der den Weg in den Osten frei macht. Er unterwirft Ostholstein, Lauenburg und Schwerin, löst 1157 Pommern von Polen und macht es sich lehnspflichtig. 1158 gründet er Lübeck aufs neue. Die südliche Küste der Ostsee ist somit in seiner Hand und steht dem Deutschtum offen. Albrecht der Bär erbt 1150 Brandenburg (jetzt Mark Brandenburg) und erweitert seine Herrschaft in der Prignitz und dem Havellande.

An der Weichsel erscheint bald nach dem deutschen Bauern auch der deutsche Ritter. 1225 ruft der Herzog Konrad von Masovien den deutschen Orden zur Hilfe gegen die heidnischen Preußen, die besonders das Kulmerland schwer heimsuchten. Mittelalterliche Gläubigkeit läßt ungezählte Scharen von Edlen aus ganz Deutschland seinem Heerbann folgen. Nach Beendigung der militärischen Aufgaben sucht er seine Aufgaben auch auf kulturellem Gebiete. Verbreitung deutscher Bodentechnik und Verwaltungskunst, deutscher Kultur und Gesittung erweisen die kulturelle Überlegenheit des Deutschtums. Seine feste Verwurzelung in dem Lande ist den Bauern mitzuverdanken, die der Orden ins Land ruft.

Im Kulmerland und in Pomesanien breiten sich bäuerliche Siedler (1280—1300) aus; von dort dringen sie in die eroberten Gebiete ein und gelangen von Generation zu Generation weiter nach Osten bis ins Samland. Das Ermland wird 1250—1400 besiedelt. Das Jahr 1309 bringt dem Orden durch den Erwerb Pomerellens auch Landbesitz westlich der Weichsel und dadurch gleichzeitig die unmittelbare Landverbindung mit dem deutschen Mutterlande. Das gibt dem Ordensstaat die verbreiterte Grundlage, auf der aufbauend er sich in wenigen Jahrzehnten zu einem der mächtigsten Staaten Europas entwickeln konnte.

Auf der andern Seite bedeutet die Erwerbung Pomerellens auch die Entstehung des deutsch-polnischen Gegensatzes, der sechs Jahrhunderte hindurch sich unheilvoll für beide Teile auswirken sollte, dem Ordensstaat zum Verderben wurde, und 1919 bei der Schaffung des heutigen Korridors die entscheidende Rolle spielte.

Auch über See führte der Weg der deutschen Ostwanderung des Mittelalters. 1163 fand von Lübeck aus die „Aufsegelung“ des baltischen Gestades durch deutsche Kaufleute statt. Dem Kaufmann folgte der Handwerker, der Missionar und der Ritter. Nur der Bauer folgte nicht. Er zieht nur über Land.

Der „Schwertbrüderorden“ bekehrt die Letten, Liven und Kuren. 1201 wird Riga gegründet. Unter einem eigenen Meister geht der Schwertorden 1237 in dem deutschen Orden auf. In den folgenden Jahren wird das Land bis zum Peipussee und der Narwa unterworfen und christianisiert. Nach Süden gelingt ein Vorstoß an der Küste entlang, der zur Gründung der Memelburg führt. Der Versuch, durch Unterwerfung Schameitens (Samogitiens) und Litauens die Landverbindung zum preußischen Ordensland herzustellen, mißlingt. Nur Samogitien hat sich nach langen Kämpfen endlich 1384 fügen müssen. Litauen bleibt ein Hohlraum in der deutschen Besiedelung der Ostseeländer. Da die baltischen Länder keinen Zuzug von deutschen Bauern bekommen, bleibt dem Deutschtum die Verwurzelung mit dem Boden versagt. Die Deutschen

Der Ritterorden

Entstehung des deutsch-polnischen Gegensatzes

Erschließung des Baltikums

bilden eine Oberschicht, sie erleiden daher auch das Schicksal aller volksfremden Oberschichten: Herrschaftsverlust im Augenblick, wo das Herbergsvolk politisch selbständig wird.

„Das Vordringen der deutschen Kultur ging zangenförmig vor sich in einem nördlichen Zuge in der Richtung des baltischen Moränenwalls, in einem südlichen an den sudetischen Gebirgen entlang durch die Lausitzer Lücke nach der Ober. Man ließ also das Mittelstück im Wartheland frei und übersprang auch die Weichsellücke, beides Tatsachen, die ihre dem Deutschtum gefährliche Seite in jüngster Zeit wieder erschreckend offenbart haben.

Morphologisch ist das Gebiet außerordentlich interessant. Kennzeichnend für seine Oberflächengestalt ist die Kette mächtiger Moränen, die sich parallel zur Ostseeküste durch Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern und Westpreußen nach Ostpreußen zieht. Nach Süden zu haben die starken Schmelzwässer der Gletscher eine Reihe nach Süden geneigter Sandflächen geschaffen, die reichen Nadelwaldbestand aufweisen. Ihre Kennzeichen sind kleine, rinnenförmige Seen und starke Moorbildung. Sie werden von den ostwestwärts laufenden Urstromtälern, den Abflusstrinnen der großen eiszeitlichen Schmelzwässer zur See, durchschnitten. Die Landschaft weist zwei verschiedene Typen auf: nördlich von der Linie Hamburg—Burg bei Magdeburg—Spremberg—Glogau-Trebnitz (sog. Fläming) ist alles von der jüngsten Vereisung betroffen worden. Die Geländeformen sind zum größten Teil noch deutlich erkennbar. Südlich von dieser Linie dagegen sind die Bodenverhältnisse ausgeglichener, und es zeigt sich stärkere Zerfetzung. In den Uferländern der südlichen Ostsee bildet der Moränenzug, eine für die damaligen Verhältnisse recht schwierige Absperrung nach Süden, das deutsche Gegenstück zu dem litauisch-baltischen Grenzrücken. Um so wichtiger ist die Rolle der großen Durchgänge im Zuge der Täler. Im Westen des Gebietes vermitteln mehrere kleine Übergänge den Weg von der Elbe zur Ostsee. Es ist nicht verwunderlich, daß von hier aus der erste deutsche Vorstoß zu dem Meere ausging, das seit dem Mittelalter germanischen Charakter erhielt. Für Mecklenburg, Vorpommern und zum Teil ganz Hinterpommern ist die Oderlücke bedeutsam. Eine unheilvolle Rolle spielt die Weichsellücke. Die Flußlücken teilen die abgeschlossene Küstenlandschaft in drei Teile: in die lübbische Landschaft im Westen, in die pommersche Landschaft in der Mitte und die preußische im Osten. Die Rolle, die die Uferländer der südlichen Ostsee als selbständige Staaten lange Jahrhunderte gespielt haben, findet also in den geographischen Verhältnissen ihre hinreichende Erklärung. Sehr wesentlich ist die Tatsache, daß den die Flußläufe begleitenden Mooren terrassenartige Erhebungen parallel laufen, die für die Verkehrswege wichtig waren. An den als Stützpunkten des Verkehrs günstigen Stellen, besonders an den Flußübergängen, entstanden Städte. (Anders, Erdkundliche Grundlagen geschichtlicher Entwicklung.)

Die südöstliche Siedlungsbewegung

Der südliche Zweig der deutschen Ostbewegung führt durch die Lausitzer Lücke nach Schlesien und Oberschlesien (13. Jahrhundert).

„Für die Durchschiebung erwiesen sich die Ober- und die Niederlausitz mit ihrem zum Teil noch bis auf den heutigen Tag erhaltenen waldiven Charakter nicht günstig. Erst am Gebirgsrand der schlesischen Lande fanden sich bessere Verhältnisse. Bezeichnend ist hier die Doppelreihe der Städte. Die n ö r d l i c h e umfaßt die Brückenstädte Naumburg a. Queiß, Bunzlau, Haynau, Liegnitz, Breslau, Brieg, Oppeln, die s ü d l i c h e hauptsächlich Görlitz, Lauban, Löwenberg, Hirschberg, Schweidnitz, Reichenbach, Münsterberg, Neisse, Neustadt, Ratibor.“ (Anders.)

Von Schlesien wieder gingen Siedlerwellen nach Norden (Posen) und Westen (Böhmen, Mähren 1200/50). Schlesien ist aber auch Durchzugsgebiet jenes Siedlerstromes, der zwischen 1141 und 1162 bis in den Karpatenbogen führt, und wieder anderer, die nach jener Richtung drängen und

längs des nördlichen Karpatenwalls sich über Galizien verteilen oder in den Tälern jenes Gebirges haften bleiben (Zips um 1150).

Rhein- und Moselfranken, die auf König Geisas II. Geheiß die Südostecke seines Ungarnreiches gegen die räuberischen Völker der unteren Donau verteidigen sollen, bauen in der neuen siebenbürgischen Heimat 4000 deutsche Dörfer und Städte und machen sich mit Pflug und Schwert das Land zu eigen. Das Recht der Selbstverwaltung, eigener Gerichtsbarkeit und mancherlei andere Privilegien werden ihnen gewährt (1224).

Sehr bald wandert ein Teil von ihnen wieder weiter. Sie ziehen nach der oberen Moldau und Bukowina und gründen viele Städte, Märkte und Dörfer. Durch Zuzügler aus Galizien vermehrt sich die Zahl der Siedlungen schnell, so daß sie sich weit über das Land verbreiten. (Deutsche in Braila und Bukarest.)

1211 kommt der deutsche Marienritter (deutscher Ritterorden) hinzu, der im Burzenland Burgen und Städte baut und Siedlungen anlegt. Auch jenseits der Karpaten legen sie in der Walachei und in der Moldau (Langenowe, Neamt) feste Plätze an. Sie bleiben aber nicht lange. Sie ziehen weiter nach Norden gegen die heidnischen Preußen.

Auch Westungarn nahm frühzeitig deutsche Siedler auf. Schon 896, zur Zeit der Einwanderung der Magyaren, drang deutsches Volkstum hier ostwärts vor. Die Südostbewegung der Bayern war unter den Frankenkaisern über den Wiener Wald bis an die Raab vorgestoßen, ja, das Land von der Raab und dem Burgenland bis zum Plattensee war schon von einer dünnen Siedlerschicht von deutschen Bauern und Slowaken überzogen. Nach den Niederlagen der Ungarn bei Riade und auf dem Lechfelde war eine innere Kräftigung des ungarischen Volkes und Erneuerung des Staatsgebildes, wenn es nicht zwischen den beiden Mächtegruppen, der westeuropäischen und der südöstlichen (Zentrum Konstantinopel), zerdrückt werden oder im Slaventum aufgehen wollte, nur durch Aufnahme deutscher Kulturarbeit, d. h. durch deutsche Kolonisten, möglich. König Geisa und Stephan erkennen dies in voller Klarheit, sie kehren sich bewusst von Byzanz ab und suchen Anschluß an die westliche, deutsche Kultur. Stephan nimmt eine bayrische Prinzessin zur Frau. Sie führen das westliche, römisch-katholische Christentum ein und ziehen zahlreiche deutsche Kolonisten ins Land. Damit wird Ungarn dem deutschen Kulturkreise erschlossen. Die erste Kolonisation wurde nach Transdanubien (das Gebiet des Mittelgebirges, des Plattensees und südlich davon) gelenkt.

Auch in das Stromgebiet der Drau und Save (Südslavien) dringen Deutsche. Von den Germanen, die vor den Slaven diese Lande beherrschten, blieben wahrscheinlich nur schwache Reste zurück. Auf sie sollen die Deutschen des Gottscheer Landes mit zurückzuführen sein. Deutsche Rückwanderer kommen dann aus dem Reiche seit dem 10. Jahrhundert und von da ab bald stärker, bald schwächer bis zum Einbruch der Türken. Der Einfall der Mongolen in den Jahren 1241/1242 suchte, wie in Ungarn und Siebenbürgen, auch die deutschen Balkansiedlungen schwer heim. Allein schon bald danach entstehen neue Ansiedlungen

(Agram, Kreuz, Schelburg, Bilin, Kopreinitz). Zwischen Theiß und Donau, also in der Batschka, entstehen im 14. und 15. Jahrhundert deutsche Orte, z. B. Volfer, Lipoldsfeld, Vilman u. a.

In **Bosnien** finden sich Deutsche seit den Kreuzzügen, später besonders als Bergleute, die hier wie alle deutschen „Waldbürger“ (Waldbürger) als „Sachsen“ bezeichnet werden.

In **Serbien** beginnt die deutsche Besiedelung in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts; von den deutschen Bergleuten jener Zeit zeugen noch heute verfallene Schächte, Schlackenfelder und Reste von Schmelzhütten. Wie an andern Stellen Ostmitteleuropas roden die Deutschen die unzugänglichen Teile der Wälder und erschließen sie regelrechter Bewirtschaftung, bis ihnen das um 1350 untersagt wird.

Überall leben sie nach eigenem Recht und werden durch ihren vorbildlichen Fleiß, ihr hochentwickeltes Handwerk, ihren Bergbau, und nicht zuletzt durch ihre Sauberkeit in den entwickelten Gegenden Bahnbrecher des Fortschritts. Allein diese ganze Blüte wird zusammen mit der Freiheit der Balkanslaven durch den Einbruch der Türken vernichtet. Erst mit dem Wiederaufleben der deutschen Ostbewegung im 15. und 16. Jahrhundert faßt auch im südöstlichen Raum das Deutschtum festen Fuß.

Die südliche Siedlungsbewegung

Auch nach dem Süden ergoß sich das ganze Mittelalter hindurch in immer neuen Wellen ein Strom von Siedlern aus dem deutschen Binnenlande nach **Isrien**, **Friaul**, dem **Rüstenland**, **Krain** und der **Untersteiermark**. Ganz deutsch wurde, anscheinend unter Einschmelzung alter germanischer Reste, das **Gottscheer Land**. **Isrien** hatte starken deutschen Einschlag.

Pyrien [Pirane], **Mugels** [Muggia], **Niuwenburg** [Cittanova], **Baruth** [Baruth], **Waltemgy** [Bottemga], **Lauran** [Lourana] waren deutsch wie die nördlicher gelegenen Orte **Libein** [Quino], **Terweis** [Terviso], **Gremon** [Cormons], in dessen Nähe heute noch eine Gemeinde **Spilimbergo** heißt, vor allem die deutsche Hochburg: das ritter- und zunftgewaltige **Görz**.

Deutsch war auch am Rande des Südmeeres der Adel, der Großgrundbesitz und ein Teil der hohen Geistlichkeit.

Die Leistung des deutschen Volkes

Länger und weiter als deutsches Volkstum und deutsche Sprache reicht die Herrschaft deutscher Gesittung, deutscher Kulturformen. Nahezu die ganze städtische Kultur des Ostens läßt sich auf deutschen Ursprung verfolgen. Die einheimischen Fürsten hielten die Verpflanzung deutschen Rechtes, deutscher Verwaltung für Gewinn und Bereicherung ihres Landes. Deutscher Gewerbefleiß und Handelsgeist genoß uneingeschränkte Achtung. Deutsche Stadtgründungen begleiten nicht nur den Zug deutschen Siedlungsmarsches, sondern auch jenseits des Bereichs mittelalterlicher deutscher Bauernsiedlungen finden sich zahlreiche deutsche Städtegründungen und Gründungen. Nicht immer sind Deutsche die Gründer, häufig sind es nur Gründungen nach deutschem Recht oder Erhebungen kleinerer Ortschaften zu Städten. Oft wurden neben bestehenden slavischen Siedlungen neue deutsche Städte errichtet.

Es ist in der Anlage der Karte nach Möglichkeit darauf Rücksicht genommen, daß Gründungen letztgenannter Art nicht in Erscheinung treten.

Deutscher Adel, deutsches Bürgertum und deutsches Bauerntum, und als erster Wegbereiter der deutsche Mönch legen im Gesamtrahmen der mittelalterlichen Ostbewegung mit ihren Taten Zeugnis ab für die organische Verbundenheit der verschiedenen Stände und Schichten. Sie bildeten jene Einheit, die unsere Gegenwart schmerzlich entbehrt: Das Volk.

Zwei Jahrhunderte lang entsandte das deutsche Volk in den Ost- und Südostrum Mitteleuropas seine Menschen. Allen Völkern dieses Raumes zwischen Ostsee, der Donau und dem Südmeer brachte die deutsche Ostbewegung Gewinn und Vorteil. Die überlegene Technik und Kultur des Westens wurde ihnen zuteil. Weise Staatskunst, ein großer Machtgedanke hätte hieraus gewaltige Werte schöpfen können. Deutsche Politik und deutsches Volk aber gingen verschiedene Wege, beider Leistungen waren über alle Maßen groß, der Wille aber strebte auseinander, und darum blieben die besten Erfolge versagt.

XVI. Höhepunkt der deutschen Kaiserermacht.

Die Umklammerung des Papstes durch die staufische Macht.

Mit Friedrich I. (1152/90) beginnt eine neue Machtentfaltung des Kaisertums. Seine Verwandtschaft mit dem Welfenhause stärkt von vornherein seine Stellung. Man erwartet einen Ausgleich. Friedrich hat mit der Welfenmacht unbedingt zu rechnen, das weiß er. Doch die Gefahr des Dualismus (vgl. Österreich-Preußen) macht ihm lange zu schaffen. Er gewinnt Heinrich den Löwen zunächst durch Entgegenkommen, durch Anerkennung seines niedersächsischen Machtbereiches und Rückgabe Bayerns, das Konrad III. den Welfen genommen hatte. Freilich eine so selbständige Ostlandpolitik, wie Heinrich sie in Norddeutschland trieb, beschneidet Friedrich durch Abtrennung der Mark Österreich 1156, die er zu einem selbständigen Herzogtum erhebt. Heinrich, der seine Machtstellung mit Umsicht und Tatkraft weiter ausbaut, ist ihm lange Jahre eine treue Stütze. Aber durch sein herrisches Auftreten macht er sich allgemein verhaßt. Auch dem Kaiser bietet er Trost, und seine Verweigerung der Heeresfolge nach Italien führt zu der Niederlage von Legnano 1176. Auch von den Fürsten kommen neue Beschwerden. Als Heinrich sich der Verantwortung entzieht, verhängt Friedrich die Reichsacht über ihn und nimmt ihm beide Herzogtümer. Bayern erhält Otto von Wittelsbach, dessen Geschlecht bis 1918 dort regiert hat, Sachsen wird geteilt. Die westliche Hälfte bekommt das Erzbistum Köln als Herzogtum Westfalen, die östliche Hälfte geht als Herzogtum Sachsen an eine Nebenlinie der Askanier. Lübeck wird die erste freie Reichsstadt. Die Welfen behalten nur die sächsischen Stammlande, Braunschweig und Lüneburg.

Damit ist der Dualismus beseitigt. Der nationalen Ostpolitik ist freilich mit der Vernichtung der Welfenmacht die notwendige starke Grundlage genommen. Schon der Dänenkönig Waldemar II. wird Lehns- herr über Mecklenburg und Pommern. Aber die Politik findet ihre Entscheidung im Süden, auf dem Boden Italiens.

Sieg der Staufer
über die Welfen

Vernichtung der
Welfenmacht und
ihre Folgen für
die deutsche Ost-
bewegung

Mit drei Mächten hat Friedrich sich hier auseinanderzusetzen, der Kirche, den oberitalischen Städten und den Normannen. Der Kirche steht Friedrich von Anfang an selbständiger gegenüber als sein Vorgänger. Schon seine Wahl erfolgt ohne jeglichen päpstlichen Einfluß, während er bei der Wahl Rudolfs von Rheinfelden, Heinrichs V., Lothars, Konrads III. maßgebend gewesen war. Friedrich sucht auch die päpstliche Billigung nicht nach, sondern zeigt seine Wahl dem Papste nur an. Die Bischöfe werden wieder Reichsbeamte, wie unter Otto I. Der Kaiser übt die Investitur. Das anfangs gute Verhältnis zum Papste (Kaiserkrönung, Hilfeleistung gegen die papstfeindlichen Römer und Normannen, Auslieferung Arnolds von Brescia) kehrt sich bald ins Gegenteil. Der Reichskanzler Friedrichs, der Kölner Erzbischof Rainald von Dassel, übersieht, daß in dem Gegensatz zweier Welten, Kaisertum — Papsttum, nur die Macht entscheiden kann, und läßt es darauf ankommen. (Entrüstung und Empörung auf dem Reichstage zu Besançon gegen die päpstliche Bezeichnung der Kaiserkrone als eines „Lehen“ = beneficium des Papstes).

Das deutsche Kaiser-
tum Sieger über
Papst und italie-
nische Stadtstaaten

In dem Kampfe Friedrichs gegen die Lombardischen Städte tritt der Papst auf die Seite der Städte. Diese waren durch ihre aufblühende Industrie und ihren Handel im Zusammenhang mit der Entwicklung der Geldwirtschaft wohlhabend genug geworden, um von den Bischöfen, denen meistens die gräfliche Gewalt verliehen war, die königlichen Rechte käuflich zu erwerben. Sie gediehen als Stadtrepubliken unter der Regierung von Konsuln. Friedrich verlangt nun die Rückgabe aller königlichen Rechte, soweit sich ihre Erwerbung als besondere Privilegien nicht nachweisen ließ. Ministeriale als absehbare Reichsbeamte sollen sie verwalten. Dagegen empören sich Mailand und andere Städte. Aber Friedrich erobert Mailand 1162 und zerstört es. Auf einer neuen Heerfahrt erstürmt er Rom 1167 und setzt einen Gegenpapst ein. Er ist auf der Höhe seiner Macht.

Es folgt ein Rückschlag: Eine schreckliche Seuche zwingt ihn zu fluchtartigem Rückzug. Rainald erliegt ihr. Die oberitalischen Städte schließen sich zum lombardischen Städtebund zusammen. Mailand wird wieder aufgebaut, die neu erbaute Festung Alessandria trotzt Friedrichs Eroberungsversuch. Bei Legnano erleidet Friedrich 1176 infolge Heinrichs verweigerter Heeresfolge eine empfindliche Niederlage. So muß sich Friedrich auf Verhandlungen einlassen. Sie führen zu einer Verständigung mit dem Papst im Frieden von Venedig, wie auch mit den Städten im Frieden zu Konstanz. Kaiser und Papst erkennen einander an. Die Städte bekommen die Regalien innerhalb ihres Gebietes und wählen ihre Beamten selbst, sie müssen dem Kaiser aber den Treueid leisten. Alle Bürger schwören den Untertaneneid. Das bedeutet also innere Selbständigkeit der Verwaltung, aber unter kaiserlicher Oberhoheit.

Reichsgrenze ist der Garigliano. Die Stellung des Kaisers in Italien wird durch die Erwerbung Tusciens gesichert, zumal er damit eine Flankenstellung gegen den Papst gewonnen hat. Friedrich erreicht seine völlige Umklammerung durch die normannische Erbschaft, in-

dem er seinen Sohn Heinrich mit Konstanze, der Erbin des Normannenreiches, verlobt. Es war der natürliche Abschluß der Entwicklung nach Süden.

Ganz Italien ist in der Hand der Staufer geeint. Der Reichtum und die Seemacht des normannischen Reiches konnte nur eine willkommene Ergänzung sein. Verhängnisvoll aber sind die Folgen. Nicht Deutschland, sondern Unteritalien und Sizilien erfahren fortan die besondere Fürsorge der Staufer. Mit der erdrückenden Umfassung des Papstes, mit der Entziehung der normannischen Stütze muß ein neues erbittertes Ringen zwischen Kaiser und Papst beginnen.

Das Mainzer Pfingstfest 1184 zeigt die ganze Macht, Bedeutung und Sicherheit des Reiches in vollem Glanze. Friedrich übernimmt die Führung des christlichen Abendlandes, indem er sich an die Spitze des 3. Kreuzzuges stellt.

Heinrich VI. (1190—1197) erweitert die übernommene Machtstellung zur Weltherrschaft. Die anfänglichen Schwierigkeiten (Rückkehr Heinrichs des Löwen aus England, Fürstenverschwörung, Widerstand der sizilischen Nationalpartei) überwindet er schnell. Heinrich erzwingt die Anerkennung seiner Lehnshoheit über England. Auch die Könige von Cypern und Armenien nehmen ihre Krone vom deutschen Kaiser zu Lehen. Er übernimmt die normannische Eroberungspolitik, macht Byzanz tributpflichtig und erneuert die Lehnshoheit über Nordafrika. Das Mittelmeer erweist wieder als Binnenmeer seine verbindende Kraft (vgl. Phöniker, Karthago, Rom, Vandalen, Ostrom). Heinrich will seine Weltherrschaft mit einem Kreuzzug krönen. Da stirbt er plötzlich 1197, erst 32jährig. **A l l e s b r i c h t m i t e i n e m S c h l a g e z u s a m m e n.** Gerade das muß man als Beweis dafür ansehen, daß Heinrichs Pläne die natürlichen Kräfte Deutschlands überstiegen.

Das Rittertum gibt der Kultur der Hohenstaufferzeit das Gepräge. Bisher waren die Geistlichen ausschließlich Träger aller höheren Bildung. Jetzt treten die Ritter nicht nur ebenbürtig neben sie, das weltliche Rittertum übernimmt vielmehr die Führung, zu dessen Weltfreude sich auch Geistliche in ihren Liedern bekennen. Der Waffendienst zu Pferde, die Rittererziehung, Sitte und Ideale schaffen einen einheitlichen Adelsstand. Er übt und stählt den Körper im Waffendienst; in Musik, Gesang und Dichtung geben die fahrenden Ritter dem Standesgefühl und ihren Idealen lebendigen Ausdruck.

Die Waffengemeinschaft deutscher und französischer Ritter auf den Kreuzzügen vermittelt starke romanische Einflüsse (Troubadourlyrik, französische Epen der Artus- und Gralsagen, der Rolandsage). Die deutsche Dichtung aber hat im Epos, dem Volksepos wie dem höfischen Epos, und in der Lyrik die französische Formgewandtheit durch deutsche Innerlichkeit vertieft. Mit den mächtigen Persönlichkeiten der Staufenkaiser und ihren Taten wuchs das nationale Bewußtsein. Die Kämpfe zwischen Kaiser und Papst spannten alle Kräfte aufs höchste an. So fand das vielseitig angeregte Geistesleben der Nation eine Blütezeit, der wir wertvollste Schöpfungen verdanken. Unter den Dichtern ragen hervor: Heinrich v. Veldeke (Eneit), ein mittelfränkischer Volksänger (Herzog

Die deutsche
Führung des
Abendlandes

Kultur des
Rittertums

Ernst v. Schwaben), Wolfram v. Eschenbach (Parzival), Hartmann v. Aue (Irek = Artusfage und der arme Heinrich), Gottfried v. Straßburg (Tristan und Isolde). In dieser Zeit entstanden das Nibelungen- und das Gudrunlied, und sang Walthar von der Vogelweide seine Minne- und politischen Streitlieder. Auch die Baukunst zeitigt, von französischer Anregung ausgehend, selbständige Leistungen deutschen Geistes und deutscher Art. Die Frühgotik löst die spätromanischen Bauten ab: Naumburger, Bamberger, Limburger Dom, Straßburger Münster, Kölner Dom.

XVII. Der Zusammenbruch der deutschen Vorherrschaft.

Der Sieg des Papstes.

1. Weltherrschaftstreben des Papstes Innocenz III. Das Papsttum auf der Höhe seiner Macht.
2. Der Untergang der staufischen Herrschaft in Italien.
3. Bildung der Landesfürstentümer.

1/2. Wieder wirkt sich das schicksalhafte Zusammentreffen einer mächtigen Persönlichkeit auf dem päpstlichen Stuhl und eines unmündigen Thronfolgers im Reiche folgenswer aus. Als Gegner eines starken Königtums stehen auch die Fürsten auf beiden Seiten der Kirche.

Der Sohn Heinrichs VI., Friedrich (II.), war noch nicht drei Jahre alt. An seine Wahl und Anerkennung ist nicht zu denken. Es kommt zu einer **Doppelwahl**. Der Staufer Philipp von Schwaben und der Welfe Otto IV. von Braunschweig stehen sich als Gegenkönige gegenüber. Der Papst Innocenz III. benutzte die günstige Lage, um seine Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Sein nächstes Ziel ist, die staufische Herrschaft in Italien zu brechen und seine unbeschränkte Macht innerhalb der Kirche aufzurichten.

Weltherrschafts-
pläne des Papst-
tums

Nach anfänglicher Neutralität tritt er für Otto IV. ein, da Philipp inzwischen an Macht gewonnen hat. Otto erkennt dafür die päpstliche Oberlehnshoheit über Sizilien an, gibt das Spolien- und Regalienrecht preis und verzichtet auf jegliche Beeinflussung kirchlicher Wahlen.

[Spolien = Anspruch auf beweglichen Nachlaß der Geistlichen, Regalien = staatliche Rechte, z. B. Einziehung von Strafgebern, Markt-, Zoll-, Münz-, Geleitrecht, Gerichtsbarkeit.]

Aber nach der Ermordung Philipps von Schwaben 1208 ändert er seine Haltung dem Papst gegenüber. Er ist nicht gewillt, die Reichsrechte in Mittelitalien dem Papste zu opfern, erhebt sogar Anspruch auf das Königreich Sizilien und besetzt Unteritalien. Da stellt der Papst sein Mündel, den jungen Friedrich, als Gegenkönig auf. Der Einfluß Frankreichs spielt dabei mit. Friedrich muß sich aber verpflichten, selbst auf Sizilien zu verzichten und es seinem Sohne zu überlassen, damit Sizilien und Deutschland nicht in einer Hand vereinigt werden. Mit der Unterstützung des Papstes und des Königs von Frankreich gewinnt Friedrich in Deutschland bald Boden.

Der Sieg Philipps von Frankreich über den mit Otto IV. verbündeten König von England bei Bouvines 1214 ist zugleich ein Sieg für den Staufer. Daß er aber dem dänischen Könige Waldemar II. alle Länder

jenseits der Elbe und Elbe überlassen hat, um seine Hilfe in diesem Kampfe für sich zu gewinnen, bedeutet eine schwere Schädigung des Reiches, die Preisgabe des von Heinrich dem Löwen gewonnenen Ostseelandes. **Schwerpunkt** seines Reiches bleibt eben das **Normannenreich**. Das deutsche Reich ist nur ein Anhängsel.

Süditalien
Schwerpunkt des
Stauferrreiches

Um die Königswahl seines Sohnes Heinrich zu erreichen, gibt er den geistlichen Fürsten so gut wie alle Königsrechte in ihren Territorien preis. Stützen des Reiches konnten sie jetzt nicht mehr sein, sind es auch in der Folgezeit nie mehr gewesen. Die Bischöfe unterstehen direkt dem Papste, während die Rechte der Erzbischöfe beschränkt werden. Der Papst beansprucht auch das Recht der Prüfung (deliberatio) gegenüber den Bewerbern um die Königskrone. Er gibt seiner kirchlichen Allgewalt eine Sicherung durch Ausbau seiner weltlichen Herrschaftstellung. Durch Erschließung reicher Einnahmequellen macht er die Kurie zu einer Finanzmacht ersten Ranges und erweitert den Kirchenstaat (Exarchat, Markgrafschaft Ancona, Herzogtum Spoleto, Teil Tusciens). Er wird Lehns- herr Skandinaviens, Englands, Irlands, Aragoniens, Portugals, des Normannenreiches, Ungarns, des lateinischen Kaisertums und Armeniens.

Ausbau der welt-
lichen Herrschafts-
stellung des Papstes

Als eine Seuche Friedrich II. hindert, zu dem angelegten Kreuzzug, den er dem Papst bei seiner Wahl versprochen hatte, auszufahren, trifft ihn der päpstliche Bann. Im folgenden Jahre 1227/28 unternimmt er ihn trotzdem, bringt ihn durch glückliche Verhandlungen (Abtretung der heiligen Stätten) zu erfolgreichem Abschluß und verschafft sich dadurch allgemein in der Welt Ansehen. In Italien jagt er nach seiner Rückkehr vom heiligen Lande die päpstlichen Schlüsselfoldaten aus seinem Reiche und erreicht im Frieden mit dem Papst die Lösung vom Banne. Auf dem Mainzer Hofstag 1235 verkündet er ein allgemeines Landfriedensgesetz. Die sich widersetzenden lombardischen Städte schlägt er bei Cortenuova 1237. Seine straffe normannische Landesverwaltung (modernes Finanzsystem, besoldetes Beamtentum, Söldnerheer, Flottenmacht) wird in den übrigen italischen Reichsgebieten durchgeführt.

Diese Machtsteigerung läßt ihn dem Papst gefährlich erscheinen. Abermals trifft ihn der Bann (1239), und als Innocenz IV. Papst geworden ist, spricht das Konzil zu Lyon 1245 seine Absetzung aus. Aber Friedrich gibt den Kampf nicht auf. Mit den abscheulichsten, brutalsten Mitteln wird er von beiden Seiten geführt. Die Kirche stellt Heinrich Raspe, den Landgrafen von Thüringen, und nach dessen Tode den Grafen Wilhelm von Holland als Gegenkönig auf. Die Fürsten verlassen Friedrich. Trotzdem behauptet er sich. Unbesiegt und ungebeugt stirbt er 1250.

Der Kampf geht gegen seine Nachfolger weiter. Der Papst ruft die **Anjous** ins Land und belehnt sie mit dem sizilischen Reich. Ihnen gegenüber verliert Manfred die Schlacht bei Benevent, und Konradin gerät nach der Niederlage von Tagliacozzo 1268 in Gefangenschaft und stirbt auf dem Schafott. Das sizilische Erbe der Staufer geht endgültig verloren.

Sieg
des Papsttums

Neue Kräfte strömen dort ein, wo sich eine Lücke auftut. Verbindung des Papstes mit Frankreich besteht schon seit Innocenz III. Das große Konzil von Lyon, das Friedrich absetzt, wird auf deutschem Reichsboden (!),

aber unter französischem Schutz abgehalten. Das ist ebenso bezeichnend für die Schwäche der damaligen Königsmacht, wie die fehlende Mitwirkung des Kaisers bei der Ostausdehnung des deutschen Volkes und bei der Abwehr der Mongolengefahr (Schlacht bei Liegnitz 1241).

Die Gestalt Friedrichs lebt im Volke weiter, in den Träumen von der staufischen Reichsherrlichkeit und den Hoffnungen auf ihre Wiederkunft.

Das Papsttum hat sich auf seiner Höhe nicht halten können. Mit den Weltherrschaftsplänen und der Forderung, alle weltliche Macht müsse sich dem Papst unterordnen, muß es der Verweltlichung anheimfallen und zugleich neuen politischen Kämpfen entgegengehen.

Die deutschen
Landesfürsten

3. In Deutschland ist in dieser Zeit das Landesfürstentum an Stelle des Lehnsfürstentums getreten. Die Vergünstigung, die den geistlichen Fürsten (*constitutio cum principibus ecclesiasticis*) zugestanden wurde, ging auch an die weltlichen Fürsten über (*statutum in favorem principum*): Münz-, Geleitrecht und Gerichtsbarkeit. Das Reich ist zur Fürstendaristokratie geworden. Das Nationalreich Heinrichs I., aufgebaut auf dem Lehnswesen, war wieder zum Universalstaat geworden. Dieser ist jetzt zerschlagen. Die nationalstaatliche Entwicklung tritt an seine Stelle.

XVIII. Die abendländische Welt ohne Vormacht. Erstarken außerdeutscher Staaten.

1. Europa in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts.
2. Die kaiserliche Hausmachtspolitik und die wachsenden Territorialgewalten in Deutschland.
- 3/4. Hanse und Ritterorden als Träger des deutschen Ostgedankens.

Aufblühen der
Wirtschaft

1. Das wirtschaftliche, kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben hat sich in dieser Zeit völlig gewandelt. Durch die Kreuzzüge hat der Handel einen mächtigen Aufschwung genommen. Der Orient liefert Gewürze, Baumwolle, Seide, Arzneien und Edelsteine. Flandern, Frankreich und Italien führen Tuche aus, Deutschland und Frankreich Leinengewebe. Voraussetzung dieses Handels ist die Geldwirtschaft, die die Naturalwirtschaft überholt. Der Bergbau auf Edelmetalle im Erzgebirge, in den Tauern, in Steiermark, Kärnten und Krain gewinnt damit seine Bedeutung. Freilich die reichen Erträge mindern den Wert der Edelmetalle und verteuern die Lebensbedürfnisse. Kapitalistische Großbetriebe bilden sich für bisher handwerkliche Arbeit, für Waren- und Geldgeschäfte (Fugger und Welser in Augsburg, Tucher und Imhof in Nürnberg). Ringbildungen der Kaufleute monopolisieren den Handel und beherrschen die Preisgestaltung. Auf regelmäßigen Messen (in Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Braunschweig, Danzig) trifft man die wichtigsten geschäftlichen Abmachungen, bargeldloser Verkehr unter Vermittlung der Banken erleichtert die Durchführung. Die Entlohnung in Geld statt in Naturalien führt zur Aufstellung von Söldnerheeren, zur Bildung eines besoldeten Berufsbeamtentums (zuerst im normannischen Reiche Friedrichs II., vgl. S. 57).

Diese Entwicklung kommt besonders den Städten zugute. Sie schaffen sich ihre eigene städtische Ratsverwaltung und Gerichtshoheit, Handel und Gewerbe blühen auf, ihre Bevölkerungszahlen steigen. In Kunst und Literatur, in Wissenschaft und Unterricht werden sie Ausgangs- und Mittelpunkt des bürgerlichen Zeitalters. Der Adel tritt hinter dem Stadtbürger zurück. Die Zeit des Rittertums und der Ritterkultur ist vorbei; eine gesunde, aber nüchterne, enge, kleinbürgerliche Lebenshaltung und Anschauung kommt auf. Die gotische Baukunst, die höfische Sprache und Dichtung der aristokratischen Zeit erstarrt, eine weltliche, bürgerliche Bildung (Universitäten, Stadtschulen), bürgerliche Dichtung und Kunst (Meistergesang, Pfarrkirchen, realistisch-naturalistische Klein Kunst) gewinnen Leben.

Aufstieg des
Bürgertums

Die wirtschaftliche Entwicklung steht an einem Punkt, wo das königliche Amt von dem auf der Naturalwirtschaft beruhenden Lehnswesen gelöst werden und ein besoldetes Reichsbeamtentum in der Hand einer starken Zentralgewalt die Reichseinheit gewährleisten könnte. Aber dem Reiche fehlen die Mittel (keine Reichsteuer) und Organe zu dieser Reform, und die Zentralgewalt, die Kaiser- und Königsmacht, ist vernichtet — ein schweres Verhängnis für das deutsche Volk.

Das rege Leben, die neuen Antriebe und Entwicklungsmöglichkeiten gehen als erneuernde Bildungskräfte dem Reiche verloren, Fürsten und Städte haben allein den Gewinn. Sie sind die neu aufsteigenden politischen Mächte, die die Zukunft Deutschlands bestimmen; sie sind zugleich Spannungskräfte. Eine Auseinandersetzung zwischen ihnen ist unausbleiblich (Fürsten- und Städtebünde). Der Sieg fällt dem Fürstentum zu und erhält den monarchischen Charakter des Landes.

Sieg
des Fürstentums

Nach dem Untergang der Staufermacht ist die abendländische Staatenwelt ohne Vormacht. Für Deutschland beginnt die kaiserlose, schreckliche Zeit. Die politische Machtlosigkeit Deutschlands im mitteleuropäischen Raum zieht Kräfte von außen an, von England und Frankreich. Die Königswahl verheißt die Kaiserkrone und Beherrschung Italiens und Siziliens. Auf Grund der alten Beziehungen vom Niederrhein zu England bildet sich eine englische Partei (Erzbischof von Köln), unter Führung des Erzbischofs von Trier eine französische. Es erfolgt die Doppelwahl Richards von Cornwallis und Alfons' von Kastilien. Sie bleiben Schattenkönige ohne jegliche Macht und Bedeutung, während die Fürsten ihre landesherrliche Stellung auf Kosten des Reiches ausbauen, geistlichen Besitz, Reichsgut und Regalien sich rücksichtslos aneignen.

Die italienische Politik der deutschen Könige tritt unter diesen Verhältnissen in den Hintergrund. In Italien wie in Burgund geht die deutsche Herrschaft fast gänzlich verloren. Frankreich erhebt sich aus Zerrissenheit und Ohnmacht zur Einheit und Macht. Aber im Norden und Osten gewinnt die deutsche Kultur in dieser Zeit ohne Mitwirkung des Reiches beherrschende Stellung; die Hanse und der deutsche Ritterorden sind ihre Träger. Im Südosten ist Ungarn seit Heinrich IV. völlig seinen eigenen Weg gegangen. Der Polenherzog hat zuletzt unter Friedrich I. den Lehnseid geleistet, seit 1320 führt er den Königstitel. Böhmen bleibt ein Teil

Erstarken der
Nachbarreiche

des Reiches. Ottokar von Böhmen hat sein Stammland Böhmen und Österreich mit Steiermark, Kärnten, Krain bis zur Adria erweitert.

Hausmachtpolitik
statt Reichspolitik

2. In der Folgezeit kann sich das seiner alten Grundlagen fast gänzlich beraubte Königtum nur noch behaupten, wenn es selbst über ein großes landesfürstliches Gebiet verfügt. Die wichtigste Aufgabe des Königs wird es darum, sich eine eigene starke Hausmacht zu schaffen. Dank des jetzt geltenden Wahlrechtes muß aber jeder diese Arbeit für sich neu beginnen. So wird die Hausmachtpolitik schließlich Selbstzweck; aber das Reich kommt dabei zu kurz und treibt der völligen Auflösung entgegen.

Grundlegung der
habsburgischen
Macht.

Rudolf von Habsburg (1273—1291) legt den Grund zu der habsburgischen Weltstellung, indem er Ottokar II. durch die Schlacht auf dem Marchfelde (1278) Österreich mit Steiermark, Kärnten und Krain abnimmt. Freilich die Germanisierung Böhmens, die Ottokar sehr gefördert hatte, findet damit ein Ende.

Nach der kurzen und ergebnislosen Regierung Adolfs von Nassau (1291—1298) versucht Rudolfs Sohn Albrecht (1298—1308), auch Böhmen, Mähren und Meissen an sein Haus zu bringen; doch bevor er sein Ziel erreicht, wird er ermordet.

Mit Heinrich VII. kommt das Haus der Luxemburger zur Regierung. Sein Sohn erbt das reiche Böhmen durch Heirat mit der Erbin des Landes.

Auch das Haus Wittelsbach stellt in dieser Zeit wechselnder Herrschergeschlechter einen König, Ludwig von Bayern (1314—1347). Er gewinnt durch den Sieg bei Mühltdorf über Friedrich von Österreich Anerkennung. Er erwirbt die Mark Brandenburg (1320), die Grafschaften Holland und Tirol, und macht die Piasten Schlesiens zu böhmischen Vasallen.

Die Luxemburger behaupten dann fast ein Jahrhundert lang (1347—1438) den Thron. Indem Karl IV. (1347—1378) zu Böhmen, Mähren, Schlesien noch die Lausitz und die Mark Brandenburg hinzufügt, gründet er ein großes Ostreich, das von dem böhmischen Festungslande als Mittelpunkt und mit der Oder als beherrschender Verkehrsader das nordostdeutsche Flachland beherrscht und die Grundlage einer neuen Reichseinheit abgeben könnte. Aber er zerstört selbst diese Möglichkeiten, indem er unter dem Zwange privatrechtlicher Anschauung sein Reich unter seine Söhne teilt.

Auf Grund von Heirats- und Erbverträgen folgt auf die Luxemburger das Haus Habsburg, das den Besitz beider Häuser auf diese Weise in einer Hand vereinigt und damit über eine solche landesfürstliche Macht verfügt, daß kein König gegen sie aufkommen könnte. So haben die Habsburger den Kaiser bis 1806, bis zum Untergang des alten deutschen Reiches, gestellt; in Österreich-Ungarn regierten sie bis 1918.

Die Kurfürsten

Unter Karl IV. findet die Stellung der Kurfürsten ihre reichsgesetzliche Regelung.

Das ursprüngliche Wahlrecht aller Freien war schon vor der Zeit Konrads I. an die großen Lehnsträger, die Fürsten, übergegangen. Den Gemeinfreien blieb nur das Recht der Zustimmung. Tatsächlich war das

Wahlrecht der Fürsten beschränkt. Denn sämtliche deutsche Könige bis zum Untergang der Staufer haben schon zu ihren Lebzeiten ihren nächsten Angehörigen, auch wenn sie noch unmündig waren, die Nachfolge gesichert. Eine freie Fürstenwahl ist nur nach dem Tode söhneloser Könige erfolgt (nach der Regierungszeit Ottos III., Heinrichs II., Heinrichs V., Lothars, Konrads IV.). Aus den Fürsten hebt sich allmählich der Stand der Reichsfürsten heraus, die nur vom Könige unmittelbar Landlehen hatten. Sie haben das Vorstimmrecht, das seit dem 13. Jahrhundert (vgl. Sachsenspiegel des Eike von Repkow) noch weiter auf die Angeesehensten unter ihnen beschränkt wird, auf die drei Reichskanzler, die Erzbischöfe von Mainz, Köln, Trier, und auf die Inhaber der vier Erzämter, den Pfalzgrafen bei Rhein, den Herzog von Sachsen, den Markgrafen von Brandenburg und den König von Böhmen. Diese Wahlfürsten werden die sieben Kurfürsten. Ihr Verdienst ist es, das Kaisertum vom Einfluß des Papstes befreit zu haben, der erneut seine Oberhoheitsansprüche über das Kaisertum geltend macht und zugleich im Dienste des französischen Königs (Zeit des babylonischen Exils!) bei der Doppelwahl 1314 die Entscheidung für sich verlangt. Im Kurverein zu Rense 1338 lehnen die Kurfürsten in feierlicher Erklärung jeglichen Anspruch des Papstes auf Ernennung, Anerkennung, Bestätigung oder Zustimmung bei der Königswahl ab. Die Erklärung lassen sie auf dem Reichstag zu Frankfurt zum Reichsgrundgesetz erheben. Der Staat hat damit seine Gleichberechtigung als unmittelbar von Gott stammende Gewalt neben dem Papsttum durchgesetzt.

Die bevorrechtigte Stellung der Kurfürsten erfährt durch die goldene Bulle 1356 reichsgesetzliche Bestätigung (Münz-, Berg-, Zollregal, gerichtliche Landeshoheit, Anteilbarkeit des Landes, Nachfolge des Erstgeborenen).

3. Die Herrschaft über die Ostsee haben in der frühmittelalterlichen Zeit die Normannen Schwedens und Dänemarks. Die Anwohner der Südküste, die Wenden, Preußen und Finnen, sind über Küstenschiffahrt nicht hinausgekommen.

Den Deutschen eröffnet erst die Eroberung Holsteins und Lauenburgs einen Zugang zur Ostsee. Der Weg dahin führt von Lauenburg an der Elbe über Mölln nach Lübeck. Zur Zeit Friedrichs II. gehört er freilich eine Zeitlang zum dänischen Machtbereich (vgl. S. 57), aber der Sieg der norddeutschen Fürsten bei Bornhöved 1227 macht ihn wieder frei. Lübeck wird das Tor, durch das die deutsche Kultur nach den Ostseeländern des Ostens vordringt. Denn in Lübeck endet die wichtige Verkehrsstraße, die von der Nordsee zu Schiff sicher hinter den friesischen Inseln entlang führt und die Ostsee auf dem gekennzeichneten Wege über Lauenburg erreicht; zu gefährlich ist die Fortsetzung der Seefahrt um Stagen herum. Die Heringsgründe an der flachen Küste Schonens beleben Lübecks Handel. Er reicht bis nach Estland und Livland. Eine Reihe blühender Städte erstehen von der Kieler Bucht bis zur Mündung der Narwa. Sie nehmen das Lübische Stadtrecht an: Wisby, Riga, Reval, Dorpat; später Wismar, Rostock, Stettin, Stralsund, Danzig u. a. Sie schließen sich zur Hanse zusammen, um den Vorteil ihrer Mittellage

Die Herrschaft der
Hanse über die
Nordmeere

zwischen den Rohstoffländern des Ostens und den industriereichen Ländern des Westens und die Gunst der Verkehrslage zwischen den wichtigsten Handelsplätzen des ost-west- (Brügge und Nowgorod) und des nord-südlich gerichteten Handelsweges recht ausnützen zu können. (England — Flandern — Rheinland — Italien und Skandinavien — Alpen über den Elbe-Trave-Kanal 1398.)

Rohstoffe des Ostens sind: Pelzwerk, Wachs, Hanf, Flachs, Holz, Pech, Teer, dazu Getreide und Pferde, während der Westen Erzeugnisse der flandrischen Tuch- und rheinischen Metallindustrie, Wein, Früchte und Salz ausführt. Von Norden nach Süden gehen Fischsendungen für die Fastentage, umgekehrt kommen gewerbliche Erzeugnisse aus den südlichen Ländern nach dem industriearmen Norden. Der Zusammenschluß der Kaufleute des Auslandes und der Städte des norddeutschen Tieflandes erstrebt Schutz ihres Handelsmonopols, ihrer Handelsstraßen und Niederlassungen im Ausland.

Ihre Kriegsflotte räumt unter den Seeräubern auf, die ihre Fahrten in der Ost- und Nordsee gefährdeten. Die starken Seestreitkräfte der Hanse geben ihr auch weitreichende politische Bedeutung und machen sie in ihrer Blütezeit zur beherrschenden Seemacht des Nordens. Auch ihr größter Gegner, Dänemark, das durch seine Lage am Sund den Seeweg zwischen Ost- und Nordsee beherrschte und mit seinen großdänischen Reichsbestrebungen (Waldemar Attertag, 1340—1375) der Hanse-Entwicklung entgegenarbeitete, muß sich ihr fügen. Kopenhagen wird erobert, Dänemark bestätigt im Frieden zu Stralsund 1370 nicht nur alle Handelsprivilegien, sondern muß auch die militärische Sicherung des Sundes der Hanse überlassen und ihre Zustimmung bei der Königswahl einholen. Es ist der Höhepunkt der Hansemacht. Der ganze Norden und Osten ist ein großes Wirtschaftsgebiet, das der niederdeutsche Kaufmann beherrscht und der deutschen Kultur erschließt.

Der Kampf
gegen die Hanse

Der Niedergang der Hanse ist bestimmt durch das Erstarken der nord- und osteuropäischen Mächte und die Aufnahme nationaler Wirtschaftspolitik, durch die hansefeindliche Politik der deutschen Landesfürsten und durch innere Gegensätze in der Hanse selbst.

Dänemarks Macht wächst. Es einigt durch die Kalmarer Union 1397 die skandinavischen Reiche; 1460 wird der Dänekönig auch Graf von Holstein und Herzog von Schleswig. Rußland und Polen erstarken. Iwan III. (1462—1505) von Rußland zerstört Nowgorod und schließt 1494 das Kontor der Hanse. Dem seit 1386 mit Litauen vereinigten Polen erliegt der deutsche Ordensstaat 1410—1466, an dem die Hanse immer eine Stütze gehabt hatte. England wehrt sich seit dem 16. Jahrhundert mit Erfolg gegen den Hanseatenhandel, den es von seinem Lande fernhält und durch Aufnahme eigener Beziehungen mit Antwerpen und Hamburg empfindlich schädigt. Auch die Holländer werden im Wettbewerb mit der Hanse rührige Frachtfuhrleute zur See. Die „Ummelandsfahrten“ um Skagen herum durch den Sund, der seit dem neuen Machtaufstieg Dänemarks wieder unter dänischem Schutz

steht, bringen Lübeck allmählich um den Vorteil seiner Lage und seine Vormachtstellung.

An dem ohnmächtigen Reiche hat die Hanse gar keinen Schutz, die Territorialsürsten hemmen sie geradezu und veranlassen ihre Städte zum Teil zum Austritt. Die oberdeutschen Städte suchen auf eigenem Wege nach dem Osten (Leipzig-Rom) den östlichen Handel an sich zu ziehen. Gegensätze innerhalb des Bundes, hauptsächlich zwischen Nordsee- und Ostseestädten, und Zwistigkeiten zwischen Zünften und Geschlechtern in den einzelnen Städten schwächen die Kraft des Bundes und lockern seinen Zusammenhalt. Wenn der Verfall der Hanse im 16. Jahrhundert auch dem blühenden, gewerbereichen Leben der Städte ein Ende macht, als Träger deutscher Kultur und als Ausdruck deutscher Bürgerkraft und einmütigen völkischen Willens behält sie weltgeschichtliche Bedeutung.

4. Gleichzeitig mit der Hanse erreicht auch der **d e u t s c h e R i t t e r - o r d e n** als Großmacht an der Ostsee und Pionier des Deutschtums im Osten die Höhe seiner Macht und seines Ruhmes; „verwegen hineingebaut zwischen Polen, Litauer und Russen, denen er ihr natürliches Küstenland vorenthält“. Auch hier sind alle Stände des deutschen Volkes in gleicher Weise an dieser Kulturarbeit beteiligt, Mönche und Geistliche, Adlige und Ritter, Bürger und Bauern. Sie machen aus dem Sumpflande der Weichsel das fruchtbarste Ackerland. Bis gegen das Jahr 1400 entstehen allein in Preußen 93 deutsche Städte und etwa 1400 deutsche Dörfer. Eine glänzende, straffe Organisation macht den Ordensstaat zur stärksten Finanz- und Kriegsmacht des Ostens (Winrich von Kniprode). Seine territoriale Ausdehnung, seine Bedeutung für die Kolonisation des Ostens ist S. 49 gewürdigt.

Der Ritterorden
und die deutsche
Oststellung

Nach Beendigung der eigentlichen Aufgabe, der Bekehrung und Unterwerfung der Preußen und Litauer, erschüttern Schwierigkeiten im eigenen Lande in zunehmendem Maße die Macht des Ordens. Der alteingesessene Landadel, auch die Städte sind seiner Herrschaft überdrüssig. Die preußischen Stände suchen Bundesgenossen in den Polen. Der Orden erleidet bei Tannenberg 1410 eine schwere Niederlage, die im wesentlichen durch den Abfall der westpreußischen Stände herbeigeführt wurde. Auf den Thorner Frieden 1410 folgt 1466 nach abermaliger Niederlage der zweite Friede, der den Orden Pomerellen, das Kulmerland und Ermland kostet. Ostpreußen behält er, aber als polnisches Lehen.

Das ganze untere Weichselland war altgermanischer Besitz. Als nach Abwanderung der Ostgermanen die Slaven nach Westen vordrangen, machten sich die Kaschuben in Pomerellen bis zur Neke sesshaft, hatten sich in den südlicheren Teilen aber seit 1000 gegen das andrängende Polentum zu wehren. Der deutsche Ritterorden kam nicht als Eindringling, er kam vielmehr nur auf Wunsch und dringende Bitte. Er hat erst das Land in fruchtbare, ertragreiche Fluren umgewandelt, Kultur und Christentum gebracht. 1466 kam Westpreußen unter polnische Herrschaft, wurde 1772 durch die polnische Teilung abermals deutsch. Im Versailler Frieden hat Polen den Korridor wieder an sich gebracht mit der bewußt falschen Behauptung, es sei altpolnisches Land. In der Gegen-

wart ist wie nach 1466 das volle rücksichtslose Vordringen Polens zum Meere verbunden mit einer bewußten Polonisierung der Bevölkerung, um das Land fest in die Hand zu bekommen. Es ist Polen in der Zeit von 1466—1772 nicht gelungen, das deutsche Element, das vornehmlich in den Städten seinen Rückhalt hatte, ganz zu verdrängen. Diese Vorgänge erklären die deutsch-polnische Mischbevölkerung im Korridor. Der Kampf ist jetzt von neuem entbrannt.

XIX. Zerfall des Reiches. Zerrissenheit Italiens.

1. Die Territorialstaaten und geistlichen Gebiete in Deutschland. Die abbröckelnden Randgebiete.
2. Italien.
3. Der Verlust des deutschen Baltikums an Polen-Litauen, Rußland und die Länder Skandinaviens.

Verfall des Reiches

1. Das deutsche Reich und sein König haben nicht das Geringste getan, um eine so bedeutungsvolle Machtbildung im Ostseegebiet, wie sie Hanse und Ordensstaat darstellen, zu fördern oder vor ihrem Verfall zu schützen. Um so höher sind Hanse und Orden als Beweise für die politische Begabung des deutschen Volkes einzuschätzen. Der Nachfolger Karls IV., Wenzel von Böhmen, verliert durch Unfähigkeit und Interesselosigkeit im Reiche wie im eigenen Lande jegliches Ansehen; die Kurfürsten sehen ihn als einen unnützen und versäumlichen Entgliederer des Reiches i. J. 1400 ab. Nach kurzer Regierungszeit Rupprechts von der Pfalz wählt die Mehrheit der Kurfürsten den unwürdigen Jobst von Mähren, während die übrigen für Karls IV. zweiten Sohn Sigismund, der durch seine Gemahlin zugleich König von Ungarn ist, stimmen. Da Wenzel immer noch Anhang hat, so gibt es drei Könige im Reiche, wie die Kirche zugleich den Kampf dreier Päpste erleben muß. Im Reiche löst sich die Schwierigkeit erst durch den Tod Jobsts und den Rücktritt Wenzels.

In Konstanz, wo das große allgemeine Konzil zur Reform der Kirche und Beseitigung des Schismas unter dem Vorsitz des Kaisers tagt, belehnt Sigismund 1415 den Hohenzollern Friedrich VI. von Nürnberg mit der Mark Brandenburg. Aus ihr ist die führende Macht des norddeutschen Tieflandes erwachsen. Die Macht des wettinischen Hauses ersteht durch Nachfolge in dem bisher askanischen Kurfürstentum Sachsen-Wittenberg (1423).

Sigismund ist der letzte Luxemburger. Sein Schwiegersohn Albrecht II. von Österreich stirbt schon nach 2 Jahren. Mit seinem Neffen Friedrich III. folgt der traurigste aller deutschen Könige und Kaiser und zugleich der langlebigste in der jetzt nicht mehr unterbrochenen Folge habsburgischer Herrscher. Nach seinem Grundsatz A. E. I. O. U. („Alles Erdreich ist Österreich untertan“) verfolgt er nur das Ziel möglichster Erweiterung seiner Hausmacht.

Zu dem hochtönenden Titel „heiliges römisches Reich deutscher Nation“, der erst im 15. Jahrhundert üblich wurde, steht der weitere Verfall des Reiches und seine innere Zerrüttung im schroffen Gegensatz. Die Rand-

gebiete Deutschlands bröckeln ab. Mit den kirchlichen Reformbewegungen verbinden sich nationale. Fürsten kämpfen gegen die verarmten Reichsritter, gegen die Stände und Städte (z. B. in Brandenburg) und befehlen sich gegenseitig (Streit der Wittelsbacher und der sächsischen Bruderkrieg). An den Grenzen drohen wieder Gefahren. Die erstarkenden Nachbarreiche festigen und erweitern sich.

Die **Osmannen**, die 1356 in Gallipoli auf europäischem Boden Fuß gefaßt haben, besiegen die Serben (Schlacht auf dem Amselfelde 1389), Bulgaren und Walachen. Sigismund selbst kämpft als ungarischer König unglücklich gegen die Türken bei Nikopolis (1396). Die Mongolen überrennen Polen und Ungarn (1442). In Böhmen und Ungarn kommen nationale Fürsten zur Herrschaft (Hunyadi, Matthias Corvinus), nach deren Tode beide Reiche den Jagellonen Wladislaw von Polen zu ihrem König wählen. Sein Sohn Ludwig schließt mit Kaiser Maximilian einen Erbvertrag, der 1526 Westungarn an Habsburg bringt; das übrige Ungarn gehört bis 1699 den Türken.

Asiatischer Einbruch
in Europa

Die Loslösung der **Schweiz** vom Reiche bereitet sich vor. Der „ewige Bund“ der Urkantone verteidigt die Schweizer Freiheit gegen die Habsburger, die ihre Reichsvogteirechte zu einer landesherrlichen Stellung ausbauen möchten, bei Morgarten 1315 und nach einer Erweiterung zum „Bunde der acht alten Orte“ bei Sempach 1386. Mit dem Anschluß von Graubünden haben sie die wichtigsten Alpenübergänge in ihrer Hand, den St. Gotthard, die Furka, Splügen, Septimer und Julier (Paßstaatenbildung). Friedrich III. scheut sich nicht, französische Söldner, die Armagnacs, gegen die Schweizer heranzuziehen, jedoch ohne damit etwas zu erreichen. Noch einmal müssen die Schweizer gegen Karl den Kühnen von Burgund zu den Waffen greifen. Bei Granson und Murten 1476 bleiben sie auch gegen ihn siegreich. Die Reichsreform Maximilians lehnen sie für sich ab. Der Westfälische Friede 1648 ist nur eine Bestätigung ihrer Loslösung. (Anschluß der „zugewandten Orte“ im 15. Jhr.)

Abbröckeln der
Grenzländer

In **Burgund** bildet sich zwischen Frankreich und Deutschland ein Zwischenreich aus deutschen und französischen Reichslehen. Der Kern ist das französische Herzogtum Burgund und die deutsche Freigrafenschaft Burgund, dazu kommen die niederländischen Gebiete von Flandern und Artois, Holland und Seeland, Herzogtum Luxemburg und Geldern. Dem territorialen Zusammenschluß fehlt nur das beide Hälften trennende Lothringen. Es war aufs äußerste gefährdet. Deutsches Reichsgebiet geht ohne Widerspruch und ohne jegliche Gegenmaßnahmen Friedrichs III. in fremden Besitz über. Sein Sohn Maximilian heiratet die Erbin von Burgund. Das Reichsinteresse wird gewissenlos preisgegeben zugunsten einer Hausmachtspolitik.

Im Norden des Reiches kommt **Schleswig-Holstein** an Dänemark, indem die Stände den König von Dänemark zum Grafen von Holstein und Herzog von Schleswig wählen (1460), freilich unter der Zusicherung, „up ewig ungedeelt“ zu bleiben.

Dänemark, Schweden und Polen treten das **Erbe der deutschen Ostseeherrschaft** an, die Hanse und Ordensstaat bisher ausgeübt haben. Polen bekommt den Löwenanteil: Pomerellen, das Kulmerland

Neue Großmächte

und Ermeland (s. o.). Auch Rußland tritt schon hervor; es hat sein Gebiet bis zum Peipussee und bis zur Landenge zwischen Düna und Dnjepr vorgeschoben. Polen ist durch Vereinigung von Polen und Litauen 1386 eine slawische Großmacht geworden, es hat den Litauern das Christentum gebracht und sein Reich über Podolien und Wolhynien bis zum Dnjepr ausgedehnt. Jetzt bekommt es 1466 einen Zugang zum Meere. Die abgetretenen Ordenslande an der Weichsel behalten zunächst noch deutsche Verwaltung und deutsches Recht. 1569 werden sie eine polnische Provinz, seitdem beginnt eine zielbewusste Polonisierung. Das Baltenland wird vom Reiche getrennt und bleibt zunächst unter einem Landmeister selbständig, bis 1561 Polen auch diese deutschen Ostseeprovinzen erobert. Das heidnische Litauen, das zwischen den Baltenlanden und dem Ordensstaat lag, war seit der Zeit der ersten Kolonisation und später im polnisch-litauischen Reich der Ausbreitung deutschen Bauerntums stets hinderlich gewesen. Auch der Versuch des Ordens, von Kurland aus die Verbindung nach dem Memelland (Memel wurde von Kurland aus gegründet) durch eine Siedlungsbrücke zu festigen, war fehlgeschlagen. So bleiben die baltischen Länder sich selbst überlassen. Die Städte Riga, Reval und Dorpat im Baltenlande haben aber ihren deutschen Charakter bewahrt.

Politische Entwicklung in Westeuropa

2. Eine glänzende Machtentfaltung hatte Deutschland zur Vorherrschaft im Abendlande emporgeführt; es mußte sie aber verlieren, da die auseinanderstrebenden Kräfte zu stark waren und seine Zentralmacht zu ohnmächtig, um sie niederzuhalten. So verfällt das Reich äußerlich und innerlich. Dagegen gewinnen die Westmächte in langsamer, aber stetiger Entwicklung staatliche Einheit und mehr und mehr die politische Führung in Europa. Spanien, Frankreich, England machen sie sich nacheinander streitig.

Zerrissenheit Italiens

Nur I t a l i e n ist ein noch schwereres Los als Deutschland beschieden. Denn seit dem Untergang des weströmischen Reiches hat es nie eine einheitliche Politik treiben können, Zerrissenheit und Zersplitterung sind bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts seine Schicksalsbestimmung. Die Staufer, schon nahe daran, sie zu überwinden, scheitern an dem Widerstand des Papstes. Es folgen ihnen die Anjous in Neapel, Unteritalien und Sizilien. Karl von Anjou greift als Reichsvikar von Toskana und Schutzherr Roms auch auf Mittelitalien über. Von der Provence aus glaubt er Einfluß in Oberitalien gewinnen zu können. Da zerreißt die sizilische Vesper 1282 die ganzen Pläne, das sizilische Volk macht sich von der französischen Fremdherrschaft frei. Das spanische Haus Aragon löst die Anjous auf Sizilien ab. Den Anjous verbleibt nur Neapel, sie müssen aber auch hier 1442 Aragonien weichen. Der Gegensatz zwischen Frankreich und Aragonien (Spanien) wird zum großen Teil auf italienischem Boden ausge tragen.

Auflösung des Kirchenstaates

Der Kirchenstaat in Mittelitalien beginnt in der Zeit des babylonischen Exils des Papstes sich aufzulösen. Sittenlosigkeit der Päpste, die Kämpfe der Adelsparteien führen unhaltbare Zustände herauf. Cola di Rienzi's Versuch (zur Zeit Karls IV. um 1350), eine Weltherrschaft im Sinne der alten römischen Republik aufzurichten, scheitert.

Die Zeit fehlender staatlicher Zentralgewalt begünstigt das Aufkommen selbständiger Stadtstaaten: Florenz, Genua, Pisa, Mailand, Venedig sind die wichtigsten. Die Formen ihrer Verfassung sind verschieden, rein republikanische wechseln mit aristokratischen und monarchischen. Die meist aus den Söldnerführern, den Condottieri, zur Herrschaft aufgestiegenen Familien der Visconti und Sforza in Mailand, der Este in Ferrara, der Gonzaga in Mantua, der Medici in Florenz regieren absolutistisch. Venedig bleibt eine Republik unter einem auf Lebenszeit gewählten Dogen, ebenso Genua. Die Städte verfügen zum Teil über ansehnliche Territorien (vgl. die Terra firma Venedigs). Mailands Gebiet umfaßt die ganze Lombardei; Herzogtum ist es seit Galeazzo unter König Wenzel. Florenz erweitert seit der Medicäerherrschaft im 15. Jahrhundert seinen Machtbereich über ganz Toskana. Im Nordosten Italiens gehört Piemont seit dem 11. Jahrhundert den Grafen (seit 1416 Herzögen) von Savoyen.

Stadtstaaten
in Italien

Der vorhin angedeutete Kampf auswärtiger Mächte, Spaniens, Aragonens und Frankreichs setzt in dem Augenblick ein, wo die regen Lebenskräfte dieser Mächte nach Vollendung innerstaatlicher Einigung und Festigung auf neue Betätigung in außenpolitischer Richtung gewiesen werden. Frankreich überläßt darum die strittige Grafschaft Roussillon an Spanien, um sich ganz der italienischen Politik widmen zu können. Es geht um das Königreich Sizilien und schließlich um die Herrschaft über ganz Italien. Aragonien (Habsburg-Spanien) nimmt aber den Kampf auf. Nach etwa dreißigjährigem Ringen entscheidet er sich in der Schlacht bei Pavia 1525 zu Spaniens Gunsten, das nunmehr mit seinen habsburgischen Fürsten zwei Jahrhunderte Gebieter in Italien ist. In derselben Zeit geht die mächtige Handelsentwicklung der Seestädte zurück, da Italien durch den neu gefundenen Seeweg nach Indien und die Entdeckung Amerikas seine zentrale Verkehrslage einbüßt.

Aufstieg
der westlichen
Nationalstaaten

Zugleich mit dem Verfall der Hanse und der Ordensmacht in den nordischen Meeren verliert das Mittelmeer für Jahrhunderte bis zur Eröffnung des Suez-Kanals seine Weltbedeutung. Die großen Handelswege gehen jetzt über das offene Weltmeer. Den reichsten Gewinn davon haben die westeuropäischen Staaten, die an der atlantischen Küste liegen. Ihre Kräfte sind gerade zu dieser Zeit durch ihre innerstaatliche Entwicklung für die Verfolgung neuer großer außerpolitischer Ziele frei geworden. Darum gerade haben Portugal und Spanien diese Unternehmungen über See wagen können. Mit ihrer kolonialen Entwicklung, mit dem Aufstieg Hollands, Frankreichs und schließlich Englands geht das europäische Schwergewicht auf Vorder-europa über, während Mitteleuropa, Deutschland wie Italien, politischer Auflösung verfallen sind.

Aberseefahrten
und ihre Folgen

Die staatliche Entwicklung dieser westeuropäischen Staaten bis zu ihrem entscheidenden Eingreifen in die europäische und weltgeschichtliche Entwicklung sollen die Blätter XXI und XXII zur Anschauung bringen.

XX. Übergang der Vorherrschaft in Europa auf die Nationalstaaten des Westens.

Versuch einer Reichsreform in Deutschland. Habsburgische Machtentwicklung. Dynastischer Gegensatz zwischen Frankreich und Spanien-Österreich.

Gegensatz zwischen
Habsburg und
Frankreich

Kaiser Friedrichs III. Nachfolger, Maximilian, der Gemahl Marias von Burgund, wird durch seine burgundische Erbschaft der Gegner Frankreichs und seiner italienischen Politik, und das um so mehr, als sein Sohn Philipp 1496 Johanna von Kastilien heiratet. Kastilien ist seit 1479 mit Aragonien verbunden (Heirat Ferdinands von Aragonien mit Isabella von Kastilien). In Italien geht ja schon länger das Ringen zwischen Aragonien und den Anjous, hinter denen Frankreich steht.

Maximilian darf dem nicht müßig zusehen. Er will die Macht Habsburgs und des Reiches in Italien wieder aufrichten.

Reichsreform.
Die deutsche
Fürstenrepublik

Um die deutschen Fürsten für diese Politik zu gewinnen, ist er bereit, ihnen in der allseitig verlangten Reichsreform Zugeständnisse zu machen. Die Fürsten erstreben eine Art Fürstenrepublik, deren ausübendes Organ der König sein soll. Auf dem Reichstag zu Worms 1495 kommt es zur Einigung: Ein ewiger und allgemeiner Landfriede wird erklärt. Zu seiner Aufrechterhaltung wird das Reichskammergericht eingesetzt. Für die Durchführung seiner Entscheidungen, womöglich mit Gewalt, bedarf es einer bewaffneten Macht und darum einer Steuer, des „gemeinen Pfennigs“. Beides wird beschlossen. Das Reichsgebiet teilt man in 10 Kreise. Maximilian sieht sich in den an die Reform geknüpften Hoffnungen auf Förderung seiner Kriegspläne arg getäuscht. Er bekommt weder ein Reichsheer, noch die Reichsteuer zusammen. Lediglich das Reichskammergericht wird geschaffen. „Immerhin hat das Reich eine Verfassung erhalten, die mehr verknüpfte als der Zustand der letzten Jahrhunderte des Mittelalters“ (Schäfer).

Das erleichtert Maximilian die Durchführung seiner italienischen Politik, die aber erst sein Enkel Karl in den Kämpfen mit Franz I. von Frankreich, besonders in der Entscheidungsschlacht bei Pavia 1525, zum Siege führt.

Habsburg schützt
das Reichsgebiet

Der burgundische Besitz Habsburgs bringt zwar den lange nachwirkenden Gegensatz zwischen Habsburg und Frankreich, andererseits muß man auf die wichtige Sperrlage dieses burgundischen Zwischenreiches hinweisen, das dem französischen Vordringen zum Rhein Halt gebietet. Bei der Schwäche des Reiches und seiner Zerrissenheit wäre die Westgrenze von Frankreich schnell überrannt worden, jetzt aber schützt Habsburg in Burgund seinen eigenen Besitz.

Ebenso ist es auch an der Ostgrenze des Reiches, die Habsburg gegen die Türken zu schützen hat, seit Ungarn und Böhmen (1526) in seinen Besitz übergegangen war. Die Abwehr der Türken vom eigenen Lande ist zugleich ein Dienst für das Reich. Das soll und muß Habsburg als Verdienst angerechnet werden. Bei dieser Lage konnte nur ein Habsburger Kaiser werden. Kein anderer hätte diese Aufgabe erfüllen können, oder das Reich wäre sofort völlig zerbrochen.

Maximilians Nachfolger ist sein Enkel **Karl V.**, Herzog von Burgund, König von Spanien mit den italienischen und kolonialen Nebenlanden, der Herrscher, in dessen Reich die Sonne nicht unterging. Habsburger folgen in ununterbrochener Reihe, im alten Reiche bis 1806, in Österreich-(Ungarn) bis 1918.

XXI. und XXII.

Grundlegung der westeuropäischen Machtstaaten.

a) Frankreich.

1. Die geographischen Grundlagen französischer Staatsbildung.
2. Die Kapetinger — die Erben des regnum Francorum 887.
3. Frankreichs Tiefstand 1180.
4. Die Einigung Frankreichs bis 1453 (Ende des 100jährigen Krieges mit England).

Die Deutschen waren im Mittelalter politisch und kulturell das führende Volk Europas. Erst mit dem Verfall des Reiches geht die politische Führung an die bis dahin geltungslosen Nationalstaaten des Westens über. Das Schwergewicht Europas verschiebt sich nun von Mitteleuropa nach Westeuropa. Einem starken Königtum ist es dort gelungen, den Feudaladel zu bezwingen und im Bunde mit dem Bürgertum einen innerlich gefestigten Staat auf der Grundlage eines geschlossenen Volkstums zu begründen. Am Ende des Mittelalters ist diese innere Entwicklung abgeschlossen, die Nationalstaaten sind in der Lage, ihre Stärke und Kraft außenpolitischen und weltpolitischen Zielen zuzuwenden.

Die folgenden beiden Kartenblätter geben einen Überblick über die innerstaatliche Festigung der westeuropäischen Nationalstaaten.

1. Frankreich ist wie Deutschland ein Schollenland. Nur die Pyrenäen an der Südgrenze und die Alpen im Westen gehören zu der jugendlichen Faltungszone. Die Abdachung geht in beiden Ländern stufenweise von den Alpen durch das Gebiet der Mittelgebirge und der vorgelagerten Tiefländer nach dem Meere, in Frankreich nach dem Golf von Biscaya und dem Armelkanal, in Deutschland nach der Nord- und Ostsee.

Im einzelnen zeigen beide aber nach ihrem Aufbau bedeutende Unterschiede. Gerade sie haben nun bestimmenden Einfluß auf die geschichtliche Entwicklung beider Staaten ausgeübt. — Deutschland ist in seiner Oberflächengestaltung reich an Einzelformen und Landschaften, die eine Sonderentwicklung fördern, und reich an schärferen Charaktergegensätzen, wie sie zwischen Ober- und Niederdeutschland, dem Lande östlich und westlich der Elbe bestehen. Die landschaftliche Verschiedenheit mit den Gegensätzen der Stämme, den staatlichen Sonderbildungen und Interessen hat nach kräftigem Anlauf im Mittelalter zu staatlichem Verfall geführt und den nationalstaatlichen Zusammenschluß sehr erschwert und erst 1870/71 verwirklicht.

Frankreich zeigt einen viel einfacheren Aufbau. Es zerfällt nur in 5 größere Landschaften, die zugleich natürliche Klima- und Wirtschaftsgebiete sind: das Zentralmassiv und die Masse der Bretagne (zwei alte Horste), das Pariser Becken als die Kern- und Zentrallandschaft Frank-

Die Einheitlichkeit
des französischen
Raumes

reichs und das Garonnebecken (zwei rundliche Sedimentärbecken), endlich die Saône-Rhone-Senke. Die dem Mittelmeer angehörende Saône-Landschaft zwischen dem Steilabbruch des Zentralmassivs und den Westalpen mit dem nördlich anschließenden Jurazug hat eine größere wirtschaftliche Selbständigkeit (s. Lyon und Marseille), die im Mittelalter auch staatlichen Ausdruck gewann (fränkisches Mittelreich, Burgund).

Das übrige ozeanische Frankreich bildet eine Einheit. Die 4 Hauptlandschaften gehen allmählich ineinander über und durchdringen sich innig. Zwischen den beiden Massiven öffnet die breite Senke von Poitiers eine bequeme Verbindung zwischen dem Pariser und dem Garonne-Becken. So ergibt sich in Frankreich eine ausgesprochene Harmonie der Landschaften. Ein radial angeordnetes Fluß- und Verkehrssystem (niedrige Wasserscheiden) hilft, sie innerhalb scharf ausgeprägter natürlicher Grenzen (Pyrenäen, Alpen, Meer) zu einer Einheit zusammenzufassen. Nur im Nordosten zwischen den Vogesen und dem Kanal hat Frankreich offene Grenzen. Diese Lücken weist französischem Eroberungsdrang den Weg nach dem Rhein. Die Ostgrenze Frankreichs ist darum das ewige Kampfgebiet zwischen Frankreich und Deutschland.

Stetige Entwicklung
zum Nationalstaat

Die Geschlossenheit und Einheitlichkeit Frankreichs ließ das Land staatlich früh reifen. Eine langsame, aber stetige Entwicklung führt es zu staatlicher Einigung und Machthöhe. Das erklärt auch das stark ausgeprägte Nationalgefühl, wofür als weiterer innerer Grund die Idee hinzukommt, Frankreich sei Erbe des regnum Francorum Karls des Großen. Es äußert sich vor allem in einem außerordentlich lebendigen Willen zur Macht, der freilich oft die vorhandene Machtgrundlage übersteigt (Selbstbewußtsein einer grande nation — Gloirebedürfnis). Besonders der hundertjährige Kampf mit England ließ diesen Nationalgeist zu rechter Entfaltung kommen.

Die geographische Kernlandschaft, das Pariser Becken, wird auch geschichtlich der Ausgangs- und Machtmittelpunkt für die staatliche Einigung. In dieser Zentrallandschaft ist dem Lande die starke Mitte für seine Entwicklung gegeben, die z. B. Skandinavien und Spanien fehlt. Die günstige Zwischenlage Frankreichs zwischen Atlantischem Ozean und Mittelmeer kommt erst in der Neuzeit zu rechter Auswirkung, als die ausgedehnte atlantische Küste, wohin sich vier Fünftel Frankreichs neigen, den Blick auf das neue Weltmeer wandte und zur Aufnahme einer Kolonialpolitik in Amerika anregte, während später die Mittelmeerküste nach dem Verlust des amerikanischen Kolonialreiches die Grundlage für eine neue Zeit kolonialer Erwerbung abgibt (Eroberung Algiers 1830).

Macht der
Lehnsherrn

2. Die Schwäche der letzten Karolinger, die Zeit der Normanneneinfälle hat in Frankreich genau wie in Deutschland die großen Lehnsträger erstarken lassen. Die Herzogtümer Normandie, Bretagne, Aquitanien, Gascogne und Burgund, die Grafschaften Toulouse, Champagne, Vermandois und Flandern suchen sich möglichst selbständig neben dem Königtum zu halten. Das mächtigste Geschlecht unter den französischen Vasallen sind die Kapetinger als Herzöge von Francien. Sie werden 987 die Nachfolger der Karolinger. Allmählich überwinden sie

den Feudalismus und erheben das Königtum zur beherrschenden Zentralgewalt eines geschlossenen Einheitsstaates.

Vorzüge der Raumgestaltung, glückliche Schicksalsfügungen, eine Reihe zielbewusster, kraftvoller Herrscher haben Frankreich eine stetig aufsteigende, darum fester wurzelnde Entwicklung gegeben, als es Deutschland beschieden gewesen ist.

Das Pariser Becken ist die politische Kernlandschaft. Paris im Herzen Frankreichs wird von Anfang an der Mittelpunkt des Reiches. Die Vasallenstaaten decken sich nicht mit Stammesgrenzen wie in Deutschland. Zwar beruht die französische Nation nicht auf dem Boden eines einheitlichen Volkstums, sie ist vielmehr das Ergebnis einer Verschmelzung von Ligurern, Kelten, Römern, Germanen und Normannen unter der bindenden und zwingenden Kraft der Staatsgewalt. Aber da ausgeprägte Stammeseigenart nicht mit den feudalen Sonderherrschaften zusammenfällt, vollzieht sich die Verschmelzung leichter und bildet sich das Nationalbewußtsein schneller.

Der häufige Wechsel des Herrschergeschlechts und die wiederholten vormundschaftlichen Regierungen sind Frankreich erspart geblieben. Die Kapetinger regieren in direkter Linie bis 1328, in den Nebenlinien der Valois bis 1589 und der Bourbonen bis 1792 (1848). Von 987—1270 herrschen in Frankreich nur 9 Könige aus einem Hause, in derselben Zeit in Deutschland 21 Könige aus 11 Häusern, darunter 13 Gegenkönige.

Während in Deutschland nach dem Leibeizwang die erledigten Lehen immer wieder ausgegeben werden mußten, behält der französische König die erledigten Lehen für die Krone. Dabei verfolgt das Königtum nicht eine Hausmachtspolitik, die im Sinne der habsburgischen Territorialerwerbungen nur dynastischer Machterweiterung dient, sondern nationale Staatspolitik. Die kleinen Vasallen, Städte, Bürgertum und der Berufsbeamtenstand sind wichtige Stützen des Königs gegen den feudalen Adel. In den Kreuzzügen findet dieser eine Ablenkung und neue Aufgabe. Auch die Kirche steht auf der Seite des Königtums, keine Investiturfrage trennt Staat und Kirche. Als Bonifatius VIII. (um 1300) seine Oberhoheit auch dem französischen König aufzwingen will, läßt Philipp IV. den Papst gefangen nehmen. Es beginnt das babylonische Exil der Kirche. Auch die französische Kirche ordnet sich willig dem Königtum unter.

3. Seit Wilhelm der Eroberer die englische Königskrone gewonnen hat, sind die englischen Könige zugleich Lehnsträger des französischen Königs. Heinrich II. aus dem Hause Anjou-Plantagenet, der 1154 auf den englischen Thron kommt, besitzt als französische Lehen durch die Vereinigung des väterlich normannischen Erbes mit dem seiner Gemahlin den ganzen Westen und Norden Frankreichs, Bretagne, Normandie, Anjou, Maine, Touraine, Poitou, Gascogne und Guyenne. Das ist ein unerträglicher Zustand für Frankreich. Es ist die Zeit des schlimmsten Tiefstandes französischer Königsmacht.

4. Mit Philipp II. August (1180—1223), einem hochbegabten Herrscher, beginnt die Monarchie zu erstarken. Er nimmt seinem Vasallen Johann Ohneland, dem Bruder und Nachfolger des englischen Königs Richard Löwenherz, die Normandie und Bretagne. Im Bunde mit dem

Aufstieg des
Königtums der
Kapetinger

Der Tiefstand der
französischen Macht
im 12. Jahrhundert

Erstarkung der
französischen
Monarchie

Die Befreiung
von der englischen
Herrschaft

deutschen König Otto IV., mit dem Herzog von Brabant und dem Grafen von Flandern erklärt Johann darauf an Philipp den Krieg. Doch Philipp siegt bei Bouvines 1214 glänzend über das englisch-welfische Heer. Es ist das der erste Sieg, den Franzosen über deutsche Truppen errungen haben. Die englische Gefahr ist für lange Zeit beseitigt. Maine, Anjou, Touraine fallen an die Krone, ebenso Artois, Valois und Amiens. Der Herzog von Burgund, die Grafen von der Champagne, Flandern und Toulouse müssen sich in weitgehende Abhängigkeit von der Krone fügen. Bei England bleibt nur Gascogne und Guyenne.

Das Eingreifen in die Kriege der Kirche gegen die ketzerischen Albigenser bringt dem Königshause die Erwerbung von Toulouse (1249). Karl von Anjou, der Bruder König Ludwigs IX. (1226—1271), erwirbt 1246 die Provence als Erbe seiner Gemahlin und bezwingt die Seestadt Marseille. „Der zähe und staatlich geeinigte Norden hat über den begabteren und kultivierteren Süden den Sieg errungen.“ Das Gebiet der Krone reicht bis zum Mittelmeer. (Streit der Troubadours gegen das Nordfranzosentum.)

Die Anjous versuchen von hier eine Weltmacht im Mittelmeer aufzurichten. Sie werden 1265 Nachfolger der Staufer im Königreich beider Sizilien. Herrscher aus dem Hause Anjou tragen von 1301—1382 auch die ungarische Krone. Aber die bald aufkommende Segnerschaft des Hauses Aragon, das 1282 auf Sizilien die Anjous ablöst, durchkreuzt diese Pläne (vgl. S. 74).

Sieg des Königtums
über päpstliche
Ansprüche

Philipp IV. (1285—1314) hat den Kampf gegen das Papsttum, dem das Kaisertum der Staufer erlegen war, fortgeführt und erhebt jetzt das Königtum zum Siege über die päpstlichen Ansprüche. Die päpstliche Weltherrschaft hat nur solange bestehen können, als der Papst eine weltliche Macht gegen die andere auspielen konnte. Ohne stützende politische Macht im Hintergrunde müssen seine übertriebenen Forderungen den Zusammenbruch der päpstlichen Herrschaft nach sich ziehen. So folgt der Sturz unmittelbar auf die höchste Machtentfaltung. Für 70 Jahre ist Avignon Residenz der Päpste; sie sind damit ganz den französischen Königen in die Hand gegeben (babylonische Gefangenschaft der Kirche). Als eine Folge dieses Sieges bemächtigt sich der König des reichen Besitzes des Templerordens. Den Abschluß dieser Entwicklung bildet die pragmatische Sanktion von Bourges 1438. Nur die Wahl von Franzosen zu Bischöfen ist zulässig, und sie ist an die Zustimmung des Königs geknüpft. Frankreich hat damit eine Nationalkirche, die im Dienst des Königs steht. In dem Streit mit dem Papste findet der König vollste Unterstützung bei den Reichsständen, den Vertretern der hohen Geistlichkeit, des Adels und der Städte (Etats généraux).

Der 100jährige
Krieg mit England

Noch einmal wird der Gegensatz zu England Lebensfrage für Frankreich, als nach dem Aussterben der direkten Kapetingerlinie (1328) der englische König Eduard III. Anspruch auf den französischen Thron erhebt. Es beginnt der 100jährige Krieg mit England 1339—1463.

Der Krieg verläuft sehr wechselvoll, zugleich erschüttern innere Unruhen die beiden Staaten. Die Niederlage bei Crécy 1346, bei Poitiers 1356 bringen Frankreich schwere Verluste. Es büßt im Frieden von Brétigny 1360 den ganzen Süden bis zur Loire ein, dazu Calais. Unter

Karl V. von Frankreich (1364—1380) verlieren die Engländer aber die Eroberungen wieder, auch die Bretagne.

1415 beginnt der zweite Krieg mit England, Heinrich V. landet an der Seinemündung. Durch den Sieg bei Azincourt 1415 gewinnen die Engländer den ganzen Norden Frankreichs. Heinrich V. findet Unterstützung bei dem Herzog von Burgund und Anerkennung seines Thronfolgerechts im Frieden von Troyes (1420).

Da erhebt Frankreich in der Jungfrau von Orléans die Retterin, die den nationalen Widerstand entfacht. England muß Frankreich räumen. Nur Calais hat es bis 1558 noch als letzten Stützpunkt gehalten.

1349 war die Dauphiné schon an Frankreich gefallen. Karl VIII. (um 1500) erwirbt das letzte Lehnsherzogtum, die Bretagne.

Die innere Festigung vollendet Ludwig XI. (1461—1483). Der König beschränkt unter schweren Kämpfen, aber durch geschickte und gewissenlose Politik die Macht der Stände, setzt neue Parlamente, Gerichtshöfe als königliche Organe ein, ordnet die Staatsfinanzen und schafft sich eine stehende Heeresmacht. Unter Ludwig XI. fallen auch die Besitzungen der bourbonischen Nebenlinie, der Anjous, an das Königshaus: Provence, Anjou und Maine. Frankreich hat seine natürlichen Grenzen an den Pyrenäen, Alpen und den Meeresküsten erreicht, nur im Nordosten sind sie noch schwankend.

Das absolute Königtum hat sich durchgesetzt und kann sich jetzt außenpolitischen Zielen zuwenden. Ludwig gelingt es, durch Bündnisse mit Lothringen und der Schweiz Karl den Kühnen von Burgund zu stürzen; er muß sich aber statt des ganzen burgundischen Erbes mit der Picardie und dem Herzogtum Burgund begnügen, dagegen fällt das ganze übrige Gebiet des burgundischen Zwischenreiches mit der Hand Marias an Maximilian von Habsburg, auch die Niederlande. Dadurch wird der Gegensatz Frankreichs zu Habsburg und der Kampf gegen die habsburgische Umklammerung bestimmend für die Politik der nächsten Jahrhunderte.

Innere Festigung
des absoluten
Königtums

Übergang zur
Außenpolitik

b) Die Pyrenäenhalbinsel und England.

1. Neue christliche Staatenbildungen in den Bergen Nordspaniens gegen die Araberherrschaft.
2. Das portugiesische und spanische Reich.
3. Der angelsächsische Einheitsstaat.
4. England unter dänischer Herrschaft (1016—1035).
5. Die normannische Eroberung 1066. Englischer Besitz in Westfrankreich seit den Plantagenets (1154).
6. Ende der englischen festlandspolitik 1453. Stand des Kampfes zur Zeit des Friedens von Brétigny 1360.

1. Spanien. Die Pyrenäenhalbinsel hat bis Ende des Mittelalters, abgesehen von den Beziehungen zur nächsten Nachbarschaft nördlich der Pyrenäen, keinen Anteil an der übrigen Geschichte Europas. Auch zwischen Spanien und Rom hat man nur wenig Verkehr gepflegt. Der Grund dafür liegt zunächst in der geographischen Lage. Die Halbinsel ist das

Spaniens geographische Eigenart und besondere geschichtliche Aufgabe

äußerste Glied im Südwesten an dem europäischen Kumpfe und gehört in ihrem Aufbau mehr zu Afrika. Bei dem Hochflächencharakter des Binnenlandes fehlt ihr für eine geschlossene staatliche Entwicklung die starke Mitte. Der Grund liegt ferner in der besonderen geschichtlichen Aufgabe, die alle Kräfte des Landes bindet, der Verdrängung der Araber vom spanischen Boden.

Das unaufhaltsame Vordringen der Araber nach ihrem Sieg bei Xeres de la Frontera (711) hat die Goten in die Gebirge an der Nordküste der Halbinsel zurückgetrieben, wo sie mit den romanisierten ältesten Bewohnern des Landes verschmelzen.

Das spanische Maurenreich unter der Herrschaft der Omayyaden mit der Residenz Kordova (Kalifat von Kordova) hat seine politische und kulturelle Blütezeit unter Abderrahman III. (912—961) und dessen Nachfolger Alhakem II. Seit 1031 zerfällt das Kalifat von Kordova aber in viele einzelne Emirate.

Die Entstehung christlicher Staaten

Mit dem Aufkommen der Kreuzzugsbewegung setzt auch in Spanien der Kampf der in den nördlichen Gebirgen verbliebenen Christen gegen die Ungläubigen ein. Asturien, Navarra und die spanische Mark Karls des Großen bilden den Ausgangspunkt. Auf dem eroberten Boden entstehen neue christliche Staaten: Leon, Kastilien, Aragonien. Kastilien und Aragonien haben die größten Erfolge. Portugal hat Heinrich von Burgund 1094 im Auftrage Kastiliens begründet. Hier hat starker Zuzug von Rittern aus Südfrankreich und Burgund auch die Sprache beeinflusst, die erheblich vom Spanischen abweicht. Durch Erbschaft vereinigt sich Kastilien 1037 mit Leon und erobert das Innere Spaniens zurück. Ritterorden entstehen und widmen sich ganz dem Kampf gegen den Islam. Der Eid ist das Vorbild und verkörperte Ideal dieses spanischen Rittertums. Der Zerfall des Maurenreiches in Teiltrieche (1031) erleichtert den Sieg. Überall werden Kastelle zum Schutze des eroberten Landes angelegt („Kastilien“). Aragon erweitert sein Gebiet vornehmlich an der Küste und entwickelt sich zu einer bedeutenden Mittelmeermacht, zu der (1282) Sizilien, die Balearen, in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts Korsika und Sardinien, 1442 (1504) Neapel und 1512 auch Navarra gehören.

Der Zerfall des Maurenreiches

Portugal 1143 Königreich

2. Portugal macht sich unabhängig. Es beherrscht das Gebiet nördlich vom Duero bis zum Cap St. Vincent und legt mit den kühnen Unternehmungen Heinrichs des Seefahrers an der afrikanischen Küste den Grund zu seiner Seemacht im Atlantischen Ozean.

Spanien Nationalstaat

Schritt für Schritt müssen die Araber weichen. 1085 fällt Toledo. In der entscheidenden Schlacht bei Tolosa 1212 wirken die drei östlichen christlichen Reiche zusammen und beschränken die Mauren auf das Reich von Granada (1238). Kordova ergibt sich 1236. Durch die Heirat Ferdinands des Katholischen von Aragon mit Isabella von Kastilien 1479 werden beide Staaten verbunden, Spanien ist als Nationalstaat geeinigt. Der letzte Rest der maurischen Herrschaft wird mit der Eroberung von Granada vernichtet.

Der Adel hatte sich in den Zeiten der Maurenkämpfe dem Königtum gegenüber besondere Vorrechte zu verschaffen gewußt. Das Mitbestimmungsrecht der Reichsstände, die hier Cortes heißen, schränken die Königs-

macht stark ein. In den wirtschaftlich aufblühenden Städten gewinnt der König aber eine Stütze gegen die Feudalherren. Die Hermandads, Städteverbrüderungen ähnlich den deutschen Städtebünden, erlangen früh Zutritt zu den Reichsständen und stellen ihre Reiterei dem König zum Schutz der Staatsautorität zur Verfügung. Das Recht der Bistumsbesetzung und die Handhabung der Inquisition sichern dem König die Herrschaft über die Kirche (Konkordat 1482). So hat sich der Absolutismus durchgesetzt und der Nationalstaat gebildet, dessen Erbschaft die Habsburger jetzt antreten.

Herrschaft des Königtums über die Kirche

3. Aus dem Verlauf der englischen Geschichte heben sich zwei Perioden scharf heraus, die festländische Eroberungspolitik und die Politik der Seeherrschaft. Der Wechsel vollzieht sich im 16. Jahrhundert. Der neue Weg hat England auf die Höhe seiner jetzigen Herrschaft und Seegeltung in der Welt geführt.

England

Seine Inselage hat das in hervorragendem Maße begünstigt. Das Meer schützt das Inselreich; Voraussetzung bleibt freilich eine ausreichende Seemacht, die den Meereschutz erst wirksam macht. Doch dann hat es England dank seiner insularen Lage in der Hand, nach seinem Belieben sich in die Festlandsverhältnisse einzumischen oder sich von ihnen zurückzuziehen. Gerade von seinem Inselreich aus hat es die Politik des „europäischen Gleichgewichts“ durchführen können.

die Gunst der Lage

Für die Sicherheit Englands gegen einen Angriff von der Landseite ist es entscheidend, wer die flandrisch-niederländische Küste beherrscht. In der Hand eines mächtigen Staates würde sie eine stete Gefährdung bedeuten, deshalb darf England hier nur einen unbedeutenden kleinen Staat dulden. Von jeher bestehen auch zwischen England und Flandern enge wirtschaftliche Beziehungen, da die flandrische Tuchindustrie Abnehmer englischer Wolle ist.

Bedeutung der Gegenküste für Inselstaaten

Mit der Inselnatur seines Machtgebietes verbindet sich seine zentrale Lage in der Mitte der atlantischen Westküste Europas. Sie kommt zur vollen Geltung mit der Entdeckung Amerikas und der Erschließung des Atlantischen Ozeans für den Weltverkehr. Die damit gegebene Zwischenlage zwischen den Kontinenten und die erwähnte zentrale Randlage an der europäischen Westküste sichert England einen großen Vorsprung vor den übrigen Mächten, zumal es sich günstiger Küstenentwicklung, vieler Häfen, reicher Bodenschätze und ausgedehnter Binnenwasserstraßen erfreut.

Atlantische Zwischenlage

In beschränktem Maße hatte England eine zentrale Lage schon in der Zeit, wo der Norden und Osten Europas in der politischen Gestaltung Europas bedeutsam war und seit dem 13. und 14. Jahrhundert durch die Deutschen dem Verkehr erschlossen wurde; sie ist vergleichbar der zentralen Lage Italiens im Mittelmeer und der zwangsläufig daraus sich ergebenden Raumpolitik. Damals war der Kanal das englische Meer, die Nordsee lediglich Binnenmeer (abgesehen von den Island- und Amerikafahrten der Normannen). Das ist die Zeit der englischen Festlandspolitik, des Versuchs der normannischen Könige Englands, die Herrschaft Frankreichs mit der Englands zu vereinigen.

Zentrale Randlage

Festlandspolitik

Die Entwicklung
zum Einheitsstaat

Die Voraussetzung dafür ist die Bildung eines englischen Einheitsstaates. Doch nicht genug damit. Eine ungehinderte Entfaltung aller politischen Kräfte nach außen ist nur möglich, wenn der ganze britische Inselbereich als zusammengehöriges Naturgebiet staatlich vereinigt wird und in dieser organischen Zusammenfassung jede innere Behinderung und Hemmung ausschließt. „Die Beherrschung Irlands und auch Schottlands bildet den Grund und Eckstein der britischen Großmachtstellung.“ Damit ist der englischen Politik im Mittelalter ein klares Ziel gesteckt. Nur langsam, in rücksichtslosem Durchgreifen und blutigem Kampfe hat England das erreicht. Schottland und Frankreich (14. Jahrhundert) zusammengestanden. Angriffe vom Kontinent versucht man, meist von Irland aus, im Zusammengehen mit der irischen Gegnerschaft gegen England vorzutragen (vgl. Versuche Spaniens 1479—1583, Frankreichs 1691, 1796—1803, Deutschlands 1915—1917).

Ein einheitlich geschlossener angelsächsischer Staat ist England seit Alfred dem Großen 871—901, der unter den angelsächsischen Sonderherrschaften von Wessex aus den Einheitsstaat begründete. Bis zum 13. Jahrhundert wird Wales, wo die von den Angelsachsen verdrängten Kelten sich gehalten hatten, unterworfen und 1284 in das englische Grafschaftssystem eingegliedert. In Irland hat die englische Herrschaft im 12. Jahrhundert nur in einem kleinen Gebiet, im „Pale“ Fuß gefaßt. Die irische nationale Selbständigkeit und Kultur hat England erst seit dem 16. Jahrhundert vernichten können, seit den Zeiten Heinrichs VIII. und Elisabeths und dann seit Cromwells rücksichtslosem Vorgehen. Schottland, das besonders im 13. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts schwer um seine Selbständigkeit gegen englische Angriffe hat kämpfen müssen, wird endgültig 1603 durch Personalunion mit England vereinigt.

Die rassenmäßige
Grundlage

Als lockende Gegenküste hat England von den Ost- und Südgestaden des Kanals und der Nordsee in Zeiten politischer Schwäche und unzureichenden Flottenschutzes die verschiedenen Bevölkerungsbestandteile in sich aufgenommen, die in ihrer Vermischung den Charakter des heutigen Engländer bestimmen, der im Grundzug angelsächsischer, also niederdeutscher Prägung ist: Nüchternen Wirklichkeitsinn, Fähigkeit, klares politisches Denken, das in Ablehnung alles Gefühlsmäßigen nur Erreichbares erstrebt, Selbstvertrauen und ein hochgesteigertes Selbstbewußtsein. Um die Mitte des 5. Jahrhunderts kommen auf den Wegen der Wikinger die Sachsen, Angeln und Jüten nach der englischen Süd- und Ostküste (Friesen auffallenderweise nicht) und drängen die keltischen Briten nach Wales und Cornwall zurück, von wo sie nach der Bretagne abwandern und den heute noch bestehenden keltischen Zusammenhang erklären.

Der angelsächsische
Einheitsstaat

Nach jahrhundertelanger Zerrissenheit voll innerer Kämpfe, in denen zuletzt Dänen von Osten und Norweger vom Westen fortgesetzt durch häufige Einfälle das Land beunruhigen, einigt Alfred der Große 871—901 von Wessex aus die angelsächsischen Staaten, befreit sie von der Normannennot und bewahrt sie vor der drohenden normannischen Ab-

hängigkeit. Er gibt dem Rechtsleben des Volkes durch Aufzeichnung des Rechts und der Verfassung, durch die Grafschafts- und Hofämterordnung nach festländischem Vorbild bleibende Grundlagen. Durch eifrige Bemühungen um die Hebung der Bildung mit eigenen literarischen Arbeiten ist er auch der geistige Führer seines Volkes und Schöpfer der altenglischen Prosa (Übersetzung des Beda, Beowulfepos).

4. Vorübergehend verleiht Knut der Große 1016—1035 England seinem Nordseereich ein, das unter seinen Nachfolgern aber wieder zerfällt. Eduard der Bekenner ist wieder ein angelsächsischer König.

Die dänische Herrschaft

5. Den Streit zwischen der nationalen „englischen Partei“ und der „Partei der Fremden“ (Normannen) benutzt Wilhelm der Eroberer und gewinnt in der Schlacht bei Hastings 1066 den englischen Thron. Es beginnt die Zeit des normannischen Feudalstaates, der hier nach französischem Muster errichtet wird.

Der normannische Feudalstaat

Englands kulturelle und politische Entwicklung, bisher von Osten beeinflusst, knüpft sich jetzt an die französische. Das Französische wird die Sprache des englischen Hofes und Staates. Die normannischen Könige sind zugleich Lehnsträger des französischen Königs, erstreben aber selbst die Herrschaft über Frankreich: Das ist die Zeit der festländischen Eroberungspolitik.

Durch die Normannen erfährt die englische Verfassung eine straffere Zentralisierung. Nur die normannischen Barone haben das Waffenrecht, ihr Lehnsbesitz, verstreut über das ganze Land, hat nur mäßigen Umfang und kann darum zu keinen großen territorialen Herrschaftsbildungen führen. Die hohen kirchlichen und staatlichen Ämter sind in den Händen der normannischen Großen. Die Macht des Königtums steigt gewaltig. Mit der Nachfolge Heinrichs II. Plantagenet 1184 auf dem englischen Thron gehört ganz West- und Nordfrankreich als französisches Lehn dem englischen König: Bretagne, Anjou, Maine, Touraine als väterliches Erbe, ferner die vom Vater gewonnene Normandie, und als Erbe seiner Gemahlin Guyenne und Poitou. Er hat Wales bezwungen, Irlands Unterwerfung begonnen, und Schottland lehnspflichtig gemacht. In dem Streit mit dem Bischof von Canterbury, Thomas Becket, behauptet er seine Ansprüche der Kirche gegenüber.

Stärkung des Königtums

Sein Nachfolger ist Johann Ohneland. Streitigkeiten mit seinen Untertanen tragen ihm den päpstlichen Bann ein. Um sich von ihm zu lösen, muß er die englische Krone vom Papst Innocenz III. zu Lehn nehmen. Im Kampfe mit dem französischen König Philipp II. August (1180—1223) verliert er durch die Niederlage bei Bouvines 1214 alle seine französischen Besitzungen außer Guyenne und Gascogne.

Das französische Lehn

Verlust des französischen Besitzes

Daraufhin muß er mit den Baronen und Bürgern Frieden schließen und die Magna Charta, den „berühmten Freibrief des englischen Volkes“ anerkennen, der die alten Rechte bestätigt und verbrieft, persönliche Rechtsicherheit verbürgt und neue Steuern an die Bewilligung des großen Rates (der Barone und Prälaten) knüpft. Auf dieser Grundlage konnten sich die Beziehungen zwischen Volk und Krone weiterentwickeln. 1265 wird das Parlament im Kampf der Stände gegen den König Heinrich III. um zwei Vertreter der kleinen Vasallen aus jeder

Die Magna Charta 1215

England ein
Verfassungsstaat

Grafschaft und um Vertreter des Bürgertums erweitert. 1297 erhält es das Steuerbewilligungsrecht, auch Einfluß auf die auswärtige Politik. Damit ist England ein Verfassungsstaat geworden.

Seit Mitte des 14. Jahrhunderts (1343) besteht das Parlament aus 2 Häusern, dem Oberhaus (house of Lords), den Vertretern des hohen Adels und der Geistlichkeit, und dem Unterhaus (house of commons), in dem die gewählten Vertreter der Grafschaften und Städte sitzen (Steuerbewilligungsrecht, 1399 Absetzung Richards II.). Selbstregierung und Selbstverwaltung üben den politischen Sinn und Blick des Engländer. Die geschützte Insel Lage macht im Gegensatz zu den Festlandsstaaten die Ausbildung eines stehenden Heeres zur Verfügung des Monarchen unnötig und erleichtert darum den Ständen die Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber der Krone. Auf ihre Selbstbewilligungen ist Eduard III. wegen seiner Kriege gegen Schottland und Frankreich dringend angewiesen.

Der 100jährige
Krieg mit Frankreich

6. Nach dem Aussterben der direkten Kapetinglinie in Frankreich (1328) erhebt der englische König als Erbe in weiblicher Linie Thronansprüche. Es beginnt der hundertjährige Krieg zwischen Frankreich und England. Er endet (1463) mit der Vertreibung der Engländer vom französischen Boden. Nur Calais und die Kanalinseln bleiben englisch.

Innerpolitische
Gegensätze

Ende der englischen
Festlandspolitik

Es folgen lange, blutige Wirren zwischen den Häusern York und Lancaster, die Kämpfe der weißen und roten Rose. Als darauf das Bürgerkönigtum der Tudors zur Regierung kommt, gibt man die territoriale Eroberungspolitik auf dem Festland endgültig auf. 1558 fällt der letzte englische Stützpunkt: Calais. Seit dieser Zeit sind die Kanalinseln mit ihrer französisch sprechenden Bevölkerung der letzte Rest des ehemaligen Festlandbesitzes der Engländer. Die zweite große Periode der englischen Politik, die Aufrichtung der Handels- und Seeherrschaft, beginnt, in ihrer Entwicklung ganz wesentlich von der Reformation beeinflusst.

XXIII. Europa in der Abwehr asiatischer Völkerstürme.

1. Vorstöße der Hunnen, Avaren, Angarn, Mongolen. Das Vordringen des Islams. Ausbreitung der arabischen Herrschaft.
2. Die seldschukischen Türken und der Islam. Die Mittelmeerländer zur Zeit des ersten Kreuzzuges. Die Entstehung der italienischen Seestadtstaaten des Mittelmeeres.

Abendland
und Orient

1. Der Kampf Europas gegen die orientalische Welt zieht sich durch die ganze Geschichte. Die griechische Kultur hat wichtige Einwirkungen von den altorientalischen Kulturen erfahren. Die Perser versuchen auch ihre politische Herrschaft über den Bosphorus und das Ägäische Meer nach Europa hinüberzutragen. An dem nationalen Widerstand der Griechen zerschellt ihr Eroberungsdrang. Dann überrennt Alexander der Große im Sturm Asien bis zum Indus. Die politische Freiheit des Griechentums hat er endgültig vernichtet, seine Kultur aber über die ganze damalige Welt hinausgetragen; selbst die chinesische Kultur hat viel griechisches Gut aufgenommen. Schon zur Diadochenzeit beginnt die nationale Reaktion

des Orients, die Parther reißen den ganzen Osten des Seleukidenreiches los; ihr Reich bildet eine stete Beunruhigung für die römische Ostgrenze. Diese asiatische Gegenbewegung erfährt durch das Neuperserreich der Sassaniden (seit 226 n. Chr.) eine Neubelebung.

Da brechen auch schon neue Völker aus den Steppen Asiens durch die südrussische Ebene: die mongolischen **H u n n e n**. Sie biegen die germanische Südostbewegung nach Südwesten ab. Die Theißebene ist seit 2000 v. Chr. das große Völkerstaubecken der großen europäischen Völkerbewegung. Auch die Hunnen setzen sich hier fest und bringen alle Nachbarreiche in Abhängigkeit von sich, bis sie nach dem Tode Attilas aus der Geschichte verschwinden.

Die Hunnen

Im 6. Jahrhundert entsteht auf demselben Boden das Reich der **A v a r e n**. Auch sie sind ein mongolischer Stamm, der aus dem Innern Asiens gekommen ist. Byzanz, Franken und Oberitalien sind die Ziele ihrer Angriffe. Karl der Große schützt sich gegen sie durch die avarische Mark. Um 800 machen die Bulgaren ihrem Reich ein Ende.

Die Avaren

Da brechen gegen 900 die Magyaren in die Theißebene als neuer Mongolenvorstoß ein. Das Ungarnreich ist ihre Schöpfung. Plündernd, raubend und sengend dringen sie bis nach Italien, Bayern und Sachsen vor. Nach der Schlacht auf dem Lechfelde 955 und Annahme des Christentums um 1000 werden sie sesshaft.

Die Mongolen

Inzwischen hat die arabische Halbinsel seit dem 7. Jahrhundert ihre Eroberungslustigen und siegesgewissen Wüstensöhne im Dienst der mohammedanischen Religion gegen das oströmische Gebiet in Asien und Afrika vorgetrieben. In wenigen Jahrzehnten nehmen sie Asien bis zum Taurus, Kaukasus und Indus, ebenso Nordafrika und Spanien. Das Mittelmeer beherrschen sie mit ihrer Flotte. Ostrom und das Frankenreich sind die Brellböcke, die im Interesse der abendländischen Welt standhalten müssen.

Die Araber

In Vorderasien machen sich im 11. Jahrhundert die türkischen **Seldschuken**, die von Turkestan herkommen, zu Herren des Landes, sie nehmen gleichzeitig den Islam an. Sie beherrschen vom 11. bis 13. Jahrhundert Kleinasien, Mesopotamien, Persien, Afghanistan und Turkestan. Nach Besitznahme Jerusalems stören sie die Pilgerfahrten zum heiligen Grabe. Konstantinopel erscheint gefährdet. Da setzt die Kreuzzugsbewegung ein und damit ein erneuter Gegenstoß des Abendlandes gegen die von Osten herkommende Gefahr.

Die Seldschuken

Die Ergebnisse der ersten drei Kreuzzüge sind schon besprochen (vgl. S. 45). Die Karte gibt einen Überblick über die gleichzeitigen politischen Verhältnisse im Mittelmeergebiet.

Die politische Lage im Mittelmeer

Das große Araberreich ist in einzelne Kalifate zerfallen. Das oströmische Reich hat das auf seinem Boden entstandene erste bulgarische Reich 1018 wieder in Abhängigkeit gebracht (vgl. Blatt XV). Serbien hat sich 1040 unabhängig gemacht, seine staatliche Entwicklung macht Fortschritte. Kroatien gehört seit 1090 zum ungarischen Reich, das zeitweise auch über Bosnien, Serbien und Rumänien gebietet.

XXIV. Europas Kampf gegen den Islam und seine Folgen.

1. Die Mittelmeerländer nach dem vierten Kreuzzuge. Die vordringenden Mongolen (13. Jahrhundert).
2. Die Wiederherstellung des byzantinischen Reiches.
3. Die endgültige Vernichtung des oströmisch-byzantinischen Reiches.

Die Aufteilung
Ostroms

1. Ostrom, das aus Kleinasien durch die Seldschuken allmählich verdrängt ist, im Norden durch das zweite bulgarische Großreich (Ende des 12. bis 14. Jahrhunderts) eingeengt ist, fällt mit der Eroberung Konstantinopels 1204 an die Kreuzfahrer. Sie begründen das lateinische Kaiserreich.

2. Sogleich entsteht aber auf kleinasiatischem Boden ein neues oströmisches Reich mit der Hauptstadt Nicäa. Von hier aus macht die Dynastie der Paläologen dem lateinischen Kaiserreich 1261 ein Ende. Venedig, das den Löwenanteil bei der Aufteilung des oströmischen Gebietes erhalten hatte, hält sich in Griechenland, während Genua jetzt den Handel des oströmischen Reiches im Gebiet des Schwarzen Meeres an sich bringt.

Im Zusammenhang mit dem großen Mongolensturm, der im Anfang des 13. Jahrhunderts Rußland in jahrhundertelange Abhängigkeit bringt und in Deutschland durch die Schlacht bei Liegnitz 1241 nach Süden abgedrängt wird, geraten auch die Seldschuken in Vorderasien unter mongolische Herrschaft.

Ostrom hat keine Bedeutung mehr. Auf dem Balkan gewinnt außer Bulgarien jetzt auch Serbien größere Bedeutung und erreicht unter Stephan VII. Duschan (Mitte des 14. Jahrhunderts) seine höchste Macht.

Die italienischen
Seestadtstaaten

Im Mittelmeer ist seit den Kreuzzügen Italien dank seiner Zwischenlage wieder in den Mittelpunkt des Verkehrs getreten. Die italienischen Seestädte blühen auf. Über die Adria, die lange ein totes Meer war, dann nur wegen der Querverbindung Brindisi-Durazzo wichtig wurde, geht jetzt die große Hauptstraße vom Rheintal über den Brenner und Venedig nach dem Osten. Die Rivalin Venedigs auf der Westseite der Apenninhalbinsel ist Genua. Genua hat im westlichen Mittelmeer mit Pisa im Bunde im 11. Jahrhundert die Araber bekämpft, dann aber die pisanische Flotte 1284 vernichtet und die Übermacht gewonnen.

Venedig, an ungünstiger Schwemmlandküste, aber am Kreuzungspunkt des Seeweges mit der Straße von Brenner und Splügen, von Illyrien, Pannonien und Norikum gelegen, mußte als der gegebene Umschlagplatz des jetzt auflebenden Handels mit dem Orient einen großen Aufschwung nehmen. Es wird die erste Kolonialmacht des östlichen Mittelmeeres.

Genua ist die Vermittlerin des orientalischen Handels mit dem Westen Europas. Die Iberische Halbinsel kam als Absatzgebiet wegen seiner derzeitigen inneren Kämpfe und wegen seiner ungünstigen geographischen Verhältnisse nicht in Frage. Dagegen neigte Frankreich im wesentlichen damals noch nach dem Mittelmeer hin. Von Genua führte die alte Handelsstraße über Marseille—Lyon durch die Burgundische Pforte zur Kanal-küste. Genua war auch das natürliche Ziel der Paßstraßen, die über die Westalpen nach dem Po hinunterführten. Um die Beherrschung der

mittleren Alpenpässe und um die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer haben Venedig und Genua etwa hundert Jahre miteinander im Kampf gelegen, der nach der Niederlage bei Chioggia 1379 in dem Frieden von Turin zu Genuas Ungunsten ausging.

3. Um 1300 entsteht unter Osman ein neues türkisches Reich in Kleinasien. Die osmanischen Türken gehen unter Murad X. 1356 nach Europa hinüber. Das türkische Reich

Adrianopel machen sie zu ihrer Hauptstadt und gehen von hier erobernd nach allen Seiten vor. Serbiens Schicksal besiegelt die Niederlage auf dem Amselfelde (1389). Bulgarien muß sich unterwerfen, vergebens versucht König Sigismund, sie aufzuhalten, bei Nikopolis 1396 wird er geschlagen. Da hemmt der Mongolenvorstoß Timurlents auf die türkische Ostgrenze und Kleinasien für eine Zeit das weitere Vordringen. Erst 1453 nimmt Mohammed II. Konstantinopel. Der letzte Rest des oströmischen Reiches ist damit vernichtet. Das Türkenreich hat seinen natürlichen Mittelpunkt gewonnen.

Der Mittelmeerverkehr nach dem Osten hat für eine lange Zeit ein Ende. Die Stappenstraße Venedigs: Ionische Inseln, Morea, Rhodos, Cypern liegt jetzt im türkischen Machtbereich. Auf der Suche nach neuen Wegen, auf denen man die Orientprodukte nach Europa bringen kann, finden die Portugiesen den Seeweg um die Südspitze Afrikas, entdeckt Kolumbus Amerika. Der Atlantische Ozean wird jetzt das Meer des Weltverkehrs. Das festländische Schwergewicht ist von Deutschland nach den Staaten Westeuropas gerückt. Das muß den Seestädten Italiens, besonders aber Venedig, gewaltigen Abbruch tun. Dagegen beginnt jetzt der Aufstieg Lissabons, Antwerpens und Rotterdams.

Abriegelung des Abendlandes durch die Türken und ihre Folgen

XXV. Das Verkehrsbild des Mittelalters.

XXVI. Das Erdbild des Mittelalters.

Das Mittelalter gilt als eine minderwertige Zeit. Es ist in weiten Kreisen Brauch geworden, die Worte mittelalterlich und rückständig als gleichbedeutend zu gebrauchen. Wer sich zum Verständnis des Mittelalters durchringt, kann aber nicht anders als staunen über die außerordentliche Beweglichkeit, das keimende, sprossende Drängen der Zeit, die nach jeder Richtung hin Neues erstrebt und schafft.

Schon der oberflächliche Blick zeigt, daß das Jahrtausend, das zwischen dem Untergang des Weströmischen Reiches und der Entdeckung Amerikas liegt, mehr leistete für die Aufdeckung der Erde, als jenes, das die Silberstadt als Mittelpunkt staatlichen Lebens kannte. Länder, die den Römern höchstens vom Hörensagen bekannt geworden waren, sind jetzt hell ins Licht der Geschichte getreten, haben am europäischen Staaten- und Völkerleben selbständigen, eigenartigen Anteil genommen, nicht nur Deutschland, von dem die Römer über Rhein und Donau hinaus bescheidene Kunde hatten, sondern auch Skandinavien, die entlegenen Gestade der Ostsee, Polen, Ungarn weit über die Grenzen Pannoniens und Dakiens hinaus. Von Konstantinopel aus ist Rußland in christliche Bahnen gelenkt worden, zweifellos die folgenreichste Leistung byzantinischen Lebens.

Die Erschließung Europas

Trotz der Verluste jenseits des Mittelmeeres übertraf die christliche Länderwelt des ausgehenden Mittelalters die römische an Umfang um mehr als das Doppelte.

Die Kenntnis
der Welt

Dazu kann gar nicht bestritten werden, daß die Kenntnis der Gebiete, die jenseits der eigenen Herrschaftsgrenzen lagen, viel eingehender war, als sie den Römern über ihren unmittelbaren Machtbereich hinaus zur Verfügung gestanden hatte. Die Kreuzzüge, glänzender Aufstieg von Städten, wie Pisa, Genua, Venedig, sind ein Zeugnis dafür. Als die Aufrichtung eines Mongolenreiches zeitweise ein einheitliches Herrschaftsgebiet von den Ostgrenzen Mitteleuropas bis an den Stillen Ozean schuf, haben Abendländer alsbald die Weitherzigkeit der mongolischen Herrscher benutzt, Reisen zu machen und Kunde zu sammeln, die erheblich hinausreicht über das, was dem Altertum zu Gebote gestanden hat. Als man im 15. Jahrhundert anfang, den Seeweg nach Ostindien zu suchen, war man über dieses Land und seine westliche Nachbarschaft besser unterrichtet, als zu den Zeiten des Kosmas Indikopleustes.

Die verbesserte
Seetechnik

Vor allem tritt die Überlegenheit im Befahren der Meere hervor. Was die Alten in dieser Richtung leisteten, verschwindet vollständig gegenüber den verwegenen Unternehmungen der Normannen. Auf ihren Spuren haben Kreuzfahrerflotten von den Gestaden der Nordsee her Palästina und Ägypten erreicht; sie kennen eine „Jarsala-“, eine Jerusalemsfahrt. Die endgültige Entdeckung Amerikas, die Auffindung des Seewegs nach Indien sind mittelalterliche Taten. Mit dem Zeitalter der Erfindungen und Entdeckungen beginnt man die Geschichte der neueren Zeit. Man darf aber nicht vergessen, daß auch die Erfindungen: Kompaß, Schießpulver, Buchdruckerkunst mittelalterliche Errungenschaften sind.

Die Bodenkultur

Das Mittelalter hat aber Kenntnis und Ausnutzung der Erde nicht nur räumlich erweitert; es hat sich auch vertieft und ihrem Betriebe ganz andere zukunftsreichere Formen gegeben, die ihn außerordentlich gehoben, in viel höherem Grade zu einer Angelegenheit der Gesamtheit gemacht haben, als es im Römerreich der Fall gewesen war. Daß Zahl und Umfang der Siedlungen, die der Zeit von der Völkerwanderung bis zum Ausgange des Mittelalters ihre Entstehung danken, erheblich größer ist als die des Römischen Reiches, kann nicht bezweifelt werden. In den neu in das geschichtliche Leben einbezogenen Gebieten hat eine vielfache Vermehrung der Bevölkerung stattgefunden, und weite Flächen sind geregelter Anbau gewonnen worden. In Mitteleuropa ist wohl um 1500 nicht so sehr viel weniger Land unter dem Pfluge gewesen als nach den napoleonischen Kriegen.

Das Städtewesen

Nun kann man sagen, daß Städte den natürlichen Mittelpunkt höherer kultureller Entwicklung bilden. Klöster und Pfalzen, die durch Jahrhunderte ihre Stelle vertraten, konnten auf die Dauer dieser Aufgabe nicht genügen. Gerade auf diesem Gebiete hat aber das Mittelalter selbständig Neues geschaffen, und Neues, das dem Alten in mehr als einer Beziehung überlegen war. Die mittelalterlichen Städte sind zu weit größerer Selbständigkeit gelangt, als römische Städte je erreicht haben. Venedig und Mailand, Genua und Florenz, oder, um rein germanisches Gebiet zu wählen, Nürnberg und Lübeck, Köln und Brügge haben ganz besondere Be-

wegungsfreiheit und deshalb auch einen sehr viel weiteren Betätigungsbereich genossen als je eine römische Stadt, abgesehen von Rom selbst. Da muß man schon in griechische Verhältnisse hinübergreifen, um vergleichen zu können.

Man kann hinweisen auf die Pracht der Bauten, die römische Städte auszeichnete. Kann nicht doch fraglich sein, ob den mittelalterlichen Domen oder antiken Tempeln, Zirkussen und Bädern der Preis zuzuerkennen ist? Daß die Wohnweise des mittelalterlichen Bürgers, besonders im rein germanischen Gebiet, den Vorzug verdient vor der des römischen *Municeps*, kann nicht zweifelhaft sein. Im bergmännischen Betrieb läßt das Mittelalter das Altertum weit hinter sich zurück, nicht nur in der Eröffnung neuer Fundgebiete, sondern auch in der Ausbeutung. Weit überschätzt worden ist die Bedeutung römischen Straßenbaues; auch dem Mittelalter ist Wegebau nicht fremd. Alles, was mit Schiffahrt zusammenhängt, hob sich über das Überkommene hinaus. Mit dem Wasser waren die Germanen sehr viel vertrauter als die Römer.

So hat sich auch der mittelalterliche Verkehr weit hinausgehoben über das, was das Altertum gekannt hat. Germanisches Gewerbe und germanischer Handel sind ländlichen Ursprungs; die neue städtische Entwicklung hat ihnen dann andere Heimstätten gegeben, und seit dem 13., ja seit dem 12. Jahrhundert nimmt der mittelalterliche Verkehr einen Umfang und eine Vielgestaltigkeit ein, die das Altertum nicht kennt. Weit entfernte Länder tauschen nicht nur ihre Luxusartikel, vor allem Pelzwerk, feine Gewebe und Wachs, sondern auch Massenerzeugnisse gegeneinander aus. Mittelmeer und atlantische Gewässer stehen im Mittelalter allerdings kaum in friedlicher Schiffahrtsverbindung; aber die Römer haben atlantische Küsten doch auch nur ganz vereinzelt befahren, während in der Folgezeit die Meere von der Straße von Gibraltar und dem Kap St. Vincent bis hinauf in die Winkel der Ostsee und zu den norwegischen Küsten ein bunt belebtes Handelsgebiet wurden. Als genuinische Faktoreien das Schwarze Meer umsäumten, die Venezianer ein Lateinisches Kaisertum ins Leben riefen und über Ägypten Handel mit Indien trieben, war das Mittelmeer sicher nicht weniger belebt als zu den Zeiten des Augustus oder Diokletian.

Das Mittelalter hat christlichem und abendländischem Wesen weiterhin neuen Boden gewonnen. Besonders im 12. und 13. Jahrhundert hat eine folgenreiche Ausbreitung stattgefunden. Wo Eroberung in Frage kommt, hat man scharf zu scheiden zwischen heidnischem und christlichem Land. Was von Deutschen, Dänen, Schweden mit dem Schwerte gewonnen wurde, ist ausschließlich Heidenland; mit seiner Unterwerfung erfüllte man nach der mittelalterlichen Auffassung eine Christenpflicht. Abweichend von ihnen sind die Engländer erobernd gegen Christen vorgegangen! Überall ist es aber staatliches Leben, was pulsiert. Eine Ausbreitung abendländischer Kultur ist ohne abendländische Macht nicht denkbar; Handhaber der Macht aber ist der Staat. (Gekürzt aus Schäfer: Staat und Welt.)

Der Handelsverkehr

Christentum
und Staat

Die Philosophie der Antike ist eine Geschichte der Ideen, die sich in der Zeit der Griechen und Römer entwickelte. Sie ist eine Geschichte der Suche nach Wahrheit und der Erkenntnis der Natur und des Menschen.

Die Philosophie der Antike ist eine Geschichte der Ideen, die sich in der Zeit der Griechen und Römer entwickelte. Sie ist eine Geschichte der Suche nach Wahrheit und der Erkenntnis der Natur und des Menschen.

Die Philosophie der Antike ist eine Geschichte der Ideen, die sich in der Zeit der Griechen und Römer entwickelte. Sie ist eine Geschichte der Suche nach Wahrheit und der Erkenntnis der Natur und des Menschen.

Die Philosophie der Antike ist eine Geschichte der Ideen, die sich in der Zeit der Griechen und Römer entwickelte. Sie ist eine Geschichte der Suche nach Wahrheit und der Erkenntnis der Natur und des Menschen.

Die Philosophie der Antike ist eine Geschichte der Ideen, die sich in der Zeit der Griechen und Römer entwickelte. Sie ist eine Geschichte der Suche nach Wahrheit und der Erkenntnis der Natur und des Menschen.

III. Neuzeit

Die Geschichte bis zum Versailler Vertrag

von

Dr. Franz Braun

Die Politik der Gegenwart

von

Dr. Franz Braun und H. Hillen Ziegfeld

III. Neuzeit

Die Geschichte bis zum Verfall der Fortsetzung

Dr. Franz Braun

Die Politik der Gegenwart

Dr. Franz Braun und H. Hillem Ziegler

Neuzeit.

I./II. Europäische Ausweitung in der Neuzeit.

I. Die Entdeckungen.

II. Überseebesitz westeuropäischer Staaten im 16./17. Jahrhundert.

Nach Ranke beruht der Fortschritt der Geschichte darauf, daß ihr Schauplatz immer weitere Räume umfaßt. Von dieser Auffassung aus hat kein Ereignis in der Geschichte eine solche Tragweite, wie die Entdeckung Amerikas. Die Europäisierung der Erde nimmt von da ihren Anfang. Die Vorherrschaft, wie sie politisch und wirtschaftlich bis zum Beginn des Weltkrieges bestand und in kultureller Hinsicht auch jetzt noch gilt, gründet sich darauf (vgl. *Alttertum* S. 3). Die europäische Geschichte erweitert sich zur Weltgeschichte. So läßt man mit Recht mit dieser Tat des Genuesen Kolumbus im Jahre 1492 die Neuzeit beginnen.

Weltgeschichte

Für die Anfänge kultureller und staatlicher Entwicklung von den Zeiten des Alttertums bis zum Mittelalter waren es die Nebenmeere, die mit ihrer die Gegenküsten verbindenden Kraft auf die Entwicklung der anwohnenden Völker ausschlaggebenden Einfluß ausübten, während die weiten Flächen des offenen Weltmeeres noch als Sperrzone wirkten. Jetzt schreckt aber auch die Großform des Wassers den Unternehmungsgeist des Menschen nicht mehr. In der Neuzeit gewinnt vielmehr das Weltmeer für die Vermittlung des Handels und der Kultur maßgebende Bedeutung.

Weltmeer-
bedeutung

Zunächst gilt das für den Atlantischen Ozean; dank seiner Zwischenlage zwischen der Alten und der Neuen Welt bekommt er Mittelmeerscharakter und wird durch seine günstige Gliederung und Verkehrslage das Meer der Landhalbkugel schlechthin. Die zu beiden Seiten gelegenen Länder erfreuen sich gleichartiger Kulturbedingungen und bieten im Austausch von Rohprodukten und Wirtschaftserzeugnissen reichste Entwicklungsmöglichkeit. Ein dichtes Netz von Kabel- und Funklinien, zahlreiche Schiffsverbindungen und demnächst regelmäßiger Luftverkehr verkürzen immer wirksamer die Entfernung. Die Längserstreckung mit einem mittleren Küstenabstand von nur 606 km (Indischer Ozean: 621; durchschnittlicher Küstenabstand aller Meere: 695), die reiche Gliederung mit Nebenmeeren und verbindenden Meeresstraßen (europäisches und amerikanisches Mittelmeer, Ostsee, Hudsonbai, dänische Wasserstraßen, Armeikanal, Straße von Gibraltar, von Suez und die der Dardanellen) geben ihm seine bis auf die Gegenwart wirkenden Vorzüge vor dem Stillen Ozean.

Kolumbus'
Westfahrt

Kolumbus glaubt, er müsse dank der Kugelgestalt der Erde bei seiner Fahrt in westlicher Richtung auf das Wunderland Indien stoßen. Der von den Arabern übernommene und verbesserte Kompaß gestattet auch, den Kurs über das offene Meer zu nehmen. Die vielen Bemühungen des kühnen Italieners um die nötigen Schiffe finden endlich bei Isabella von Spanien Gehör, als sie 1492 mit der Eroberung Granadas die letzten Reste der Maurenherrschaft vernichtet hat. Die reichen Schätze Indiens locken. Der durch die Araber vermittelte einträgliche Handel mit Indien (Spezereien, Gewürze, Seide, Perlen, Edelsteine) war aber seit der Er-

oberung Konstantinopels durch die Türken unterbunden, Alexandria in den Händen der Mameluken (seit 1516 türkisch). So sucht man nach neuen Wegen.

Die neue Welt

Kolumbus landet am 12. Oktober 1492 auf San Salvador (Guana-hani), einer der Bahama-Inseln, entdeckt die üppigreichen Inseln Kuba und Haiti. Noch dreimal fährt er hinaus. Er kommt zu den kleinen Antillen, berührt bei Trinidad das südamerikanische Festland und findet auf der letzten Reise auch die Küste Mittelamerikas, Honduras hält er für die Halbinsel Malakka. Die feste Überzeugung, Indien gefunden zu haben, nimmt er mit ins Grab († 1506). Erst als Balboa 1513 über die Landenge von Panama bis an die Küste des Stillen Ozeans vordringt, ist damit zugleich die Wahrheit gefunden: Amerika, ein selbständiger Erdteil, die Neue Welt.

Die weiteren Eroberungen Spaniens lassen hier ein gewaltiges Kolonialreich entstehen, das dieses Land zur Weltmacht erhebt. Der neue Erdteil erhält durch einen deutschen Kosmographen nach dem Italiener Amerigo Vespucci, der ihn zuerst beschrieb, seinen Namen.

Indienfahrt
der Portugiesen

Die Portugiesen suchen den Weg zu den Schätzen Indiens auf der Fahrt um Afrika herum. Wie Spanien hatte auch Portugal als Nationalstaat im 15. Jahrhundert einen großen Machtaufschwung (vgl. Mittelalter S. 73 ff.) genommen und seit Heinrich dem Seefahrer seine regen Lebenskräfte in Überseeunternehmungen betätigt. Er dringt bis zum Kap Verde vor, Bartholomäus Diaz bis zum stürmischen Kap der Guten Hoffnung, Vasco da Gama endlich erreicht das Ziel und landet 1498 in Kalikut an der Küste von Malabar. Der Südwest-Monsun begünstigte seine Fahrt über den Indischen Ozean, wie der Nordost-Passat die des Kolumbus.

Cabral kommt im Jahre 1500, vom Äquatorialstrom nach Westen abgetrieben, nach Brasilien.

1. Weltumsegelung

Der Portugiese Magellan unternimmt in spanischem Auftrage die erste Weltumsegelung in westlicher Richtung (1519). Er findet seinen Tod auf den Philippinen. Einem seiner Schiffe gelingt die Rückkehr nach Lissabon 1522. Zum erstenmal ist damit der Erdball umsegelt.

Spanien und Portugal werden die ersten Kolonialmächte Europas. Sie fügen sich im Streit um die Teilung ihrer Rechte einem Schiedspruch des Papstes, der Anspruch auf die Herrschaft über die Länder und Inseln des Ozeans erhebt (Weltherrschaft des Katholizismus). Alexander VI. legt 1494 eine Nord-Südlinie fest, die Brasilien und später die von Magellan aufgefundenen Molukken den Portugiesen zuweist, die Philippinen aber den Spaniern.

Das
portugiesische
Kolonialreich

Den Portugiesen fällt die reichere Beute zu, die sie aber gegen volkreiche, kriegerische, hochentwickelte Staaten und ihre Verbündeten, gegen Mameluken und Türken, in schweren Kämpfen zu verteidigen haben (Sieg im Hafen von Diu 1509). Camões' Lusiaden und Barros' Erzählungen verherrlichen die Glanzzeit portugiesischer Machtentfaltung. Portugal besetzt Vorderindien und beherrscht mit Malakka den hinterindischen Handel, bekommt die Molukken, hat mit Ormuz den Hauptsitz

des Handels im Persischen Golf und bewacht in Aden und Sokotra die Eingänge zum Roten Meer. Dazu kommen die Besitzungen an der afrikanischen Küste, in China und Brasilien.

Zweck der kolonialen Bestrebungen ist bis zum Ende des 18. Jahrhunderts lediglich Beherrschung und Schutz des Handels. Für europäische Siedler eignet sich das Klima nicht (abgesehen von Südafrika). Nur staatliche Machtmittel können die europäische Herrschaft aufrecht erhalten. Lissabon wird der größte europäische Stapelplatz und Umschlaghafen für die indischen Waren. Hier decken die Hanse- und die oberdeutschen Städte ihren Bedarf. Mit Venedigs und Genuas Handelsvormacht ist es zu Ende.

Handelspolitische Grundlage

Anders steht es um die L ä n d e r des s p a n i s c h e n B e s i z e s. Abgesehen von Mexiko und Peru war Amerika nur dünn bevölkert. Die Bewohner können nur geringen Widerstand leisten. Dafür bietet freilich die Neue Welt den Spaniern keine begehrten Handelsartikel. Die Tier- und Getreidearten, die tropischen und subtropischen Gewächse, die heute Grundlage der amerikanischen Wirtschaft sind, hat man erst nach der Entdeckung dort eingeführt (Pferd, Rind, Kaffee, Zucker, Baumwolle). Nur Mais, Kartoffeln und Tabak hat Europa von Amerika übernommen, auch Kakao und Vanille.

Das spanische Kolonialreich

Aber die Eroberung Mexikos durch Ferdinand Cortez und Perus durch Franz Pizarro erschließen den Spaniern in den mächtigen Edelmetallbergwerken Quellen ungeheuren Reichtums. Sie haben die alten Kulturreiche der Azteken und Inkas rücksichtslos vernichtet. Als die Eingeborenen der schweren Zwangsarbeit, unmenschlicher Behandlung, eingeschleppten Seuchen erliegen, holen die Spanier Negerklaven aus Afrika. Der Sklavenhandel blüht auf. Seitdem hat Amerika das Negerproblem. Bei ihren geringen militärischen Mitteln hat die spanische Herrschaft sich nur durch Anwendung größter Grausamkeit behaupten können. Seit Mitte des 16. Jahrhunderts reicht das spanische Kolonialreich von Kalifornien und Florida im Norden bis nach Patagonien im Süden, es übertrifft den Umfang Europas um das Doppelte. Nur in Mexiko, Peru und Brasilien ist der Hauptteil der Bevölkerung indianisch geblieben, die herrschende dünne Oberschicht hat sich mit spanischem Blut stark vermischt. In den übrigen Ländern herrscht der eingewanderte Europäer, freilich in starker Durchsetzung mit der Negerrasse. Die eingeborene Bevölkerung ist fast ganz untergegangen.

Finanzpolitische Grundlage

Spaniern und Portugiesen kommt es nur auf Ausbeutung ihrer Kolonien an, sie versagen aber gegenüber den ihnen zuwachsenden Kolonisationsaufgaben und lassen sogar im eigenen Lande die bedeutenden Kulturanlagen der Araber verfallen. Der Strom von Gold und Silber, die riesigen Handelsgewinne haben den Staaten wohl vorübergehend eine gewaltige Machtsteigerung gebracht, haben Karl V. und Philipp II. die Mittel für ihre Weltpolitik geliefert, das Volk aber von der Arbeit entwöhnt und damit eine Steigerung seiner Leistungsfähigkeit verhindert, die es gerade aus sich heraus hätte entwickeln müssen, um diese Gebiete mit gesundem, politischem und wirtschaftlichem Leben zu erfüllen. Den Portugiesen und Spaniern folgen später die Holländer, Franzosen und Engländer über die Meere in die fremden Erdteile, um sich ihren Anteil

Mängel des spanisch-portug. Kolonialsystems

zu sichern. Nur die Deutschen stehen abseits, da ihnen der schützende Staat versagt bleibt. Darum haben auch die Unternehmungen der Welsler im nordöstlichen Südamerika keinen Bestand.

Wirtschaftliche
und soziale Folgen

Mit den politischen Folgen der Entdeckungen verbinden sich weittragende wirtschaftliche und soziale Verschiebungen. Der aus Amerika allein im 16. Jahrhundert nach Spanien geflossene Wert an Edelmetallen wird auf 4 Milliarden Goldmark geschätzt. Auch aus den heimischen Silberbergwerken in Tirol, Sachsen, Böhmen, im Harz sucht man jetzt größere Erträge herauszuholen. Die Geldwirtschaft siegt über die Naturalwirtschaft, die Kaufkraft des Geldes sinkt aber infolge des vermehrten Geldumlaufs, d. h. die Preise steigen.

Für Bergwerksbetriebe sind große Kapitalien erforderlich. Zu dem Zweck bilden sich Gesellschaften; große Handelshäuser entstehen, treiben bankmäßig Handels- und Geldgeschäfte und beherrschen den Geldmarkt; sie bestimmen die Preise (Ringbildungen, Monopole), als Geldgeber gewinnen sie sogar starken Einfluß auf die Politik der Fürsten. Dieser Großkapitalbildung auf der einen Seite steht eine ständige Verarmung der breiten Volksschichten gegenüber, die an diesem neuen wirtschaftlichen Leben nicht unmittelbar Anteil haben und ihre Einnahmen nicht im Verhältnis zu der verminderten Kaufkraft des Geldes steigern können. Das betrifft die nichtselbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden, den Adel und die Bauern auf dem Lande, den Bauern um so mehr, als an ihm der Adel sich schadlos zu halten versucht, während früher das Kaisertum den „Nährstand“ kraftvoll geschützt hatte. Daher Zersetzung der alten Zunftordnungen, Demokratisierung der Stadtverfassung, Entstehung eines städtischen Proletariats (Streik der Gesellen), ständige Kämpfe des Adels gegen die Städter („Pfeffersäcke“), Bauernunruhen und -aufstände („Bundschuh“, der „arme Konrad“).

III./IV. Reformation und Glaubenspaltung des deutschen Volkes.

III. 1. Ausbreitung der Reformation in Deutschland bis 1555. Stärkung der fürstlichen Landesmacht.

„Italiens Kultur stand Pate bei der Einführung der Neuen Welt in das geschichtliche Leben.“ Kolumbus war ein Genuese, Berater bei seinen kühnen Plänen war der Florentiner Physiker Toscanelli, ein Florentiner war auch Amerigo Vespucci, der dem Erdteil den Namen gab.

Renaissance
und Humanismus

Trotz aller politischen Zerrissenheit war in Italien im 14. bis 16. Jahrhundert eine neue Welt des Geistes entdeckt: Das Altertum. Seine Wiedergeburt nennt die Geschichte die „Renaissance“. Die Antike gibt die Vorbilder für Sprache, Kunst und Wissenschaft. Sie wird auch eine Lebensmacht im Humanismus. Die Ideale des antiken Menschen, höchste Persönlichkeitsbildung, Freiheit des Geistes, edle Menschlichkeit (Humanität) sind es, nach denen die Humanisten trachten. Im Gegensatz zum Mönchsideal des Mittelalters, der Entsagung, der Weltflucht und Erlösungssehnsucht, bildet sich so ein neues Lebensideal, das in der Selbsterneuerung, in der Entfaltung der Persönlichkeit, der Freude am Diesseits, im Weltgenuß sein Ziel sieht. Die aus Konstantinopel 1453

geflohenen Gelehrten verbreiten auch die Kenntnis des Griechischen. Plato verdrängt den Aristoteles (platonische Akademie in Florenz).

Glänzendste Pflegestätten der Renaissance sind Florenz und später Rom, kunst-sinnige Förderer die Medici in Florenz, die Päpste Julius II. und Leo X., zugleich aber zügellos in ihrer Herrsch- und Machtgier, ferner Alexander VI. Borgia und sein Sohn Cäsar Borgia. Als Vertreter des Humanismus sind Dante, Petrarca und Boccaccio, als bildende Künstler Bramante, Lionardo da Vinci, Michelangelo, Raffael Santi, Tizian und Correggio mit ihren Schöpfungen unsterblich.

Renaissance und Humanismus befruchten auch das deutsche ^{Deutschland und das neue Kulturideal} Geistesleben. Fürsten, wie Kaiser Karl IV. und Maximilian, und die Städte begünstigen die Bewegung. Die Wirkungen gehen hier aber tiefer und weiter als in Italien, da der Humanismus auch in die Schulen und die jetzt entstehenden deutschen Universitäten eindringt. Das quellenmäßige Studium und die induktive Methode begründet ^{n e u e s w i s s e n s c h a f t l i c h e s D e n k e n u n d A r b e i t e n}. Der Mensch tritt jetzt mit kritischem Verstande, statt mit gläubigem Gefühl der Welt und den scholastisch gebundenen Überlieferungen gegenüber (Erasmus von Rotterdam, Johannes Reuchlin, der Praeceptor Germaniae Philipp Melanchthon, der „Erzhumanist“ Konrad Celtes, der ritterliche und leidenschaftliche Ulrich von Hutten; als Naturwissenschaftler unter den Humanisten Kopernikus).

Auch die deutschen Künstler dieser Zeit sind nicht unbeeinflusst von der Renaissance: Albrecht Dürer, Matthias Grünewald, Hans Holbein, Lukas Cranach, Peter Vischer, Veit Stoz, Adam Kraft. Eine tiefere Beseelung zeichnet ihr Schaffen vor dem der Italiener aus.

Die Erfindung der Buchdruckerkunst durch Johann Gutenberg um 1450 kommt der Verbreitung der humanistischen Bildung und der Reformation zugute.

Wie in Italien das ^{Erwachendes Nationalgefühl} Nationalgefühl jetzt mit dem Stolz auf die ruhmreiche Vorzeit eine Stärkung und Steigerung erfährt, so regt sich auch in Deutschland durch den Gegensatz zu Rom ein bewusst nationales Empfinden. Ulrich von Hutten setzt seine ganze Leidenschaftlichkeit gegen das römische Recht und die römische Kirche ein und kämpft für ein starkes Kaisertum. Die wieder aufgefundene Germania des Tacitus weckt regstes Interesse für das deutsche Altertum. Jakob Wimpheling schreibt als erster eine Epitome rerum Germanicarum. Konrad Celtes schildert deutsches Leben in seiner Germania illustrata. Man sammelt römische Quellen-schriften zur deutschen Geschichte (Willibald Pirtheimer, Konrad Peutinger).

Auch die ^{Die Reformation} Reformation ist in ihrem Wesen aus ausgesprochen germanischer Eigenart erwachsen. Die humanistische Bewegung stand zur Kirche nicht in bewußtem Gegensatz. Eine Reihe von Päpsten haben sie und ihre Vertreter freudig gefördert. Die kirchlichen Zustände fordern aber ihren Spott und ihre Kritik heraus. Die Kirche kann nicht mehr als Leiterin des sittlich-religiösen und geistigen Lebens gelten. Die hohe Geistlichkeit vernachlässigt ihre kirchlichen Pflichten und geht zum Teil in üppigem Hofleben auf; die niedere Geistlichkeit, oft schlecht besoldet und unwissend, versteht häufig nur äußerlich ihren Dienst. Abgaben an den

Papst in allen möglichen Formen fordern schwere Opfer von den Gläubigen; besonderen Unwillen und Kritik erregen die Ablässe, von denen zwischen 1500 und 1517 allein fünf ausgeschrieben wurden. Aber die bloße Kritik konnte keine Änderung bringen, die dogmatische Grundlage der mittelalterlichen Kirche erschütterte sie nicht. Das Papsttum wäre die Krönung alles staatlich-kirchlichen Lebens geblieben. Die Kirche hätte weiter Wissen und Glauben des Menschen beherrscht.

Erst Luther bringt mit der Reformation Denk- und Gewissensfreiheit.

Befreiung
des Staates von
kirchlicher Herrschaft

Die Reformation hat ferner den Staat von der Herrschaft der Kirche befreit. Zwar hatte auch Machiavelli die Selbständigkeit des Staates gefordert; Luther geht aber weiter, gibt ihm die religiöse Weihe, indem er auch den Staat genau so als göttliche Einrichtung anerkennt wie die Kirche selbst. Das bedeutet einen Bruch mit der katholischen Auffassung. Der Staat übernimmt nun von dieser Auffassung aus auch die Pflege der Bildung und Gesittung des Volkes, die im Mittelalter ausschließlich Sache der Kirche gewesen war. Förderung von Kunst und Wissenschaft sind seitdem die wichtigsten Kulturaufgaben des Staates.

Vorreformativische
Bewegungen

Nur der tief religiöse Grundzug der damaligen Zeit, das Ringen um der Seele Seligkeit macht Luthers Auftreten, die durch ihn entfachte gewaltige Bewegung und ihre Folgen verständlich. Gegenüber der Verweltlichung der Kirche war das Bedürfnis nach Verinnerlichung des religiösen Lebens und der Kirche allgemein. Verschiedene Reformversuche waren fehlgeschlagen: die Waldenser in Südfrankreich 1209 bis 1229 ausgerottet, Wiclif in England 1382 abgesetzt, Hus 1415 in Konstanz verbrannt, ebenso Savonarola 1498 in Florenz. Sie hatten aber den Boden für die Wirksamkeit einer so gewaltigen Persönlichkeit vorbereitet. Freilich wesentliche Änderungen hatten sie ebensowenig gebracht wie die großen Reformkonzilien zu Konstanz 1414—18 und Basel 1431—49. Der Papst hatte seine Macht auch gegen die Konzilien behauptet.

Nationalkirchen
in Westeuropa

Aber in den Monarchien des Westens haben diese Bestrebungen mit der Ablehnung eines päpstlichen Absolutismus ganz im Gegensatz zu Deutschland zum Ausbau einer Nationalkirche geführt, so in Frankreich durch die Pragmatische Sanktion von Bourges, in Spanien durch das Konkordat von 1482. England zahlte seit dem 14. Jahrhundert nicht mehr den Lehnzins an den Papst. Das englische Parlament duldet die Besetzung geistlicher Ämter nur mit Genehmigung des Königs. „Nirgends ist im Mittelalter die Gesinnung der Geistlichkeit so stark mit nationalen Empfindungen durchsetzt gewesen.“ Auch in Deutschland hatte der Kurverein zu Kenje jegliche Einmischung des Papstes in die Thronbesetzung zurückgewiesen. Aber als jetzt die Kurfürsten den Konflikt zwischen Konzil und Papst in gleichem Sinne zu einer nationalen Regelung der kirchlichen Angelegenheiten Deutschlands benutzen wollen, scheitert diese an der Haltung des deutschen Königs Friedrich III. selbst. Er läßt sich vom Papste durch das Zugeständnis rein persönlicher Vorteile für seine eigenen Landesteile abfinden (Vorschlagsrecht für 6 Bistümer, Vergebung von 100 Pfründen,

In Deutschland
keine National-
kirche

Kaiserkrönung, Geldentschädigung), sagt sich vom Konzil 1446 los und nimmt die Partei des Papstes. Was in den Staaten des europäischen Westens erreicht ist, bleibt Deutschland versagt. Die starke Zentralgewalt, die jene zu nationaler Einheit und Geschlossenheit geführt hat, fehlt eben in Deutschland. Nicht gesamtstaatliche Interessen vertritt der König, sondern seine eigenen landesherrlichen, auf Kosten des Reiches.

Die politische Zerrissenheit ist auch der Grund, warum die Reformation sich nicht einheitlich im Lande durchsetzt, vielmehr dem Volke die religiöse Spaltung bringt. Der Kaiser Karl V., auf den 1519 die Wahl fällt, ist zwar Habsburger, aber von Geburt Spanier, streng katholisch, aufgewachsen in den Niederlanden, nicht einmal der deutschen Sprache kundig, und so fehlt ihm jegliches Verständnis für die deutsche Seele.

Politische
Zerrissenheit,
religiöse Spaltung

In schwersten inneren Kämpfen ringt sich Luther zu der Überzeugung durch, daß nur kindliches Vertrauen auf die göttliche Gnade und Barmherzigkeit der Seele den Frieden gibt, nicht die guten Werke. Der Mißbrauch, den der Dominikanermönch Tetzel mit dem Ablass treibt, bringt ihn zu öffentlichem Widerspruch, zu dem Anschlag seiner 95 Thesen an die Schloßkirche zu Wittenberg am 31. Oktober 1517. Erst in der Leipziger Disputation mit Professor Eck und in seinen großen Reformationschriften (An den christlichen Adel deutscher Nation, Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche, Von der Freiheit eines Christenmenschen) greift er die Grundlagen der mittelalterlichen Kirche an. Er bestreitet dem Papst die höchste kirchliche Autorität, die Stellvertretung Gottes in geistlichen und weltlichen Dingen, leugnet auch die Unfehlbarkeit der Konzilien. Nur Christus erkennt er als Mittler zwischen Gott und Menschen an und begründet damit das Priestertum aller Laien. Das ist der Bruch mit Rom. Er wird gebannt, verbrennt aber die Bannbulle am 10. Dezember 1520 vor dem Elstertor in Wittenberg.

Luthers Bruch
mit dem Papste

Wie stellt sich Kaiser Karl V. dazu? Das ist die entscheidende Frage. Die Zukunft der Reformation ist bestimmt durch ihr zeitliches Zusammentreffen mit dieser Persönlichkeit. Auf dem Reichstage zu Worms läßt Karl V. über den bekenntnisfreudigen Mönch die Reichsacht verhängen.

Der Kaiser
gegen Luther

Wormser Edikt 1521

Karl V. hat sich bei seiner Wahl zu einer Wahlkapitulation verstehen müssen, die das von den Fürsten längst erstrebte Reichsregiment bringt, das die Reichsangelegenheiten nach den Beschlüssen des jährlich zusammentretenden Reichstages führen soll. Es hat in den nächsten Jahren der Ausbreitung der Reformation zum großen Verdruß des Kaisers Vorschub geleistet. Als es dann aber infolge der Feindschaft von Rittersn und Städten (Frage des Grenzzolles) 1524 aufgelöst wird, fehlt es an jeder einheitlichen staatlichen Leitung, zumal Karl V. durch Kämpfe gegen Frankreich und die Türken in Anspruch genommen ist. Die Ausgestaltung der evangelischen Kirche geht unter diesen Verhältnissen an die Territorien und Reichsstädte über. Statt einer deutschen evangelischen Kirche wird die evangelische Landeskirche gegründet.

Die evangelische
Landeskirche

Wenn es Luther zunächst auf seelische Läuterung und die Abstellung

gewisser Mißstände der Kirche ankommt, während er die äußere Ordnung und die Formen der Organisation dagegen für nebensächlich hält, so zeigen ihm die Auswüchse der Schwarmgeister von Zwickau und Münster doch, daß seine Lehre einer festen Ordnung bedarf und daß diese sich an eine weltliche Macht anlehnen muß. Da eine zentrale Reichsgewalt für diese Organisation nicht vorhanden ist, kann sie sich nur an die landesherrliche Gewalt anschließen. Wenn ihr die kirchliche Leitung und Oberaufsicht übertragen wird, liegt darin freilich ein innerer Widerspruch. Denn die Reformation war eine aus dem Volke heraus geborene und getragene geistige Bewegung. In der ständischen Verfassung der fürstlichen Herrschaften war aber die breite Masse des Volkes so gut wie bedeutungslos; sie konnte also auch in den kirchlichen Dingen für die Zukunft nicht mehr entscheidend sein (mit gewisser Einschränkung in den Reichsstädten). Der Landesherr bestimmt vielmehr über die Religion seiner Untertanen nach dem Grundsatz, wie er sich herausbildet, cuius regio, eius religio.

Sieg der Fürsten
über Ritter
und Bauern

Auch eine soziale, wirtschaftliche Bewegung jener Zeit, der Bauernkrieg (1524/25), endet mit dem Sieg der Fürsten und der Entrechtung des wirtschaftlich wichtigsten Standes. Die Bauern hatten in mißverständlicher Auffassung der von Luther gepredigten evangelischen Freiheit (Aufhebung der Leibeigenschaft und des Frondienstes, Erleichterung der Abgaben, freie Wahl der Pfarrer) wirtschaftliche und soziale Freiheiten gefordert und unter entsetzlichen Roheiten in einer furchtbaren Revolution zu erzwingen versucht, ihre Lage ist aber nach der Niederwerfung (Schlacht bei Frankenhausen 1525) nur schlimmer geworden. — Auch die Erhebung der Reichsritter (1522/23) wird niedergeworfen. Sie werden für alle Zukunft politisch machtlos.

Reformations-
geschichte
Speyer 1526

Die rechtliche Grundlage für die Landeskirchen und die Ausbreitung der Lehre gibt der Abschied des ersten Reichstages von Speyer, der während des Kampfes zwischen Kaiser und Papst unter der Leitung Ferdinands von Österreich 1526 tagt. Er überläßt jedem Reichsstand die Entscheidung, wie er es gegen Gott und Kaiserliche Majestät zu verantworten sich getraue. Je nach dem Stand der außenpolitischen Lage waltet in der Folgezeit Milde oder Strenge in der Behandlung der Reformation. Die Gesinnung des Kaisers bleibt immer dieselbe, und zäh hält er an der Absicht fest, die Einheit der Kirche wieder herzustellen. Die Erfolge Karls gegen den Papst (Friede von Cambrai — Kaiserkrönung in Bologna) geben dem Kaiser freie Hand, 1529 auf dem zweiten Reichstage zu Speyer mit aller Schärfe gegen die Reformation vorzugehen. Die Durchführung des Wormser Ediktes wird beschlossen; die Minderheit aber protestiert gegen eine Bindung in Glaubens- und Gewissensfragen (Protestanten).

Speyer 1529

Confessio Augustana
1530

Auf dem Augsburger Reichstage des folgenden Jahres legen die protestantischen Stände das von Melanchthon verfaßte evangelische Glaubensbekenntnis, die Confessio Augustana, vor. Der Kaiser erklärte sie durch die Confutatio Eds für widerlegt und verlangt Unterwerfung. Das Wormser Edikt bleibt in Geltung. Daraufhin schließen die Protestanten zu gegenseitigem Schutz den Schmalkaldischen Bund.

Die Bedrohung Wiens durch die Türken zwingt den Kaiser zum Nürnberger Religionsfrieden 1532, in dem er den Anhängern Luthers bis zu einem Konzil weitere freie Religionsübung zugesteht.

Nürnberger
Religionsfriede 1532

Der Protestantismus breitet sich über ganz Norddeutschland aus, von den süddeutschen Gebieten bleiben nur noch Österreich und Bayern, von den westdeutschen Jülich, Kleve, Berg und die drei geistlichen Kurfürstentümer katholisch; aber auch hier hat die Reformation viele Anhänger. (Die in die wichtigsten Länder eingetragenen Zahlen geben das Jahr ihres Übertrittes zur neuen Lehre an).

Ausbreitung
der Reformation
in Deutschland

Der Angriff Karls auf die türkischen Seeräuber in Tunis, zwei weitere Kriege gegen Franz I. von Frankreich (bis zum Frieden von Crépy 1544) erfordern die ganze Kraft des Kaisers. Der Schmalkaldische Bund leistet sogar dem Kaiser Türkenhilfe. Die Weigerung der evangelischen Fürsten, das auf des Kaisers Drängen berufene Tridentiner Konzil zu beschicken, gibt den Anlaß zum Schmalkaldischen Kriege, mit dem Karl V. den Protestantismus endgültig vernichten will. Luther, von jeher gewaltfamer Auseinandersetzung von Grund aus abgeneigt, erlebt ihn nicht mehr (1546 †).

Schmalkaldischer
Krieg 1546/47

Der protestantische Moriz von Sachsen tritt auf die Seite des Kaisers. Die Aussicht auf Erlangung der sächsischen Kurwürde und des Gebietes der Ernestinischen Linie verleitet ihn zum Verrat an der evangelischen Sache.

Aneinig und unentschlossen verlieren die Schmalkaldener kostbare Zeit und nützen nicht den Vorteil der inneren Linien. Inzwischen zieht Kaiser Karl niederländisch-spanische Truppen zusammen. Als Moriz von Sachsen plötzlich in Kursachsen einfällt, trennt sich das schmalkaldische Heer, der sächsische Kurfürst zieht zum Schutze seines Landes nach Sachsen, der Landgraf Philipp nach Hessen. Die protestantischen Gebiete und Städte Süddeutschlands unterwerfen sich dem Kaiser.

In der Schlacht bei Mühlberg 1547 wird Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen geschlagen und gefangen. Kurwürde und Kursachsen kommt an die Albertiner. Den Ernestinern bleibt nur Thüringen, aus dem die sächsisch-thüringischen Herzogtümer, der Hauptteil des heutigen Freistaates Thüringen, hervorgehen.

Karl V. ist auf dem Höhepunkt seiner Macht, er regelt selbständig im Augsburger Interim („einstweilen“, bis zur endgültigen Konzilentscheidung) die religiösen Streitigkeiten, ohne freilich die Zustimmung der Parteien zu finden.

Interim 1548

Aus Furcht vor der drohenden Übermacht des Kaisers erheben sich die deutschen Fürsten, an ihrer Spitze Moriz von Sachsen. Die Hilfe Frankreichs gewinnt er gegen Abtretung des Reichsvikariats in den Bistümern Metz, Toul, Verdun und Cambrai. Karl entkommt dem überraschenden Angriff mit Mühe über den Brenner. Die gefangenen Fürsten von Sachsen und Hessen werden befreit. Der Kaiser muß den Passauer Vertrag 1552 annehmen, der das Interim aufhebt.

Der vorläufige Religionsfriede findet seine endgültige Bestätigung auf dem Reichstage zu Augsburg 1555. Das katholische und lutherische Bekenntnis werden als gleichberechtigt anerkannt, nicht

Augsburger
Religionsfriede 1555

das reformierte der Anhänger Zwinglis und Calvins. Der Grundsatz cuius regio, eius religio hat aber nur für die weltlichen Reichsstände Geltung. Geistliche Fürsten (Erzbischöfe, Bischöfe, Äbte) müssen nach dem geistlichen Vorbehalt (reservatio ecclesiastica) auf Amt und Einkünfte verzichten, wenn sie persönlich übertreten. Aus der Ablehnung dieser Bestimmung seitens der protestantischen Fürsten ergeben sich bald neue Streitigkeiten.

Die territoriale Ausbreitung der Reformation läßt sich kurz in folgender Weise zusammenfassen (vgl. Müller, Kirchengeschichte):

Geographische
Verbreitung
der Reformation

1. Wir haben im Nordosten die sächsisch e Gruppe:

Mittel- und Ausgangspunkt ist das ehemalige Kurfürstentum Sachsen-Bitterberg; von da dehnt sie sich aus über Preußen und das Land zwischen den östlichen Grenzen des Reiches, zwischen der Ostsee, der Weser und den südlichen Abhängen des Thüringerwaldes und des Erzgebirges. Bundesgenossen sind Dänemark und Schweden. In Böhmen, der Lausitz und Schlesien ist die Bewegung in vollem Zuge.

2. Die mitteldeutsche Gruppe mit Hessen als Kerngebiet umfaßt mit ihrer Einflusssphäre das Gebiet zwischen Main und Sieg. Im Norden und Nordwesten erstreckt sie sich der Weser entlang bis zur Nordsee und an der niederländischen Grenze bis zum Niederrhein und zieht sich über Westfalen und die niederrheinischen Territorien hin. (In Köln, im Herzogtum Westfalen und den Jülichischen Ländern verdrängen die Gegenschläge des Kaisers die Reformationsbewegung).

3. In der südöstlichen (fränkischen) Gruppe bilden Nürnberg und die fränkisch-hohenzollerschen Fürstentümer den Mittelpunkt, d. h. das Gebiet zwischen Main, Böhmerwald und Donau; sie reicht mit Regensburg und einem Stück von Pfalz-Neuburg über die Donau hinüber auf altbayrisches Gebiet. Durch die Oberpfalz und die nördliche Hälfte der Fürstentümer ist sie mit der (1.) sächsischen Gruppe verbunden, von der mitteldeutschen durch die fränkischen Bistümer getrennt.

4. Sie steht in Zusammenhang mit der südwestlichen (schwäbischen) Gruppe. — Diese hat ihren Ursprung in Straßburg und den oberländischen Reichsstädten zwischen Donau, Lech und Bodensee. Der geschlossene Kern und das Rückgrat sind Württemberg und die schwäbischen Grafschaften. Im Westen reicht sie über den Schwarzwald zum Rhein mit Enklaven im Elsaß. Die Südgrenze ist durch die Schweizer Eidgenossen gedeckt, im Südwesten und Südosten aber durch die ober- und vorderrheinischen Besitzungen des Hauses Habsburg bedroht, im Osten gefährdet durch das Bistum Augsburg, durch Bayern und Österreich. Schutz bedeuten die Reichsstädte: Ulm, Lindau, Augsburg.

Zwischen der 4. (d. h. schwäbischen) und der 2. Gruppe (hessisch-rheinisch-westfälische Gruppe) ist die Verbindung durch die 5. pfälzische Gruppe hergestellt, die vom unteren Neckar über den Rhein greift, den Winkel zwischen Rhein und Mosel mit einem breiten Bogen gegen Westen abschließt und sich dann an hessisches und nassauisches Gebiet anreißt.

Inseln katholischen Bekenntnisses sind Hildesheim und die sächsischen Bistümer, Bamberg-Würzburg, rechtsrheinisch Mainz, Eichsfeld, Fulda; aber alle tief erschüttert.

Altgläubig sind ferner: im Westen Geldern, Limburg, Lüttich, Luxemburg, Lothringen, Freigravität, außerdem Paderborn, Münster, Köln, Trier, Lingen, Arenberg, Aachen, Bayern und Österreich. Jedoch Böhmen, die österreichischen Erbländer und Bayern haben eine starke evangelische Durchsetzung.

Geistige Grund-
lagen und

Durch den individualistischen Grundgedanken ist die Reformation mit der Renaissance verwandt, den Luther aber nicht vernunftgemäß, sondern religiös verankert. Im Laufe der gekennzeichneten Entwicklung tritt durch

die Anlehnung der Kirche an den Staat wieder eine Gebundenheit in Lehre und Form an die Stelle der Freiheit des Christenmenschen. Von Toleranz ist keine Rede. Der Begriff der Duldung setzt sich erst wirksam durch, als die Puritaner Englands die Freiheit ihres Bekenntnisses erkämpfen, sei es auch durch Preisgabe von Haus und Heimat. Auf diesem Umwege wird die Toleranz in der Aufklärung der folgerichtige Abschluß des weltgeschichtlichen Luthergedankens.

Auswirkungen
der Neuzeit

Das deutsche Geistesleben der Folgezeit hat aus der Reformationsbewegung reiche Anregung und Förderung erfahren. „Die Wissenschaften blühen“, sagt Hutten, „die Geister erwachen, es ist eine Lust zu leben“. Die Reformation ist Grundlage der gelehrten Bildung geworden, die Universität Wittenberg war ihr Ausgangspunkt.

IV. 1. Ausbreitung der Reformation in Europa.

2. Die Staaten Europas im 16. Jahrhundert.
3. Der Schmalkaldische Krieg.
4. Der Erfolg der Gegenreformation.

1./2. Auch in außerdeutschen Ländern findet die Reformation Eingang, nur Italien und Spanien bleiben unberührt.

Während die nordgermanischen Länder sich zu Luthers Lehre bekennen, findet die Reformation in den westeuropäischen Staaten in der Form des Calvinismus Verbreitung.

Reformation
in Skandinavien

Calvin, ein Nordfranzose, muß wegen seines evangelischen Glaubens aus seinem Vaterlande fliehen. In Genf begründet er die „Reformierte Kirche“. Gegenüber der tief religiösen Veranlagung Luthers zeichnen ihn mehr logische Kräfte aus. Die Lehre Luthers von der göttlichen Gnade entwickelt er folgerichtig zur Gnadenwahl. Von Ewigkeit her hat Gott seine Gemeinde auserwählt. Jeder hofft, ihr anzugehören, aber Gewißheit hat er darüber nicht. Das Bewußtsein seiner Zugehörigkeit ist gebunden an die Teilnahme an den Gnadenmitteln und den äußeren Veranstaltungen der Kirche. Diesen Vorzug muß sich jeder auf alle Weise zu erhalten suchen, vor allem durch christlichen Lebenswandel: darum höchste Sittenstrenge und starker Glaubenseifer, Abtötung des Fleisches durch unermüdlige Arbeit zur größeren Ehre Gottes. Der Ertrag rastlosen Schaffens darf also nicht gesteigertem Lebensgenuß dienen, er wird immer wieder zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten angelegt. — Wirtschaftlich gesehen, ist das die moderne kapitalistische Denkweise und erklärt die Regsamkeit und Tatkraft calvinistischen Geistes.

Calvinismus
in Westeuropa

Auf allen Seiten erstarken die Nachbarstaaten. Frankreich hat sich unter Franz I. und Heinrich II. gegen Karl V. behauptet. Es bleibt im Besitz der Pässe nach Italien (des Col d'Argentières und der Traversette) und der Erwerbungen von Metz, Toul, Verdun, von Boulogne und Calais. Der Rücktritt Karls V. bedeutet eine Erleichterung für die politische Lage Frankreichs. Einfluß auf die europäische Politik bleibt ihm im 16. Jahrhundert aber versagt, da die religiösen Wirren (Hugenottenkämpfe) und andere politische Schwierigkeiten den Bestand des Reiches

Erstarken
Frankreichs

schwer erschüttern. Mit der religiösen Bewegung verbinden sich die Bestrebungen der französischen Kronvasallen, den Absolutismus der Valois zu brechen und die politische Leitung des Staates an sich zu bringen. **Hugenottenkriege** Zähl behaupten sich die Hugenotten (Friede zu St. Germain 1570. Sicherheitsplätze). Der blutige Gegenschlag der Königinmutter Katharina, die Bartholomäusnacht 23./24. August 1572, ist der Beginn neuer Kämpfe. Erst als nach der Ermordung Heinrichs III. der Bourbonne Heinrich IV. (1589) den Thron besteigt, bekommen die **H u g e n o t t e n D u l d u n g**, politische Gleichberechtigung und eine Anzahl Sicherheitsplätze. Mit der Unterstützung der Niederländer und der protestantischen Union beginnt eine neue Zeit des Kampfes gegen die Habsburger in Deutschland und Spanien.

**Kampf
gegen Habsburg**

**Der englische
Nationalstaat**

In England hat die Königsmacht sich wieder befestigen können, da die Rosenkriege den hohen Adel sehr geschwächt haben. Heinrich VII. und VIII. beherrschen in kluger und verständiger Regierung das Parlament. Nach kurzer Regierungszeit Eduards VI. und der katholischen „blutigen“ Maria kommt 1558 deren Stieffschwester Elisabeth aus der Ehe Heinrichs VIII. mit der Anna Boleyn auf den Thron. Die katholische Partei des Landes unterstützt aber die Ansprüche der katholischen Maria Stuart von Schottland. Erst ihre Gefangennahme und Hinrichtung schafft innere Ruhe und die Glaubenseinheit. So kann Elisabeth im Innern Wirtschaftsleben, Handel und Seefahrt zur Entwicklung bringen, zum Angriff auf Spanien ausholen und sich durch die Vernichtung der Armada (1588) den Weg über die See frei machen.

**Nordgermanische
Staaten**

N o r w e g e n hat seit 1375 mit Dänemark einen gemeinsamen König. Auch **Schweden** wird durch die Kalmarer Union 1397 dieser Herrschaft angeschlossen. Gegen die gewaltsame Unterdrückungspolitik Christians II. im Innern schließen sich der bedrohte Adel und die Geistlichkeit zusammen; unterstützt von Lübeck und den Streitkräften der Hanse, nötigen sie den König 1523 zur Flucht aus dem Reiche. Die dänischen Stände wählen den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein, die Schweden Gustav Erikson Wasa zu ihrem König. Seitdem sind **Schweden** und **Dänemark-Norwegen** getrennt; ihre Politik geht verschiedene Wege. So hält es Dänemark nach dem Speyerer Frieden 1544 mit Habsburg, Schweden mit Frankreich. Gegensätze bringt auch die osteuropäische Politik beider Länder. Gemeinsam aber ist ihnen das **evangelische Bekenntnis**. Der Versuch einer Gegenreformation, den der katholische Sigismund, zugleich König von Polen, unternimmt, schlägt völlig fehl. Das ganze Land lehnt sich dagegen auf, und unter Führung des Herzogs Karl von Südermanland, des Oheims König Sigismunds, entscheidet die Schlacht von Stångebro 1598 über die Zukunft des Landes. Untergang der Armada und Schlacht von Stångebro haben im Westen und Osten die Hochflut der Gegenreformation gebrochen und dem protestantischen Germanentum gegen Romanen und Slawen das religiöse Bekenntnis gerettet.

**Großmachtbildung
in Osteuropa**

Rußland hat bis zur Regierung Iwans des Schrecklichen 1534—84 noch abseits der europäischen Politik gestanden, mit der Eroberung der Republik Nowgorod 1478 erreicht es den Finnischen Meerbusen (Rüste

von der Narwa bis jenseits der Newa). Iwans IV. Kampf richtet sich vor allem gegen die Rußland im Süden umfassende Türkenherrschaft. Er unterwirft Kasan und Astrachan, greift aber auch nach Osten und Westen über die russischen Grenzen hinüber und beginnt die Eroberung Sibiriens (Tobolsk) und den Kampf um die baltischen Provinzen des deutschen Ordens. Das Ordensland Preußen war seit Einführung der Reformation 1525 weltliches Herzogtum geworden unter polnischer Lehnsherrschaft. Um die übrigen Ordensländer, Livland, Estland und Kurland, ringen zu gleicher Zeit Russen, Polen, Dänen und Schweden. Polen und Schweden, die beide Bollwerke gegen russisches Vordringen nach Westen waren, werden dadurch Feinde, ebenso Schweden und Dänemark wegen des Bistums Ösel. Die Auflösung des Ordensstaates leitet die Neugestaltung des europäischen Nordostens ein.

Auflösung
des Ordensstaates

Polen hat sein Gebiet aus dem Bestand der Ordensländer um Kurland, Semgallen und Livland erweitert (1561). Seit dem Aussterben der Jagellonen 1572 wird es, im Gegensatz zu der Begründung erblicher Dynastien in den übrigen europäischen Staaten, ein Wahlreich und geht seitdem allmählich dem Verfall entgegen. In Polen, das sich seit dem Mittelalter mit deutschen Elementen stark durchsetzt hatte, sind diese auch Träger der Reformation. Sie wird aber und mit ihr das deutsche Bürgertum durch die Tätigkeit des Jesuitenordens unterdrückt. Juden treten an die Stelle des deutschen bürgerlichen Elementes in den Städten, die zumeist deutschen Ursprungs sind.

Polen

Die zur Zeit der Kolonisation nach Ungarn verschlagenen deutschen Siedler treten größtenteils zur Reformation über. Da die Türken sich in die religiösen Verhältnisse nicht einmischen, haben sie ihr Bekenntnis wie die Siebenbürger Sachsen bis heute bewahrt.

Ungarn
(und die Reformation)

Die Türkei hat unter Selim I. (1512—20) im Kampf gegen die orientalisches-mohammedanische Welt die Mamelukenherrschaft 1517 vernichtet, Mekka und Medina unter ihren Schutz gestellt und die spanischen Eroberungen an der nordafrikanischen Küste von Tripolis bis Gibraltar an sich gebracht, so daß mit Suleimans Regierungsantritt die mohammedanisch-türkische Welt vom Schwarzen Meer bis Gibraltar reicht. Suleiman träumte von einer moslemitischen Weltherrschaft. Ein Zusammenstoß mit Karls V. imperialistischen Zielen ist unvermeidbar. Unter Suleiman II. (1520/60) erlebt die Türkei die zweite Periode ihres Machtanstieges und ihrer Gebietserweiterung. Das Schwarze Meer wird ein türkischer Binnensee, der Balkan und der größte Teil Ungarns der türkischen Herrschaft unterworfen. Selbst Wien ist mehrfach bedroht (1529 und 1532). Auch im Mittelmeer macht Suleiman die Türken zu gefürchteten Feinden. Die Eroberung von Rhodos gibt die Verbindung mit Ägypten. Der Johanniterorden muß von Rhodos nach Malta übersiedeln. Mit Mühe behauptet sich Venedig auf Kreta, Cypern geht 1571 an die Türken verloren, 1574 auch das spanische Tunis wieder. Spanien besitzt von seinen ehemaligen afrikanischen Eroberungen in der Hauptsache nur noch Oran. Aber seit Spanien im Bunde mit Venedig und dem Papst die Türken in der Schlacht bei Lepanto 1571 besiegt hat,

Türkische
Machtentwicklung

sind diese im westlichen Mittelmeer nicht wieder erschienen, im östlichen Mittelmeer jedoch bleiben sie die Herren. Das Piratenunwesen der Barbaren beunruhigt die spanische und italienische Küste; eine christliche Seeherrschaft im Mittelmeer wie zur Zeit der Kreuzzüge gibt es nicht mehr.

„Am 1560 wechseln die großen christlichen Staaten Europas, Polen allein ausgenommen, sämtlich ihre Herrscher. Ein ganz neues, junges Geschlecht tritt an die gestellten Aufgaben heran. Das geschieht in einem Augenblick, wo die älteste und gewaltigste Organisation des Abendlandes, die römische Kirche, sich anschickt, ihre Kräfte zu sammeln und zu Abwehr und Angriff neu zu ordnen“ (Schäfer, Weltgeschichte).

3. Verlauf und Ergebnis des Schmalkaldischen Krieges ist S. 11 kurz behandelt.

Erneuerung der
katholischen Kirche

4. Zunächst gibt sich die katholische Kirche in den Beschlüssen des Konzils von Trient (1545/63) festere Grundlagen. Die geplanten Reformen beabsichtigen, die Zentralgewalt des Papstes zu stärken, den Klerus zu heben, ihn wie das ganze kirchliche Leben zu reinigen und zu erneuern. Bekenntnisquelle wird Bibel und Tradition.

Die Jesuiten

Nach Festigung ihrer Lehre und Beseitigung der kirchlichen Mißstände geht die katholische Kirche zum Angriff über. Der neugegründete Jesuitenorden (1534 in Paris von Ignatius Loyola: Societas Jesu) leistet ihr dabei die hervorragendsten Dienste. Unter den Staaten sind vor allem Spanien, dann Frankreich, Österreich und Bayern Vorkämpfer des Katholizismus.

Vorkämpfer der
Gegenreformation

Deutschland erfreut sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts einer außergewöhnlich friedlichen Zeit. Religiösem Fanatismus, gewaltsamer Entscheidung der religiösen Streitigkeiten ist man abgeneigt, zumal die konfessionellen Gegensätze durch politische und persönliche Beziehungen aller Art durchkreuzt und gemildert werden. Kaiser Ferdinand I. (1556/64) und Maximilian II. (1564/76) denken gar nicht an Glaubenskriege, auf Maximilian setzen die Protestanten sogar wegen seiner Annäherung an protestantisches Wesen große Hoffnungen, die sich freilich bei dem Überwiegen politischer Rücksichten sehr bescheiden mußten. Die Bemühungen, konfessionelle Bündnisse zustande zu bringen, sind in dieser Zeit auf beiden Seiten ergebnislos. Da spitzen sich die Verhältnisse von außen her durch die Tätigkeit und den Einfluß der Jesuiten zu. Durch sie vornehmlich verschärfen sich die religiösen Gegensätze und die Kampfstimmungen. Unter den Fürsten werden der Herzog Albrecht V., später von Truchseß, der Bischof von Augsburg, die wichtigsten Stützen und eifrigsten Verfechter des Katholizismus. Kaiser Rudolf II. (1576—1612), der in Spanien von Jesuiten bei seinem Oheim erzogen ist, läßt den Bestrebungen auf Wiedereinführung und Stärkung des Katholizismus ihren Lauf.

Der entscheidende Umschwung beginnt in der ersten Hälfte der siebenziger Jahre. Nach der Bartholomäusnacht wird Fuld und das Eichsfeld gewaltsam wieder der katholischen Kirche zugeführt, ebenso die evangelische Markgrafschaft Baden-Baden.

Auch die spanische Diplomatie und spanische Truppen stellen sich im Westen Deutschlands mit in den Dienst der Gegenreformation. Hauptsächlich auf ihr Eingreifen in Jülich, Kleve Berg, Lüttich, Köln, Münster, Aachen, Paderborn ist es zurückzuführen, daß heute diese rheinischen und westfälischen Gebiete Kernlande des Katholizismus sind. In Steiermark unterdrückt Erzherzog Ferdinand von Steiermark, der 1619 selbst Kaiser wurde, den Protestantismus ganz und gar. Dagegen vermögen sich die evangelischen Stände in den Erblanden zu behaupten, da sie in dem Thronstreit zwischen Rudolf und seinem Bruder Matthias an diesem eine Stütze finden. („Majestätsbrief“ der Böhmen.)

Erfolge der
Gegenreformation

Die Hauptschuld an den protestantischen Verlusten trägt die Uneinigkeit der Protestanten selber. Schon innerhalb des Luthertums gab es heftige Lehrstreitigkeiten; hinzukam der Zwiespalt zwischen Reformierten und Lutherischen. Dadurch büßt die protestantische Sache nicht nur an Werbekraft viel ein, sondern erschwert auch die politische Einigung und gemeinsames Handeln. Vergeblich suchen die Hugenotten bei den lutherischen Fürsten Deutschlands Hilfe, nur die Pfalz (wo der vorwärtsdrängende, kriegerische Geist des Calvinismus lebendig ist) unterstützt sie mit einem bewaffneten Aufgebot, während das Luthertum noch immer auf ein friedliches Auskommen und Beisammenleben mit den Katholiken hofft und sich darum zaghaft und engherzig zurückhält. Erst als Donauwörth wegen der Störung einer katholischen Prozession die Reichsacht trifft, schließen sich die Protestanten zur „Union“ zusammen (1608). Die Pfalz ist es wieder, die die Führung übernimmt, während andere, vor allem Kursachsen, fernbleiben. Als Gegengewicht begründet Maximilian von Bayern die Liga (1609). Aus dieser Spannung heraus hätte sich beinahe schon 1610 um das jülich-klevische Erbe ein Krieg entwickelt, der europäischer Kampf zu werden drohte, da die Union an Heinrich IV. von Frankreich und an den Niederlanden, die Liga an dem Kaiser und an Spanien Bundesgenossen hatte. Nur die Ermordung Heinrichs IV. verzögert den Waffengang. In einem Vertrage einigen sich die beiden Erben — Brandenburg bekommt Kleve, Mark und Ravensberg, an Pfalz-Neuburg fällt Jülich und Berg (Vertrag zu Xanten 1614).

Union 1608

Liga 1609

Jülich = Klevisches
Erbe

V./VI. Die Hauptspannungsgebiete Europas im 16. Jahrhundert.

V. Der Nationalstaat Frankreich im Kampf gegen das Universalreich der Habsburger.

Entdeckungen und Reformation stehen im Anfang der Neuzeit. Die Folgen der Entdeckungen für die Erkenntnis der Menschen, für die Ausbreitung der abendländisch-europäischen Kultur sind groß, wirken sich aber erst im Laufe der Jahrzehnte aus. Die staatliche Gestaltung der auf die Entdeckung unmittelbar folgenden Zeit haben sie nicht entscheidend bestimmt.

Der durch die Reformation entfachte Kampf der Geister greift aber bei der damaligen engen Verbindung religiösen und staatlichen Denkens bald auch in das politische Leben tief ein; das Religiöse bleibt freilich

nur einer der Antriebe staatlicher Entwicklungen, vor rein machtpolitischen Fragen muß es zurücktreten. Das **I n n e n l e b e n** der Staaten wird fast überall durch religiöse Kämpfe tief erschüttert. Aber mit den religiösen Beweggründen verbinden sich andere parteipolitische, ständischer, wirtschaftlicher, sozialer Art. Ebenso wenig ist in den politischen Beziehungen der europäischen Staaten zueinander der konfessionelle Gesichtspunkt ausschlaggebend; wenn er hier auch oft stark mitspricht, so haben die weltlichen Gründe stets die **E n t s c h e i d u n g**.

Das katholische Frankreich scheut sich nicht, mit den heidnischen Türken zusammenzugehen gegen Karl V., den Vorkämpfer des Katholizismus; Schweden und Dänemark sind beide protestantisch, aber politische Gegner. Der Angriff des katholischen Spaniens gegen das protestantische England hat überwiegend machtpolitische Gründe. Die vereinigten Niederlande haben zwar im Kampf um ihr religiöses Bekenntnis auch ihre politische Selbständigkeit erhalten, treiben aber in der Folgezeit ebensowenig wie England rein konfessionelle Politik, das allgemeine Staatsinteresse ist vielmehr maßgebend.

Soviel ist gewiß, überall hat die Reformation gewaltige neue Kräfte zur Entfaltung gebracht. Trotz der religiösen Spaltung bleibt die kulturelle Einheit der christlich-abendländischen Welt, wie sie aus dem Mittelalter hervorgegangen war, in scharfer Sonderung vor der übrigen Welt bestehen. Die durch Renaissance und Humanismus aus der klassischen Kultur geschöpfte Bereicherung und Vertiefung der Bildung, wie sie im ganzen Schul- und Bildungswesen zum Ausdruck kommt, wird nicht nur vom Protestantismus weiter gepflegt, auch der Jesuitenorden stellt seine Arbeit auf diese Grundlage. Kopernikus und Galilei waren Katholiken, Tyge Brahe und Kepler Protestanten.

Bourbonisch-habsburgischer Gegensatz

Entscheidend für das Verständnis der politischen Neugestaltung Europas um die Wende des 15. bis Ende des 16. Jahrhunderts ist die Vereinigung der spanisch-österreichischen Länder unter der habsburgischen Dynastie und der damit zum Krieg drängende Gegensatz der Häuser Habsburg und Valois-Bourbon. Da sie zugleich die beiden größten katholischen Mächte sind, so ist das gerade der wichtigste Hinderungsgrund für die konfessionelle Gruppierung der europäischen Staatenwelt. Diese Mächtezweiteilung beherrscht die ganze europäische Politik, alle übrigen Mächte sind genötigt, sich der einen oder der anderen Partei anzuschließen. Der Kampf wird größtenteils auf dem Boden Italiens ausgefochten. Das war nur bei der **Schwäche Italiens** möglich.

Schwäche Italiens

Italien ist den nationalen Aufgaben, die sich aus dieser Lage ergeben, nicht gewachsen. Sein völliges Versagen in dieser Hinsicht steht in auffälligem Gegensatz zu den hohen kulturellen Leistungen und zu dem glänzenden wirtschaftlichen Aufschwung der italienischen Städte im 14. und 15. Jahrhundert. Reiche Erträge des Bodens, günstiges Klima, beherrschende Mittellage Italiens im Mittelmeer scheinen nach dem Beispiel römischer Machtentwicklung die Grundlage einer nach allen Seiten ausgreifenden und gebietenden Macht abgeben zu können.

Dieser Gedanke beherrscht die italienische Reichspolitik der deutschen Kaiser im Mittelalter. In den Zeiten, wo die deutsche Zentralgewalt in sich zerfällt und keinen Einfluß mehr in Italien hat, wo auch Frankreichs Kräfte durch den 100jährigen Krieg mit England gebunden sind, hat Italien nach Jahrhunderten voller Kämpfe eine längere Friedenszeit erlebt, die eben die kulturelle und wirtschaftliche Blüte heraufführte. In staatl. Hinsicht hat sich in dieser Zeit ein Gleichgewichtszustand unter den Staaten herausgebildet. Venedig, Mailand im nördlichen Italien, Florenz und der Kirchenstaat in Mittelitalien, Neapel und Sizilien im Süden halten sich die Wage. Aber es fehlt der einheitliche nationale Wille eines geschlossenen Volkstums; er war unter dem Druck jahrhundertelanger Fremdherrschaft (Goten, Byzantiner, Deutsche, Sarazenen, Normannen, Staufer, Anjous, Aragonesen) verloren gegangen. Mailand selbst fällt 1515 durch den Sieg des französischen Königs Franz I. bei Marignano an Frankreich.

Als aber Karl V., der Enkel Kaiser Maximilians und mütterlicherseits Enkel und Erbe Ferdinands und Isabellas von Spanien, als Nachfolger Maximilians an die Aufrichtung des römisch-christlichen Universalreiches (im Sinne seines großen Vorgängers Karls des Großen) geht und die alten Rechte des Reiches und des burgundischen Hauses wiederherstellt, kommt es zur kriegerischen Auseinandersetzung Habsburgs mit Frankreich. Die deutschen Landsknechte siegen bei Pavia 1525, Franz I. wird gefangen. Er erreicht seine Freilassung im Frieden von Madrid nur gegen die Abtretung von Mailand, Burgund, Flandern und Artois. Sobald Franz I. aber frei ist, beginnt er von neuem den Krieg. Er hat den Papst auf seiner Seite. Denn der Kirchenstaat ist wie in der Stauferzeit nach der Besignahme des Normannenreiches von stauferischer, so jetzt von habsburgisch-spanischer Herrschaft umschlossen. In der Heiligen Liga von Cognac verbünden sich gar Florenz, Mailand, Frankreich und England mit dem Papst gegen Habsburg. Aber Georg von Frundsbergs Truppen plündern die heilige Stadt Rom, und nur das drohende Vordringen der Türken vermittelt den Frieden von Cambrai 1529: Karl verzichtet zu Frankreichs Gunsten auf das Herzogtum Burgund und behält Mailand. (Letzte Kaiserkrönung durch den Papst zu Bologna 1530.)

In den späteren Kriegen ist Franz I. mit den Türken verbündet: Zweifrontenkrieg. Die Kämpfe Karls gegen die Türkenmacht Suleimans II. in Afrika (Tunis und Algier) und in Ungarn (türkische Provinz 1541), die Bemühungen Habsburgs um Nachfolge im Herzogtum Geldern bestimmen Franz I. zu seinem dritten und vierten Kriege gegen Karl. Trotz seiner überraschend großen Erfolge gewährt Karl Frankreich den günstigen Frieden von Crépy (1544) gegen die Zusicherung französischer Hilfeleistung zur Unterdrückung der deutschen Reher. Geldern und Mailand bleiben habsburgisch, Savoyen fällt an Frankreich. Das nationalstaatlich geeinigte Frankreich hat seinen Bestand im Kampf gegen das spanische Universalreich gerettet und bewahrt.

Karls Sohn Philipp II. erbt 1556 mit Spanien und seinen Neben-

Krieg Karls V.
mit Franz I.

Ausgleich: Karls V.
verzichtet auf Burgund

Zweifrontenkrieg
Habsburgs

Gesicherter Bestand
Frankreichs

Weltreichspläne
Philipps II.

ländern außer der innenpolitischen Aufgabe des Staatsausbaus auch die Großmachtspolitik seines Vaters. Er hat mit den Türken abzurechnen, die sich zum Angriff auf die spanischen Herrschaftsgebiete rüsten; er übernimmt auch den französischen Krieg. 1559 bringt er ihn siegreich zu Ende: Frankreich überläßt ihm Italien, das jahrzehntelange Streitobjekt. Den östlichen Erbfeind schlägt Philipps Flotte in der gewaltigen Seeschlacht von Lepanto 1571 (vgl. S. 15); es ist zugleich ein Sieg der Christenheit. Auch den Kampf des Vaters gegen die Ketzerei führt er fort. Im Dienste dieser religiösen Idee greift er als Vorkämpfer der katholischen Partei in die konfessionellen Kämpfe Frankreichs entscheidend ein und erreicht im Bunde mit den Guisen, daß Heinrich IV. wieder katholisch wird, um die Anerkennung seiner Thronfolge zu finden. Auch in den Niederlanden nimmt Philipp den Kampf auf. Sein rücksichtsloses Vorgehen, versäumtes Einlenken zur rechten Zeit endet mit der Trennung der evangelisch gebliebenen nördlichen und der zum Katholizismus zurückgebrachten südlichen Niederlande. In diesen mit größter Zähigkeit geführten Kämpfen verbindet sich kirchlicher Eifer mit Gründen der Großmachtpolitik. Denn für ein erfolgreiches Eingreifen in das Ringen der europäischen Staatenwelt liegt sein Hauptland Spanien zu sehr abseits von Innereuropa, dagegen von den zentral gelegenen Niederlanden aus glaubt Philipp sich wirksamer durchsetzen zu können. Deswegen muß er die Niederlande fest in der Hand behalten. Schon der Versuch, England in sein Weltreich einzubeziehen, läßt die Nachbarn erkennen, was auf dem Spiele steht. Sie greifen mit Erfolg gegen Spanien für die Niederlande ein.

Geopolitische
Bedeutung der
Niederlande für
Spanien

Philipp wird in seiner ganzen Politik von der Zustimmung der Cortes, sowie des ganzen Volkes getragen. Die große spanische Literatur legt dafür Zeugnis ab, sie atmet Glaubens- und Königstreue, gibt auch ein anschauliches Bild von den verstiegenen Einseitigkeiten im Leben der höheren Gesellschaft und zeichnet auch das spanische Volksleben: Cervantes, Lope de Vega zur Zeit Philipps II., Calderon im 17. Jahrhundert. In den Werken der großen Maler des 17. Jahrhunderts, Velasquez und Murillo, findet man die Bestätigung und Ergänzung.

„Das großartige katholische Weltstreben Spaniens ist zugleich der Quell von Spaniens Tod.“

Überspannung
des spanischen
Machtgedankens

Niederlage und Untergang der gewaltigen Armada 1588 ist der Anfang des jähren Zusammenbruchs. Den überspannten politischen und kirchlichen Weltherrschaftszielen fehlt die gesunde, von starken, inneren Kräften getragene Grundlage. Die einzelnen Länder verbindet kein innerliches Band, sie sind alle nach Lage und Stammesart, nach Geschichte und Interessen verschieden. Unvereinbar ist vor allem niederländischer und spanischer Geist. Auch in seinem Hauptlande Spanien hält nur die Personalunion Kastilien und Aragonien zusammen, nur Kastilien ist das eigentliche Kernland, die adlige Sonderverfassung Aragoniens läßt dem Einfluß des Königs nur wenig Raum. Die wirtschaftlichen Zustände Spaniens vollends sind durch und durch krank. Das Land ist voller Prunk und Macht, man scheut sich aber vor der Arbeit. Arbeit schändet den freien Mann, nur das Schwert ist seiner würdig. Weder die von Amerika

einströmenden Schätze, noch die Steigerung seiner Machtstellung befruchten und erziehen das spanische Leben. Darum infolge schlechter Finanzen hohe Anleihen, Versklavung der spanischen Wirtschaft durch fremde Geldmächte, zwei Staatsbankerotte. Der Absolutismus im übrigen Europa hat die Wirtschaft der Länder gehoben, Handel und Gewerbe gepflegt, die Untertanen, wenn auch oft unter Kämpfen, zu diesen Aufgaben erzogen, „er hat wirtschaftlich und sozial erweiternd, ausgleichend, er hat im hohen historischen Sinne pädagogisch gewirkt“. (Marcks. Vgl. die preußischen Könige, die französischen Minister des 17. Jahrhunderts.) Die absoluten Herrscher Spaniens haben das versäumt und damit den Niedergang Spaniens verschuldet.

Als Philipp 1598 stirbt, hinterläßt er das Reich einem Knaben, der für die Riesenaufgabe unfähig ist. „Das Leben war nicht auf der Seite des spanischen Volkes und Reiches, das Leben war bei Frankreich, bei England, bei den Niederlanden, selbst bei dem zerfallenden Deutschland, das soeben dem 30jährigen Krieg entgegentrieb; da überall wirkte der pulsierende Geist, die natürliche allseitige, freie Kraft. Spanien aber starb dahin.“

VI., 1. Englands Aufstieg zur europäischen Großmacht. Die Entwicklung der schwedischen Ostseemacht 1523—1658.

2. Das holländische Kolonialreich.

3. Das osmanische Reich in seiner größten Ausdehnung in Südosteuropa.

1. Durch die Entdeckung Amerikas und die Erschließung des Atlantischen Ozeans für den Weltverkehr ist England mit seiner Randlage am westeuropäischen Kontinent zugleich in die günstige Zwischenlage zwischen Europa und Amerika gerückt. Für die Politik Englands ergibt sich daraus eine völlige Umstellung. England gibt seine kontinentale Eroberungspolitik auf und betreibt jetzt mit allen Mitteln die politische Einigung des Inselreiches. Die Verschmelzung mit seinem Naturgebiet ist die Voraussetzung für das weitere Ziel einer starken Beeinflussung der politischen Kräfteverteilung auf dem Kontinent und der Begründung einer Seehandels- und Weltherrschaft. Ergebnis: einheitliche Außenpolitik.

Geopolitische Vorteile von Englands Insel- und Zwischenlage

Zielbewusste, einheitliche Außenpolitik

Noch aber steht Spaniens Universalherrschaft unerschüttert in der Welt da, die sogar mit Philipps II. weitausgreifenden Plänen England als Schlüsselstein in das spanische Weltreichgebäude einfügen will. Zu dem politischen Gegensatz beider Länder kommt der religiöse; denn Philipps gegenreformatorische Bestrebungen bedrohen die anglikanische Hochkirche und die Reformation in England. Da sich auch Frankreich gegen die Umklammerung durch die habsburgische Macht zu wehren hat, finden sich die beiden bisherigen Gegner, England und Frankreich, für die nächste Zeit zum gemeinsamen Kampfe gegen Spanien zusammen. Das französisch-englische Bündnis beherrscht das europäische Staatensystem bis zum Abschluß der Großen Allianz gegen Frankreich (1688).

Englisch-franz. Bündnis gegen Spanien

Infolgedessen gibt England 1558 Calais, seinen letzten Stützpunkt auf dem Festlande, auf. An der politischen Einheit Englands fehlen noch

Politische Einigung
des britischen
Inselreiches

Irland und Schottland. Irland, wo bisher die englische Herrschaft nur in einem kleinen Gebiete um Dublin Fuß gefaßt hat, verliert seit Heinrich VIII. und Elisabeth seine nationale und kulturelle Selbständigkeit. Cromwell hat sie endgültig vernichtet und unter furchtbaren Greueln dem irischen Volk seinen Landbesitz genommen. Der weitaus größte Teil des irischen Landes kommt in die Hände weniger schottisch-englischer Magnaten. Verzweifelte Aufstände und blutige englische Bekämpfung haben sich bis in die jüngste Zeit wiederholt; aber für die Aufrichtung eines seebeherrschenden Weltreiches und seiner europäischen Großmachtstellung ist die Unterwerfung Irlands unerläßliche Vorbedingung.

Schottland wird 1603 durch Jacob I. in Personalunion mit England vereinigt (1707 Realunion). Der alte Gegensatz zwischen Schottland und England, in dem Frankreich bisher der geopolitische Verbündete Schottlands war, hat sich seit der Einführung der Reformation und den gemeinsamen Kämpfen Schottlands und Englands gegen Rom allmählich ausgeglichen. Wirtschaftlich bringt die Einigung keinen Gewinn. Mitte des 18. Jahrhunderts vernichtet auch hier der englische Kapitalismus die Landwirtschaft und verwandelt das Land in große Jagdgebiete und Schafweiden. Eine scharenweise Auswanderung, entsetzliche Entvölkerung und Verödung ist hier wie in Irland die verhängnisvolle Folge. Aber die politische Einigung der britischen Inseln zum Großbritannischen Reiche ermöglicht die umfassende englische See- und Handelspolitik.

Politische Bedeutung
der englischen
Reformation

Für die rasche politische Entwicklung Englands ist die Begründung der englischen Landeskirche unter Heinrich VIII. und die Einführung der Reformation von ausschlaggebender Bedeutung. Mit der Loslösung der englischen Kirche von Rom wächst die Macht des Königs, während der Einfluß der Geistlichkeit an Bedeutung verliert. Die Reformation findet unter Eduard VI., besonders aber seit Elisabeth (1558—1603) in der Form der calvinistischen Lehre Verbreitung. Nur Irland bleibt katholisch; dadurch tritt neben den nationalen Gegensatz zwischen Irland und England noch der konfessionelle.

Elisabeths Kampf
gegen Rom
und Spanien

Der Kampf für die Reformation hat auch in England noch wichtige politische Folgen. Zwischen der Regierungszeit Eduards VI. und Elisabeths droht unter der katholischen Königin Maria der Blutigen, der Gemahlin Philipps II. von Spanien, für England die Gefahr, in der katholischen Universalmacht Spaniens aufzugehen. Als dann die protestantische Elisabeth den englischen Thron besteigt, wird ihre rechtmäßige Nachfolge von der katholischen Partei im Lande nicht anerkannt und von Maria Stuart von Schottland bekämpft. Im Hintergrund stören die spanische Seefahrt. Planmäßige englische Beutezüge (Drake) Elisabeths Unterstützung. Die Auseinandersetzung Elisabeths mit der katholischen Partei endet mit Marias Hinrichtung. Elisabeth kann sich nur durch entschlossenen Kampf gegen Rom und Spanien und mit Zusage von England an das englische Parlament halten. Englands konfessionelle Einigkeit ist damit erreicht, sie ist danach nie mehr ernstlich gefährdet gewesen (wie sie sich auch Frankreich erkämpft hat, während sie Deutschland versagt geblieben ist).

Der offene Kampf zwischen England und Spanien ist damit allerdings unvermeidlich. Philipp II. rüstet zur Entscheidung. Er hat den Papst auf seiner Seite, aber die gewaltige spanische Armada wird im Kanal geschlagen, und ein Sturm vernichtet die ganze Flotte bei der Rückfahrt um Schottland herum im Jahre 1588. Das Fehlschlagen dieses großen Angriffs auf England war für Spanien verhängnisvoll. 1581 war die Unabhängigkeitserklärung der Niederlande erfolgt. In den nachfolgenden Kämpfen Spaniens um die Wiedergewinnung dieses wertvollen Gebietes hatten die nördlichen Staaten der Niederlande für ihren Freiheitskampf an England Rückhalt gefunden. Der Versuch Spaniens, England zu unterwerfen, sollte also zugleich den Niederlanden jede Rückendeckung nehmen; der spanischen Weltherrschaft hätte dann kein Hemmnis mehr im Wege gestanden. Mit dem Untergange der Armada sind die spanischen Weltherrschaftspläne aber gescheitert. England braucht ein Spanien ohne starke Flottenmacht nicht mehr zu fürchten, selbst wenn in den spanischen Niederlanden eine vom Feinde beherrschte Segenküste droht.

Untergang der spanischen Armada 1588

Nun ist es an England, zum Angriff vorzugehen: England verbündet sich mit Heinrich IV. von Frankreich und knüpft die Verbindung mit den Niederlanden fester. Dem englischen Volke wird der Kampf gegen Spanien Nationalaufgabe. Gerade in diesen Kämpfen erstarkt der englische Nationalgedanke und eint das Volk in selbstlosem Opfersinn.

Das Entscheidende aber ist: Das Meer ist frei geworden. Die Entwicklung der englischen Seemacht und des englischen Handels setzt ein. Sie bedeutet für Europa den Anbruch einer neuen Wirtschaftsperiode. Während noch zur Blütezeit der Hansa deutsche Kaufleute ungehindert, ja sogar bevorzugt in fremden Staaten Handel treiben konnten und gerade auch englische Könige die deutschen Kaufleute begünstigten, tritt seit der Zeit Elisabeths ein völliger Umschwung ein. Die Stärkung der fürstlichen Macht nach innen und außen erfordert erhebliche Geldmittel, die aber nur das Städtebürgertum herbeischaffen kann. Um diesem die Ausbringung der nötigen Steuern und Anleihen zu erleichtern, fördert der Staat planmäßig Handel und Gewerbe seiner Bürger durch Monopole, Prämien, Privilegien und Verbesserung der Verkehrswege. Man erstrebt eine möglichst große Ausfuhr, erschwert aber die Einfuhr durch hohe Einfuhrzölle. So glaubt man die Handelsbilanz möglichst günstig zu gestalten und dadurch die Steuerkraft des Landes zu heben. Damit ist die Ausbildung des Merkantilismus als des handelspolitischen Grund-

Englands Aufstieg zur Seeherrschaft

Der Merkantilismus

satzes gegeben, zu dem sich alle absolutistischen Staaten jener Zeit bekennen. Der englische Staat begünstigt sogar den Seeraub und Schmuggel der Merchant Adventurers. Im Lande entsteht eine eigene Tuchindustrie. Gegenüber der vielseitigen harmonischen Wirtschaftsanlage in Deutschland beruhte bisher der gesamte Außenhandel Englands ganz einseitig auf der Wollschafzucht und Rohwollausfuhr. Jetzt verarbeitet die Wolltuchweberei die bisher besonders nach Flandern gelieferte Wolle im eigenen Lande und gibt unter Vermittlung überall angelegter Agenturen die fertige Ware ins Ausland ab. Die englischen Kaufleute werben für ihre

Aufblühen des englischen Handels

Ende der Hanse

Ware nicht nur auf der Frankfurter und Leipziger Messe, sie reisen bis Rußland, nach Persien und in die Levante. Elisabeth nimmt der Hanse ihr Vorrecht und schließt den Stahlhof. Außer den Niederländern, die Erben des Hanseatenhandels geworden waren, treten jetzt auch die Engländer in der Ostsee als Wettbewerber auf. Die Spezialisierung auf einen Artikel, seine Güte und Billigkeit, die Arbeitsamkeit und Disziplin, straffe Organisation und Zusammenfassung bringen den riesigen Handelsaufschwung. Freilich die großen Schafweiden der englischen Grundherren, die eine Steigerung der Wollproduktion bringen sollten, haben den englischen Bauernstand allmählich vernichtet. (Thomas Morus, „Die Schafe fressen den Menschen“.)

Anfänge des Kapitalismus

Ein moderner bankmäßiger Geldverkehr bildet sich aus und begründet die Anfänge des Kapitalismus. Die königliche Börse befreit den englischen Geldverkehr von der Abhängigkeit von der Amsterdamer Börse. Die ersten kolonialen Gründungen in Nordamerika fallen in diese Zeit: Virginia und Neuengland. Handelsgesellschaften (ostindische Kompanien 1600) treten in Wettbewerb mit den holländischen in Indien.

Die geistigen Grundlagen der englischen Kultur

Für den mächtigen wirtschaftlichen Aufschwung hat der Calvinismus, der hier zur Herrschaft gelangte, nach seiner geistigen Einstellung eine große Bedeutung (vgl. S. 13). Das hochgesteigerte Selbstbewußtsein des Engländer findet damit zugleich die religiöse Weihe. So verstehen wir auch den Glauben des Engländer an die göttliche Weltsehung des englischen Volkes.

In der gleichen Zeit erlebt England eine hohe geistige Blüte. Sie ist ein Ausdruck für den steigenden Wohlstand des Landes und die nationale Geschlossenheit. Es ist die Zeit, in der Bacon seine Naturphilosophie und William Shakespeare seine Königsdramen schrieb.

Schwedische Großmachtpolitik

Die Gesamtlage im Nordosten Europas, deren Kenntnis für das Verständnis der schwedischen Machtentwicklung nötig ist, findet sich in der staatlichen Übersicht S. 14/15 kurz umrissen. Schwedens Großmachtpolitik, die auf den Küstenlandschaften der Ostsee ein großes Ostseereich aufzurichten will, stehen vor allem die Interessen Dänemarks, Polens und Rußlands entgegen. Eine Entscheidung mit den Waffen ist nicht zu vermeiden. Anfangs sucht jede Macht das ihr zunächst liegende Gebiet festzuhalten. Dänemark wird von der dänischen Ostseepolitik Waldemars II. nach Ösel und Estland gewiesen. Nur Ösel und die Spitze Rurlands werden 1559 dänisch. Schwedens finnländischer Besitz drängt zur Gegenküste hinüber. Ihr Besitz (Estland 1561) beherrscht den russischen Handel. Die dänischen Provinzen an der Süd- und Westküste der skandinavischen Halbinsel bleiben eine Flankenbedrohung Schwedens, von der es sich endgültig 1658 frei macht. Für Rußland ist der Zugang zum Meere und seine Küstenbeherrschung eine Lebensfrage. Mit der Eroberung der Republik Nowgorod hat es am Finnischen Meerbusen Fuß gefaßt und erstrebt nun Verbreiterung seiner Meeresbasis, muß aber der schwedischen Macht zunächst weichen.

Polen will seine Stellung am Meere auch verstärken und zu der Weichselmündung auch die Dünamündung und den Rigaischen Meerbusen gewinnen. 1561 besetzt es Rurland und Livland, die aber in dem Aufbau

eines schwedischen Großreiches um das Ostseebecken herum nicht fehlen dürfen. Der geopolitische Gegensatz zwischen Polen und Schweden verstärkt sich durch den dynastischen, als der polnische König Sigismund aus dem Hause Wasa auch die schwedische Königskrone erbt, in seiner Heimat aber der protestantischen Erhebung seines Volkes erliegt und zugunsten seines Oheims Karl IX. abdanken muß. Die polnisch-schwedische Gegnerschaft wirkt sich in der weiteren europäischen Staatengestaltung auf mehr als ein Jahrhundert aus.

Schwedisch-polnisch.
Gegensatz

Schweden verdankt seine militärische Überlegenheit in erster Linie der Schaffung eines nationalen Heeres, das seit Gustav Wasa das Söldnerheer ersetzt. Schweden ist die erste europäische Macht, die zur Schonung ihrer Finanzen dazu übergeht.

Den Höhepunkt erreicht die schwedische Macht an der Ostsee unter Gustav Adolf, der die Kriege mit den genannten drei Gegnern erbt. Seine Kämpfe in Polen und gegen Habsburg im Dreißigjährigen Kriege führt er gleichzeitig gegen den Katholizismus. 1617 erhält Schweden von Rußland Ingermanland und Karelien, 1629 von Polen Livland (Memel, Pillau, Braunsberg und Elbing bleiben nur bis 1635 schwedisch), 1648 im Westfälischen Frieden von deutschen Territorien: Rügen, Usedom, Vorpommern mit einem schmalen Streifen auf dem rechten Oderufer, die Bistümer Bremen und Verden sowie Wismar. Schweden ist damit Herr der deutschen Flußmündungen Oder, Elbe, Weser.

Durch die Teilnahme am schwedisch-polnischen Krieg verliert Dänemark endgültig im Frieden von Koeskilde (unter Berücksichtigung der Milderung im Frieden zu Kopenhagen 1660) die Provinzen Schonen, Blekinge, Bohuslän und Halland. Die Erfahrung der Geschichte, daß Staatsbildungen mit einem Meer als Kerngebiet keinen Bestand haben, macht auch dieses Ostseereich Schwedens.

Höhepunkt der
schwedischen Macht

2. Der Calvinismus hatte sich am Niederrhein in den Niederlanden ausgebreitet. Die Niederlande gehörten mit Neapel, Mailand und der Freigravschafft Burgund zu dem Erbe, das Karl V. seinem Sohne Philipp II. 1556 überlassen, dabei freilich aus seiner natürlichen Verbindung mit Deutschland losgerissen hatte. Aber Karl V., der in den Niederlanden geboren war, hat immer ganz besonders die Interessen der Niederländer vertreten. Ihre Handels- und Seemacht hat sich um so mächtiger und schneller entwickelt, weil sie als Untertanen des mächtigsten Herrschers in Europa mehr als 50 Jahre die Meere befuhren. Der Druck spanischer Besatzung, der Versuch, die Bistümer zu vermehren und zur Verdrängung der neuen Lehre die Inquisition einzuführen, treibt das Land, Adel und Bürgertum, zur Erhebung. Weder die versöhnliche Margarete von Parma, noch der furchtbare Herzog von Alba vermögen der Bewegung Herr zu werden. Alexander von Parma gelingt es wenigstens, die katholischen wallonischen Provinzen der südlichen Niederlande (1579—85: Luxemburg, Namur, Hennegau, Brabant, Flandern) für Spanien zurückzugewinnen. Die nördlichen Niederlande dagegen (Holland, Seeland, die Groninger „Umlande“, Utrecht, Geldern) treten 1579 zur Utrechter Union zusammen,

Befreiung
der Niederlande

erklären unter Führung Wilhelms von Oranien im Jahre 1581 ihre **U n a b h ä n g i g k e i t** und behaupten sie.

„Ein Volk von Bürgern und Bauern, von Schiffern und Hirten, eine Handvoll Leute auf mühsam dem Meere abgerungenem unsicheren Boden (= 1/2 Baden) hatte sich trotz der riesigen Geldmittel Philipps II. gegen die gewaltigste Macht der Christenheit behauptet. Es siegte der zähe, streitbare Freiheitsinn der Friesen,.... ein anderer Geist lebt hier als in Mailand, Genua, Florenz, Neapel, die ohne Widerstand sich den Spaniern beugten“ (Schäfer, Weltgeschichte).

Niederländisches
Volksbewußtsein

Die **L o s l ö s u n g** der nördlichen Staaten (des heutigen Holland) von den spanischen Niederlanden (dem heutigen Belgien) sichert ihnen die Beibehaltung ihres **r e f o r m i e r t e n B e k e n n t n i s s e s** und gibt ihnen erst ihre **v o l l e E n t w i c k l u n g s m ö g l i c h k e i t**. Der deutsche Reichsgedanke bedeutet seit Karl dem Kühnen hier nichts mehr.

Holländer
Erben der Hanseaten

H o l l a n d beherrscht die Mündungen des Rheins und der Schelde. Die friesische Bauernbevölkerung hinter den niedrigen Dünen hat sich früh der Handelschiffahrt zugewandt. Günstige Lage und der unternehmungsfreudige Handelsgeist der calvinistischen Lebensanschauung macht Holland zu dem **b e d e u t e n d s t e n H a n d e l s s t a a t** jener Zeit. Die Holländer werden die Erben des hanseatischen Zwischenhandels. Die alte flandrische Hansestadt Brügge hatte schon längst ihre Bedeutung verloren, ihr Hafen war versandet. Amsterdam, das als ein neues Venedig aus den Lagunen erwächst, überflügelt jetzt auch den Handel des brabantischen Antwerpens, das zunächst an Brügges Stelle getreten war und 1585 trotz tapferster Verteidigung von den Spaniern erobert wird. Die Holländer vermitteln den Handel zwischen Westeuropa und Osteuropa, sie tragen ihn auch hinaus in die Überseeländer. Handelskompanien, die niederländisch-ostindische und die westindische, treten ins Leben. Besonders der ostindische Handel bringt große Gewinne. 50 Jahre lang werden 95% Gewinn verteilt.

Das holländische
Kolonialreich

Ein mächtiges **h o l l ä n d i s c h e s K o l o n i a l r e i c h** entsteht in der Zeit von 1600 ab, wo in Deutschland der 30jährige Krieg tobt, in England der Streit zwischen Parlament und Königtum sich entscheidet, wo Frankreich durch Kampf gegen Hugonotten, Fronde und Habsburg gebunden ist. Die **h i n t e r i n d i s c h e n I n s e l n** werden ihr wichtigster Kolonialbesitz, aus dem sie ihren Wohlstand schöpfen (Gewürzhandel): Gewürzinseln Banda, Molukken. Spanier und Portugiesen müssen ihrer Macht weichen; spätere englische Versuche, die Niederländer zu verdrängen, scheitern. Ihre Handelsfaktoreien von Gusherat bis Japan beherrschen den Handel der indochinesischen Welt. (1614 wird Malakka, 1641 Ceylon niederländisch.) Die Holländer greifen auch in die **a u s t r a l i s c h e W e l t** hinüber. Die westindische Kompanie legt sich hauptsächlich in den atlantischen Gewässern auf Kaperei spanisch-portugiesischer Schiffe. Sie betreiben **S c h m u g g e l** und **N e g e r h a n d e l**, bauen Zuckerrohr, holen Gold und Elfenbein aus Afrika und Farbhölzer aus Brasilien. In Afrika gründen sie 1652 Kapstadt, in **N o r d - a m e r i k a** setzen sie sich in Neuniederland 1640 fest und begründen Neumsterdam, das spätere Neuyork.

Als Herren der **O s t s e e** bekämpfen die Holländer die Groß-

machtpolitik Christians IV. von Dänemark (Dominium Maris Baltici) und begünstigen das aufsteigende Schweden. Sie beherrschen den ganzen Fischereibetrieb in den arktischen Gewässern, in der Nordsee mehr und mehr den norwegischen Fisch- und Holzhandel und den Verkehr mit den atlantischen Salzhäfen, mit den spanischen und portugiesischen Seestädten. „Sie waren zugleich die Kaufleute und Frachtfahrer, Amsterdam die Börse der Welt.“

Holländische
Nordmeerpoltik

Der politischen Sonderentwicklung Hollands entspricht die Entstehung einer eigenen Kultur auf der Grundlage des aristokratischen Bürgertums der Handelsstädte (Universität Leyden, Hugo Grotius, Franz Hals, Rembrandt, Jacob Ruysdael).

Bürgerlich-aristo-
kratische Kultur

Solange noch Spanien der mächtige Gegner Englands ist, hält England zu Holland und hat auch noch 1581 die Holländer in ihrem Freiheitskampfe gegen Spanien unterstützt. Aber es ist keine Frage: Nach der Niederzwingung Spaniens sind die Holländer die nächsten, deren Konkurrenz England lahmlegen wird.

Holland u. England

3. Das Osmanische Reich in seiner größten Ausdehnung ist in der politischen Übersicht Europas, Karte IV, 2, kurz behandelt.

VII. Der Entscheidungskampf im 30jährigen Kriege 1618—1648. Deutschland — das Schlachtfeld Europas.

1. Der böhmisch-pfälzische Krieg 1618—1623 und der niederländisch-dänische Krieg 1623—1630.
2. Der Schwedische Krieg 1630—1635 und der schwedisch-französische Krieg 1635—1648.

Der Protestantismus hat in allen habsburgischen Ländern, abgesehen von Tirol, Boden gewonnen, die Stände in den Erblanden verfügen meist über eine protestantische Mehrheit. Maximilian II. selbst gewährt freie Religionsübung, Rudolf II. aber versucht, den Protestantismus zu verdrängen und die Macht der protestantischen Stände zu beschränken. Konfessionelle und politische Gründe wirken zusammen. Die darüber in Böhmen ausbrechenden Zwistigkeiten will der Majestätsbrief Rudolfs II. durch einen Ausgleich 1609 beenden. Er verspricht Religionsfreiheit, und sein Bruder Matthias bestätigt sie bei seinem Regierungsantritt. Als aber der fanatische Jesuitenzögling Erzherzog Ferdinand von Steiermark, seit 1617 König von Böhmen und Ungarn, seit 1619 deutscher Kaiser, mit allen Mitteln den Protestantismus auszurotten versucht, kommt es zu offenem Aufbruch, da Beschwerden kein Gehör finden (Prager Fenstersturz). Die Böhmen setzen Ferdinand ab und wählen Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz zu ihrem König. Während Maximilian von Bayern Ferdinands Hilfegebet gegen seine unbotmäßigen Untertanen ablehnt, um den Streit eine innerösterreichische Angelegenheit bleiben zu lassen, nimmt Friedrich die Wahl an und überträgt damit den Kampf auf das übrige Reichsgebiet. Für den Kaiser treten ein: die Liga, ihr Führer Maximilian von Bayern (mit der Hoffnung auf die pfälzische Kurwürde), Spanien, sogar Johann Georg von Kur-

Kampf der
böhmischen Stände
um Religionsfreiheit

Winterkönig
Friedrich V.

sachsen. Friedrich V. dagegen sieht sich von der Union ver-
lassen, selbst sein Schwiegervater Jacob I. von England bleibt neutral.

Gegenreformation
in Böhmen

Die Schlacht am Weißen Berge bereitet dem Königtum
Friedrichs V. (Winterkönig) ein schnelles Ende. Böhmen trifft ein
grausames Strafgericht. Die katholische Lehre wird mit Gewalt
wieder eingeführt.

Friedrichs V. fortgesetzte Weigerung, auf die böhmische Krone zu ver-
zichten und Maximilians Streben nach der pfälzischen Kurwürde tragen
den Krieg nach der Pfalz, für deren Verteidigung sich außer Mark-
graf Georg Friedrich von Baden nur Freibeuter, wie Ernst von Mans-
feld und Christian von Braunschweig, einsetzen. Die Übermacht der
Ligisten und Spanier (unter Philipp) erledigt bald einen nach
dem andern.

Letzte dänische
Großmachtpolitik

Als die Söldnerführer nach neuer Ausrüstung in den Niederlanden
sich in die nordwestdeutschen Bistümer werfen und die Liga zu deren
Schutz eingreift, muß sich der Protestantismus nun auch in Nord-
deutschland bedroht fühlen, besonders in den geistlichen Be-
sitzungen der protestantischen Fürsten. Da greift Christian IV. von
Dänemark, der noch einmal als letzter Dänekönig im Sinne dänischer
Großmachtpolitik die Errichtung eines *Dominium Maris Baltici* verfolgte,
als Herzog von Holstein und Kreisoberster des niedersächsischen Kreises
gegen den Katholizismus und Habsburg zu den Waffen. Seine Pläne und sein Einfluß in den niedersächsisch-westfälischen Bis-
tümern sind gefährdet. England und die Niederlande zahlen
ihm Subsidien.

Wallensteins Ziel:
kaiserliche
Ostseeherrschaft

Che Tilly auch hier des Kaisers Sache zum Siege führt und den
Dänekönig aus dem Felde schlägt (1626 Lutter am Barenberge), be-
kommt der Kaiser (1625) eine wertvolle Stütze in Wallenstein, der
ihm als der verwegenste und rücksichtsloseste Bandenführer seiner Zeit sein
eigenes Heer zur Verfügung stellt. (Sieg an der Dessauer Elbbrücke, Zug
nach Schlesien und Ungarn.) Im Verein mit Tilly besetzt er die ganze
Ostseeküste von Skagen bis Pommern, außer Stralsund. Aus-
söhnung der Bekenntnisse, Stärkung der kai-
serlichen Zentralgewalt gegenüber den Fürsten, Herr-
schaft des Kaisers über die Ostsee sind die Ziele „des Generals
des Ozeanischen und Baltischen Meeres“. Sie bringen ihn aber in Gegen-
satz zum Kaiser und zu den Fürsten. Der Kaiser — auf dem Höhepunkt
seiner Macht — will nicht die Aussöhnung der Bekenntnisse, sondern die
Vernichtung des Protestantismus. Daher fordert er im
Restitutionsedikt die Rückgabe aller seit dem Passauer Vertrag
eingezogenen geistlichen Güter.

Sieg der
fürstlichen Libertät

Die Fürsten sind nicht gewillt, sich irgendwie in ihrer fürstlichen
Libertät zugunsten des Kaisers beschränken zu lassen. So erzwingen
katholische und protestantische Fürsten Wallensteins Absetzung
(1630).

Die Durchführung des Restitutionsediktes hätte das Ende des Pro-
testantismus bedeutet, denn es hätten 2 Erzbistümer, 14 Bistümer und
500 Abteien zurückerstattet werden müssen.

Die Rettung bringt der Schwedenkönig Gustav Adolf. Er hat sich trotz englischer Bemühungen (1624) so lange zurückgehalten, da er seine Kräfte noch in den baltischen Provinzen gebunden hatte und bei dem Gegensatz der dänisch-schwedischen machtpolitischen Interessen außerdem befürchten mußte, Dänemark sofort in den Rücken zu bekommen. Ein Zusammengehen beider Mächte lediglich im Interesse ihres Bekenntnisses schien ebenso unmöglich wie zwischen Frankreich und Habsburg. Andererseits hat sich Gustav Adolf von Liga und Kaiser nicht verleiten lassen, auf ihre Seite zu treten und zum Schaden der protestantischen Sache dem dänischen Erbfeind den Garau zu machen; er hat vielmehr, wie und wo er nur konnte, die protestantischen Städte und Fürsten zum Widerstand und zur Abwehr des Kaisers ermuntert. Jetzt aber, nachdem er Ingermanland und Karelrien erworben und Livland den Polen abgenommen hat, Dänemark aber nach seiner Niederlage aus dem Kriege ausgeschieden ist, setzt er die ganze schwedische Macht für die Rettung des protestantischen Bekenntnisses, zugleich für die Sicherung und Erweiterung der schwedischen Machtstellung ein. Wie in Ferdinand verbinden sich in ihm religiöse und politische Ziele. Allein aus strategischen Gründen braucht er für seine Operationen in Deutschland Stützpunkte und eine feste Basis.

Schwedische
Großmachtpolitik

Frankreich, wo nach Zeiten der Schwäche unter Ludwig XIII. seit 1624 Richelieu als Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Zeit neuer Machtentfaltung einleitet, zahlt Hilfsgelder, da ein endgültiger Sieg des Kaisers die Gefahren der habsburgischen Umklammerung nur vermehren würde. 1630 landet Gustav Adolf in Pommern. Die protestantischen Fürsten zögern noch, sich ihm anzuschließen. Erst als Magdeburg in Tillys Hände fällt, treten Brandenburg und Sachsen auf seine Seite. Sein entscheidender Sieg über Tilly bei Breitenfeld rettet den Protestantismus (1631). Überall siegreich, zieht Gustav Adolf durch Thüringen und Franken, hält in München Einzug und bedroht Österreich.

Schwedische
Waffenerfolge

Als Tilly am Lech erliegt und fällt, muß der Kaiser in seiner Bedrängnis Wallenstein von neuem berufen, muß ihm aber ganz außerordentliche militärische und politische Vollmachten zugestehen. Wallenstein zieht durch seinen Einfall in Sachsen die Schweden aus Süddeutschland ab. Bei Lützen siegen die Schweden zwar über ihn, schwerer und folgenreicher trifft sie selbst aber der Tod ihres Königs in der Schlacht. Das Bündnis der protestantischen Fürsten zerfällt bald. Nach dem Sieg der Kaiserlichen bei Nördlingen treten Brandenburg und Kursachsen im Sonderfrieden zu Prag 1635 vom Kriege zurück. Der Kaiser hat wieder das Übergewicht. Das zwingt Frankreich zum handelnden Eingreifen. Ein Jahr zuvor hat Wallenstein das Schicksal ereilt. Seine Macht war zu groß, seine Pläne zu verschieden von denen des Kaisers. Ohne dessen Wissen verhandelte er mit den Gegnern, trug sich selbst mit Abfallgedanken. Der Kaiser setzt ihn darum im geheimen ab, kaiserlich gesinnte Offiziere ermorden ihn zu Eger 1634.

Tod Gustav Adolfs
1632
Uneinigkeit
der ProtestantenEingreifen
Frankreichs

Verwüstung
Deutschlands

Richelieu, der bisher nur mit Geld den Krieg unterstützt hat, stellt jetzt eigene Heere ins Feld. Französischer Einfluß hat im weiteren Verlauf des Krieges (schwedisch-französischer Krieg) das Übergewicht. Die eigentlichen Leiden Deutschlands beginnen erst jetzt, als fremde Heere, aber auch kaum weniger schlimm die Kaiserlichen, noch über ein Jahrzehnt sengend und brennend das deutsche Land verwüsten und die wehr- und schutzlose Bevölkerung drangsalieren. Die Franzosen besetzen das Elsaß und verwüsten (Turenne, Condé) im Bunde mit Wrangel Bayern bis zum Inn, Norddeutschland (Pommern, Brandenburg, Sachsen und Thüringen) behaupten die Schweden (Banér), Torstenson macht verschiedentlich Vorstöße nach Wien, Wrangel erobert Prag.

Westfälischer Friede
1648

Nach diesen Verlusten sind Maximilian von Bayern und Kaiser Ferdinand zum Frieden bereit, der nach langen Verhandlungen 1648 zu Münster und Osnabrück abgeschlossen wird.

VIII. Die Zerstörung des Reiches.

1. Fremder Besitzstand im Reiche und endgültige Gebietsverluste.
2. Gebietserweiterungen der Territorialstaaten.
3. Frankreichs Vordringen nach dem Rhein.
4. Österreich-Ungarn als Abwehrmacht gegen die Türken.

Deutschlands
politische Neu-
ordnung durch das
Ausland

1. Der Friede besiegelt die Ohnmacht und Zerstörung des Reiches. Das Ausland bestimmt die politische Neuordnung Deutschlands. Frankreich und Schweden werden die Bürgen („Garanten“) des Friedens. Sie fassen mit wichtigen Gebieten selbst im Reiche Fuß. Schwedens Großmachtstellung erweitert sich durch die Erwerbung von Vorpommern, Rügen, Wismar, Bremen und Verden. Der Dänenkönig bleibt Herzog von Holstein. Frankreich wird der Besitz von Metz, Toul, Verdun bestätigt. Mit den bisher österreichischen Besitzungen im Elsaß und der Landvogtei über 10 Reichsstädte erhält Frankreich die Stützpunkte für das weitere Vordringen zum Rhein und damit zum Ausbau seiner europäischen Vormachtstellung. Breisach und Philippsburg werden französische Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer.

Verlust deutscher
Randgebiete

Der Besitz des Deutschen Ordens in Livland und Preußen ist längst verloren. Weiteren dauernden Verlust bedeutet für Deutschland die Anerkennung der Selbständigkeit für die Schweiz und die Niederlande. Der Oberrhein und wichtiger noch die Rheinmündung liegen jetzt außerhalb des Reiches und seines Wirtschaftsgebietes. Das rheinische Stromgebiet, das alte Kerngebiet des Frankenreiches und wichtigste Flußgebiet Europas ist zerrissen. Jetzt sind sämtliche großen Flußmündungen (Rhein, Weser, Elbe, Oder, Weichsel) in fremden Händen und schließen dadurch Deutschland vom Welthandel aus (vgl. Internationalisierung der Flußschiffahrt nach dem Versailler Frieden); Holland und England übernehmen ihn.

Auflösung
der Reichsgewalt

2. Durch Frankreichs Eintreten für die deutsche Libertät erhalten die Reichsstände das Bündnisrecht (nicht nur unter sich, sondern auch mit Fremden), nach innen die Landeshoheit, d. h. also völlige Souveränität. Das bedeutet die Auflösung der Reichs-

gewalt. Die Rheinpfalz erhält die neugeschaffene Kurwürde. Bayern behält die Oberpfalz mit der Kur. Sachsen gewinnt die Ober- und Niederlausitz. Mecklenburg bekommt die Bistümer Schwerin und Rakeburg. Brandenburg erwirbt Hinterpommern, die Bistümer Minden, Kammin, Halberstadt und die Anwartschaft auf Magdeburg und somit Stützpunkte für die Verbindung seiner im Osten und Westen weit auseinanderliegenden Gebietsteile. Die Glieder des in der norddeutschen Tiefebene heranwachsenden Staates beginnen, sich organisch dem Staatskörper anzufügen, der als Österreichs Gegengewicht die Zukunft Deutschlands bestimmen sollte.

In religiöser Hinsicht bleibt neben der staatlichen Zerrissenheit die konfessionelle Spaltung eine schwere Belastung für Deutschlands weitere Entwicklung und ein großer Nachteil gegenüber den westeuropäischen Staaten, die sich nationalstaatlicher Geschlossenheit und religiöser Einigkeit erfreuen. Alle Konfessionen in Deutschland bekommen Gleichberechtigung. Auch das reformierte Bekenntnis ist neben dem lutherischen anerkannt. In den österreichischen Erblanden freilich hat Habsburg den Protestantismus völlig vernichtet.

Fortbestehen der Glaubensspaltung

Seit die europäischen Mächte im 30jährigen Kriege den Boden des Reiches zum Schauplatz ihrer Kämpfe gemacht haben und fremde Nationen sein Schicksal bestimmen, schwinden nationales Selbstgefühl, Selbstachtung, vaterländischer Stolz. Nachahmung des Fremden, vor allem des Französischen, in den Hoffitten, in der Literatur wie in der Kunst kennzeichnet die folgende Zeit. Auch in das Bürgertum dringt dieser Geist und verzerrt deutsches Wesen und deutsche Eigenart.

Deutsche Entartung

Die wirtschaftlichen Folgen sind furchtbar: Die Bauern versklaven (erbuntertänig, Bauernlegen!). Die sozialen Gegensätze verschärfen sich. Die Bevölkerung ist auf ein Drittel zusammengeschrumpft, dazu verarmt, das Land verödet, infolge überhandnehmender Räuberbanden unsicher, Handel und Gewerbe liegen danieder, der Konkurrenz des Auslandes nicht gewachsen.

Wirtschaftlicher Niedergang

Bei der Ohnmacht der Reichsgewalt können nur die Einzelstaaten eine Gesundung anbahnen. Sie sind Träger des staatlichen Lebens. Es nimmt auch hier wie in den westeuropäischen Staaten seinen Weg über den Absolutismus. Die unumschränkte Fürstengewalt setzt sich durch. Das Religiöse tritt von jetzt an völlig hinter den rein weltlichen, staatlichen Interessen zurück. „Kabinettskriege“ entscheiden die dynastischen und staatlichen Lebensfragen.

Territorialstaaten Träger staatlichen Lebens

3. In Frankreich beginnt Richelieu eine kräftige auswärtige Politik. Nach den geopolitischen Bedingungen des Landes kann sie die Grenze nur in östlicher Richtung vortragen wollen. Hier erregen Frankreichs Begierde die ausgedehnten Besitzungen des Hauses Habsburg, seines natürlichen Gegners, die obendrein noch zum französischen Sprachgebiet gehören. Das klare Ziel Frankreichs ist ein stetiges Vordringen bis zum Rhein.

Frankreichs Rheinpolitik

Die Verteidigung der westlichen Reichsgrenze führt Habsburg, solange es sein burgundisches Erbe gegen Frankreich schützt. Seit das Gebiet des burgundischen Zwischenreiches infolge der Teilung

in eine spanische und eine österreichische Linie an Spanien gefallen ist und Österreich nur die habsburgischen Besitzungen und Rechte im Elsaß behält, hat die Abwehr französischer Rheinpolitik die einheitliche Führung verloren. Im Westfälischen Frieden gibt nun Habsburg mit seinen Besitzungen und Rechten im Elsaß auch die Rheinwacht auf. Frankreich aber faßt mit diesen Erwerbungen hier zum erstenmal Fuß. Es schiebt sich breiter und fester zwischen den hochburgundischen und den niederländischen Besitz Spaniens und umschließt Lothringen. Österreich gibt seine vorgeschobene Westfront auf, um sich der gleichfalls bedrohten Ostfront besser annehmen zu können. Seitdem verfolgt Österreich eine zielbewußte Balkan- und Orientpolitik.

Habsburgs Verzicht auf die Rheinstellung

Übergang zur Ost(Balkan)-Politik

Auflösung der deutschen Westgrenze

Inzwischen kommt Frankreich Schritt um Schritt seinem Ziel näher. Die Ohnmacht Deutschlands kann ihm nur seine Politik erleichtern. Stärkung der deutschen Libertät ist seit Richelieu eins seiner Mittel. Die Rheinische Allianz (Mazarins Bund mit Mainz, Köln, Pfalz-Neuburg, Hessen und Braunschweig) ist das Vorbild für den Rheinbund Napoleons, der das Ende des alten Deutschen Reiches besiegelt.

Ludwig setzt in seinen Raubkriegen rücksichtslos die ganzen Kräfte Frankreichs an den weiteren Ausbau der Rheinstellung. Die Etappen auf dem Wege sind kurz folgende:

- Frankreich bekommt im Pyrenäenfrieden
 1659 Artois als „nördlichen Eckpfeiler“, erweitert sein Gebiet im Aachener Frieden
 1668 nach Norden um zwölf flandrische Städte (z. B. Lille), erhält im Frieden zu Nymwegen
 1678 die Franche-Comté als „südlichen Eckpfeiler“ und den Brückenkopf Freiburg auf dem rechten Rheinufer, gewinnt seit
 1679 die Reichsstädte im Elsaß auf Grund der Reunionen und besetzt
 1681 Straßburg.
 1697 der Friede zu Ryswyk bestätigt Frankreich im Besitz von Straßburg und Elsaß. — Die französischen Brückenköpfe Freiburg, Breisach, Philippsburg und Kehl werden zurückgezogen und dem Reich zurückerstattet (anerkannt zu Rastatt und Baden 1714). Lothringen, ganz von französischem Gebiet umfaßt, kommt
 1738 an Stanislaus Leszczyński, den Schwiegervater Ludwigs XV., und fällt
 1766 an Frankreich.

Im Frieden zu Campo Formio 1797 und zu Luneville 1801 tritt Österreich seine Niederlande und das linke Rheinufer ab.

Niedergang der Türkenmacht

4. Nach dem Tode Suleimans II. 1560 und dem Scheitern des türkischen Angriffs auf Szigeth (1566) geht es mit der türkischen Macht abwärts (Niederlage bei Lepanto 1571, vgl. S. 15; innere Wirren und Kriege gegen Persien). Dieser Niedergang hat Deutschland vor den unabsehbaren Folgen eines türkischen Angriffs im 30jährigen Kriege bewahrt.

Seit Mitte des 17. Jahrhunderts erstarkt aber die türkische Macht und ihre Angriffskraft wieder. Neue Vorstöße bedrohen Österreich, der Aufstand Ungarns gegen die Habsburger, dazu die türkische Verbindung mit Ludwig XIV. schaffen Österreich eine äußerst kritische Lage. Das belagerte Wien verteidigt sich aber tapfer unter Rüdiger von Starhemberg, bis ein Entsatzheer die Stadt befreit (1683). Belagerung Wiens
1683

Nach einem Waffenstillstand mit Ludwig XIV. hat Österreich den Rücken frei zum Angriff, zur Eroberung Ungarns und zur Befreiung der Christen auf dem Balkan von der Herrschaft der Ungläubigen. Prinz Eugens Siege drängen die Türken zurück. 1699, im Frieden zu Karlowitz, erhält Österreich Ungarn und Siebenbürgen ohne das Banat. Die Habsburger bekommen um 1687 die erbliche ungarische Königswürde. Die Einnahme Belgrads in einem neuen Kriege bricht die türkische Donaustellung. Der Friede von Passarowitz bringt den Habsburgern das Banat, die Kleine Walachei von der Donau bis zur Aluta und das nördliche Serbien; aber die Walachei und Serbien fallen 1739 an die Türken zurück. Österreich im Angriff
auf die türkische
Balkanstellung

Habsburg hat das christliche Abendland gegen das islamisch-türkische Asien glücklich verteidigt. Das bleibt seine Aufgabe, ist zugleich sein Verdienst. Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn wird Großmacht und Vormacht auf dem Balkan. Österreichs Machtbereich umfaßt seit 1713 und 1720 die deutsch-österreichischen Länder (Österreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Tirol), ferner Böhmen mit Schlesien und Mähren, Ungarn und die ehemaligen spanischen Niederlande, außerdem Mailand, Neapel, Mantua und Sardinien. Sardinien wird 1720 gegen Sizilien ausgetauscht; Neapel-Sizilien kommt 1735 an eine spanische Nebenlinie, dafür Parma-Piacenza an Österreich. Habsburgs
Ost- und Südstellung

IX./X. Politisches Übergewicht Westeuropas. Das Zeitalter des Absolutismus.

1. Englands Königtum im Kampfe mit dem Parlament.
2. Ausbau der englischen Seeherrschaft gegen Spanien und Holland.
3. Englische und französische Kolonialerwerbungen im 17. Jahrhundert.
4. Frankreichs Machthöhe unter Ludwig XIV.

1. Elisabeth hat es verstanden, durch sparsamen Staatshaushalt sich von der Parlamentsabhängigkeit immer mehr freizumachen und dadurch in England zu fast unumschränkter Herrschaft zu gelangen. Nach ihrem Tode folgt den Tudors das Haus Stuart. Jacob I. (1603—1625), der Sohn Maria Stuarts, vereinigt die drei Königreiche England, Schottland und Irland in Personalunion und nimmt den Titel eines Königs von „Großbritannien“ an. König
und Parlament
in England

Es ist die Zeit, in der sich in den europäischen Staaten der Absolutismus durchsetzt. Die absolutistisch regierenden Herrscher schaffen sich ein pflichttreues, unbedingt gehorsames Beamtentum, Einheit des Rechts, der Verwaltung, der Wirtschaft und ein stehendes Heer. Dadurch sichern sie zugleich die Staatseinheit. Durch die Beseitigung der Stände- Der Absolutismus
Staats Einheit

vertretung ist der Übergang zum späteren nationalen Verfassungsstaat gegeben. Der Absolutismus hat seine klassische Form in dem Frankreich Ludwigs XIV. gefunden. In Deutschland ist zwar die zentrale Gewalt des Reiches zu ohnmächtig, um ihn gegen die Stände durchzusetzen, wohl aber kommt er in den deutschen Territorialstaaten zum Siege (Beispiel: Brandenburg).

Absolutistisches
Streben der Stuarts

Auch in England erstreben die Stuarts ein absolutistisches Regiment und Unabhängigkeit vom Parlament. Die innerpolitischen Verhältnisse sind aber sehr schwierig. Das englische Königtum ist in seinem Kampfe gegen das Parlament im Vergleich zu den Fürsten des Festlandes sehr im Nachteil, da der Staat in England dank der Inselnatur des Reiches sich nicht wie auf dem Festlande ein stehendes Heer zu seinem Schutze zu schaffen braucht. Dieses Instrument fehlt also dem englischen Königtum. Es stehen sich drei Parteien gegenüber, die Anglikaner als die Vertreter der englischen Hochkirche, die Presbyterianer = Puritaner, die für eine Verwaltung der Gemeinden durch gewählte Älteste eintreten, und endlich die Katholiken. Der katholische Jacob tritt auf die Seite der Anglikaner. Enttäuscht zetteln die Katholiken die Pulververschwörung 1605 an. Die Segnerschaft gegen Jacob I. läßt auch die puritanische Volksbewegung mächtig erstarken.

Weitere Gegensätze ergeben sich aus der Außenpolitik des Königs, die ihn in Widerspruch zu dem Nationalempfinden des Volkes bringt, da Jacob das katholische absolutistische Spanien begünstigt und seinem Schwiegerjohn Friedrich V., dem Vorkämpfer des Protestantismus in Deutschland, nur unzureichende Unterstützung zuteil werden läßt. Karl I. verzichtet überhaupt auf jegliche auswärtige Politik, nur um mit seinen absolutistischen Bestrebungen zum Ziele zu kommen.

Er löst mehrfach widerpenstige Parlamente auf, elf Jahre lang regiert er ohne jegliches Parlament. Als er im Kampf gegen Schottland, dem er die englische Hochkirchenverfassung aufzwingen will, neue Geldmittel benötigt, muß er sich zur Einberufung des „langen Parlamentes“ entschließen und opfert diesem sogar seinen Berater Strafford. Als das Parlament aber seine Forderungen zu hoch schraubt und auch die Mitwirkung bei der Beamten- und Offizierernennung verlangt, kommt es zum Bürgerkriege. Das katholische Irland und Schottland stehen auf seiten des Königs, aber London und der reiche Osten des Landes halten es mit dem Parlament. Der König ist anfangs im Vorteil. Da treibt Oliver Cromwell den König nach dem Siege bei Marstonmoor (1644) und Naseby (1645) zu den Schotten, aber diese liefern ihn an das Parlament aus. Cromwell läßt ihn 1649 hinrichten. England ist eine Republik geworden. Während sich überall auf dem Festlande das absolute Regiment durchsetzt, siegt in England der Grundgedanke der Volkssouveränität über das Gottesgnadentum des Königs. 1653 löst Cromwell das Parlament und den Staatsrat auf und führt von da ab eine Militärdiktatur. Widerstände in Irland und Schottland schlägt er blutig nieder.

England Republik
1649

Militärdiktatur
Cromwells 1653

Nach Cromwells Tode kehren die Stuarts auf den englischen Thron zurück: Karl II. 1660—85, Jacob II. 1685—88. Da auch sie die

katholischen und absolutistischen Bestrebungen fortsetzen, kommt es zu neuen inneren Wirren. Die Partei der Whigs, die die Rechte des Parlaments, der Volkssouveränität, vertritt, und die der Tories, der Anhänger eines starken Königtums, stehen einander in erbittertem Kampfe gegenüber. Einig sind beide über die Festigung des protestantischen Charakters Englands, nicht dagegen über die Thronfolge des katholischen Jacob II. Die Testakte 1673 schließt alle Katholiken von der Thronfolge aus. Die Gegensätze verschärfen sich, als Jacob II. 1685 den Thron besteigt. Als die Geburt eines Thronerben die Fortführung der katholischen Dynastie zu sichern scheint, bringt die glorreiche Revolution 1688 den Sturz des Hauses Stuart. Beide Parteien rufen Wilhelm III. von Oranien, den Schwiegersohn Jacobs II., herbei. Das Volk sichert sich seine Rechte in der Bill of Rights, und hat damit endgültig über das Königtum gesiegt. England ist seitdem eine konstitutionelle Monarchie. Der König nimmt seine Minister aus der Mehrheitspartei des Parlaments, die damit die eigentliche Regierungspartei wird. So hat sich in England zuerst die parlamentarische Regierungsform herausgebildet, die seit 1919 auch bei uns eingeführt ist.

Rückkehr der Stuarts
1660/88Glorreiche
Revolution 1688Parlamentarismus
Volkssouveränität

2. Cromwell hatte wieder eine tatkräftige Außenpolitik aufgenommen mit dem Ziel, Englands Handels- und Seeherrschaft weiter auszubauen. Wie er sich selbst für das Werkzeug Gottes hielt, so glaubte er an die göttliche Bestimmung seines Volkes zur Weltherrschaft.

Die Navigationsakte 1651 und die folgenden Kriege richten sich gegen die niederländische Handelsmacht. Nach der Navigationsakte dürfen nur englische Schiffe Überseeerzeugnisse nach England bringen, Schiffe der übrigen europäischen Staaten dürfen nur Waren des eigenen Landes in England einführen. Die bedrohten Niederlande versuchen in mehrfachen Kriegen, ihre Stellung zu behaupten. Sie müssen aber die Akte 1654 anerkennen. In einem zweiten Kriege verlieren die Holländer, trotz anfänglicher großer Erfolge und trotz ihres Vordringens bis in die Themsemündung, ihre nordamerikanischen Kolonien Neuniederland mit Neumsterdam (von jetzt ab Newyork) und bekommen nur für die den Rhein herabkommenden Waren Aussetzung der Navigationsakte.

Englands Kampf
gegen Holland

Daneben nimmt Cromwell wieder den Kampf gegen Spanien auf. Cromwell und Mazarin zwingen vereinigt Spanien zu dem Pyrenäenfrieden 1659, der der spanischen Vorherrschaft in Europa ein Ende macht und das französische Übergewicht begründet. Den Hauptgewinn hat Frankreich, da Cromwell gerade 1658 stirbt und neue innere Wirren ausbrechen. England gewinnt aus diesem Kampfe nur Dünkirchen, das Karl II. 1662 an Frankreich gegen eine Kauffumme überläßt. Von den spanischen Kolonien besetzt England in dieser Zeit Jamaika (1655), Barbados, die Bahamas und die Inseln unter dem Winde.

Kampf
gegen Spanien

England mit Frankreich im Bunde vermitteln zugunsten Schwedens gegen Dänemark und seine Verbündeten (den Kaiser, Brandenburg, Polen) den Frieden zu Roeskilde, der den Sund als Grenze zwischen den beiden Erbfeinden festlegt und der zu-

Englands Bündnis
mit Frankreich

gleich auch die Niederlande als die bisherigen Bundesgenossen Dänemarks in Mitleidenschaft zieht.

Große Allianz
gegen Frankreich
1688

Die Freundschaft mit Frankreich pflegt auch Karl II., bis das Parlament im Laufe des dritten Raubkrieges infolge der allzuweit getriebenen Eroberungspläne Ludwigs XIV. sich von Frankreich zurückzieht. Seit der glorreichen Revolution tritt dann England der Großen Allianz gegen Frankreich bei, und nun beginnt der 127jährige Krieg zwischen England und Frankreich, der wegen der wichtigen Entscheidungen im Kolonialgebiet nicht nur europäische, sondern auch weltpolitische Bedeutung erhält.

3. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts fassen auch die Engländer und Franzosen in den Überseeländern Fuß, um sich Kolonien und Anteil am Handel zu sichern. Überall freilich beggenn sie niederländischer Überlegenheit. Gegen die größere Kapitalkraft und mehrfach stärkere Flotte kommen sie nur schwer und allmählich auf.

Englische
Handelskolonien

Die englischen Bemühungen, im Indischen Archipel sich festzusetzen, bleiben ganz vergeblich. Auf dem indischen Festlande aber bis nach Japan hinauf legen die Engländer neben den Niederländern Faktoreien an, freilich noch ohne Befestigungen und ohne Landerwerb. Die erste befestigte Faktorei wird Madras 1639.

Während der auf Elisabeths Regierungszeit folgenden inneren Kämpfe in England kann der englische Staat Überseeunternehmungen gegen die Eingeborenen und die europäischen Wettbewerber nicht schützen. Erst Cromwell nimmt die Bestrebungen Elisabeths wieder auf. Er erkennt die für Englands Zukunft entscheidende Aufgabe, gegen die Niederländer die Herrschaft auf dem Meere zu erkämpfen. Die Navigationsakte 1651 richtet sich in erster Linie gegen die Niederländer (s. v.). Englische Stützpunkte für die späteren Erwerbungen in Vorderindien werden Bombay (1661) und Sugli (1656) in Bengalen.

Schon vorher ist es England gelungen, im spanischen Kolonialgebiet Geltung zu gewinnen, besonders in Westindien. In stetem Kleinkrieg mit den Spaniern gründen sie auf Barbados (1605; wichtig wegen seiner vorgeschobenen Lage), auf Santa Lucia, St. Christoph, Santa Cruz, Nevis, Antigua, auf den Bermudas (1612), Jamaica (1655), in Guyana Kolonien. Sie betreiben Schmuggel, Negerhandel und legen Zuckerrohrkulturen an.

Englische
Siedlungskolonien

Infolge der politischen Unruhen in der Heimat gehen auch englische Siedler in die Kolonien. Sie sichern die englischen Erwerbungen und geben ihnen bald einen Vorsprung vor den Niederländern. Darauf beruht die englische Überlegenheit vor allem in Nordamerika. In der Mitte des 17. Jahrhunderts rechnet man in Virginien mit 15 000 Siedlern, in Neuengland mit 30 000 weißen Siedlern.

An der Westküste entstehen im 17. Jahrhundert Virginia (1607), Massachusetts (1620: Puritanergründung, unduldsam gegen Andersgläubige), Connecticut (1634 von Massachusetts aus besiedelt), Newyork 1664 den Niederländern abgenommen, Maryland 1632 als katholische Kolonie, Rhode-Island 1636 mit völliger religiöser Duldsamkeit, Pennsylvania 1681 (Quäker William Penn, Hauptstadt Philadelphia), Karolina 1663.

Diese Siedlungskolonien sind die breiten Grundlagen des ersten großen englischen Kolonialreiches in Nordamerika.

Frankreichs günstige Zwischenlage mit zweifacher Meeresfront regt zu kolonialer und maritimer Betätigung an. Die Schaffung von Handels- und Siedlungsmöglichkeiten jenseits des Ozeans tritt neben die Bemühungen um territoriale Ausdehnung auf dem Festlande. Schon in die Zeit vor Richelieu fällt die Gründung von Quebec (1608). Man betreibt Fischerei und Pelzhandel in den nördlichen Gebieten Amerikas. Die Erweiterung des Kolonialbesitzes nach Süden vom St. Lorenzstrom über das canadische Seengebiet bis zur Mississippiimündung umfaßt vom Hinterlande her die englischen Küstentolonien, erfolgt aber erst, als die kolonialen Bestrebungen seit Colberts merkantilistischer Wirtschaftspolitik unter Ludwigs XIV. persönlicher Mitwirkung neuen Schwung bekommen. (1664 Neugründung der „Westindischen“ und „Ostindischen“ Gesellschaft, 1682 Erkundung des Mississippi).

Frankreichs
Kolonialpolitik

Aber schon Richelieu hat für den Bau von Schiffen und die Gründung von Gesellschaften gesorgt (Anbau von Zucker, Tabak, ferner Schmuggel und Raperel). Damals erscheinen die Franzosen auch in Westindien (St. Christoph, wo schon Engländer ansässig, Martinique, Guadeloupe, St. Martin u. a., San Domingo), in Südamerika 1626 in Guyana. Ihre Niederlassung in St. Louis am Senegal beteiligt sie am afrikanischen Negerhandel. In dieser Zeit steht Frankreich in der atlantischen Welt nicht hinter England und den Niederlanden zurück.

Bemühungen der ersten ostindischen Kompagnie (1601) haben keine Erfolge. 1643 wird die Insel Bourbon als Stützpunkt für ostindische Fahrten besetzt, 1674 Pondichery und Tschandanager in Bengalen. Es sind hier also nur geringe Anfänge, aber auch die Niederländer haben keinen Festlandbesitz, England nur Madras und Bombay. Für die französischen Kolonien kann das Mutterland nur wenig Siedler abgeben, die Kämpfe konfessioneller Unduldsamkeit finden in den Kolonien ihre Fortsetzung. Die politische und religiöse Freiheit der englischen Siedlungen fehlt hier ebenso wie die Zusammenarbeit von Händlern und Beamten, Bauern und Offizieren in den englischen Besitzungen. Weitere Entwicklung und Ausbau wäre möglich gewesen. Wenn die aussichtsvollen Anfänge vernichtet werden, so hat das die Überspannung der Kräfte im Heimatlande durch die zuweit getriebenen Eroberungskriege verschuldet.

4. Für Frankreich bringt die Verbreitung der Reformation schwere innere Kämpfe, die durch das Eingreifen Philipps II. für die Katholiken und Elisabeths von England für die Hugenotten europäische Bedeutung gewinnen. Erst Heinrich IV. beendet die Religionskriege 1598 durch das Edikt von Nantes, das den Hugenotten Glaubensfreiheit, politische Gleichberechtigung und einige Sicherheitsplätze gewährt. Die Wiederherstellung der Ruhe im Innern, die Wahrung der Einheit Frankreichs fördert den weiteren Ausbau seiner Machtstellung in Europa, die Erstarkung

Beendigung
der Religionskriege
1598

der monarchischen Gewalt zur absoluten Herrschaft und den glänzenden wirtschaftlichen Aufstieg. (Ordnung der Finanzen, Fürsorge für Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Seidenindustrie.)

Frankreichs
außenpolitischer
Dualismus

Die doppelte Zielsetzung einer kolonialen Ausbreitung (Canada) und eines umfassenden Angriffs auf die Habsburger in Spanien und Österreich beginnt schon unter Heinrich IV., führt jedoch in ihrer Überspannung unter Ludwig XIV. zum Zusammenbruch französischer Vormachtstellung. Aber die nächsten Jahrzehnte nach Heinrichs IV. Ermordung (1610) bringen Frankreich unter der zielbewußten Leitung der Minister Richelieu (1624—42) und Mazarin (1642—61) auf die Höhe seiner europäischen Machtstellung.

Der absolutistische
Einheitsstaat

Die Grundlage dafür bietet die Vollendung der absolutistischen Herrschaft im Innern. Richelieu nimmt den Hugentotten die Sicherheitsplätze und ihre Sonderstellung im Staate. Ludwig XIV. stellt die religiöse Einheit vollends wieder her, indem er 1685 das Edikt von Nantes aufhebt. Der Hochadel muß sich nach heftigem Kampfe fügen, das Parlament und der Klerus seinen Widerstand aufgeben. Königliche Beamte überwachen die adligen Provinzialgouverneure.

In seiner auswärtigen Politik nimmt Richelieu den Kampf gegen die Habsburger wieder auf. Frankreichs Ziel ist die Rheingrenze. Mit seinen Erwerbungen im Elsaß durch den Westfälischen Frieden tut es den ersten Schritt bis unmittelbar an den Rhein heran und bekommt in Breisach und Philippsburg Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer. Mazarin greift Spaniens Vormachtstellung von neuem an, und im Bunde mit Oliver Cromwell von England beseitigt er sie für immer. Im Pyrenäenfrieden 1659 tritt Spanien die Grafschaft Roussillon an Frankreich ab. Die Pyrenäen bilden seitdem die Südgrenze Frankreichs. Von dem Gebiet der spanischen Niederlande erhält Frankreich die Grafschaft Artois und damit den „nördlichen Ecksteiner“ seiner Rheinstellung. Spaniens europäische Vorherrschaft ist gebrochen, Frankreich an seine Stelle getreten.

Frankreich, die
Vormacht Europas

Die Rheinische Allianz (1650) als Vorläufer des Napoleonischen Rheinbundes sollte Frankreichs Stellung am Rhein sichern, die übertriebenen Ansprüche des Hauses Habsburg abwehren, überhaupt die Wiedererstehung eines starken deutschen Kaisertums verhindern. Den schon früher unter diesem Gesichtspunkte verbündeten erzbischöflichen Kurfürsten von Köln, Mainz, Trier treten Münster, Pfalz-Neuburg, Bremen, Verden, Hessen-Kassel und Braunschweig bei.

Als Flottenstützpunkte baut Staatsminister Colbert, der Nachfolger Mazarins, die Häfen von Rochefort und Brest aus. Die Lage an zwei Meeren erscheint ihm wie geschaffen für die Aufrichtung eines weltbeherrschenden See Staates. (Über die Erfolge seiner Kolonialpolitik vgl. den vorigen Abschnitt.) Zugleich stellt er den ganzen Staatshaushalt und die Volkswirtschaft Frankreichs auf neue Grundlagen nach Maßgabe des Merkantilsystems.

Ludwigs XIV.
Festlandpolitik

Ludwig XIV. übernimmt 1662 persönlich die Führung der Regierung; seitdem treten die Überseeinteressen hinter seiner kontinentalen

Politik, hinter seinem unersättlichen Landhunger zurück. Paris scheint ihm zu dicht an der Nordgrenze Frankreichs zu liegen. Gebietserweiterungen im Norden und im Osten sollen die Hauptstadt in eine zentrale Lage im Herzen Frankreichs bringen. Die Verwirklichung privatrechtlicher Ansprüche auf die spanischen Niederlande bringt 1668 ein Bündnis der bedrohten Mächte Holland und England zustande, dem sich auch Schweden anschließt. Im Frieden von Aachen erhält Ludwig nur einige Grenzpläze in Flandern (Lille und Douai), die aber als Basis für neue Angriffe wertvoll sein können.

Bald erscheint England aber wieder als Bundesgenosse Frankreichs. Der katholische Karl II. sucht Rückhalt an Ludwig XIV. Er bekommt von Ludwig ansehnliche Geldmittel, um sich von dem englischen Parlament unabhängig zu halten. Der Kriegserklärung Englands an die Niederlande 1672 schließt sich Ludwig XIV. an. In gemeinsamem Angriff wird Holland von zwei Seiten gepackt. Es gerät in große Not. Wilhelm III. von Oranien durchsticht die Deiche an der Küste, um den Franzosen den Vormarsch nach Rotterdam und Amsterdam zu verwehren. Nur Brandenburg leistet Holland Hilfe, muß aber bei der unentschlossenen Haltung Kaiser Leopolds 1673 den Frieden von Vösem schließen.

Französisch-engl.
Angriff auf Holland

Da veranlaßt die von dem englischen Parlament erzwungene Aufgabe des englisch-französischen Bündnisses einen Umschlag der europäischen Staatenpolitik. England und, vom Reiche gezwungen, auch Köln und Münster ziehen sich von Frankreich zurück. Brandenburg, Spanien, der Kaiser und das Reich, später auch Dänemark schließen ein Bündnis und greifen zum Schutze Hollands ein. Von allen Seiten sieht sich Ludwig XIV. von Feinden umgeben. Nur die Schweden vermag er zur Hilfeleistung zu gewinnen und die Ungarn zu einem Aufstande anzustiften. Die Schweden fallen in Brandenburg ein und dringen von Livland aus nach Ostpreußen vor. Ludwig muß von Holland ablassen. Unter Ausnutzung des Vorteiles der inneren Linien stößt er gegen die spanischen Niederlande, gegen die rechtsrheinischen Gebiete am Oberrhein und die Franche-Comté vor. Dabei verfolgt er angesichts der großen Segnerschaft in den folgenden Jahren die Methode des Kräfteparens. Er hält nur diejenigen Gebiete fest, die er bei Friedensschluß nicht herausgeben will. Der Zeitgewinn läßt auch den Widerstreit der Sonderinteressen auf seiten der Koalition sich auswirken. Bei dieser Ermattungsstrategie fällt die wichtigste Entscheidung der Diplomatie zu. Die Holländer sind kriegsmüde. Ihr großer Seeheld de Ruyter hat gegen die französische Flotte keine Erfolge erringen können. Die Besorgnis der Engländer vor einer über Dünkirchen hinausgehenden französischen Festsetzung an der flandrischen Küste weiß Ludwig zu beruhigen, indem er seine militärischen Operationen hauptsächlich am Oberrhein und in den westlichen Grenzgebieten des Deutschen Reiches betreibt. In Spanien lehnt die unbeliebte Regentschaft Don Juans jegliche stärkere Kraftentfaltung ab. So kommt es zum Frieden von Nymwegen, in dem Spanien an Frankreich die Franche-Comté abtritt und eine Reihe von Grenzplätzen in den

Europäische
Koalition
gegen Ludwig XIV.

Frankreich behauptet
seine Vorherrschaft

Niederlanden (St. Omer, Valenciennes, Maubeuge, Charlemont, Bouillon).

Frankreich hat seine Vormachtstellung auf dem Festlande begründet. Sie wäre freilich erst mit der Beherrschung der großen Flußmündungen der Schelde, Maas und des Rheins, ganz vollendet gewesen. Auf die Erreichung dieses letzten Zieles hat Ludwig verzichten müssen.

X. 1. Der Große Kurfürst und der brandenburgische Gesamtstaat.

2. Die Kolonialbestrebungen des Großen Kurfürsten in Afrika.

Die Grundlegung
des
brandenb.-preuß.
Einheitsstaates

Der Große Kurfürst

1. In derselben Zeit, wo der Absolutismus in Frankreich unter Ludwig XIV. seinen Höhepunkt erreichte, hat der Große Kurfürst in Brandenburg auf dem Wege über das absolutistische Regiment den brandenburgisch-preußischen Einheitsstaat geschaffen. Bis dahin bestand sein Staat aus vielen einzelnen Teilen, die von Memel bis zum Rhein über Norddeutschland sich verteilten. Jedes dieser Gebiete hatte seine besondere Verfassung und Verwaltung, in jedem hatten die Stände Anteil an der Verwaltung und insbesondere das Recht der Steuerbewilligung. Es galt, diese Teile zu einer Einheit zusammenzuschweißen und den Widerstand der Stände zu unterdrücken. Das ließ sich nur mit rücksichtsloser Gewalt durchführen. Zu diesem Zwecke schuf sich der Große Kurfürst ein stehendes Heer, das er in Bewaffnung und Ausbildung nach französischem Muster organisierte. Er vermehrt das Heer im Laufe der Zeit von 8000 auf 30 000 Mann. Von der Steuerbewilligung der Stände macht er sich frei, indem er die Akzise einführt, die als Verbrauchssteuer auf Bodenerzeugnisse und Fabrikate mit dem steigenden Wohlstande des Landes ihm auch erhöhte Mittel einbringt. Daneben besteht die Grundsteuer, die auf dem ländlichen Grundbesitz der Bauern lastet. An Stelle der städtischen Selbstverwaltung in den einzelnen Gebieten setzt er die staatliche Verwaltung und wird so Begründer des fürstlichen Beamtentums.

Brandenburgs
europäische Politik

Von dieser Grundlage aus erhebt er Brandenburg zu einer Macht, mit der er in die politischen Verwicklungen Europas eingreifen und die Grundlage für Friedrichs des Großen Großmachtspolitik legen kann. Durch seine Beteiligung am 30jährigen Kriege gewinnt er Hinterpommern, die Bistümer Kammin, Halberstadt, Minden und das Erzbistum Magdeburg. Er bahnt damit eine territoriale Verbindung mit Preußen im Osten und den rheinischen Besitzungen im Westen an und sichert sich wichtige strategische Straßen, die für die Beherrschung Norddeutschlands entscheidende Bedeutung haben. Sein Eingreifen in den schwedisch-polnischen Erbfolgekrieg bringt ihm im Frieden zu Oliva 1660 dank seines geschickten diplomatischen Spiels die Souveränität Preußens. Die Unabhängigkeit Preußens gibt Friedrich I. später die Handhabe, das Herzogtum Preußen zum Königreich zu erheben.

In der Zeit der Raubkriege Ludwigs XIV. steht Kurfürst Friedrich Wilhelm auf der Seite des Kaisers und der deutschen

Sache. Als Frankreich ihm die Schweden in den Rücken schießt, erweist er seine ganze Überlegenheit. Er schlägt die Schweden vernichtend in der zweistündigen Schlacht bei Fehrbellin, befreit sein Land von ihnen, erobert ganz Vorpommern und treibt sie auch in unaufhaltbarem Vordringen über das Kurische Haff, über Ostpreußen hinaus. Der Friede von St. Germain 1679 bringt ihn freilich um den Erfolg seiner Eroberungen. Da seine Verbündeten sich ohne ihn mit Ludwig XIV. 1678 geeinigt haben, muß er alle Eroberungen herausgeben, bis auf einen kleinen, schmalen Landstreifen auf der rechten Oderseite.

Den Argwohn Habsburgs gegen eine allzu mächtige Machterweiterung Brandenburgs bekommt er auch zu fühlen, als das Piastengeschlecht von Liegnitz, Brieg und Wohlau ausstirbt, mit dem die Hohenzollern 1537 den Grimnitzer Erbvertrag geschlossen hatten. Denn der Kaiser zieht diese Länder als erledigte Reichslehen ein. Aus Verbitterung hierüber schließt der Große Kurfürst ein Bündnis mit Frankreich, wodurch allerdings die auf Grund der Reunionen betriebene französische Raubpolitik begünstigt wird. Die rücksichtslose Unterwerfung der Hugenotten aber und die Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 entfremden Frankreich und Brandenburg wieder, der Große Kurfürst antwortet mit dem Edikt von Potsdam und sichert den flüchtigen Hugenotten Aufnahme und Freistatt in seinem Lande zu. Der Kaiser gibt ihm als Entschädigung für seine vermeintlichen Ansprüche auf Liegnitz, Brieg und Wohlau den Kreis Schwiebus. Sein Sohn freilich verspricht ohne Wissen des Vaters, den Kreis bei seinem Regierungsantritt an den Kaiser zurückzugeben.

Das wirtschaftliche Leben in seinem Lande, das im 30jährigen Kriege und in den folgenden Kämpfen sehr gelitten hatte, sucht er auf alle Weise wieder hoch zu bringen. Mit der größten Sorge für den Ackerbau verbindet er die Förderung des Handels. Der Friedrich-Wilhelms-Kanal, der Oder mit Spree und dem Elbgebiet verbindet, bringt Berlin in den Mittelpunkt des brandenburgischen Wirtschaftsgebietes. Der Verkehr hebt sich durch die Einrichtung der reitenden Post. Auch neue Industrien (Seide, Samt, Wolle, Leder) führt der Große Kurfürst ein und sucht im Sinne des Merkantilismus die Einfuhr fremder Erzeugnisse zu erschweren, die Ausfuhr aber zu erleichtern.

Zur Hebung des geistigen Lebens in seinen Landen begründet er die Universitäten Königsberg und Frankfurt a. d. O., denen unter Friedrich Wilhelm Duisburg für den Westen zur Seite tritt.

Sein prunkfreudiger Nachfolger Friedrich III. gibt dem Staate den äußeren Glanz und durch die Erwerbung der preussischen Krone (1701) eine besondere, herausgehobene Stellung im Reiche (Titel: König in Preußen). Brandenburg ist jetzt durch die Verbindung mit dem nicht zum Reiche gehörigen Ostpreußen ein europäischer Staat, nicht mehr bloß ein Teil des Reichs. Preussische Truppen kämpfen ruhmvoll auf Seiten des Kaisers gegen die Türken. Die Teilnahme am spanischen Erbfolgekrieg, um die Anerkennung des Kaisers für die preu-

Wirtschaftsaufbau

Friedrich I.
König in Preußen
1701

Preußen als
europäischer Staat

fische Königswürde zu erhalten, entzieht Preußen dem nordischen Kriege. Erst Friedrich Wilhelm I. kann nach dem Utrechter Frieden wirksam die preußischen Interessen gegen Schweden vertreten und erhält im Frieden von Stockholm 1720 den Lohn, um den der Große Kurfürst durch Frankreichs Eingreifen betrogen war, Vorpommern bis zur P e e n e. Einige kleine Erwerbungen fallen noch in die Regierungszeit Friedrichs I.: Moers, Lingen (1702), Tecklenburg, Neuchâtel (1707).

Besondere Pflege läßt der erste preußische König allen k ü n s t l e r i s c h e n u n d w i s s e n s c h a f t l i c h e n Bestrebungen angedeihen: Gründung der Universität Halle, der Akademie der Wissenschaften, der Künste, Bau des Schlosses, des Zeughauses, Schlüters Reiterstandbild des Großen Kurfürsten in Berlin.

Friedrich Wilhelm I.

Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm I. hat die zerrütteten Finanzen des Staates wieder in Ordnung gebracht und für die Kriege Friedrichs des Großen gefüllte Kassen hinterlassen.

Flotten- und
kolonialpolitik

2. Nach Vorbild der kolonialen Bestrebungen der westeuropäischen Staaten treibt auch der Große Kurfürst See- und Kolonialpolitik. Benjamin Raule stellt ihm Schiffe mit holländischer Besatzung gegen eine vereinbarte Entschädigung zur Verfügung. Sie beteiligen sich 1675—77 am Kriege und führen 1680 einen Raperkrieg gegen Spanien, das die Subsidien schuldig geblieben ist. 1682 tritt die „Afrikanische Handelskompanie“ ins Leben, ihr Sitz ist Pillau, dann Emden. Groß-Friedrichsburg an der Guineaküste ist die erste brandenburgische Kolonie (1683); Verträge mit 14 Häuptlingen sichern Land für Ansiedlungen, die Besetzung der Insel Arguin bei Cap Blanco erweitert sie (Niederlassung auf St. Thomas hat keinen Bestand). Handelsartikel sind Gummi und Straußenfedern, besonders einträglich ist der Sklavenhandel. Gegen holländische Feindschaft und französische Raper läßt sich das Unternehmen nicht halten. König Friedrich Wilhelm verkauft die Kolonien 1721 an Holland. Es war ein „stolzer Irrtum“.

XI. Das weltpolitische Ringen zwischen England—Frankreich und Habsburg—Frankreich.

1. Die große Allianz gegen Frankreich 1688 (3. Raubkrieg 1689—1697).
2. Der spanische Erbfolgekrieg 1701—1714, englische Politik des europäischen Gleichgewichts. Zusammenbruch der französischen Vormacht.

Frankreichs
Ländergier

1. Nymwegen brachte keinen Frieden. In seinem unersättlichen Landhunger verlangt Ludwig die Abtretung aller der Gebiete, die mit seinen Erwerbungen von 1648, 1659 und 1678 im Elsaß und in den spanischen Niederlanden irgendwie einmal in Lebensverbindung gestanden haben. Die 1679 eingesehten Reunionskammern hatten das festzustellen. Ganz Elsaß bringt er auf diese Weise in französische Gewalt. Mitten im Frieden 1681 läßt Ludwig sogar Straßburg besetzen. Die Bindung Österreichs im Osten begünstigt sein Vorgehen.

Denn immer noch hatte Österreich mit der ungarischen Rebellion zu kämpfen, die Ludwig im Rücken Österreichs angezündet

hatte. Tököly, der Führer der Bewegung, schließt 1682 sogar ein förmliches Bündnis mit den Türken. 1683 hat Wien, von dem tapferen Grafen Rüdiger von Starhemberg verteidigt, eine achtwöchige Belagerung auszuhalten, bis das Entsatzheer die Stadt befreit und die Türken schlägt. Um Österreich nicht in einen Zweifrontenkrieg zu verwickeln, bestätigt der Regensburger Reichstag 1684 die bis 1681 erfolgten Reunionen auf 20 Jahre. Jedoch der Sieg bei Wien (1683) ist eine Schlappe für Frankreich.

Österreichs
Zweifrontenkrieg

Der von Österreich gefürchtete Zweifrontenkrieg kommt doch. Als die Linie Pfalz-Simmern ausstirbt, erhebt Ludwig für seine Schwägerin Liselotte von der Pfalz Erbansprüche. Der Raub Straßburgs, die willkürlichen Reunionen, das französische Bündnis mit der Türkei, die Unterdrückung der Hugenotten einigen Deutschland. Eine mächtige Koalition, die große Allianz der europäischen Staaten kommt gegen Frankreich zustande. Denn auch England nimmt seit der glorreichen Revolution die alte feindselige Haltung gegen Frankreich wieder auf. So sind verbündet: Kaiser, Reich, England, Holland, Schweden und Savoyen. Lediglich zum Schutz der französischen Grenze läßt Ludwig die Pfalz planmäßig verwüsten, er muß sie jetzt aber räumen. Er unterstützt Jacob II. in seinen Ansprüchen auf den englischen Thron gegen Wilhelm III. von Oranien. Seine Niederlage in der Seeschlacht bei La Hogue bringt den Engländern die Beherrschung des Kanals. Ludwig beschränkt sich auf die Verteidigung. Der französischen Diplomatie gelingt es, die verschiedenen Interessen der Verbündeten zu trennen. Im Frieden zu Ryswyk 1697 räumt er das rechte Rheinufer, bekommt aber die Bestätigung für seine Reunionen im Elsaß und in der südlichen Pfalz. Seitdem (1697) ist der Rhein die Grenze, er blieb sie bis 1871. Der Weltkrieg hat dann das deutsche Elsaß-Lothringen abermals gewaltsam vom Reiche losgerissen.

Die Große Allianz
gegen Frankreich

Der Rhein
Frankreichs Grenze
1697

2. Ludwig XIV. hatte sich zu dem Frieden zu Ryswyk bereit finden lassen, weil die Entscheidung, wer den spanischen Thron erben sollte, unmittelbar bevorstand. Karl II., der letzte, aber kinderlose Habsburger auf dem spanischen Thron, starb 1700. Als Anwärter auf die Nachfolge erheben Ansprüche: Ludwig XIV. für seinen zweiten Enkel Philipp von Anjou, dessen Gemahlin die älteste Tochter Philipps IV., war, und ferner der deutsche Kaiser Leopold I. für seinen zweiten Sohn Karl. Die Parteien verabreden Teilung des Erbes. Karl II. jedoch hatte kurz vor seinem Tode Ludwigs Enkel als alleinigen Erben eingesetzt. Österreich aber kann diese gewaltige Machterweiterung des Bourbonenhauses nicht zugeben. So kommt es zum spanischen Erbfolgekrieg (1701—1714). Auf Frankreichs Seite stehen nur der Kurfürst von Bayern, der auf die spanischen Niederlande hofft, sein Bruder, der Erzbischof von Köln, außerdem Braunschweig-Wolfenbüttel. Gegen Frankreich sind verbündet: der Kaiser, Hannover, Brandenburg-Preußen, England, Holland, Savoyen und Dänemark: die „Große Allianz“. England kann die Scheldemündung und die Nordseeküste nicht französisch werden lassen und kämpft gegen die Vormachtstellung Frankreichs. England will ein „europäisches Gleichgewicht“ her-

Spanischer Erbfolgekrieg
1701/14

Das „europäische Gleichgewicht“

stellen. In Europa sollen sich zwei Mächtegruppierungen mit ungefähr gleich starken Kräften die Waage halten. Sobald dieses Gleichgewicht irgendeine Störung erfährt, ist England bereit, auf die Seite des Schwächeren zu treten und von neuem dieses Gleichgewicht herzustellen. England selbst will seine Kräfte auf diese Weise frei verfügbar haben, um ungestört durch europäische Verwicklungen der Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne nachzugehen.

Der Krieg verteilt sich auf vier Schauplätze. Man kämpft in Spanien, in den Niederlanden, in Italien und in Süddeutschland. Prinz Eugens Feldherrnkunst vor allem erweist sich den Franzosen auf allen Schauplätzen überlegen. Aber als Ludwig schon zum Frieden geneigt ist und auf das spanische Erbe Verzicht leisten will, spannen die Verbündeten ihre Forderungen so hoch, daß Ludwig nicht darauf eingehen kann; der Krieg geht weiter. Der Sturz der englischen Kriegspartei (des Whigministeriums) durch die Tories und der Tod Josephs I. 1711 schafft eine neue, Ludwig befreiende Lage. Denn Karl VI., der Nachfolger Josephs I., war der letzte Erbe der österreichischen Habsburger, dem außer der Kaiserkrone auch das ganze spanische Erbe zugefallen wäre. Er hätte das Weltreich Karls V. wieder in seiner Hand vereinigt. Damit wäre aber das europäische Gleichgewicht völlig gestört und seine Macht bedrohlicher für Europa geworden, als die Verbindung von Frankreich und Spanien. Darum vermittelt England den Frieden zu Utrecht 1713. Der Bourbonne Philipp V. bekommt Spanien mit den Kolonien. Doch soll Spanien nie mit Frankreich in einer Hand vereinigt werden. — England behält das 1704 besetzte Gibraltar, das den Zugang vom Atlantischen Ozean zum Mittelmeer beherrscht. In den Kolonien tritt Frankreich an England ab: Neufundland, Neu-Schottland und die Hudsonbailänder. — Holland bekommt das Besatzungsrecht in den Grenzstädten an der belgisch-französischen Grenze. Savoyen wird Königreich und gewinnt dazu Sizilien. Preußen erhält Geldern, Österreich die europäischen Nebenländer Spaniens: Niederlande, Mailand, Neapel. Nur das Reich geht leer aus. Aber Frankreichs Vormachtstellung in Europa ist erschüttert.

Erschütterung der französischen Vormachtstellung

XII. Machtverschiebung im nordöstlichen Europa.

1. Der nordische Krieg 1700–1721.

Zusammenbruch der schwedischen Ostseeherrschaft

In derselben Zeit, wo Frankreich in dem Kampf um seine Weltmachtstellung erliegt und sich mit einer Vormacht auf dem europäischen Festland begnügen muß, bricht im Osten die mit ihm verbündete schwedische Ostseeherrschaft zusammen. Rußland tritt als neue Großmacht in die europäische Staatenwelt ein.

Rußland war seit 1617 durch Schweden ganz von der Ostsee abgedrängt. Schwedens Versuch im schwedisch-polnischen Krieg, eine Verbindung an der Ostseeküste zwischen seinem vorpommerschen und livländischen Besitz herzustellen, war freilich gescheitert, aber sein derzeitiger

Bestand war im Frieden von Oliva 1660 gerettet, und auch im Frieden von St. Germain büßte Schweden trotz der Niederlagen gegen den Großen Kurfürsten nur ein kleines Stück am Oderufer ein. Karls X. Sohn und Nachfolger, Karl XI. (bis 1697), setzt gegen den schwedischen Adel das absolute Regiment des Königtums durch, wie es im benachbarten Dänemark schon seit 1655 bestand. Auch in Rußland wird zur gleichen Zeit durch Peter den Großen (1689—1725) der Einfluß der Kirche und des Zar Peter der Große Absolutismus vollendet, zugleich der Cäsaropapismus begründet. Ganz im Sinne der absolutistisch regierten Staaten Westeuropas verfolgt Peter eine großzügige merkantilistische Handels- und Wirtschaftspolitik und sucht Anschluß an die Welthandelsstraßen durch territoriale Ausdehnung der russischen Herrschaft bis an die Küsten der Ostsee und des Schwarzen Meeres.

Als der 15jährige Karl XII. auf den schwedischen Thron kommt, schließt Peter zur Verdrängung der Schweden aus den Ostseeprovinzen einen Bund mit ihren alten Gegnern Dänemark und Polen. Da gleichzeitig der spanische Erbfolgekrieg tobt, steht ganz Europa in Waffen gegeneinander. Von den deutschen Territorialstaaten hat auch Friedrich I. von Preußen Truppen für den Kaiser ins Feld gestellt und beteiligt sich daran nicht am nordischen Kriege. Der Kurfürst August II., der Starke, von Sachsen ist als König von Polen der Bundesgenosse Rußlands. Erst seit dem Utrechter Frieden tritt außer Hannover auch Preußen in den Krieg gegen die Schweden ein, um sie endlich aus Pommern zu vertreiben. Nach anfänglichen Siegen Karls XII. über Dänemark, über Peter bei Narwa und August den Starken (Verzicht auf die polnische Krone im Frieden zu Altranstädt), wendet sich das Glück, als er in die Ukraine einfällt, um die Kosaken zu gewinnen. Mit der entscheidenden Niederlage bei Poltawa 1709 bricht die schwedische Großmacht zusammen. Karl flieht zu den Türken und bestimmt sie, vorübergehend in den Krieg gegen Rußland mit einzutreten. Peter erkaufte den Frieden mit ihnen durch Abtretung von Now und erobert nun Livland und Estland (Gründung von St. Petersburg). In der Kapitulation von Riga verspricht Peter, den Deutschen die evangelische Religion und deutsche Sprache, Verwaltung und Rechtspflege durch Einheimische und nach deutschem Recht für ewige Zeiten zu gewährleisten. Das Land wird aber von Riga bis Rewal gründlich verwüstet. August II. kehrt nach Polen zurück. Den Verbündeten fällt auch Vorpommern in die Hände, die Preußen erobern Stralsund und Rügen. Karl kann nach abenteuerlichem Zuge von der Türkei her nichts mehr retten und kehrt nach Schweden zurück, um noch vor Abschluß eines Friedens die Dänen in Norwegen anzugreifen; vor Frederikshall fällt er.

Preußen erhält im Frieden von Stockholm: Vorpommern bis zur Peene mit Stettin, Usedom und Wollin, an Hannover fallen Bremen und Verden. Rußland bringt der Friede von Nystadt die Ostseeländer von der Grenze Finnlands am Finnischen Meerbusen bis zur unteren Düna: Ingermanland mit Karelien, Estland und Livland.

Preußens Erfolge

Rußland
neue Großmacht

Befreiung
der deutschen
Flußmündungen

Sein Aufstieg zur Großmacht ist der Anfang der englisch-russischen Gegnerschaft. Schweden aber ist zu einem Kleinstaat herabgesunken. Mit der Zurückdrängung der Schweden sind die Weser-, Elbe- und Odermündung wieder freigeworden.

XIII. Europa um 1740.

Frankreichs europäische Vormachtstellung.

Frankreich hat im Utrechter Frieden die Überlegenheit Englands zur See und in den Überseeeländern anerkennen müssen, aber seine festländische Vormachtstellung ist unerschütterlich. Die Bourbonen tragen die französische Krone, Bourbonen sind auch auf den spanischen Thron gekommen. Das zielbewußte Vordringen Frankreichs zum Rhein, als dem Zentralbecken Europas, gefährdet das auf dem Boden Mitteleuropas stehende Deutsche Reich. Freilich die wirtschaftlichen Kräfte des französischen Landes sind durch die ewigen Kriege Ludwigs XIV. völlig erschöpft. Lothringen, längst von französischen Erwerbungen eingeschlossen, fällt Frankreich zu. Denn als Stanislaus Leszcynski, der Schwiegervater Ludwigs XV., im polnischen Erbfolgekrieg gegen August II. unterliegt, erhält er im Frieden zu Wien 1738 Lothringen, das nach seinem Tode 1766 ganz in Frankreich aufgeht.

England beherrscht die Meere als erste See- und Kolonialmacht, auf dem Festlande sucht es ein Gleichgewicht der Mächte zu erhalten, wobei es die eigenen Interessen am besten vertreten und fördern kann.

Das Deutsche Reich als solches ist ohnmächtig. Fremde Mächte haben noch Reichsständchaft: England für Hannover, Schweden für Vorpommern und Rügen, Dänemark für Holstein. Deutsche Fürsten besitzen zugleich auswärtige Gebiete: Sachsen hat Polen, Österreich die Niederlande und Ungarn, Brandenburg Preußen.

Österreich-Ungarn ist Großmacht geworden, hat siegreich die Türkengefahr abgewendet und nimmt durch den Umfang seiner Besitzungen (vgl. S. 33) nicht nur in Deutschland, sondern in Mitteleuropa die erste Stelle ein. Als Träger der Kaiserkrone hält Habsburg wenigstens äußerlich das Reich noch zusammen.

Um die spanische Anerkennung der Pragmatischen Sanktion (Nachfolge Maria Theresias in Österreich) zu erhalten, überläßt Österreich gegen Parma und Piacenza das Königreich beider Sizilien an eine spanische Nebenlinie. Herzog Franz von Lothringen bekommt als Entschädigung für Lothringen das Großherzogtum Toskana, das durch seine Vermählung mit Maria Theresia den habsburgischen Besitz vermehrt.

In Osteuropa ist Rußland in die Reihe der Großmächte eingetreten und hat Polen und Schweden in ihrer Bedeutung als Abwehrstaaten russischen Eroberungsdranges überrannt. Die russische Macht gebietet jetzt in der Ostsee. Die Ziele russischer Politik gehen aber weiter, gefährden die Nachbarstaaten und können die Machtgruppierung Europas entscheidend beeinflussen.

XIV. Die Entwicklung zum russischen Staate.

1. Die warägische (normannische) Periode.
2. Die tatarische Eroberung Anfang des 13. Jahrhunderts. Kampf der Steppenvölker gegen die Waldbewohner.
3. Die Staatserneuerung durch die Kuriks von Moskau (Entwicklung bis 1689).
4. Erhebung des russischen Wald- und Steppenstaates zur europäischen Großmacht 1689—1796.

Rußland bildet den Übergang von Europa nach Asien. Das flache Tafelland mit seiner riesigen Ausdehnung steht nach Charakter und geologischem Aufbau im Gegensatz zum europäischen Schollen- und Faltengebirgsland, hängt dagegen eng mit dem nordasiatisch-sibirischen Tafelland zusammen.

Geopolitische
Grundlagen des
russischen Staates

Man unterscheidet vier von Südwesten in nordöstlicher Richtung verlaufende Vegetations- und Kulturgürtel: die Salzsteppe im Süden, die nördlich sich anschließende Park- und Wiesensteppe (Schwarz-erdgebiet), weiter die Waldregion, endlich die Polarsteppe (Tundra). Ihr Einfluß ist in der geschichtlichen Entwicklung deutlich erkennbar. Waldbewohner und Steppenvölker machen sich fortwährend die Herrschaft streitig. Waldbewohner sind im Westen Slawen, im Osten Finnen und später Großrussen. Die Steppe öffnet sich immer neuen Vorstößen asiatisch-mongolischer Stämme.

Die erste staatliche Entwicklung geht auf die von Norden her eingewanderten skandinavisch-germanischen Waräger zurück, die im mittleren Dnjeprtal unter den slawischen Stämmen ihre Herrschaft aufrichten mit Kiew als Mittelpunkt. Die von Konstantinopel her begründete griechisch-katholische Kirche trennt seitdem den griechisch-katholischen Osten von dem römisch-katholischen Westen. Der Kiewer Staat hat im 11./12. Jahrhundert seine größte Ausdehnung. Infolge innerer Wirren und Auflösung geht die Führung an das Moskauer Fürstentum über; aus westrussischen Kolonisten und einheimischen Finnen bildet sich hier das großrussische Volkstum. Schon der Warägerstaat hat gegen die Steppenvölker des Südens (Chasaren und Petschenegen) dauernd zu kämpfen und büßt schließlich seinen Bestand ein, weil es ihm nicht gelingt, sich auch zum Herrn der Steppe zu machen. Denn nun überslutet im 13. Jahrhundert (um 1220) ein neues asiatisches Eroberervolk das Steppenland, erobert Kiew und auch Moskau selbst.

völkische, kulturelle
und politische
Grundlagen

Erst viel später haben die Waldbewohner sich freimachen und schließlich die Steppe unterwerfen können.

Mehrere Jahrhunderte hat Rußland unter der Herrschaft des Mongolenvolkes der Tataren gestanden, die hier ein großes despotisch regiertes Reich aufrichteten. Sie haben Rußland das stark asiatische Gepräge gegeben, das auch heute überwiegt. Und wenn „der Großrusse nicht entfernt das Maß von Bodenständigkeit wie der Mittel- und Westeuropäer besitzt“ (Vogel), so mag das ebenso auf die lange tatarische Einwirkung zurückzuführen sein, wie der gewaltige Ausbreitungsdrang der Russen, das großräumige Empfinden, wie es dem über weiteste

Rußland
unter mongolischer
Herrschaft

Russischer
Ausdehnungstrieb

Gebiete herrschenden Nomaden- und Steppenvolk in gleicher Weise eigen war. Dieser mächtige Ausdehnungstrieb konnte sich in dem osteuropäisch-sibirischen Tiefland ungehindert entfalten im ungestümen Vordringen bis zum Stillen Ozean im Osten, bis zu den Hochgebirgen Zentralasiens, dem Kaspischen und Schwarzen Meer im Süden.

In Pamir und in Transkaukasien hat Rußland sogar die hemmenden Gebirgsschranken überschritten, ebenso im Westen den warägischen Grenzsaum. Es hat sich mit der Eroberung der baltischen Ostseeprovinzen, Polens, Litauens und Besarabiens weit nach Mitteleuropa vorgeschoben. Der Osten Europas, der während des ganzen Mittelalters abseits der übrigen europäischen Entwicklung gestanden hatte, ist nunmehr dazu berufen, auch an dem Schicksal Europas bestimmend mitzuwirken. Das rastlose Vordringen gewinnt für den russischen Lebensraum Gebiete, die durch Klima, Bodenschätze (Erdöl, Mineralien), Fruchtbarkeit und Waldreichtum seine wirtschaftliche Kraft stärken, mit der gewonnenen Meeresküste seinen Handel beleben und ihm dadurch besonderen Anreiz verleihen. Aber zu stark hat das zaristische Rußland sich von diesen Zielen leiten lassen und nicht zugleich festigend und kulturaufbauend die innere Entwicklung und Organisation dem Aufmaß der territorialen Ausdehnung angepaßt.

Russische
Staatserneuerung

Nachdem Iwan III. (1462—1505) sich von der tatarischen Abhängigkeit frei gemacht und das ganze Waldland bis zur Weipuslinie und der Landenge zwischen Düna und Dnjepr und bis zur Seim-Desna im Süden seinem Reiche eingegliedert hat, beginnt mit Iwan dem Schrecklichen (1534—1584) der Kampf um die südliche Steppe und der Vorstoß über den Ural nach Sibirien. Die Übernahme westeuropäischer Kampfesweise, die Einrichtung des stehenden Heeres der Strelitzen kommt ihm dabei zugute. Er unterwirft die Chanate von Kasan und Astrachan (das Chanat der Krim bleibt noch unter türkischer Oberhoheit) und erobert Sibirien (Irtysch 1581). In den folgenden fünfzig Jahren wird ganz Sibirien russisch. Die sibirischen Jägervölker leisten nur geringen Widerstand.

Sinnenstaat

Dagegen hat Iwan kein Glück an der russischen West- und Nordgrenze. Hier geht es im Kampf gegen Polen-Litauen um den Besitz des Dnjeprlandes, im Nordwesten um die Länder an der Ostseeküste, das Gebiet des Deutschen Ordens, das 1561 mit Estland an Schweden, mit Kurland und Livland an Polen übergeht (auch Karelän und Ingermanland fallen 1617 an Schweden). Von Archangelst knüpft er Handelsbeziehungen und Freundschaft mit England an, das seitdem bis ins 19. Jahrhundert hin zu Rußland hält. Noch ist Rußland aber bei der lang anhaltenden Vereisung des Nördlichen Eismeeres ein Binnenstaat, ohne Ostsee und Schwarzes Meer zu berühren. Freilich auch von der Ostsee und dem Schwarzen Meer aus ist das offene Weltmeer nur durch schmale Fahrstraßen zu erreichen, die im Besitz fremder Mächte mit leichter Mühe gesperrt werden können. Das war und bleibt für Rußland eine unglückliche geopolitische Hemmung.

Immerhin ist es das nächste Ziel russischer Politik, das Meer im Norden und Süden zu erreichen. Nachdem Alexis, der zweite Zar aus dem seit 1613 regierenden Hause Romanow, den von allen Seiten bedrängten Polen (1655—60 schwedisch-polnischer Krieg) Smolensk, Kiew und Tschernigow im Dnjeprgebiet abgenommen hat, erhebt Peter der Große Rußland zu einer europäischen Großmacht. Im nordischen Kriege (1700/21) gewinnt er mit Karelien, Ingermanland, Estland und Livland die nördliche Verbindung seines Staatsgebietes mit dem Meere und so auch mit dem Westen Europas, dessen Kultur er seinem Lande zuführen will. (Ansiedlung holländischer Bauern, Einführung von Kulturpflanzen [Hanf, Flachs], Schafzucht, Industrie und Bergbau, Aufnahme europäischer Literatur, Kunst und Staatsverwaltung.)

Drang zum Meere

Europäisierung
Rußlands

Die asiatische Despotie Iwans des Schrecklichen, der als Nachfolger des griechischen Kaisers nach dem Untergang Ostroms (1453) zuerst den Kaisertitel annahm, übt auch Peter der Große in unumschränktem Sinne. Der Bau Petersburgs ist ein Ausdruck seiner Macht und seiner westeuropäisch eingestellten Politik. Ihre Fortführung und Vollendung findet sie unter Katharina II. (1762—96). Die Erweiterungen der Reichsgrenzen bis an die Nordküste des Schwarzen Meeres vom Dnjepr bis zum Kaukasus, die Erwerbungen aus den drei polnischen Teilungen bedeuten die Verwandlung Rußlands aus einem rein kontinentalen Wald- und Steppenstaat in eine europäische Großmacht (vgl. Vogel), deren Flügelstellung im Norden durch die Eroberung Finnlands (1809) und Beharabiens im Süden (1812 unter Alexander I.) ausgerichtet wurde.

Großmachtstellung
in Europa

Nur die Europäisierung Rußlands konnte diese Erfolge zeitigen. Europäische, besonders deutsche Beamte und Offiziere sind die tätigen Mitarbeiter am Staatsbau, die führenden Kräfte, während die Massen des Volkes, jahrhundertlang eingeschüchtert und geknechtet durch die tatarische Knute, nur willenlos mit verhaltenem Groll zu gehorchen gelernt haben und in Stumpfheit alles über sich ergehen lassen. Sie konnten niemals die führende Schicht tätiger Helfer im Staatsleben hergeben. Die Bedeutung Rußlands für die europäische Politik kennzeichnet seine Teilnahme am Siebenjährigen Krieg, an den polnischen Teilungen, an den Koalitionskriegen und den Napoleonischen Kämpfen. Nach der Vernichtung der Napoleonischen Macht hat es für Jahrzehnte infolge der Schwäche Preußens und seines Gegensehens zu Österreich sogar die Führung in der Heiligen Allianz.

XV. Preußen — europäische Großmacht. England — Weltmacht.

1. Der erste schlesische Krieg 1740—1742 und der österreichische Erbfolgekrieg 1740—1748.
2. Der zweite schlesische Krieg 1744—1745.
3. und 4. Die weltpolitische Entscheidung zwischen England und Frankreich in den Kolonien 1754—1763.

1. Der Feudalismus des Mittelalters ist in Frankreich vollständig überwunden durch den absolutistisch regierten Einheitsstaat. Die Entwicklung führt in England zum parlamentarischen

Verschiebung
des politischen
Schwergewichts von
Mittel- nach West-
europa

Ständestaat und in Deutschland zum dezentralisierten Ständestaat. Das Deutsche Reich zerfiel in lauter Einzelstaaten, es löste sich in die territorialen Landesfürstentümer auf. Die machtlose Zentralgewalt selbst verfiel der Auflösung. Bei der zentralen Lage Deutschlands sind die Folgen der Verlagerung des politischen Schwergewichts besonders schwer und verhängnisvoll. Früher der Mittelpunkt der abendländischen Staatenwelt, liegt Deutschland jetzt offen für fremdländischen Einfluß, für alle Machtgelüste und Eroberungsbestrebungen der Nachbarstaaten. Deutschland wird das Schlachtfeld Europas, auf dem die europäischen Kabinette und Armeen ihre Kämpfe austragen.

Kleinstaaterei
in West- und Süd-
deutschland

Kräfteballung
in Ostdeutschland

Staatliches Leben, lebendige politische Kräfte gibt es nur in dem Landesfürstentum. Eine staatliche Neubildung Deutschlands kann darum nur von hier ausgehen. Der Westen Deutschlands, der Kern und das Zentralgebiet des alten Deutschen Reiches, war infolge der feudalistischen Zerfetzung allzu großer Zersplitterung verfallen. Dagegen werden die beiden Staaten im deutschen Koloniallande des Ostens, die von der Zerfetzung einigermaßen frei geblieben sind, Preußen im norddeutschen Tieflande und Österreich im Donaulande, die Zentren, von denen aus jetzt eine politische Neubildung erstrebt wird.

Ein früherer Versuch Karls IV. von Luxemburg, der Böhmen zum Mittelpunkt machen wollte, war an dem Widerstand des tschechischen Volkes gescheitert. Ebenso mißglückte es Sachsen, mit dem Polen seit 1697 in Personalunion vereinigt war, sich durch eine territoriale Verbindung mit Polen eine umfassende und beherrschende Machtgrundlage zu schaffen. Es verliert seinen Einfluß vollends durch seine schwankende Politik, indem es sich bald auf Österreichs, bald auf Frankreichs Seite stellt. Auch Bayern muß von seinem Plan zurücktreten, eine katholische Großmacht des Wittelsbachischen Hauses in Süddeutschland im Kampf gegen Habsburg aufzurichten. Nach vorübergehendem Erfolge Karl Alberts von Bayern im österreichischen Erbfolgekriege 1740—48 (als Kaiser 1740—45) verzichtet sein Sohn Max Joseph 1745 im Frieden zu Füssen auf alle österreichischen Ansprüche.

Der Dualismus:
Preußen-Österreich

Dagegen erhebt Friedrich der Große mit der Erwerbung Schlesiens und dem Siege über Maria Theresia in den drei schlesischen Kriegen Preußen zur Großmacht. Seitdem besteht der Dualismus zwischen Preußen und Österreich in Deutschland, der protestantischen Macht des norddeutschen Tieflandes und dem katholischen Staat im Donauland. Die Zukunft hat zu entscheiden, welcher Staat die Grundlage eines neuen Deutschen Reiches abgeben soll.

Preußens innerer
Staatsaufbau

Die Erfolge Friedrichs des Großen sind undenkbar ohne die Verdienste seines Vaters Friedrich Wilhelms I., der den inneren Ausbau des brandenburgisch-preußischen Staates vollendet und die Grundlagen für eine so ungeheure Kräfteentwicklung, wie sie Friedrich der Große sich und seinem Lande zumutete, geschaffen hat. Strengste Sparsamkeit und meisterhafte Bewirtschaftung der Domänen hat die zerrütteten Staatsfinanzen gesunden lassen, die Staatserträge gesteigert. Handel und Gewerbe hat er nach den Grundsätzen des Merkantilsystems gehoben. Seine menschenarmen, z. T. verödeten Länder besiedelt er (15 000 Salzburger), die Bauern schützt er gegen Mißhandlung

und regelt ihre Frondienste. Nach dem Vorbild des Großen Kurfürsten schafft er sich in einem schlagfertigen, glänzend durchgebildeten Heer und einem pflichttreuen Beamtentum unbedingt zuverlässige Stützen seines absolutistischen Regiments und der Staatseinheit. Offiziere und Beamte durchdringt er mit dem ihm eigenen unerbittlichen Pflichtgefühl und seiner Leistungsfähigkeit. Er ist der oberste Kriegsherr, dem das Heer zu persönlicher Treue verpflichtet ist, er ist die Spitze der gesamten Landesverwaltung (Beseitigung der städtischen Selbstverwaltung, Einrichtung der Kriegs- und Domänenkammern, über ihnen Generaloberfinanz-, Kriegs- und Domänenministerium). Der Adel stellt die Offiziere, der widerspenstige Feudaladel wird zum Staatsdienst verpflichtet, den ostpreussischen „Junkern“ gegenüber „stabilisiert der König die Souveränität wie einen rocher de bronze“.

In dieser vom König ausgehenden Gesinnung, die auch auf das ganze Der preussische Geist preussische Volk übergeht, dem Geist der unbedingten Pflichterfüllung, der Ordnung, der Arbeitsamkeit, der unbedingten Unterordnung des einzelnen liegt das eigentliche Wesen des Preussentums, das Brandenburg-Preußen befähigt und berechtigt hat, die neue Einigung Deutschlands heraufzuführen.

In seinem Sohne Friedrich II. findet diese Zeit vollkommensten Friedrich der Große Ausdruck. In harter Lebensschule vollzieht sich in ihm die ungeheure Wandlung vom heiteren Genußmenschen, dem französischen Schöngest, zu dem hart arbeitenden, sich selbst verleugnenden Pflichtmenschen, dem ersten Diener seines Staates (aufgeklärter Absolutismus!). Auf persönliches Glück verzichtend, dem Unglück trotzend, verzehrt er seine Kräfte in unablässigem Schaffen für sein Volk und Land; er wird der Schöpfer des europäischen Großstaates Preußen. Als solcher wird er der deutsche Held, an dessen Taten sich das nationale Empfinden des Volkes zur Begeisterung entfacht.

Sofort nach seinem Regierungsantritt macht er die aus dem Grimnicher Vertrage hergeleiteten Erbansprüche auf Schlesien Kampf um Schlesien Österreich gegenüber geltend. Der letzte männliche Habsburger, Karl VI., war 1740 gestorben. Als Maria Theresia auf Grund der „Pragmatischen Sanktion“, die noch ihr Vater bei fast allen europäischen Staaten zur Anerkennung gebracht hatte, die Regierung übernehmen will, erheben Bayern, Sachsen und die spanischen Bourbonen Ansprüche auf Nachfolge. Friedrich macht sich die Gunst der Verhältnisse zunutze, besetzt kurzerhand Schlesien (Schlacht bei Mollwitz) und bietet Maria Theresia dann seine Hilfe gegen ihre Gegner an. Aber Maria Theresia weist sie zurück. Inzwischen schließen sich Bayern (Karl Albert), Frankreich, Spanien, Neapel und Sachsen zu einem Bunde gegen Österreich zusammen, dem auch Friedrich beiträgt. Die Kurfürsten wählen einstimmig Karl Albert (als Karl VII.) zum Kaiser. Da die Verbündeten Prag erstürmen, Wien bedrohen, Friedrich bei Chotusitz siegt, tritt Maria Theresia Schlesien und die Grafschaft Glatz im Frieden von Breslau ab, um sich nunmehr gegen die übrigen Feinde zu wenden (österreichischer Erbfolgekrieg). Sie findet Hilfe bei den Ungarn.

Österreichischer
Erbfolgekrieg

Sachsen tritt vom Kriege zurück. England schließt, um seine alten Feinde Spanien und Frankreich zu treffen und Hannover zu schützen, ein Bündnis mit Österreich. Die europäischen Gegensätze, der englisch-französische Zweikampf um die Weltherrschaft und die Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Habsburg bestimmen die Mächtegruppierung. Auch Sardinien kämpft für Österreich gegen Spanien in Oberitalien.

Maria Theresia
anerkannt

2. Die Erfolge Maria Theresias und der „pragmatischen“ Armee machen Friedrich II. um seinen schlesischen Besitz besorgt. Er fällt in Böhmen ein und sichert durch seine Siege im zweiten schlesischen Krieg bei Hohenfriedberg und Kesselsdorf seine Eroberung. (Friede zu Dresden 1745). Im Frieden zu Aachen 1748, der dem österreichischen Erbfolgekrieg ein Ende macht, findet Österreich die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion, büßt Parma und Piacenza in Italien (an eine spanische Nebenlinie) ein, behauptet im übrigen aber die Einheit Österreich-Ungarns.

Weltpolitisches
Ringens zwischen
Frankreich
und England

3./4. In der Zeit des dritten schlesischen (siebenjährigen) Krieges entscheidet sich auch das weltpolitische Ringen zwischen Frankreich und England um die Beherrschung des Weltmeeres und um den kolonialen Besitz in den übrigen Erdteilen. Die Niederwerfung Frankreichs zur See und in den Kolonien ist für England Hauptaufgabe und letztes Ziel. In Nordamerika, am Senegal in Afrika, in Indien und im Mittelmeer kämpft man um die Entscheidung. Die Siege (bei Lagos an der Südküste von Portugal und bei Quiberon) über die französische Flotte machen die Engländer zu Herren im Mittelmeer. Mit der Eroberung des Forts Duquesne 1758 (später Pittsburg) und Louisbourg auf Cap Breton sichern sie sich die St.-Lorenz-Mündung. Quebec wird erobert (1759), auch Montreal eingenommen. Damit kommt Canada und das Mississippibecken in die Gewalt der Engländer. Auch die Senegalmündung verlieren die Franzosen, St. Louis fällt. Ebenso erfolgreich kämpfen die Engländer in Indien. Robert Clive nimmt Kalkutta ein und siegt bei Plassey 1757. Die weiteren Erfolge (Sieg bei Wandawash 1760, Eroberung von Pondichery) vertreiben die Franzosen völlig aus Indien. In dem Frieden zwischen England und Frankreich, der fünf Tage vor dem zu Hubertusburg 1763, in Paris abgeschlossen wird, erhält England von Frankreich Carada und das nach Süden anschließende Land bis zum Mississippi, ferner Senegambien, von Spanien Florida; in Indien wird Pondichery und Chandernagor den Franzosen zurückgegeben, Spanien erhält Louisiana westlich vom Mississippi. Spanien ist seit 1761 mit Frankreich verbündet, wird aber überall geschlagen (in Westindien wie in Ostasien).

Sieg Englands

Frankreichs
Kräfteüberspannung

Es sind Entscheidungen von weltgeschichtlicher Bedeutung. Die Weltgeschichte hätte einen anderen Verlauf genommen, wenn die französische Weltpolitik den Sieg behalten hätte. Für Frankreich war es verhängnisvoll, daß es seine Kräfte gleichzeitig auf dem Festlande festlegte, sie aber mit der doppelten Zielsetzung: Seeherrschaft und kontinentale Eroberung überspannte. So wird die angelsächsische Herrschaft in Nordamerika aufgerichtet, werden ihre Grundlagen in Indien gelegt. Dank der weitsichtigen, kraftvollen Politik seines großen Staatsmannes William Pitt und der ungeheuren Opfer des eng-

lischen Volkes ist Großbritannien die erste Welt- und England erste Welt- und Handelsmacht der Erde. Pitt hat vollendet, was Cromwell und Wilhelm von Oranien (spanischer Erbfolgekrieg) begonnen hatten. Für die Niederwerfung der Niederlande hatte England Frankreich als Bundesgenossen, Frankreich selbst hat es mit Hilfe der Niederlande bezwungen. Den letzten Waffengang hat es mit eigener Kraft allein ausgefochten.

XVI. Preußen — europäische Großmacht.

1. Der siebenjährige Krieg 1756—1763.
2. Friedrich der Große nach 1760 in der Verteidigung. Der Umschwung 1762.

Der Verlust Schlesiens, das als Vorland des böhmischen Festungsvierecks seine besondere strategische Bedeutung hat, schwächte die Grundlage der österreichischen Machtstellung in Deutschland. Der brandenburgische Staat mit der Oder als zentraler Verkehrsader, mit seinen preußischen und rheinischen Ländern, der mit der Erwerbung von Ostfriesland (1744) auch an der Nordsee Fuß faßt, ist das norddeutsche Gegengewicht zu Österreich geworden, sein Aufstieg zur europäischen Großmacht hat auch das europäische Gleichgewicht gestört. Der weltpolitische Gegensatz zwischen Frankreich und England ist mit den Kämpfen während des spanisch-österreichischen Erbfolgekrieges noch nicht zur Entscheidung gekommen, der Aachener Friede (1748) schiebt die Entscheidung nur auf.

Preußens
Machtaufstieg

Störung
des europäischen
Gleichgewichts

In diesen Spannungen liegt der Grund für den siebenjährigen Krieg, in seinen Ergebnissen die europäische und weltpolitische Bedeutung.

Frankreich war im Begriff, im Rücken des englischen Besitzes in Nordamerika sich ein mächtiges Kolonialreich zu schaffen, das jede Entwicklungsmöglichkeit der englischen Kolonien unterbinden, Frankreich aber zur beherrschenden Kolonialmacht Amerikas erheben mußte. Auch in Ostindien spitzten sich die Gegensätze zu. England fürchtet im Falle eines englisch-französischen Krieges auch für Hannover. Wie es im österreichischen Erbfolgekriege Österreich als Festlanddegen benutzte, so jetzt Preußen, das William Pitt im Vertrag von Westminster 1756 für sich gewinnt. Friedrich sieht in der Trennung Englands von Österreich eine Sicherung Schlesiens und einen Schutz vor russischem Angriff. Aber wider Erwarten läßt sich Frankreich durch seine Gegnerschaft zu England zu einem Bündnis mit dem weniger gefährlichen Österreich bestimmen (auch aus persönlichem Haß der Marquise v. Pompadour gegen Friedrich), dem auch Elisabeth von Rußland aus persönlicher Abneigung gegen Friedrich und Besorgnis vor der wachsenden brandenburgisch-preußischen Macht an der Ostsee beiträgt (Hoffnung auf Ostpreußen; vgl. 1914). Schweden möchte Vorpommern zurückhaben, Sachsen (Minister Brühl), neidisch auf die Hohenzollernmacht, heßt gegen Friedrich. Beide verstärken die Koalition gegen Preußen. Auch das Reich beschließt die „Exekution“ gegen Friedrich.

Englands
Weltpolitik

Bei dieser allseitigen Umfassung, bei der Absicht der Feinde, Preußen zu zertrümmern, steht Friedrich dem Großen ein Kampf um Sein oder Nichtsein bevor. Er zieht darum den Angriff der Verteidigung vor.

Preußens Selbst-
behauptungskampf

Nach Überrennung Sachsens, der „Ausfalls- und Verteidigungsbasis“, will er zunächst den gefährlichsten Gegner, Österreich, erledigen. Aber die Zähigkeit des sächsischen Widerstandes und seine Niederlage bei Kolin (trotz seines „ungeheueren moralisch-politischen Erfolges“ bei Prag) läßt seinen Kriegsplans scheitern.

Friedrich hat bei dem nun beginnenden Umfassungskrieg der Verbündeten den Vorteil der inneren Linie für sich. Während der schwache Flankenschutz im Osten (Groß-Jägersdorf) und an der Weser (Hastenbeck, Konvention von Kloster Zeven) zusammenbricht, schlägt Friedrich die Franzosen und die „Reichsarmee“ bei Rossbach und die Österreicher durch die schiefe Schlachtordnung bei Leuthen 1757. Schlesien ist gerettet.

Auch im folgenden Jahre (1758) behauptet sich Friedrich im Besitz von Sachsen und Schlesien, obwohl die Niederlage bei Hochkirch schwere Verluste bringt. Das Vordringen der Russen bringt er durch den Sieg bei Zorndorf zum Stehen und befreit die Neumark. Den Schutz der westlichen Flanke sichert Ferdinand von Braunschweig mit englisch-hannoverschen Truppen (Schlachten bei Krefeld 1758 und Minden 1759).

Das unglückliche Jahr 1759 bringt Friedrich in eine sehr kritische Lage. Die vereinigten Russen und Österreicher schlagen Friedrich vernichtend bei Kunersdorf. Der König selbst glaubt, alles sei verloren. Das gefährdete Berlin wird nur durch die Uneinigkeit der Gegner gerettet. Der Reichsarmee gelingt die Einnahme und Behauptung Dresdens. Die militärischen Kräfte, die finanziellen Mittel Friedrichs erschöpfen sich. In England sind nach dem Sturz des Pittministeriums die kriegsmüden Konservativen an die Regierung gekommen. Friedrich muß sich zur Münzverschlechterung entschließen.

Mit Aufbietung aller Energie und Willensstärke hält er sich und seine Sache in der Verteidigung (1760/61). Es gilt 1760, Sachsen, Schlesien und die Mark zu decken. Glück geht zwar an die Österreicher verloren, aber Breslau, das Tauenzien gegen Laudon verteidigt, entsetzt Prinz Heinrich und hemmt den weiteren Vormarsch der Russen. Friedrich sprengt bei Liegnitz die drei ihn umschließenden österreichischen Heere und verhindert eine abermalige Vereinigung der Österreicher und Russen. Durch Biethens Sieg bei Torgau gewinnt er Sachsen zurück, wo sein Heer jetzt Winterquartiere nehmen kann. Dresden bleibt aber in den Händen der Österreicher. Im Jahre 1761 vereinigen sich seit Kunersdorf zum erstenmal wieder Russen und Österreicher. Friedrich sieht sich genötigt, ein festes Lager bei Bunzelwitz zu beziehen: Stellungskrieg.

Friedrichs Lage ist verzweifelt schlecht. Die englischen Hilfgelder bleiben aus. Er hat nur noch 60 000 Mann Feldtruppen. Laudon erobert Schweidnitz, die Russen Kolberg. Zu seinem Glück leidet die Stoßkraft der Feinde durch Zwistigkeiten im Oberkommando und Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung. Die Schweden gehen über die Peene zurück, die Franzosen über den Main. England treibt nach dem Regierungswechsel und dem Kriegseintritt Spaniens zu Friedensverhandlungen. Da bringt der Tod der russischen Kaiserin Elisabeth die

Rettung. Ihr Nachfolger Peter III. von Holstein-Gottorp, ein schwärmerischer Verehrer Friedrichs, verzichtet auf die russischen Eroberungen, Hinterpommern und Ostpreußen, schließt Frieden und ein Bündnis. Nach seiner Ermordung tritt seine Witwe und Nachfolgerin Katharina II. von dem Bündnis zurück, hält aber den Frieden. Auch Schweden scheidet aus. Die Anwesenheit der russischen Truppen verhilft Friedrich zu dem Siege über die Österreicher bei **Burkersdorf**, sein Bruder Heinrich schlägt das Reichsheer bei **Freiberg**.

Der **Friede zu Hubertusburg** zwischen Österreich, Preußen und Sachsen, und gleichzeitig der **Friede zu Paris** zwischen England, Frankreich und Spanien zieht das Ergebnis dieses Ringens (vgl. S. 52). Friedrich bleibt im Besitz Schlesiens. Er hat gegen eine Welt von Feinden die errungene Machtstellung behauptet.

Friede 1763:
Preußen Großmacht
England Weltmacht

Um seine deutsche Grundlage wieder zu verbreitern und der maßgebende deutsche Territorialstaat zu werden, versucht Joseph II. nach dem Aussterben der regierenden Wittelsbacher Linie, Bayern an **Habsburg** zu bringen. Friedrich arbeitet dem entgegen. Sein Einmarsch in Böhmen (bayrischer Erbfolgekrieg) und der Druck Katharinas II. von Rußland, die eine Verschiebung des Zweimächteverhältnisses in Deutschland zu Österreichs Gunsten verhindern will, endlich die Vermittlung Frankreichs veranlaßt Österreich zum Verzicht auf diesen Plan. Nur das Innviertel kommt an Österreich. Als Joseph die österreichischen Niederlande (als Königreich Burgund) zum Tausch gegen Bayern anbietet, gründet Friedrich den **Fürstenbund**, um die Reichsordnung zu erhalten. Auf der Grundlage eines starken, in sich geschlossenen Staates hätten die katholischen Habsburger Deutschland von Süddeutschland und der böhmischen Naturfestung aus einigen können. Die österreichischen Niederlande wären mit dem Reiche verbunden geblieben. Das verhindert Friedrich. Österreich muß nachgeben. Aber auch die Erweiterung des Fürstenbundes zu einem norddeutschen Bunde unter Preußens Führung und damit die Lösung der deutschen **Frage** bleibt späterer Zeit vorbehalten.

Friedrichs d. Gr.
deutsche Politik

Nicht geringer als Friedrichs Verdienst um die Machtstellung Preußens sind die um die Wohlfahrt seines Landes und Volkes. Dafür setzt er sich in unermüdlicher, sich selbst verzehrender Arbeit ein.

XVII. Preußen und Österreich als Abwehrstaaten gegen Rußland. Die orientalische Frage.

1. Die Teilungen Polens.
2. Rußlands Ausbau seiner atlantischen Seestellung. Balkan- und Meerengenbefreiung.
3. Preußens Zweifrontenentwicklung.

1. Nach der Schwächung der polnischen Macht durch die schwedisch-polnischen Kämpfe (Livland an Schweden; Ostpreußen selbständig) und durch die russische Machtausdehnung (1667 größter Teil der Ukraine an Rußland) zerfällt Polen auch in seinem inneren Bestande unter der

Zerfall Polens

Interessenpolitik der europäischen Mächte

unseligen Adels Herrschaft immer mehr. Das liberum veto, der Einspruch eines einzelnen, kann jeden Beschluß unmöglich machen. Kein Wunder, daß dieses politische Tiefgebiet dem Druck auswärtiger Mächte ausgesetzt ist, besonders seitdem Polen ein Wahlreich ist. Vor allem suchen Frankreich, Rußland und Österreich ihren Einfluß in Polen zu sichern. 1697—1733—1763 sind die Kurfürsten von Sachsen August II., der Starke, und August III. zugleich polnische Könige. August der Starke treibt Polen in die Wirren des nordischen Krieges. Er schon schlägt eine polnische Teilung vor.

Die Wahl Augusts III. unter dem Druck russischer Truppen erfolgt gegen die Absichten Frankreichs, das seinen Günstling Stanislaus Leszcynski als Verbündeten im Rücken Deutschlands auf den polnischen Thron bringen will. Erst der polnische Erbfolgestreit bringt Stanislaus Leszcynski zum Verzicht (1738) gegen eine Entschädigung durch Lothringen (vgl. S. 32).

Aufteilung Polens

Der polnische Adel spaltet sich in verschiedene, sich leidenschaftlich bekämpfende Parteien, von denen jede Auslandshilfe sucht (bei Rußland, Preußen, bzw. Frankreich, Türkei und Schweden). Die Nachbarländer hintertreiben Reformen, sie wünschen ein Fortbestehen der polnischen Anarchie. Als nach dem Tode Augusts III. Stanislaus Poniatowski, ein Freund Katharinas II., durch russische Gelder und Truppen die Krone von Polen gewinnt und russischer Einfluß in den folgenden Wirren immer mächtiger wird, da macht Friedrich der Große in St. Petersburg den Vorschlag einer Teilung. Ein um ganz Polen verstärktes Rußland wäre eine große Gefahr für die Nachbarstaaten (Preußen und Österreich) und die kulturpolitische Entwicklung Mitteleuropas gewesen. Die polnischen Teilungen 1772, 1793 und 1795 sind so das Ergebnis des völligen inneren Verfalls im polnischen Reich wie der hemmungslosen Machtpolitik der Nachbarstaaten.

Gleichgewicht im Osten

Anlaß zur Teilung 1793 bietet die Übertragung der erblichen Königswürde Polens auf die Wettiner, denen man den Machtzuwachs nicht gönnt. Eine Erhebung und Erstarkung des nationalen Widerstandes führt zur Auflösung des letzten Restes in der 3. Teilung 1795. Infolge der Beteiligung der drei Großmächte des Ostens ergibt sich ein vorläufiger Gleichgewichtszustand.

Rußland am Schwarzen Meere

2. Der wachsende Einfluß der Ostmächte, besonders Rußlands, drängt Frankreich aus der politischen Entscheidung um das östliche Gleichgewicht heraus. Frankreichs Ausschluß bei diesen Fragen beweist den 1763 besiegelten Niedergang seiner politischen Herrschaft in Europa. Da gleich Polen die Türkei durch Rußland bedroht ist, heßt Frankreich die Türkei zum Kriege (1768). Aber Katharinas Heer und Flotte sind siegreich. Moldau und Walachei werden von den Russen erobert. Der Friede mit der Türkei zu Kutschük-Rainardschi (am Schwarzen Meer, südlich der Donaumündung) bringt Rußland den Zugang zum Schwarzen Meer. Katharina erhält die Krimhäfen (Kertsch an der Straße zum Asowschen Meer), das Gebiet zwischen dem unteren Bug und Dnjepr, 1792 bis zum Dnjestr

erweitert, die Oberhoheit über die Tataren- und Kaukasusvölker. Die freie Durchfahrt durch die Dardanellen verbindet das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer. Seitdem ist Konstantinopel in seiner beherrschenden Lage Ziel der russischen Politik. Mit dem 1774 übernommenen Schutz über die Christen der Moldau und Walachei (Donaumündung) bekommt Rußland Einfluß und Gelegenheit zum Eingreifen auf dem Balkan: „Die orientalische Frage“ ist seitdem ein Angelpunkt der europäischen Politik. Die panslawistische Idee, Rußland als Vorkämpfer sämtlicher slawischen Völker, gibt dem neuen Nährboden.

Rußlands Balkanpolitik muß mit dem die Donau abwärts nach dem Balkan strebenden, von slawischen Bevölkerungsbestandteilen stark durchsetzten österreichisch-ungarischen Staat zusammenstoßen. Das Schicksal der Türkei steht dabei auf dem Spiele. — Mit den Erwerbungen aus der polnischen Teilung wächst Rußland über seine im warägischen Grenzsaum liegende natürliche Grenze vollends weit hinaus und wird eine vorwiegend europäische Macht. In ihren freilich nur teilweise erfolgreichen innerstaatlichen Reformen im Innern knüpft Katharina an die Bestrebungen Peters des Großen an (Verbesserung der Verwaltung, Kampf gegen die Leibeigenschaft, Errichtung von Schulen usw., Begünstigung von Handel und Bergbau). Sie hat die deutschen Kolonien an der Wolga und auf der Krim gegründet. Ihre größten Erfolge entspringen ihrem grenzenlosen außenpolitischen Ehrgeiz. Die verschwenderische Hofhaltung und die Kriege kosten allerdings ungeheure Summen; das Land verarmt. Kennzeichen des 18. Jahrhunderts sind das in Rußland bis dahin unbekannte Weiberregiment (Katharina I. 1725/27, Anna Iwanowna 1730/40, Elisabeth 1741/62, Katharina II. 1762/96), der Wechsel in der Herrschaft zwischen den Bojarengeschlechtern und den Ausländern, meist Deutschen, und damit zusammenhängend der Wechsel aufsteigender Zeiten mit überwiegend europäischem Einfluß und Zeiten des Verfalls und halbasiatischer Barbarei.

3. Friedrich der Große kann und will keinen neuen Krieg führen. Er muß sich zwischen Österreich und Rußland hin und her wenden und sie geschickt gegeneinander ausspielen, wie später Bismarck. Darum liegt es im preußischen Interesse, weder der einen noch der anderen Macht der Türkei gegenüber völlig freie Hand zu lassen, sie vielmehr, wie es England im 19. Jahrhundert und Bismarck 1878 tat, vor allzu starker Schwächung zu schützen, um das Gleichgewicht der Kräfte im Osten und Südosten Europas aufrecht zu erhalten.

In der ersten und zweiten Teilung Polens fällt das ganze deutsche Kolonialland an Preußen, die Ordensgebiete Pomerellen, das Kulmer Land und Ermland. Damit ist auch die notwendige Verbindung zwischen Pommern und Preußen, zwischen Schlesiens und der Ostseeküste hergestellt. Das Negeland hat erst Friedrichs Fürsorge aus einem Bruchland zu nutzbarem Ackerland verwandelt, freilich die über Warschau hinausgreifenden Erwerbungen der dritten

Die orientalische
Frage

Innerussische
Verhältnisse

Preußens
osteuropäische
Gleichgewichts-
politik

Preußens
Oststellung

Teilung machen Preußen zu einem halbslawischen Staat, wehren aber russisches Vordringen vorläufig ab.

Im Westen ist durch Erbgang 1744 Ostfriesland an Preußen gefallen. Dadurch hat sich in diesem Lande an der Emsmündung, das schon ganz von niederländischem Wesen durchdrungen war, dank der Macht und starken Eigenart des preußischen Staates die deutsche Kultur wieder durchgesetzt.

Preuß.-österreich.
Ostfront
gegen Rußland

Österreich verfolgt mit seiner Beteiligung an der polnischen Teilung die gleiche Abwehraufgabe gegen Rußland wie Preußen. Der deutsche Gegensatz beider Staaten bleibt aber bestehen, er hat eine besondere Schärfe im bayrischen Erbfolgekrieg angenommen. Österreich hat die Vertretung deutscher Reichsinteressen im Westen zugunsten seines Balkangebietes aufgegeben, seine Besitzungen und Rechte im Elsaß an Frankreich überlassen, es hat in die Abtretung Lothringens (1738 und 1766) eingewilligt und die Vermehrung seines italienischen Besitzes (durch die Entschädigung des Herzogs Franz von Lothringen, des Gemahls der Maria Theresia) mit Toskana vorgezogen.

Österreichs
Loslösung vom
Reichskörper

Österreich „wächst aus dem Reiche heraus, Preußen aber wächst hinein“ und übernimmt an Österreichs Stelle die Rheinwacht an der Westfront seines Landes und des Reiches. Friedrich der Große arbeitet darum mit allen Mitteln gegen Josephs II. Plan, Bayern für das Haus Habsburg zu erwerben und damit sein Übergewicht in Deutschland wiederherzustellen. So richtet sich auch der deutsche Fürstenbund Friedrichs des Großen gegen Österreich. Die deutsche Frage bestimmt die Geschichte Deutschlands für fast ein Jahrhundert.

Preußens
Raumverbundenheit

XVIII. Der Zusammenbruch des ersten englischen Kolonialreiches. Neubau des Weltreiches.

1. Der Unabhängigkeitskrieg der nordamerikanischen Kolonien 1775–1783.
2. Das neue englische Kolonialreich in Vorderindien.
3. Die Grundpfeiler des neuen britischen Weltreiches.

Vom Absolutismus
zum
Verfassungsstaat

1. Der Absolutismus hat seine Aufgabe erfüllt, die Völker zu nationaler und staatlicher Einheit zusammenzuschließen und ihre wirtschaftlichen Grundlagen zu festigen und auszubauen. Jetzt drängt aber ein selbstbewußtes Bürgertum nach politischem Einfluß, nach Anteil an der Regierung. Auch Gedanke und Literatur der Aufklärung fördern die Zerfetzung des Absolutismus. Der aufgeklärte Absolutismus ist ein Übergang zum Verfassungsstaat. Für die Erklärung der Menschenrechte, für den Aufbau der Staatsverfassung auf Grund der Volkssouveränität, wie sie in Europa sich zuerst in der französischen Revolution gewaltsam durchsetzt, ist die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika Vorbild und Vorläufer. Sie reißt 1776 dreizehn Staaten der englischen Kolonien Nordamerikas vom Mutterlande los.

Ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von England war groß. Seit sie von französischem Druck frei sind und volle Entwicklungsmöglichkeit fühlen, wächst ihr Verlangen nach Selbstverwaltung, während die Kolo-

nien im Sinne des Merkantilismus für das Mutterland nur Ausbeutungsländer sind. Das englische Parlament will ihnen zur Deckung englischer Kriegsschulden Steuern auferlegen. Die Kolonien wehren sich dagegen mit aller Entschiedenheit und verweigern auch aus Grundsatz den Seezoll, den England als Ausdruck seiner Oberhoheit allein bestehen lassen will. Die Versenkung einer Teeladung im Hafen von Boston gibt den Anlaß zum Unabhängigkeitskrieg Nordamerikas. Als England den Hafen sperrt, erheben sich die Kolonien unter Erklärung der Menschenrechte. Der amerikanische Kongreß spricht am 4. Juli 1776 die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten aus. George Washington organisiert die nationale Verteidigung. Steuben, ein alter Offizier Friedrichs des Großen, übt die Milizen ein. Bei Saratoga kapituliert ein englisches Heer. Benjamin Franklin vermittelt ein Bündnis mit Frankreich und Spanien, auch Holland erklärt Krieg an England.

Unabhängigkeit
der V. St. 1776

Frankreich schickt Hilfgelder, Schiffe und 1780 auch Truppen (Lafayette). Die Kapitulation der Engländer bei Yorktown entscheidet den Sieg der Amerikaner und den Verlust der dreizehn englischen Kolonien mit dem westlich angrenzenden Gebiet bis zum Mississippi (im Frieden zu Paris 1783).

Die Vereinigten Staaten werden ein Bundesstaat auf Grund der Volkssouveränität mit Trennung der Gewalten. Die Gesetzgebung hat der Kongreß, bestehend aus Repräsentantenhaus und Senat. Im Senat hat jeder Freistaat zwei Vertreter (auf 6 Jahre), zum Repräsentantenhaus wählt das Volk seine Vertreter (auf 2 Jahre): eine Vereinigung von Bundesstaat und Staatseinheit. Die Vollzugsgewalt hat der Präsident, der alle 4 Jahre neu gewählt wird. Er ernennt selbständig seine Minister und die Beamten, leitet die auswärtige Politik und hat gegen Kongreßbeschlüsse ein aufschiebendes Veto. Im Kriege ist er Oberbefehlshaber (Zentralgewalt). Die Einzelstaaten haben für ihre Angelegenheiten Selbstverwaltung (Repräsentantenhaus, Senat, Gouverneur).

Verfassung der V. St.

Das früher französische Canada hat während des Krieges treu zu England gehalten. Es bekommt dafür 1791 eine Verfassung. Zum ersten Male hat sich das Selbstbestimmungsrecht eines ganzen Volkes (nicht wie in den Niederlanden und in England der Widerstand einzelner Stände) durchgesetzt. England hat ein mächtiges Kolonialgebiet verloren, aber gleichzeitig in Indien große Fortschritte gemacht; das indische Reich wird nun der Ersatz für Nordamerika.

Canada
Dominion

Indien
Reichsprovinz

2. Die Eroberung Indiens führen Robert Clive 1765—72 und Warren Hastings 1773—85 weiter, sie endet mit der Unterwerfung von fast ganz Dekhan. 1773 wird die Regierung Indiens völlig umgestaltet. An Stelle der bisherigen Alleinherrschaft der ostindischen Kompagnie tritt die Staatsaufsicht. Indien wird Reichsprovinz unter einem königlichen Generalgouverneur („Vizekönig“).

Das britische
Weltreich

3. Großbritannien wird zum britischen Weltreich. Seine Grundpfeiler treten auf der Karte klar heraus. Von dem spä-

teren australischen Besitz besteht Ende des 18. Jahrhunderts allein Sidney, wo 1788 eine Sträflingskolonie angelegt wird.

Freihandelsprinzip

Der Entwicklung seines Handels und dem Wirtschaftsleben seines Landes glaubt England am besten durch Einführung des *Freihandels* zu dienen, wie ihn Adam Smith im Anschluß an die französischen Physiokraten (Quesnay) vertritt. An die Stelle staatlicher Bevormundung der Wirtschaft (Merkantilismus) soll im Sinne der natürlichen Ordnung, in der die Freiheit herrscht, auch die Freiheit der Wirtschaftsführung treten, für die der Staat nur die nötige Sicherheit zu gewährleisten hat (*laissez faire, laissez aller*).

England
Industriestaat

Gleichzeitig schafft sich die englische Industrie ihre Überlegenheit durch die Erfindung der Dampfmaschine (1770), der Spinnmaschine (1768), und des mechanischen Webstuhls (1787). Die Industrie nimmt nun die durch das Bauernlegen aus ihrem Besitz verdrängten Bevölkerungsschichten auf. England wird Industriestaat.

Untergang
des Bauernstandes

Die Landwirtschaft geht von der Dreifelderwirtschaft zur intensiven Bewirtschaftung und Bodenausnutzung über. Die kleinen Bauern gehen bei dieser Umstellung zugrunde. 1689 gab es noch 180 000 freie Bauern in England, 100 Jahre später sind sie fast ganz verschwunden. Das Bauernlegen und die Entwicklung zum Großgrundbesitz bedingen sich gegenseitig.

XIX. Deutschland 1792.

Die deutsche Kleinstaaterie.

Die Neuzeit vollendet die Nationalstaatenbildung, die universalstaatliche Entwicklung ist abgetan.

Wesen
des Universalstaates

Ein besonderes Merkmal universalstaatlichen Wesens ist das unentwegte, zügellose Streben in die Weite, das triebhafte Bemühen, immer neuen Boden zu gewinnen, neue Räume dem Staatskörper anzugliedern. Beschränkung kennt es nicht, weil es gegen seine Übermacht kein Hemmnis gibt.

Räumliche
Ausweitung

Auf eine rein räumliche Staatsenerweiterung ist es abgesehen, nicht auf eine Bereicherung an Bevölkerung; wenn sie sich nicht fügt, wird sie verpflanzt oder vernichtet. Diese Raumpolitik übernehmen auch die zu staatlicher Einheit herangereiften Nationalstaaten, wenigstens zu Beginn ihres Großmachtstrebens bis ins 17. Jahrhundert, da es die bisher gewohnte staatliche Betätigung ist und es für gesunde, lebenskräftige Wesen das Natürliche ist, nach allen Seiten wachsend sich auszudehnen. Über ein Zwischenstadium künstlich befestigter Grenzen bei ebenbürtigen oder unzureichenden Kräften (vgl. den Festungsgürtel Vaubans im Norden und Nordosten Frankreichs zur Zeit Ludwigs XIV. und die Militärgrenze Österreichs gegen Südosten) geht das Streben nach Beherrschung geschlossener Zwecklandschaften als einer für Angriff und Verteidigung geeigneten Basis (vgl. das Ringen um die) und weiterhin unter strategischen Gesichtspunkten nach Abrundung des Staatsgebietes, Verkürzung der Verteidigungsgrenzen, indem man

ungünstige Ecken und Winkel abschneidet. Die Nationalversammlung Frankreichs verkündet diesen Grundsatz 1789. Schon vorher hat Österreich 1714 die spanischen Niederlande nur mit inneren Bedenken aus diplomatischen Gründen übernommen. Friedrich der Große ist bereit, seine rheinischen Besitzungen gegen Entschädigung durch Sachsen aufzugeben, um ein geschlossenes Staatsgebiet zu erhalten (vgl. die Beschränkung Österreichs 1815). Neben militärisch günstigen Bedingungen berücksichtigt man auch die für den Verkehr in Frage kommenden Vorteile der Lage, wenig dagegen in dieser Zeit noch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte.

Die Politik des europäischen Gleichgewichts beschränkt die Bewegungsfreiheit, hemmt die Befriedigung des Ausdehnungstriebes. Es bleibt der Trieb, er muß sich aber gleichsam nach innen wenden und durch eine intensive Raumwirtschaft so viel an neuen Werten für die Machtentwicklung des Staates aus dem vorhandenen Staatsraum herausholen, daß der Verlust an flächenmäßigem Raumgewinn einen Ausgleich findet. Es vollzieht sich mit der nationalstaatlichen Großmachtbildung der Übergang von einer „räumefressenden“ zu einer „räumewertenden und hegenden“ Politik, wie es schon in den Gesichtspunkten bei der Grenzregulierung zum Ausdruck kommt, oder (wie Martin Spahn es auch noch formuliert,) „es erfolgt die Rationalisierung des auswärtigen politischen Denkens und Handelns zu geordneter, planmäßiger Bewirtschaftung des von einem Staat für seine Machtzwecke benötigten Raumes“. So kommt es darauf an, alle Kräfte des Raumes restlos zu erfassen und zu möglicher Entfaltung zu bringen.

Neue Raumpolitik
der Nationalstaaten

Daher beobachten wir überall das Bemühen um eine ständige Verbesserung der Verwaltung, damit steigende Leistungen erzielt und neue Aufgaben vorbereitet werden können. Es werden neue Behörden eingerichtet, ein fähiges, pflichttreues Beamtentum herangezogen, in weitgehendem Maße die Zweige des öffentlichen Lebens staatlich beaufsichtigt und geregelt. Neue Verwaltungsgebiete werden geschaffen. Dabei verkümmert freilich die gesunde Selbstverwaltung.

Die Verwaltung erfährt auch die in dem Staatsboden verwurzelte Bevölkerung. Nur wenn sie mehr und mehr diese organisierende Staatsarbeit unterstützt, kann ihr Erfolg beschieden sein. Staatsraum und Staatsvolk in ihrer Verbundenheit bilden den Staat und erzeugen die notwendigen staatlichen Lebenskräfte. Deswegen kann ein Binnenmeer, so gewiß die Küsten bindende Kraft ausüben, doch nicht Grundlage einer Großmacht werden. Beweis dafür ist der schnelle Verfall solcher um ein Binnenmeer entstandener Staatsbildungen (Knut der Große, Waldemar II., Hanse, Schweden). Nur dort, wo im Boden das Staatsvolk seine Nährkraft und für seine Verwurzelung die tragfähige Grundlage hat, haben Großmachtbildungen sich lebensfähig und dauerhaft erwiesen. So treiben die neuzeitlichen Staaten eine zielbewusste Bevölkerung- und Wirtschaftspolitik. Der Große Kurfürst, Friedrich der Große, Maria Theresia, Joseph II., Katharina II. be-

Bevölkerungs- und
Wirtschaftspolitik

mühen sich um stärkere Besiedlung; dem Schutze der Bauern im 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts folgt ihre Befreiung, wie später die Fürsorge für die industrielle Arbeiterschaft. Vorbeugende Maßnahmen dienen der Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft. Der Fürsorge Preußens wie Österreichs verdankt der Handwerkerstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seine Erhaltung.

Selbstgenügsamkeit
des Staates

Der Merkantilismus erstrebt Selbstgenügsamkeit des Staates, schützt die nationale Arbeit. Reges Wirtschaftsleben verlangt günstige und schnelle Verbindungsmöglichkeiten, Wasser- und Landstraßen, später Eisenbahnen, Postwesen usw. Sie machen jetzt Paris zum eigentlichen Mittelpunkt Frankreichs und geben der zerstreut liegenden Hohenzollernmacht einen gewissen Zusammenhalt.

Im Sinne dieser staatlichen Bindung kämpfen die Fürsten für Einheit des religiösen Bekenntnisses, da der Glaube bis zu Beginn der Neuzeit die einzig wirksame geistige Bindung gewesen ist.

Absolutismus -
Staatliche
Machtsteigerung

Die Erschließung aller Quellen durch die staatsenwärts gewandte Raumwirtschaft faßt alle so gewonnenen Kräfte zusammen zur Steigerung der staatlichen Macht; der Staat mehrt den Wohlstand der Bevölkerung und den Reichtum des Landes, um als Gegenleistung höhere Steuern und persönliche Opfer für den Staat zu fordern; die persönliche Bewegungsfreiheit wird dabei unterbunden. Der preußische Drill und Militarismus stammt aus dieser zwangsläufigen Entwicklung. Der Herrscher ist absolut, nicht überall wie in Preußen der erste Diener des Staates. Das ganze staatliche Leben erfährt zweifellos eine starke Erhöhung und Schwungkraft. Stütze und wesentlichster Machtfaktor des Staates ist das Heer.

Staatsstützen:
Beamtenchaft
und Heer

Aus dem widerspenstigen Feudaladel wird durch die Staatserziehung Friedrich Wilhelms I. eine treue, zuverlässige, opferbereite Stütze, er stellt dem König die Offiziere für das Heer und gibt ihm durch seinen Gutsbesitz Rückhalt im Lande.

Auffallend wenig ist die Finanz- und Kreditwirtschaft ausgebildet. Nach einem kurzen Aufblühen unter Karl V. ist sie sehr schnell wieder verfallen. Im 17. und 18. Jahrhundert häufen sich die Staatsbankerotte. Ein Glück für Preußen, daß den verschwenderischen Friedrich I. der sparsame Friedrich Wilhelm I. ablöste, der seinem Nachfolger einen ansehnlichen Staatsschatz hinterließ und die Durchführung seiner Kriege überhaupt erst ermöglichte.

Gerade das Schicksal Deutschlands beweist die große Bedeutung zweckvoller Raumwirtschaft, läßt die großen Nachteile und Verluste deutlich werden, die das Fehlen solcher Kräfte und Arbeiten dem staatlichen und wirtschaftlichen Bestande des Landes einbringen.

Preussischer
und österreichischer
Einheits- und
Rechtsstaat

Der Innenbau des preussischen und österreichisch-ungarischen Staates hat in der Richtung der vorher geschilderten Raumwirtschaft unter Friedrich dem Großen wie unter Maria Theresia und ihrem Sohne Joseph II. große Fortschritte gemacht. Sie finden den Weg zum Einheitsstaat, zum Rechtsstaat (allgemeines preussisches Landrecht; Bürgerliches und Strafgesetzbuch Josephs II.). Die ständischen Unterschiede zwischen Adel, Bauern und Bürgern bleiben

noch bestehen, jedoch Verpflichtungen zu Staatsleistungen und Schutz der bedrückten Schichten ergänzen sich zur Stärkung und Hebung ihres Wertes für den Staat. Jetzt erst wird Duldung gewährt. Wirtschaft, Handel, Siedlungswesen werden nach den Grundsätzen des Merkantilismus („Autarkie“ des Staates) gefördert.

In Preußen bleibt es nur bei der Grundlegung einer neuen Reichsentwicklung. Denn Friedrich steht zwar an der Spitze fast des ganzen außerösterreichischen Deutschlands (Fürstenbund) gegen Österreichs bayrische Pläne und gegen die Versuche, seinen Einfluß im Reich zu erhöhen (Stifterbesetzung mit österreichischen Erzherzögen), fordert aber aus diesem Gegensatz heraus, obwohl er selbst im Kampfe gegen das Reich emporgekommen ist, die Erhaltung des Reichsbestandes und seiner Verfassung, die längst unhaltbar geworden war. Eine Reform der Reichsverfassung kann darum nicht daraus erwachsen. Friedrich Wilhelm II. nimmt auch Holland nicht in den Fürstenbund auf, wie Karl August von Weimar vorschlug, um es dadurch wieder in das Deutsche Reich hereinzuziehen. Gegen die Aufteilungspläne Rußlands und Österreichs in der europäischen Türkei tritt er im Bunde mit Holland in England und Schweden für die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts zugunsten der Türkei ein, wie vor ihm Friedrich der Große. Die schwere Erschütterung Österreichs durch den Aufstand in Belgien und in Ungarn läßt Preußen für eine Befestigung seiner deutschen Stellung unbenuzt. Als Leopold II. die Pläne seines Vorgängers Joseph II. aufgibt, wird der Fürstenbund gegenstandslos und zerfällt. „Die Ergebnisse sind also für Deutschland lediglich negativ: Der Verzicht auf jede Reform der Reichsverfassung, die Lockerung des von Friedrich begründeten Verhältnisses zwischen Preußen und Rußland, eine scharfe Spannung zwischen Preußen und Österreich und das tiefe Mißtrauen der Wittelsbacher gegen die österreichische Politik.“

Verzicht
auf Reichsreform

Dynastische
Gegensätze
in Deutschland

Österreich im Südosten bildet zwar eine durch die Donau verbundene geographische Einheit, mit der auch das zum Elbgebiet gehörige böhmische Festungsland eng zusammenhängt, zusammengehalten durch das Wiener Becken mit der Hauptstadt Wien, die die kürzesten Verbindungslinien von den einzelnen Ländern her aufnimmt. Aber der größte Teil des österreichisch-ungarischen Staates liegt außerhalb der deutschen Reichsgrenze, ist außerdem durch die verschiedene Nationalität seiner Völker (Deutsche, Niederländer, Oberitaliener, Ungarn und Slaven) in seinem staatlichen Zusammenwachsen sehr behindert (vgl. Aufstände in den Niederlanden und Ungarn). Die Versuche Josephs II., seine kaiserliche Macht zu stärken, scheitern am Widerstande Preußens. Die Erzbischöfe von Köln, Mainz, Trier, die gemeinsam in der Emser Punktation gegen den Papst ihre selbständige Gerichtsbarkeit zu behaupten versuchen, müssen sich Rom fügen, da der Kaiser diese Bewegung zu einer deutschen Volkskirche nicht unterstützt. Vergewagt man sich die Kleinstaaterei im übrigen

Österreichs Stellung
zum
Deutschen Reiche

Das Deutsche Reich
eine Fürstenrepublik

Reiche, die Zerrissenheit und Zersplitterung (besonders im Westen) in zahllose kleinere und größere Gebiete, die selbst wieder oft weit auseinander liegen, so begreift man die Unfähigkeit zu verwaltungsmäßiger, militärischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, die steigende Auflösung und politische Ohnmacht des Reiches. Die „Fürstenrepublik“ hat man es bezeichnet. Überall regieren die Fürsten absolutistisch, nicht überall mit dem Verantwortungsgefühl eines Friedrichs des Großen oder Josephs II. In rein privatrechtlicher Auffassung ihrer Stellung und in Ermangelung des Pflichtgefühls leben sie oft lediglich ihren Vergnügungen, verlangen von ihren Untertanen unerhörte Leistungen, treiben einen oft schwungvollen Soldatenhandel (Karl Eugen von Württemberg, Karl von Braunschweig, Friedrich von Hessen-Kassel).

Während in diesen Ländern Verarmung und gänzliche Rechtlosigkeit die Folgen sind, haben die aufgeklärten Fürsten nach dem Vorbild Friedrichs des Großen sich um ihre Länder verdient gemacht (die große Landgräfin Karoline von Darmstadt, Friedrich August von Sachsen, Karl August von Sachsen-Weimar).

Die Residenzen der Kurfürsten wurden Stätten hoher Kultur, Weimar die Stadt Goethes, Herders, Wielands und Schillers. Politisch gesehen sind die Ergebnisse rein negativ.

XX. Zertrümmerung des alten Reiches. Frankreichs europäische Machtpolitik und Vormachtstellung 1792—1805.

1. Der Rhein — Deutschlands Grenze 1797—1801. Die Säkularisationen 1803.
2. Der Rheinbund. Napoleons Herrschaft.

Die französische Revolution.

In dem Zusammentreffen und Zusammenwirken einer Reihe von tiefgreifenden Ursachen politischer, wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Art entsteht in Frankreich eine Gesamtlage, aus der heraus die Bewegung gegen die unumschränkte Stellung des Königtums zum gewalttätigen Durchbruch kommt und eine neue Epoche der Weltgeschichte eröffnet.

Die französische
Aufklärung

Die französische Revolution ist als geistige Bewegung durch die Gedanken und Schriften der „Aufklärung“ vorbereitet, die ihrerseits von der Renaissance und dem von ihr geforderten Recht der Persönlichkeit auf Selbständigkeit und Selbstbestimmung ausgeht (Gedankenfreiheit, Duldung). Nicht der Glaube als übernatürliche Offenbarung oder die kirchliche Autorität (Dogma) gibt uns die Wahrheit über alles Bestehende, sie wird vielmehr nur von der Vernunft, der Ratio, gefunden. Aus der Erfahrung schöpft sie die Erkenntnismittel für die Erklärung der Welt.

Der Rationalismus
in England

Dieser Rationalismus findet zuerst in England durch Bacon und Locke seine Ausbildung. Auf denselben Grundlagen der Erfahrungsphilosophie und der Vernunftreligion steht die neue Staatsrechtslehre Lockes, des Begründers der Idee der Volkssouveränität und des Parlamentarismus. Auch der Staat wird vernunftgemäß

erklärt, die geschichtliche Entwicklung dabei völlig außer acht gelassen. Nach dem Naturrecht sind alle Menschen von Natur her gleich frei, durch einen Vertrag begeben sich die Einzelmenschen ihres Rechtes zugunsten der Staatsgewalt. Vom Volke also hat der Staat seine Gewalt. Gegen die Verletzung von Freiheit und Eigentum aber besteht das Recht des Widerstandes.

Naturrechtliche
Staatsauffassung

In Frankreich durchdringt diese rationalistische Gedankenwelt die philosophische Weltbetrachtung und alle Lebensgebiete. Die englische Gewaltenteilung, wie sie Locke als vernunftgemäß zu erweisen sucht, übernimmt Montesquieu. Die Lehre von der Teilung der Staatsgewalt in eine gesetzgebende, ausführende und richterliche ist für die amerikanische und französische Revolutionsverfassung maßgebend. Es verbinden sich damit Forderungen der vernunftgemäßen Verehrung eines höchsten Wesens, der religiösen Duldung, eines vernunftgemäßen Sittengesetzes (Deismus; Voltaire).

Gewaltenteilung

Rousseau gründet in seinem *contrat social* den Staat auch auf die Volkssouveränität, die die vollziehende Gewalt ein- und absetzt. Aber die Herrschaft der Vernunft bekämpft er. An ihre Stelle tritt bei ihm das Gefühl. Nicht Verstandeskultur erhöht die Menschen, sondern Rückkehr zur Natur. Damit können alle sittlichen, wirtschaftlichen und sozialen Nöte überwunden werden, denn alle Menschen sind im tiefsten Wesen gleich. In den pietistischen Strömungen der Theologie, im Sturm und Drang der Dichtkunst, in der Philosophie Kants gewinnen die Kräfte Leben, die den Rationalismus überwinden.

Rousseaus
Contrat social

Kritik an den bestehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen lag allzu nahe: Die äußere Politik des Ancien Régime hatte mit ihrer doppelten Zielsetzung die Kräfte des Landes überspannt, sie hatte aber nicht nur keine Erfolge gebracht, vielmehr den Verlust des großen Kolonialreiches in Nordamerika und den Zusammenbruch der französischen Eroberungspolitik (Friede 1697 zu Ryswyk, 1713 zu Utrecht, 1763 zu Paris). Dagegen hat Frankreichs schlimmster Gegner England die Überlegenheit zur See gewonnen. Frankreichs Vorherrschaft auf dem Festlande haben die Niederlagen im siebenjährigen Krieg erschüttert. Das alles geht zu Lasten des Ancien Régime.

Mißerfolge
der französischen
Außenpolitik

Wie in der Außenpolitik ein Mißverhältnis zwischen den gegebenen Machtgrundlagen und den verfolgten Zielen offenkundig ist, so haben sich im Innenleben des Staates unerträgliche Spannungen entwickelt.

Ähnere
Schwierigkeiten
in Frankreich

Die Verwaltung des Landes ist am Hofe des Königs straff zentralisiert, seine absolute Herrschaft setzt an die Stelle des mittelalterlichen Lehns- und Ständestaates den modernen nationalen Einheitsstaat, indem er den weltlichen und geistlichen Herren ihre Hoheitsrechte nimmt und so alle feudalen Teilgewalten aufhebt. Trotzdem läßt er dem Adel seine sozialen und wirtschaftlichen Rechte und seine ausgedehnten Besitzungen. Da diese ursprünglich nur eine Entschädigung für die Übernahme öffentlicher Dienstleistungen waren, nach deren Fortfall aber doch bestehen blieben, so

5

haben sie ihre Berechtigung verloren, sind also ungerecht. Unbillig erscheint auch die Bevorzugung des Adels im Heere und am Hofe. Besonders bitter empfindet man seine völlige Freiheit von der Grund- und Vermögenssteuer, während der Bauer von der schweren Steuerlast erdrückt wird und der Staat selbst trotz aller Reformversuche aus der Geldnot nicht herauskommt. Gegen die aus dem absoluten Staat überkommene Gesellschaftsordnung kämpft auch das Bürgertum (die Bourgeoisie). Es ist selbst durch die merkantilistische Wirtschaftspolitik des Absolutismus hochgekommen, mit der Entwicklung von Handel und Industrie zu Wohlstand und Geld gelangt. Dem entspricht aber nicht seine gesellschaftliche und politische Geltung. Darum ist es fest entschlossen, diese sich zu erkämpfen.

Politische
Forderungen
des Bürgertums

Der absolutistische Einheitsstaat hat Paris jetzt ganz zum beherrschenden Mittelpunkt gemacht. Mit dem hier vereinigten Heer von Beamten und Truppen wächst die Bevölkerung schnell. Das zieht Industrien an und bringt eine zahlreiche Arbeiterschaft nach der Hauptstadt, die im Jakobinertum der Revolution zur Herrschaft kommt.

Das Proletariat
in Paris

All diese Gegensätze und Spannungen deckt die Aufklärungsliteratur als vernunftwidrig auf und bringt sie in der Revolution zur Entladung.

Die Schwäche des
französischen Königs

Das Königtum weicht Schritt für Schritt vor den Forderungen des „dritten Standes“ zurück und richtet sich selbst mit seiner Nachgiebigkeit zugrunde. Der Geldnot gegenüber selbst ohnmächtig, versammelt der König die seit 1614 nicht mehr einberufenen Generalstände. Als Gegengewicht gegen Adel und Geistlichkeit verdoppelt er die Zahl der Bürgervertreter. Trotz seiner anfänglichen Forderung auf getrennte Beratung und Abstimmung der Stände fügt er sich dem gegenteiligen Beschluß der bürgerlichen Abgeordneten (Schwur im Ballhause), erkennt sie als Nationalversammlung an und nötigt die Vertreter des Adels und der Geistlichkeit, ihr beizutreten.

Constituante 1789

Auch das königliche Heer ist unzuverlässig, der König militärisch ohnmächtig. Die Pariser Volksmasse erstürmt die Bastille (14. Juli 1789). Erhebungen in der Provinz und Bauernaufstände folgen und drängen zu entscheidenden Beschlüssen. In der Nachtsitzung vom 4. zum 5. August werden alle Vorrechte ohne Entschädigung aufgehoben. An Stelle der alten Standesgliederung tritt die Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Der drückende Absolutismus fällt. Die Erklärung der Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit befreit und erhebt die Nation. Das Kirchengut wird eingezogen, die Staatsdomänen werden verkauft zur Deckung der Staatsschulden (John Law), sodann zur Schaffung neuer Bauernstellen. Die Neuverteilung des Landes bringt etwa die Hälfte des Bodens in die Hand mittlerer und kleinerer Bauern. Von den 3—4 Millionen Bauernfamilien hat etwa die Hälfte kaum ein Hektar Land. Da Erbteilungen solcher Wirtschaften unmöglich sind, ist das französische Zwei- und Einkindersystem die natürliche Folge. Frankreich wird das Land der Kleinbürger.

Erklärung
der Menschenrechte

Inzwischen wird die Stimmung in Paris immer bedrohlicher. Man zwingt König und Nationalversammlung, von Versailles nach Paris überzusiedeln. Ihre Beratungen und Entschlüsse kommen unter den Terror der revolutionären Klubs. Mirabeau, der befähigte Führer des tiers état, will eine konstitutionelle Monarchie, stirbt aber schon im April 1791. Der ratlose König entschließt sich zur Flucht, wird aber unterwegs festgehalten. Die Nationalversammlung gibt Frankreich 1791 eine Verfassung: die konstitutionelle Monarchie. Der König nimmt sie an. Die Gewalten werden geteilt (Einkammer-system). Die Volksvertretung hat die gesetzgebende, der König die ausübende Gewalt. Die Geschworenengerichte sind unabhängig.

Konstitutionelle
Monarchie

In der neuen, nicht auf ständischer Grundlage, sondern nach parteipolitischen Grundsätzen gewählten gesetzgebenden Versammlung überwiegen die Republikaner, die gemäßigten Girondisten und die auf die Pariser Massen sich stützenden Jakobiner.

Legislative 1791

Das Eingreifen des Auslandes und die Zwitterstellung des Königs, der den Krieg will, aber auf die Waffenerfolge der Ausländer hofft, um den inneren Feind zu überwinden, macht dem Königtum ein Ende.

Die französischen Emigranten betreiben eine Gegenrevolution mit Hilfe des absolutistischen Europas. Österreich und Preußen befürchten ein Übergreifen der Revolution auf ihre Länder und erwägen ein Eingreifen. Die Girondisten zwingen Ludwig XVI. zur Kriegserklärung gegen die Verbündeten, denn die weltbürgerliche Revolutionsidee drängt auf Befreiung aller unterdrückten Völker („Zeitalter der Ideenpolitik“). Der Angriff der vereinigten Preußen, Österreicher und Emigranten, das drohende Manifest des Herzogs von Braunschweig treibt die Pariser Massen zum Sturm auf die Tuilerien. Der König wird einstweilen des Thrones enthoben, eine allgemeine Volksbewaffnung angeordnet und eine neue Nationalversammlung, der Nationalkonvent, einberufen, um dem Lande die republikanische Verfassung zu geben.

Nationalkonvent
1793

Die Führung geht an die radikalen Jakobiner über. Durch Massensterbe, die der jakobinische Justizminister Danton ruhig geschehen läßt, schüchtern sie die Wähler ein. So kommt es, daß im neugewählten Nationalkonvent die Jakobiner, gestützt auf die Pariser Massen, das Übergewicht haben. Neben ihnen bilden die Girondisten den rechten Flügel der republikanischen Partei im Parlament. Einstimmig erklären sie das Königtum für abgeschafft und Frankreich zur Republik. Der König wird wegen Hochverrats angeklagt, verurteilt und enthauptet (Januar 1793).

Frankreich - Republik

Das Revolutionstribunal und der Wohlfahrtsausschuß sollen die Regierung gegen Versuche einer Gegenrevolution stützen. Das revolutionäre Heer hilft den Nationalkonvent von den Girondisten reinigen. Man beschließt nun eine republikanische, streng zentralistische Verfassung. Sie legt dem Konvent alle Gewalt bei (keine Gewaltenteilung!), ist aber nicht in Kraft getreten.

Das Eingreifen des Auslandes bedroht den Bestand Frankreichs. England bringt die erste Koalition (1793) gegen Frankreich zustande.

Alle Kräfte Frankreichs müssen aufgeboten werden, um dem äußeren und inneren Feind gewachsen zu sein. Man versucht, es durch eine Organisation des nationalen Widerstandes (Carnot: Schreckensherrschaft des Wohlfahrtsausschusses Volksbewaffnung) und eine Schreckensherrschaft im Innern zu erreichen. Ein Vollzugsausschuß aus Mitgliedern des Parlamentes, „der Wohlfahrtsausschuß“, reißt die Diktatur an sich (Robespierre). Die Guillotine räumt schrecklich unter den Gegnern auf. Nach außen vertritt Robespierre rein nationale Ziele: Der Rhein soll die natürliche Grenze sein. Frankreich nimmt damit die Machtpolitik Ludwigs XIV. wieder auf. Rhein- und Scheldemündung werden französisch (batavische und rheinische Republik!).

Nationalistische Außenpolitik

Auflehnung des Bürgertums gegen die Gewaltherrschaft

Aber die Gewaltherrschaft im Innern treibt das Bürgertum zum Widerstand, die Bauern im Lande (Vendée) erheben sich, die Machthaber beargwöhnen sich gegenseitig. Robespierre läßt Danton hinrichten. Dem Widerstand aus den eigenen Reihen und der Gegnerschaft der Gemäßigten erliegt Robespierre endlich. Nach seiner Hinrichtung treten die Girondisten wieder in den Konvent ein. Ein gemäßigtes Regiment beginnt, es behauptet sich, indem es gleich entschlossen einen jakobinischen und royalistischen Aufstand niederschlägt.

Das Direktorium 1795

Die Konsulatsverfassung 1799

Der Konvent gibt Frankreich dann die dritte Revolutionsverfassung, die nach Montesquieus Grundsatz wieder streng die Gewalten trennt. Die Vollzugsgewalt hat ein Direktorium von 5 Männern, die Gesetzgebung haben 2 Kammern: der Rat der 500 und der Rat der Alten (das Direktorium 1795—99). Aber neue Parteikämpfe, der Staatsbankrott, die Bedrängung durch äußere Feinde geben Napoleon die Handhabe zu einem Staatsreich. Er läßt sich zum ersten Konsul machen. (Die Konsulatsverfassung von 1799 ist die vierte Revolutionsverfassung.)

1. Koalitionskrieg 1792-1797

XX, 1. Die Girondisten haben Ludwig XVI. zur Kriegserklärung an Österreich veranlaßt. Mit Österreich ist Preußen verbündet. Gleich Österreich fürchtet es, die Revolution könnte auch im eigenen Lande Fuß fassen. Der Herzog von Braunschweig rückt bis Verdun hin vor, zieht sich aber nach der ergebnislosen Kanonade von Valmy nach dem Rhein zurück. Der französische Gegenstoß dringt bis Aachen vor, Mainz und vorübergehend auch Frankfurt werden von den Franzosen erobert. Nach der Besitznahme Belgiens (der österreichischen Niederlande) durch die Franzosen und der Hinrichtung Ludwigs XVI. tritt auch England dem preussisch-österreichischen Bündnis bei. Wieder hat Frankreich seine alten Gegner Österreich und England gegen sich. England fürchtet, eine Besetzung der flandrischen Küste durch französische Kräfte werde Frankreich wieder die europäische Vormacht in die Hand geben und die Basis für einen Angriff auf England werden. Ein übermächtiges Frankreich ist für England unerträglich. Die englische Forderung, Belgien zu räumen, beantwortet die französische Republik mit der Kriegserklärung. Dumouriez erobert Holland, aber die altgedienten Truppen der Österreicher nehmen den Franzosen

die Eroberungen wieder ab (Mainz!). Jedoch vor den neu aufgestellten Volksheeren (Führer: Hoche, Pichegru, Jourdan) müssen die Verbündeten zurückweichen. Preußen tritt ganz vom Kriege zurück und schließt den Frieden zu Basel 1795, um die Hände gegen Polen frei zu bekommen. Das linke Rheinufer wird den Franzosen gegen eine Entschädigung auf dem rechten Rheinufer überlassen, Holland zur batavischen Republik erklärt. Frankreich erkennt dagegen die Neutralität Norddeutschlands an. Außer der polnischen Frage veranlaßt Preußen der Gegensatz zu Österreich zum Rücktritt. Der folgerichtige Schritt wäre ein Zusammengehen mit Frankreich gewesen. Preußen zieht aber die Neutralität vor und erlebt dadurch ein Jahrzehnt des Friedens (Zeit Schillers und Goethes), aber es arbeitet zugleich der Auflösung des deutschen Reiches und der Aufrichtung einer französischen Herrschaft in Europa vor.

Friede mit Preußen
1795

Napoleon übernimmt 1796 — erst 26 Jahre alt — den Oberbefehl in Italien. Seine geniale militärische Begabung trägt ihn schnell an die Spitze Frankreichs, als Politiker freilich erliegt er seinem grenzenlosen Ehrgeiz, seinem Eroberer- und Herrscherdrang. 1796 macht sich Napoleon in unaufhaltsamem, siegreichem Vormarsch zum Herrn von Oberitalien und rückt auf Wien vor. Seit 1796 ist Spanien im Bunde mit Frankreich und verstärkt seine Mittelmeerstellung. England räumt das Mittelmeer. Bei St. Vincent 1797 glückt Nelson freilich ein glänzender Sieg über die französische Flotte. Inzwischen zwingen aber Napoleons Siege Österreich zum Frieden von Campo Formio (1797). Gegen die Anerkennung der Cisalpinischen Republik und die Abtretung der Niederlande und des linken Rheinufers erhält Österreich Venedig. Die deutschen Fürsten sollen für ihre linksrheinischen Gebietsverluste durch geistliches Gebiet östlich des Rheins entschädigt werden, worüber in Rastatt nähere Entscheidungen getroffen werden sollen. „Frankreich ist Meister bis zum Rhein, Gebieter der batavischen, der cisalpinischen und ligurischen, bald auch der römischen und der helvetischen Republik, fortgesetzt im Bunde mit Spanien“ (Schäfer).

Napoleon

Friede mit Österreich
1797

Für England ist die Lage recht bedrohlich. Es steht nur noch allein von den Koalitionsmächten gegen Frankreich im Felde. Frankreich aber bedroht von der Rheinmündung die englische Gegentüste und hat mit seinen Eroberungen in Italien eine entscheidende Machtstellung im Mittelmeer gewonnen.

Die Gegner:
England - Frankreich

Ein direkter Angriff auf England kommt nicht zur Ausführung. Napoleon entschließt sich dagegen, Ägypten zu besetzen, um England in seinem indischen Besitz zu bedrohen. Die Überfahrt glückt, durch Zufall entgeht er der englischen Mittelmeerflotte, die Mameluken werden in der Schlacht bei den Pyramiden geschlagen, Ägypten wird unterworfen. Die Türkei erklärt den Krieg an Frankreich und verbündet sich mit Rußland und England. Die Angriffe auf die Türken bricht Napoleon vor Akkon ab. Aber Nelsons Sieg bei Abukir schneidet dem französischen Heer die Rückkehr ab.

Rußland will die Aufrechterhaltung des Zustandes im Osten, tritt

Der 2. Koalitions-
krieg 1798-1801

für die französischen Emigranten und den Malteserorden ein und bekämpft die Umtriebe der Franzosen in Polen. Österreich ist bestrebt, Frankreich aus Italien zu verdrängen. So kommt es zur 2. Koalition zwischen Rußland, Österreich und England (1798-1801).

Große Erfolge der Verbündeten in Norditalien, innere Unruhen in Frankreich veranlassen Napoleon zur Rückkehr nach Paris ohne sein Heer.

Abtretung des
linken Rheinufers
1797 und 1801

Zunächst befestigt er seine Stellung und läßt sich nach gewaltsamer Beseitigung des Direktoriums zum ersten Konsul mit diktatorischer Gewalt machen (1802 lebenslänglich). Die siegreichen Schlachten bei Marengo und Hohenlinden führen zum Frieden zu Lunéville (1801), der den von Campo Formio bestätigt. England ist wieder isoliert, es erklärt sich im Frieden zu Amiens bereit, alle seine Eroberungen in der außereuropäischen Welt wie im Mittelmeer herauszugeben, bis auf das bisher holländische Ceylon und Trinidad.

Entschädigung der
deutschen Fürsten

Der Reichsdeputationshauptschluß von Rastatt 1803 entschädigt die deutschen Fürsten nach den Weisungen Frankreichs durch säkularisierte geistliche Gebiete und Zuweisung kleinerer Reichsstädte. Napoleons Absicht ist es, die Kaisermacht zu erschüttern. Dem dient die Aufhebung der geistlichen Fürstentümer, darum bildet er Mittelstaaten, die als Bundesgenossen wertvoll sein können, aber zu schwach sind, um ohne Anlehnung an eine Großmacht (Frankreich) etwas zu bedeuten. Baden, Württemberg, Bayern bekommen in Süddeutschland den größten Gebietszuwachs. In Norddeutschland vergrößert er Preußen etwa um das Sechsfache seines ehemaligen linken Rheinbesitzes, um in ihm eine Stütze gegen das englische Hannover zu bekommen.

3. Koalitionskrieg
1805

2. Frankreich selbst stört aber den Frieden auf dem Festlande und besetzt Hannover. Auch England sind seine in Amiens gemachten Zugeständnisse bald leid. Es weigert sich, Malta zu räumen, worauf Napoleon wegen der Bedeutung der Insel für die Mittelmeerbeherrschung gerade großen Wert legte. Es ging um alles. Ein siegreiches Frankreich würde nicht nur England, sondern ganz Europa in Knechtschaft schlagen. So kämpft England für die eigene Existenz und Machtstellung, ebenso für die Freiheit der übrigen europäischen Mächte. Napoleon scheint eine Landung in England beabsichtigt zu haben. Rußland fühlt sich in seinen Interessen durch das Einrücken Napoleons in Neapel bedroht, da von Apulien aus der Balkan gefährdet ist. So kommt die dritte Koalition zwischen England, Rußland, Österreich zustande (1805).

Englands Seesieg
und Seeherrschaft

Nelson siegt zwar 1805 bei Trafalgar und sichert damit die englische Herrschaft zur See; auf dem Festlande aber erreicht Napoleon den Höhepunkt seiner Erfolge mit dem Feldzuge von 1805 und seinem Siege in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz (konzentrischer Angriff, Vernichtungsstrategie, überraschender Übergang von der Verteidigung zum Angriff). Der Friede zu Preßburg 1805 kostet Österreich zum ersten Male Teile seiner

Erblände: Tirol, Vorderösterreich, Vorarlberg. Tirol bekommt Bayern, Oberschwaben fällt an Württemberg, der Breisgau und Konstanz an Baden. Bayern und Württemberg werden Königreiche, Baden Großherzogtum. Die kleinen weltlichen Fürsten werden mediatisiert, das bedeutet wieder Machtzuwachs für die Mittelstaaten.

Die süd- und westdeutschen Mittel- und Kleinstaaten machen jetzt dem alten deutschen Reiche mit der Gründung des Rheinbundes 1806 ein Ende. In ihm vereinigen sich 16 Reichsstände, die sich als souverän erklären und unter französisches Protektorat treten, in Wirklichkeit aber französische Untertanen werden. Kaiser Franz II. legt die römische Kaiserkrone nieder und nennt sich hinfort „Kaiser von Österreich“. Napoleon hatte sich 1804 zum erblichen Kaiser der Franzosen wählen lassen.

Der Rheinbund -
Ende des alten
deutschen Reiches
1806

Die geistlichen Gebiete, die vielen kleinen und kleinsten staatlichen Bildungen, reichsfreie Grafen und Ritter, die reichsfreien Städte (bis auf 5) sind verschwunden, die unerträgliche staatliche Zersplitterung im Westen Deutschlands ist beseitigt. Unfreiwillig hat Napoleon einem Neubau des Deutschen Reiches vorgearbeitet.

XXI. Preußens Zusammenbruch 1806—1807. Frankreich auf der Höhe seiner Macht. Napoleons Ende.

1. Die Unglücksjahre 1806/1807.
2. Napoleons Weltpolitik. Der Umschwung 1812.
3. Befreiungskriege 1809 und 1813. Der Herbstfeldzug 1813.
4. Die Feldzüge in Frankreich und Belgien 1814—1815.

1. Der Neutralität Preußens verdankt es Napoleon, so schnell die Auflösung des Deutschen Reiches erreicht zu haben. Von zwei Seiten bald umworben, bald bedroht, von Frankreich im Westen, der russischen Macht (Alexander I.) im Osten, ist Preußen in eine in der Tat außerordentlich schwierige Lage geraten. Der preussische König Friedrich Wilhelm III. kann sich zu keinem festen Entschluß durchringen, in einer neutralen Haltung sieht er den besten Ausweg. Für Napoleon ist Preußen wegen seiner Segnerschaft zu Österreich und Hannover-England wertvoll. Mit Preußen allein hat Napoleon darum noch nicht die Waffen gekreuzt. Rußland drängt Preußen vergeblich zum Anschluß an die Koalition. Als Friedrich Wilhelm sich endlich dazu entschließt, ist es zu spät. Bei Austerlitz ist die Entscheidung gefallen. Der Schönbrunner Vertrag (Haugwitz) ist eine schmachliche diplomatische Niederlage.

Folgen
der Neutralität
Preußens

Von einem neuen direkten Angriff auf England sieht Napoleon ab, er sucht vielmehr, wie bisher, seine Stellung auf dem Kontinent auszubauen. Mit Preußen schließt er ein Schutz- und Trugbündnis, behandelt es aber trotzdem mit ausgesuchter Rücksichtslosigkeit. Das eben an Preußen überlassene Hannover (gegen Abtretung von Kleve und Ansbach) bietet er wieder England an. Friedrich Wilhelm hat nur die Wahl, auf jegliche Handlungsfreiheit zu ver-

Ausbau
der französischen
Kontinentmacht

zichten und ganz Werkzeug Napoleons zu werden, oder sich mit Waffengewalt gegen die französische Herrschaft zu wehren. Napoleon verlangt von Preußen energische Abrüstung. Das preußische Ultimatum an Napoleon, Süddeutschland zu räumen, bedeutet den Krieg. Doch den rechten Augenblick dazu hat Preußen verpaßt; Aussicht auf Erfolg ist nicht vorhanden. Preußen steht allein. Nur Rußland befindet sich noch im Kriegszustande, kann aber zunächst kein Heer zu Hilfe senden. Von den mitteldeutschen Staaten treten Sachsen, Hessen-Kassel, Braunschweig und Weimar auf preußische Seite, ohne eine wirksame Hilfe zu sein. Preußens Heer und Staat brechen mit der Niederlage bei Jena und Auerstädt zusammen.

Zusammenbruch
des absolutistischen
Preußens

Das französische Heer war nicht nur zahlenmäßig überlegen, es hatte vor allem eine geniale Führung und war kampferprobt. Dem preußischen Staat fehlte jegliche Widerstandskraft. Es war noch der absolutistische Staat der herrschenden Dynastie, die innere Bindung des Volkes an den Staat fehlte; die unter der Einwirkung der französischen Revolution stehende deutsche Aufklärung hatte ein Nationalgefühl zu wenig aufkommen lassen. Ein wirklich inneres Staatsleben war nicht vorhanden. Bei aller Kopflosigkeit, der Flucht des Heeres, den traurigen Festungskapitulationen sind Gestalten wie Blücher, Scharnhorst, Nettelbeck, Courbière doch Beispiele großen persönlichen Heldentums.

Alexanders russische Bundesgenossenschaft war sehr unzuverlässig. Als Friedrich Wilhelm nach der russischen Niederlage bei Friedland vom Zaren im Stich gelassen wird und von Napoleon bis in den äußersten Winkel Ostpreußens zurückgedrängt ist, schließt er den Frieden zu Tilsit. Preußen wird aufs tiefste gedemütigt (vergeblicher Bittgang der Königin Luise), das ganze Land westlich der Elbe muß abgetreten werden. Daraus wird mit Kurhessen, Braunschweig und Hannover ein Königreich Westfalen gebildet, das Napoleon seinem Bruder Jérôme gibt. Die polnischen Gebietsteile Preußens (außer Westpreußen) kommen an die Wettiner (Großherzogtum Warschau). Preußen bleibt nur ein Pufferstaat zwischen Frankreich und Rußland und muß sich zur Zahlung einer schweren, nicht bezifferten Kriegskontribution verpflichten, bis zu deren Erledigung die preußischen Festungen besetzt bleiben.

Preußen -
ein Pufferstaat
Napoleons

2. Napoleon ist auf dem Höhepunkt seiner politischen Macht. Der Tilsiter Friede bahnt ein Bündnis Frankreichs mit Alexander von Rußland an; Alexander läßt sich von der Aussicht leiten, mit Napoleon die Herrschaft Europas zu teilen. Napoleon überläßt ihm darum das polnische Bialystok und willigt in die Eroberung Finnlands und der Donaufürstentümer. Für Napoleon ist das Entscheidende ein Bündnis der europäischen Festlandmächte gegen die englische Seemacht, die seit Nelsons Sieg bei Trafalgar die unbestrittene Herrschaft zur See hat. Dieses Zusammengehen der Festlandmächte verdrängt den politischen Einfluß Englands vom Kontinent. Da Napoleon sich nicht getraut, England in seiner Inselage direkt anzugreifen, so will er es wirtschaftlich schädigen und womöglich niederzwingen. Darum verhängt er 1806 die Kontinental-

Kontinentalpolitik
gegen England

sperre über England. Dem Verbot des Handels mit englischen Waren und der Blockade Englands folgen englische Gegenmaßnahmen. Napoleon erreicht gerade das Gegenteil. Hatte er gehofft, Englands Wirtschaft zu vernichten, so leiden vielmehr die europäischen Länder selber am schwersten; überall stockt der Handel; die Länder verarmen, auch der neutrale Handel leidet schwer, und schließlich vermitteln nur englische Schiffe den Warenaustausch. England vermehrt außerdem seinen Kolonialbesitz durch Besetzung französischer, dann holländischer und spanischer Kolonien und festigt dadurch seine Seeherrschaft.

Napoleon sucht die Kontinentalsperre in allen Küstenländern wirksam zu machen. Rußland kann Finnland für sich erobern, in dem dadurch geschwächten Schweden wird nach einer Revolution der französische Marschall Bernadotte Kronprinz. Dänemark freilich kann wegen der englischen Beschießung seiner Hauptstadt und der Wegnahme seiner Flotte das Bündnis mit Frankreich nicht halten. Auch die atlantische und Mittelmeerküste soll England gesperrt werden. Portugal wird darum besetzt (1807), Spanien mit französischen Truppen überflutet, König Karl IV. und sein Sohn Ferdinand VII. zur Abdankung genötigt und verhaftet. Napoleon ruft seinen Bruder Josef von Neapel als König nach Spanien. Etrurien wird mit Frankreich vereinigt (1808). Auch der Kirchenstaat wird aufgelöst (1808), da der Papst sich gegen die englische Aussperrung sträubt; er selbst kommt in französische Gefangenschaft.

Erweiterung der
Kontinentalsperre

Holland, die Nordseeküste, Oldenburg und Lübeck werden französisches Staatsgebiet. Der Fürstentag zu Erfurt (1808) zeigt Napoleon auf dem Gipfel seiner Macht und bekräftigt das Bündnis mit Rußland. Napoleons Bewilligung der russischen Forderungen (Türkenkrieg) zeigt freilich, wie nötig er die russische Freundschaft braucht.

Napoleons
Machthöhe

Das Machtgebiet Napoleons umfaßt ganz West- und Innereuropa. Abgesehen von dem unmittelbaren Herrschaftsgebiet des Kaisers von Frankreich und Königs von Italien verfügt Napoleon als Protektor des Rheinbundes mittelbar über die süd- und norddeutschen Staaten. Die preussischen Festungen haben noch französische Besatzung. — Abhängig von ihm sind auch die Schweiz, Spanien (Josef Bonaparte), Neapel (unter Napoleons Schwager Murat), Schweden (Bernadotte) und das Großherzogtum Warschau. — Verbündete Napoleons sind Dänemark mit Norwegen, Österreich (Heirat mit Maria Luise) und Rußland.

Weltreichpläne
Napoleons

Für seine weltumspannenden Pläne schweben ihm die großen Weltreichbildungen der Vergangenheit, Alexanders des Großen, des Römerreiches, Karls des Großen, vor. Überall aber lastet der Druck seiner Willkürherrschaft schwer auf den Völkern, auch Frankreich selbst leidet unter den harten Folgen seiner Kriege. Die Gefangennahme des Papstes verlezt die Katholiken. Das Nationalgefühl der Völker erwacht zu einem unerwartet zähen, endlich auch siegreichen Widerstand. Entscheidend für den Umschwung wird die völlige Umstellung der russischen Politik.

Nationale
Erhebungen
der Völker

Zuerst ist es Spanien, wo das Nationalgefühl des Volkes gegen die Fremdherrschaft, für den Glauben, gegen die Aufklärung sich erhebt. Napoleon selbst führt Rheinbundtruppen nach Spanien und erobert Madrid, aber im Guerillakrieg kämpfen seine Marschälle unglücklich. Englands Truppen unter Wellington unterstützen die Aufständischen und verdrängen die Franzosen.

Die spanische Volkserhebung ermuntert auch Österreich zum Befreiungskampf (1809). Durch die Niederlage bei Aspern verliert Napoleon den Ruhm der Unbesieglichkeit, doch bei Wagram erliegt Erzherzog Karl. Im Frieden von Wien fällt Salzburg und das Innviertel an Bayern; Rußland erhält die polnischen Erwerbungen Österreichs vom Jahre 1795. Die aus dem österreichischen Besitz an der Adria neugeschaffenen „Illyrischen Provinzen“ drängen Österreich vom Meere ab, unter französischer Oberhoheit werden sie der Schlüsselstein im System der Kontinentalsperre.

In Tirol geht der heldenhafte Kampf (1809) des Bauernvolkes der Berge weiter; für die Freiheit des Volkes, seinen Glauben und sein angestammtes Herrscherhaus führt Andreas Hofer seine Getreuen gegen die bayrisch-französischen Truppen. Doch umsonst, sie unterliegen. Andreas Hofer wird gefangen und als Meuterer erschossen. — Auch durch Norddeutschland geht eine starke nationale Bewegung; es bleibt aber bei vereinzelt, verfrühten, tollkühnen Versuchen: Schill, Ferdinand von Braunschweig. Ebenso regt sich in den Vasallenstaaten der Widerstand, sogar von seinen eigenen nächsten Verwandten erfährt er ihn (König Ludwig von Holland).

Napoleons
Verständigung
mit Habsburg

Napoleon nähert sich jetzt Österreich; Metternich, der Nachfolger Stadions, kommt dem entgegen. Napoleon sieht in der Verbindung mit dem Habsburger Haus eine neue Stütze für seine Kaiserstellung und heiratet darum Maria Luise. Das weckt das Mißtrauen des Zaren.

Umschwung der
russischen Politik

Mit Argwohn sieht Rußland schon durch Begründung des Herzogtums Warschau und seine Vergrößerung durch Westgalizien die polnischen Nationalbestrebungen wachsen. Von der in Aussicht genommenen Teilung der Türkei hat Rußland den Gewinn Konstantinopels erhofft. Der spanische Aufstand drängt diese Entscheidung aber zurück. Napoleon unterstützt sogar im geheimen die Türkei. Als England 1810 auch die ungünstigen Auswirkungen der Kontinentalsperre zu spüren hat, seine Waren nicht absetzen kann, starke Arbeitslosigkeit und soziale Unruhen aufkommen (1811), außerdem Amerika an England den Krieg erklärt (vgl. S. 109), da fürchtet Alexander, England werde früher zum Friedensschluß kommen müssen, als bis die Aufteilung der Türkei erfolgt sei. Gegen Rußlands Balkanpolitik arbeitet auch Österreich, das seit der Verbündung mit Napoleon eine starke Rückendeckung bekommen hat. Da ferner die Folgen der Kontinentalsperre auf die Dauer für Rußland untragbar sind (Preissteigerung für eingeführte Waren, sinkende Preise für Landesprodukte, starke Inflation), so wechselt Alexander seine Politik, schließt mit der Türkei Frieden und öffnet seine Häfen englischen Schiffen.

Napoleon bleibt nichts anderes übrig, will er sich und sein politisches System nicht aufgeben, als Rußland mit Waffengewalt gefügig zu machen.

Inzwischen hat auch der bei Jena und Auerstädt zusammengebrochene friderizianische Staat sich auf neuen Grundlagen aufgebaut. Der Absolutismus hatte das Volk vom politischen Leben ferngehalten, es lebte in ihm nur Untertanensinn, kein Bürgergeist, der auch in Tagen der Not und Gefahr treu zum Staate hält. Das Volk zu solcher Staatsgesinnung zu erziehen ist das Ziel der Stein-Gardenberg'schen Reformen. Stein löst zunächst die bisherige Gebundenheit der Stände und des Bodens (Befreiung der Bauern und des Grundeigentums). Die Selbstverwaltung soll an Stelle der bisherigen Bevormundung Verantwortungs- und Staatsbewußtsein in jedem Bürger heranziehen und den Übergang zum Verfassungsstaat bilden (Selbstverwaltung der Städte vom 19. November 1808). Die Staatsverwaltungsreform, die verantwortliche Fachminister an Stelle der Kabinettsräte setzt, will vor bürokratischer Willkür schützen. Hardenberg beseitigt den Zunftzwang, führt die Gewerbefreiheit ein (freie Konkurrenz!) und reguliert die gutherrlich-bäuerlichen Lasten. Scharnhorst und Sneyenau stellen das Heer auf eine neue nationale Grundlage (Krümpersystem, Volksheer, allgemeine Wehrpflicht). Eine Volksvertretung als krönender Abschluß wird von der Regierung verheißen.

Preußens
Erneuerung

Gleichzeitig mit den politischen Reformen erlebt das Volk eine allgemeine geistige und sittliche Erneuerung, die es für den Befreiungskampf reif macht. Gegenüber dem Weltbürgertum und der Aufklärung kommt jetzt ein starkes Nationalgefühl auf und einigt Volk und Staat. Der deutsche Idealismus und die Romantik, so verschieden sie in ihrer geistigen Einstellung zur Welt und zum Leben sind, führen in Übertragung ihrer Gedanken auf Staat und Recht zu dem gleichen Ergebnis, zum Glauben an die Würde und Freiheit der Menschen, an Volkstum und Vaterland, zum Bewußtsein der Verantwortung und Verpflichtung der einzelnen dem Staate gegenüber (Stein, Scharnhorst, Schiller, Fichte, Schleiermacher, Kleist).

Im glühenden Haß gegen Napoleon einigt, wartet das ganze preußische Volk nur auf den geeigneten Augenblick der Erhebung, und der König Friedrich Wilhelm III., der bei der österreichischen Erhebung die Zeit zum Losschlagen noch nicht für gegeben hielt und auch 1812 ein demütigendes Bündnis mit Napoleon einem übereilten Anschluß an Rußland vorzog, hatte York, dem Führer der preußischen Truppen in dem Napoleonischen Heer, schon Weisungen für den Fall eines russischen Sieges gegeben.

Napoleon
gegen Rußland 1812

Gleich Preußen muß auch Österreich Hilfstruppen für die Große Armee des französischen Kaisers stellen. Vor den 600 000 Mann Napoleons ziehen sich die Russen in das Innere ihres weiten Reiches zurück. Sie opfern ihre Hauptstadt Moskau und lassen sie in Flammen ausgehen. Alexander schlägt einen Frieden auf Grund der Tilsiter Abmachungen aus. Inzwischen kommt der russische Winter heran. Vor diesem schlimmsten Feind muß das gewaltige französische

Heer seinen Rückzug antreten, der bald mit einem völligen Zusammenbruch (1812) endet (Übergang über die Beresina!). Napoleon eilt den Trümmern seines Heeres voraus nach Paris, um ein neues Heer auszuheben.

Preußens
Erhebung 1813

3. Die Weltlage war für eine Erhebung des geknechteten Preußens günstig. Der General York entschließt sich dazu, sein Hilfskorps von den Franzosen zu trennen und schließt die Konvention von Tauroggen (30. Dezember 1812). Der König muß diesem Schritt zunächst seine Genehmigung versagen. Er selbst entzieht sich dem Bereich der französischen Besatzung Berlins und geht nach Breslau und unterhandelt im geheimen mit dem Zaren. Noch glauben die Franzosen, der Aufruf zur Bildung freiwilliger Jägerkorps gelte der Fortführung des russischen Krieges. Die Volkserhebung in Ostpreußen gibt das Zeichen zur Befreiung Deutschlands. Die Russen stehen schon seit dem Januar in Ostpreußen bereit, mitzuhelfen. Der ostpreussische Landtag gibt die letzten verfügbaren Kräfte für die Bewaffnung der Provinz her.

Friedrich Wilhelm schließt mit Rußland den Bündnisvertrag zu Kalisch (28. Februar 1813) und erläßt am 17. März das Landwehrgesetz und den „Aufruf an mein Volk“. „Es ist ein heiliger Krieg.“ Preußen und Russen rücken in Berlin ein. Österreich bleibt zunächst neutral; auch die norddeutschen Staaten (außer Mecklenburg) wagen nicht, sich anzuschließen. Die Opfer des preussischen Volkes sind beispiellos (Feldtruppen allein 5% der Bevölkerung). Trotzdem Napoleon bei Großgörschen und Bautzen Sieger bleibt, schließt er den Poischwitzer Waffenstillstand ab in der Hoffnung auf ein Bündnis mit Österreich.

Abfall der
franz. Vasallen

Metternich stellt Österreich aber an die Seite Preußens, da er von Napoleon kein Entgegenkommen auf seine Wünsche (Wiederherstellung der Donaumonarchie) findet. Bayern verläßt die Sache Frankreichs (2. Oktober: Bündnis mit Österreich zu Ried), Schweden verbindet sich mit Preußen (Bedingung: Besetzung Norwegens für Verzicht auf Finnland), England zahlt Subsidien.

Die Völkerschlacht bei Leipzig (16. bis 18. Oktober) vernichtet mit einem Schläge Napoleons Weltmacht, der Rheinbund bricht zusammen, die entthronten Fürsten kehren zurück.

4. Metternich ist bereit, nach Maßgabe des früheren europäischen Gleichgewichts mit dem Rhein als Grenze Frieden zu schließen. Da Napoleon aber ablehnt, beginnt nach wochenlangen Verhandlungen der Verbündeten untereinander der Vormarsch auf Paris. Am 31. März 1814 halten Friedrich Wilhelm und Alexander in der französischen Hauptstadt ihren Einzug. Napoleon wird entthront und erhält die Insel Elba als souveränes Fürstentum. Der Bourbone Ludwig XVIII. wird französischer König. Im ersten Pariser Frieden behält Frankreich die Grenzen des Jahres 1792 und damit alles eroberte deutsche Gebiet bis zum Rhein. Alle weiteren Fragen soll der Wiener Kongreß regeln.

Da flammt der Krieg abermals auf. Denn überraschend landet Napoleon in Frankreich. Die Truppen strömen ihm zu. Aber Wellington

und Blücher bereiten ihm die endgültige Niederlage bei Belle Alliance (18. Juni 1815). Zum zweiten Male rücken die verbündeten Engländer und Preußen in Paris ein. Ludwig XVIII. kehrt zurück. Napoleon wird als Gefangener nach St. Helena gebracht.

Der zweite Pariser Friede verlangt von Frankreich eine Kriegsentschädigung, die geraubten Kunstschätze, Landau und das Saargebiet. Frankreich bekommt also die Grenzen vom Jahre 1790.

2. Pariser Friede
1815

Der Wiener Kongreß soll das gestörte europäische Gleichgewicht wiederherstellen.

XXII. Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts auf dem Wiener Kongreß.

1. Neuordnung Mitteleuropas 1815. Der Deutsche Bund.
2. Metternichs Mitteleuropa-Idee.

1. Das napoleonische Weltreich ist mit der Abdankung Napoleons ebenso schnell, wie es unter seiner gewaltigen Kraft und der Wucht seiner ungeheuren Taten erstanden war, auch zusammengebrochen. Das Ziel des absolutistischen Frankreichs, Aufrichtung einer festländischen Vorherrschaft, hatte er zu einem Weltmachtstreben erweitert und ganz Europa in seinen Dienst zu stellen versucht. Aber die unter der Knechtschaft erwachende nationale Leidenschaft vereint die Völker Europas zu gemeinsamem Widerstande und Kampfe und sprengt die unzeitgemäßen Fesseln. Ein neues europäisches Gleichgewicht bildet sich unter den Großmächten: England, Rußland, Osterreich, Preußen und Frankreich. Allein Frankreich hat an Macht eingebüßt, alle anderen aber haben gewonnen.

England Sieger
im Kampf um die
Welt Herrschaft

Vor allem gilt das für England. Es ist der eigentliche Sieger in diesem Ringen. Auf dem Meere und in den Kolonien ist seine Herrschaft seit der Schlacht bei Trafalgar unangefochten (Besetzung von Malta, Ceylon, Kapland, Helgoland), vom Festlande hat es seit dem endgültigen Zusammenbruch der französischen Angriffsstellung (Schlacht bei Belle Alliance) keine Gefahr zu befürchten. England wird Weltmacht.

Das Imperium einer europäischen Vormacht ist erledigt, die Zukunft gehört den Nationalstaaten und den Nationalreichen. Innere Gegensätze, das Drängen nach einer Verfassung und ihre Bekämpfung durch die alten dynastischen Staatsgewalten bestimmen die Entwicklung der Zukunft.

Frankreich läßt man die Rheingrenze, es behält damit seine Eroberungen bis zum Jahre 1790. England und Rußland wollen mit dieser Rücksicht auf die nationale Empfindlichkeit des französischen Volkes die wiederaufgerichtete Bourbonenherrschaft stützen.

Das neue europäische Gleichgewicht

Osterreich hat schon früher die Oberheinstellung und den Grenzschutz des Reiches im Westen aufgegeben und will lieber seine Donau- und Balkanstellung ausbauen. Metternich nimmt Tirol, Kärnten, Krain zurück und stärkt seine italienische Stellung durch Venetien und die Lombardei; der Po und Tessin bilden die Grenze.

In Parma, Modena und Toskana regieren habsburgische Nebenlinien. Österreichs Wünschen auf die Donaufürstentümer arbeitet freilich die russische Politik entgegen. Im Osten bleiben die Grenzen von 1809. Österreich läuft mit dieser Politik Gefahr, seinen Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Staatslebens zu verlieren. Eine Auseinandersetzung mit Preußen wird unvermeidlich.

Rußland erhält bei der Neugestaltung Mitteleuropas Polen, indem es die preußischen und österreichischen Erwerbungen aus der zweiten und dritten Teilung Polens übernimmt (außer Danzig und dem Großherzogtum Posen). Der Zar glaubt die polnische Sympathie mit der Erneuerung des polnischen Königreichs zu gewinnen, dessen Krone er sich selber aufsetzt. Die Erwerbungen im Westen seines Reiches (Finnland 1810, Bessarabien 1812), seine Besitzungen in Asien und Amerika (Alaska 1821) stärken Rußlands Stellung; es hat für einige Zeit die Führung in Europa.

Die glänzende Persönlichkeit Alexanders ist die Seele der *Heiligen Allianz*, die die Monarchen von Österreich, Rußland und Preußen (1815) zur Wahrung des 1815 geschaffenen Gleichgewichtes, der bestehenden gottgewollten Zustände abschließen. Sie bestimmt den reaktionären Zug der auf 1815 folgenden inneren Staatsentwicklung. Neben Alexander ist Metternich der führende Vertreter dieser Anschauung. Er mußte die nationalen und konstitutionellen Bestrebungen ablehnen, weil sie Auswirkungen der französischen Revolution waren und den eigenen Staatsbestand gefährdet haben würden, da Österreich so viele Nationalitäten in seinem Staatsgebiet beherbergte.

Aus den früheren österreichischen Niederlanden und der Republik der Vereinigten Niederlande bildet man das *Königreich der Vereinigten Niederlande* trotz so großer religiöser, wirtschaftlicher und völkischer Gegensätze. England hat vor allem ein großes Interesse daran, auf dem ihm gegenüberliegenden Festlande einen Pufferstaat gegen etwaige Eroberungsgelüste Frankreichs aufzurichten.

Schweden verbindet sich mit Norwegen in Personalunion. Dänemark erhält als Entschädigung für Norwegen das Herzogtum Lauenburg.

Die von Napoleon verjagten Fürsten kehren in ihre Länder wieder zurück, auch der Papst erhält den Kirchenstaat zurück.

Wiederaufrichtung
der Fürstenherrschaft
in Deutschland

Die Sehnsucht nach einem neuen deutschen Reiche blieb unerfüllt. Die Befreiungskriege, die Besinnung auf das eigene Volkstum, die Dichtung der Freiheitskriege, die Romantik und die neue deutsche Altertumswissenschaft hatten das vaterländische Empfinden aufgerüttelt und das Verlangen nach nationalstaatlichem Leben mächtig angeregt. Es wird bitter enttäuscht. Der *Deutsche Bund*, der an die Stelle des Deutschen Reiches tritt, ist nur ein ganz loses Gefüge, ohne jegliche Kraft, das die Bezeichnung eines Staates nicht verdient.

Metternichs Mitteleuropa-Idee.

In diesem Ringen um eine Neuordnung Europas nimmt die Vorstellungswelt des österreichischen Staatsmannes einen hervorragenden Platz ein, weil sie nach der Zerstörung der alten Organisationsform der europäischen Mitte und nach

dem Scheitern der napoleonischen Zusammenfassung Europas wieder ein Gleichgewicht der europäischen Kräfte und damit eine Befriedung Europas auf weite Sicht anstrebte.

Metternich sieht Europa in einer natürlichen Dreigliederung: Westen, Mitte und Osten.

Der Westen personifizierte sich ihm staatlich durch Frankreich, der Osten durch Rußland, das Zentrum vor allem durch Österreich und Preußen. Rußland hält er durch sein schreckliches Klima gegen die Mitte geschützt, Frankreich besitzt eine starke Barriere in dem Rhein (den der Staatsmann nach älterer Weise als völkertrennend, nicht als völkerverbindend ansah) und in seinem dreifachen Festungsgürtel. Die Flankenmächte bedrohen dauernd die Mitte, die geopolitische Aufgabe der Mitte ist das Auseinanderhalten der großen Flügelstaaten Europas: „Ost, West und Mitte sind in ihrer Sicherheit wechselseitig durch ihre Stärke, Blüte und Ruhe bedingt.“

Als nicht zu Mitteleuropa gehörig erscheinen Metternich die baltischen Länder, die Donaufürstentümer Moldau und Walachei sowie der gesamte Balkan, ferner im Westen Elsaß-Lothringen und die Niederlande; die Schweiz verweist er in den Gürtel der Schutzzone um den Mittraum, ebenso Norditalien. Italien selbst ist für ihn mitteleuropäisches Anhängsel. Der skandinavische Norden hat gleichfalls eine Schutz Aufgabe, die Abwehr einer russischen Umklammerung Mitteleuropas. Die Mitte hat auch eine defensive gesellschaftspolitische und kulturelle Mission zu erfüllen. Sie soll die von Frankreich ausgehenden kulturellen, unchristlichen Umsturzbestrebungen und die durch Rußland verkörperte Barbarei und Unkultur des Ostens abwehren, sie soll die Eigentümlichkeiten der natürlichen und geschichtlichen Völker- und Staatenentwicklung Mitteleuropas vor den geistigen Ausströmungen der Revolutionszeit, der nationalstaatlichen und freiheitlichen Idee westlicher Staatsauffassung in gleicher Weise wie vor dem despotischen Absolutismus des Ostens schützen. Einheit und Vielheit in harmonischer Vereinigung, Föderalismus mit kraftvollem Einheitsband ist nach Metternichs Meinung die der Zentralzone Europas allein angemessene Organisationsform. In ihr hat die erhaltende Gewalt unbedingt das monarchische System zu bewahren, aber alle geschichtlich gewordenen, wohlverworbenen Rechte der Stände und sonstigen korporativen Lebenskreise gleichermaßen zu achten.

Das Herz Europas und im besonderen der Führer und Wächter Mitteleuropas ist Österreich. Aber die Mitte Europas bedarf der Einigkeit und Stärke beider deutschen Großmächte. Hierin nun, in dieser Anerkennung der Doppelheit deutscher Führermächte, Österreichs und Preußens, und der Notwendigkeit einigsten Zusammenstehens der beiden Mittelmächte, in dem völligen Opfern des österreichischen Revanchegedankens möchten wir eines der epochalsten Elemente der Metternichschen Mitteleuropaidée erblicken (Heinrich Ritter von Erbil).

XXIII. Die territoriale Entwicklung Preußens.

1. Preußen 1815. Grenzschutz im Westen gegen Frankreich.
2. Die Mark Brandenburg zur Zeit der Askanier 1134—1320.

Die von Österreich aufgegebene Schutzstellung am Rhein ^{Preußen, der Staat des norddeutschen Flachlandes} gegen Frankreich übernimmt Preußen (vgl. S. 58 u. 63); es wird durch den Wiener Kongreß wieder ein rein deutscher Staat, indem es die ganzen polnischen Erwerbungen (bis auf Westpreußen mit Danzig und Thorn und die Provinz Posen) aufgibt. Dafür erhält es den nördlichen Teil Sachsens, die Rheinprovinz (bleibt aber von der Maas abgedrängt), Teile Westfalens und das schwedische Vorpommern. Ansbach und Bayreuth bleiben bayrisch.

Durch die Abtretung von Hildesheim, Goslar, Ostfriesland und Hannover entsteht aber zwischen der östlichen und westlichen Gebietshälfte Preußens eine noch breitere Lücke, als zuvor bestand. Preußen muß es als sein Ziel betrachten, sein Staatsgebiet zur Einheit zusammenzuschließen.

Preußens
neue Frontstellung
im Westen

Die mittelalterliche Grenzmark der Askanier haben die Hohenzollern zu einer europäischen Großmacht erhoben. Preußen ist in Deutschland selbst der wichtigste Staat, es beherrscht Norddeutschland und schützt mit der Verteidigung seiner Rheinprovinz zugleich Deutschland im Westen, dadurch wird es aber von seiner natürlicheren Aufgabe im Osten abgelenkt.

XXIV. Neubegründung des Deutschen Reiches.

1. Europa nach 1815. Der Deutsche Bund.
2. Der preußisch-hessische Zollverein.
3. Der deutsche Zollverein. Auschluss Österreichs.
4. Kleindeutsche Lösung der deutschen Frage. Der Norddeutsche Bund 1866 bis 1871 und das Deutsche Reich 1871.

Scheitern der
deutschen Einigung

1. Mit der Übernahme der nationalen Verteidigung durch Preußen an Stelle Österreichs wächst der Gegensatz beider Staaten. In dem Dualismus dieser beiden Mächte liegt der tiefste Grund, weswegen es nicht zu einem neuen deutschen Reiche kommt. Freilich auch die Mittel- und Kleinstaaten wollen von ihrer Souveränität nichts aufgeben. Metternich glaubt ferner, ohne Übernahme der Kaiserkrone leichter und besser mit Preußen zur Verständigung zu gelangen. Ein neues Reich mit einem habsburgischen Kaisertum hätte Österreich außerdem wieder zur Wacht am Rhein verpflichtet, während sein Ziel nunmehr in steigendem Maße Ausbau der Donau- und Balkanstellung wurde. Der Föderativgedanke Metternichs fand schließlich im Deutschen Bunde seine Teilverwirklichung. 35 souveräne Fürsten und 4 freie Städte werden Träger des Bundes. Der Bundestag, zu dem die einzelnen Staaten ihre Gesandten schicken, hat in Frankfurt seinen Sitz. Österreich hat den Vorsitz. Die für viele Angelegenheiten geltende Einstimmigkeit der Beschlüsse schließt eine wirklich einheitliche deutsche Politik aus, zumal die kleinen Bundesmitglieder die Königreiche überstimmen können, außerdem deutsche Fürsten zugleich Herrscher in außerdeutschen Ländern (Hannover-England, Holstein-Dänemark, Luxemburg-Niederlande) sind und darum europäische Politik treiben, aber keine deutsche.

Der Deutsche Bund

Die souveränen
Landesfürsten

Die Territorialstaaten sind die eigentlichen Statuten staatlichen und politischen Lebens. Sie sind souverän, nur das Recht, mit dem Auslande Bündnisse zu schließen, ist ihnen ver sagt.

Die
Verfassungsfrage

Zu der Enttäuschung in der nationalen Frage kommt die andere, die die Verfassung betrifft. Die Bundesakte hatte landständische Verfassungen in allen Bundesstaaten verheißen. Aber nur Sachsen-Weimar (1815) und bald darauf die süddeutschen Staaten Bayern, Baden, Württemberg (1818/19) führen eine Verfassung ein, außerdem später Hessen, Hannover und Braunschweig. Aber Österreich und unter Metter-

nichts Einfluß auch Preußen können sich nicht dazu entschließen. Die 1823 in den acht alten preußischen Provinzen einberufenen Landstände haben nur beratende Stimme. Metternich gelingt es auch, gegen die junge liberale und nationale Bewegung der Burschenschafter und Turner auf einer Ministerkonferenz die Karlsbader Beschlüsse durchzusetzen, die die Turnvereine und Burschenschaften verbieten, die Press- und Lehrfreiheit einschränken.

In Italien, Spanien und Portugal kommt es aus den gleichen Gründen zu Unruhen, die aber auf Betreiben der Heiligen Allianz unterdrückt werden (anders in Griechenland, siehe im folgenden), aber ihrem Eingreifen in die Unabhängigkeitskämpfe der lateinischen Kolonien Amerikas widersteht sich der Präsident der Vereinigten Staaten (Monroedoktrin). So erkämpfen die süd- und mittelamerikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit vom Mutterlande. Diese Tatsache, wie die an der orientalischen Frage (Freiheitskampf der Griechen) sich entzündenden Gegensätze bereiten der Heiligen Allianz ihr Ende.

2/3. Für die Aufrichtung eines neuen nationalen Staates ist die wirtschaftliche Einigung unter Preußens Führung wertvollste Vorarbeit gewesen. Die Zollschranken im Binnenlande müssen fallen, soll die wirtschaftliche Lage sich bessern und einen Aufschwung nehmen (Einstromen englischer Waren; Schädigungen der Textilindustrie Sachsens, Schlesiens und des Rheinlandes, Massenauswanderung nach Amerika). Preußen greift zuerst den Gedanken auf, dessen Verwirklichung Friedrich List beim Deutschen Bund vergeblich beantragt hatte. Denn bei der Zersplitterung des preußischen Gebietes erscheint die Zolleinigung besonders geboten, läßt dann auch den zwangsläufigen Anschluß zum mindesten der dazwischen liegenden und angrenzenden Klein- und Mittelstaaten erwarten. Die Niederlegung der Zollschranken schafft ein einheitliches Wirtschafts- und Absatzgebiet. Hessen-Darmstadt schließt sich zuerst dem preußischen Zollverband an (1828), ein Schritt, der damals bezeichnenderweise vielfach als Verrat gebrandmarkt wurde. Die süddeutschen Staaten Bayern und Württemberg hatten dagegen schon 1827 den süddeutschen Zollverein geschlossen. Aus Angst und Neid gegen Preußen bildet sich 1828 noch der mitteldeutsche Handelsverein (Hannover, Oldenburg, Nassau, Kurhessen, Braunschweig, Bremen, Frankfurt, Thüringen und Sachsen); er trennt die beiden preußisch-hessischen Gebietshälften und schiebt sich zwischen Nordost- und Süddeutschland.

Die Annäherung von Bayern und Württemberg (Zollvertrag 1829, noch keine Zolleinigung) an den preußisch-hessischen Zollverein nötigt zuerst Sachsen-Gotha zu einer Verständigung mit Preußen. Der Anschluß Kurhessens 1831 sprengt vollends den Handelsverein.

Durch den Beitritt von Bayern, Württemberg und Sachsen erweitert sich der preußisch-hessische Zollverein am 1. Januar 1834 zum deutschen Zollverein. Baden und Nassau schließen sich 1835, Frankfurt 1836 an. Daneben bleibt als Gegenbund noch der Rest des mitteldeutschen Handelsvereins als Steuerverein bestehen (Lippe-De-

Unabhängigkeit
Lateinamerikas

Wirtschaftliche
Einigung
Deutschlands

Der deutsche
Zollverein 1834

mold bis 1841, Braunschweig und Luxemburg bis 1842, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe bis 1854). Mecklenburg, Lübeck und Schleswig-Holstein treten erst nach ihrem Anschluß an den Norddeutschen Bund 1867 bei, Hamburg und Bremen gar erst 1888.

Abgesehen von diesen Nachzügeln ist Nord- und Süddeutschland 1834 wenigstens wirtschaftlich geeinigt, und zwar unter Preußens Führung. Österreich bleibt jenseits der deutschen Zolllinie. Der Weg für die politische Einigung ist aufgezeigt.

Französische
Julirevolution 1830

Verfassungskämpfe

Sozialistische
Februarrevolution
in Frankreich 1848

4. In Preußen folgt auf Friedrich Wilhelm III. sein Sohn Friedrich Wilhelm IV. Von ihm erhofft man die Einlösung des Verfassungsverprechens und Erfüllung der auf eine neue Reichsgestaltung gerichteten Wünsche. Er verspricht zwar Freiheit, kann sich jedoch zur Einführung einer Verfassung nicht verstehen, „kein beschriebenes Blatt soll sich zwischen König und Volk eindrängen“. Aber immer dringlicher und ungestümer wird das Verlangen nach einer Verfassung. Die fast in allen europäischen Ländern nachwirkende Julirevolution Frankreichs (1830) (Loslösung Belgiens 1830, Volkserhebungen in Italien, Aufruhr der Karlisten in Spanien, Revolution in Polen, Aufstand Mehemed Alis, Parteikämpfe in der Schweiz 1847) ist an den beiden Großstaaten Österreich und Preußen spurlos vorübergegangen. Die norddeutschen Mittelstaaten dagegen bekommen freiheitliche Verfassungen. Die deutsche Bundespolitik bleibt reaktionär: Demagogenverfolgung Metternichs, gestützt auf die Freundschaft mit Preußen und Rußland. Mißmutig und verbittert ziehen sich weite Kreise vom politischen Leben zurück. Aber ein wie starkes Nationalgefühl im Volke lebt, zeigt sich in der aufflammenden Leidenschaft und Begeisterung, als Frankreich 1840 den deutschen Rhein bedroht. („Wacht am Rhein“, „Der deutsche Rhein“.)

Der Ausbruch der französischen Februarrevolution gibt der politischen Entwicklung Europas neuen Anstoß. In Frankreich war 1830 auf die Bourbonenherrschaft das Bürgerkönigtum Louis Philipps (Julirevolution) gefolgt, er nimmt mit der Eroberung Algiers die alte französische Machtpolitik wieder auf: Schaffung eines Kolonialreiches in Nordafrika und Herrschaft über das Mittelmeer (Bündnis mit Mehemed Ali von Agypten) sind die großen Ziele. Aber Mißerfolge in der auswärtigen Politik und die große Unzufriedenheit der Massen führen zum Aufstande des vierten Standes gegen das Bürgertum (Februarrevolution 1848), Frankreich wird wieder zur Republik erklärt.

Sieg des Absolutismus
in Österreich

Auch in Italien kommt es zu Kämpfen für die nationale Einigung und gegen den Absolutismus Metternichs; sie werden aber durch Radetzkis Sieg bei Custozza (1848) niedergeschlagen. Sardinien und Neapel erhalten eine Verfassung. Den aus dem Kirchenstaat vertriebenen Papst führen französische Truppen nach Rom zurück, das seitdem eine französische Besatzung hat. In Österreich selbst wird der Rücktritt Metternichs erzwungen. Die revolutionäre Bewegung kann sich aber nicht halten, sie wird von Windischgrätz unterdrückt, und gegen die auffälligen Ungarn kommt der russische Kaiser dem benachbarten Öster-

reich zu Hilfe, Minister Schwarzenberg kann wieder ein absolutes Regiment aufrichten.

Von den Auswirkungen der französischen Februarrevolution bleiben unter den europäischen Staaten allein Rußland und England unberührt.

Während die Pariser Bewegung 1848 sozialistischen Charakter hat, ist das nationale und liberale Bürgertum Träger der von ihr veranlaßten revolutionären Strömungen in Deutschland. Die Forderungen sind Einheit und Freiheit, Pressfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, gesamtdeutsche Volksvertretung. In Baden vollzieht sich zuerst ein Regierungswechsel. Die meisten Mittel- und Kleinstaaten bekommen neue Märzministerien. In Preußen verspricht der König in Folge der Februarrevolution die regelmäßige Einberufung des vereinigten Landtages und stellt im Patent vom 18. März statt der ständischen Vertretung eine konstitutionelle Verfassung in Aussicht. Trotzdem kommt es durch zwei unglückliche Schüsse zu erbitterten Barrikadenkämpfen in Berlin. Darauf tritt die vom vereinigten Landtag angeordnete preußische Nationalversammlung zusammen, um dem Lande eine Verfassung zu geben; da sie aber ganz unter den Einfluß der Straße und der Linken gerät, löst sie der König (Kampfministerium Brandenburg, militärisches Durchgreifen Wrangels) auf und erläßt durch königliche Verordnung von sich aus eine („oktroizierte“) Verfassung, die im Jahre 1850 in Kraft tritt und bis 1918 in Geltung blieb.

Sie sieht zwei Kammern vor, das Herrenhaus mit erblichen und lebenslänglich vom König ernannten Mitgliedern und das Abgeordnetenhaus, dessen Abgeordnete nach dem Dreiklassenwahlrecht in öffentlicher mittelbarer Wahl bestimmt werden. Für die Gesetzgebung ist Übereinstimmung des Königs und der beiden Kammern notwendig. Der Landtag hat das Steuerbewilligungsrecht, der König die ausübende Gewalt. Er ernennt die Minister, die ihm allein verantwortlich sind. Er ist oberster Heerführer und hat die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Gleichzeitig mit den Kämpfen um die preußische Verfassung drängen die Bewegungen um eine Reform des Deutschen Bundes zur Lösung der deutschen Frage. Das Heidelberger Vorparlament beschließt die Berufung eines deutschen Parlaments. Mit Zustimmung des Bundestages und der Einzelregierungen finden Wahlen für die deutsche Nationalversammlung statt, die dann in der Paulskirche zu Frankfurt zusammentritt. Sie beruht also auf der Forderung und Anerkennung der Volkssouveränität.

Als provisorische zentrale Gewalt an Stelle des deutschen Bundes wählt man den Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser, der aber ohne Macht ist, da ihm Geld und Soldaten und die Anerkennung des Auslandes versagt bleiben.

Die deutsche Nationalversammlung steht vor der wichtigen Entscheidung über den Umfang des Reichsgebietes und den Inhalt der Reichsverfassung. Soll das neue Deutsche

Die deutsche
Revolution 1848

Verfassung
in Preußen

Bundesreform

Die deutsche
National-
versammlung

Reich die ganzen Länder Österreichs aufnehmen, wie es Schwarzenberg erstrebt, oder nur die deutsch-österreichischen Länder nach der Forderung der großdeutschen Partei, oder soll Österreich überhaupt die Führung und Einigung Deutschlands allein Preußen überlassen? (Auffassung der Kleindeutschen.) Eine praktische Lösung scheint vorerst nur im Sinne der Kleindeutschen Partei möglich zu sein.

Verzicht Friedrich
Wilhelms IV.
auf die Kaiserkrone

Auch die Frage der Reichsverfassung, ob unitarisch mit Ausbau einer starken Reichsgewalt (kleindeutsch) oder föderalistisch bei großer Selbständigkeit der Einzelstaaten (großdeutsch), ob parlamentarisch oder konstitutionell, wird im Sinne der Kleindeutschen entschieden. Preußens König soll „Kaiser der Deutschen“ werden. Aber Friedrich Wilhelm IV. lehnt die Kaiserkrone aus den Händen des Volkes (1849) ab und verzichtet auch im Olmücker Vertrage (1850) unter dem Druck Österreichs und Rußlands auf die Unionspolitik, die durch Verhandlungen mit den Fürsten eine Reichsgründung ohne Österreich zustande zu bringen versucht hatte; das Erfurter Unionsparlament findet damit seine schnelle Auflösung.

Machtstellung
Preußens
unter Wilhelm I.

Im wiedereröffneten Bundestag in Frankfurt wird Otto von Bismarck preußischer Gesandter.

Als Prinz Wilhelm 1858 für seinen schwer erkrankten Bruder die Regierung übernimmt, ist es sein wichtigstes Ziel, die Großmachtstellung Preußens zu festigen und Deutschland unter Preußens Führung möglichst ohne Gewalt zu einigen. Bismarck dagegen ist der Überzeugung, es könne nur durch Blut und Eisen geschehen.

Eine Reform des Heeres und seine Vermehrung erscheint unerlässlich, da seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1814) trotz der gestiegenen Bevölkerungszahlen keine neuen Regimenter gebildet sind und darum die Zahl der von der Militärpflicht Befreiten immer größer geworden ist, während die zum Dienst Ausgehobenen bis zum 39. Jahre für den Kriegsdienst verfügbar sein müssen. Ausgleich dieser Unbilligkeit, Schaffung eines schlagfertigen Heeres, Stärkung des Offizierkorps und seines Einflusses ist Ziel der Heeresvorlage.

Kampf zwischen
Krone u. Parlament
in Preußen

Die liberale Mehrheit des Landtages will die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht durch die zweijährige Dienstzeit erreichen und sträubt sich gegen die Einschränkung und Zurücksetzung der Landwehr. (Der Dienst in der Reserve soll von zwei auf vier Jahre erhöht, in der Landwehr von sieben auf fünf Jahre herabgesetzt werden.) Der aus der Ablehnung des Landtages entflammende Kampf wird also ein Kampf des Liberalismus und des Parlaments mit der Krone um die Macht im Staate. Der Landtag verweigert nach zweimaliger einstweiliger Bewilligung der Mittel die weitere Deckung der Kosten. Eine Auflösung des Landtages bringt keine Änderung in der Zusammensetzung. Der König trägt sich schon mit Rücktrittsgedanken. Aber Bismarck, den der König Wilhelm 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten beruft, verhindert es und führt den Kampf mit dem Parlament rücksichtslos durch. Da auch der neugewählte Landtag die Mittel versagt, regiert Bismarck ohne Haushaltsgesetz. Erst nach den

Erfolgen Bismarcks 1866 kommt es zu einem Vergleich zwischen König und Parlament. Bismarck beantragt die nachträgliche Bewilligung der Kosten und erhält mit Hilfe der Nationalliberalen *I n d e m n i t ä t*. Das Budgetrecht des Parlaments ist damit anerkannt.

In der deutschen Frage geht Bismarck sicher seinen Weg. Als die deutschen Fürsten 1863 zu einer Beratung über eine Bundesreform eine Einladung nach Frankfurt ergehen lassen, bestimmt Bismarck den König dazu, fernzubleiben. Der Versuch Österreichs muß dadurch von vornherein scheitern. Durch einen Handelsvertrag mit Frankreich, durch seine Freundschaft mit Rußland (seine Hilfe bei der Unterdrückung des polnischen Aufstandes), durch ein Bündnis mit Italien bestimmt Bismarck die Haltung der Nachbarmächte, die bei der entscheidenden Regelung der deutschen Frage wichtig sein mußte.

Bismarck und die deutsche Frage

Im Kriege um Schleswig-Holstein kämpfen die beiden Rivalen noch einmal Seite an Seite gegen die dänische Vergewaltigung der beiden Herzogtümer und erzwingen die Abtretung Schleswig-Holsteins an Österreich und Preußen (1864). Aber der Streit um die Stellung der Herzogtümer innerhalb des Deutschen Bundes führt den Entscheidungskampf zwischen Österreich und Preußen herbei. Österreich erreicht beim Deutschen Bunde die Erklärung des Bundeskrieges an Preußen, das daraufhin aus dem Deutschen Bunde austritt. Der alte Deutsche Bund ist damit zerbrochen und der kriegerische Austrag der Gegensätze zwischen Preußen und Österreich unvermeidlich (Krieg von 1866).

Nach der Entscheidungsschlacht bei Königgrätz verlieren Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt ihre Selbständigkeit. Samt Schleswig-Holstein gehen sie in Preußen auf, das nunmehr die notwendige Verbindung zwischen seiner östlichen und westlichen Gebiets-hälfte findet und mit der Gründung des Norddeutschen Bundes die Einigung Norddeutschlands vollzieht.

Einigung Norddeutschlands

Weil Napoleon einzugreifen droht, können sich die süddeutschen Staaten noch nicht zum Beitreten entschließen. Unter dem Druck der Kompensationsforderungen Napoleons (Pfalz, Saarbrücken, Mainz) schließen sie aber mit Preußen im geheimen ein Schutz- und Trutzbündnis und stellen sich im Kriegsfall unter Preußens militärische Führung. So ist Deutschland wenigstens militärisch geeinigt, wie es seine wirtschaftliche Gesamtvertretung im deutschen Zollparlament hat, das nur eine Erweiterung des norddeutschen Reichstages durch süddeutsche Abgeordnete ist.

Bündnis mit Süddeutschland

Erst der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 bringt die Gründung des neuen Deutschen Reiches. Die siegreiche Schlacht bei Sedan öffnet den Weg für Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten. Baden, Hessen lassen sich zuerst gewinnen, Bayern und Württemberg erklären sich erst nach langen schwierigen Verhandlungen und unter Wahrung besonderer Reservatrechte im Post- und Heerwesen zum Anschluß bereit. Auf Veranlassung Bismarcks bieten Ludwig II. von Bayern im Namen der deutschen Fürsten und Simson im Auftrage des norddeutschen Reichstages dem preußischen König die Kaiserkrone an. Nach langem Zögern entschließt

König Wilhelm deutscher Kaiser

sich König Wilhelm, dem Wunsche der Fürsten und des Volkes zu entsprechen. Am 18. Januar 1871 wird er in Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen. Endlich hat die Sehnsucht des deutschen Volkes ihre Erfüllung gefunden.

Im Herzen Europas besteht wieder ein mächtvoller Staat, mit dem die Welt zu rechnen hat, während Deutschland in den vorangegangenen Jahrhunderten Tummelplatz der Nachbarvölker und Gegenstand ihrer Eroberungsgelüste gewesen ist.

Das Deutsche Reich
ein Bundesstaat

Die Reichsverfassung beruht auf der des Norddeutschen Bundes und lehnt sich an die Verfassung der Vereinigten Staaten, der Schweiz und die Beratungen im Frankfurter Parlament an. Der Deutsche Bund war ein lockerer, großdeutscher Staatenbund, das neue Deutsche Reich ist ein Bundesstaat mit Ausschluß Osterreichs. Preußen hat vielmehr die Führung, der preussische König ist zugleich deutscher Kaiser, er ernennt den verantwortlichen Reichskanzler, dem wieder die Staatssekretäre in der Leitung der Reichsämtner untergeordnet sind. Der Kaiser vertritt das Reich nach innen und außen; er ist der oberste Heerführer und entscheidet über Krieg und Frieden (bei Angriffskriegen mit Zustimmung des Bundesrates).

Der Bundesrat

Die 26 Einzelstaaten verzichten freiwillig zugunsten des Bundes auf ihre Souveränität, durch ihre bevollmächtigten Bundesratsgesandten lassen sie sich im Bundesrat vertreten, von dessen 58 Stimmen (mit Elsaß-Lothringen 61) Preußen 17 Stimmen hat, wie bisher im Norddeutschen Bunde. Schon 14 Stimmen können verfassungsändernde Beschlüsse verhindern. Gegen Preußens Willen ist also eine Verfassungsänderung unmöglich. In allen übrigen Fragen entscheidet im Bundesrat die Stimmenmehrheit. Er ist als die Vertretung der deutschen Fürsten und freien Städte der eigentliche Träger der Reichsgewalt (keine Volkssouveränität), denn er macht dem Reichstage die Vorlagen und kann Reichstagsbeschlüsse ablehnen. Er hat die ausführende Gewalt (föderalistischer Charakter des Reiches).

Der Reichstag

Neben dem Bundesrat steht der Reichstag; er zählt 397 Abgeordnete (einschließlich der 15 Vertreter Elsaß-Lothringens), die aus allgemeinen, geheimen, direkten Wahlen hervorgehen (unitarischer Charakter). Er hat keinen Einfluß auf die Ernennung des Reichskanzlers und seiner Staatssekretäre. Bundesrat, Kaiser und Kanzler stehen völlig selbständig neben ihm. Sein Recht besteht in der Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der Aufstellung des Haushalts. Ein Gesetz kommt durch Übereinstimmung von Bundesrat und Reichstag zustande mit der Unterschrift des Kaisers und verantwortlicher Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

Konstitutionelle
Regierung

Das Reich wird also nicht parlamentarisch, sondern konstitutionell regiert.

Die direkten Steuern verbleiben den Einzelstaaten, das Reich hat also keine Finanzhoheit, das Reich verfügt über die Einnahme aus den Zöllen, den indirekten Steuern, der Post und den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten. Die Farben des Reiches sind schwarzweißrot.

XXV/XXVI. Die Einigungskriege.

XXV. 1. Der Schleswig-Holsteinische Freiheitskampf 1864.

2. Der Dualismus Österreich-Preußen und seine Entscheidung 1866.

1. Die Geschichte der schleswig-holsteinischen Frage reicht weit zurück. Von den beiden Herzogtümern war Schleswig zur Zeit Konrads II. 1035 an Dänemark gefallen, Holstein dagegen gehörte zum Deutschen Reich, war jedoch seit 1460 (während der Regierungszeit Kaiser Friedrichs III.) samt Schleswig in Personalunion mit Dänemark verbunden. Es hatte aber die Zusicherung erhalten, daß die Herzogtümer auf ewig ungeteilt sein sollten. Beide Herzogtümer stehen miteinander in Realunion. Sie haben einen gemeinsamen Landtag. Zum Deutschen Bunde gehört nur Holstein.

Da das Aussterben des dänischen Königshauses in nächster Zeit zu erwarten steht, hoffen die Herzogtümer, sich bei dieser Gelegenheit von Dänemark frei machen zu können. Für sie gilt das salische Gesetz der männlichen Thronfolge, in Dänemark das weibliche Erbfolgerecht. Durch die Einverleibung Schleswigs sucht die nationaldänische Partei (Eiderdänen) der Entscheidung vorzugreifen. Aber die Herzogtümer wehren sich mit aller Kraft dagegen, und im Strom der großen nationalen Bewegung des Jahres 1848 erheben sie sich unter dem begeistertsten Jubel des deutschen Volkes zum Freiheitskampf. Auch der Deutsche Bund nimmt gegen Dänemark Stellung, Preußen führt das deutsche Bundesheer den Herzogtümern zu Hilfe, und für den Kampf gegen Dänemark schafft das Frankfurter Parlament die Anfänge der ersten deutschen Flotte.

Schleswig-Holsteinischer Freiheitskampf 1848

Aber Preußen muß vor dem Eingreifen der europäischen Großmächte England, Rußland und Frankreich sowie Schwedens (vgl. Olmütz) zurückweichen. So kommt das Londoner Protokoll 1852 zustande, nach dem Schleswig und Holstein dauernd vereinigt bleiben, aber nicht in Dänemark einverleibt werden dürfen, wohl aber bleiben sie in Personalunion mit Dänemark. Der erbberichtigte Herzog von Augustenburg erhält dafür eine Abfindungssumme. Die europäischen Staaten übernehmen die Garantie für die Aufrechterhaltung des Protokolls, auch Österreich und Preußen müssen ihre Zustimmung geben; der Deutsche Bund dagegen und die Stände der Herzogtümer verweigern ihre Zustimmung.

Londoner Protokoll 1852

Im Jahre 1863 versucht nun die nationaldänische Partei wieder, auch Schleswig in die dänische Gesamtstaatsverfassung einzubeziehen. Das verstößt offenkundig gegen das Londoner Protokoll. Eine neue nationale Bewegung zugunsten der in ihrem Recht bedrohten Herzogtümer setzt ein, sie kämpft für die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins und die Erbfolge des Augustenburger.

Österreich fühlt sich an das Londoner Protokoll gebunden. Auch Preußen darf die nationale Unabhängigkeitsbewegung nicht unterstützen, wenn es die Entstehung eines neuen deutschen Mittelstaates zwischen Nord- und Ostsee unter der Regierung der Augustenburger ver-

hindern will. Ebenjowenig aber kann es die Festsetzung Dänemarks in dem strategisch wichtigen Gebiet dulden, da von hier Kiel und die Elbmündung bedroht werden kann. Bismarcks Ziel ist es, die Herzogtümer militärisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch zu beherrschen. Darum stellt er sich zunächst auch auf den Boden des Londoner Protokolls und verhindert dadurch die Einmischung der europäischen Mächte in die Entscheidung dieser deutschen Frage.

Als Preußen die Anerkennung des Londoner Protokolls von Dänemark erzwingen will, tritt Österreich an Preußens Seite, da es ihm aus Mißtrauen nicht freie Hand gegen Dänemark lassen will. So ziehen sie gemeinsam gegen Dänemark in den Krieg.

Der Dänische Krieg
1864

In kurzem Feldzug (Erstürmung der Düppeler Schanzen, Übergang nach Alsen) zwingen die Verbündeten Dänemark zum Frieden zu Wien (1864), in dem es Schleswig-Holstein und Lauenburg zu gemeinsamem Besitz an Österreich und Preußen abtritt.

2. Österreich hat kein Interesse an der gemeinsamen Verwaltung der Herzogtümer. Es tritt darum gegen Bismarcks und Preußens Auffassung für die Nachfolge des Augustenburger ein. Der Vertrag von Gastein (getrennte Verwaltung der Herzogtümer) überbrückt noch einmal für kurze Zeit die gegenseitige Unstimmigkeit, schiebt die gewaltsame Auseinandersetzung aber nur auf.

Mit den Nachbarmächten weiß Bismarck durch Hilfeleistung für Rußland im polnischen Aufstand, durch ein Neutralitätsabkommen mit Frankreich, durch ein Bündnis mit Italien, das wegen seines Anspruches auf das österreichische Venetien der natürliche Bundesgenosse Preußens ist, die politische Gesamtlage herzustellen, die er für die Lösung der deutschen Frage braucht. Um den Krieg aber nicht allein wegen Schleswig-Holsteins entbrennen zu lassen, bringt Bismarck die Bundesreformfrage wieder ins Rollen, überbietet Österreich sogar durch die Aufnahme der alten liberalen Forderung (Berufung eines deutschen Parlaments auf Grund von allgemeinen und gleichen Wahlen).

Österreich bringt als Gegenzug die schleswig-holsteinische Frage vor den Bundestag. Preußen erklärt das für einen Bruch des Gasteiner Vertrages, und als Österreich die Mobilmachung gegen Preußen beim Bundestage durchsetzt, erklärt Preußen seinen Austritt.

Der Krieg von 1866

Der Krieg beginnt. Preußen hat nur in Norddeutschland einige Bundesgenossen. Aber dank der strategischen Überlegenheit Moltkes („getrennt marschieren, vereint schlagen“; Umfassung!), dank der besseren Ausrüstung durch das Zündnadelgewehr gelingt es Preußen, den Feldzug überraschend schnell siegreich zu beenden. Die norddeutschen Staaten Hannover, Kurhessen und Frankfurt werden überrannt. Das hannöversche Heer kapituliert bei Langensalza. Mit der Besetzung der norddeutschen Staaten schließt Preußen nunmehr die Lücke zwischen seinen beiden Gebietshälften. Der Feldzug in Süddeutschland und die Kämpfe auf dem italienischen Kriegsschauplatz bleiben ohne Einfluß auf die Entscheidung. Österreich verpflichtet sich, Venetien an Napoleon abzutreten, um ihn für sich zu gewinnen. Die Entscheidung fällt auf dem böhmischen Kriegsschau-

platz in der glänzenden Schlacht bei Königgrätz. Nach der Vereinigung der geschlagenen böhmischen Armee Österreichs mit seiner vom italienischen Kriegsschauplatz herangezogenen Südararmee drängt Bismarck auf schnellen Friedensschluß, zumal Frankreich sich einzumischen droht.

Napoleons Politik trägt einen inneren Widerspruch in sich. Er begünstigt das Streben der europäischen Völker nach nationaler Einheit, verfolgt aber zugleich die alten Ziele französischer Machtpolitik, die Besetzung der Rheinlinie und die Schwächung Deutschlands, der europäischen Mitte. Als Lohn für seine Neutralität im Kampfe Preußens gegen Österreich verlangt er Kompensationen für Frankreich: Rheinpfalz, Rheinhessen und Mainz. Während Österreich ihm Venetien verspricht und lieber auf seine Stellung in Italien verzichtet, als daß es Preußen gegenüber nachgibt, hält Bismarck den Kaiser Napoleon hin und gibt mit Rücksicht auf Frankreich einstweilen den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund preis. Die süddeutschen Staaten müssen sich mit einem Verein mit „internationaler, unabhängiger Existenz“ begnügen. Im geheimen schließen sie aber angesichts der Kompensationsforderung Napoleons ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen. Während Italien die Friedensvermittlung Napoleons ablehnt (Besetzung Venetiens), da es die Einigung aller Italiener noch nicht erreicht sieht und nicht bundesbrüchig werden will, gewinnt Bismarck durch seine maßvollen Forderungen Österreichs Bereitschaft zum Frieden, ehe noch Napoleon dazwischentritt. Er schont Österreich nach Möglichkeit, da ihm schon jetzt der Zusammenschluß der mitteleuropäischen Mächte, also das Bündnis mit Österreich, vorzweht.

Innerer Widerspruch
der europäischen
Politik Napoleons

Nach dem Waffenstillstand auf dem Schlosse Nikolsburg wird der Friede zu Prag abgeschlossen. Gegen den hartnäckigen Widerspruch seines Königs setzt es Bismarck durch, daß die süddeutschen Staaten, vor allem auch Sachsen, unverfehrt bleiben; er beschränkt sich auf die Annexion der norddeutschen Staaten und die Einziehung Schleswig-Holsteins. Österreich gibt seine Zustimmung für die Bildung des Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung und scheidet damit aus Deutschland aus. Es büßt nur Venetien ein, das es an Italien abtreten muß.

Preussische Gebiets-
erwerbungen

XXVI. Der deutsch-französische Krieg 1870/71.

Frankreich empfindet die Erfolge Preußens als eigene Niederlage, darum fordert es „Rache für Sadowa“. Da das napoleonische Kaisertum sich im Innern einer immer stärker werdenden Opposition gegenüber sieht, sucht es seine Stellung durch außenpolitische Erfolge zu stärken, hat aber bis auf den Erwerb von Savoyen und Nizza (1859) nur Mißerfolge aufzuweisen. Die französische Einmischung in die mexikanischen Wirren vergeudet viele Kräfte, die Aufrichtung einer mexikanischen katholischen Monarchie unter französischem Protektorat scheitert, denn Napoleon hat nur zwischen einem Verzicht und einem Kriege mit Amerika zu wählen. Die Entscheidung fällt gerade in die Zeit des öster-

Außenpolitische
Niederlagen
Frankreichs

reichisch-preussischen Konfliktes von 1866 und lähmt Napoleons Entschlußkraft. Bismarck bringt ihn um die erhofften Kompensationen und tritt ebenso seinem weiteren Versuch, Luxemburg in Frankreich einzuverleiben, energisch entgegen. Die Londoner Konferenz bestimmt die Neutralisierung des Landes (1867). Als Napoleon mit Belgien einen Zollbund schließen will, widersezt sich England dem Vordringen französischen Einflusses im Mündungsgebiet der Schelde. Dabei wachsen die inneren Schwierigkeiten in Frankreich, so daß sich Napoleon zu liberalen Reformen genötigt sieht. Nur ein erfolgreicher Krieg kann seine Stellung festigen. Darum vermehrt er die französische Streitmacht und organisiert das Heer neu (Einführung des Chassepotgewehres).

Frankreich
gegen die Einigung
Deutschlands

Napoleon sieht die preussische Macht mit Besorgnis immer mehr wachsen, die Einigung Deutschlands immer näher rücken. Die Veröffentlichung der Militärverträge mit den süddeutschen Staaten gibt dem Argwohn gegen Preußen neue Nahrung. Gegen Preußen richten sich darum die Verhandlungen Napoleons mit Italien und Osterreich, wenn sie auch zu keinem festen Bündnis führen. Die Einigung Deutschlands aber kann und will Frankreich niemals dulden.

Der Krieg
von 1870/71

Bei dieser gespannten Lage ist die spanische Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern nur der äußere Anlaß für den längst erwarteten Waffengang beider Mächte, Frankreich benutzte ihn, um Preußen auf alle Fälle zu demütigen. Preußen aber kann sich den überspannten Forderungen Frankreichs nicht fügen. Da nur die Waffen eine Entscheidung bringen können, jede Verzögerung aber allein Frankreichs Aussichten günstiger gestaltet, schiebt Bismarck geschickt und entschlossen Frankreich die Entscheidung zu (Emscher Depesche!). Am 19. Juli 1870 erklärt es an Preußen den Krieg.

Neutralität
der Nachbarmächte

Bismarck hatte mit seiner preussischen Politik die deutsche Volkstimmung gegen Preußen eingenommen. Er schien lediglich die Interessen der Hohenzollern zu vertreten. Als nun aber Norddeutschland der Krieg gegen Frankreich aufgezwungen war, wollte und konnte niemand zurückbleiben. „Alldeutschland nach Frankreich hinein“ wurde die Losung. Man hatte das sichere Gefühl, Frankreich zum mindesten gewachsen, wenn nicht überlegen zu sein. Die Nachbarmächte halten sich zurück, Dänemark und Osterreich mit Rücksicht auf Preußens Freundschaft mit Rußland, England im Hinblick auf die bedrohlichen Rheinpläne Napoleons.

Die französische Heeresleitung beabsichtigt, durch Vorstöße vom Elsaß und von Lothringen her Süddeutschland von Preußen zu trennen und donauaufwärts Verbindung mit Osterreich zu suchen. Aber der unerwartet schnelle Aufmarsch der deutschen Truppen, ihr siegreicher Vormarsch wirft diese Pläne um. Die Siege des Kronprinzen bei Weißenburg und Wörth zwingen Mac Mahon zum Rückzug auf Châlons. Der ersten und zweiten Armee gelingt es, Bazaine, der eine Vereinigung mit Mac Mahon erstrebt, östlich von Metz festzuhalten (Colombey-Neuilly), die Festung im Süden zu umfassen (Vionville, Mars-la-Tour) und durch die schweren Kämpfe bei Gravelotte und St. Privat auch den Vormarsch nach

Norden zu verhindern. Es sind die blutigsten Schlachten des ganzen Krieges. Bazaine wird in Metz eingeschlossen und belagert.

Der Kronprinz und die von der Metz Armee abgezweigte Maasarmee nehmen die Verfolgung Mac Mahons auf, der Befehl hat, Bazaine von Nordwesten her zu entsetzen. So müssen die Heere plötzlich rechts abmarschieren. Die deutschen Armeen schneiden Mac Mahon aber den Weg ab, drängen ihn bei Sedan gegen die belgische Grenze und schließen ihn ein. Das französische Heer wird am 1. September 1870 bei Sedan völlig geschlagen und muß die Waffen strecken, Kaiser Napoleon III. gerät in Kriegsgefangenschaft.

Die politische Wirkung seiner Gefangennahme ist in Frankreich der Zusammenbruch des Kaisertums; die Wirren einer neuen Revolution und Erneuerung der Republik („Regierung der nationalen Verteidigung“). Aber der Krieg geht weiter mit der Republik. Gambetta, Minister des Innern, mit diktatorischer Gewalt, organisiert die Volkserhebung und stampft neue Heere aus dem Boden.

Ende des französischen Kaisertums

Paris wird belagert. Der Ansturm der neuen französischen Heere von Westen her läßt sich nur abwehren, weil durch die rechtzeitige Kapitulation von Metz (27. Oktober) Truppen frei werden. Die französischen Ersatzarmeen werden geschlagen. Bourbaki's verzweifelter Versuch, das belagerte Belfort zu entsetzen und nach Osten durchzubringen, scheitert; er wird durch die Kämpfe an der Lysaine genötigt, auf Schweizer Gebiet überzutreten.

Paris selbst muß nach dem letzten mißlungenen Ausfall, von Hungersnot zermürbt, am 28. Januar kapitulieren. Zuvor aber hat am 18. Januar im Spiegelsaal zu Versailles die deutsche Kaiserproklamation stattgefunden.

Die deutsche Kaiserproklamation

Im Frieden zu Frankfurt tritt Frankreich Elsaß-Lothringen an Deutschland ab. Es zahlt 5 Milliarden Kriegsentgelt. Die Grenzziehung erfolgt nach Maßgabe der Sprachgrenze, abgesehen von Gebietsteilen um Metz und in dem oberen Breuschthal, wo aus strategischen Gründen französisches Sprachgebiet übernommen wird.

Frankfurter Friede: Elsaß-Lothringen wieder deutsch

Da mit der Kaiserproklamation in Versailles auch die Sehnsucht nach einem neuen Deutschen Reiche in Erfüllung gegangen ist, so bedeutet der Ausgang des Krieges eine grundlegende Änderung der europäischen Machtverhältnisse. Seit dem Zerfall des Deutschen Reiches hatten die Rand- und Nationalstaaten auf Kosten der mitteleuropäischen Staaten ihren Machtbereich erweitert. Jetzt aber hat Europa wieder eine starke Mitte, die selbst innenpolitisch gefestigt und lebenskräftig genug ist, um nach außen hin wirken zu können. Verspätet, aber mit immer größerer Nachhaltigkeit glaubt Deutschland, sich jetzt der weltwirtschaftlichen imperialistischen Entwicklung der anderen Mächte anschließen zu müssen.

Das Deutsche Reich neue Großmacht Europas

1870 wird mit der Räumung Roms durch die französischen Truppen und durch die Einnahme der Stadt auch der letzte Schritt in der Einigung Italiens getan.

XXVII. Nationalstaatliche Entwicklung in Italien und den Balkanländern.

1. Italien nach 1815 unter dem beherrschenden Einfluß Österreichs.
2. Nationale Einigung Italiens 1859/60.
3. Nationale Erhebungen in den Balkanländern. Europäische Politik und die orientalische Frage. 1812—1878.
4. Die Erbschaft des „kranken Mannes“ 1878—1913.

1. **I t a l i e n**, einst der Mittelpunkt des großen römischen Reiches und seiner Macht, ist seit dem Mittelalter der **B e r s p l i t t e r u n g** verfallen und wird dann der Boden, um dessen Beherrschung die Nachbarstaaten, vor allem Frankreich und Österreich, miteinander kämpfen. Ergebnislos bleiben die Ansätze zu einer Zusammenfassung und Wiederbelebung altrömischer Macht (Arnold von Brescia, Kaiser Karl, die Anjous, Cola di Rienzi).

Vorübergehend bringt Napoleon I. Italien die **n a t i o n a l e E i n h e i t**. Aber der Wiener Kongreß zerschlägt sie wieder. Ihre unverföhllichen **S e g n e r** sind Österreich und die souveränen Fürsten Italiens, die alle, bis auf den König von Sardinien, Ausländer sind.

Nebenher geht aber eine **a u f n a t i o n a l e E i n i g u n g** drängende **S t r ö m u n g** im Volke, die immer stärker wird. Vor allem richten sich die Bestrebungen der patriotischen Geheimbündler gegen die Fremdherrschaft Österreichs in der Lombardei und Venetien und gegen das absolutistische Regiment Metternichs. Der **K ö n i g v o n S a r d i n i e n** ist ihre Hoffnung. Die Verfassungsbestrebungen der Carbonari und Piemonts (1821) und die Verschwörungen im Zusammenhang mit der Julirevolution (1830) mißlingen; sie werden niedergeschlagen, auch die nationale Erhebung 1848 im Bunde mit Sardinien erliegt den Waffen Radezkis.

2. Die Einigung Italiens kann nur mit Hilfe einer europäischen Großmacht gegen Österreich zustande kommen. In dieser Erkenntnis sichert sich Cavour, der italienische Bismarck, **F r a n k r e i c h s U n t e r s t ü t z u n g** durch seine Hilfe im Krimkriege. Napoleon hofft, die Völker lateinischer Rasse unter seiner Führung zu einigen und Österreich abermals aus seiner beherrschenden Stellung in Italien zu verdrängen. Mac Mahon besiegt die Österreicher bei Magenta und Solferino (1859). Als Preußen sich einmischen will und Österreich durch einen geplanten Angriff auf Frankreichs Ostgrenze seine Hilfe anbietet, geht Österreich im Frieden zu **V i l l a f r a n c a** lieber auf Napoleons Bedingungen ein und **v e r z i c h t e t** auf die **L o m b a r d e i**, als daß es Preußens Waffendienst annimmt und die Vormachtstellung in Deutschland aufgibt. **S a r d i n i e n** erhält die Lombardei gegen die **A b t r e t u n g** von **S a v o y e n** und **N i z z a** an Frankreich für seine Unterstützung der italienischen Nationalbewegung.

Cavour begnügt sich damit aber nicht. Er weiß die Rückkehr der vom Volke vertriebenen mittelitalienischen Fürsten, wie es die Friedensabmachungen von Villafranca vorsehen, zu verhindern; er kann sich dabei auf die Volksabstimmungen in Mittelitalien stützen, die den Anschluß an

Nationale
Bestrebungen
in Italien

Cavour:
Bündnis mit
Frankreich

Sardinien verlangen. Garibaldi verjagt mit seinen Freischaren die Bourbonen aus Sizilien und Neapel (1860). Cavour fängt aber auch die auf eine Einheitsrepublik zielende Bewegung des Nationalhelden Garibaldi auf und verkündet 1861 das Königreich Italien. Nur Rom und den Rest des Kirchenstaates schützen französische Truppen, da Napoleon aus innenpolitischen Rücksichten den Papst nicht fallen lassen kann.

Königreich Italien
1861

Venetien fällt im Jahre 1866 trotz der österreichischen Siege bei Custoza und Lissa an das mit Preußen verbündete Italien. Die Niederlage Frankreichs 1870/71 befreit endlich auch Rom von der französischen Besatzung. Rom wird nunmehr Hauptstadt des geeinten Italiens.

Das auf dem Wiener Kongreß geschaffene Gleichgewicht der europäischen Staaten ist erschüttert. Der Krimkrieg hatte die Ostmächte Rußland und Österreich entzweit, jetzt hat sich der große Gegensatz zwischen Österreich und Preußen offenbart. Europa hat ein neues nationales Königreich erhalten, die Grundlagen für eine neue Großmacht.

Gleichzeitig erkämpft das nordamerikanische Volk im Bürgerkrieg gegen die Rebellion der Südstaaten die Einheit des Staates. Mit dem Einsatz ihrer militärischen Macht haben die Vereinigten Staaten den Weltkrieg zu unseren Ungunsten entschieden. Sie sind ein ganz neuer Faktor in der Weltpolitik der Gegenwart geworden.

3. Die Idee des Selbstbestimmungsrechtes ergreift auch die Völker der Balkanhalbinsel.

Die Herrschaft der Türken auf dem europäischen Festland ist seit dem Siege des Prinzen Eugen und dem stetigen Vordringen Rußlands zum Schwarzen Meere stark zurückgegangen, zugleich innerlich verfallen. Die westeuropäischen Freiheitskämpfe wirken auch nach dem Balkan hinüber.

Der Kampf
gegen die Türken

Die Griechen, von der Griechenbegeisterung aller europäischen Länder getragen (Lord Byron, Wilhelm Müller), erheben sich zuerst gegen die Türken, werden von ihnen aber zunächst mit Hilfe des Vizekönigs Mehmed Ali von Ägypten niedergeschlagen. Während Metternich in der griechischen Freiheitsbewegung nur die revolutionäre Gefahr erkennt und jegliche Unterstützung ablehnt, kommt ein Bund von Rußland, Frankreich und England zum Schutz der griechisch-katholischen Christen gegen die Türken zustande. Bei Navarino erleidet die türkische Flotte (1827) eine entscheidende Niederlage. Der Friede zu Adrianopel bringt Griechenland die Unabhängigkeit (bestätigt im Londoner Protokoll 1830) und durchbricht damit das bisher von der Heiligen Allianz hochgehaltene reaktionäre System der Legitimität und des allein gültigen Willens der Dynastien. Sie selbst geht damit in die Brüche.

Befreiung
Griechenlands 1829

Im Krimkrieg und während des russisch-türkischen Krieges 1877/78 bleibt Griechenland neutral. Als Morgengabe Englands erhält der neue Hellenenkönig aus dem dänischen Herrscherhaus 1863 die ionischen Inseln. 1897 kämpft es einen unglücklichen Kampf gegen die Türkei um den Besitz von Kreta. Erst 1911 tritt die Türkei die Insel an Griechenland ab. In den folgenden Balkankämpfen zeigt sich immer wieder, daß der

griechische Nationalismus gleich wie der serbische zu weit gehende Ansprüche stellt.

Serbien, Moldau,
Walachei selbständig

Der Friede zu Adrianopel (1828) bringt auch Serbien und den rumänischen Donaufürstentümern die Selbständigkeit, freilich unter türkischer Oberhoheit. Die Handelsschiffe bekommen freie Durchfahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen. Aber den russischen Weg nach Konstantinopel kreuzt Österreichs Ausfahrt aus der Donau und bringt beide Staaten in Gegensatz zueinander. Eine Machtvermehrung Rußlands im Orient muß das Gleichgewicht im Osten stören.

Folgen der russischen
Balkanpolitik

Darum bekämpft auch England die russische Balkanpolitik. Das Vordringen der russischen Macht zum Mittelmeer kann die englische Mittelmeerherrschaft und den Weg nach Indien gefährden. Daraus muß sich eine neue Mächtegruppierung ergeben, zumal auch Frankreich in der Türkei Einfluß gewinnen möchte. Denn Napoleon III. sucht nach einer Gelegenheit, das Ansehen Frankreichs und dabei seine Stellung zu festigen.

Koalition
gegen Rußland,
Krimkrieg 1854/56

Als nun der russische Zar Nikolaus I. die Schutzherrschaft über die griechischen Katholiken in der Türkei fordert und auf die Ablehnung des Sultans in die Donaufürstentümer einmarschiert, landen England, Frankreich und im Bunde mit ihnen Sardinien Truppen auf der Krim, da Rußland die Fürstentümer nicht räumen will. Obwohl Rußland 1848 dem befreundeten Österreich gegen die Revolution im eigenen Lande wertvolle Hilfe geleistet hat, rührt Österreich jetzt keinen Finger zu Rußlands Gunsten, läßt vielmehr seine eigenen Truppen in die Donaufürstentümer einrücken. Preußen dagegen bleibt neutral und erhält sich dadurch die russische Freundschaft. Den Undank des Hauses Habsburg vergilt Rußland durch seine Haltung 1859, 1866 und 1870.

Der seit dem Wiener Kongreß Europa beherrschende Bund der drei Ostmächte ist gesprengt. Nach der Eroberung von Sebastopol durch die Verbündeten und dem Tode Nikolaus I. schließt sein Sohn Alexander II. in Paris 1856 Frieden. Er verspricht, keine Waffenplätze am Schwarzen Meer anzulegen, und gibt seine Vorrechte in der Moldau und Walachei auf (diese schließen sich 1862 zum Fürstentum Rumänien zusammen und wählen 1866 den Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen zu ihrem Fürsten; † 1914). Man erklärt das Schwarze Meer für neutral und sperrt den Bosphorus für alle Kriegsschiffe.

Englisch-russischer
Gegensatz

Rußland sieht sich in seinem natürlichen und lebensnotwendigen Streben nach Konstantinopel (Zugang nach dem Mittelmeer und dem Atlantischen Ozean), und ostwärts nach Indien (außer von Österreich) vor allem auch von England gehemmt. England dagegen bekämpft in Rußland den neu aufkommenden Gegner seiner Mittelmeerherrschaft und seiner asiatischen Pläne. Das bleibt einer der großen Gegensätze, die in der Folgezeit die europäische Politik entscheidend beeinflussen.

Frankreich führende
Festlandmacht

Frankreichs Ansehen auf dem Festlande ist mit den Erfolgen des Krimkrieges mächtig gewachsen. Es hat Rußlands bis dahin führende Stellung auf dem Kontinent übernommen.

Daneben bleibt die große Spannung zwischen Österreich und Rußland. Sie wird um so bedrohlicher, als Rußland die pan-slavische Massenbewegung den alten Zielen der russischen Machtpolitik dienstbar macht. In der von der östlichen Völkerflut bedrohten germanischen Welt ist der österreichisch-ungarische Staat am meisten gefährdet, da er selbst starke slavische Volksteile in seinem Reiche beherbergt und von slavischen Staaten zum Teil umfaßt wird. Andererseits hat Österreich selbst längst den Schwerpunkt seiner Politik nach dem Balkan verlegt. Seine Balkanpolitik hält Rußland die Wage und damit das Gleichgewicht im Osten. Die Erhaltung des österreichischen Staatsverbandes ist darum nach Bismarckscher Auffassung eine Notwendigkeit.

Russisch-österreich.
GegensatzGleichgewicht
im Osten

Die russische wie österreichische Machtpolitik geht auf Kosten der Türkei. Seit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 kann Rußland seine Mittelmeerpläne wieder tatkräftiger aufnehmen. Es nährt und unterstützt Unruhen in der Herzegowina, in Montenegro, Serbien und Bulgarien. Als diese aber von den Türken blutig niedergeworfen werden, zieht Rußland selbst, später von Rumänien unterstützt, gegen die Türkei in den Krieg und zwingt sie zum Frieden von St. Stefano, der ein Großbulgarien (mit Mazedonien bis zum Ägäischen Meer) vorsieht, die Balkanstaaten erweitert und unabhängig macht, die Türkei aber fast völlig aus Europa verdrängt.

Russisch-türkischer
Krieg 1877/78

Da treten die europäischen Großmächte auf den Plan. England und Österreich rüsten, ein Weltkrieg ist im Entstehen begriffen. In dem Streite der Parteien übernimmt Bismarck als ehrlicher Makler 1878 die Vermittlung (Berliner Kongreß 1878). Denn Deutschland, das in der orientalischen Frage am wenigsten interessiert ist, würde doch nach einem Siege Rußlands über Österreich und die Türkei zu sehr Gefahr laufen, von dem russischen Koloß in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Berliner Kongreß
1878

Die Eifersucht der Mächte kommt vor allem der Türkei zugute. Rußland und die Balkanstaaten müssen sich in ihren Ansprüchen auf Gebiets-erweiterung bescheiden, die Türkei erhält Mazedonien zurück, Ost-rumelien wird als autonome türkische Provinz von Nordbulgarien abgetrennt. Montenegro (stark vergrößert), Serbien und Rumänien gewinnen ihre Unabhängigkeit, das neue Fürstentum Bulgarien zwischen Donau und Balkan erhält innere Selbständigkeit. Rußland bekommt Bessarabien, in Kleinasien den wichtigen Hafen Batum und Kars; England sichert sich Zypern zur besseren Beherrschung des Suezkanals, Österreich erhält die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina.

Auch in der Folgezeit bietet die Entwicklung der Balkanfragen dasselbe Bild. Die Entscheidung richtet sich nicht nach den Wünschen und Bedürfnissen der Balkanvölker, sondern nach den Interessen der Großmächte und ihres gegenseitigen Macht-ausgleichs.

Rußland glaubt sich von Deutschland benachteiligt; die seit dem Befreiungskriege bestehende Freundschaft zwischen Preußen und Rußland zerbricht darüber. Bismarck zieht zugleich daraus die Lehre, daß die russische Freundschaft allein für die Sicherheit Deutsch-

Deutsch-russische
Verstimmung

lands nicht genügt, es muß Österreich auf seine Seite ziehen, ohne aber zugleich Rußland in die Arme Frankreichs zu treiben; in der Umklammerung von beiden Seiten müßte Deutschland von Österreich abhängig werden. Nur eine ganz geschickte Bündnispolitik kann Deutschlands Stellung in Europa stärken und die übrigen europäischen Mächte in Schach halten.

Nationale Einigung
Bulgariens

4. Die Bulgaren haben am schwersten unter der türkischen Herrschaft gelitten. Während sie auf Befreiung von Rußland hofften, beabsichtigten die Russen, sie als Kanonensfutter gegen die Türken zu gebrauchen und durch sie maßgebenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu gewinnen. Der auf Bulgarien lastende Steuerdruck verursachte dauernde Unruhen. Außerdem sog die griechisch-katholische Kirche das Volk aus und entfremdete die Bevölkerung dem Patriarchen von Konstantinopel. Als sich die Übertritte zur römisch-katholischen Kirche mehren, sorgt Rußland 1872 für die Errichtung eines besonderen bulgarischen Exarchats in Konstantinopel, während die Serben dem Patriarchen unterstellt bleiben. Dadurch werden Bulgaren und Griechen, ebenso auch Bulgaren und Serben einander entfremdet. Im Frieden von St. Stefano beabsichtigte Rußland, ein Großbulgarien zu schaffen, aber der Berliner Kongreß verhindert es.

Rußland hatte geglaubt, in Bulgarien ein gefügiges Werkzeug zu haben. Darin sah es sich aber getäuscht. Bulgarien verzichtete auf die ihm zgedachte Rolle. Es erlangt gegen Rußlands Willen 1885 durch Einverleibung Ostrumeliens die nationale Einigung. Nach dem Sturz des Fürsten Alexander von Battenberg 1886 wird Ferdinand von Koburg-Kohary gewählt, der sich dann 1908 zum „Zaren“ der Bulgaren macht. In seiner Politik sucht er an Österreich-Ungarn Anlehnung. Rußland dagegen begünstigt nach der bitteren Enttäuschung mit Bulgarien die großserbischen Machtgelüste, um damit die eigenen Balkaninteressen zu fördern und vor allem Österreich-Ungarn zu schädigen.

Großserbische Idee.
Balkanfrisen

Die großserbische Idee ist der Angelpunkt der Balkankrisen neuerer Zeit. Wie auf die römisch-byzantinische Staatseinheit die nationale Teilstaatenbildung der Kroaten, Serben und Bulgaren gefolgt war, so löst sich der türkische Eroberungsstaat wieder in die verschiedenen Nationalstaaten auf. Die bulgarische Entwicklung gibt dazu den Anstoß. Die Griechen und vor allem die Serben begnügen sich aber nicht damit, ihrem Volksgebiet den nationalen Einheitsstaat zu schaffen (vgl. Bulgaren und Kroaten), sondern verfolgen ausgesprochene Eroberungsabsichten. Denn Serbiens verkehrsgeographische und geopolitische Mittellage verlangt einen Zugang zum Meere, ferner drängt dahin der im serbischen Volkscharakter und im Wesen der orthodoxen Kirche liegende „Machthunger“; Serbien möchte den Kern des Balkaneinheitsstaates abgeben.

Die Serben haben es zunächst auf die ohne eigenen Staat in Österreich-Ungarn lebenden Kroaten abgesehen (in Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Slawonien und Kroatien selbst), die zwar sprachlich verwandt und mit serbischen Kolonien durchsetzt sind, mit der serbischen

Staats- und Kulturentwicklung aber nichts zu tun haben, obendrein dem römisch-katholischen Bekenntnis angehören.

Die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich regte, so störend sie für Serbien war, seine Wühlarbeit nur um so mehr an, der die Kroaten in ihrer Hilfslosigkeit immer mehr Gehör schenkten. Österreich glaubte, der serbischen Propaganda 1908 gelegentlich der türkischen Revolution nur durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina ein Ende machen zu können.

Die serbische Enttäuschung und die daraus sich ergebenden diplomatischen Folgen treiben zu neuen Balkankriegen (und schließlich zum Weltkrieg 1914). Rußland und England setzen alles daran, einen großen Balkanbund zustande zu bringen mit dem Ziel, Österreich zu vernichten. Als die Jungtürken sich aber ausschließen, muß der Balkanbund zunächst die Türkei erledigen, um dann erst Österreich-Ungarn zu Leibe gehen zu können.

So kommt es, daß mit dieser vorübergehenden südlichen Verschiebung des politischen Schwerpunktes auf dem Balkan die mazedonische Frage in den Vordergrund tritt. Die Serben (wegen serbischer, oder doch wenigstens slavischer Nationalität der Mazedonier), die Griechen (wegen der weit verbreiteten griechischen Schulen) und die Bulgaren (wegen ihrer Verwandtschaft in Sprache, Sitte und Bekenntnis) erheben zugleich Anspruch auf Mazedonien. Man verständigt sich über die Aufteilung Mazedoniens. Die vereinigte Macht des Balkanbundes bringt der Türkei im ersten Balkankriege 1912 eine völlige Niederlage.

Da Österreich aber Serbien nicht den erhofften Zugang zum Meere durch Nordalbanien zugestehen will (darum Errichtung eines selbständigen Albaniens) und Serbien von Bulgarien Entschädigung verlangt, kommt es zu einem abermaligen Balkankrieg der Sieger untereinander um die Beute: Serbien und Griechenland stehen gegen Bulgarien, ihnen treten noch Rumänien und die Türkei zur Seite. Bulgarien wird völlig geschlagen, Mazedonien in der Hauptsache an Serbien und Griechenland, zum Teil auch an Bulgarien aufgeteilt, die Türkei behält das südöstliche Thrazien mit Adrianopel.

Der Machthunger Serbiens ist durch diesen Erfolg nur noch größer geworden. Da die Kroaten im österreichisch-ungarischen Staat keine Berücksichtigung ihrer nationalen Wünsche zu finden fürchten, lassen sie sich von der großserbischen Idee immer mehr ins Schlepptau nehmen. Jetzt wird das eigentliche Ziel Rußlands und der Entente im Bunde mit Serbien und Montenegro in Angriff genommen: Die Vernichtung Österreich-Ungarns. Das führt zum Weltkrieg.

Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte ist der südslavische Staat Jugoslawien, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, „SHS-Staat“, Wirklichkeit geworden. Den Kroaten ist nichts anderes übrig geblieben, als ihm beizutreten. Ob aber der großserbische Staat Bestand haben wird, bleibt abzuwarten. Die jüngsten Ereignisse (1928) haben die große Spannung zwischen Kroaten und Serben als eine innere Schwierigkeit ihres staatlichen Aufbaues deutlich gezeigt.

Braun-Ziegfeld, Geopolitischer Geschichtsatlas, Neuzeit.

Kesseltreiben
gegen Österreich

Vorpiel: Balkan-
bund gegen Türkei
1912

Kampf um die
Beute: 1913

Erneuter Angriff
auf Österreich 1914

XXVIII. Bündnisysteme Europas.

1. Die Staaten Europas 1878—1914.

Deutschlands
gefährliche
Mittellage

In der Mitte Europas steht das neue Deutsche Reich als neue Großmacht. Bismarck hat durch alle Fährnisse äußerer und innerer Politik mit fester, sicherer Hand den einmal für richtig erkannten Kurs innegehalten und sein Ziel glücklich erreicht. Die schnellen und entscheidenden Schläge der preußischen Waffen haben eine Einmischung außerdeutscher Staaten verhindert. Aber fast überall begegnet man Deutschland mit Mißtrauen. Der skandinavische Norden befürchtet weitere Eroberungsabsichten, die nichtdeutschen Nationalitäten der österreichisch-ungarischen Monarchie säen Argwohn und Mißtrauen gegen Deutschland, wie sie das deutsche Staatsvolk im eigenen Reiche um seine führende Stellung zu bringen versuchen. Vor allem lebt Frankreich nur für den Revanchegedanken.

Bismarck jedoch lehnt jede Eroberungspolitik (auch den Präventivkrieg 1875) ab, Deutschland ist „saturiert“. Es liegt ihm nur daran, den Bestand des Reiches und seine Machtstellung innerhalb der europäischen Staaten zu sichern und durch verständliche und gerechte Politik den Frieden in Europa zu erhalten. Immerhin sind die daraus erwachsenden Aufgaben schwierig genug, und zwar um so mehr, als die auf drei Seiten offene Mittellage die Gefahr des Mehrfrontenkrieges in sich trägt.

Bismarcks
Bündnispolitik

Die größte Gefahr besteht im Westen. Frankreich ist unveröhnlich, will durch neuen Krieg den Verlust von 1870 wieder einbringen und sucht Bundesgenossen. Darum muß Bismarck durch Gegenbündnisse die Gefahr bannen und auf alle Fälle ein etwaiges französisch-russisches Bündnis hintertreiben. Seit den Befreiungskriegen hält Preußen mit Rußland enge Freundschaft. Sie hat sich auch 1866 und 1870/71 bewährt. Bismarck läßt sich ihre Pflege auch in Zukunft sehr angelegen sein und vermittelt eine Aussöhnung Rußlands mit Österreich-Ungarn. In der Dreikaisererverständigung 1872 lebt das Bündnis der Heiligen Allianz wieder auf. Sie beabsichtigt die Verteidigung des Staatenbestandes von 1871 gegen französische Vergeltungsabsichten und schützt Deutschlands West- und Ostfront.

Dreikaiser-
verständigung 1872

Russisch-österreich.
Gegensatz.
Panславismus

Der Bund hat freilich einen recht schwachen Punkt, weil Österreich und Rußland im Balkan gegensätzliche Interessen verfolgen. Sie vertiefen sich, als die völkische Bewegung des Panславismus (Pflege gesamt-slavischer Kulturgemeinschaft) sich auch politische Ziele steckt, alle slavischen Stämme unter russischer Führung einigen will und Rußland damit Vorkämpfer auch der Balkanslaven, besonders der serbischen Eroberungsgelüste, wird. Die serbische Omladina (Geheimbund) kämpft um Bosnien, Herzegowina, das obere Mazedonien und die Volks-genossen im Banat. Auch Montenegro genießt den besonderen Schutz Rußlands. Mit deutscher Unterstützung hat Rußland auf der Londoner Pontus-Konferenz die Aufhebung seiner Rüstungsbeschränkungen im Schwarzen Meer durchgesetzt. Der Aufstand in der Herzegowina 1875 ist der Anfang dieser vom Zarenreich angestifteten Unruhen auf dem Balkan.

die zu dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 führen (vgl. S. 95). Auf den Einspruch Englands und Österreichs gegen die Abmachungen des Friedens von St. Stefano kommt es zum Berliner Kongreß. Der große Erfolg der Bismarckschen Vermittlung ist die Erhaltung des europäischen Friedens. Daß sich Deutschland aber nicht mit seinem ganzen Einfluß gegen das übrige Europa für die russischen Eroberungen im Orient eingesetzt hat, vielmehr auf einen Ausgleich der Machtinteressen hinarbeitet, bringt eine Abkühlung der Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland. Ebenso hat der Gegensatz zwischen Österreich und Rußland sich verschärft.

Bei dieser veränderten politischen Gesamtlage droht eine russisch-französische Annäherung. Bismarck muß nach einer neuen Sicherung suchen. Seine Politik der Schonung österreichischen Besitzstandes 1866 hat dem neuen deutschen Reiche das Vertrauen des Donaufstaates eingetragen. 1879 kommt ein Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich, der Zweibund, zustande und damit wenigstens in völkerrechtlicher Form der Staat der Großdeutschen, wie man schon 1848 gehofft hatte, den „engeren Bund“ durch einen „weiteren“ Bund zu ergänzen (gegenseitige Unterstützung bei einem russischen Angriff, Neutralität bei Angriff durch eine andere Macht). Das mitteleuropäische Rhein-Elbe-Donau-Gebiet ist damit in seiner geopolitischen Zusammengehörigkeit eine Einheit geworden.

Deutsch-österreich.
Defensivbündnis
1879

Diese Sicherung erscheint Bismarck aber gegen einen Bund von Rußland und Frankreich noch nicht ausreichend. Um den Draht nach Rußland nicht abreißen zu lassen, hält er das deutsch-österreichische Abkommen zunächst geheim und bemüht sich weiter, das Verhältnis zu Rußland freundlicher zu gestalten. Es kommt 1881 zum Dreikaiservertrag, der Österreich, Deutschland und Rußland zur Neutralität verpflichtet, wenn einer von ihnen angegriffen wird; er wird 1884 erneuert, aber bald darauf erkaltet das Verhältnis Rußlands zu Österreich wegen des Streites um die Herrschaft in Bulgarien ganz und gar. Deutschland aber sichert sich die russische Rückendeckung gegen einen französischen Angriff durch den geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland 1887, das seinerseits die gleiche Deckung gegen England in Asien erhält.

Dreikaiservertrag
1881

Rückversicherungsv-
vertrag mit Rußland
1887/90

Nach Süden hin bekommt der Zweibund 1882 eine Erweiterung und Verstärkung durch den Beitritt Italiens. Denn Italien sieht sich in seiner Mittelmeerstellung durch Frankreich bedroht, das 1881 Tunis besetzt und damit in das italienische Interessengebiet eingreift. Das Bündnis mit Italien richtet sich gegen Frankreich. Wenn Rußland einmal versagen würde, sollte Italien dafür eintreten. Auch Rumänien tritt 1883 dem Dreibund bei. Die völkerrechtliche Einigung der mitteleuropäischen Machtbildungen hat Europa auf Jahrzehnte den Frieden erhalten. Diese Tatsache sollte bei Neugestaltung der europäischen Staaten und Machtverhältnisse richtungweisende Bedeutung haben.

Beitritt Italiens:
Dreibund 1882

Mitteleuropa als
politische Einheit

Der Dreibund konnte nur Wert haben, solange England sich freundlich zu ihm stellte. Ausdrücklich lehnt der Vertrag eine Anwendung

Bismarcks
Freundschaftspolitik
mit England

gegen England ab. Denn Italien hätte seine Lebensmittel- und Kohlenversorgung, seine langgestreckten, offenen Küsten- und Bahnlinien nicht einem englischen Angriff aussetzen dürfen. In einem Mittelmeerabkommen verpflichtet sich England zur Hilfeleistung bei einem Angriff Frankreichs auf Österreich und Italien. Diese Haltung Englands ergibt sich aus seinem Argwohn gegen die afrikanischen Pläne Frankreichs. Bismarck hat stets ein gutes Verhältnis mit England erstrebt, zu einem Bündnis aber kommt es nicht, da Bismarck Rußland nicht fallen lassen will, wie England es fordert.

Die Nachfolger Bismarcks haben sich nicht getraut, dieses kunstvolle, verwickelte Bündnisystem mit seiner östlichen Sicherung durch Rußland, seiner westlichen durch England weiterzuführen. Ganz bewusst hat sich Bismarck auf eine rein kontinentale Politik beschränkt. Die Folgezeit freilich konnte sich nicht damit begnügen. Die imperialistische Entwicklung bringt den verwickelten europäischen Machtverhältnissen neue Probleme und Aufgaben der Weltpolitik.

Russisch-französisch.
Zweibund

Ein wichtiges Ergebnis dieser außenpolitischen Periode ist die Isolierung Frankreichs. Die Lage ändert sich wesentlich in dem Augenblick, wo nach der Abdankung Bismarcks 1890 der Rückversicherungsvertrag nicht erneuert wird und nun der russisch-französisch-e Zweibund dem Dreibund gegenübertritt.

Dabei hält aber der englisch-französisch- und englisch-russische Gegensatz, wie er in den folgenden Abschnitten begründet wird, den Ausgleich der Mächte. Die Gefahr einer auf die Dauer untragbaren Isolierung weiß Eduard VII. geschickt dadurch zu vermeiden, daß er mit Japan Freundschaft und Bündnis schließt und im rechten Augenblick mit Frankreich und Rußland eine Verständigung herbeiführt, so daß schließlich Deutschland sich von allen Seiten eingekreist sieht. Der Weltkrieg ist das verhängnisvolle Ergebnis.

Die Weltmachtbestrebungen der europäischen Großstaaten.

XXIX. Das imperialistische Rußland.

Rußlands europäisches und asiatisches Wachstum.

Die Zeit
des Imperialismus

Der nationale Gedanke bestimmt seit der französischen Revolution am wirksamsten die Umgestaltung der europäischen Staatenwelt. Indem das 19. Jahrhundert aber auch die ganze bewohnte Erde unter die Kulturvölker aufteilt, bringt es neue weltpolitische und weltwirtschaftliche Ziele. Außer der bis dahin allein sie beherrschenden Macht Englands verlangen auch andere Mächte ihren Anteil an den außereuropäischen Erdteilen. So drängen die Völker und Staaten besonders seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über den Kontinent hinaus, ein reger Wettbewerb unter ihnen hebt an.

Das neue Zeitalter des Imperialismus schafft unter den alten Großmächten neue Gegensätze, neue Verbindungen. Als neue

Großmächte treten die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan auf den Plan. Wirtschaftliche Fragen beeinflussen mehr als bisher die politischen Entscheidungen, fordern als Lebensfrage des Volkes Berücksichtigung. Neben die Weltpolitik tritt damit die Weltwirtschaft. Man kämpft um neue Rohstoffe und Absatzgebiete. Schauplatz der Geschichte ist die gesamte Erde. Die neue Weltlage ist undenkbar ohne die ungeheueren Leistungen der Technik, die Raum und Zeit überbrücken, Welten und Menschen einander näherrücken.

Weltpolitik und
Weltwirtschaft

Erst mit den ungeheuern Verkehrsrevolutionen, die das Dampfschiff, die Eisenbahn, das erdumspannende Kabelnetz und in jüngster Zeit die drahtlose Radioverbindung und das Flugwesen mit sich bringen, konnte die Weltwirtschaft sich entfalten.

Weltverkehr

Die Ausnutzung der Dampf- und Elektrizitätskräfte ersetzt im Produktionsbetriebe die menschlichen Leistungen durch die Maschine, stellt den Großbetrieb an Stelle des Kleinbetriebes. Der maschinelle Betrieb entseelt aber die menschliche Arbeit. Die Industrialisierung der Wirtschaft bringt immer mehr eine Umsichtung der Bevölkerung mit sich, eine Abwanderung aus den landwirtschaftlichen in die Fabrikbetriebe, ein Anschwellen der städtischen Bevölkerung auf Kosten der Landbevölkerung, den Gegensatz der großen Masse des Industrieproletariats zum Unternehmertum.

Industrialisierung
Europas

Der maschinelle Großbetrieb macht große Kapitalien nötig. Banken sammeln das Privatkapital und führen es durch ein ausgebildetes Kreditwesen der Wirtschaft zu. Da das Vermögen einzelner zur Finanzierung von Großunternehmungen nicht ausreicht, bilden sich Aktiengesellschaften als ihre Träger. Da sie ganz unpersönlichen Charakter haben, gehen die gesunden und wertvollen Bindungen zwischen Arbeiter und Unternehmer und die innere persönliche Teilnahme der Arbeiter am Betriebe verloren.

Der Kapitalismus

Die kapitalistische Wirtschaft hat die Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus zur Folge. Ein neues Gemeinschaftsgefühl, das Klassenbewußtsein des Proletariats, bildet sich. Die Sozialdemokratie tritt als politische Partei für den Klassenkampf und für internationale Solidarität ein, sie nimmt den Kampf gegen die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf. Als eine Art wirtschaftlicher Selbsthilfe bilden sich die Gewerkschaften. In England haben sich die Arbeiter zunächst zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber den Unternehmern zusammengeschlossen. Tarifverträge, Unterstützungskassen, gemeinsame Arbeitsniederlegung (Streik) sollen die Arbeiterschaft gegen willkürliche Ausnutzung ihrer Arbeitskraft schützen. Auch der Staat sieht die Not des Proletariats und entnimmt daraus für sich die sittliche Verpflichtung, sie nach Möglichkeit zu lindern.

Das Proletariat
im Kampf für eine
neue Wirtschafts-
und Gesellschafts-
ordnung

Die kaiserliche Botschaft verkündet in Deutschland den Schutz der Arbeiter (17. November 1881). Mit der Einrichtung der Krankenkassen, Unfall- und Invalidenversicherung 1883 übernimmt Deutschland die Führung in der sozialen Gesetzgebung (vgl. die soziale Gesetzgebung Englands vom Jahre 1911). Aber die Kluft zwischen Proletariat und Bürger-

Soziale Gesetz-
gebung 1881

tum bleibt, die Sozialdemokratie söhnt sich nicht mit dem Staate aus. Sie wächst und kämpft weiter.

Die stärkere Industrialisierung läßt sich nicht aufhalten. Die Bevölkerungsziffern steigen. Zwar steigert auch die Landwirtschaft dank technischer Fortschritte und verbesserter Bodenbearbeitung ihre Erträge, in der Hauptsache muß aber die Industrie den Bevölkerungszuwachs aufnehmen und ernähren. Mit ihrem Aufblühen wächst die Auswertung der Bodenschätze. Besonders in den Städten des Industriegebietes ballt sich der Bevölkerungszuwachs.

Welthandel

Der Welthandel gleicht die gesteigerten Bedürfnisse an Lebensmitteln, Rohstoffen und Industrieerzeugnissen aus und muß darum einen großen Aufschwung nehmen. „Er schiebt jetzt Massen und Werte über den Erdball hin und her, von denen sich die erste Hälfte des Jahrhunderts nichts träumen ließ.“ Der Warenaustausch findet eine große Erleichterung durch den infolge gesteigerter Edelmetallproduktion (Gold in Kalifornien, Australien, Transvaal, Alaska) vermehrten Umlauf von Münzmetall.

Europäisierung der Erde

Mit der Zunahme des transozeanischen Verkehrs setzt eine bedeutende europäische Auswanderung nach den übrigen Erdteilen ein. Die Zahl der Auswanderer im Laufe des 19. Jahrhunderts wird auf mehr als 30 Millionen Menschen geschätzt, die sich über den Ozean nach den Vereinigten Staaten, nach Canada, Australien, Südafrika, nach Argentinien und Südbrasilien, andererseits auch nach Sibirien ergießen. Erst das 19. Jahrhundert hat die Europäisierung der Erde vollendet. Die ganze Erde wird jetzt Schauplatz der Geschichte. Ein

Weltstaatenysteme

Weltstaatenystem ersetzt das bisherige Gleichgewicht der europäischen Mächte. Das Aufkommen Amerikas und Japans beschränkt die bisher ausschließlich von Europa ausgeübte Herrschaft in der Welt.

Für das Verständnis der russischen Geschichte im 19. Jahrhundert ist der immer stärker sich herausbildende Gegensatz Rußlands zur Türkei, zu Österreich und zu England entscheidend.

Rußlands Gegner: Türkei

Die Stellung in Bessarabien (seit 1812) gibt Rußland den Vorwand, sich zum Schutzherrn der Christen gegen die Türken aufzuwerfen. Die Gegnerschaft gegen sie ist durch die langen Kämpfe um Südrußland und die Schwarzmeerküste tief eingewurzelt. Der religiöse Gegensatz ist auch ein politischer. Indem man Konstantinopel den Ungläubigen entreißen und das Kreuz des Christentums auf der Hagia Sophia wieder aufrichten will, soll der Besitz dieses wichtigen Platzes der russischen Macht die Herrschaft über die Balkanvölker und die Straße vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer sichern (S. 95). So stellt Rußland sich der von Österreich seit 1648 geführten Balkanpolitik von Osten her entgegen. Es schürt auch als Vorkämpfer der panslawistischen Idee unentwegt die nationalen Leidenschaften der slavischen Völker innerhalb des österreichischen Nationalitätenstaates sowie in den übrigen Balkanstaaten mit dem Ziel, die österreichische Macht zu vernichten. Demgegenüber ist Bismarck immer wieder bemüht, um der russischen Freundschaft willen auch zwischen Österreich

Österreich

und Rußland ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen: 1872 Dreikaiservertrag, der 1881 und 1884 erneuert wird. Im Rückversicherungsvertrag 1887 erhält Rußland für seine Balkanpolitik von Deutschland auch gegen Österreich freie Hand. Nach dem Ablauf des Rückversicherungsvertrages finden sich Rußland und Frankreich infolge ihres gemeinsamen Gegensatzes zu England wie zu Deutschland zum französisch-russischen Zweibund zusammen.

Die Festsetzung einer starken Macht am Bosphorus würde die Herrschaft Englands im Mittelmeer und seinen Weg nach Indien bedrohen. England beschützt darum die Türkei (vgl. Krimkrieg und den russisch-türkischen Krieg 1877/78). Auch die Politik und das Vorgehen Rußlands in Asien führt zur Verfeindung Englands mit Rußland.

England

Wenn die Darstellung der Reibungsflächen in Asien von Westen nach Osten fortschreitet, so besagt das nichts für die zeitliche Reihenfolge. Die russische Politik hat keine einheitliche Linie verfolgt, sondern je nach den führenden Geistern und den Ergebnissen auf dem jeweiligen Gebiet die Richtung gewechselt.

Das Werden
des russischen
Imperiums

Seit im 16. und 17. Jahrhundert die schnelle und weitausgreifende Eroberung Rußlands an dem Altaigebirge Zentralasiens und dem seit 1644 bestehenden Mandschureiche im Amurgebiet eine Grenze gefunden hat (Mitte des 18. Jahrhunderts um die Kirgisensteppe bis zum Balchaschsee erweitert), beginnt im 19. Jahrhundert, besonders seit Alexander II. (1855/81), ein Vorstoß von verschiedenen Punkten nach Süden. Rußland unterwirft die Ostküste des Schwarzen Meeres 1829 (Escherkessenland 1859) und die Kaukasusvölker Mitte des 19. Jahrhunderts und dringt von Transkaukasien in zwei Richtungen vor, nach Erivan 1828 und Aserbeidschan in Persien, ferner nach dem türkischen Armenien. Alexander II. erobert Transkaspien, das Land der Turkmenen und Westturkestan. Buchara und Chiva treten unter russische Oberhoheit, afghanische Grenzgebiete und der Pamir (1891 bis 1893) werden besetzt. Rußland führt die transkaspische Bahn nach Merw mit einer Abzweigung bis Herat, dann bis Samarkand (Erdölbohrungen, turkestanische Baumwolle); es beherrscht alle Handelsstraßen, die von Indien und Persien durch Afghanistan nach Turkestan, nach Westsibirien und Osteuropa führen.

Englisch-russische
Reibungsflächen
in Asien

In Armenien, Persien, Afghanistan und dem Pamirgebiet sind Englands Interessen bedroht, die, von Indien aus nach Norden vorgetragen, den russischen begegnen. Hier liegen die englisch-russischen Reibungsflächen in Asien.

Im Osten des Erdteils besetzt Rußland 1858 das Amurgebiet und die Küstenprovinz (in der Zeit, wo England und Frankreich in China angreifen), die fruchtbare Mandschurei (1900) und faßt (zur Zeit der Boxerkämpfe in China) auch in Korea Fuß. Es scheut keine Mittel, das Gebiet durch russische Bauern zu kolonisieren und wirtschaftlich zu erschließen. Eine ganz hervorragende Leistung ist der Bau der sibirischen Bahn 1891 bis 1906, deren Endpunkt in Wladiwostok

freilich keinen eisfreien Hafen hat. Sie sichert die wirtschaftliche und strategische Verbindung mit dem Osten. Von dem Abkürzungsstrange durch die Mandschurei wird eine Abzweigung nach Port Arthur gelegt, das Rußland im chinesisch-japanischen Kriege 1894/95 zufällt.

Russisch-japanischer
Gegensatz

Mit der Verdrängung Japans aus der Mandschurei ist der Gegensatz zwischen Rußland und der jungen, aufstrebenden Macht Japans gegeben. England, das schon seit längerer Zeit aus seiner Isolierung herausstrebt, schließt mit Japan 1902 ein Bündnis. Mit dieser Rückendeckung wagt Japan den Kampf gegen den russischen Koloss. Dieser erliegt in der Schlacht bei Mukden. Port Arthur fällt. Die Folge ist nicht nur Verlust der Mandschurei, sondern auch die Entladung all der innerpolitischen Spannungen in der russischen Revolution.

Innere Entwicklung
Rußlands

Trotz der inneren Reformen Alexanders II. (Aufhebung der Leibeigenschaft 1861, Abtretung eines Teils der Adelsgüter an die Dorfgemeinden, Einführung der provinziellen Selbstverwaltung 1864 [Semstwo] und Städteordnung 1870) hatte das Land keine Ruhe gefunden. Ständig wachsende sozialistische und anarchistische Strömungen (Zarenmord 1881) hatten strengste Gegenmaßnahmen der Regierung zur Folge. Die Reaktion unter Alexander III. hob die Reformen seines Vorgängers zum Teil wieder auf. Infolge der fortschreitenden Industrialisierung unter Nikolaus II. (1894/1917; Finanzminister Witte) wächst die jedem Umsturz geneigte Volksmasse. Die Revolution 1905/06, der Kampf um das Wahlrecht der Duma und um eine Agrarreform (Auflösung des Mir), die Gegenrevolution Stolypins hemmen die Stoßkraft und machtpolitische Betätigung.

Diese Situation erfährt England. Die politische Isolierung Englands ließ sich nicht länger tragen. Neben dem russisch-englischen Gegensatz stand der französisch-englische mit starken Reibungsflächen in Nordafrika. Frankreich und Rußland hatten den Zweibund abgeschlossen, dem der mitteleuropäische Dreibund gegenüberstand. Wollte England aus seiner Vereinzelung heraus, mußte es der einen oder anderen Partei beitreten. Deutschland lehnte die Versuche einer englischen Annäherung ab, um freie Hand zu behalten und Rußland nicht vor den Kopf zu stoßen. So blieb für England nur der Anschluß an den Zweibund.

Englisch-russischer
Ausgleich 1907

Rußland in der durch den verlorenen Krieg geschwächten und durch die Revolution innerlich gehemmten Lage erscheint England jetzt ungefährlich. Darum sucht es einen Ausgleich mit Rußland über die strittigen Gebiete. 1907 kommt es zur Einigung über Afghanistan, Persien und Tibet. Die Türkei, die sich wirtschaftlich an den Bund der mitteleuropäischen Mächte angeschlossen und dem weltwirtschaftlich aufstrebenden Deutschland wichtige Vorteile gewährt hat, wird von England fallen gelassen. England muß dafür aber Rußland auf dem Balkan mehr Spielraum lassen. So bahnen sich die Einkreisung Deutschlands und die zum Weltkrieg führenden Verwicklungen an.

XXX. Das britische Weltreich.

1. Entwicklung bis 1914.

2. Besitzstand nach dem Weltkrieg.

1./2. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kommt in England der Liberalismus in Weltanschauung, Politik und Wirtschaft zum vollen Sieg. Gegen die immer stärker werdende Industrialisierung kämpft die englische Landwirtschaft einen aussichtslosen Kampf. Die Parlamentsreform 1832 stärkt den Einfluß des kapitalistisch-industriellen Bürgertums, indem das Wahlrecht an einen hohen Steuersatz gebunden wird (bisher an den Besitz von Grundeigentum). Schrittweise wird das Wahlrecht durch die Reformen von 1867, 1884 und 1918 erweitert, nur ganz allmählich auch den Arbeitern größerer Anteil am Staatsleben gewährt. Dadurch gewinnen sie aber innere Fühlung mit dem Staatsleben, und lange Zeit bleibt es in England bei dem Zweiparteiensystem ohne Ausbildung einer besonderen Arbeiterpartei; auch die Arbeiterschaft achtet die bürgerliche Tradition.

Der Liberalismus
in England

Von den liberalen Gedankengängen aus schafft man die Negerklaverei in den Kolonien ab, bekennt man sich auch zum Freihandel. Die Industrie braucht den Freihandel. Er liefert billige Lebensmittel und Rohstoffe, und sie selbst ist vor der Konkurrenz anderer Länder infolge der unbestrittenen englischen Seeherrschaft sicher. Die Landwirtschaft wird ihr geopfert. 1842/46 fallen die Kornzölle, 1849 die Navigationsakte. Die Folge ist allerdings, daß der englische Bauernstand verschwindet, daß vier Fünftel der Bevölkerung als Arbeiter bei der Industrie in Lohn stehen, ein Drittel der gesamten Bevölkerung ungelernete und Gelegenheitsarbeiter sind, die von der Hand in den Mund leben.

Freihandel

Vernichtung
des Bauernstandes

Die gelernten Arbeiter organisieren sich in den Gewerkschaften. Ihre Begünstigung (seit 1850) und staatliche Anerkennung (1871) spaltet die Arbeiterbewegung. Englands reicher Kolonialbesitz und die Beherrschung der Rohstoffquellen gestattet, die Gewerkschafter verhältnismäßig gut zu bezahlen. „So haben die Gewerkschaften ein Interesse an der Ausbeutung der Welt durch England.“

Gewerkschafts-
entwicklung

England war 1815 mit reichem Gewinn aus dem europäischen Entscheidungskampf mit Frankreich hervorgegangen (Kapland, Ceylon, indische Kolonien, Trinidad, Mauritius, Malta und Helgoland). Nachdem es dann anfänglich noch die volkstümlichen Bewegungen (Griechenland) unterstützt hatte, hält es sich den europäischen Verwicklungen möglichst fern. Auch in weltpolitischen Fragen tritt England für Freiheit ein; selbst hat es ja keine Macht zu fürchten. Es gibt Hannover 1837, die ionischen Inseln 1863, Helgoland 1890 auf; weder die Polen (1863), noch Dänemark (1864), noch Belgien (1870) finden an England Hilfe. Nur wo seine Lebensfragen bedroht erscheinen (1840 gegen Frankreichs ägyptische Pläne, Krimkrieg, ostindischer Aufstand 1858), greift es durch.

Englands zurück-
haltende Außen-
politik 1815/70

Die Lage ändert sich grundlegend seit den siebziger Jahren, als die anderen Großmächte in die von England bisher allein beherrschte Welt eindringen. Da setzen sich die Konservativen unter ihrem Führer Disraeli für eine energische Außenpolitik,

Umschwung seit den
siebziger Jahren

Ausbau und
Sicherung des
Weltreiches

für Erweiterung des Kolonialbesitzes und straffere Bindung der Kolonien an das Mutterland ein. Gegen das russische Vordringen in Asien richtet sich die Annahme des Titels einer Kaiserin von Indien durch die Königin Victoria (1876). Auf dem Balkan bringt es Rußland zum Teil um seine Erfolge im russisch-türkischen Krieg (1877/78). Seinen Indienweg durch das Mittelmeer sichert der Besitz von Gibraltar (1704), Malta (1800), Aden (1839), Perim (1857) und Zypern (1878). Schon früher hat England seine Etappenstraße um Afrika herum festgelegt: St. Helena, Ascension, Tristan da Cunha, Kapland, Mauritius, Seychellen, Ceylon. Mit der Mehrheit der Suezkanalaktien bringt England auch diese wichtige Meeresstraße in seine Gewalt. Ägypten selbst wird 1882 von den Engländern besetzt und die englische Herrschaft bis zum Sudan erweitert. In Indien tritt England dann der weiteren Ausdehnung russischer Herrschaftsbestrebungen entgegen, erobert Belutschistan (1883) im Westen und Birma (1886) im Osten Indiens. In Afrika vertritt Cecil Rhodes als ein typischer Vertreter der von ihrer Kulturmission überzeugten englischen Nation den britischen Imperialismus. Die Verbindung von Kapstadt—Kairo und die von Kairo—Kalkutta soll ein geschlossenes afrikanisch-asiatisches Reich zusammenhalten und den Indischen Ozean zu einem englischen Binnenmeer machen. Das ist das letzte Ziel, zu dem man Schritt für Schritt vorwärts strebt. Die Eroberung des Betschuanalandes und Rhodesias umzingelt die Burenrepubliken, deren Anschluß an Deutsch-Südwestafrika zu befürchten war. Die Burenstaaten, Orangestaat und Transvaal, gehen nach dem Burenkrieg 1899/1902 in der Südafrikanischen Union auf. Australien erhält Selbstverwaltung. Seit 1895 ist Chamberlain der englische Kolonialminister und bedeutendste Vertreter des neubritischen Imperialismus. Die von ihm vertretene Weltanschauung überwindet den wirtschaftlichen Individualismus des Manchesterturns. Der einzelne hat der staatlichen Macht zu dienen und der Kulturaufgabe des Angelsachsentums in der Welt.

Chamberlains
„Greater Britain“-
Idee

Ein Greater Britain soll Mutterland und Kolonien als gleichberechtigte Glieder des British Empire zusammenfassen, zu einer Wirtschafts- und Wehreinheit mit einem einheitlichen Reichsparlament zusammenschließen. Seine Flotte soll mindestens die Stärke der beiden nächsten Großmächte zusammen haben (two powers standard).

Aber gegen den Widerspruch der Liberalen und der Siedlungskolonien Canada, Australien, Südafrika, die ihre Selbstverwaltung (eigenes Parlament, selbstverantwortliches Ministerium) und den Schutz Zoll nicht aufgeben wollen, dringt Chamberlain mit seinen Plänen nicht durch.

Verzicht auf
splendid isolation
Englische
Bündnispolitik

Da England die großbritannische Union nicht zustande bringt, aber doch seine Weltstellung unbedingt aufrechterhalten will, muß es seine Isolierung aufgeben und in einer ganz neuen Bündnispolitik sein Ziel zu erreichen versuchen. Bei dem englisch-russischen Gegensatz in Asien und dem französisch-englischen in Afrika liegt ein englisch-deutsches Bündnis nahe, zumal die Bismarcksche Politik stets ein freundschaftliches Einvernehmen mit England gepflegt hat. Bülow

lehnt aber die an Deutschland gerichteten Bündnis-
anträge ab, zuletzt 1911.

Da stellt König Eduard VII. die englische Poli-
tik völlig um und richtet sie gegen Deutschland
(Chamberlain). Die Einkreisung Deutschlands beginnt. Nach Abschluß des
englisch-japanischen Bündnisses kommt 1904 die eng-
lisch-französische und 1907 die englisch-russische Entente
zustande. Gegen den Verzicht Frankreichs auf seine Ansprüche in
Ägypten überläßt England ihm freie Hand in Marokko; mit Rußland
einigt sich England über die beiderseitigen Interessengebiete in Afghanistan,
Persien und Tibet und läßt dafür der russischen Politik freie Hand auf
dem Balkan. England opfert die bisher geschützte Türkei, um Österreich
und Deutschland einzukreisen und in unverföhnlichen Gegensatz zu Rußland
zu bringen. Damit hat es den Weltkrieg vorbereitet. Seine Ergebnisse
haben das englische Indiameerreich der Verwirklichung
nahegebracht. Die Verbindung Kap—Kairo—Kalkutta
wird demnächst fertig. Mit der Beherrschung des vorderasiatischen
Zwischenerdteiles ist der Zusammenhang seines asiatischen und afrikanischen
Kolonialreichs gegeben (vgl. S. 153 ff., 162 ff.).

Statt deutsch-engl.
Bündnisses
Einkreisung
Deutschlands
durch Eduard VII.

XXXI. Das französische Weltreich.

1. Die französische Mittelmeerpolitik nach 1830.
2. Französische Kolonialpolitik. — Ausbau der Militärmacht.
3. Der Kolonialbesitz bis 1914 und Frankreichs Kriegsgewinn.

1. Frankreich hat seit der Niederlage bei Trafalgar die englische
Überlegenheit zur See anerkennen und seit Bellealliance die m a c h t p o l i -
tischen Pläne auch auf dem Festlande aufgeben müssen. Seitdem hat das in seiner nationalen Eitelkeit tief gedemütigte Volk nur
das eine Ziel, die verlorene Machtstellung zurück-
zuerobern. Seit 1830 nimmt Frankreich seine Kolonialpoli-
tik wieder auf, diesmal mit der in der Mittelmeerküste gegebenen Basis.
Mit der Eroberung von Algier (1830) legt Karl X. den Grund
zu dem neuen französischen Kolonialreich in Afrika und hofft dadurch zu-
gleich seine Stellung gegenüber der wachsenden Opposition im Lande zu
erleichtern.

Frankreichs Kampf
um die 1815 ver-
lorene Machtstellung

Auch in Ägypten sucht Frankreich Fuß zu fassen, bringt damit
aber eine geschlossene Front von England, Rußland, Preußen, Österreich
und Türkei gegen sich, vor der es zurückweichen muß. Als Frankreich da-
für Kompensationen am Rhein beansprucht, begegnet es
einem einmütigen, geschlossenen Widerstand und Abwehrwillen (1840)
in Deutschland. Als Napoleon III. dann in der Türkei Einfluß zu ge-
winnen sucht, zieht er sich die russische Gegnerschaft zu, Rußland ist ande-
rerseits auch Englands Gegenspieler; um die Erbschaft des kranken Mannes
nicht Rußland allein zu überlassen, muß England für die Tür-
kei eintreten. Daraus ergibt sich ein Bündnis zwischen Eng-
land und Frankreich, vor dem sich Rußland demütigen muß
(Krimkrieg).

Die Unterstützung des italienischen Nationalkampfes bringt Napoleon die Erwerbung von Nizza und Savoyen. Frankreich erweitert auch seinen nordafrikanischen Besitz bis Tunis und bis zur Sahara, faßt am Senegal und Gambia Fuß, erobert Kotschinchina und die Gegenküste von Aken. Nach dem Scheitern des mexikanischen Abenteuers nimmt Napoleon wieder die alten französischen Ziele einer Machtausdehnung nach dem Rhein und Belgien hin mit Nachdruck auf. (1866 bayrische Pfalz, 1867 Luxemburg, 1870 Belgien.) Der Bau des Suezkanals soll Frankreich auch in Ägypten eine maßgebende Stellung schaffen.

Der Rückschlag 1870
und die nationale
Erneuerung

Der verlorene deutsch-französische Krieg bringt aber einen gewaltigen Rückschlag. Die Rheingrenze ist verloren, die Aktien des Suezkanals gehen in englischen Besitz über. Der Revanchegedanke bekommt neue Nahrung und ist auch in der auf das napoleonische Kaisertum folgenden Republik die treibende Kraft der französischen Außenpolitik: Vergeltung für 1870, Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen.

2./3. Bismarck glaubt, Frankreichs Politik durch die Begünstigung neuer französischer Kolonialpläne ablenken zu können. Mit seiner Zustimmung nimmt Frankreich 1881 von Tunis Besitz, baut sein Kolonialreich in Ostasien (Kotschinchina, Anam, Tonking) und in Zentralafrika aus, erwirbt Madagaskar, Timbuktü, Dahome (1885) und rundet endlich das afrikanische Reich 1905 durch Marokko im Nordwesten bis zum Ozean ab.

Englisch-franzöf.
Gegensatz. Fashoda

Aber überall, in Ägypten, in Westafrika und Madagaskar wie in Hinterindien stoßen englische und französische Interessen aufeinander. Nachdem über Hinterindien (Siam) 1896 eine Verständigung zustande gekommen ist, muß Frankreich infolge des letzten mißlungenen Gegenstoßes (Fashoda 1898!) gegen die englische Kairo — Kapstadt-Linie auch in der afrikanischen Frage nachgeben und sich mit dem Hinterland von Tunis und Tripolis als Entschädigung für Ägypten begnügen. Der Minister Delcassé und das französische Volk entscheiden sich trotz der erlittenen Demütigung für England, d. h. gegen Deutschland.

Schon vorher hatte Frankreich sich Rußland genähert; die Aufgabe des deutschen Rückversicherungsvertrages mit Rußland hatte den Weg freigemacht. Die Verhandlungen in den Jahren 1891 — 94 führen zum Abschluß des russisch-französischen Bündnisses 1894.

Frankreichs Aus-
gleich mit England

Durch den Ausgleich der französisch-englischen Interessen 1896, 1899 (siehe oben) kommt die Entente cordiale vom Jahre 1904 zum Abschluß. Frankreich überläßt endgültig Ägypten an England und erhält dafür freie Hand in Marokko. Die alten Erbfeinde sind Bundesgenossen geworden.

Der Weltkrieg hat die eigentliche Bedeutung des Kolonialbesitzes für Frankreich erwiesen. Sie liegt weniger auf wirtschaftlichem Gebiet als in der militärischen Auswertung. Das Mutterland kann seine Vormachtstellung in Europa nur mit Hilfe der starken Kontingente farbiger Truppen aufrechterhalten (vgl. S. 153 u. 156).

XXXII. Die Randstaaten des Stillen Ozeans.

Die Vereinigten Staaten und das Kaiserreich Japan.

Weltmachtentwicklung und Kampf um die Vorherrschaft.

1. In Nachwirkung der Aufklärungsideen und -kämpfe kommt es in den spanischen und portugiesischen Kolonien Mittel- und Südamerikas zu einem 15jährigen Befreiungskrieg (1810 — 1825), der allen die Unabhängigkeit vom Mutterlande bringt. Eine Einmischung der Heiligen Allianz verhindert Amerika durch die Verkündung der Monroe-Doktrin 1823, durch die sich Amerika die Regelung der amerikanischen Verhältnisse selbst vorbehält (vgl. S 81).

„Amerika den Amerikanern“

Die Vereinigten Staaten von Amerika entfalten bald, nachdem sie sich 1783 vom Mutterlande losgerissen haben, einen mächtigen Ausdehnungsdrang, um neues Siedlungsland zu gewinnen. Napoleon I. verkauft ihnen 1803 das westliche Mississippibecken. Um die Freiheit zur See gegen die übermächtige englische Seeherrschaft zu erlangen, unterstützen sie 1812 Napoleon und versuchen, Canada zu erobern; sie scheitern freilich damit und müssen den Plan endgültig aufgeben, als Napoleons europäische Herrschaft zusammenbricht. So bleibt den Vereinigten Staaten nur die Möglichkeit, sich nach Süden und Westen auszudehnen. 1819 kommt Florida durch Kauf von Spanien, 1846 Oregon durch Vertrag mit England, 1848 Texas und Kalifornien durch Krieg mit Mexiko an die Union.

Wachstum der Vereinigten Staaten

Infolge der großen klimatischen und wirtschaftlichen Verschiedenheit zwischen den Nord- und den Südstaaten und ihrer verschiedenen Stellung zur Sklavenfrage bildet sich ein scharfer Gegensatz zwischen dem bäuerlichen und industriereichen Norden und dem Süden mit seinen von Negerklaven bearbeiteten Zuder- und Baumwollplantagen heraus. Die Gegner der Sklaverei bilden die Partei der Republikaner, denen die Demokraten des Südens gegenüberstehen. Um sich von den Nordstaaten nicht übersflügeln zu lassen, betreiben gerade die Südstaaten eine Ausdehnungspolitik. Infolge des gestörten innerstaatlichen Gleichgewichts kommt es zum Bürgerkriege in den Vereinigten Staaten 1861 — 65. Die elf Südstaaten lösen sich los. Aber durch den Sieg der Nordstaaten bleibt die staatliche Einheit gewahrt. Die Sklaverei wird abgeschafft. Die Neger erhalten Gleichberechtigung.

Bürgerkrieg 1861/65

Wahrung der staatlichen Einheit

Die Zeit des amerikanischen Bürgerkriegs benutzte Napoleon III. zu seinem Eingreifen in die mexikanischen Wirren (1862/67), er lähmt dadurch die freie Entfaltung seiner Kräfte auf dem europäischen Festlande, so daß Bismarcks Einigungspolitik an den Vereinigten Staaten eine Rückendeckung hat.

Die in ihrer Einheit gesicherten Vereinigten Staaten streben nach der Herrschaft über ganz Amerika. Sie kaufen 1867 Alaska von Rußland, besetzen 1898 im Kriege mit Spanien Portoriko, Kuba und die Philippinen und erzwingen von Dänemark die käufliche Überlassung der Insel St. Thomas (1916). Die Union bringt 1903 die Kanalzone von Panama mit allen Hoheits-

Imperialismus der V. St.

rechten über die Panamaeisenbahn und den geplanten Kanal in ihre Hände. Diese imperialistische Politik hat besonders Theodor Roosevelt entgegengesetzten Strömungen gegenüber zur Herrschaft erhoben.

Geopolitische
Voraussetzungen

Die Ausdehnung der Vereinigten Staaten bis zum Stillen Ozean gibt ihnen die günstige Zwischenlage zwischen zwei Weltmeeren. Der Panamakanal verbindet sie beide auf kürzestem Seeweg, geschützt durch die Inseln des amerikanischen Mittelmeeres (Kuba, Haiti, Portoriko, St. Thomas). Hawaii bildet einen wichtigen Stützpunkt im Stillen Ozean für die Verbindung über die Philippinen nach den asiatischen Wirtschaftsgebieten. In der westlich gerichteten Kräfteentfaltung kreuzt die Union aber japanische Interessenzonen.

Erschließung
Ostasiens

2. Die ostasiatische Welt hat jahrhundertlang in Abgeschlossenheit verharrt. Sie tritt mit Europa erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in nähere Beziehung. Der Überlandverkehr mit China blieb ebenso wie die Überseeverbindung (seit der portugiesischen Entdeckung) bis ins 19. Jahrhundert sehr gering. Erst nach dem Opiumkrieg Englands 1842 (Friede von Nanking) muß China die Insel Hongkong an England abtreten und fünf Häfen freigeben. Neue innere Verwicklungen und Feindseligkeiten gegen England, das hierbei die Unterstützung Frankreichs findet, enden mit der Demütigung Chinas (1856—60); von da ab bemühen sich die weißen Nationen wetteifernd um die wirtschaftliche Erschließung Ostasiens. Rußland benutzt eine günstige Gelegenheit (1858), um China die Amurprovinz abzunehmen. Damit kommt also die Ostküste bis Wladiwostok, dazu das vorgelagerte Sachalin in russischen Besitz, zugleich dringt Rußland aber in das japanische Interessengebiet ein.

China

Japan

Auch Japan hat jahrhundertlang ein abgeschlossenes Dasein geführt und erst auf Drängen Amerikas 1854 sein Land der Erschließung mit der Freigabe zweier Häfen geöffnet und dann 1868 nach dem Sturz des Shogunats (der allmächtigen Hausmeiergewalt!) den Fremden allgemein Zutritt gestattet. Europäische Zivilisation und Kultur durchdringen seitdem Volk und Land der Japaner in beispiellos schnellem und weitgehendem Maße (Einführung einer Verfassung, der Schulpflicht, Übernahme europäischer Technik und Wissenschaft, Reform des Heeres und des Verkehrswesens).

Natürliche
Entwicklungslinien
Japans

Die geopolitischen Stoßrichtungen der territorialen Erweiterung Japans führen nach Süden auf die Liukiuinseln, nach Norden auf die Insel Sachalin und nach dem gegenüberliegenden Festland auf Korea hin. Sie kreuzen die Interessen Chinas und Rußlands, mit ihnen hat sich die japanische Politik auseinanderzusetzen. Bald freilich beginnt Japan, den Überschuss seiner Bevölkerung auch über den Stillen Ozean nach Amerika hinüber zu schicken und gerät dadurch mit Amerika in ein gespanntes Verhältnis.

Die Liukiuinseln werden 1874 mit Zustimmung Chinas dem japanischen Reiche einverleibt. Dazu kommen 1875 die Kurilen, während Japan die Insel Sachalin Rußland überläßt. Korea bleibt einstweilen unabhängig (Vertrag 1876), aber Japan betrachtet das Halbinselkaiserreich

als seine Interessensphäre und ist nicht gewillt, hier fremden Einfluß zuzulassen.

Unruhen in Korea veranlassen China 1894 zum Eingreifen. In dem daraus folgenden chinesisch-japanischen Kriege unterliegen die Chinesen völlig. Aber die Früchte der japanischen Siege und des Friedens von Shimonoſeki 1895 (Einschnürung des „unabhängigen“ Koreas, Abtretung von Formosa, der Pescadores und der Halbinsel von Liautung: Port Arthur, Besetzung von Weihaiwei) werden Japan durch ein Bündnis europäischer Mächte (Rußland, Frankreich und Deutschland) entzogen. Rußlands strategische Bahn durch Sibirien endet in Wladiwostok. Da Japan nun mit den Erwerbungen aus dem Frieden von Shimonoſeki eine Fortführung oder Abzweigung der Bahn nach dem Golf von Petschili und dem Gelben Meer hätte verhindern können, betreibt Rußland den Einspruch der europäischen Mächte. Daraufhin verzichtet Japan auf jede Gebietserwerbung in Liautung.

Japan.-chines. Krieg
1894/95

Statt dessen versucht jetzt Rußland, sich den Einfluß in dem umstrittenen Gebiet zu sichern, und erhält auch bald darauf von China Zugeständnisse für den Ausbau seiner Eisenbahnlinie in der Mandschurei und der Provinz Liautung (siehe Karte) und die Einwilligung zur Besetzung von Port Arthur 1898. Auch die übrigen europäischen Mächte bemühen sich, an der politischen und wirtschaftlichen Aufteilung ihren Anteil zu bekommen. Deutschland besetzt 1897 die Bucht von Kiautschou, die Franzosen sichern sich besondere Vorrechte in den südlichen Provinzen Chinas, die Engländer in den nördlichen und mittleren Teilen des Reiches, die Amerikaner behalten die vorher spanischen Philippinen (1898).

Die europäischen
Mächte in Ostasien

Inzwischen vervollständigt Japan seine militärischen Rüstungen. Als die europäischen Mächte den im Boxeraufstand (1900) aufflammenden Fremdenhaß mit Waffengewalt niederschlagen, beteiligt sich auch Japan mit seiner jungen Kriegsmacht daran. Im Ergebnis hat Rußland den größten Gewinn, denn es hält China in finanzieller Abhängigkeit und betrachtet Korea als sein Interessengebiet. Dagegen muß sich Japan wehren. So spitzt sich der russisch-japanische Gegensatz zu. 1902 schließt Japan mit England, das in Rußland den ärgsten Gegner seiner asiatischen Politik bekämpft, ein Bündnis und erhält dadurch Rückendeckung gegen Rußland.

Russisch-japanischer
Gegensatz

Englisch-japanisches
Bündnis 1902

Ohne Kriegserklärung greifen die Japaner 1904 die russische Flotte an, erobern Port Arthur nach langer Belagerung, schlagen die Russen in der zehntägigen Schlacht bei Mukden und in der Seeschlacht bei Tsushima (in der Straße zwischen Korea und Japan). Im Frieden von Portsmouth 1905 erhält Japan die Oberhoheit über Korea, dazu die Halbinsel Liautung und Südsachalin, ferner die Eisenbahn in der Südmandschurei. Damit ist Japan eine Weltmacht geworden. Auch die gelbe Rasse ist in den Wettbewerb um die politische und wirtschaftliche Macht auf der Erde eingetreten. Mit dem Aufkommen der neuen japanischen Macht und dem Aufstieg Amerikas gewinnt auch der Stille Ozean weltgeschichtliche Bedeutung.

Russisch-japanischer
Krieg 1904/05

Japan und die Union werden Nebenbuhler. Mit

Japan
und die v. St.

großem Mißtrauen verfolgt Amerika die Erfolge Japans im russisch-japanischen Krieg. Das 1905 auf zehn Jahre neugeschlossene englisch-japanische Bündnis richtet sich deutlich gegen Amerika. In Erkenntnis dieser Sachlage bringt Amerika den Isthmus von Panama in seine Hand, um seine Streitkräfte auf kürzestem Wege vom Atlantischen zum Stillen Ozean hinüberschaffen zu können. Als dritte Macht steht Großbritannien neben Japan und der Union im Wettbewerb um die Herrschaft im Stillen Ozean.

XXXIII./XXXIV. Deutschland als Weltmacht.

XXXIII., 1. Kolonialbesitz und weltwirtschaftliche Bedeutung.
2. Die Einkreisungspolitik gegen Deutschland.

XXXIV., 1. Deutschland im Wettbewerb mit England.
2. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland.

Das Deutsche Reich
neues Kraftzentrum
Mitteleuropas

Mit der Gründung des Deutschen Reiches ist die *M i t t e* des *R o n - t i n e n t s* nach jahrhundertelanger Zerrissenheit und Machtlosigkeit eine festgeschlossene Einheit geworden. Das alte Europa erfährt dadurch eine gewaltige Umwälzung. Der mitteleuropäische Raum, die Niederung, auf der die Nachbarmächte bisher ihre Gegensätze auszutragen pflegten, wird ein mächterfülltes Sperrgebiet zwischen den Großreichen im Osten und Westen. Es ist natürlich, daß man das neue Deutsche Reich als die *j ü n g s t e* nationalstaatliche Schöpfung sofort von vielen Seiten beargwöhnt.

Gefahren
der Zwischenlage

Bismarck sieht die seinem Bauwerk drohenden Gefahren, kennt die Schwächen der Zwischenlage Deutschlands. Die Sorge um den Bestand des Reiches bestimmt seine Politik. Vor allem wartet das 1870/71 geschlagene und aus seiner führenden Stellung verdrängte Frankreich auf eine günstige Gelegenheit, Elsaß-Lothringen und die festländische Herrschaft wiederzugewinnen. Die Sicherung Deutschlands muß darum bei Frankreich als der eigentlichen und letzten Gefahrenquelle einsetzen.

Bismarcks
Bündnisystem

Bismarcks Mittel sind: Maßvolle Haltung gegenüber Frankreich und Ausbildung eines sichernden Bündnisystems. Aus dieser Einstellung heraus ermutigt Bismarck die französische Republik zu neuen kolonialen Unternehmungen; dadurch hofft er auch, sie von ihren Vergeltungsgedanken abzubringen.

Dreikaiser-
verständigung 1872

Auf jeden Fall muß Deutschland gegen einen möglichen Vergeltungskrieg gerüstet sein. Die Dreikaiserverständigung 1872 schließt Deutschland-Osterreich-Rußland zu einem „Friedensbollwerk der Mitte“ zusammen, sie wird (1881) zu einem geheimen Neutralitätsvertrag verdichtet und 1884 erneuert. Daneben tritt 1879 das besondere Bündnis zwischen Deutschland und Osterreich, es wird nach der Außenseite durch den Defensivvertrag Deutschland-Osterreich mit Italien (Dreibund 1882) verstärkt. 1883 tritt Deutschland auch dem zwischen Osterreich und Rumänien abgeschlossenen Defensivabkommen bei.

Zweibund 1881

Dreibund 1883

Isolierung
Frankreichs

Dadurch ist Frankreich jetzt *v ö l l i g i s o l i e r t*. Verteidigung des Bestehenden, Erhaltung des europäischen Friedens ist Zweck dieser Politik und ihr großer Erfolg. Sie sichert Deutschland

nicht nur gegen Frankreich, sondern überbrückt auch die italienisch-österreichischen Gegensätze und die österreichisch-russischen auf dem Balkan, wengleich die ehrliche Maklerschaft Bismarcks auf dem Berliner Kongreß eine vorübergehende Verstimmung mit Rußland im Gefolge hat. Um den mitteleuropäischen Block ordnet sich die Politik der andern Mächte. Das Deutsche Reich wird das „Zünglein an der Waage“ des europäischen Gleichgewichts. Berlin ist Mittelpunkt des Bündnisystems.

Deutschlands
führende Stellung
in Europa

Wegen der überragenden Stellung Deutschlands betätigen sich die andern Mächte außerhalb Europas. Frankreich baut sein afrikanisches Kolonialreich aus. England erweitert seinen kolonialen Besitz. Es erwirbt zu Gibraltar und Malta noch Zypern und kauft als Vorbereitung zur Besetzung Ägyptens die Suez-Kanal-Aktien auf. Es schafft in Suez und Aden den „Knotenpunkt“ für Afrika und Indien. (Gegen Rußlands Vordringen nach Indien über Afghanistan führt England zur Sicherung zwei Feldzüge.)

Balkankrise
1886

Rußlands Vorgehen in Bulgarien 1886 gegen den Fürsten Alexander von Battenberg (Militärverschwörung, Abdankung!) benützt Österreich, um seinen Einfluß auf dem Balkan zu stärken (Graf Andrassy). Da Frankreich nicht übel Lust hat, an den Balkanwirren den Rachekrieg zu entzünden, droht die gespannte Lage sich in einem Weltkrieg zu entladen. Aber Bismarck warnt Österreich und erhebt zugleich in Rußland vermittelnd Vorstellungen, so daß die Krisis beseitigt wird. Aber die tiefe Verstimmung gegen Österreich veranlaßt Rußland 1887, die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses abzulehnen.

Russisch-österreich.
Verstimmung
1887

Bismarcks Sicherungssystem bekommt dadurch einen Riß. Er kann Österreich-Ungarn und Rußland, die beiden Gegner auf dem Balkan, nicht zusammenhalten und sieht sich zu einer entscheidenden Wendung genötigt. Aber die politischen Fäden behält er in der Hand, indem er mit jedem einzeln vertragliche Bindungen eingeht. Er schließt mit Rußland den geheimen Rückversicherungsvertrag auf der Grundlage gegenseitiger wohlwollender Neutralität für den Fall, daß Deutschland oder Rußland in einen Krieg verwickelt wird. Bismarck muß dem Zarenreich freilich für seine Balkanpolitik (Ostrumelien, Bulgarien, Schwarzes Meer) große Zugeständnisse machen. Die wohlwollende Neutralität soll nicht für einen Angriffskrieg gelten, den die Vertragsschließenden etwa gegen Frankreich oder Österreich beginnen. Auf der andern Seite bleibt das deutsch-österreichische Bündnis und der Dreibund in Kraft.

Deutsch-russischer
Rückversicherungs-
vertrag 1887/90

Den Bund mit Österreich und Italien hält Bismarck nicht für ausreichend. Er braucht als Ergänzung die Anlehnung an eine andere Großmacht. Aus der Sorge vor einem Abschwenken Rußlands sucht er Anschluß an das englische Inselreich. Der englische Mittelmeervertrag mit Italien und Österreich (1887: Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes im Mittelmeer, d. h. Abwehr der slavischen Ausdehnung im Osten) war ihm darum ein „unschätzbare Erfolg“. Aber ein ausdrückliches Abkommen Deutschlands mit England hätte in Rußland, dem größten Rivalen Englands in Asien, sicher starke Verstimmung hervorgerufen; außerdem

Deutsch-englische
Freundschaftspolitik

Verschiedenartigkeit
deutscher u. englischer
Bündnisziele

muß Bismarck verhüten, daß Deutschland etwa in den englisch-russischen Gegensatz hineingerät und der „Gegen Großbritannien auf dem Festlande“ wird. Bismarck will vielmehr die gegenseitige Unabhängigkeit gewahrt wissen und ein Zusammengehen aus beiderseitigem Interesse nur in der Überwachung Frankreichs festlegen, um eine Gefährdung des europäischen Friedens von Frankreich aus zu verhindern. England braucht dagegen zur Förderung seiner weltpolitischen Bestrebungen eine Macht auf dem Festlande, die es gegebenenfalls gerade gegen Rußland verwenden kann. Wir begegnen den Bemühungen Bismarcks um einen Vertrag mit England immer dann, wenn Rußland abzuschwenken droht (1876, 1879, 1887, am deutlichsten 1889). Sie scheitern aber jedesmal an den verschieden gerichteten Zielen der beiden Mächte.

Wandlung
der innerdeutschen
Verhältnisse

Immer schwieriger wird es, die widerstrebenden Kräfte zu meistern. Schon nehmen auch die französischen Kriegstreiber mit den starken panslawistischen Kreisen Rußlands Verbindung auf.

Wie die außenpolitische Lage, so wandeln sich auch die inneren Verhältnisse. Deutschland nimmt einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung. Die ganze industrielle Entwicklung mit ihren tiefgreifenden Folgen vollzieht sich hier in kürzester Zeit. Fabriken wachsen aus dem Boden, gewaltige Industriebezirke entstehen; sie ziehen die Bevölkerung vom Lande in die Städte. Das Gesicht des deutschen Lebens ändert sich völlig. Die Ausfuhr wächst gewaltig, der Kaufmann muß neue Absatzgebiete in fernen Erdteilen suchen und sich seinen Anteil an Welthandel und Weltwirtschaft sichern. Der Reichtum an Bodenschätzen gibt Erträge und Gewinne in fortgesetzt steigenden Zahlen, der Vorsprung Englands wird immer geringer und zum Teil überholt.

Erwerbung
deutscher Kolonien

Das allgemeine Streben in die Weite, das wir in dem Imperialismus der übrigen europäischen Mächte schon seit längerer Zeit verfolgen können, weckt in diesem Zusammenhang auch in Deutschland das Verlangen nach überseeischem Besitz.

Deutsche Forschungsreisende (Heinrich Barth, Schweinfurth, Wissmann, Emin Pascha, Gustav Nachtigall) und wagemutige Kaufleute hatten wertvolle Vorarbeit geleistet. Kaufmännische Niederlassungen, die Erwerbungen des kühnen und zähen Karl Peters und der deutschen Handelsgesellschaften in Afrika verlangen dringend nach dem Schutz des Deutschen Reiches. Dadurch tritt das Deutsche Reich in die Reihe der Kolonialmächte: Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika, Kaiser-Wilhelm-Land auf Neuguinea, Bismarck-Archipel, Marschallinseln werden die wichtigsten Kolonien.

Bismarcks
Entlassung 1890

Wilhelm II. (seit 1888) kann sich in seinem Tatendrang nicht mit der selbtherrlichen Staatsführung des großen Kanzlers abfinden. Gegenüber der rein kontinentalen Politik des Kanzlers vertritt der Kaiser den Standpunkt der Weltpolitik. Meinungsverschiedenheit besteht auch über die Behandlung der Sozialdemokratie. Bismarck sieht sich endlich genötigt, seine Entlassung nachzusuchen (1890).

Der neue Kurs
Wilhelms II.

Der neue Kurs, das persönliche Regiment Wilhelms II. beginnt mit dem folgenreichen Entschluß, die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages abzulehnen. Man befürchtet, durch

die Freundschaft mit Rußland das gute Einvernehmen mit anderen Mächten einzubüßen. Außerdem traut es sich der Nachfolger Bismarcks, Caprivi, nicht zu, mit „5 Bällen gleichzeitig zu spielen“. Man will die komplizierte Politik vereinfachen.

Die Folge ist schon 1891 eine Entente cordiale Rußlands mit Frankreich, die auf dessen Drängen 1892 zu einem Defensivbündnis, 1894 zu einer Militärkonvention ausgebaut wird.

Rußisch-französische
Entente cordiale
1891

Seitdem besteht statt des deutschen Übergewichtes ein Gleichgewicht zweier Mächtegruppen in Europa: des Zweibundes Frankreich-Rußland und des Dreibundes der Mittelmächte. Frankreich ist es gelungen, aus seiner Isolierung herauszukommen. Deutschland aber droht die Gefahr des Zweifrontenkrieges.

Europäisches
Gleichgewicht:
Zweibund-Dreibund

Der Bismarckschen Politik folgend, geht Deutschland auch im neuen Kurs auf keinerlei Eroberungspläne aus. Es tritt auch allen Versuchen Österreichs, sich die deutsche Zustimmung zur Machterweiterung im Orient zu sichern, entgegen.

Die andere Gruppe dagegen arbeitet auf bestimmte Änderungen der bestehenden Verhältnisse hin. Rußland erstrebt freie Durchfahrt zum Mittelmeer, die Befestigung von Konstantinopel, die Erweiterung des russischen Einflusses auf dem Balkan. Frankreich denkt nach wie vor an die Rückeroberung von Elsaß-Lothringen.

Um ein Gegengewicht gegen den französisch-russischen Zweibund zu schaffen, sucht Berlin jetzt eine Annäherung Großbritanniens an den mitteleuropäischen Bund herbeizuführen.

Englands
Annäherung
an den Dreibund

Die Abtretung Helgolands 1890 (gegen Sansibar), die Vereinbarung über die Abgrenzung der beiderseitigen Kolonien in Afrika sind wohl verheißungsvolle Anfänge einer deutsch-englischen Annäherung. Doch bald tritt die verschiedene Auffassung der beiden Mächte über den Bündniszweck störend dazwischen. Hinzu kommt, daß sich Deutschlands Lage seit der Scheidung Europas in zwei Mächtegruppen ungünstiger gestaltet hat, denn jetzt glaubt England, seinen Vorteil am ehesten und besten in der „glänzenden Isolierung“ zu finden (Lord Salisbury), in der Ausnutzung des Gegensatzes zwischen den Festlandsmächten. 1896 gibt England das Mittelmeerabkommen mit Italien und Österreich auf. Dadurch verliert Italien die bisherige Rückendeckung gegen Frankreich und wird in seiner Haltung als Dreibundmitglied unsicher.

Englands
splendid isolation

Englands Isolierung ist restlos durchgeführt.

Da die deutsch-englischen Verhandlungen auf diese Weise sich festlaufen, sucht Deutschland mit Rußland wieder bessere Beziehungen aufzunehmen. Während England sich zu dem siegreichen Japan, in dem es seinen künftigen Bundesgenossen erkennt, freundschaftlich stellt, unterstützt Deutschland die russische Aktion gegen Japan (japanisch-chinesischer Krieg 1895), um den russischen Ausdehnungsdrang nach dem fernen Osten hin abzulenken und dadurch die eigene europäische Stellung zu erleichtern und den Gegensatz zwischen Wien und Petersburg zu entspannen. Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm einigen sich 1896, Rußland und Österreich 1897 auf den status quo im östlichen Balkan. Rußland sucht als Ausgleich für seine Balkanziele in Asien einen Zugang zum Meer (Befestigung der Mandschurei und des Hafens Port Arthur, Bau der sibirischen Durchquerungsbahn). Da Frankreich gleichzeitig

Deutschlands
Bemühungen um die
russische Freundschaft

Erleichterte Lage
der europäischen
Mittelmächte

seine afrikanischen und hinterindischen Kolonien ausbaut und dadurch seinen Gegensatz zu England verschärft, so hat sich die europäische Gesamtlage zugunsten der Mittelmächte verschoben. Die früher von England gesuchte Isolierung fängt an, ihm unbehaglich zu werden.

Das Vorgehen Englands im Süden Ägyptens, angeblich zur Unterstützung der italienischen Kämpfe in Abessinien, bringt England in einen sehr gefährlichen Konflikt mit Frankreich: England sieht die große Zukunftslinie, die sein afrikanisch-asiatisches Kolonialreich zusammenschließen soll, es baut von Ägypten und vom Kap her an der Kap-Kairo-Verbindung.

Deutschland beginnt eine aktive Orientpolitik und den Bau der Bagdadbahn. In Anlehnung an die Türkei sucht es weltwirtschaftlichen Anschluß an das transkaspisch-russische Bahnnetz. Von 1878 bis 1908 ist das deutsche Volk um 50 %, die Kohlenförderung um 340 %, die Gewinnung von Roheisen um 620 %, die Handelsflotte um 270 % gewachsen.

Bülow's
auswärtige Politik:
Unabhängigkeit
Deutschlands
(Isolierung)

Die Abkehr Rußlands von Europa und sein Streben nach Machterweiterung in Ostasien (seit 1895), die wachsenden Gegensätze Englands und Rußlands in Asien, Frankreichs und Englands in Afrika haben also Deutschlands Lage erleichtert. Es sieht in dem folgenden Jahrzehnt, seitdem Bernhard von Bülow die auswärtige Politik führt, seine Stärke in der Unabhängigkeit.

Es glaubt sie am besten zu wahren, indem es sich aus den zwischen den europäischen Mächten bestehenden Gegensätzen fernhält. Man treibt also auf eine Isolierung hin, wie sie England gehabt hat, während England aus ihr mit allen Mitteln herausstrebt und mit den Bemühungen des englischen Kolonialministers, des älteren Chamberlain, immer dringlicher auf eine Verständigung mit dem Dreibund hinarbeitet.

Frankreichs Rückzug
vor England 1898

Frankreich wagt wegen seiner kolonialen Pläne keinen Krieg mit England. Als beide im oberen Nilthal aufeinanderstoßen, gibt Frankreich nach, weil es seine Kräfte im Hinblick auf sein letztes Ziel auf dem Kontinent (Rückeroberung von Elsaß-Lothringen) schonen will. Es nimmt die Demütigung von Faschoda hin und einigt sich mit England über das Einflußgebiet im Sudan. Englands Machtstellung festigt sich.

Trotzdem wahrt Deutschland seine Unabhängigkeit auch französischem und russischem Annäherungsversuch gegenüber (1899), es bleibt in seiner freiwilligen Isolierung.

1899 erwirbt es aus spanischem Besitz im Stillen Ozean die Karolinen, Marianen und Palauinseln, nachdem es 1898 Kiautschou besetzt und durch Vertrag mit England die Samoainseln erhalten hat. Geflissentlich vermeidet es Deutschland, englische Interessen zu beeinträchtigen, und wahrt bei dem Kampfe Großbritanniens gegen die Burenrepubliken strenge Neutralität.

Englisches
Bündniswerben
beiz Deutschland

Immer wieder ist es der englische Kolonialminister Chamberlain, der England aus seiner „splendid isolation“ herausbringen will und ein Bündnis mit Deutschland wünscht. Die Verhandlungen zeigen, daß England gegen das Vordringen Frankreichs in Nordafrika (Marokko) Hilfe sucht. Chamberlain bekennt offen seine Absicht, sich im Falle der Ablehnung sogar um einen hohen Preis mit Rußland einigen zu

wollen. In Berlin glaubt man aber an ein solches Zusammengehen zwischen England und Rußland nicht und zieht die Verhandlungen hin. Im Gegensatz zu Chamberlain war der Außenminister Salisbury einem Bündnis mit Deutschland von jeher abgeneigt.

Seit Eduard VII. wendet England sein Augenmerk folgerichtig auf die andere Möglichkeit: ein Zusammengehen mit dem Zweibund. Es verfolgt dabei die Taktik, zunächst nur Frankreich zu sich herüberzuziehen, Rußland aber in Asien indirekt entgegenzutreten. Schließlich soll sich die verhaltene Angriffslust beider auf die deutschen Grenzen hin entladen. Darum schließt England mit Japan 1902 ein Bündnis und ermutigt die neuauftommende ostasiatische Macht in ihrem Vorgehen gegen die russische Ausdehnung. Frankreich gelingt es in demselben Jahr (1902), den Dreibund empfindlich zu erschüttern. Zwar ist 1902 das Dreibundabkommen erneuert, wenige Monate danach trifft Rom aber mit Paris eine Vereinbarung, nach der Italien in Tripolis, Frankreich in Marokko im geeigneten Augenblick ihre Einflusssphären beliebig ausdehnen können. Frankreich erwartet danach von Italien im Falle eines deutsch-französischen Krieges Neutralität. Die Bedeutung Italiens für den Dreibund ist dadurch fast wertlos geworden, die „Mauer der eigenen Isolierung ist im Süden durchbrochen“.

Englisch-japanisches
Bündnis 1902

Erschütterung
des Dreibundes 1902

In dem 1904 ausbrechenden russisch-japanischen Kriege bleibt Deutschland neutral, ein durchschlagender Beweis für die Friedensliebe des Deutschen Reiches. Auch Österreich-Ungarn fällt Rußland nicht mit einem Vorstoß auf dem Balkan in den Rücken.

Diese Zeit benutzen England und Frankreich, um ihre Gegensätze auszugleichen und in der Entente cordiale ein festes Einvernehmen herzustellen (1904). Frankreich bekommt freie Hand in Marokko, England in Ägypten. Dadurch, daß Spanien die Gibraltarküste erhält, aber keine Befestigungen anlegen darf, bleibt die freie Einfahrt nach dem Mittelmeer für England gesichert.

Englisch-französische
Entente cordiale
1904

Damit hat sich die politische Lage völlig verändert. England und Frankreich, jahrhundertlang verfeindet, haben sich die Hände gereicht und gegen das neue Deutsche Reich verbündet. In ihrem Gegensatz bestand bisher der wesentlichste Faktor für die Sicherung Deutschlands. Der Revanche-gedanke in Frankreich bekommt neue Nahrung.

Als Gegenzug schlägt Deutschland dem Zaren Nikolaus II. ein Defensivabkommen vor, auf das dieser auch bereitwillig eingeht. Die endgültige Unterzeichnung aber wird durch Frankreich vereitelt, ebenso eine spätere Vereinbarung zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren.

Die Lage Deutschlands wird immer gefährlicher. Die Algeciras-Konferenz 1905, der „Panthersprung“ nach Agadir 1911 offenbaren die Schwäche der deutschen Politik (Rücktritt Holsteins). Deutschland erkennt jetzt zwar die Gefahren der Vereinsamung, vermag aber nicht, aus ihr herauszukommen und in das System der politischen Zusammenschlüsse aufgenommen zu werden.

Die deutsche
Vereinsamung:
Algeciras-Konferenz
Panthersprung
nach Agadir

Die Bemühungen des deutschen Botschafters Metternich bei dem englischen Außenminister Eduard Grey bleiben ergebnislos (31. Juli 1906). Dennoch vermag man in Deutschland die grundsätzliche ablehnende Haltung Englands nicht zu erkennen, ebensowenig wie der Stimmungsumschwung, der in England mit der deutschen

Flottenvorlage einsetzte, beachtet wurde (offenherzige Aufnahme des Kriegsministers Halbane in Deutschland, Hoffnung auf den Einfluß des deutschfreundlichen Ministerpräsidenten Campbell-Bannermann). Zielbewußt vergrößert Halbane die für die Landung auf dem Festlande bestimmte britische Armee und baut sie neu auf. Der erste Seelord John Fisher hat schon 1905 die englische Mittelmeerflotte in die Nordsee verlegt und Frankreich den Schutz des Mittelmeeres überlassen. Die Dreadnoughtbauten („die große Revolution im Flottenbau“) seit 1905 sichern das britische Übergewicht zur See. Alles das sind gegen Deutschland gerichtete kriegerische Maßnahmen. Die offenherzige, freilich undiplomatische Ablehnung der Abrüstungsbeschränkung durch Deutschland auf der zweiten Haager Friedenskonferenz 1907 benutzte die von der englischen Northcliffepresse abhängige Presse der ganzen Welt zu einem planmäßigen Verleumdungskrieg, dessen tiefgreifende Wirkung Deutschland erst im Weltkrieg zu fühlen bekam. Der deutsche „Militarismus“ wurde für die großen Kriegsrüstungen aller Völker verantwortlich gemacht.

Englisch-russische
Entente 1907

Iswolski, der russische Außenminister, befürwortet ein Zusammengehen mit den Westmächten; er findet dafür Entgegenkommen bei England. Da Rußland gleichzeitig infolge seiner Niederlage und der russischen Revolution der englischen Politik bündnisfähig erscheint, entschließt sich England, sowohl die russischen Gegensätze mit Japan in China, als auch die englisch-russischen in Tibet, Afghanistan und Persien durch Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären zu beseitigen (1907). England muß große Opfer bringen. Rußland erhält von Vorderasien mehr als England, aber das russische Vordringen zum Indischen Ozean ist zum Stehen gekommen. Zum Ausgleich dafür gibt England seinen bisherigen Schützling auf dem Balkan, die Türkei, der russischen Balkanpolitik preis.

Störung
des europäischen
Gleichgewichtes

Das europäische Gleichgewicht ist aufgehoben. Der Dreiverband (England, Frankreich, Rußland) hat das Übergewicht über den Dreibund (Deutschland, Österreich, Italien). Im Dreibund selbst ist Italien bedeutungslos, Deutschland nur auf Österreich-Ungarn angewiesen, darum in Abhängigkeit von der Donaumonarchie. Die Führung des mitteleuropäischen Bundes geht jetzt von Berlin auf Wien über. Die letzte Grundlage der Festlandspolitik Bismarcks ist verlorengegangen.

Einkreisung
Deutschlands

Während Bismarcks Bündnisystem der Erhaltung des Friedens galt, beherrschten Abneigung und Haß gegen Deutschland das Vertragssystem Eduards VII. Der englische Geschichtsschreiber Farrer bezeichnet Eduard VII., Iswolski und Clemenceau als die eigentlichen Beherrscher Europas. Der Zusammenstoß ist nicht mehr zu vermeiden.

Verstärkung
der deutschen
Wehrmacht

Da eine bündnispolitische Lösung der aus der Mittellage und der Isolierung Deutschlands entstandenen Schwierigkeiten für aussichtslos gehalten wird, erscheint eine Verstärkung des Heeres und der Flotte als die einzig mögliche Sicherungs- und Verteidigungsmaßnahme. Mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie erreicht man die Zustimmung des Reichstags zu einer Erhöhung der Heeresstärke.

Der Ausbau der Flotte durch Wilhelm II. und den Admiral von Tirpitz beginnt 1900. Die Vollendung des Nordostseekanals, die Erweiterung der Kriegshäfen von Kiel und Wilhelmshaven, die Befestigungen von Helgoland und Borkum verstärken ihre Operationsbasis. Da Englands Vorsprung durch den plötzlichen Übergang zum Bau von Großkampfs-

Schiffen (Dreadnoughts) noch größer geworden war, will Tirpitz die deutsche Marinestärke allmählich auf das Verhältnis von 2 : 3 zur englischen bringen. Auch mit diesen Rüstungen befindet sich Deutschland England gegenüber genau so in der Verteidigung wie gegen die Einkreisungspolitik.

Deutschlands Ringen um weltpolitische und weltwirtschaftliche Geltung wird in diesen Jahrzehnten durch die innere Uneinigkeit und Zerrissenheit erschwert. Die erhoffte Ausöhnung der sozialistischen Arbeiterschaft mit dem Staate erfolgte nicht (Erfurter Programm, Klassenkampf). Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie steigt bis 1912 auf mehr als ein Drittel der Gesamtheit. In wirtschaftspolitischer Hinsicht fordern Sozialisten und Liberale den Freihandel, während die Konservativen für Schutzzölle eintreten (Bund der Landwirte 1893; Gewährung der agrarischen Schutzzölle 1902).

Balkanrisen und Marokkofrage sind in den nächsten Jahren Belastungsproben des Dreiverbandes, die er aber glücklich besteht. Er schließt sich dadurch noch fester zusammen.

Die bosnische Krise bringt Europa hart an den Rand eines Weltkrieges. Die jungtürkische Bewegung, die den deutschfreundlichen Sultan Abdul Hamid stürzte und eine westeuropäische Verfassung einführte, macht Miene, Bosnien und Herzegowina zurückzuverlangen. Um dem zuvorzukommen, spricht Kaiser Franz Joseph kurzerhand die Annexion der beiden Provinzen aus.

Bosnische Krise
1908

Da Deutschland sich schützend vor Österreich stellt, erkennt das in seinem Ehr- und Machtgefühl verletzte Rußland immer deutlicher, daß Rußlands Weg nach Konstantinopel über Berlin führt. Die sogenannte Nibelungentreue Deutschlands ist zugleich ein Ausdruck für seine Abhängigkeit von Wien, dessen Balkanpolitik es einfach gutheißen muß (ähnlich 1914).

In den folgenden Jahren von 1909 bis 1912 versucht Deutschland mehrfach vergeblich, mit den Ententemächten sich zu verständigen und die Lage zu entspannen.

Deutschlands
Verständigungs-
versuche mit den
Ententemächten

1. Deutsch-englische Verhandlungen über eine Flottenverständigung, 1908 Begegnung Eduards VII. mit Kaiser Wilhelm; Bülow's Vorschläge 1909 und 1910/11.
2. Casablancavertrag mit Frankreich 1909.
3. 1910 Potsdamer Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren; die deutsch-russische Verständigung scheitert an Frankreichs und Englands Einspruch.
4. 1912 letzter deutsch-englischer Verständigungsversuch, von Frankreich hintertrieben.

In Frankreich bekommt der Revanchegedanke in dem neuen Ministerpräsidenten Poincaré einen leidenschaftlichen Vertreter.

1911 vollzieht Italien die seit langer Zeit in Verhandlungen mit den europäischen Mächten vorbereitete Besetzung von Tripolis, bringt sich dadurch freilich in scharfen Gegensatz zu Frankreich, so daß es 1912 noch einmal der vorgeschlagenen Verlängerung des Dreibundes zustimmt. Aber der Besitz von Tripolis macht es jetzt von den Westmächten noch abhängiger als bisher.

Besetzung
von Tripolis
durch Italien 1911

Das englisch-französische Marineabkommen 1912, nach dem die britische Flotte den Schutz der französischen Kanalküste übernimmt, die französische

Englisch-franzöf.
Marineabkommen
1912

Balkanrieg 1912

dagegen den des Mittelmeeres, legt England politisch so bestimmt fest, daß damit schon der Eintritt Großbritanniens in den Weltkrieg entschieden ist. Nach dem Erfolge Italiens im Tripolisfeldzug eröffnen die *Balkanmächte* Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland im Bunde miteinander den Krieg gegen die *Türkei*. Rußland macht an der galizischen Grenze mobil. Aber noch einmal wird der Weltkrieg vermieden, da Deutschland in Wien keinen Zweifel läßt, daß seine Bundespflicht nur bei einem *Angriff* auf die Donaumonarchie eintritt, daß Deutschland aber wegen Albanien und Durazzo unter keinen Umständen gegen Paris und Moskau marschieren werde.

Niederlage
Bulgariens 1913

Auch England unterstützt die deutschen Bemühungen um einen Friedensschluß. Albanien wird ein unabhängiger Staat, die *Türkei* muß ihren gesamten europäischen Besitz abtreten. Der Bund der siegreichen Balkanstaaten riegelt Berlin und Wien jedoch von ihrem Einflußgebiete im nahen Orient ab, und die Niederlage der *Türkei* gilt in den Augen der Welt auch als eine Niederlage ihres deutschen Lehrmeisters.

Großserbische
Bewegung

Aber im Streit um Mazedonien gegen Bulgarien zerfällt der Balkanstaatendreibund schon 1913. Die *Türkei* stürzt das Regiment der Jungtürken und rettet Adrianopel. Das geschlagene *Bulgarien* nähert sich der Donaumonarchie, steht dagegen in scharfem Gegensatz zu Serbien und Rußland. Der Sieg der Serben läßt die *großserbische Bewegung* ungeheuer anwachsen, die von Rußland unterstützt wird. *Rußland* treibt sie fortwährend gegen Österreich und die *Türkei* vor. Es bringt sein eigenes aktives Heer auf anderthalb Millionen. Das letzte Ziel der russischen Politik bleibt Konstantinopel. Frankreich betreibt die Kriegsrüstungen in verstärktem Maße; 1913 führt es die dreijährige Dienstzeit ein. Durch *Englands* Stellungnahme gegen Deutschland wird die *Kriegsgefahr* vergrößert.

Kriegsrüstungen

Trotzdem werden 1913 von den 300 000 Mann Heeresverstärkung, die der deutsche Generalstab dringend fordert, über die Hälfte gestrichen. Parteigrundsätze behalten den Sieg gegenüber den Lebensinteressen des Reiches (in Deutschland Friedensheer 1 % der Bevölkerung, in Frankreich 2 %).

Friedens-
bemühungen
der Mittelmächte

Der französische Ministerpräsident Poincaré treibt zum Kriege. Er gibt Rußland Anleihen, um strategische Bahnlinien nach der Westgrenze zu bauen. Der russische Außenminister Sazanow gewinnt die Überzeugung, daß die Meerengenfrage nur auf dem Wege über europäische Verwicklungen vorwärtskommen kann, d. h. durch einen Weltkrieg. Bereits im Frühjahr 1914 werden die sibirischen Truppen nach der Westgrenze verlegt. Ein englisch-russisches Marineabkommen wird vorbereitet und ergänzt die früheren militärischen Abmachungen zwischen Frankreich und England, sowie das französisch-russische Marineabkommen (1912).

Einen Präventivkrieg lehnt man in Berlin und Wien entschieden ab, man glaubt vielmehr, durch Friedfertigkeit den europäischen Krieg vermeiden zu können und greift darum einen von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten *Wilson* ausgehenden Vermittlungsversuch erfreut auf, der durch Vereinbarung von Rüstungsbeschränkungen aller Großmächte den Frieden retten will. England lehnt aber den Vorschlag ab.

XXXV. Der Weltkrieg.

1. Mächtegruppierung und Kriegsausbruch.
2. Europa im Weltkriege.
3. Kräfteverhältnisse.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin (in Serajewo, 18. Juni 1914) entfacht den Weltkrieg. Diese Gewalttat fällt der großserbischen Bewegung, die in dem österreichischen Thronfolger ihren gefährlichsten und tatkräftigsten Gegner sieht, zur Last (die Verantwortung der serbischen Regierung ließ sich 1914 nur mit großer Wahrscheinlichkeit vermuten, ist heute aber bewiesen, Rußland war vermutlich Mitwisser). Das Verbrechen verlangte rasche und kraftvolle Vergeltung. Auf die Bitte um die deutsche Zustimmung zu einem Einschreiten gegen Serbien erhält Österreich von Deutschland eine „Blankovollmacht“, die bedingungslos die deutschen Lebensinteressen unvorsichtig und übereilt mit Österreichs Geschick verbindet. Erst am 23. Juli überreicht Österreich seine Forderung in einem scharfen Ultimatum an Serbien. Deutschland hatte erst am Abend zuvor Kenntnis davon erhalten, Italien überhaupt nicht. In der Zwischenzeit war das Mitgefühl für Österreich verflogen, die Feinde hatten sich zum Kriege gerüstet, Poincaré hatte persönlich (21. Juli) in Petersburg die Kriegsstimmung geschürt und mit Rußland alles für den Kriegsfall vereinbart.

Schon am 24. Juli traf Rußland „in Voraussicht des kommenden Krieges“ militärische Vorbereitungen. Trotzdem Deutschland Österreichs Rücken deckt, ist Rußland diesmal entschlossen (anders als 1908 in der bosnischen Krisis!), Serbien Kriegshilfe zu leisten. Österreich gibt sich mit der gewundenen Antwort Serbiens (Pariser Einfluß!) nicht zufrieden und erklärt am 28. Juli an Serbien den Krieg.

Verschiedene Großmächte, besonders Deutschland, bemühen sich, den Krieg zu lokalisieren. Deutschland versucht über Paris und London, Rußland zur Mäßigung zu bestimmen, freilich vergeblich. Den englischen Vorschlag auf Einberufung einer Konferenz der vier nichtinteressierten Großmächte zur Schlichtung der Streitfrage lehnen Österreich und Deutschland ab; dabei hatte England schon am 25. Juli Rußland die Mobilmachung angeraten und die Möglichkeit einer englischen Teilnahme am Kriege angedeutet. Am 26. Juli macht Rußland 13 Armeekorps mobil; trotz gegenteiliger Versicherung standen die russischen Truppen an der deutschen Grenze marschbereit. Österreich hatte nur 8 Armeekorps gegen Serbien angesetzt; es versicherte, kein serbisches Gebiet erobern zu wollen. In Anbetracht der deutlichen Absicht Rußlands, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, war die österreichische Kriegserklärung an Serbien ein sehr gefährliches Wagnis.

Am 28. Juli tritt Kaiser Wilhelm noch mit dem Zaren direkt in Verbindung, um den Frieden zu erhalten, und am 29. Juli empfiehlt er dringend direkte Verhandlungen zwischen Petersburg und Wien.

Am 29. Juli teilt aber England in Berlin und Paris mit, daß es im Falle eines Weltkrieges nicht beiseite stehen werde. Frankreich gibt diese

Fürstenmord
in Serajewo 1914

Ultimatum
an Serbien

Österreichs
Kriegserklärung

Die Haltung
der europäischen
Mächte

Erklärung nach Petersburg weiter mit der Zusicherung französischer Hilfeleistung. Frankreich treibt also in Rußland zum Kriege, und England läßt es geschehen. Die russische Kriegspartei bekommt dadurch Oberwasser. Sie setzt am 29. Juli beim Zaren den Befehl zur Gesamtmobilmachung durch, der aber noch einmal widerrufen wird.

Rußlands
und Frankreichs
Kriegsvorbereitung

England macht dann den Vorschlag, Österreichs Truppen sollten haltmachen und die Vermittlung der Großmächte abwarten. Deutschland drängt in Wien auf Annahme des Vorschlages. Rußland aber lehnt den englischen Vorschlag ab und mobilisiert am 30. Juli sein gesamtes Heer. Auch Frankreich macht seinen Grenzschutz mobil und teilt Rußland am 31. Juli seine Kriegsbereitschaft mit.

Deutsche Mobil-
machung und
Kriegserklärungen

Da ein deutsches Ultimatum an Rußland, das die Einstellung der Mobilmachung innerhalb 12 Stunden fordert, unbeantwortet bleibt, ordnet Kaiser Wilhelm am 1. August nachmittags 5 Uhr die Mobilmachung an und erklärt an Rußland den Krieg.

Als Frankreich auf eine deutsche Anfrage nur die Antwort hat, „es werde tun, was ihm seine Interessen geböten“, erklärt Deutschland auch Frankreich den Krieg (3. August). Frankreich machte schon am 1. August nachmittags 4 Uhr mobil, und am 2. August hatten französische Truppen ohne Kriegserklärung die deutsche Grenze überschritten.

Deutscher Durch-
marsch durch Belgien

Am 3. August rücken deutsche Truppen in Belgien ein. Der damit eingeleitete deutsche Durchmarsch durch belgisches Gebiet wird begierig zur Stimmungsmache gegen Deutschland aufgegriffen.

Belgien hatte trotz der 1830 zugesicherten Neutralität in den letzten Jahren Festungen an der deutschen Grenze gebaut und militärische Vereinbarungen mit England und Frankreich abgeschlossen, dadurch also selbst auf seine Neutralität verzichtet. Bei der starken Sicherung der französischen Ostgrenze beabsichtigte nun der Schlieffen'sche Plan, durch Belgien zu marschieren, um die Franzosen so von der Flanke zu fassen und niederzuwerfen, ehe Rußland mit seinen Streitkräften Deutschland überrennen könne. Da England auf eine deutsche Anfrage, ob es selbst dem Kriege fernbleiben werde, wenn Deutschland nicht durch Belgien marschiere, verneinend antwortet und Belgien die nachgesuchte Zulassung eines Durchzuges ablehnt, mußte sich die deutsche Heeresleitung im Kampf um Sein oder Nichtsein dazu entschließen, die deutschen Truppen über die belgische Grenze rücken zu lassen.

Englands
und Japans
Kriegserklärung

England, schon längst zur Teilnahme am Kriege entschlossen, hatte jetzt eine Handhabe, seinen Eintritt in den Krieg mit der Wahrung der internationalen Verträge und dem Schutze der kleinen Nationen zu begründen. Am 4. August erklärte es den Krieg an Deutschland.

Auch Japan erklärt den Krieg, als Deutschland die Räumung von Kiautschou verweigert, und erobert Tsingtau.

Die neutralen
Mächte Europas

Die bisherigen Bundesgenossen Deutschlands, Italien und Rumänien, bleiben neutral, weil sie ihrer Bündnispflicht durch die deutsche Kriegserklärung enthoben sind. Sie fühlen sich dem romanischen Frankreich verbunden und fürchten England. Ebenso bleiben Norwegen, Dänemark, Schweden, Holland, Spanien und Griechenland neutral.

Die T ü r k e i nimmt dagegen für die Mittelmächte Partei (November 1914). Dadurch konnte sich Rußland nun nicht mehr vom Mittelmeer her mit Munition versorgen lassen.

Die Türkei
im Bunde mit den
Mittelmächten

„Nicht, daß Deutschland Weltpolitik trieb, sondern wie diese Politik durchgeführt wurde, war unser Verhängnis; denn die kaiserliche Politik verlor über den neuen fernen Zielen ihre nächste Aufgabe, die Sicherung des Reiches in Europa, aus den Augen. Sie verkannte, daß die großen machtpolitischen Entscheidungen über Deutschlands Schicksal nicht auf der See oder irgendwo im Weltraum, sondern auf dem Festland fallen mußten.“ (Ehringhaus.) Wir vermessen die Folgerichtigkeit in der nachbismarckschen Politik. Deutschland ließ sich im ungünstigsten Augenblicke in den Krieg treiben. Die Behauptung von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands hat sich durch die Veröffentlichungen der Akten als Lüge erwiesen.

XXXVI. Die Kampfgebiete des Weltkrieges.

1. Der westliche Kriegsschauplatz.
2. Der östliche und südöstliche Kriegsschauplatz.
3. Der italienische Kriegsschauplatz.

Die deutsche Mobilmachung löst stürmische Begeisterung und eine seltene Einnütigkeit starken vaterländischen Fühlens und Wollens aus, „Keine Parteien, nur noch Deutsche“, schien es fortan zu geben. Der Reichstag bewilligt die Kredite für den Krieg, auch die Sozialdemokratie tritt dafür ein.

Einnütiger
Verteidigungswille
Deutschlands

Auf den erzwungenen Durchzug durch Belgien folgt der s i e g r e i c h e Vormarsch auf Paris. Die Franzosen müssen auf das linke Marneufer zurück, die französische Regierung flieht nach Bordeaux. Mitten im siegreichen Vordringen kommt plötzlich der Rückzugsbefehl. Moltke hatte den rechten Flügel entgegen dem Schlieffenschen Plan nicht stark genug gemacht, Reserven überhaupt nicht bereitgestellt, im letzten Augenblick sogar noch 2 Armeekorps gegen die Russen nach dem Osten gesandt. Da die oberste Heeresleitung eine zwischen der 1. (Kluck) und 2. (Bülow) Armee entstandene Lücke nicht schließen kann und einer Flankenbedrohung sich nicht aussetzen will, gibt sie den Befehl, über die Aisne zurückzugehen (10. September); die siegreiche Schlacht an der Marne (6. bis 9. September) endet mit einem verlustreichen Rückzuge. Die drohende Gefahr der Überflügelung auf der rechten Flanke vermeidet Kluck glücklich durch Verlängerung der Front bis ans Meer. Generalstabschef Moltke tritt zurück, Kriegsminister Falkenhayn wird sein Nachfolger. Ende Oktober gräbt man sich ein, der zermürbende S t e l l u n g s - k r i e g beginnt.

Vormarsch auf Paris
1914

Marneschlacht,
Rückzug

Inzwischen sind die Russen über Erwarten schnell mit zwei Heeren in Ostpreußen eingedrungen. 3 Wochen lang muß die Provinz die russischen Greuelthaten über sich ergehen lassen. Da bringt Hindenburg mit seinem Generalstabschef Ludendorff durch die Vernichtungsschlacht bei T a n n e n - b e r g (26. bis 30. August) und den Sieg an den M a s u r i s c h e n S e e n (10. bis 12. September) die Befreiung.

Einmarsch
der Russen,
Befreiung
Ostpreußens

Der große Angriffs-
plan der Russen
1915

Karpathenstellung

Deutsch-österreich.
Durchbruch
in Galizien

Das Scheitern
französischer
Angriffe

Kriegserklärung
Italiens

Bulgariens
Bündnis mit den
Mittelmächten

Eroberung Serbiens

U-Boot-Krieg

Verlust
der Kolonien

Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch setzt das russische Dreimillionenheer zu einem neuen großzügigen Vormarsch an; die eine Heeresäule soll durch Galizien-Ungarn auf Wien, die andere durch Posen, Schlesien auf Berlin marschieren. Ein österreichischer Gegenstoß gegen den südlich gerichteten Angriff scheitert, die österreichischen Truppen müssen zurück, sie halten die Front mit deutscher Hilfe erst in den Karpathen (Stellungskrieg!). Unter Hindenburgs Oberbefehl gelingt es deutschen und österreichischen Truppen, den russischen Vorstoß auf Berlin in Polen zum Stehen zu bringen, Mackensen siegt bei Lodz, die Winterschlacht in Masurien befreit Ostpreußen zum zweitenmal.

Die Winterschlacht in der Champagne soll die in der Masuren-schlacht vernichtend besiegten Russen entlasten. Die Deutschen halten stand.

Der im Frühjahr 1915 am Dunajec zwischen Tarnow und Gorlice angeführte Durchbruch der deutsch-österreichischen Truppen unter General von Linington hat vollen Erfolg. Die ganze russische Front bis zur Ostsee ist erschüttert, Galizien und die Bukowina werden befreit, Kurland bis zur Düna erobert. Nacheinander fallen Warschau, Swangorod, Kowno, Brest-Litowsk. Freilich die Umfassung des russischen Zentrums gelingt nicht. Es kann sich zurückziehen.

Die gleichzeitigen Lorettogriffe der Feinde zwischen Lille und Arras scheitern (Mai 1915), ebenso der französische gewaltige Durchbruchversuch in der Champagne (September 1915). Die Stellungslinie wird in heldenmütigem Kampfe gehalten.

Im Mai 1915 erklärt nach Beendigung seiner Rüstungen auch Italien den Krieg. In immer erneuten Angriffen versuchen die Italiener nach Triest durchzubrechen. (6 Isonzoschlachten, Vordringen bis Görz. Herbst 1917 hinter Tagliamento und Isonzo zurückgetrieben).

Kämpfe im Orient: Vergeblich versuchen französisch-englische Truppen durch eine Landung auf der Halbinsel Gallipoli den Eingang in die Dardanellen zu erzwingen. Durch den Eintritt Bulgariens (September 1916) in den Weltkrieg können die Mittelmächte Serbien von zwei Seiten angreifen. Der glänzende Siegeszug Mackensens beseitigt mit der Eroberung Serbiens zugleich die serbische Sperre auf dem direkten Wege Berlin-Konstantinopel-Bagdad. Im November 1915 schließen die Türken ein englisches Heer in Kut-el-Amara ein (1916 müssen die Türken freilich Bagdad wieder räumen). Die Festsetzung englisch-französischer Truppen in Saloniki kann Serbien nicht mehr retten, bleibt aber eine Bedrohung unserer südlichen Flanke.

Gegen die englische Hungerblockade sollte der U-Boot-Krieg schützen, er wurde zu Beginn mangels genügender Tauchboote, später aber auch mit Rücksicht auf Amerika nicht scharf durchgeführt, ebensowenig die Fliegerangriffe auf England. Bödkes und Immelmanns hervorragende Leistungen im Luftkrieg bleiben für immer denkwürdig.

Die meisten afrikanischen Kolonien gingen schon 1915 verloren, Kamerun 1916, nur Ostafrika hält sich unter Lettow-Vorbeck heldenmütig bis zum Kriegsende.

Infolge der Blockade muß auf jegliche Unterstützung durch neutrale Länder verzichtet werden; daher kommt das Aufblühen der amerikanischen

Kriegsindustrie nur unsern Gegnern zugute. In der Heimat macht sich die englische Hungerblockade immer mehr geltend. Lebensmittelnot und Mangel an Rohstoffen werden fühlbar. Die anfängliche Begeisterung und Opferwilligkeit lassen allmählich nach. Ein beispielloser Lügenfeldzug der gegnerischen, namentlich englischen Presse verleumdet die „hunischen“ Deutschen wegen ihrer angeblichen Kriegsgreuel in der ganzen Welt. Da die deutschen Überseekabel durchschnitten sind, ist Deutschland gegen diese Methoden seelischer Massenvergiftung völlig hilflos. Im Frühjahr 1916 sucht Falkenhayn durch den bei Verdun angelegten Durchbruchversuch eine Entscheidung (Erfürmung des Forts Douaumont, des „Toten Mann“, der Höhe 304); er kann sie aber nicht erzwingen. Die großen Verluste bestimmen Hindenburg, der nach dem Rücktritt Falkenhayns Generalstabschef wird, weitere Angriffe aufzugeben.

Deutscher
Durchbruchversuch
bei Verdun
1916

Während die deutsche und die österreichische Heeresleitung die Einheitlichkeit vermissen lassen (unabhängig von der Bestürmung Verduns geht Höhendorf in Südtirol zum Angriff über), unterstützen sich Franzosen und Russen mit ihren Operationen gegenseitig; die Brussilow-Offensive und Sommeschlacht (in den Sommermonaten 1916) stehen in engem Zusammenhang.

Brussilow-Offensive

Die Russen durchbrechen die österreichische Front in Wolhynien und Galizien (4. Juni). Die Bukowina geht verloren. Nur deutsche Hilfe (unter Linzinger und Bothmer) bringt die Russen zum Stehen und rettet das Habsburgerreich. Hindenburg wird Oberbefehlshaber über die ganze Ostfront. Die Brussilow-Offensive hat zwar nicht durchstoßen können, aber die erwiesene Schwäche Österreichs bestimmt Rumäniens Eintritt in den Krieg. Der Ring um die mitteleuropäische Festung ist geschlossen. Die Sommeschlacht (Beginn Ende Juli) dauert mit einem gewaltigen Einsatz von Artillerie und Truppenmassen, unter Verwendung giftiger Gase mehrere Monate. Immer frische englische Truppen greifen in den Kampf ein, furchtbare Verluste auf beiden Seiten. Aber der Durchbruch gelingt den Feinden nicht.

Rumäniens Eintritt
in den Krieg

Sommeschlacht

Dem Vorstoß Rumäniens nach Siebenbürgen folgt sofort ein Gegenstoß der Verbündeten. Anfang Dezember ziehen Falkenhayn und Madensen siegreich in Bukarest ein. Mit der Besetzung der Walachei verkürzte sich die Ostfront um 600 km, sie reicht jetzt von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Eroberung
Rumäniens

Von der Wiederaufrichtung eines selbständigen Königreiches Polen versprechen sich die Kaisermächte eine wesentliche Stärkung ihrer Stellung gegen die Russen; sie erhofften die Bildung eines polnischen Hilfsheeres und die Freundschaft des neuen Königreiches. Nichts erfüllte sich von dem. Dagegen nahm man sich die Möglichkeit, mit Rußland einen Sonderfrieden zu schließen.

Im U-Boot-Krieg gegen die völkerrechtswidrige Blockade, der auf Amerikas Forderung zuletzt eingeschränkt war (keine warnungslose Versenkung) vermag die Oberste Heeresleitung keine Änderung durchzusetzen. Tirpitz, der für den unbeschränkten U-Boot-Krieg eintritt, wird verabschiedet.

Seefleg
am Skagerrak

Der 31. Mai 1916 wird Ehrentag der Hochseeflotte.

Infolge schlechter Führung verpaßte die weit überlegene englische Flotte in der Seeschlacht am Skagerrak die Gelegenheit, die deutsche zu vernichten. Admiral Scheer bringt den englischen Segnern schwere Verluste bei.

Im November des Jahres 1916 stirbt der alte Kaiser Franz Joseph, für die Sache der Verbündeten und den Zusammenhalt des morschen Habsburgerreiches ein schwerer Verlust.

Deutsches
Friedensangebot

Da die allgemeine Lage der Vierbundmächte günstig ist, verspricht man sich von einem Friedensangebot an die Feinde Erfolg (12. Dezember 1916). Die Ententemächte legen es jedoch nur als Schwäche aus und weisen es zurück.

Die Schwierigkeiten
im Innern
Deutschlands

Trotz der großen militärischen Erfolge sind die inneren Verhältnisse viel schwieriger geworden, in Österreich vor allem mangelt es an Nahrungsmitteln, Mannschaftersatz, Arbeitskräften. An innerpolitischen Fragen, der Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechtes, der Einführung des parlamentarischen Systems, den Erörterungen über die Kriegsziele verschärfen sich von neuem die Parteigegegensätze in Deutschland. Zu spät kommt die Osterbotschaft (1917) des Kaisers, der eine Reform des inneren, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens verspricht.

Uneingeschränkter
U-Boots-Krieg.
Amerikas
Kriegserklärung
1917

Da 1917 der Vernichtungswille der Verbundmächte offenkundig ist, gibt die deutsche Regierung alle Rücksichtnahmen auf und verkündet am 1. Februar 1917 den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Darauf erklärt Amerika am 2. April den Krieg, unter seinem Einfluß fast alle Staaten Süd- und Mittelamerikas, auch China. Infolge der inzwischen gefundenen Abwehrmittel gegen die U-Boot-Angriffe können die Tauchboote nicht die erhoffte Entscheidung bringen.

Siegfriedstellung

Trotz der großen Materialüberlegenheit der Feinde (Panzerkraftwagen, Flugzeuge, Munition!) bleiben die Frühjahrs- und Sommeroffensiven der Franzosen und Engländer ergebnislos. Hindenburg nimmt die Front in die hinter der Front vorbereitete Hindenburglinie (Siegfriedstellung) zurück.

Russische Revolution

In der russischen Front ist es seit der Brussilow-Offensive ruhig. Da England vermutet, der Zar beabsichtige, einen Sonderfrieden zu schließen, begünstigt es die bürgerliche Revolution (März 1917). Der Zar muß abdanken. Deutschland verpaßt diesen Augenblick, um die entscheidenden Schläge zu führen. Die neue russische Regierung unternimmt noch einmal einen großen Angriff, aber vergeblich. Die Österreicher erobern vielmehr die Bukowina wieder, die Deutschen Kurland, die Inseln Ösel und Dagö. Durch diese Niederlagen kommt in Rußland die kommunistische Partei zur Herrschaft unter Führung von Lenin und Trotzki (Arbeiter- und Soldatenräte — Zentralrat der Sowjets).

Friede
von Brest-Litowsk
1918

Im Frieden von Brest-Litowsk (9. März 1918), dem auch Rumänien beitrifft, werden die Randstaaten als unabhängige Staaten anerkannt und dadurch von Rußland abgelöst. Zu ihrem Schutz müssen unsere Truppen aber noch im Osten bleiben, während sie im Westen so dringend gebraucht wurden.

Immerhin war die Lage für den Vierbund nicht ungünstig. Die Front

im Westen hatte standgehalten, im Osten war Friede mit Rußland und Rumänien, die Italiener waren an der Piave bis in die Ebene Venetiens zurückgeschlagen.

Aber die innere Zersetzung hatte große Fortschritte gemacht, während die Widerstandskraft und der Siegeswille der Feinde durch das Friedensangebot des deutschen Reichstages neu belebt worden war.

Durch die an der Ostfront freigewordenen Divisionen verstärkt Ludendorff die Westfront, er hofft im Frühjahr 1918, vor einem entscheidenden Eingreifen der Amerikaner, durch einen wuchtigen Vorstoß die englisch-französische Front zu durchbrechen. Der deutsche Sturmangriff (am 21. März) treibt die Gegner zwar siegreich zurück, kommt aber vor Amiens, dem eigentlichen Ziel, zum Stehen. Es fehlten die nötigen Reserven, um kräftig genug nachzugreifen. Im April werden die Engländer vom Kemmelberg in Flandern vertrieben. Ein Stoß gegen Paris (Ende Mai) führt die deutschen Truppen über die Marne, schon erreichen die weittragenden Geschütze Paris. Da übernimmt General Foch den gesamten Oberbefehl an der Westfront. Das Eingreifen der Amerikaner belebt den Mut der französischen Truppen. Im Juli landen 1 200 000 Amerikaner in Frankreich. Die amerikanische Industrie liefert ungeheuerere Munitionsmengen, während die deutschen Munitionsarbeiter im Januar 1918 streiken!

Die letzte große Kraftanstrengung des deutschen Heeres im Frühling und Sommer 1918 erreicht ihr Ziel nicht. Damit ist die Möglichkeit, den Krieg siegreich zu beenden, endgültig geschwunden. Der Feind kann zum Angriff übergehen, und führt ihn mittels eines ungeheuren Einsatzes von Menschen und Material zum Erfolge. Am 8. August 1918 (der schwarze Tag des deutschen Heeres) wird zum erstenmal die deutsche Front zum Weichen gebracht. Für die deutschen Verluste gibt es keinen Ersatz, dagegen haben die Gegner frische amerikanische Reserven hinter sich. Als einzige Rettung bleibt die Beendigung des Krieges auf diplomatischem Wege. Die Entscheidung liegt beim Kaiser. Dieser jedoch vertagt sie. So verstreichen kostbare Wochen.

Der Gedanke an einen Verständigungsfrieden bewegt schon lange weite Kreise des Volkes. Er schöpfte Nahrung aus den wiederholten Friedensbotschaften des Präsidenten der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson, seinen Verheißungen einer neuen Weltordnung, die mit all den überlebten Formen bisheriger Politik brechen würde.

Am 11. Februar 1918 hatte er vor dem amerikanischen Kongreß verkündet: „Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen geben. Völker und Provinzen sollen nicht von einer Staatshoheit in eine andere geschoben werden, als ob es sich nur um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handele. Jede Lösung einer Gebietsfrage muß im Interesse und zugunsten der betreffenden Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses rivalisierender Staaten getroffen werden.“

Am Grabe Washingtons hatte er am 4. Juli 1918 als Grundelemente eines Friedens bezeichnet: „Alle Versprechungen und Abmachungen sind zu halten, kein Unrecht soll ungefühnt bleiben! Wir erstreben die Herrschaft des Rechts, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und unterstützt durch die organisierte Meinung der Menschheit.“

Innere Zersetzung

Scheitern
der deutschen
FrühjahrsoffensiveDer schwarze Tag
des deutschen
Heeres„Verständigungs-
friede“

Selbstbestimmungs-
recht der Völker

Die Verkündung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das Versprechen eines Rechts- und Verständigungsfriedens statt eines Gewalt- und Rachefriedens, die Aussicht auf die Errichtung eines alle Staaten umschließenden Völkerbundes, auf allgemeine Abrüstung, auf Abschaffung der Geheimdiplomatie, auf wirtschaftliche und koloniale Gleichberechtigung erfüllt das deutsche Volk mit Vertrauen, zumal es in Wilson einen Bürgen für die Ehrlichkeit solcher Versprechungen erblicken zu dürfen glaubt; denn das amerikanische Volk könne kein unmittelbares Interesse an der Schädigung eines Teils der europäischen Völker haben.

Militärischer
Zusammenbruch
der Mittelmächte

Der militärische Zusammenbruch der Verbündeten des Deutschen Reiches treibt zur Katastrophe. Am 15. September bricht die bulgarische Front am Vardar. Auch die türkische Front weicht zurück. Die Engländer nehmen Damaskus und die Bagdadbahn. Die türkische Armee in Syrien und Mesopotamien löst sich auf. Eine Entente-Flotte erscheint vor Konstantinopel. Die Türkei bittet um Frieden. Kaiser Karl von Österreich macht am 14. September ein Sonderfriedensangebot. Im Waffenstillstand besetzen italienische Truppen Tirol, Triest und Dalmatien. Ende September dringen die Gegner an der Westfront in die Siegfriedstellung ein.

Waffenstillstands-
verhandlungen

Die Verschlechterung der militärischen Lage wird durch die innere Zerfetzung gefördert. Im Rücken des Heeres waren die Etappen-Sammelplätze unzuverlässiger Elemente geworden. Die Unfähigkeit der Regierung, die Fehler der Kriegswirtschaft zu beseitigen und dem Wucherer- und Schieberwesen Einhalt zu gebieten, hatte eine wachsende Mißstimmung im Lande groß werden lassen. Zu spät erkennt die Regierung die Gefahr eines inneren Zusammenbruchs. Um den Staat vor der Auflösung zu bewahren, leitet man die Demokratisierung der Verfassung nach westlichem Vorbilde ein. Eine neue parlamentarische Regierung unter Prinz Max von Baden wird gebildet (3. Oktober). Sie übernimmt es, auf Drängen Hindenburgs, den Präsidenten Wilson um Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen auf der Grundlage seiner 14 Punkte zu ersuchen.

Als Sicherheit und Bürgschaft für die Aufrichtigkeit des deutschen Friedensangebotes fordert dieser (14. Oktober) die Einstellung des U-Boot-Krieges und Räumung der besetzten Gebiete, ferner die „Beseitigung der monarchischen Gewalten wegen ihrer Gefährlichkeit für den Weltfrieden — oder ihre Entrechtung bis zur tatsächlichen Machtlosigkeit“.

Wochen verstreichen mit gegenseitigem Notenwechsel. Sie sind voll der verletzendsten Demütigungen für das deutsche Volk. Eines Vorteiles nach dem andern müssen sich die Deutschen begeben. Man zieht zwar den Plan der nationalen Verteidigung in Erwägung, läßt ihn aber wieder fallen. Die Bildung einer nationalen Einheitsfront mißlingt, während die oberste Heeresleitung von der Truppe (24. Oktober) weiteren Widerstand und Kampf bis zum äußersten fordert. Die deutsche Regierung widersetzt sich dem. General Ludendorff tritt daraufhin zurück. Selbst auf innerpolitischem Gebiete gibt Deutschland nun allen Forderungen

der Entente nach (Aufhebung der kaiserlichen Kommandogewalt, Verfassungsänderungen im demokratischen Sinne). Die Lage wird immer unhaltbarer. Den Italienern steht der Weg über den Brenner offen. Die Doppelmonarchie der Habsburger ist zerfallen (23. bis 29. Oktober). Mit der Räumung Flanderns muß die U-Boot-Basis aufgegeben werden. Im Reiche gärt es, die Massen fordern Frieden um jeden Preis.

Am 5. November kommt der Vorvertrag zwischen Deutschland und der Entente zustande. In ihm ist die Rede Wilsons vom 11. Februar 1918 mit ihren 14 Punkten als ausdrücklicher Bestandteil des Friedensvertrages anerkannt. Dies sollte die Einleitung zum Waffenstillstand sein. Nicht mit einer bedingungslosen Kapitulation, sondern auf der Grundlage eines Verständigungsfriedens wurden die Verhandlungen aufgenommen.

Der Vorvertrag
Die
14 Punkte Wilsons

Die Ereignisse brachten das deutsche Volk um diese letzte Hoffnung und die Aussicht auf einen erträglichen Frieden. Gerade in dem Augenblick, wo die entscheidenden Verhandlungen beginnen sollen, bricht die Revolution aus. Die Hochseeflotte widersetzt sich dem Befehl, auszulaufen. Die meuternden Matrosen reißen die Leitung an sich (4. November). Von Kiel aus verbreitet sich die Revolution unter der Losung: „Friede, Freiheit, Brot“ über die Küste, von dort am 7. November nach Nord-, West- und Mitteldeutschland. In München wird am 8. November von Schwabinger Literaten und Munitionsarbeitern die Revolution ausgerufen. Am 8. November ist Braunschweig in Aufruhr, in Berlin geraten die Massen in Bewegung. Das Bürgertum läßt willenslos den Ereignissen ihren Lauf. Die Gewöhnung an Befehlserteilung läßt das Militär tatenlos. Wilhelm II., der von Berlin ins Große Hauptquartier gegangen war, will zunächst nicht abdanken, sondern an der Spitze der Truppen die Ordnung wiederherstellen. Da verkündet Prinz Max von Baden, um die Monarchie zu retten, ohne Wissen des Kaisers und des Kronprinzen ihre Abdankung. Widerstandslos siegt die Revolution auch in Berlin (9. November). Scheidemann erklärt Deutschland zur Republik. Der Volksbeauftragte Friedrich Ebert bewahrt sie durch Übernahme des Reichskanzleramtes vor der Herrschaft der radikalen Strömungen. Überall bilden sich Soldaten- und Arbeiterräte. In Belgien meutern die Etappentruppen, der Kaiser flüchtet nach Holland (10. November). Alle anderen deutschen Fürsten werden gestürzt und vertrieben.

Ausbruch
der Revolution

Seit dem 8. November aber kämpfte die deutsche Abordnung unter dem Staatssekretär Erzberger im Wald von Compiègne um bessere Bedingungen für Volk und Heer. Von dem Zusammenbruch erfuhr sie nichts. Die gegnerischen Unterhändler konnten nun trotz der in der Note vom 5. November aufgestellten Verhandlungsgrundsätze ihre Bedingungen diktieren. Es war ein verhängnisvoller Irrglaube, die Gegner würden einem republikanischen Deutschland günstigere Bedingungen gewähren. Für Annahme oder Ablehnung stellen sie eine Frist von 72 Stunden. Angesichts der inneren Lage des Reichs ist an militärischen Widerstand nicht mehr zu denken. Unter diesen Umständen muß auch die Oberste Heeresleitung die folgenden harten Bedingungen der Alliierten annehmen (11. November):

Deutschland -
Republik

Annahme der
Waffenstillstands-
bedingungen

1. Räumung der besetzten Länder;
2. Räumung des gesamten Gebietes links vom Rhein;
3. Räumung der Brückenköpfe Mainz, Koblenz, Köln und Nehl auf dem rechten Rheinufer;
4. Räumung einer Zone von 30 Kilometern vor den Brückenköpfen;
5. Auslieferung ungeheurer Mengen Kriegsgeräte (30 000 Maschinengewehre, 2000 Flugzeuge, 160 U-Boote, Internierung der Schlachtflotte (6 Groß-Kampfschiffe), ferner Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen;
6. Rückgabe aller Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit;
7. die Blockade bleibt bestehen.

Trotzdem vermag das Vertrauen auf Wilson die Zuversicht des deutschen Volkes auf einen gerechten Frieden nicht zu erschüttern. Die Waffenstillstandsbedingungen werden mit voller Erfüllungsbereitschaft hingenommen.

Heimkehr,
Auflösung
der Fronttruppen

Das deutsche Frontheer zieht unter Hindenburgs Führung in die Heimat und wird dort aufgelöst. Deutschland zerschlägt seine Wehrmacht. Aber vergeblich wartet man auf die Auswirkungen der neuen Ära der Versöhnung und Verständigung, die nun beginnen sollte. Nicht einmal der im Waffenstillstand ausdrücklich in Aussicht gestellte Präliminarfriede wird bewilligt; vielmehr muß der Waffenstillstand nicht weniger als dreimal erneuert werden. Jede Erneuerung aber wird zur Erpressung neuer Zugeständnisse benutzt.

Dieser Waffenstillstand, der von Deutschland nur als kurzer Zwischenvertrag bis zu den Friedensverhandlungen eingegangen war, dauert vom 11. November 1918 bis zum 10. Januar 1920 — 14 Monate. Denn erst am 10. Januar 1920 wird durch Ratifizierung der am 28. Juni 1919 zu Versailles unterzeichnete Frieden gültig. Dieser „Frieden“ ändert nur die Form, der Geist bleibt derselbe.

Aufrechterhaltung
der Blockade

Die Blockade wird trotz des Waffenstillstandes auch auf die Ostsee ausgedehnt; die Zusage, Deutschland mit den notwendigsten Lebensmitteln zu versorgen, wird nicht erfüllt. Das linksrheinische Gebiet aber wird besetzt und vertragswidrig von dem übrigen Deutschland abgesperrt.

XXXVII.—XL. Kriegsende und Friedenschlüsse.

XXXVII. Deutschlands Verstümmelung.

XXXVIII. Deutschlands Verklavung.

XXXIX. Deutschlands Entwaffnung.

XL. Deutschlands Einriegelung.

XXXVII. Am 18. Januar, an dem Tage, da 48 Jahre zuvor das Deutsche Reich begründet worden war, findet die feierliche Eröffnung der Friedenskonferenz statt. 27 Staaten sind vertreten, die fünf „alliierten und assoziierten Hauptmächte“: Frankreich, England, Italien, die Vereinigten Staaten, Japan und die anderen 22 „alliierten und assoziierten“ Mächte. 70 % der bewohnten Erdoberfläche mit 77 % der Menschheit (Rußland nicht eingeschlossen) hatten sich verbunden, um über das Deutsche Reich mit 0,4 % der bewohnten Erdoberfläche und 4 % der Menschen abzurteilen.

Trotz Wilsons Versprechen, alle Geheimdiplomatie abzuschaffen, werden die entscheidenden Verhandlungen von den fünf Großmächten untereinander geheim geführt. Die kleinen „Sieger“ bleiben ohne jeden Einfluß. Bei den „großen Vier“, Wilson, Clémenceau, Lloyd George und dem Italiener Orlando liegt die ganze Entscheidung. Die deutsche Abordnung wird von den Verhandlungen ausgeschlossen. Das Ziel französischer Politik ist: die Vernichtung der deutschen Reichseinheit. Die Friedenskonferenz soll das Werkzeug zur Vollendung dieses alten Planes sein. In Clémenceau hat die französische Politik den entschiedensten Verfechter. Die Festigkeit seines Willens und die Einheitlichkeit des französischen Programmes bestimmen von vornherein den Verlauf der Verhandlungen. Wilsons 14 Punkte zerbrechen daran, die anfängliche Maßhaltung der Briten mündet in die gleiche Gewaltpolitik, obwohl sie mit der Entwaffnung und Ausschaltung Deutschlands als Welt- und Handelsmacht zufriedengestellt sein konnten. Italiens Mitwirkung am Friedensvertrag ist ohne große Bedeutung. So versucht Frankreich mit allen Mitteln, der Bestechung, der Schürung hochverräterischer Bewegungen (Aufrichtung einer rheinischen Republik) und mit roher militärischer Gewalt die deutsche Einheit zu untergraben und zu vernichten. Die Friedensbedingungen sind für Deutschland nichts anderes als ein neuer Krieg mit anderen Mitteln, „ein Werk der Leidenschaften des Krieges, der Rache und der Furcht“. Innerhalb von 14 Tagen soll die deutsche Regierung sich entscheiden. Französische und englische Bombengeschwader und der Aufmarsch der alliierten Heere im besetzten Gebiete bezeugen die ernste Absicht der Entente, in Deutschland einzufallen, falls dieses sich nicht unterwirft. Ein Widerstand ohne Heer und Flotte ist aussichtslos, zumal die Uneinigkeit der Parteien eine innere Einheitsfront nicht aufkommen läßt. Der Versuch, wenigstens die Anerkennung der schmachtvollen Kriegsschuldparagraphen abzuwälzen, stößt auf Clémenceaus unüberwindliche Segnerschaft. Die deutsche Regierung muß sich darum der Gewalt fügen. Am 28. Juni 1919 wird im Spiegelsaal des Schlosses in Versailles, in dem das deutsche Kaisertum 1871 ausgerufen war, der Friede unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten verweigern die Unterzeichnung und den Eintritt in den Völkerbund; der Widerstand gegen das Werk Wilsons und den Völkerbund von Frankreichs Gnaden war in Amerika übermächtig geworden. Erst am 25. August 1921 stellt ein offizieller Friedensschluß die Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland wieder her.

Das Werk von Versailles selbst aber ist weder mit der Unterzeichnung, noch mit der Ratifikation vollendet. Die Alliierten führen ihre Versklavungspolitik zielbewußt weiter. Die treibende Kraft bei diesen Maßnahmen ist stets Frankreich, das trotz aller Einzelerfolge doch sein eigentliches Kriegsziel nicht erreicht hat: die Vernichtung der deutschen Einheit. Der Leitgedanke französischer Politik nach dem „Friedensschluß“ ist daher: Der Rhein als französische Ostgrenze, Besiznahme des Ruhrgebietes, Trennung Süddeutschlands vom Norden. Eine lange Reihe von Konferenzen der Ententestaatsmänner setzen das Werk von Versailles fort: San Remo (April 1920), Hythe (Mai), Boulogne (Juni), Spaa

Das Versailler
Friedensodiktat

Friedens-
unterzeichnung
28. Juni 1919

(Juli), Brüssel (Dezember), Paris (Januar 1921), London (März), Lypne (April), London (Mai), Cannes (Januar 1922), Genua (April und Mai), London (August), Paris (Januar 1923). Mit immer neuen schönen Begriffen, wie Sanktionen, Garantien, Pfändern, Retorsionen usw., wird jeder neue Rechtsbruch gegen Deutschland heuchlerisch bemäntelt. Die Gedanken des Ideologen Wilson werden bis zur Unkenntlichkeit verzerrt, er selbst zerbricht an der Hinterhältigkeit europäischer Diplomatie. Für das deutsche Volk aber ist das Ergebnis aus alledem, aus Krieg und Frieden, niederschmetternd.

Der Völkerbund

Der Friedensvertrag beginnt mit den Sätzen des Völkerbundes. Der Gedanke einer Neuordnung wird ihm also vorangestellt. Der Völkerbund, der zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit zwischen ihnen gegründet ist, soll Bürge der Neuordnung sein. Sein ständiger Sitz wird Genf. Als seine Hauptaufgaben werden bezeichnet: Regelung der Abrüstung und Einrichtung eines zwischenstaatlichen Schiedsgerichts. Von der Mitgliedschaft des Völkerbundes ausgeschlossen werden das Deutsche Reich, Deutsch-Österreich und Rußland. Die Vereinigten Staaten lehnen ihren Beitritt ab. Damit ist der Völkerbund entgegen seiner grundsätzlichen Bestimmung als eine Interessengemeinschaft der Entente und ihrer Gefolgschaft, als ein Werkzeug ihres Unterdrückungswillens gekennzeichnet.

Die Schuldfrage

Der Vorvertrag war ein klarer Rechtsvertrag zweier gleichberechtigten Parteien. Weil aber für die ungerechtfertigten und maßlosen Forderungen ein „Rechtstitel“ geschaffen werden mußte, d. h. um dem Friedensvertrag den Charakter eines Straffriedens geben zu können, wurde von der Entente die Behauptung von der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege aufgestellt und im Vertrage niedergelegt.

In Stein gemeißelt:

An der Stelle, an der am 11. November 1918 der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, befindet sich im Wald von Compiègne eine Gedenktafel, die, um die moralische Abrüstung in Frankreich für immer zu verhindern, die folgende Inschrift, in Granit gemeißelt, trägt:

Ici
Le onze Novembre 1918
succomba le criminel orgueil
de l'Empire allemand
Vaincu
par les
Peuples Libres
Qu'il prétendait
asservir.

(Hier unterlag am 11. November 1918 der verbrecherische Hochmut des Deutschen Reichs, besiegt durch die freien Völker, die es unterjochen wollte.)

Die Absicht, Deutschland ehrlos zu machen, fand ihren schärfsten Aus-

Im Vertrag verankert:

In dem sogenannten „Friedens“-Vertrag von Versailles heißt es in dem Artikel 231:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Das hat Deutschland unterschreiben müssen.

druck in den sogenannten „Schmachparagrafen“ (Art. 227—231), die die Auslieferung des Kaisers und der sog. Kriegsverbrecher fordern. Obwohl die internationale Wissenschaft seit der Öffnung der Staatsarchive den Beweis erbracht hat, daß Deutschland niemals direkt den Krieg gewollt hat, daß niemals von einer alleinigen Schuld Deutschlands die Rede sein kann, die Schuld vielmehr in erster Linie bei Rußland, Österreich, Frankreich, auch England zu suchen ist, lehnen die alliierten Mächte eine Revision des Friedensvertrages gerade in dieser Frage ab, da sie wohl wissen, daß damit ihr ganzes Werk zusammenstürzen würde.

Obwohl der Name Völkerbund auf eine Gemeinschaft der Völker Völker und Staaten deutet, sind keine Völker in ihm vertreten, sondern Staaten. Er wird damit Ausdruckswille einer überlebten, auf dem Boden westeuropäischer Geistesart gewachsenen Anschauung und Auffassung von Staat und Volk, die nur die Unterordnung unter die Staatsouveränität anerkennt, der Volkspersönlichkeit hingegen eine Lebensberechtigung abspricht, vielmehr die Angleichung fremder Volkselemente an das sog. Staatsvolk fordert. Damit versagt sich der Völkerbund, trotz der Verkündung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, dem brennendsten Problem der Gegenwart, der Frage der Autonomie der Völker. Trotz des Selbstbestimmungsrechtes bleiben 40 Millionen Menschen in Europa als Angehörige kleinerer Volksgruppen recht- und schutzlos. Nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wäre bis auf den inneren Kern Posens der Bestand des Reiches unverfehrt geblieben, durch den Anschluß Österreichs und der Deutschen in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien (d. h. der Sudetendeutschen) wäre das gesamte geschlossene deutsche Sprachgebiet zur politischen Einigung gekommen; das kleindeutsche Reich Bismarcks hätte sich nun zu jenem größeren Deutschland, in dem alle deutschen Stämme vereinigt sind, ausweiten können. Jenes neue Deutschland wäre vor allem eine beherrschende politische Macht, der Mittelpunkt Europas geworden. Es wäre ein mitteleuropäischer Kristallisationskern entstanden für die kleinen Völker, und das zukunftsreiche östliche Europa hätte an ihm einen starken Freund und Helfer. Die Weltmacht, die durch den Krieg vernichtet war, wäre also als europäische Großmacht mit klareren Zielen wieder-erstanden.

Mischung des
Selbstbestimmungs-
rechtes der Völker

Eine solche Auswirkung des Selbstbestimmungsrechtes war allerdings nicht das Ziel der Ententemächte. Clemenceau hatte das Wort geprägt: Es gibt 20 Millionen Deutsche zuviel. Die Zerschlagung des österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaates, das Verbot für Österreich, sich dem Reiche anzuschließen, die Verstümmelung Deutschlands durch Gebietsabtrennungen, die wirtschaftliche Verflavung waren die Mittel zu diesem Ziel.

So erhielt das Selbstbestimmungsrecht nur Geltung für die neuen Vasallenstaaten Frankreichs im Osten. Sie waren in ihrem völligen Bestand zwar alles andere als einheitlich, aber dennoch wurde ihnen das Recht zugestanden, die Grenzen ihrer neuen Staaten ganz nach politischen Gesichtspunkten zu ziehen und ihre fremden Volksteile mit allen Mitteln zur Unterordnung unter das Staatsvolk zu zwingen.

Das Deutsche Reich mußte folgende Gebiete abtreten:
Elsaß-Lothringen an Frankreich;

Die von Deutschland
abgetretenen
Gebiete

Moresnet und Eupen-Malmedy an Belgien (nur zum Schein fand hier eine Volksabstimmung statt);

Teile von Ostpreußen als „Memelland“ an die Alliierten (später von den Litauern ohne Widerstand des Völkerbundes gewaltsam besetzt).

An Polen gingen der Soldauer Zipfel von Ostpreußen, fast ganz Westpreußen und kleine Teile von Pommern verloren. Durch den sog. Korridor erhielt Polen den erstrebten Zugang zum Meere. Nur Englands Einfluß verhinderte, daß auch Danzig polnisch wurde. Man machte vielmehr aus der alten Hansestadt einen selbständigen Freistaat als Sperrzone gegen polnische Ostsee-Herrschaftspläne.

Das beim Reich verbliebene Ostpreußen wird durch den polnischen Korridor von dem Mutterlande losgerissen und in eine unglückliche Insellage gebracht.

Der weitaus größte Teil der Provinz Posen, die während des Waffenstillstandes schon gewaltsam von Polen besetzt war, wird diesem zugesprochen, ebenso einige Grenzbezirke der Provinz Schlesien.

Das Gultschiner Ländchen wird der Tschechoslowakei zugewiesen.

Sämtliche Kolonien des Deutschen Reiches im Umfange von fast 3 Millionen Quadratkilometer mit 12 Millionen Einwohnern werden dem Völkerbund als „Mandatsgebiete“ überantwortet.

Über den Verbleib von Nordschleswig, Oberschlesien, von Teilen Ost- und Westpreußens und über die Zukunft des Saargebietes sollen Volksabstimmungen entscheiden. Das Saargebiet wird im Namen des Völkerbundes französischer Verwaltung unterstellt. Nach Ablauf von 15 Jahren soll der Völkerbund auf Grund einer Volksabstimmung darüber entscheiden, unter welche Souveränität das Gebiet tritt. Fällt der Entscheid zugunsten Deutschlands aus, so muß das Reich die Kohlengruben im Saargebiet von Frankreich zurückkaufen.

Die Abstimmung in Oberschlesien brachte eine Mehrheit von 62 % für Deutschland, trotzdem die sog. Kontrollkommission die polnische Hege und die Gewalttaten polnischer Banden (Korfanty) weitgehend geduldet hatte. Dennoch spricht der Völkerbundausschuß (je ein Chinese, Brasilianer, Tscheche und Spanier) $\frac{1}{3}$ des Landes mit den wichtigen Industriestädten Rattowiz und Königshütte Polen zu. Die Aufteilung erfolgt ohne Rücksicht auf die natürliche Einheit des Industriebezirks, wobei vorsorglich die Gebietsteile mit wertvolleren Bodenschätzen Polen zugewiesen werden. Im Abstimmungsgebiet Ostpreußens und Westpreußens (Kreis Stuhm und Marienwerder) stimmten $\frac{9}{10}$ für Deutschland. So konnte Ostpreußen bis auf den ohne Volksbefragung abgetrennten Soldauer Kreis und einige masureische Grenzdörfer sowie die nachträglich Polen zugesprochenen Weichfeldörfer bei Marienwerder dem Reiche erhalten bleiben. Nordschleswig dagegen kommt trotz des starken deutschen Bevölkerungseinschlages mit der reindeutschen Stadt Søndern an Dänemark. Das System einer dreizonigen Abstimmung hatte dänischen Ansprüchen auf deutsches Land zum Siege verholfen.

Der Umfang des Deutschen Reiches (das Saargebiet nicht eingerechnet) verringert sich durch diese Veraubung um $\frac{1}{8}$ seiner Bodenfläche und seine Bevölkerung um $\frac{1}{10}$ ihres Bestandes. Die Bevölkerungsdichte auf 1 qkm stieg von 123,8 Einwohner auf 126,8. Die neuen Grenzen zerschneiden überall das geschlossene deutsche Volksgebiet. Während das links-

rheinische Land schon auf Grund des Versailler Diktats besetzt worden war, wird unter dem Vorwand von „Sanktionen“ diese Besetzung willkürlich im März 1921 auf Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort erweitert. Im Januar 1923 dringen die Franzosen mitten im Frieden, als Deutschland seinen Zahlungsverpflichtungen nicht völlig hatte nachkommen können, gewaltsam in das Ruhrgebiet ein und besetzen das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Im Februar und März lassen sie ihre Besatzungstruppen auch in badisches Land vorrücken. Auf Wesel und Emmerich, auf Raab, Bacharach und Lorch, auf Königswinter und Limburg und andere Städte stoßen die Besatzungsmächte vor. Der Maingau mit den Städten Frankfurt, Hanau, Homburg und Darmstadt wird von den Franzosen und Belgiern erst auf Einspruch Englands geräumt.

Gleiches Schicksal wie das Deutsche Reich erleiden die Kernländer der Doppelmonarchie. Das Friedensangebot Österreich-Ungarns vom 14. September hatte die Sprengung des Bundes der Mittelmächte eingeleitet. Die selbsttätige Auflösung des alten habsburgischen Vielvölkerstaates in zahlreiche neue Nationalstaaten lieferte das österreichische und ungarische Staatsvolk den Siegermächten auf Gnade und Ungnade aus. Im Frieden von St. Germain (mit Österreich) und Trianon (mit Ungarn) wird bestimmt: Zum Rechtsnachfolger der Doppelmonarchie mit ihren 676 000 qkm Flächeninhalt und 49 850 000 Einwohnern wird der Zwangsstaat „Österreich“ erklärt. Als solcher wird er für die Vergehen der Regierung verantwortlich gemacht. Der Name Deutsch-Österreich wird nicht anerkannt. Außerdem verbietet der Friedensvertrag den Anschluß mit der hinterhältigen Formulierung, daß Österreichs „Unabhängigkeit“ unabänderlich sei, außer mit Genehmigung des Völkerbundes. Das neue Österreich wird auf einen Flächenraum von 84 000 qkm mit rund 6½ Millionen Einwohnern beschränkt. Es umfaßt nur Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Nordtirol, Vorarlberg, dazu Teile von Kärnten, Steiermark und dem Burgenlande. — (Die neuen Grenzen der übrigen Nationalstaaten Süd- und Osteuropas sind bei Blatt XLI behandelt [S. 141].)

Die Grundsätze Wilsons läßt man nur für die Freunde der Entente gelten. Weit über 11 Millionen Deutsche werden nationale Minderheiten in fremden Staaten. Die Sudetendeutschen werden zum Tschechischen Staate geschlagen; ebenso geschlossene deutsche Siedlungsgebiete Südböhmens und Südmährens (Budweis, Neuhaus, Brünn), desgl. die Iglauer Sprachinsel.

Auf Welsch-Südtirol und die windische Untersteiermark hätte verzichtet werden können, wenn wenigstens das deutsche Südtirol, das steierische Draugebiet bei Österreich verblieben, Kärntens Einheit nicht angetastet und das deutsche Burgenland (West-Ungarn) ungeschmälert Österreich zugewiesen wäre. Der Rechtsanspruch im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker war hier gegeben. Aber der Wille der Feindmächte entschied anders. Von Tirol und Steiermark wurde der Süden ohne Volksbefragung abgetrennt, Kärnten verlor einige bedeutsame Grenzstreifen (Tarvis, Pontafel an Italien). Von Deutsch-Westungarn erhielt Österreich nur Teile. Das wichtige Ödenburg, der Mittelpunkt des Burgenlandes, wurde nachträglich durch ungarische Banden besetzt und auf Grund

Zerschlagung
Österreich-Ungarns

einer Scheinabstimmung Ungarn zugesprochen. Das Gebiet östlich des Neusiedler Sees blieb bei Ungarn, ebenso die Städte Güns und St. Gotthardt. Das wichtige Pressburg wurde ganz willkürlich trotz einer deutschen relativen Mehrheit (= 37 000 Deutschen) und bei kaum $\frac{1}{5}$ slowakischen Bevölkerungsanteils zur Tschechoslowakei geschlagen. Nur gegenüber dem Deutschen Reiche, der Schweiz und Liechtenstein blieb die alte Grenze bestehen.

XXXVIII. Deutschlands Verklavung.

Die
finanziellen Lasten

Um die wirtschaftliche Wiedererstarkung des deutschen Volkes möglichst zu erschweren, werden ihm finanzielle Lasten von ungeheuren Ausmaßen aufgebürdet. Mit dem Kriegsschuldparagraphen war die Handhabe geschaffen, um zunächst einmal grundsätzlich Deutschland für alle Schäden, darunter auch alle privatrechtlichen Schäden (Schäden der Zivilpersonen, der Kriegsgefangenen, der militärischen Opfer des Krieges) haftbar zu machen. In Verschärfung der im Friedensvertrag dem Deutschen Reiche auferlegten Zahlungen setzte eine „Reparationskommission“ eine Summe von 132 Milliarden Goldmark fest (Londoner Beschluß vom 5. Mai 1921, das sog. Ultimatum).

London 1920
132 Milliarden
Reparations-
zahlungen

Danach sollte Deutschland von dieser Entschädigung innerhalb von 36 Jahren 50 Milliarden durch jährliche Zahlung von 2 Milliarden und Abgaben von 26 % seiner Ausfuhr, das sind jährlich rund 3 Milliarden, aufbringen. Eine Garantiekommission wurde ernannt mit dem Auftrage, darüber zu wachen, welche Einkünfte des Reiches den Siegermächten zustehen. (Die restlichen 82 Milliarden sollen erst dann realisiert werden, wenn die Reparationskommission davon überzeugt ist, daß das Reich weitere Beträge über jene 50 Milliarden hinaus verzinsen und tilgen kann.)

Außerdem muß das Reich die sehr hohen Kosten für die Besatzungstruppen und die verschiedenen Ausschüsse und Kommissionen bezahlen, endlich für die im Kriege von Belgien auswärts erhobenen Anleihen mit 5 % Zins haften. Ferner muß es — da alles deutsche Privateigentum im Auslande der Beschlagnahme verfällt — die Entschädigung der Beraubten übernehmen. Über den Betrag von 50 Milliarden Goldmark hat das Reich tilgbare 5 % Schuldverschreibungen auszugeben, die auf den Markt gebracht werden.

Natural-
Lieferungen

Der deutschen Landwirtschaft sind durch den Verlust der östlichen Provinzen ertragreiche Wirtschaftsgebiete (Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Vieh — die Roggenernte sinkt von 12 Mill. t jährlich auf 6 Mill. t und die Kartoffelernte von 54 Mill. t auf $21\frac{1}{2}$ Mill. t), durch Lothringen die Thomasschlacke, durch Elsaß viele Kalisalze verlorengegangen. Sie wird jetzt gezwungen, an Frankreich und Belgien außerdem 40 000 Pferde, 4000 Stiere, trotz Milch- und Fettnot 140 000 Kühe, 40 000 junge Rinder, 120 000 Schafe, 15 000 Schweine abzuliefern.

Wirtschaftsverluste

Durch die Losreißung Ost-Oberschlesiens und die Abtretung Lothringens verliert die deutsche Schwerindustrie ihre wichtigsten Erz- und Kohlengebiete (die deutsche Eisenerzproduktion geht von $28\frac{1}{2}$ Mill. t auf $7\frac{1}{2}$ Mill. t zurück), durch den Verlust des Kalimonopols wird die Kaliindustrie fast vernichtet. Das Saarkohlenrevier kommt unter französische Verwaltung und schaltet so gut wie ganz aus. Von der rheinisch-west-

fälischen Rohle müssen 10 Jahre lang an Frankreich, Belgien und Italien 24 000 t jährlich geliefert werden, ferner 3 Jahre lang die Kohlenenerzeu-
nisse: Benzol, Ammoniak, Steinkohlenteer.

Um die weltbeherrschende deutsche chemische Industrie zu erdrosseln, wird Deutschland auferlegt, bis zum Jahre 1920 50 % des Bestandes der Farbstoffe und chemischen Erzeugnisse abzuliefern und weitere 4 Jahre lang $\frac{1}{4}$ der Erzeugnisse.

Der schwerste Schlag aber wird gegen den deutschen Handel gerichtet, den man endgültig vernichten will. Deutschland muß den Raub seiner Handelsflotte, seines privaten Eigentums im Ausland, seiner Seelabel zulassen. Dadurch verliert Deutschland fast seinen gesamten Bestand an Schiffen, im Nachrichtendienst wird es vom Ausland abhängig.

Handelsverluste

Es müssen ausgeliefert werden: alle Schiffe über 1600 t, die Hälfte aller Schiffe von 1000 bis 1600 t, $\frac{1}{4}$ der Fischdampfer, $\frac{1}{5}$ der Flußschiffe. Von 5 Millionen t, die Deutschland 1914 besaß, verbleiben ihm nur noch 300 000 t; 5 Jahre lang muß es außerdem noch jährlich 200 000 t Handelsschiffe für die Gegner bauen. Zur Strafe für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe sind 400 000 t Docks, Bagger und Schlepper abzugeben. Stand Deutschlands Handelsflotte bisher an 2. Stelle unter den Flotten der Erde, so nach den Ablieferungen an 13.

Nicht nur deutsches Vermögen im Auslande wurde enteignet, sondern auch der gesamte deutsche Wertpapierbesitz an Ententewerten wird beschlagnahmt. Dem Wiedergutmachungsausschuß fallen alle deutschen Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen in Rußland, China, Österreich, Ungarn, Bulgarien und in der Türkei anheim. Die persönlichen Beziehungen der Deutschen mit dem Auslande werden dadurch zerstört.

Um eine zielsichere deutsche Handelspolitik zu unterbinden, sichern sich die Verbandsmächte für 5 Jahre ohne Gegenleistung das Meistbegünstigungsrecht, freie Durchfuhr, Gleichstellung in Gebühren und Erleichterungen mit dem innerdeutschen Verkehr, sowie zollfreie Einfuhr aus Elsaß-Lothringen und Luxemburg und für 3 Jahre aus Polen.

Verkehrs-
behinderung

Die Internationalisierung aller deutschen Ströme außer Ems und Weser, ebenso wie die den Luftfahrzeugen der Verbandsmächte zustehende Flug- und Landungsfreiheit in Deutschland verstoßen nicht nur gegen die deutschen Hoheitsrechte, sondern schädigen aufs schwerste die deutsche Binnenschiffahrt und den deutschen Flugdienst. Die deutsche Flugindustrie wird durch die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues für längere Zeit lahmgelegt.

Alle Deutschland auferlegten Bestimmungen sind streng rechtsverbindlich, weil der Friedensvertrag durch die Unterzeichnung seitens der Reichsregierung die Geltung eines Reichsgesetzes hat (Gesetz über den Friedensschluß vom 16. Juli 1919). Jeder Deutsche ist darum, solange der Vertrag nicht abgeändert wird, dem Friedensvertrag, als einem Gesetze seines eigenen Staates, zum Gehorsam verpflichtet.

Der furchtbare Absturz, den Deutschland unter der Auswirkung dieser Friedensbestimmungen erfährt, wird durch die vielen Akte fremder Gewalttat und durch Unruhen im eigenen Lande noch beschleunigt. Im

Befegung des
Ruhrgebietes 1923

Sinne ihrer Vernichtungspolitik dringen Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet ein, um Deutschlands wichtigstes Wirtschaftsgebiet vom Reiche abzureißen und damit die Auflösung seiner Staatlichkeit einzuleiten (Januar 1923). Die Bevölkerung des Industriegebietes leistet fast $\frac{3}{4}$ Jahr lang geschlossen heldenhaften Widerstand. Aber der „passive Widerstand“ führt nur zu Teilerfolgen, er erreicht nicht sein Ziel, seine Weiterführung wird seitens der Regierung schließlich aufgegeben.

Währungszerfall

Im Laufe des Jahres 1923 sinkt der Wert der Mark fast von Stunde zu Stunde. (Der Dollar steht Anfang August auf 1 Mill. Mark, Ende August auf 10 Mill. Mark, Mitte September auf 100 Mill., Anfang Oktober auf 1000 Mill. Mark.) Die Goldmark gilt schließlich 1 Billion Papiermark. Die Folge dieses reißenden Verfalles der deutschen Währung ist eine neue Blüte des Schiebertums, ein Umsichgreifen blinder Spekulationswut, Flucht des deutschen Kapitals ins Ausland und Anlage fremden Kapitals in Deutschland. Das Vermögen des deutschen Volkes wird so gut wie vernichtet, der Mittelstand der Verelendung ausgeliefert, Teuerung, Streik und politische Unruhen lösen einander ab. Nur durch die Stilllegung der Notenpresse und die auf Anregung Helfferichs erfolgte Einführung einer neuen, von dem gesamten deutschen Grundbesitz sichergestellten Währung (Rentenmark) wird diesem Lauf der Dinge ein Ende bereitet (Ende 1923).

Weltwirtschaftliche
Erschütterung

Aber die schweren Erschütterungen der deutschen Wirtschaft wirken sich nun auf die Wirtschaft der übrigen Staaten aus. Die Kaufkraft ganz Mitteleuropas sinkt, die Getreide- und Viehüberschußländer, vor allem Amerika, können ihre Waren nicht absetzen. Die Preise fallen schnell. In den Industrieländern aber steigt die Arbeitslosigkeit gewaltig, zumal in England. Die Vereinigten Staaten, die sich im Laufe des Krieges zum Gläubigerstaat der ganzen Welt entwickelt haben, ersticken im Golde.

Die ganze Wirtschaft droht in sich zusammenzustürzen. Die Ausschaltung eines so bedeutsamen Wirtschaftskörpers wie Deutschland aus dem Gesamtorganismus der Welt erweist sich als undurchführbar.

Auf Veranlassung der Vereinigten Staaten wird ein neutraler Sachverständigenausschuß zusammenberufen, um einen neuen Zahlungsplan auszuarbeiten, der an die Stelle des Londoner Planes vom Mai 1921 und aller inzwischen erfolgten vorläufigen Abmachungen treten soll.

Dawes-Plan 1924

Der Fortschritt in diesem nach dem Amerikaner Dawes benannten Plane ist die Ablösung der Politik brutaler Erpressung durch ein Zwangssystem wirtschaftlicher Art. Aber das Übermaß an Forderungen auch dieses Planes bedeutet für Deutschland durchaus keine Verbesserung seiner Lage. Es wird zu einem mindestens 50jährigen Frondienst verurteilt, obwohl das deutsche Volksvermögen durch den Krieg und seine Folgen von 310 Milliarden Goldmark auf 150 Milliarden Rentenmark, das deutsche Volkseinkommen von 43 Milliarden Goldmark auf 20 bis 22 Milliarden Goldmark gesunken ist, während die Steuerlasten (vor dem Kriege 11 % des Volkseinkommens) jetzt mehr als 30 % betragen. Ebensovienig nimmt es Rücksicht auf die großen Gebietsabtretungen

und die damit verbundenen Verluste an Bodenschätzen, Ackerland und Arbeitskraft.

Auf der Londoner Konferenz (Juli bis August 1924) muß Deutschland das Dawesgutachten im wesentlichen anerkennen. Zur Durchführung seiner Verpflichtungen muß es sich dazu bereit finden, seine Eisenbahnen zu entstaatlichen und einem Direktorium zu unterstellen, das zum Teil aus Ausländern besteht (Deutsche Reichsbahngesellschaft). An die Stelle der Rentenbank tritt eine neue Notenbank auf Goldwährung, welche mit der Reichsbank verbunden und einer Leitung unterstellt wird, der ebenfalls Ausländer angehören.

Die Gesamtschuldsumme wird nicht festgesetzt, nur die jährlich abzuliefernden Tribute. Von 1929 an sollen es jährlich 2500 Mill. sein. Es stellt sich aber bald heraus, daß Deutschland solch geradezu erdrückende Last nicht zu tragen vermag. So wird denn im Frühjahr 1929 eine Sachverständigen-Konferenz nach Paris berufen, um einen neuen „Reparationsplan“ auszuarbeiten. Nach monatelanger Beratung ist im Juni der Bericht dieses Ausschusses zustande gekommen, der nach dem Amerikaner Owen Young genannte Youngplan. Er unterscheidet sich nur wenig von dem Dawesgutachten. Für die ersten Jahre bringt er eine Erleichterung. 1929 soll Deutschland 743 Mill. zahlen, aber bereits 1930 sind es 1708 Mill., und die Summe steigt mit geringen Schwankungen von Jahr zu Jahr, bis sie 1965 den Höchstbetrag von 2427 Mill. erreicht. Von 1966 bis 1983 sind es jährlich noch rund 1650 Mill., von 1984 bis 1988 jährlich rund 400 Mill. Zur Eintreibung dieser Tribute soll eine neue „Weltbank“ gegründet werden. „Die Zahlungen, die Deutschland auf Grund dieses Planes zu leisten hat, gehen zum Teil weit über die Forderungen des Versailler Diktates hinaus.“ Sie belasten die Kinder und Kindeskinder des jetzt lebenden Geschlechts. Gegen den Dawesplan bedeutet das eine Verlängerung der Zahlungen um volle 25 Jahre.

Pariser
Sachverständigen-
Konferenz 1929

Youngplan

XXXIX. Deutschlands Entwaffnung.

XL. Deutschlands Einriegelung.

Der größte Erfolg der französischen Diplomatie ist zweifellos die vollständige Entwaffnung Deutschlands im Namen des Völkerbundes. Nichts beweist die Verlogenheit des Wertes von Versailles mehr als die Bestimmungen über Deutschlands Wehrlosmachung: „Am die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die Bestimmungen des Friedensvertrages über Landheer, Seemacht und Luftfahrt genau innezuhalten.“ Im Ultimatum vom 16. Juni 1919 wird die Entwaffnung Deutschlands sogar ausdrücklich als der erste Schritt zur Verhinderung des Krieges bezeichnet.

Weder Frankreich, noch die anderen kontinentalen Staaten, am allerwenigsten die waffenstarrenden neu entstandenen Staaten in Osteuropa denken an die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einschränkung ihrer Rüstungen. Nur die V. St. und England haben die im

Rüstungs-
beschränkung

Weltkrieg eingeführte allgemeine Wehrpflicht wieder abgeschafft — beide aus besonderen Gründen: Amerika bedarf keines großen stehenden Heeres, England benötigt nur eine größere Kolonialflotte. Um so eifriger betreiben beide dafür die Rüstung zur See. Für die V. St. gilt es, die Entscheidung über die Herrschaft im Stillen Ozean (Auseinandersetzung mit Japan) vorzubereiten, ebenso den während des Krieges gewonnenen Vorsprung vor England aufrecht zu erhalten. England hingegen kämpft um die Wiedererlangung seiner Seegeltung — „Britannia rules the waves“, die Sicherung seiner Schifffahrtswege, den Zusammenhalt seines Kolonialreiches durch die Beherrschung der Meere. Als dritte Seemacht tritt neben diese beiden J a p a n, das im Besitze der uneingeschränkten Vorherrschaft in Ostasien an dem Ausbau dieser Stellung gegen jeglichen neuen Wettbewerb durch Großbritannien und Rußland einerseits, und gegen den Imperialismus der V. St. andererseits ein Lebensinteresse hat.

Während das Streben dieser Seemächte auf die Beherrschung großer Erd- und Meerräume geht, sucht F r a n k r e i c h sich durch ein Aufgebot großer eigener Heeresmassen und der Kontingente seiner Vasallen in Europa ein Übergewicht auf dem europäischen Kontinent zu schaffen.

Die Heeresstärken F r a n k r e i c h s und seiner Gefolgschaften betragen im Jahre 1927 1 645 000 Mann (d. h. Frankreich 850, Belgien 81, Polen 306, Tschechoslowakei 150, Rumänien 143, Südslawien 115, alles in Tausenden). Dazu treten noch die ausgebildeten Reserven, in Frankreich allein 3,5 Mill.

D e u t s c h l a n d s Heeresstärke beträgt 100 000 Mann, es hat keine Reserven. Sein ganzes Kriegsgerät besteht nur aus leichter Feldartillerie, wenigen Maschinengewehren und Minenwerfern. Es verfügt über keine schweren Geschütze und Kampfwagen (Tanks), keine Panzerzüge, keine Luftschiffe und Flugzeuge, keine Flugabwehrgeschütze, kein Kampfgas noch sonstige Mittel moderner Kriegsführung. Kein Festungsgürtel schützt das nach allen Seiten offene Land gegen einen Angriff. Einem Überfall durch feindliche Bombengeschwader, die ihre vernichtenden Gasangriffe in wenigen Stunden bis ins Herz Deutschlands tragen können, muß Deutschland in wenigen Stunden erliegen.

Der Rüstungstaukel, in dem trotz aller Abrüstungskonferenzen die europäischen Machtstaaten verharren, kann nur als Zeichen eines schlechten Gewissens und inneren Schwächegefühls gedeutet werden und zeugt gegen den Frieden von Versailles und seine Mittel zur Befriedung Europas.

Der Widerspruch zwischen dem heute waffenstarrenden europäischen Kriegslager zu den von Wilson verkündeten Grundsätzen ist nur geeignet, immer erneut auf die Unhaltbarkeit der Friedensbestimmungen hinzuweisen.

Eine führende amerikanische Zeitung (Newyork-World) schrieb nach Beendigung der Pariser Sachverständigen-Konferenz im Juni 1929: „Das ganze Tributsystem beruht auf der Verurteilung Deutschlands als des allein Kriegsschuldigen, auf einer Legende, an die in Deutschland niemand und in den Ententeländern kein Gebildeter mehr glaubt!“ Nur die führenden Politiker unserer Feinde verschließen sich dieser Einsicht.

XLI. Die Versailler Ordnung.

1. Die „alliierten und assoziierten Mächte“.
2. Das neue Staatenbild Europas.
3. Die völkischen Probleme.

1. u. 2. Das gemeinsame Ziel der Siegermächte ist nicht die Sicherung eines ewigen Friedens, sondern die rücksichtslose Vertretung ihrer Sonderinteressen. Vor allem sind sie bemüht, jede Möglichkeit einer neuen Kräfteballung in Mitteleuropa zu zerstören. Im Gesamtergebnis der verschiedenen Friedensschlüsse ist das auch erreicht.

(7. Mai 1918 Friede zu Cotroceni: Zentralmächte mit Rumänien); 28. Juni 1919 ^{Die Friedensschlüsse} Friede zu Versailles: Entente mit dem Deutschen Reich; 10. September 1919 Friede zu St. Germain: Entente mit der Republik Österreich; 4. Juni 1920 Friede zu Trianon: Entente mit Ungarn; 10. August 1920 Friede von Sèvres und 24. Juli 1923 Friede zu Lausanne: Entente mit der Türkei; 27. November 1919 Friede zu Neuilly: Entente mit Bulgarien.

Zu diesem Zwecke sind die Mittelmächte verkleinert, und um das östliche und südöstliche Mitteleuropa ist von Frankreich ein Kranz von Vasallenstaaten herumgelegt, die die Aufgabe haben, insbesondere das Deutsche Reich zu überwachen (die Kleine Entente). Vom Deutschen Reich sind wertvolle Grenzprovinzen mit 7½ Millionen Einwohnern abgetrennt und zu den Nachbarstaaten geschlagen. Die Hoheit des Reiches ist auf das schwerste bedroht.

Man kann das Deutsche Reich staatsrechtlich nur noch als ein den Anordnungen des Obersten Rates der Entente unterworfenen autonomes Gebiet kennzeichnen (Vogel).

Von den 12 Millionen Deutschen in der alten Habsburger Monarchie werden 6 Millionen „wie Vieh- oder Tauschware“ an stammfremde Staaten verschenkt und der Verslavung und Romanisierung ausgesetzt.

D e u t s c h - Ö s t e r r e i c h wird lebensunfähig gemacht (Beschränkung auf die Alpenländer, unhaltbare strategische Grenzen, Binnenstaat ohne Meeresküsten, Lebensmittelmangel, fremde Finanzkontrolle, Zollschranken, Randlage der Hauptstadt Wien). Deutsch - Österreich

U n g a r n ist auf ein Drittel seines alten Umfanges, auf das magyarische Kernland der Donau, die Theißebene, beschränkt und ein reiner Binnenlandstaat (= 91 000 qkm mit 7,5 Mill. E.). 3,5 Millionen Auslandmagyaren wohnen heute in der Tschechoslowakei, Rumänien und Südslavien. Den einzigen früher ungarischen Hafen Fiume hat es eingebüßt. Ungarn strebt danach, die alten Grenzen des Königreichs wiederzugewinnen. England hofft mit Hilfe Ungarns seine Donauschiffahrtspläne zu verwirklichen und hier gegen Frankreichs Einfluß in Südslavien ein Gegengewicht zu schaffen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Südslavien hat Ungarn auch mit Italien zusammengeführt (Vertrag 1927). Ungarn

Aus Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien, Slowakei und Nordungarn ist der **t s c h e c h o s l o w a k i s c h e** Staat gebildet worden; er reicht bis an die Donau (Preßburg) = 146 000 qkm mit 13,5 Mill. E. Die Tschechoslowakei ist ein neuer Binnenstaat Europas geworden, seiner Gestalt nach ein „groteskes, raumgeographisch völlig unhaltbares Gebilde“ Tschechoslowakei

(von 900 km Länge und 150 km durchschnittlicher Breite), „fischförmig, dessen Kopf sich in die Massen des deutschen Volkstums tief hineinbohrt“. Und zwar wird das tschechische Volkstum von einer geschlossenen Masse deutschen Siedlungsbodens auf fast allen Seiten umfaßt. Die nationalen „Minderheiten“ zählen 7,5 Millionen (Deutsche, Slowaken, Magyaren, Ruthenen, Ukrainer, Polen) neben 6 Millionen Tschechen, also ein Nationalitätenstaat — kein Nationalstaat. Zwar wirtschaftlich reich ausgestattet, industriell hochentwickelt, ist der Staat aber verkehrsgeographisch keine Einheit. Das tschechische Zentrum Nordböhmens gehört zum Elbegebiet, Mähren zum Wiener Becken, die Slowakei zum Donau-Theißgebiet. Nur eine abkürzende Eisenbahnstrecke (strategisch völlig unzureichend) läuft über die quergelagerten Weißen Karpathen. Der beste Zugang zum Meere führt elbabwärts über Hamburg (Internationalisierung der Elbe, tschechischer Freihafen in Hamburg!). Trotzdem der tschechische Staat so verkehrsgeographisch und auch wirtschaftlich auf Deutschland angewiesen ist, knebelt er das Deutschtum in unerhörter Weise. Dazu kommt die Feindschaft mit Ungarn wegen der völkisch völlig unberechtigten Grenzziehung, die $\frac{3}{4}$ Millionen Magyaren von Ungarn losriß. Wie es unter diesen Verhältnissen trotz der russischen und französischen Freundschaft der imperialistischen Politik der Tschechei gelingen soll, Prag zum politischen Mittelpunkt in Mitteleuropa zu machen, ist unerfindlich. Eine gedeihliche Entwicklung ist nur bei einsichtsvoller Verständigung mit den Deutschen und Deutschland möglich (vgl. Vogel).

Polen

Durch Angliederung von Posen, Westpreußen, Ostoberschlesien und Galizien, durch den Anschluß der westlichen Ukraine und des westlichen Teils von Weißrußland an Kongreßpolen ist der polnische Staat entstanden. Er gebärdet sich als Großmacht, kann es aber niemals sein oder werden, da seine Basis zu klein ist. 17 Mill. Polen stehen 10,5 Mill. Minderheiten gegenüber (5 Mill. Juden, 2 Mill. Weißrussen, 1,5 Mill. Deutsche, 1,5 Mill. Ukrainer, 200 000 Kassuben, 150 000 Litauer). Trotzdem träumt der polnische Imperialismus davon, Schlesien, Pommern bis zur Oder, Danzig, Ostpreußen, Litauen und Weißrußland dem polnischen Reiche anzugliedern — eine Überspannung der Machtpolitik ohne die nötigen Vorbedingungen, wie sie den meisten politischen Neubildungen eigen ist. Er sollte vielmehr in maßvoller Beschränkung auf die engeren nationalen Grenzen mit der Stellung eines Mittelstaates zwischen den größeren Nachbarstaaten zufrieden sein.

Rumänien

Rumäniens Umfang hat sich durch die Erwerbung Siebenbürgens und des Banats (von Ungarn), der Bukowina (von Österreich) und Bessarabiens (von Rußland) verdoppelt. Auf Bessarabien erhebt Sowjetrußland immer noch Anspruch und stiftet darum dort immer neue Unruhen an. Die alte Feindschaft mit dem zur Zeit kraftlosen Bulgarien ruht augenblicklich. Die nationalen Streitfragen mit Ungarn versuchen England und Italien, die beiden Staaten befreundet sind, friedlich zu schlichten. Immerhin bleibt die Lage Rumäniens nicht ganz einfach; sie erfordert große Geschicklichkeit und Vorsicht in der Staatsführung.

Bulgarien

Bulgarien ist um Mazedonien und die südliche Dobrudscha

verkleinert, es hat dadurch die ägäische Meeresküste wieder verloren und an Griechenland überlassen müssen.

Serbien ist um Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Kroatien und Slawonien, die Untersteiermark und Krain sowie Teile Südungarns (Batschka, Banat), ferner um Montenegro und Mazedonien erweitert. Das bisherige Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (S. J. S., Südslavien) nennt sich seit dem 1. Okt. 1929 „Königreich Jugoslawien“.

Die endlich erreichte Adriaküste bringt Südslavien freilich in ausgesprochenen Gegensatz zu Italien, das die adriatische Gegenküste aus strategischen Gründen für die Beherrschung des mare nostrum haben möchte, und soweit sie Raum bietet, dort zugleich den Überschuss seiner Volkskraft ansiedeln will (in Italien 131 auf 1 qkm, in Südslavien 49, in Albanien 29). Mit Triest, Istrien (Fiume), dem Karst und Zara an der dalmatischen Küste hat Italien Einfallsportnen in das südslawische Volksgebiet. In dem politischen Kräftedreieck Rom-Belgrad-Athen ist die Hauptstadt Albanien, Tirana, zum Brennpunkt der sich dort kreuzenden gegensätzlichen Interessen geworden. Für Italien ist Albanien der Torhüter am Balkan. Durch den Pakt von Tirana ist Italien auch indirekt Grenznachbar Südslaviens geworden (italienisch-albanischer Freundschaftsvertrag 1926; Militärbündnis 1927). Auch Bulgarien (wegen Mazedoniens) und Ungarn, auf deren Kosten sich Serbien hauptsächlich vergrößerte, sind Serbiens unversöhnliche Gegner. Mit den außenpolitischen Spannungen verbinden sich innere Schwierigkeiten. Von den 12 Mill. Einwohnern (Italien, nur $\frac{1}{5}$ größer, hat 40,5 Mill.) machen die Serben 41,6, die Kroaten 25,8, Slowenen 6,6, Deutschen 6,6, Bulgaren 6,6, Magyaren 4,2, Albanesen 4,2, andere 4,6 Prozent aus. Selbst die führenden slawischen Stämme sind unter sich nicht einig. Die katholischen Kroaten stehen in Opposition zu den orthodoxen Serben. Montenegro hat sich nur widerwillig in die Vereinigung gefügt und macht jetzt noch Schwierigkeiten. Osteuropäische und mitteleuropäische Kultur stoßen hier aufeinander. Die Grenzen sind bis auf die in den nördlichen Ebenen gelegenen leicht zu verteidigen. Ein Urteil über die weitere Entwicklung läßt sich einstweilen kaum abgeben.

Jugoslawien, Tschechoslowakei und Rumänien bilden die Kleine Entente zur Wahrung ihres Besitzstandes gegenüber Ungarn, Österreich und Bulgarien. Da nun Italien mit der Adriafrage stark an den Balkanverhältnissen interessiert ist, versucht es durch die Freundschaft mit Rumänien, der „lateinischen Schwester im Osten“, seinen Balkaneinfluß zu verstärken, lockert dadurch zugleich die Kleine Entente, weil Südslavien natürlich das Spiel durchschaut. Südslavien findet dagegen in Griechenland eine Stütze, das sich von der albanischen und Ostmittelmeerstellung Italiens bedroht fühlt. In allerjüngster Zeit kommt Griechenland freilich Italien wieder näher, um sich der englischen Abhängigkeit mehr zu entziehen. Die gerade von Griechenland ausgegebene Lösung „der Balkan den Balkanvölkern“ und die daran geknüpfte Hoffnung auf eine Balkanunion bleibt vorläufig aussichtslos. Denn die Balkanstaaten leben nur von der Gnade der Großmächte, die sie willkürlich hin und her schieben. Den Kleinen bleibt nur übrig, zwischen den Großen geschickt

Großserbien

Adriafrage

Kleine Entente, die neue Balkanpolitik

hin und her zu manövrieren. Die geopolitischen Reibungsflächen auf dem Balkan sind mit der Neuordnung keineswegs beseitigt. Erfüllte Forderungen auf der einen Seite haben Unruheherde an anderer Stelle entstehen lassen. Der Balkan bleibt ein gefährlicher geopolitischer Brandherd Europas.

Die
verkleinerte Türkei

Die **Türkei** ist auf Konstantinopel und Anatolien beschränkt, die Meerengen sind internationalisiert. Angora ist seitdem die Hauptstadt des Staates. Mesopotamien, Arabien und Syrien, auch Palästina, werden „selbständige“ Staaten, d. h. sie stehen unter dem „Mandat“ Frankreichs und Englands (vgl. S. 161).

Kriegsgewinne
Die westeuropäischen
Machtstaaten

Belgien ist um Eupen-Malmedy vergrößert.

Frankreich hat wieder festen Fuß am Rhein gefaßt und beherrscht die neuentstandenen Staaten Ost- und Südosteuropas.

Der Besitz der großen Quersfurche Rhein-Rhone, die die Nordsee, den „Welthafen des Atlantik“, mit dem Mittelmeer verbindet, ist für die Herrschaft über das europäische Festland entscheidend. Die Rhone ist ausschließlich französischer Strom. Darum will Frankreich das Rheinland auch nach der Räumung des besetzten Gebietes zum mindesten als französische Interessensphäre behalten, um es politisch und wirtschaftlich zu beherrschen. So sind die Rheinlande nicht nur entwaffnet, sie sind entmilitarisiert. Der Rheinpakt des Locarnoabkommens (Oktober 1925) hat die betreffenden Versailler Bestimmungen wieder aufgenommen. Jegliche Festungsanlage in einer Zonenbreite von 50 km ist verboten, die Aufrechterhaltung irgendwelcher materiellen Vorkehrungen für eine Mobilmachung ist untersagt (willkürliche Auslegungsmöglichkeit; selbst Straßen-, Bahn-, Brückenbauten können daraufhin verboten werden). Kein Reichwehrsoldat darf die entmilitarisierte Zone betreten. Sie umfaßt 11,8 % der Gesamtfläche mit 23,3 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands (Rheinprovinz, Teile von Westfalen und Hessen, von Baden, Pfalz und Württemberg). Die verschiedenen Kontrollkommissionen haben das ihrige getan, um die westdeutsche Wirtschaft niederzuhalten und deutsche Industriegeheimnisse auszuspionieren. Deshalb lehnte sie Stresemann mit Recht auch als „Versöhnungskommissionen“ ab (Rede Juli 1929). Die Rheinschiffahrt ist internationalisiert, selbst im voraus schon der erst geplante Verbindungskanal zwischen Rhein und Donau.

Frankreichs europä-
ische Vormacht-
stellung

In allen Machtfragen des europäischen Kontinents gibt Frankreich den Ausschlag. England ist weniger daran interessiert und darum zu politischen Zugeständnissen in Europa im Austausch gegen wichtigere Gewinne im System seines Weltreiches bereit. Durch den engen Anschluß Belgiens an Frankreich ist das flandrische Vorland für England verlorengegangen. Frankreich könnte nötigenfalls seine Front bis an die deutsche Nordseeküste vorziehen. Bei seinem innigen Einvernehmen mit der Tschechoslowakei kann es von Mainz aus Deutschland in zwei Hälften, Nord- und Süddeutschland, zerreißen. Frankreich hat sich überhaupt nach dem Zusammenbruch des zaristischen Rußlands in überaus geschickter Weise zum Treuhänder des übrigen Slaventums gemacht, um den völkischen Bestrebungen zum Siege zu verhelfen, die es schon während des Krieges durch Bildung von polnischen und tschechischen Legionen gefördert hatte. Es plant eine Konföderation der von ihm abhängigen Donaufstaaten, natürlich mit Ausschluß Deutschlands. (Über Frankreichs weltpolitische Stellung und Ziele vgl. S. 155 u. 158.)

Da Frankreich weiß, daß Deutschland den Versailler Frieden nur ge-

zwungen unterschrieben hat, lebt es in steter Sorge für seine Sicherheit. Es fürchtet, Deutschland könne sich gewaltsam Elsaß-Lothringen wieder holen. Der Vertrag von Locarno 1925 soll nun dem ein Ende machen und einen dauernden Friedenszustand zwischen Deutschland und den Westmächten schaffen. Deutschland verzichtet auf gewaltsame Grenzveränderungen und verspricht, nur auf friedlichem Wege Veränderungen zu erstreben (Westpakt). Von Frankreich erwartet man dafür die Räumung des Rheinlandes, erfährt freilich eine bittere Enttäuschung. Zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei wird ein Schiedsgericht eingesetzt (Ostpakt). Für den Osten hat Deutschland aber die unnatürliche Grenzziehung nicht anerkannt.

Sicherungsverträge
Locarno 1925

In Ergänzung des Westpactes nach Osten hin vereinbart Deutschland mit Rußland im Berliner Vertrag 1926 gegenseitige wohlwollende Neutralität. Deutschland und Rußland sichern sich außerdem wirtschaftliche Unterstützung zu.

Berliner Vertrag
1926 mit Rußland

Auch der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund (September 1926) als gleichberechtigtes Mitglied neben den andern Großmächten (Sitz im Bundesrat) soll eine Entspannung der gegenseitigen Beziehungen bringen. Der Völkerbund war in den ersten Jahren in Wirklichkeit nur ein Mittel in den Händen der Siegermächte, vor allem Frankreichs, um ihren Willen und ihre Ziele unter allen möglichen Decknamen um so sicherer durchzusetzen.

Deutschlands Beitritt
zum Völkerbund

Die weitaus meisten Staaten gehören dem Völkerbund an. Nichtmitglieder sind u. a. die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland. Der Völkerbund kann im Dienste der von ihm aufgestellten hohen Menschheitsziele nur dann wertvolle Arbeit leisten, wenn er seine Interessenpolitik aufgibt, vielmehr allen gegenüber Gerechtigkeit und Billigkeit walten läßt. Noch immer aber wartet das Rheinland auf die Aufhebung der Besetzung, hoffen die Minderheiten vergeblich auf wirksamen Schutz, noch immer ist die Abrüstung einseitig nur bei den Besiegten durchgeführt, während die Siegerstaaten in Waffen starren.

Auf der Haager Konferenz (Sept. 1929) ist versprochen worden, das Rheinland bis 30. Juni 1930 zu räumen. Über das Saargebiet ist aber noch keine Vereinbarung getroffen.

Der Versuch Frankreichs, durch einen Vertrag mit Amerika einen gegenseitigen Krieg für die Zukunft auszuschließen, veranlaßt Amerika, allen Staaten einen Kriegsächtungspakt (Kelloggspakt) zu unterbreiten (1928). Dieser Pakt wird zwar (mit französischen und englischen Vorbehalten) angenommen, aber die Genfer Abrüstungsverhandlungen während der Jahre 1928 und 1929 verlaufen ergebnislos. England und Frankreich haben 1928 statt dessen unter sich eine Vereinbarung über die eigenen Rüstungen getroffen.

Kriegs-
ächtungspakt 1928
Die „Abrüstung“

Die Verhandlungen über den Kelloggspakt lassen den englisch-amerikanischen Gegensatz deutlich erkennen. England sträubt sich gegen den „hohlen Schwindel“: Kriegsächtung trotz amerikanischer Flottenvermehrung. Letzter Sinn des Vertrages: Amerika beansprucht für sich die Rolle des Schiedsrichters in allen entscheidenden Fragen der Weltpolitik. Die öffentliche Meinung bestätigt die Auffassung: „Heute kann kein Staat der Welt mehr Krieg führen, ohne daß Washington sein Placet gibt.“ England kann um seiner imperialistischen Zukunftspläne

willen auf den Krieg als Mittel staatlicher Politik nicht verzichten, es will Rußland vor allem von dem Kriegsächtungspakt ausgenommen wissen, um einer „friedlichen Expansion“ westeuropäischen Kapitals den Weg freizulassen. Aber gerade darum arbeitet Amerika dem entgegen. England lenkt ein und fügt sich zunächst dem Willen Amerikas. Hätte Europa gerade in diesem Augenblick schon gegen den amerikanischen Imperialismus einig sein sollen? Deutschland stimmt vorbehaltlos zu, um gegen Frankreich und England zu demonstrieren. — Die englisch-amerikanische Spannung bestimmt England, trotz der französischen Rivalität im Mittelmeergebiet, seine Seemachtstellung durch den Anschluß der französischen Flotte zu stärken, es überläßt Frankreich dagegen die militärische Vormachtstellung auf dem Kontinent.

Englands
europäische Politik

Die betonte Rüstungspolitik Amerikas in den letzten Jahren verschärfte die englisch-amerikanischen Gegensätze und festigte die englisch-französische Entente. England schien europamüde zu sein, schwankend und zaudernd ließ es 10 Jahre den französischen Militarismus gewähren. So beruhte der „gallische Friede“ auf dem Rüstungsvorsprung und der Vormachtstellung Frankreichs, die der Paneuropaplan Briands festhalten möchte. England fand nach dem Kriege eine neue Weltlage vor; trotz der Niederlage des deutschen Konkurrenten war es doch nicht als Sieger hervorgegangen. Es hat seine Vormachtstellung zur See verloren, die U. St. und Japan sind als neue Weltmächte hochgekommen. In dem Neuaufbau seines Weltreiches (vgl. S. 155 ff.) sah England zunächst die dringendste Aufgabe, darum die große Zurückhaltung in den europäischen Machtfragen. Jetzt (Herbst 1929) nimmt die englische Außenpolitik aber eine entscheidende Wendung: sie sucht eine Einigung mit den U. St. („angelsächsischer Friede“).

England will sich größere Handlungsfreiheit in Europa schaffen. Da es auf den europäischen Markt angewiesen ist, darf der Kontinent nicht einer Militärmacht ausgeliefert bleiben. Darum plötzlich die Hartnäckigkeit Englands gegen Frankreich auf der Haager Youngplankonferenz und die Betonung englisch-amerikanischen Einvernehmens beim Besuch Mac Donalds in New York im Oktober 1929. England ist bereit, sich mit den U. St. auf der Flottengleichheit zu verständigen. Beide übernehmen dann die Polizei der Weltmeere, die Neuordnung des Seereiches, den Schutz der Freiheit der Meere für den Welthandel. In Paris und Rom fühlt man die große Gefahr eines gemeinsamen Vorstoßes von London und Washington gegen das System und den Geist von Versailles. Denn der Neuordnung der Seestreitkräfte muß endlich auch ein Ausgleich der Landrüstungen folgen, vielleicht schon auf der Londoner Fünfmächtekonferenz im Januar 1930. England erkennt auch immer mehr die Bedeutung Deutschlands für die wirtschaftliche Kräftigung Europas. Aufgabe Deutschlands muß es sein, bei der bevorstehenden Neuordnung sich mit klarer, zielbewusster Entschlußfreudigkeit in die große Politik einzuschalten.

Die Lage
in Osteuropa

Das frühere zwischen Rußland, Österreich und dem Deutschen Reich bestehende osteuropäische Gleichgewicht ist aufgehoben. An dessen Stelle ist eine Vielheit von Klein- und Mittelstaaten getreten, die sich gegenseitig beargwöhnen und bekämpfen.

Die östlichen Rand-
staaten

Die im Brest-Litowsker Frieden mit dem kommunistischen Rußland geschaffenen und durch deutsche Baltikumtruppen befreiten nordöstlichen Randstaaten sind bestehen geblieben: Finnland, Estland, Lettland und Litauen.

Durch den Einbruch der Polen in das Wilnagebiet verlor Litauen freilich seine Hauptstadt und den ganzen östlichen Teil seines Staatsgebietes. Die vielumstrittene Wilnafrage ist noch ungelöst. Dafür hat es sich das „autonome“ Memelland angeeignet.

Das gewaltige russische Reich im Osten Europas ist zertrümmert. Ungewollt hat Deutschland damit den Engländern große Dienste geleistet. Rußland ist jetzt ein Staatenbund als „russische, sozialistische, föderative Sowjetrepublik“ (R. S. F. R. S.). Sie hat im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in kluger Erkennung der Zukunftsentwicklung den völkischen Einheiten (Großrussen, Weißrussen, Wolgadeutschen, Ukrainern, Kaukasiern usw.) zu staatlichem Eigenleben (jedoch ohne politische Selbstbestimmung) innerhalb des Sowjetsystems verholfen. Moskau ist wieder Hauptstadt und Sitz der Sowjetgewaltherrschaft, die die einzelnen Völker zu einer politischen Einheit zusammenfaßt.

Sowjetrußland

Bis auf Rußland ist keiner der neuen Staaten Europas ein Nationalstaat im Sinne der westlichen Begriffsbildung. Es kommen in:

Die Nationalitätenstaaten Osteuropas

Polen	auf 17 Mill. Polen	10,5 Mill. Minderh.	38,2 %
d. Tschechosl.	= 6 = Tschechen	7,5 =	55,6 =
Rumänien	= 11,6 = Rumänen	4,6 =	28,4 =
Südslavien	= 8,9 = Serb., Slow., Kr.	3,1 =	25,8 =
Lettland	= 1,2 = Letten	0,4 =	25,0 =
Litauen	= 2,7 = Litauer	0,9 =	25,0 =
Estland	= 1 = Esten	0,14 =	12,3 =

Fast in allen diesen Staaten stehen die völkischen Minderheiten auf höherer Kulturstufe als die herrschende Mehrheit, um so widerwärtiger erscheint der rücksichtslose Kulturkampf, der gegen sie geführt wird.

Da die Friedenskonferenz ihre Gründe hatte, das feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht nur mit beschränkter Geltung durchzuführen, schuf sie einen Ersatz in den Minderheitsschutzverträgen, durch die bürgerliche Gleichberechtigung, freier Gebrauch der Muttersprache und kulturelle Entwicklung gewährleistet werden soll. Dieser Rechtsschutz bleibt aber einem Teile der europäischen Minderheiten (vor allem den Deutschen in Südtirol, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien usw.) tatsächlich versagt. Auf die Erfüllung der geschlossenen Verträge — Italien war ihnen nicht beigetreten — vermag der Völkerbund keinen Einfluß auszuüben. Bisher ist überall im Osten das Deutschtum Träger der Kultur gewesen. Vernichtung des Deutschtums muß kulturellen Niedergang bringen. Auch abgesehen von diesen Folgen muß man aber verlangen, daß der Staat auch für eine kulturelle Selbständigkeit der in ihm lebenden nationalen Minderheiten Raum bietet. Estland hat als erster Staat der Welt den Gedanken der kulturellen Autonomie der Minderheiten großzügig verwirklicht (eigenes Schulwesen, Steuerrecht für kulturelle Zwecke). Ein solches Recht erkennen auch das Deutsche Reich und Österreich, Lettland und Räterußland an. Überall sonst werden die Minderheiten mit brutaler Rücksichtslosigkeit entrechtet.

Minderheitenschutz

Will man auf der Grundlage des Nationalstaatsgedankens gerechte Staatsgrenzen suchen, so kommt man im Bereich der östlichen Randstaaten Mitteleuropas freilich in die größten Schwierigkeiten; denn hier sind die Siedlungsgebiete der Völker ganz regellos verzahnt, sie überschneiden sich außerdem noch mit wiederum anders abgegrenzten Wirtschaftsgebieten. Nur ein neuer Staatsgedanke kann die Lösung und damit den Frieden bringen,

„ein Staatsgedanke, der alle die Klüfte und Widersprüche überwindet und überbrückt, indem er jedem Volke der mitteleuropäischen Vielvölkerzone die freie Selbstentwicklung in einem autonomen Staatskörper sichert, gleichwohl aber der schicksalsmäßigen Verbundenheit des Lebensraumes, des weltpolitischen Existenzkampfes und des Wirtschaftslebens von Volk zu Volk Genüge tut durch die Einordnung der verschiedenen autonomen Staatskörper in einen höheren politischen Verband. Es gibt keine Nation auf der Erde, die im gegenwärtigen Augenblick besser imstande wäre, in ihrem Staate eine derartige Aufnahmestellung zu schaffen als die deutsche.“
(Lamatsch, Sudetendeutsche Politit. Ztschr. d. Weg. 1929.)

XLII. Die Völker Europas.

Das Völkermosaik
Europas.

Die Völker Europas pflegt man nach folgenden Hauptgruppen zu unterscheiden: vorwiegend in Nordwest- und Mitteleuropa siedeln Völker *germanischer* Abstammung: Deutsche, Niederländer (und Flamen), Engländer, Skandinavier und Isländer (Gesamtzahl: 135 Mill.).

Die Zuweisung der Engländer zu den Völkern germanischer Abstammung folgt hier dem gewohnten Rassenschema. In der Tat ist die Entstehung des englischen Volkes auf den Einbruch germanischer Eroberer zurückzuführen. Der Volkskörper als solcher baut sich aber auf sehr verschiedener Rassengrundlage auf. Die Engländer unserer Tage wollen Briten genannt werden und rechnen sich zum keltisch-romanischen Kulturkreise.

In Südwesteuropa siedeln *romanische* Völker: Spanier, Portugiesen, Italiener, Franzosen, Wallonen; zur romanischen Gruppe zählt man auch die in Südosteuropa wohnenden, aus römischer Provinzbevölkerung und anderen Mischvölkern hervorgegangenen Rumänen (Gesamtzahl: 110 Millionen).

Die nach Südslaven (Kroaten, Slowenen, Serben, Bulgaren), Westslaven (Polen, Tschechen, Slowaken, Wenden) und Ostslaven (Russen) unterschiedenen *Slaven* in Osteuropa erreichen 125 Millionen.

Sie alle, dazu die Griechen (Mischvolk aus Griechen und slavischen Bulgaren und Albanesen), Albanesen, Balten (Lietten und Litauer) und Kelten werden der *europäischen* Rasse zugeteilt.

Aus Asien eingewanderte Völker in Europa sind: die *mongolischen* Stämme der Türken, Nordfinnen, Esten, Lappen, Kirgisen und Samojeden. Die Magyaren, mongolischer Abkunft, sind stark mit deutschem Blut durchsetzt.

Diese Völker Europas bilden mehr als ein Viertel der Erdbevölkerung. Europa, der zweitkleinste Erdteil, hat darum die dichteste Besiedelung. Nach den neuesten Berechnungen von 1928 hat Europa 484, Asien 1045, Nord- und Mittelamerika 159, Afrika 139, Südamerika 75, Ozeanien 9 Millionen Einwohner; es beträgt die Bevölkerungsdichte in Europa 1:54, Asien 1:24, in Nord- und Mittelamerika 1:7½, in Afrika 1:5, in Südamerika 1:3½, in Ozeanien 1:1.

Die Völker sind sehr verschieden über den europäischen Raum verteilt. Im Westen liegen die Volksgrenzen im allgemeinen fest, anders im Osten. Dort greifen die einzelnen Volksgebiete mangels natürlicher Grenzen in- und übereinander. Außerhalb ihrer geschlossenen Siedlungsböden haben sich die Völker vielfach auch in dünner Streulage weit über fremden Volksboden hin verbreitet.

XLIII. Das deutsche Volk.

1. Deutsches Volk in der Welt.
2. Deutsches Volk in Europa.
3. Das deutsche Sprachgebiet.

1. „Das deutsche Volk unterscheidet sich von den andern Nationen durch seine eigenartige Verbreitung. Wenn wir von den völlig zersplitterten Juden absehen, die kein Kerngebiet haben, ist es das räumlich am stärksten aufgelockerte Volk. In weltweiter Verbreitung stehen ihm die Engländer gleich, aber nicht in der Zersplitterung in viele kleine Außenposten. Die englischen Siedler sitzen so gut wie überall auf britisch beherrschtem Boden, das deutsche Volk ist auch staatlich zersplittert.“ Man schätzt die Zahl der Deutschen auf fast 100 Millionen, davon wohnen in Europa 84 Millionen, in Amerika 12 Mill., und zwar in den Vereinigten Staaten 11, Canada 0,3, in Brasilien 0,6, in Argentinien 0,13 Mill., die übrigen verteilen sich auf die anderen Erdteile. Die Deutschen bilden fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Europas, über ein Zwanzigstel der Gesamtbevölkerung der Erde.

Zersplitterung des deutschen Volkes

Die beiden großen Kolonisationswellen des Mittelalters hatten das Deutschtum weit nach Osten (Preußen, Baltikum), Südosten (Galizien, Bukowina, Ungarn) und Süden (bis ins Etschtal) vorgetragen. In der Zeit des zerfallenden Reiches (15.—17. Jahrh.) bröckelten die Randgebiete ab, das Deutschtum ging zurück. Erst durch den Aufstieg des brandenburgisch-preussischen Staates und die politische Einordnung der östlichen Randgebiete in seinen Machtbereich wurde die Gefahr gewaltsamer Entdeutschung abgewendet (18. Jahrh.). Ebenso stärkten die Habsburger ihre Stellung durch deutsche Siedlungen in den zur Zeit der Türkenkriege entvölkerten Gebieten.

Der Kampf um den Osten

In der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnt eine neue Zeit der Abwanderung deutscher Volksgenossen. Armut, Knechtung, religiöse und politische Verfolgung treiben sie in die Ferne. In Scharen ziehen sie wieder nach Osten (Entstehung der Wolgakolonie, der Siedlungen in Südrußland und Sibirien) oder nach Westen übers Meer (Amerika). Bei jeder stolzen Rückerinnerung an ein großes Vaterland hatten sie nur ihr Volkstum und ihre Frömmigkeit. Ost- und Westbewegung des deutschen Volkes unterscheiden sich aber im politischen Sinne sehr wesentlich. Im Osten blieb das Volkstum der Auswanderer erhalten, da sie es im Nebeneinander mit kulturell unter ihnen stehenden Völkern als wertvollstes Gut neben ihrem Glauben erkannten. Im Westen haben die Auswanderer bald ihr Deutschtum auf. Besonders dort, wo Deutsche sich in die kulturelle und politische Machtzone des Angelsachsentums begaben, trat Entvölkung allzubald, spätestens in der zweiten Generation ein. Nur in Südamerika vermochte es sich, wiederum infolge seiner kulturellen Überlegenheit, zu halten.

Abwanderung im 19. Jahrhundert

Aber im Weltkrieg und in der Zeit des Zusammenbruchs ist der Gedanke der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes zu neuem Leben erwacht. Die Wiederentdeckung des Volkstums zeitigt neue Kräfte, mit denen die Politik der Staaten sich auseinanderzusetzen hat.

Das neue deutsche Volkobewußtsein

Die
Deutschen in Europa

2. u. 3. Auf europäischem Boden zählen die Deutschen im Deutschen Reiche (einschl. Saargebiet, Danzig und Memelland) 65 Mill.; in Österreich 6,3; Luxemburg 0,25; in der Schweiz 2,9; Tschechoslowakei 3,1; Polen 1,5; Ungarn 0,6; Südslavien 0,5; Rumänien 1; Rußland 1; Italien 0,3; Belgien 0,15; Frankreich 1,9 Mill.

Die werdende
Volksgemeinschaft

Die alten deutschen Stammesgrenzen sind fast ganz verwischt. Nur an wenigen Stellen hat sich die stammesmäßige Scheidung halten können, wie z. B. am Lech, wo schwäbische und bayrische Art hart aufeinanderstoßen, oder am Ramm des Thüringer Waldes, wo Franken und Thüringer sich auf kurze Strecken gegenüberstehen. Sonst haben sich „Ostpreußen und Rheinländer seit 1814 unter dem preußischen Adler, Rheinpfälzer und Niederbayern unter dem bayrischen Löwen leichter zusammengefunden als jene voraussehen, die nicht daran dachten, daß der Gegensatz des Normannen und Provenzalen, des Schotten und des Mannes von Essex, des ligurischen Piemontesen und des phönizischen Sizilianers überhaupt in Deutschland nicht vorkommt“. (Ragel.)

Unvollendete
Volksgrenzen

Eine Völkerkarte von Europa zeigt mit unerbittlicher Eindeutigkeit die Schwäche der deutschen Position und das Versagen der deutschen Politik, durch weise und vorausschauende Staatsführung und -gestaltung der Ungunst des Raumes zu begegnen. In drei Halbinseln ragt das Deutschtum in den Osten hinein, umgekehrt stößt slavisches Volkstum dreimal nach Westen vor. Zwischen den Vorsprüngen liegen zersprengte Siedlungen, Volksinseln größeren und kleineren Umfangs, oder leben die Völker mit- und durcheinander. Das Unvollendete der deutschen Ostgrenze ist im wesentlichen auf das Versagen der mittelalterlichen Reichspolitik zurückzuführen, die im entscheidenden Augenblick das Schwergewicht ihrer politischen Stosskraft nach Süden verlegte, statt dem neuentstehenden Osten einen festen Rahmen zu geben. Kaiser Karls IV. Plan, das böhmische Land für das Deutschtum zu gewinnen und zum beherrschenden Mittelpunkt des Reiches zu machen, wurde mit ihm begraben. Die um 1400 einsetzende tschechische Nationalbewegung riß das tschechische Loch in unsere Ostgrenze. Der Gedanke, Volkspolitik treiben zu müssen, ist den Herrschern des Mittelalters ebensowenig gekommen wie den absolutistischen Fürsten der späteren Zeit. (Selbst das Deutsche Reich hat nach 1890 die Ostmarkenpolitik vernachlässigt.) — Das großpolnische Reich konnte 1466 dem deutschen Ritterorden Westpreußen mit Danzig abnehmen. — Das durch den Weltkrieg neu entstandene Polen vermochte sein Gebiet wieder bis zum Meere vorzuschieben. So trennt jetzt der polnische Korridor Ostpreußen vom Reichskörper. Berlin ist nur 160 km von der polnischen Grenze entfernt und muß an der Oder verteidigt werden (vor 1914 an der Weichsel).

Deutschtum in Not

Die Nationalstaaten des Ostens versuchen, auf Kosten Deutschlands Raum zu gewinnen oder wenigstens den deutschen Einfluß zu verdrängen. So hat das Deutschtum in Osteuropa heute schwerere Kämpfe zu bestehen denn je. Im Zeichen der sog. Bodenreform wird es um Hab und Gut gebracht, wird die deutsche Sprache, Schule und Kirche unterdrückt.

Schon in den Zeiten der Auflösung des Reiches haben sich auch an den

Westrändern liegende Teilgebiete verselbständigt: Im Nordwesten entfremdeten sich die Niederländer und Flamen dem Reiche, auch Teile des alemannischen Volkes (Schweizer Eidgenossen) trennten sich vom Deutschen Reiche. Dadurch gingen die Eckbastionen der westdeutschen Volksfront verloren, so daß ihre Mitte offen lag. Das Vordringen Frankreichs an den Rhein und der Verzicht Habsburgs auf die Weststellung waren die Folge, Überfremdung rein deutscher Volksgebiete und endlich staatliche Absonderung (Luxemburg), sowie Herausbildung eines zwischenstaatlichen Bewußtseins (Elsaß) waren das Ergebnis der weiteren Entwicklung. Der gegenwärtige Kampf um die politische und wirtschaftliche Beherrschung des Rheinlandes ist die Fortsetzung. — Die Härte und Rücksichtslosigkeit, mit der die Deutschen in Südtirol und den übrigen von Österreich abgetrennten Gebieten verfolgt, ihre Eigenart, Sprache und Schule unterdrückt werden, bringt dem Deutschtum auch im Süden und Südosten neue schwere Verluste.

Der Krieg gegen den Staat der Deutschen ist zum Krieg gegen das Volk selber geworden.

XLIV. Das neue Weltbild.

1. Die rechtmäßigen (de jure) Machtbereiche.
2. Die tatsächlichen (de facto) Machtbereiche.
3. Die Machtgruppenbildungen nach Wirtschaftseinheiten.
4. Die Machtbedeutung der Sprache.
5. Völker und Rassen als Machtgruppen.
6. Übernationale Gemeinschaftsbildungen.

1.—3. Das Obliegen des nackten Machtgedankens bei den Friedensverhandlungen bestimmt nicht nur das neue Antlitz Europas, sondern auch das der übrigen Welt. Bei gebührender Berücksichtigung dieser Auswirkung der Friedensdiktate wird man darum die europazentrische Einstellung aufgeben und die Aufmerksamkeit auf das Weltgeschehen außerhalb Europas lenken müssen. Denn der Weltkrieg hat zweifellos eine Zeitperiode abgeschlossen, in der die Geschichte der Welt in Europa entschieden wurde. Die Vorherrschaft Europas ist in dem Krieg vernichtet worden. Nicht allein der Nimbus des Europäers, auch seine tatsächliche politische und wirtschaftliche Macht ist seitdem im Schwinden. Außereuropäische Mächte sind hochgekommen.

Die politische Kräfteballung hat sich völlig verlagert. Eine neue Zeit ist herangebrochen mit weiträumigem Denken und neuen größeren Gemeinschaftsbildungen auf neuer Ebene. Auf die Zeit kolonialpolitisch begründeter europäischer Weltreichsbildungen folgt eine Ablösung durch eigenwüchsige Imperien der verschiedenen Erdteile. Insofern sind sie freilich alle noch europäisch bestimmt, stehen sie alle unter dem Banne europäischer Geistigkeit, als auch diese Neuschöpfungen nichts anderes als Übersteigerungen des Machtprinzips der europäischen Staaten zu werden drohen. Jedenfalls wird das Weltgeschehen auch außerhalb Europas heute noch ganz von den Gegensätzen: Machtpolitik und Selbstbestimmungsanspruch der Völker, bestimmt.

Verlagerung
des Schwerpunktes
weltpolitischen
Geschehens

Neue Wege
machtpolitischen
Strebens

In welchem Maße das zutrifft, zeigt der Vergleich zwischen den r e c h t -
m ä ß i g e r w o r b e n e n (de jure) H e r r s c h a f t s b e z i r k e n und
den t a t s ä c h l i c h e n (de facto) M a c h t b e r e i c h e n der herrschenden
Weltmächte. Man erhält überraschende Aufschlüsse. Die Weltmächte
versuchen in ihrem weltpolitischen Machtstreben neue Wege. Die im-
perialistischen Staaten erwarben tropische und subtropische Rohstoff-
kolonien, gründeten Handels- und Siedlungskolonien und erweiterten
so in Übersee ihr Staatsgebiet. Jetzt ist die Welt aber verteilt, und ein
System von „Weltmächten“ (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frank-
reich, Japan, Rußland), zu dem noch einzelne Großmächte hinzutreten,
beherrscht die Erde. Sie stehen in stetem weltpolitischen und weltwirt-
schaftlichen Kampfe miteinander und beschränken sich gegenseitig ihre
Ausdehnungsmöglichkeiten. Zwischen ihnen stehen nun die vielen mitt-
leren und kleineren Staaten. Bei ihnen versuchen die Welt- und Groß-
mächte möglichst großen Einfluß zu gewinnen, in ihrem Gebiet sich mög-
lichst ausgedehnte Interessensphären zu schaffen. Während
früher Gebietserwerbungen in Friedens- und Staatsverträgen nach
internationalem Übereinkommen festgelegt wurden und zwischen tat-
sächlichem und rechtlichem Besitz kein Unterschied war, wählt man heute
den Weg der indirekten Angliederung. Er beginnt mit
wirtschaftlicher und geistiger Durchdringung und führt über die Herstellung
eines Schutzverhältnisses des Mächtigeren (Herrscherstaat) zum Schwäche-
ren (Schutzstaat) zur Angliederung des gewünschten Gebietes.

Interessensphären

Mandate

Ebenso ist das „M a n d a t s s y s t e m“, wie es in den Friedens-
verträgen eingerichtet ist, zu bewerten. Die deutschen Kolonien und Teile
des türkischen Reichs sind als Mandatsgebiete unter die Herrschaft der
Feindbundmächte gestellt, die sie im Namen und unter Aufsicht des Völker-
bundes verwalten. Wenn damit zwar kein rechtlicher Besitz ausgesprochen
ist, so machen die Mandatarmächte t a t s ä c h l i c h kaum einen Unter-
schied zwischen ihren Kolonien und den Mandatsgebieten. Es ist nur eine
verschleierte Annexion.

Wirtschafts-
provinzen

So haben die Vereinigten Staaten sich nicht allein damit
begnügt, zur Festigung ihrer Panamastellung eine Flankendeckung von
Schutzstaaten auf den vorgelagerten westindischen Inseln (Kuba, Dominik.
Republik, Haiti) zu schaffen, sondern sie haben auch den Landweg ge-
sichert. (Amerikanische Wirtschaftsprovinzen: Mexiko, Nicaragua, San
Salvador behaupten nur mit Mühe ihre Unabhängigkeit.) Die Vereinigten
Staaten haben damit die Herrschaft im amerikanischen Mittelmeer, einem
der wichtigsten geopolitischen Kraftfelder der Erde. Darüber hinaus hat
die Union trotz des Widerstandes eines Teiles der südamerikanischen
Staaten (A.B.C.-Staaten) den Norden und Westen des südlichen Erd-
teiles unter dem Deckmantel „Amerika den Amerikanern“ in sein Inter-
essenbereich zu leiten gewußt (Kolumbia, Ecuador, Nordwestvenezuela).
Im atlantischen Raum hat es mit dem afrikanischen Schutzstaat Liberia
und dem Vortragen der amerikanischen Stellung während des Krieges
bis zu den Azoren wichtige Stützpunkte und Vorfelder geschaffen. Die
pazifische Stellung wird marinestrategisch ausgebaut und durch die wirt-
schaftspolitische Durchdringung Chinas gesichert. Für die politische Zu-

Kontinent-
bewußtsein

kunft ist auf diese Weise großzügig Spielraum geschaffen. Mit der Sicherung der gewonnenen Stellungen bekommt die Monroedoktrin größere Wirksamkeit. Schon jetzt haben die Vereinigten Staaten alle europäischen Mächte um fast allen politischen und wirtschaftlichen Einfluß in ihrem Machtbereich gebracht. Ob oder wie weit die Spannungen zwischen Germanisch- und Romanisch-Amerika die Panamerika-Bewegung beschränken werden, läßt sich nicht voraussagen.

Die klaffendsten Unterschiede zwischen rechtlichem und tatsächlichem Besitz weist das britische Weltreich auf. Der wichtigste Teil der Länderbrücke vom Kap bis nach Kairo, Ägypten und der Sudan, ist unrechtmäßiger britischer Besitz; Deutsch-Ostafrika ist als Mandatsbesitz dem englischen Machtbereich angeschlossen. Der Südteil des Erdteiles ist durch die Angliederung von Deutsch-Südwestafrika an die benachbarte südafrikanische Union, die macht- und wirtschaftspolitische Durchdringung von Südafrika, Südosstafrika und Mosambik ein geschlossener britischer Länderkomplex geworden. Westafrika ist als britischer Interessensbereich erschlossen. Ebenso hat der Seeweg an der afrikanischen Westküste durch die Azoren, die Kanarischen Inseln und Madeira eine neue Sicherung erhalten. Von Ägypten nach Indien reiht sich ein Schutzstaat neben den andern. Palästina ist britisches Mandat, ihm schließt sich das Emirat Transjordanien an. Mesopotamien folgt als Königreich Irak, ebenso ist Südpersien, die Nordflanke des persischen Golfes, durch britischen Einfluß ungefährlich gemacht. — Arabien ist in Schutzstaaten (Hadramaut, Oman, 6 Fürstentümer der „Seeräuberküste“, ferner El Katar und Koweit) und Wirtschaftsprovinzen (Asir, Hedschas) aufgeteilt und anscheinend zur Ruhe gebracht (der Wahabitenfürst Ibn Saud verhält sich ruhig). Indiens Besitz ist durch ein System von vorgelagerten Vorfeldern (Südafghanistan, Südturkestan, Nordt Tibet, Westsiam) gesichert. Der australische Besitz ist durch Mandate auf früheren deutschen Kolonialbesitz erweitert worden (Neuguinea an Australien, Westsiam an Neuseeland). Eine fortlaufende Reihe von Stützpunkten sichert die Schiffsverbindung vom Mutterland zu diesen Gebieten. Das Mandat über Palästina, Transjordanien und Mesopotamien gibt nun England (über seine südpersische Interessenszone), auch die Länderbrücke zum Persischen Golf und damit den zweiten Weg nach Indien. Über den Flottenstützpunkt Singapur und Britisch-Nordborneo geht die britische Straße weiter zu den australischen Besitzungen und in Richtung nach Nordosten auf Hongkong-Schanghai-Weihaiwei. Ebenso besitzt England auf dem Wege nach Canada und vor dem Panama-Kanal zahlreiche britische Inseln im Ozean, die den Zusammenhalt des Reiches erleichtern und der Ausweitung britischen Einflusses dienen.

Frankreich schien zunächst die Tradition alter Staatskunst aufrecht erhalten zu wollen. Bis auf die Übernahme der Mandatsgebiete von Togo und Kamerun und Syrien befolgte es die Methode offener Angliederung. An Interessensbereichen hat es nur Ostafrika, Tünman (Südchina) und Ostsiam. Sein zusammenhängendes Kolonialgebiet in Afrika übertrifft an Umfang ganz Europa, zählt fast die gleiche Einwohnerzahl wie das Mutterland und stellt ihm die Berber- und Negerheere,

Länderbrücken

Stützpunkte

Annexionen
und koloniale
Abrundung

durch die Frankreich die stärkste Landmacht geworden ist. Aber schon wird eine neue Entwicklung sichtbar, die ganz in der Linie der anderen Weltmächte liegt, nämlich die Schaffung eines Großwirtschaftsreiches in Europa (vgl. S. 156).

Schutzstaaten

Rußland hat die imperialistischen Ziele des zaristischen Rußlands wieder aufgenommen und sucht die Grenzen seines asiatischen Gebietes durch vorgelagerte Schutzstaaten vorzutragen (Bucharei, Chorasfan, Ostturkestan, Mongolei). Da es trotz seiner 13 000 km Küstenlänge keinen direkten Zugang zum offenen Weltmeere mit eisfreiem Hafen hat, so bleibt ferner der Drang zum Weltmeer der leitende weltpolitische Gesichtspunkt, der auch im letzten Jahrhundert seine Politik beherrschte (über Konstantinopel zum Mittelmeer, über Persien und Afghanistan zum Indischen Ozean oder über die Mandschurei zum Gelben Meer). Die Feindschaft mit England lag überall auf diesen Wegen wie auch heute. Nun hat Rußland noch durch den Ausgang des Weltkrieges fast die ganze Ostseeküste eingebüßt. So wird das im russischen Denken tief eingewurzelte Streben nach dem Meer neue Kämpfe heraufführen.

Festländische Verankerung und maritime Vorfeldzonen

Japan erstrebt eine festländische Verankerung durch Einbeziehung der Südmandschurei (zunächst als japanische Wirtschaftsprovinz) und durch die friedliche Durchdringung der Ostmongolei, Schantung und Fukiens. Von den deutschen Kolonien hat es die Mariannen, Karolinen und Marschallinseln erhalten. Damit hat es Stützpunkte in dem wichtigen Spannungsgebiet des australisch-asiatischen Mittelmeeres.

Die hier aufgezählten Staaten sind die Träger der Macht. Die von ihnen verfolgten Methoden der Machterweiterung und die offene Mißachtung des Völkerbundes zeigen die Stärke ihrer Stellung. Die Grundlagen und natürlichen Gegebenheiten dieser neuen Imperienbildungen sind nicht bei allen die gleichen.

Die Grundlagen amerikanischer Machtstellung

In den Vereinigten Staaten, in denen der Wille zu politischer, kontinentaler Machtbildung am stärksten ausgeprägt ist, sind die natürlichen Voraussetzungen besonders günstig. Hier vereinigt sich politischer Lebensdrang eines jungen, kraftvollen Volkes mit der wachsenden Raumkraft eines Erdteiles, und daraus ergibt sich eine beispiellose Einheitlichkeit der Stoßkraft und Geschlossenheit der Entwicklung, die durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit (Wirtschaftsautarkie) besonders gestärkt wird. — Der Anziehungskraft des nordamerikanischen Kraftzentrums können sich auf die Dauer auch das heute noch der britischen Reichsgemeinschaft angehörende Canada und der mittelamerikanische Besitz Englands (Bahama-Inseln, Antillen, Guyana, Honduras) nicht entziehen, zumal diese, raumpolitisch gesehen, Außenseiter des neuen britischen Imperiums sind, das sich um den Indischen Ozean lagert. — Die Machterweiterungsbestrebungen der Vereinigten Staaten gehen von ihrer festen Kontinentstellung auch über das Meer hinaus. Aber gesicherte Stützpunkte (Hawai, Guam, Philippinen) den Stillen Ozean zu einem Mittelmeer zu machen, ist das klare Ziel.

Während die Vereinigten Staaten für die Durchführung einer panamerikanischen Union einen ganzen Erdteil zur Verfügung haben, ist das britische Reich in seiner Streulage über die ganze Welt hin ein

anorganischer Körper, dessen wertvollste Teile es nun mittels Land- und Inselbrücken oder gesicherter Seeverbindungen schützen muß.

Zur Zeit bahnt sich im britischen Imperium eine Umbildung an. Bis zum Weltkrieg war es ganz vom europäischen Heimatstaat beherrscht. Die einzelnen, in sich geschlossenen Kolonialgebiete verlangen jetzt größere Selbständigkeit, sie wollen gleichberechtigte Glieder innerhalb eines Großbritischen Staatenbundes sein (britische Reichskonferenz 1926). Vor allem betreiben das die großen weißen Dominions, die Afrikanische Union, auch Canada und Australien. Ja, es sind Kräfte wirksam, die zu weiterer Auflösung treiben. Enge wirtschaftliche Beziehungen bringen Canada den Vereinigten Staaten immer näher. Auch die indische Nationalbewegung Gandhis ist nicht zu unterschätzen. Es kommen in Indien auf 300 000 Engländer 320 Mill. Eingeborene. In den vorderasiatischen Schutzgebieten gibt es mancherlei Unzufriedenheit und Widerspenstigkeit. England hat darum nicht nur die alte Politik der Verkehrs- und Handelsförderung fortzuführen, sondern vor allem die neue Aufgabe, den nunmehrigen britischen Staatenbund zusammenzuhalten. Um die indische Bewegung aufzufangen, wird der Gedanke eines anglo-indischen Staatsgebildes erörtert. Mit Vorbedacht begünstigt England gerade die kleineren Dominions (Neufundland gegen Canada, Neuseeland gegen Australien) und plant als Gegengewicht gegen die Afrikanische Union ein zweites ostafrikanisches Dominion. Es überträgt damit seine bewährte Politik des europäischen Gleichgewichts auf die Schaffung eines Kräfteausgleichs innerhalb seines eigenen Imperiums. Die in der Inselage begründete Einheitlichkeit der englischen Außenpolitik (seit Beginn der Neuzeit: Seeherrschaft, Kolonial- und Weltpolitik, Rückendeckung gegen den Kontinent durch das europäische Gleichgewicht) hat der englischen Staatskunst eine große Sicherheit und Beweglichkeit gegeben. Sie weiß sich leicht den Erfordernissen der jeweiligen Lage unter Wahrung ihres letzten Zieles anzupassen. Einen großen Erfolg hat die englische Diplomatie in China erreicht. Trotzdem der Fremdenhaß der chinesischen Erhebung sich hauptsächlich gegen die Engländer richtete, haben sie ihren Einfluß doch wiedergewinnen können; die Regierung von Nanking hat England jetzt z. B. (Juli 1929) die Ausbildung ihrer jungen Marineoffiziere anvertraut. Das durch den Weltkrieg verwirklichte Indiameerreich bildet zur Zeit die Grundlage des britischen Imperiums. Dieses Reich aber verfügt als Randlagestaat um ein Weltmeer herum über eine sehr ausgedehnte Festlandgrenze. Es ist fraglich, ob das feine System von Schutzstaaten und anderen Vorfeldsicherungen einen dauernden Bestand zu gewährleisten vermag. — Die ängstliche Behauptung der amerikanischen Besitzungen zeigt, daß der verkehrsstrategische Grundgedanke der altenglischen Herrschaftsidee durchaus nicht aufgegeben ist. Englands Stellung innerhalb des Machtbereichs der Vereinigten Staaten ist ihren panamerikanischen Machtplänen im Wege.

Es verlautet, England wolle jetzt im Sinne seiner neuen amerikanischen Verständigungspolitik die Flottenstützpunkte auf den Bermudas-Inseln, Jamaika, Trinidad und Halifax entfestigen (vgl. S. 146).

Die geopolitischen Gegebenheiten **F r a n k r e i c h s** (zwei Seefronten,

Die Umbildung
des britischen
Imperiums

Der britisch-amerikanische Gegensatz

Koloniale Unterbau-
ung der französischen
Kontinentstellung

offene Nordostseite) haben seine Kraftentfaltung von jeher nach zwei Richtungen gewiesen. Dieser Dualismus, der kontinentale Drang nach dem Nordosten und das maritime Streben nach Überseebesitz, besteht auch heute: Kampf um den Rhein, um die Mittelmeerherrschaft und sein afrikanisches Kolonialreich (Nordafrika, Syrien). Nur der in der Einheitlichkeit des französischen Staatsraumes begründete zentralistische Staatsaufbau ermöglichte es, dieses Doppelziel zu verfolgen. Frankreich scheiterte freilich damit, als es seine Kräfte überspannte (Friede zu Utrecht 1713, zu Paris 1763, die Vielseitigkeit der Außenpolitik — Vorzug und zugleich Nachteil!). Die natürlichen Volkskräfte geben Frankreich auch heute kein Recht auf seine imperialistischen Herrschaftsansprüche (Geburtenrückgang). Es kann ihnen nur mit Hilfe seiner Kolonialtruppen, die sogar französische Staatsbürgerrechte erhalten, Geltung verschaffen; der französische Nationalstolz läßt jedes rassistische Empfinden vermissen. Trotz der entgegengerichteten liberalen Eingeborenenpolitik sind Frankreich aber Kämpfe in Marokko, Syrien und Indochina nicht erspart geblieben. Frankreich hat aber den Willen zur Macht. Die Erwerbung wichtigster deutscher Industriegebiete (Elsaß-Lothringen) und die Beherrschung der erstarkten Wirtschaftskörper seiner Vasallenstaaten (Polen mit Oberschlesien) machen es zugleich zur größten Wirtschaftsmacht Europas.

Der Wert der französischen Ausfuhr hat sich seit dem letzten Vorkriegsjahr mehr als verdoppelt. 1913 war Englands Roheisenerzeugung fast viermal so groß, wie die Frankreichs. Heute erzeugt Frankreich mehr Roheisen als England und ist das größte eisenproduzierende Land der Erde geworden. Vor dem Kriege war die englische Stahlerzeugung über dreimal so groß wie die französische. Heute erzeugt Frankreich mehr Stahl als England. Die französische Eisen- und Stahlindustrie meldet für das Jahr 1928 noch bessere Abschlüsse infolge des langen Lohnkampfes im Ruhrgebiet. Die französische chemische Industrie und die Kunstseiden- und Textilindustrie haben ihre Erzeugung stark vermehrt. Frankreichs Kohlenförderung ist um ein Fünftel gestiegen. Seine Rotserzeugung hat sich verdoppelt, desgleichen seine Weißblecherzeugung. Die französischen elektrischen Anlagen haben sich verdreifacht.

Seine gestärkte Kapitalkraft setzt die friedliche Eroberung der verarmten deutschen Wirtschaft zielbewußt fort, wie sie die kleineren Mächte schon beherrscht. Vermöge seiner hervorragenden militärischen Stellung (Frankreich vermag mit seiner Luftflotte und seiner Armee ganz Europa bis zu den Grenzen Sowjetrußlands zumindest in Schach zu halten) ist es durchaus imstande, seine großen Pläne zum Aufbau seiner Wirtschaftsstellung durchzuführen.

Aber gleichlaufend mit diesen französischen Hegemoniewünschen versucht auch Amerika, Europa zu seiner Wirtschaftskolonie zu machen. Der Ausgang dieses Wettbewerbes wird von ungeheurer Wichtigkeit sein (vgl. S. 166 ff.).

Die
Abschnürung Ruß-
lands vom Meere

Rußland ist durch seine Abschnürung vom Meere (von der Ostsee durch die baltischen Staaten, vom Stillen Ozean durch Japan) im Augenblick empfindlich gehemmt. Gleichwohl ist es die größte Macht in Asien. Es gebietet über große zusammenhängende Ländermassen, deren wirtschaftliche Ausbeute kaum in Angriff genommen ist; wenn es gelingt, die riesenhaften Räume mit Menschen aufzufüllen und wieder einen Zugang zum

Meere zu gewinnen, hat es günstige Ausichten, einen einheitlichen Wirtschaftskörper zu schaffen. — Die bolschewistische Propaganda Sowjetrußlands hat die geistige und seelische Auflehnung der Völker Asiens gegen die Vorherrschaft der Fremden vorbereitet. Der Verzicht Rußlands auf alle Vorrechte in China im Gegensatz zu der imperialistischen Methode der europäischen Staaten, die Erfolge der türkischen Erhebung unter Kemal Pascha, die Erneuerung Persiens unter dem Diktator Riza Chan haben ferner die Selbstbestimmungsbewegung in Asien sehr gestärkt (vgl. Indien und Afghanistan).

Ganz China ist einig im nationalen Kampfe gegen die Vorrechte der fremden Staaten. Bleibt die eben geschaffene Einheit des Reiches vor weiteren Erschütterungen und Bürgerkriegen bewahrt, werden seine Kräfte zweckmäßig und einheitlich organisiert, dann wird China mit seinen 450 Mill. Einwohnern das nächste neue Weltreich sein. Zur Zeit gibt China seinen Bevölkerungsüberschuß vor allem nach dem malaiischen Archipel, Siam, Holländisch-Indien und nach der Mandschurei ab.

Chinas Erwachen
und
nationale Einigung

Enger sind die Grenzen, die der japanischen Großmacht gesteckt sind. Ihre Entwicklungslinien ergeben sich aus der Zwischenlage des Inselreiches zwischen dem nahen Festland und der pazifischen Gegenküste; sie bedingt zugleich starke Spannungen zwischen den Randstaaten der gegenüberliegenden Küsten (vgl. S. 163). Ihre natürlichen Stoßrichtungen über den Stillen Ozean und seine Inselwelt bis zu seinen östlichen Randländern (Amerika) oder nach Süden über den malaiischen Inselarchipel werden teils durch Einwanderungsverbote unterbunden, teils durch wirtschaftspolitischen Gegendruck gehemmt; der kontinentale Besitz (Korea) ist zu gering, und weitere Ausdehnungsmöglichkeiten (Mandschurei und Mongolei) werden durch Gegenkräfte (Rußland) begrenzt und durch Einwanderung aus dem gleichfalls unter Bevölkerungsüberdruck leidenden China gefährdet. Immerhin entwickelt die junge asiatische Großmacht in wirtschafts- und machtpolitischer Hinsicht ganz außerordentlich starke Kräfte.

Die Grenzen
der japanischen
Großmacht

Die politische Entwicklung der Welt wird im wesentlichen von dem Austrag der bestehenden Spannungen zwischen den aufsteigenden Imperien abhängig sein.

4. Die starke Bevölkerungszunahme in Europa (um Christi Geburt etwa 40 Mill., 1810: 200 Mill., 1870: 300 Mill., 1910: rund 450 Mill., 1927: 484 Mill., $\frac{1}{4}$ der gesamten Menschheit) führte zum Hinüberströmen westeuropäischer Bevölkerungsteile nach Amerika, Südafrika und Australien und von Rußland aus nach Asien. In einem Jahrhundert (1810 bis 1910) sind allein nach den Vereinigten Staaten 30 Millionen Europäer eingewandert. Die europäische Kultur konnte dadurch Weltkultur, die europäischen Sprachen Weltsprachen werden. (Vor dem Krieg umfaßte das europäische Kolonialgebiet 70 Mill. qkm mit rund 557 Mill. Einwohnern. Die amerikanischen Staaten mit ihren 27 Mill. qkm und 195 Mill. Einwohnern dazugezählt, stehen $\frac{4}{5}$ der bewohnbaren Erde und fast $\frac{3}{4}$ der Menschheit unter europäischer Führung.)

Die Europäisierung
der Erde

Im wesentlichen sind es 4 europäische Sprachen, die heute große Verbreitungsgebiete aufweisen. Das Englische ist weitaus die erste

Weltsprache. Sie wird von mindestens 155 Millionen Menschen gesprochen und außerdem noch von vielen Millionen verstanden, sie dient etwa einem Drittel aller Menschen als Verständigungsmittel. Sie ist insolgedessen auch ein wesentliches Hilfsmittel zur Verbreitung und Verfestigung angelsächsischer Kultur und Machtgeltung.

Mexiko, Mittel- und Südamerika sind die Gebiete vorherrschender spanischer und portugiesischer Sprache (70 Millionen).

Deutsch gilt als Verkehrssprache in Ost- und Mitteleuropa, z. B. in den Vereinigten Staaten, Brasilien und Argentinien und war bis zum Weltkriege die Sprache der Wissenschaft (mehr als 90 Millionen).

Das Französische hat als Weltsprache an Bedeutung verloren. Sein Verbreitungsgebiet ist außer Frankreich Belgien, Westschweiz, Algier, Canada, Haiti (= 46—48 Millionen).

Bildung neuer
Rassen und Völker

5. u. 6. Die europäische Kolonisation der Welt hat auch die Entstehung und Verbreitung neuer Rassen nach sich gezogen. Durch den Sklavenhandel kam nach Amerika eine zahlreiche Negerbevölkerung, Handel und Wirtschaft zogen Chinesen und Indier in die Randländer des Indischen Ozeans, vornehmlich nach Ost- und Südafrika, führte Chinesen und Japaner als Händler und Arbeiter über die Inseln des Stillen Ozeans nach dem amerikanischen Kontinent. In Mittel- und Südamerika sind aus der Verbindung von iberischen Einwanderern mit den Eingeborenen und durch weitere Kreuzungen neue Rassen in verschiedenen Abarten entstanden. In Nordamerika ist durch die ständige Einwanderung verschiedener Volkselemente und ihre Vermehrung die Vorherrschaft angelsächsischen Blutes gebrochen; so vollzieht sich hier in der Gegenwart eine neue Volksbildung.

Das Erwachen
der Farbigen

Das erwachende Selbstbewußtsein der unterdrückten farbigen und halbfarbigem Völker, ihre Besinnung auf ihr Eigenleben, auf ihre Rechte und auf nationale Aufgaben gegen europäische Herrschaftsgelüste werden in irgendeiner Form zu einer Auseinandersetzung führen müssen.

So hat sich die äthiopische Bewegung aus einer kirchlichen Frage zu einer Organisation des gesamten Negertums unter Führung der amerikanischen Negerintelligenz entwickelt, so sucht der iberische Gedanke die Völker der spanischen und portugiesischen Kulturwelt zusammenzufassen und wird in eine Stärkung des südamerikanischen Bewußtseins gegenüber der Einkreisung durch die Vereinigten Staaten auslaufen. Auch die orientalische Welt beginnt sich von Europa abzuwenden. Die Schlagworte: Asien den Asiaten, Afrika den Afrikanern bekommen Hintergrund.

Die bestehenden Weltreiche sind Ausdruck des Machtwillens eines einzelnen Herrenvolkes. Der Bestand der neuen Einheiten ist freilich erst dann als gesichert zu betrachten, wenn das Spannungsverhältnis zwischen Herrschervolk und unterdrückten Völkern eine friedliche Lösung erfahren hat.

Zunächst bilden die bestehenden Mißverhältnisse politischer Natur eine unmittelbare Gefahr für den Frieden der Welt.

XLV. Politische Gefahrenherde.

1. Der „Teufelsgürtel“ in Osteuropa.
2. Das Mittelmeer.
3. Das Indiamer.
4. Der Pazifik, das Meer der Entscheidungen.

1. Die Überspannung des Machtgedankens hat im Bereich der nach dem Weltkrieg entstandenen Klein- und Mittelstaaten des östlichen Mitteleuropa zu schwierigen innerpolitischen Verhältnissen und zu dauernden Spannungen zwischen den Staaten geführt. Die rücksichtslose Unterdrückung der Nationalitäten durch das herrschende Staatsvolk hat jeden dieser Staaten in den Zustand ständiger Unruhe versetzt, da die zum Teil großen nationalen Teilgebiete sich gegen die Knebelung durch das Staatsvolk mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Andererseits leben die östlichen Randstaaten in gegenseitiger Feindschaft und zugleich in ständiger Gefahr, zwischen den Großstaaten erdrückt zu werden, sobald das politische Bild Europas sich ändert. Man hat diese östliche Unruhezone „Teufelsgürtel“ genannt. Vor allem lastet auf den Staaten Zwischeneuropas der Druck Sowjetrußlands. Nur Finnland erfreut sich, abgesehen von dem Streit mit Schweden um die Alandsinseln, eines gewissen Ruhezustandes. Aber sämtliche übrigen baltischen Staaten, Polen und Rumänien haben die zukünftige Auseinandersetzung mit Rußland zu fürchten. Polen liegt wiederum mit Litauen in einem heimlichen Kriegszustand, strebt aber auch nach weiteren Gebietserwerbungen auf Kosten des Deutschen Reiches.

Die osteuropäische Unruhezone

Die Staaten des Balkans stehen gegeneinander Gewehr bei Fuß und suchen durch Freundschaftsbündnisse mit Frankreich oder Italien einen Gleichgewichtszustand aufrechtzuerhalten. Alle treiben eine mehr oder weniger harte Unterdrückungspolitik gegen die fremden Volkgruppen in ihrem Staatsgebiet. Das gefährlichste Unruhegebiet dieser Art ist das mazedonische Südserbien. Im Gebiet der adriatischen Küste bis an die Karawanken ringt jugoslawische und italienische Herrschaftsgewalt um die Entscheidung. Ungarn will nicht auf die ihm geraubten Grenzgebiete verzichten. Die Tschechen suchen nach neuen Auslässen (Eingliederung der Grafschaft Glatz, Befreiung der „unterdrückten Wenden“) und beschleunigen die Entdeutschung ihrer 3½ Millionen deutscher Staatsangehörigen. Polens ähnlich gerichteter Ehrgeiz strebt nach Verpolung der in den abgetrennten deutschen Ostgebieten verbliebenen Deutschen, sonderlich im Industriegebiet, nach Vergrößerung seines oberschlesischen Besitzes und der Sicherung seiner Ostseefestung (Ausbau seiner Seefeste Gdingen und Abschürungspolitik gegen Danzig). Litauen ist im Osten auf den Wiedergewinn des ihm durch Polen entzogenen Wilnagesbietes bedacht und arbeitet im Westen mit Macht an der Litauisierung des widerrechtlich angeeigneten Memelgebietes.

Der Balkan, der ständige Hexenkessel Europas

2. Ein Beispiel gegensätzlichen politischen Kräftespiels ist auch das Mittelmeerbecken seit dem Kriege. — Von den Mittelmeerstaaten hat Italien unter der Leitung Mussolinis den größten nationalen Machtaufschwung genommen. Amerika, das eine Zeitlang einen großen Teil

Das Kräftespiel im Mittelmeer

Kräftespiel
im Mittelmeer:
Italien

des italienischen Bevölkerungsüberschusses (z. B. jährlich 400 000) auf-
nahme, hat seine Einwanderungsbeschränkungen verschärft. Eine Abwan-
derung nach den französischen Kolonien Nordafrikas (in Tunis lebten 1926:
55 000 Franzosen, 90 000 Italiener) ist durch die strengen Überwachungs-
maßnahmen Frankreichs unterbunden. Die italienische Kolonie Tripolis
kommt als Siedlungsboden für eine Masseneinwanderung nicht in Frage,
Korsika und Nizza bleiben einstweilen unerfüllbare Zukunftsträume, ebenso
die Ansprüche auf das schweizerische Tessin. Die Landwirtschaft und Indu-
strie reichen zur Aufnahme der überzähligen Volkskräfte nicht aus. So
bleibt als einziger Auslaß für den politischen Ehrgeiz des verjüngten
Italiens die Adria. Um ihre Beherrschung geht der Kampf („mare nostro“).
Durch das Vortragen der italienischen Grenze auf Laibach zu und die
Karsthochfläche ist Italien in den Besitz einer Einfallspforte in das jugo-
slawische Staatsgebiet gelangt. Die Hafenorte Fiume, Zara, Saseno und
der zunehmende Einfluß auf Albanien sind Lastversuche zur Besignahme
der gesamten dalmatinischen Küste.

Mit der gewaltsamen Besetzung des Dodekanes und eines Landstreifens
an der Südküste Kleinasien glaubte Italien, sich auch im Ostmittelmeer
strategische Stützpunkte und einen Spielraum für seine politische Aus-
dehnung schaffen zu müssen. Die daraus entstehenden Spannungen sind
heute beigelegt. Eine kluge und zielbewußte italienische Kulturpolitik
drängt von Rhodos aus ins Ostmittelmeergebiet vor. Die ferne Kolonie
Erythräa am Roten Meere ist ein Ausgangspunkt kultureller Eroberungen
(Abessinien) wie auch politischer Herrschaftsabsichten (Protectorat Jemen)
in Arabien.

Frankreich

Frankreich kämpft um die Sicherung seiner Herrschaft im West-
mittelmeer (entgegen der spanisch-italienischen Annäherung) und um
die Verbindung zu seinem nordafrikanischen Kolonialreich.

Spanien

In Spanien und Griechenland hat die Einführung der
Diktatur hauptsächlich eine innerpolitische Bedeutung. Gegenüber den
übrigen Mittelmeermächten treten sie zurück. Eine kulturelle Verjüngung
Spaniens ist nicht zu verkennen.

Griechenland

Griechenland, das für seinen Übertritt an die Seite der Alli-
ierten mit einer Erweiterung seines Staatsgebietes belohnt wurde, ist
außenpolitisch durch die Niederlage seines Heeres in Kleinasien 1922 und
innerpolitisch durch häufigen Regierungswechsel in seiner Entwicklung
gehemmt. Neuerdings ist es durch ein neues Salonikiabkommen mit
Südslavien und durch Beilegung einiger Streitfragen mit Bulgarien
wenigstens äußerlich zur Ruhe gekommen. Außenpolitisch hält Griechen-
land sich neuerdings zu Italien. Die Umsiedlung der aus Kleinasien ver-
triebenen Griechen nach Thrazien und die Ansiedlung der dortigen maze-
donischen, bulgarischen und türkischen Grenzbevölkerung ist mit ungeheuren
Verlusten an Menschenleben durchgeführt worden (von 2,5 Millionen
sind 1 Million umgekommen).

Türkei

Nach dem Vertrag von Sèvres verblieb der Türkei als Hoheits-
gebiet nur die Landschaft Anatolien mit den wichtigsten Gebieten Arme-
niens und Kurdestans (700 000 qkm mit 10 Mill. Einwohnern), vom

europäischen Besitz nur ein geringer Rest mit Konstantinopel. Arabien wurde abgetrennt. Unter der Zahl der größeren oder kleineren Stammestaaten, die teils an der Küste, teils im Innern entstanden, ist der wichtigste das unter englischem Einfluß stehende Hedschas an der Küste des Roten Meeres. England trug dafür Sorge, daß mit dem neuen Emirat des Transjordanlandes sowie dem „Königreich“ Irak die Söhne des Königs von Hedschas, des Scherifen von Mekka, bedacht wurden. Gegenüber diesen englischen Vasallenstaaten ist das auf der steppenhaften, zentralen Hochfläche Innerarabiens gelegene Reich von Nedsched der Hort der arabischen Freiheitsbewegung. Stete Fehden mit dem Scherifen von Mekka und ständige Grenzüberfälle an den französisch-englischen Mandatsgrenzen sind die äußeren Anzeichen wachsender nationaler Energien. Die Südwestecke Arabiens ist neuerdings italienische Einflußzone geworden, während der Süden und Osten britischer Hoheit unterliegt. Die syrisch-mesopotamische Landbrücke wurde vom Völkerbund als „Mandat“ England und Frankreich ausgeliefert. — **F r a n k r e i c h** übernahm, ohne daß kolonialpolitische Zusammenhänge dazu berechtigten, Syrien (rund 180 000 qkm mit 3 Mill. E.). Es gründete im Libanon einen christlichen Staat mit Beirut als Hauptstadt (9000 qkm mit 400 000 E.). Das übrige Syrien nahm es in eigene Verwaltung. Seitdem folgt ein Aufstand und Freiheitskrieg dem andern. — **E n g l a n d** ließ sich 2 Mandate übertragen, den neu geschaffenen Zionistenstaat Palästina (23 000 qkm mit 650 000 E., darunter etwa 515 000 Mohammedaner, 63 000 Christen, 65 000 Juden) und Mesopotamien. Der Besitz dieses Landes ist wegen seiner reichen Erdölquellen für England sehr wichtig. Mesopotamien ist der Schlüsselstein für die mit dem Weltkrieg gesicherte Landbrücke von Afrika nach Indien. Es ist auch ein ausgezeichnetes Ausfallstor gegen allzu feste Machtbildungen in Vorderasien. Aber die Engländer bekamen Schwierigkeiten, ein gefährlicher Aufstand wurde nach vielen Kämpfen nur mit Mühe niedergedrungen. Danach griffen sie auf die altbewährte Methode des Scheinkönigtums zurück (Feisal, König von Irak).

So groß der englische Erfolg im nahen Orient zunächst war, so änderte sich die Lage doch bald recht wesentlich. Die Türkei entwickelte unter dem **Diktator Kemal Pascha** eine ganz gewaltige Energie. Trotz Verarmung und Elend gelang die Erneuerung des Heeres und der Verwaltung. Der erste Erfolg war die Vertreibung der Griechen 1922 aus Kleinasien, die Vereitelung eines Kurdenaufstandes und italienischer und französischer Eingriffsversuche. Durch Einführung europäischer Kulturtechnik soll nun Land und Volk zu höchster Leistungsfähigkeit entwickelt werden.

Einen ähnlichen Verjüngungsvorgang beobachtet man in **P e r s i e n** unter dem Diktator und nunmehrigen König Riza Khan.

In **A f g h a n i s t a n** ist freilich der reformfreundliche König Aman Ullah durch englische Umtriebe aus dem Lande verdrängt worden. Ob es aber den Engländern gelingen wird, in diesem wichtigsten Grenzlande Indiens ihren Einfluß zu sichern, scheint doch fraglich; zudem übt Rußland in Afghanistan und sonst in Innerasien einen starken Gegendruck aus. Dadurch sinkt der Wert der neugeschaffenen englischen Landbrücke be-

Nationale Keimzellen in Arabien und Vorderasien

Französische und englische Mandate

Afghanistan

trächtlich, zumal auch im Süden der tatkräftige Wahabitenfürst Ibn Saud nach der Aufrichtung eines innerarabischen Königreiches zielbewußt ein das ganze Arabertum umfassendes Großarabien erstrebt, wenn er auch einstweilen unter dem Druck der militärischen Überlegenheit Englands sich mit dem Erreichten zu bescheiden scheint. Der Verlust der politischen Einflusssphäre in Südpersien, Rückschläge in der Ölpolitik, der mißlungene Kurdenaufstand und das Scheitern des Planes, auf Kosten der Türken ein armenisches Reich zu errichten, lassen im Verein mit dem wachsenden Widerstand der Völker des nahen Orients die englische Machtstellung weniger sicher erscheinen, als sie es anfangs war.

Die von den nördlichen Anliegerstaaten quer über das Mittelmeer laufenden Kraftlinien kreuzen die „Hauptschlagader des britischen Reiches“, die der Länge nach durch das Mittelmeer nach Indien führt, und so entsteht hier eine gefährliche Spannungszone.

Schwachpunkte im
neuen Indiameer-
reich Englands

3. Mit dem Verlust der nordamerikanischen Kolonien verschob sich das Schwergewicht des britischen Weltreiches nach dem Osten. Es hat seinen Kolonialbesitz in kurzer Zeit verdoppelt. Das Ziel dieses imperialistischen Englands kündete sich bald in den Worten „Vom Kap bis Kairo“ und „Von Kairo bis Kalkutta“ an, d. h. Schaffung eines Indiameer-Reiches, das die Länder von der Südspitze Afrikas über Ägypten und Arabien bis nach Indien verbinden sollte. Mit dieser Zielsetzung hatten die Engländer die Reihe ihrer großen Kolonialkriege (Zulukrieg, Burenkrieg) eröffnet und darum traten sie auch in den Kolonialkrieg gegen Deutschland ein. Durch das Friedensdiktat von Versailles erhielten sie nun die gewünschte Lückenfüllung ihres afrikanischen Kolonialbesitzes (Mandate für Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwest). Damit war die afrikanische Ländermasse vom Kap bis nach Kairo in fortlaufenden Zusammenhang gebracht.

Der Besitz Indiens ist trotzdem nicht ungefährdet. Die Propaganda und imperialistische Politik Sowjetrußlands arbeitet England entgegen. Die indische Nationalbewegung erstarkt. Käufliche einheimische Fürsten, die Uneinigkeit und Glaubensgegensätze hemmen freilich noch die nationale Bewegung. Aber das Selbstbestimmungsrecht ist auch in Indien die nationale Forderung geworden.

Ähnlich wie sich im Westen eine Schwachstelle in der Länderbrücke befindet (Mesopotamien, Südpersien), ist auch im Osten die Umrandung unvollständig. Zwar beherrscht England im Besitz von Singapore den östlichen Zugang zum Indischen Ozean, aber im Kriegsfall bieten sich doch im malaiischen Archipel mancherlei Durchlässe. Auch ist das Zwischenstück zwischen der britischen Malakkahalbinsel und Australien, das holländische Inselreich, seit dem Aufsteigen einer nationalen malaiischen Bewegung und dem zunehmenden Bevölkerungsdruck Japans eine bedenkliche Gefahr geworden. Australien selbst, heute noch fest im britischen Gemeinbewußtsein verankert, ist geographisch und wirtschaftlich sehr viel stärker dem Stillen Ozean zugewandt als dem Indischen Meere. In seinem Abwehrkampf gegen den japanischen Druck von Norden wird es eines Bundesgenossen nicht entraten können. Die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses nach einer Zwischenzeit gegenseitiger

Entfremdung erschwert Australiens Lage nicht wenig und kommt dem Liebeswerben der Vereinigten Staaten sehr entgegen.

4. Weit größer als in dem britischer Herrschaft eingeordneten Indischen Ozean sind die Spannungen zwischen den Randgebieten des Stillen Ozeans. Hier handelt es sich nicht um Kräfte, die von außen in einen allseitig umfriedeten Raum zu stoßen drohen, sondern um Kräfte, die aus dem Raume mit seinen Rändern selbst erwachsen und sich in ihm auswirken. Rußland und China und von den Anrainern des Ostrand des Canada und die Staaten Mittel- und Südamerikas sind vorläufig noch nicht an dem Kräftespiel beteiligt. England beschränkt sich auf eine Abwehrstellung sowohl in seiner Meerengenverteidigung, wie auch in seinen australischen und neuseeländischen Besitzungen. Das niederländische Kolonialreich ist an den Gegenseiten des pazifischen Raumes nur wenig beteiligt, soweit es sich nicht japanischer Auswanderungsbewegung und wirtschaftlicher Durchdringung zu erwehren hat. Wohl aber wirkt der in diesem Raume zum Austrag kommende Kampf der gelben gegen die weiße Rasse auch hierher in Gestalt ständiger Unruhen der malaiischen Bevölkerung.

Der Stille Ozean
das neue Kräftefeld

Die Pole, von denen die Strahlenbündel politischer Kräfteentladung ausgehen, sind Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika; wenn sie einstweilen auch im Zustande innerer Sammlung verharren, so scheint doch ein friedlicher Ausgleich nicht möglich, denn die Entwicklungslinien beider Mächte überschneiden sich allzu stark. Beide Mächte haben aus dem Weltkriege Vorteile ziehen können, die sie der stetigen Entwicklung ihrer Kräfte zukommen ließen. Beide vermochten neben dem Ausbau ihrer Seemachtstellung auch ihre Handelsflotten, sowie den Bereich ihrer wirtschaftlichen Eroberungen weit auszudehnen. Japan wurde die unumstritten erste Großmacht im fernen Osten. Es gelang ihm, in dem obersten Rate der Weltmächte neben Amerika, England, Frankreich und Italien als 5. Mitglied Sitz und Stimme zu erlangen. Es fühlte sich so sicher, daß es die Gleichberechtigung aller Rassen zu fordern wagte, und damit die schwerste Gegenwarts- und Zukunftsfrage seiner Politik auf die Tagesordnung setzte. Japan hat als Einzelstaat die Gleichberechtigung errungen. Die Beschränkungen, die der japanischen Einwanderung sowohl auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten wie auch dem des britischen Reiches gemacht werden, verletzen daher das empfindliche Ehrgefühl des in 50 Jahren zur politischen Reife gelangten japanischen Volkes und vermehren die Schwierigkeit, den Bevölkerungszuwachs unterzubringen. Der Stille Ozean, der heute keine Völkerscheide mehr bedeutet, sondern eine Völkerstraße wird, ist für das japanische Volk das natürliche Ausbreitungsgebiet. Japan liegt nicht mehr am Ende der Welt, es hat eine Zwischenlage, ähnlich wie England. Die verdoppelten Anstrengungen der Vereinigten Staaten, ihre wirtschaftliche Stellung in China zu stärken, durch Befestigungsanlagen auf den amerikanischen Inseln (Pearl Harbour, Hawaii, Tutuila, Guam, Philippinen) ihre Seemachtstellung zu sichern und den Einfluß Amerikas über den ganzen Stillen Ozean auszubreiten, bedeutet für Japan eine Gefährdung seines Ausdehnungsdranges.

Japan und die V. St.

Die Gegenseite der beiden Weltmächte nehmen immer mehr zu.

Wie Amerika arbeitet auch Japan an dem Ausbau seiner militärischen Schlagfertigkeit, begünstigt innere Unruhen gegen die übrigen Kolonialmächte und sucht eine Verschärfung des englisch-amerikanischen Gegensatzes (vgl. S. 146) für sich auszunutzen.

Die Verschärfung ihres Wirtschafts- und Machtkampfes wird aber naturgemäß zu einer Entscheidung drängen.

Die Zahlen der Handelsentwicklung zwischen den Randländern des Stillen Ozeans zeigen deutlich, welche Gegensätze im pazifischen Raum aufeinanderstoßen. „In China ist die englische Einfuhrquote von 17 % auf 10 %, die deutsche von 5 % auf 3 % gesunken. Die Einfuhrquote Japans hingegen ist von 20 % auf 31 %, die der Vereinigten Staaten von 6 % auf 15 % gestiegen. In Australien ist die englische Einfuhrquote von 52 % auf 42 % gesunken, die Japans auf das Doppelte, die der Union von 14 % auf 25 % gestiegen. In Japan hat sich die Ausfuhrquote Australiens und Indiens verdoppelt, jene der Vereinigten Staaten ist von 29 % auf 44 % gestiegen.“

(A. Hobelsperger, Weltpolitik und Weltwirtschaft seit 1913.)

Entscheidungen von gewaltiger Tragweite bereiten sich vor. Nicht Europa ist heute der Raum, in dem über die zukünftige Gestaltung der Welt entschieden wird. Im „Meer der Entscheidungen“, wie vorausblickende Politiker den Stillen Ozean genannt haben, wird der Zusammenstoß erfolgen.

XLVI. Politik und Wirtschaft.

1. Kampfzonen der Kontinentscheiden.
2. „Reibungszonen“ der Weltmächte.
3. Dollarimperialismus.
4. Die „Weltwirtschaft“.
5. Öl und Macht.
6. Verkehr und Politik.

Gefahren der Grenze

1. Neben den größten Gefahrenzonen, die dem Frieden der Welt nach dem Kriege erwachsen sind, dürfen jene kleineren Reibungsflächen nicht übersehen werden, die sich über die ganze Erde verstreut finden. Sie leiten sich ebensowohl aus der Annatur von Grenzfürungen, wie aus allzu schroffen Überschneidungen wirtschaftlicher und politischer Entwicklungslinien der großen Machtgruppen her.

Fälle widersprechender natürlicher (geographischer) und machtpolitischer Grenzbildungen erheben sich heute im Zeitalter kontinentaler Großmachtballungen weit über die Bedeutung kleinerer Grenzstreitigkeiten, besonders wenn sie in solchen Teilen der Erdoberfläche gelagert sind, in denen sich die Kontinente scheiden oder berühren.

In Europa sind sie besonders wichtig. So wandelt sich der Teufelsgürtel Osteuropas aus einem völkischen Unruhegebiet zu einem gefährlichen Zwischenland zwischen der nach Westen drängenden russischen Macht und dem zersplitterten, richtungslosen Europa. Das Wiederaufleben der allslawischen Idee würde als neues Ordnungsprinzip das heute im völkischen Kleinkrieg verkrampfte Zwischeneuropa ohne Schwierigkeiten in den russischen Einheitsstaat eingliedern können. Ein natürliches Vorfeld ähnlicher Art ist Transkaukasien im Süden als Zwischenzone

gegen die vorderasiatischen Machtgruppen. Im Kräftespiel zwischen der werdenden russischen Weltmacht und der fernöstlichen Neuordnung werden alle jene heute in der Vereinzelung abwegigen Grenzkampfzonen vom Indus bis zum Amur Gebiete von großer Entscheidung werden, wie es heute schon die Landschaften sind, die den Zugang zum afrikanischen Erdteil beherrschen (Marokko, Tanger-Rif, Ägypten, Jemen) oder den Zugriff auf Südamerika gestatten oder versperren (Panama). In der Zukunftsentwicklung auf große kontinentale Imperien hin wird auch unter jenen Schlüsselstellungen der rücksichtsloseste Kampf anheben, deren Ausbau bis heute vorwiegend aus verkehrs- und marinestrategischen Zusammenhängen betrieben wurde.

2. In den wirtschaftspolitischen Reibungszonen Reibungszonen der
Wirtschaftsmächte kündigt sich ein weiterer Vorboten kommender Kämpfe um Machterweiterung an. Solche „Reibungszonen“ finden sich in Südamerika, besonders in Argentinien, wo sich amerikanische und britische Wirtschaftsinteressen treffen, oder an der Südgrenze Canadas, das eine unaufhaltsame finanzielle Durchdringung seitens der Vereinigten Staaten erfährt. Die amerikanische Wirtschaftskraft entfaltet sich ebenso über den ganzen pazifischen Raum, trifft in Australien und im chinesischen Raum auf britisches Übergewicht und das Streben Japans, den Osten unter seine Führung zu bringen. Japan wiederum schafft durch sein Übergreifen auf die Mandchurei und die Mongolei, durch die Überflutung Indulindes und Australiens mit japanischer Ware und Einwanderern und endlich durch die Hinlenkung seiner östlichen Wanderbewegung nach Südamerika rings um den Stillen Ozean Unruhe- und Erregungszonen. Entsprechend der Weiträumigkeit des britischen Weltreiches läuft ein langer Saum mehr oder weniger starker Spannungen an seinen Grenzen hin, beginnend mit dem Mittelmeer über die vorderasiatische Länderbrücke zum „Juwel“ britischer Reichsherrschaft, Indien. (Die im Gebiet der Randstaaten, auf dem Balkan und im Mittelmeer liegenden Spannungszonen zwischen englischen, französischen und italienischen Interessen sind schon früher behandelt.)

3. Am klarsten vorgezeichnet scheint die Weltmachtentwicklung der Vereinigten Staaten zu sein. Entscheidend ist schon die Gunst der Lage. In keinem Lande ist aber auch in der Führung eine so klare Vorahnung kommender Entwicklungen aufzuweisen wie dort. So wurde der Weltkrieg als Gelegenheit zur Überflügelung der bis dahin führenden Wirtschaftsmächte klug genützt und das geldbedürftige Europa durch ausgiebige Anleihen in Abhängigkeit gebracht. „Wir halten jetzt in unserer Hand drei Trümper im Spiel um die kommerzielle Macht: Eisen, Stahl und Kohle. Wir sind lange die Kornkammer der Welt gewesen; wir bemühen uns jetzt, ihre Werkstatt zu werden; danach gehen wir darauf aus, ihre Bank zu werden“, hat im Jahre 1898 ein amerikanischer Finanzmann erklärt. Auch das letzte Ziel haben sie im Weltkriege erreicht. Europa ist verarmt, Amerika dagegen der Gläubiger der ganzen Welt geworden. Vor dem Kriege hatte Europa in Übersee 100 Milliarden Nettoguthaben, die Vereinigten Staaten an Europa 16 Milliarden Schulden. Die Kriegsschulden der Ententemächte

Die U. St.
Weltmacht- und
Wirtschaftszentrum

(einschließlich der aufgelaufenen Zinsen) beliefen sich im November 1924 auf mehr denn 12 Milliarden Dollar = ca. 50 Milliarden Reichsmark. England, Frankreich und Italien haben davon den größten Teil (= 90 %) erhalten.

Der amerikanische
Dollar-
imperialismus

Zu den Kriegsschulden kommen noch die für wirtschaftliche Zwecke aufgenommenen Schulden Europas, der Staaten, der Gemeinden und der Wirtschaft. Sie belaufen sich auf rund 15 Milliarden Reichsmark (die Kriegskredite nicht mitgerechnet). Mit diesem amerikanischen Kredit bauen die europäischen Staaten ihre zerstörte Wirtschaft und Währung wieder auf.

Das Statistische Amt gibt eine Zusammenstellung der gesamten deutschen Auslandsverschuldung aus langfristigen Anleihen, einschließlich der privaten, und zwar zum 31. März 1928:

Gebietskörperschaften (einschl. Dawes-Anleihe) . . .	1920,3 Mill.
Öffentliche Unternehmen und Zweckverbände . . .	914,2 -
Private Unternehmungen	1596,2 -
Bodentreditinstitute	719,3 -

Insgesamt 5150,0 Mill. Mark

Die kurzfristige öffentliche Auslandsverschuldung wurde auf 236,1 Mill. Mark berechnet.

Infolge des gewaltigen Goldzuflusses (der Goldvorrat der Vereinigten Staaten ist von 7,9 Milliarden vor dem Kriege auf 19,1 Milliarden nach dem Kriege gestiegen!) ist Amerika in der Lage, die Politik der friedlichen Durchdringung nun auf der ganzen Linie zu einem Generalangriff seiner Finanzkräfte auszubauen. So haben die Vereinigten Staaten mit Erfolg Mittelamerika zu einer amerikanischen Wirtschaftsprovins gemacht (Petroleum, Fruchthandel, Kapital- und Finanzpolitik) und beherrschen den Panamakanal; die finanzielle Herrschaft über Nicaragua sichert ihnen außerdem die Verfügung über die zweite mögliche Kanallinie.

Man hat die Höhe des angelegten nordamerikanischen Privätkapitals berechnet auf

4040 Millionen Dollar in Südamerika,
2460 - - - - - Britisch-Nordamerika,
1900 - - - - - Europa,
690 - - - - - Asien und Ozeanien.

Daß die Vereinigten Staaten vor Gewaltakten nicht zurückscheuten, zeigt die gewaltsame Auflösung des Parlamentes von Haiti und die Einrichtung einer militärischen Verwaltung.

Der amerikanische
Einfluß in der Welt

Auch in Südamerika haben die Vereinigten Staaten Fuß zu fassen gesucht. Das gelang verhältnismäßig schnell in den nördlichen Staaten. Jenseits der tropischen Gebiete, wo der Einschlag europäischen Blutes stärkere Selbständigkeit wachhält, stoßen sie auf Abwehr. Aber es darf nicht übersehen werden, daß heute die Macht des Dollars auch in den sogenannten ABC-Staaten, Argentinien, Brasilien und Chile, schon vielerlei wirtschaftliche Abhängigkeiten geschaffen hat (vgl. S. 152 u. 153).

Amerika hat auch auf asiatischem Gebiet (Philippinen) Fuß gefaßt und an den europäischen Entscheidungen (Weltkrieg) ausschlaggebend

mitgewirkt. So überrascht es nicht mehr, daß die Vereinigten Staaten ihr Augenmerk auch auf Afrika richten. Die Negerrepublik Liberia steht unter ihrem Schutz, und seit Ende 1927 versuchen sie auch auf das selbständige Königreich Abessinien, das vermöge seiner Zwischenlage zwischen dem Mittelmeergebiet und dem Indischen Ozean zusehends an politischer Bedeutung gewinnt, Einfluß zu gewinnen. Sie kreuzen hier englische Interessen. Wenn England auch die ägyptische Selbständigkeit formell anerkennt, so beherrscht es Ägypten doch durch den Besitz der großen Nilstaudämme im britischen Sudan. Dieser bisher so sicheren Stellung Englands droht nun eine schwere Gefahr durch die von Amerika im Quellgebiet des blauen Nils geplante Staubeckenanlage. Dadurch würde die britische Machtstellung im Sudan vom amerikanischen Willen abhängig. Der neueste Angriff des amerikanischen Kapitals gilt dem mittelafrikanischen Katanga-Kupfergebiet. Der amerikanische Einfluß im persischen Ölgebiet, an dem Schwächepunkt des britischen Indiameerreiches, ist eine dauernde schwere Belastungsprobe für England.

4. Die wirtschaftliche Entwicklung der Welt vor dem Kriege hatte zu einer immer engeren Verflechtung der einzelnen Länder und Erdteile geführt. Die europäischen Staaten beherrschten das ganze System. Sie hatten mit ihrem Kapital die Überseeeländer erschlossen, bekamen von dort ihre Rohstoffe, und als Absatzgebiete waren diese für die europäische Industrie unentbehrlich. — Der Krieg hat einen völligen Umschwung gebracht. Da Europa während der Kriegsjahre den Fertigwarenbedarf der Überseeeländer nicht decken konnte, schufen diese sich eigene Industrien, die nun nach dem Kriege der europäischen Produktion schärfste Konkurrenz machen, die Absatzmöglichkeiten bei der Verengung des Weltmarktes außerordentlich erschweren, zumal „Selbstversorgung“ (Autarkie) der Grundgedanke staatlicher Wirtschaftspolitik wurde. Die eigene Wirtschaft wurde durch hohe Zölle gegen das Wiedereindringen europäischer Waren geschützt.

Das gilt vor allem für die Vereinigten Staaten, die Hochburg des Privatkapitalismus, die durch ihre Rohstoff-, Lebensmittel- und Industrieerzeugnisse fast ganz unabhängig sind. Mit ihren Finanz- und Wirtschaftskräften sind sie stark genug, ihre Schutzpolitik ohne Rücksicht auf die übrige Welt durchzusetzen, für sich selbst aber bei den übrigen Staaten die niedrigsten Zölle zu erreichen. Die Organisation der Welt für und durch die Vereinigten Staaten ist Leitsatz des neuen amerikanischen Wirtschaftssystems.

Rußland, der Vertreter des Staatskapitalismus, muß sich durch Zölle von dem Weltmarkt abschließen; das Schutzollsystem, für Amerika ein Beweis seiner Stärke, ist für Rußland ein Zeichen seiner Schwäche, da es nicht imstande ist, den freien Konkurrenzkampf aufzunehmen.

England ist auf dem Wege, sein Wirtschaftssystem umzustellen. Die „Freiheit der Meere“ und die Idee des „Freihandels“ waren bisher seine Grundlagen.

England vermochte seine Bevölkerung nicht mehr zu ernähren. Es war auf die Einfuhr aus kolonialen Aberschutzgebieten und auf Erwerbung neuer kolonialer

Die veränderten Grundlagen der Weltwirtschaft

Selbstversorgung und Schutzpolitik

Organisation der Welt durch die V. St.

Der russische Staatskapitalismus

Englands Wirtschaftspolitik

Absatzgebiete angewiesen. Durch den Kreislauf seines Wirtschaftssystems (Rohstoffherzeugung in den Kolonien, Verarbeitung in England, Vertrieb durch Welthandel und in den Kolonien) sicherte sich England die Führung innerhalb seines Reiches; denn ohne eigene Wirtschaft bleiben die Kolonien unentwickelt, abhängig vom Heimatland. Mit seiner gewaltigen Seemacht hatte England tatsächlich die Herrschaft über alle Meere (*Britannia rules the waves!*), und rücksichtslos schlug es jeden Versuch eines andern Staates, ihm diesen Vorrang streitig zu machen, nieder. Im übrigen aber suchte England diesem Freihandelsgedanken überall Geltung zu verschaffen, während der Schutzzollgedanke als friedensfeindlich gezeißelt wurde. Daß der Freihandel von der Freiheit der Meere abhing, diese Freiheit wiederum im britischen Sinne als uneingeschränkte Gewalt zur See mit dem Recht zu Sperrmaßnahmen verstanden wurde und tatsächlich gleichbedeutend mit Seeräuberei war, wurde verschwiegen. Der Freihandel war nach englischer Auffassung das natürlichste System freien Güterausstausches aller Länder, er sollte zu einer Weltwirtschaft mit einer gesunden Arbeitsteilung (Wirtschaftsspezialisierung) führen. Aber das kontinentale Europa hätte sich damit England auf Gnade und Ungnade ausgeliefert; denn England hätte im Kriegsfall über ganz Europa jene Hungerblockade verhängt, die es im Weltkrieg gegen Deutschland ansetzte.

Der englische Wirtschaftsgedanke wäre zweifellos durchgedrungen, wenn nicht der Weltkrieg wider Erwarten eine andere Wendung genommen hätte. Auch England ist die lange Dauer des Krieges zum Verhängnis geworden. Nicht nur daß es selber aktiv eingreifen und seine Schlachten selber schlagen mußte, es war genötigt, in seinen Kolonien eigene bodenständige Industrien zuzulassen und die Hilfe Amerikas anzurufen. Die amerikanische Hilfe wurde aber mit dem Verlust der englischen Vormachtstellung erkaufte. Denn die Streitkräfte der Vereinigten Staaten haben der Freiheit der Meere im Sinne britischer Allgewalt ein Ende gemacht. Außerdem erwuchs in den Vereinigten Staaten eine eigene Industrie (wie gleichzeitig in den englischen Dominions), die sich schnell fortentwickelte. England arbeitet nun darauf hinaus, innerhalb seines Imperiums Ersatz für den verengten Weltmarkt zu bekommen, den Handelsverkehr und Warenaustausch innerhalb seines Reiches zu beleben. *Buy British goods*, d. h. kauft englische Waren oder Waren aus den Kolonien.

Der
Wirtschaftskampf
Amerikas gegen
Europa

Der neue Wirtschaftskampf, der heute anhebt, beabsichtigt Europa und seine Wirtschaftsgebiete in Filialen der amerikanischen Wirtschaft umzuwandeln, und da die mitteleuropäische Wirtschaftskraft durch Reparationen, Dawes- bzw. Young-Abkommen gefesselt ist, die Ententemächte an ihren Kriegsschulden schwer tragen, ist der Zeitpunkt für Amerika günstig. Das Endziel ist die Organisation der ganzen Welt zu einem Riesenwirtschaftskörper unter amerikanischer Leitung. Es steht Erdteil gegen Erdteil. Welche Aussichten hat Europa in diesem Ringen? Wie weit ist es wirtschaftlich auf sich selbst gestellt?

Für alle Getreidearten ist Europa, da die russische Zufuhr ausfällt, auf die Lieferung der übrigen Kontinente angewiesen (besonders Weizen aus Australien, Canada, Argentinien; Mais aus Argentinien, Reis aus Hinterindien). Auch für Obst und Gemüse stellen sich die V. St., Australien und Südafrika auf den Export ein.

Fleisch, Milch und Milchprodukte müssen besonders nach den industrie-

reichen Ländern Europas aus Amerika, Australien und Argentinien eingeführt werden.

Von den Kolonialprodukten liefert

Brasilien 64 % der Welterzeugung an Kaffee, wovon 50 % nach Europa gehen, Afrika 60 % der Welterzeugung an Kakao, die Europa aufnimmt, Indien und Ceylon 68 % der Welterzeugung an Tee, die zur Hälfte allein England aufbraucht,

Malakka, Holländisch-Indien 80 % der Welterzeugung an Gummi. Käufer sind vor allem die V. St. (70 %); die Wichtigkeit beweist der englisch-amerikanische Gummikrieg, da im englischen Kolonialgebiet 60 % gebaut wird (1913: 13 000 t, 1926: 64 800 t Welterzeugung).

Selbst die Zuckergewinnung ist in Europa zurückgegangen, der Anbau von Zuckerrohr (Ruba) dagegen vermehrt (wichtig bei einem Verbrauch von 20,5 kg in Deutschland, von 45 kg in Amerika pro Kopf. Welterzeugung 1913: 17,5 Mill. t, 1926: 23,5 Mill. t).

Die europäische Einfuhr an Spinnstoffen (Baumwolle, Wolle, Seide, auch Jute) ist im Vergleich zu 1913 geringer, nicht nur wegen der geschwächten Kaufkraft der europäischen Verbraucher, sondern auch infolge der neugeschaffenen Verarbeitungsindustrien für Baumwolle in den V. St. und Japan, für Wolle in Australien und Japan. Der europäische Baumwollmarkt ist von Nordamerika abhängig, das seine Erzeugung gewaltig gesteigert hat (58 % der Welterzeugung) und sie zur Hälfte schon selber verarbeitet. England betreibt darum mit aller Macht als Ersatz den Baumwollanbau in Afrika.

In der auf Kohle und Erdöl beruhenden Kraftwirtschaft stehen die Vereinigten Staaten in der Welt obenan. Während die Steinkohlenförderung in Europa hinter den Vorkriegsziffern zurückbleibt, ist sie in den Vereinigten Staaten in die Höhe gegangen und macht der englischen Kohle schon in Südamerika, sogar in Indien Konkurrenz (gleich 43 % der Welterzeugung). $\frac{3}{4}$ der bekannten Weltreserven an Kohle befinden sich in Nordamerika, und reichlich die Hälfte des ganzen Weltbesitzes liegt im Gebiet der Vereinigten Staaten. — Die Vereinigten Staaten verfügen allein über 71 % der gesamten Erdölproduktion (vgl. nächsten Abschnitt) und verbrauchen noch $\frac{2}{3}$ des übrigen im Welthandel käuflichen Erdölvorrats. Die aus Kohle und Öl gewonnenen Weltenergien hat man auf eine Einheit gebracht und ungerechnet; danach entfallen auf Europa 41 %, auf Amerika 51 %.

Die Braunkohlengewinnung hat sich in Deutschland im Verhältnis zu 1913 mehr als verdoppelt = 65 % der Weltförderung, und auch die aus den Wasserkraften geschöpften Energien liegen zu einem Drittel auf europäischem Boden, zu mehr als $\frac{1}{3}$ im Bereich der Vereinigten Staaten; der Anteil der Vereinigten Staaten am Welt-eisenbahnetz beträgt 35 %.

Für die Verarbeitung farbiger Metalle (Kupfer, Blei, Zink, Zinn) ist Europa von den Überseegebieten abhängig. In der Kupfergewinnung haben die Vereinigten Staaten fast das Monopol, für Aluminium, Blei, Zink hat es den Hauptanteil an der Produktion. Zinn liefert Asien und Afrika. Japan hat eigene Kupfer- und Blei verarbeitende Industrien geschaffen.

Die Eisenerzförderung ist in Europa (1926 verglichen mit 1913) um fast $\frac{1}{3}$ zurückgegangen, in den Vereinigten Staaten gestiegen, die Union muß aber trotzdem noch Eisenerze einführen. Sie erzeugt 60 % der Weltproduktion an Stahl. Während Europa vor dem Kriege mit 52 %, Amerika mit 41 % an der Welt-eisenproduktion beteiligt war, hatte sich schon 1925 das Verhältnis umgekehrt: Amerika 52 %, Europa 41 %. An Eisenlagern befinden sich in den Vereinigten Staaten mehr als $\frac{1}{3}$ des Weltvorrats. Das brasilianische Eisenlager, das größte zusammenhängende der Welt, ist bis heute so gut wie unerschlossen. Neue Eisenwerke sind in Japan, Indien, Canada, Südafrika, Australien und Südamerika entstanden, in England dagegen mußten 1925 $\frac{2}{3}$ der Hochöfen ausgeblasen werden.

Während die Erzeugnisse der europäischen Maschinenindustrie die Zahlen von 1913 nicht erreichen, haben vor allem die Vereinigten Staaten die Produktion steigern können. Elektrotechnische Fabrikate konnten in Europa um $\frac{1}{3}$ mehr hergestellt werden, in den Vereinigten Staaten wuchs die Produktion um das Sechsfache. An Automobilen liefern die amerikanischen Fabriken 90 % aller Fahrzeuge.

Auch die chemische Industrie hat außerhalb Europas einen großen Aufschwung genommen (Amerika und Japan). 1913 gingen für 44 Mill. Farbstoffe von Deutschland nach den Vereinigten Staaten, 1926 nur noch für 7 Mill., sie führten aber selber für 65 Mill. aus. Die amerikanische Teerfarbenerzeugung stieg in ihrem Werte von 12,6 auf 168,0 Mill. (= 95 % des eigenen Verbrauchs), auch Japan deckt 50 % seines Bedarfs an Farben aus eigenen Erzeugnissen.

Am schlimmsten ist der Rückschlag in der Baumwollindustrie. Der Rückgang in der Ausfuhr von Baumwollgeweben ist besonders für England verhängnisvoll. Dagegen ist die Baumwollindustrie Amerikas und mehr noch Japans mächtig aufgeblüht.

Ähnlich läßt sich an der Papierindustrie (Vereinigte Staaten, Canada, Indien), B ü n d h ö l z e r herstellung und S c h u h fabrikation (Australien, Argentinien, Brasilien) die stärker werdende Konkurrenz des Auslandes feststellen.

Die gesamte Weltproduktion ist um 18 % gestiegen, Amerikas und Afrikas Gesamterzeugung um $\frac{1}{3}$, Asiens um $\frac{1}{4}$, Europas um einen kaum nennenswerten Bruchteil. Im Welthandel ist Amerikas und Asiens Anteil an der Ein- und Ausfuhr um 30 % gestiegen, Europas Einfuhr dagegen (1913: 50,4 Milliarden Mark, 1925: 46 Milliarden Mark) und mehr noch seine Ausfuhr (1913: 42,5 Milliarden Mark, 1925: 36,1 Milliarden Mark) ist zurückgegangen.

Produktion und Außenhandel im Jahre 1925*) (1913 = 100)	Europa	Nordamerika	Mittelamerika	Südamerika	Asien	Afrika	Australien (Ozeanien)	Welt
Produktion	105	126	169	135	124	139	124	118
Einfuhr	94	138	127	97	125	108	134	105
Ausfuhr	84	135	128	96	150	96	134	104
Totalhandel	89	137	128	97	138	101	134	105

Prozentuale Beteiligung der Erdteile an der Produktion und am Außenhandel der Welt 1913 und 1925	Europa	Nordamerika	Mittelamerika	Südamerika	Asien	Afrika	Australien (Ozeanien)	Welt
Produktion . . . 1913	43,4	26,8	1,5	3,9	20,7	2,1	1,6	100
1925	38,7	28,7	2,2	4,4	21,9	2,5	1,6	100
Einfuhr 1913	61,6	12,4	1,9	5,7	11,9	4,0	2,5	100
1925	55,1	16,2	2,3	5,2	14,1	3,9	3,2	100
Ausfuhr 1913	55,2	15,8	2,4	6,7	12,7	4,5	2,7	100
1925	44,7	20,6	3,0	6,2	17,9	4,2	3,4	100
Totalhandel .. 1913	58,5	14,0	2,1	6,2	12,3	4,3	2,6	100
1925	50,0	18,3	2,6	5,7	16,0	4,1	3,3	100

*) Enthalten sind Lebensmittel und industrielle Grundstoffe.

Aus den beiden Tabellen lassen sich die vier Entwicklungslinien für die Nachkriegszeit klar erkennen:

1. Das bei weitem größere Anwachsen der Weltproduktion gegenüber dem Welthandel. Hier kommt das in den letzten Jahren stark hervortretende Bestreben fast aller Länder nach wirtschaftlicher Verselbständigung zum Ausdruck.
2. Der nicht unerhebliche Rückgang des Anteils Europas am Welthandel. Der scharfe Ausfuhrückgang zeigt, daß sich andere Erdteile die Lahmlegung Europas durch den Weltkrieg zunutze gemacht haben.
3. Der zunehmende Einfluß Asiens auf den Weltmarkt.
4. Die wachsende Bedeutung Nordamerikas für den Welthandel.
(Veröffentlichung der Dresdener Bank.)

Nach amerikanischen Bankberichten erreichte die amerikanische Prosperität in der ersten Hälfte des Jahres 1929 eine neue Rekordhöhe. Die industrielle Produktion war größer als jemals zuvor, die Beschäftigung der Industrie war wesentlich besser als im Jahre vorher, und die von der Industrie ausgewiesenen Gewinne waren mit Ausnahme eines Industriezweiges, der Schuh- und Lederindustrie, wesentlich größer als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der gesamte Reingewinn von 284 führenden repräsentativen Industrie- und Handelsunternehmungen stellte sich für das erste Halbjahr 1929 auf 871 Mill. Dollar gegen 654 Mill. Dollar in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, war also um rund ein Drittel größer. Für 650 Unternehmungen (einschließlich Eisenbahnen und Public Utilities) ergibt sich eine Zunahme des Gewinnes um 24,4% von 1675 auf 2083 Mill. Dollar. Über 100% beträgt die Gewinnzunahme in der Eisen- und Stahlindustrie und in der Textilindustrie, die im letzten Jahre allerdings recht schlecht abgeschnitten hatte, 96% in der Kupferindustrie, 52% in der Baumaterialienindustrie, 65% in der Luftfahrtindustrie, 48% in der Maschinenindustrie, 36% in der Elektroindustrie. Die Automobilindustrie konnte ihren Reingewinn infolge des scharfen Konkurrenzkampfes nur um 4,3% erhöhen.

Der europäischen Wirtschaft und gar erst der deutschen, die am kapitalärmsten ist, steht ein schwerer Kampf um ihren Absatz, überhaupt um ihre Existenz bevor.

Die neuen Formen der amerikanischen Wirtschaft (weitgehende Mechanisierung der Betriebe, Typisierung der Fabrikate, Vergesellschaftung und Vertrustung der Wirtschaftszweige, einheitliche Preisregelung) setzen sich auch in der übrigen Welt durch. Europa droht nicht nur das Schicksal, eine Wirtschaftsprovinz der Vereinigten Staaten zu werden, sondern auch die Gefahr, daß das europäische Geistesleben der Amerikanisierung anheimfällt.

Das sind Tatsachen, mit denen die europäische Welt rechnen muß. Sie muß darum Wege suchen, die abschüssige Bewegung aufzuhalten und aufzufangen. Nach diesen Feststellungen wird es klar, wie unsinnig die europäische Wirtschaftsparzellierung (s. Karte 47) ist. In der Massenfabrication kann Europa aus Mangel an Betriebsmitteln niemals mit Amerika Schritt halten. Qualitätserzeugung muß ihr Ziel mehr noch als bisher sein. Ferner gilt es, die innere Kaufkraft des Landes zu heben, den Innenmarkt zu beleben und die Nationalwirtschaft zu kräftigen, deren Grundlage in Deutschland die Landwirtschaft sein und bleiben wird.

Gefahr der
Amerikanisierung
Europas

Die Macht des Ols

5. Für die britisch-amerikanische Spannung wird aber ein Faktor von großer Bedeutung werden, der leicht der politischen Wertung entgeht: der Besitz der größten Ölvorräte. Das Wort von Lord Curzon: „Die Verbündeten sind auf Wogen von Öl zum Siege geschwommen“ weist darauf hin, wie bedeutsam der Übergang von der Kohlen- zur Ölfeuerung geworden ist. Ein Drittel der Welthandels-schiffahrt-Tonnage und sämtliche Kriegsschiffe haben heute Ölfeuerung. Für den zukünftigen Seekrieg wird der sichere Besitz großer Ölvorräte, also auch der Öllager, sehr wesentlich sein. Als eine ihrer Aufgaben sehen die Großmächte es daher an, solche Staaten, die im Besitz reicher Ölvorkommen sind, in irgendeine Art Abhängigkeit zu bringen. Der Wettbewerb der Mächte, der schon vor dem Kriege anhub, hatte daher auch die mannigfachsten Zusammenstöße und Verwicklungen zur Folge (russisch-englischer Gegensatz in Persien, nordamerikanische Ölpolitik in Persien und Einmischungen in Mittelamerika). Heute haben sich die Vereinigten Staaten die vor ihrer Tür liegenden Ölschätze Mittelamerikas vermöge friedlicher Durchdringung gesichert und würden jeden Eingriff einer fremden Macht in dieses Interessengebiet als Vorstoß gegen ihr eigenes Staatsgebiet mit Gewalt beantworten. Trotz des Besitzes dieser riesigen Öllager suchen sie noch andere Ölgebiete sich zu sichern (Persien, Mesopotamien). Weniger glücklich ist die Lage Großbritanniens, das aus Mangel an Ölvorkommen im eigenen Land auf die wirtschaftliche Beherrschung der mittleren und kleinen Ölmächte und auf die Sicherung seiner eigenen kolonialen, meist fremdem Zugriff preisgegebenen Ölgebiete achtgeben muß.

6. In der Entstehung der Großmächte und ihrer Ausweitung zu Imperien zeigt sich die politische Bedeutung der Verkehrstechnik (Eisenbahn, Dampfschiffahrt), denn diese erst hat jene Überwindung großer Räume und ihre Beherrschung zuwege gebracht (vgl. das sinnvolle System von Straßen- und Seeverbindungen im alten römischen Reiche).

Verflechtung
der Erdteile

Die Eisenbahn hat Canada erschlossen, wie durch sie die politische Vereinheitlichung des ungeheuren Landgebietes der Vereinigten Staaten ermöglicht wurde. Die Eisenbahn wird Südamerika zu dem Lande großer wirtschaftlicher Möglichkeiten machen; sie hat den weiten russischen Raum geöffnet und Ansätze zu wirksamem Ausbau seiner ungeheuren Quellen geschaffen; sie ermöglicht während aller Jahreszeiten den Verkehr zwischen den verschiedenen Teilen des Reiches. In den Vereinigten Staaten wurden die Eisenbahnen (mit Ausnahme der Altkolonien, in denen die Bahnen auf den Spuren bestehender Verkehrsstraßen über große Städte und Verkehrsknotenpunkte gelegt sind) nicht durch wichtige Städte geführt, sondern im Gelände folgten, unvermeidlich an bestimmten Punkten, wie etwa Chicago, zusammentrafen und dort eine Stadtanlage sich am meisten empfahl. Ähnlich wurde die große transsibirische Bahn ein Kulturpfad, der den Eisenbahnschwellen folgend das europäische Rußland mit der pazifischen Küste verband. Die transkaukasische und transkaspische Linie erschlossen das alte Herz des Kontinents, das sich jetzt auf Grund seines Eisenbahnnetzes umzuwandeln begann. Das Aufkommen der Idee einer gemeinsamen indischen Nationalität fand durch die gesteigerte Verbindung von Volk zu Volk unvorhergesehene Förderung. Kleinasien, Mesopotamien und die Länder des nahen Ostens sind durch die Bagdadbahn nicht nur der wirtschaftlichen Erschließung und abendländischen Zivilisation nahegerückt, sie schöpften daraus auch den Antrieb zu nationaler Wiederverjüngung. Die gleiche Bedeutung erhielt der

Seeverkehr seit dem Bau von Dampfschiffen (beträchtliche Zeitersparnis, größere Transportfähigkeit und Sicherheit). Erst damit konnte das britische Weltreich zu seiner Größe und Bedeutung heranwachsen, war die höchste Ausnützung seines großen Kolonialreichtums sichergestellt.

Die moderne Technik hat die Wirtschaftskämpfe verschärft; ein dichtes Netz von Verkehrslinien umfaßt den ganzen Erdball. England fühlte seine Vorherrschaft durch den Wettbewerb anderer Mächte bedroht. Als gar auf deutsche Anregung ein Verbindungsweg von Konstantinopel zum Persischen Meerbusen gebaut wurde (Bagdadbahn), wurde das als Angriff auf den Bestand des britischen Reiches ausgedeutet. Die gleiche Auslegung erhielten die Anlage deutscher Kabelnlinien und der wachsende Ausbau der deutschen Schifffahrtslinien, ja man sah in den Bahnbauten in den deutschen Kolonien, die lediglich der wirtschaftlichen Erschließung dienten, Bedrohung britischen Kolonialbesitzes.

Der Weltkrieg hat durch die gewalttätige Abdrosselung der deutschen Verkehrsverbindungen und durch den Raub deutschen Überseebesitzes den deutschen Wettbewerb vernichtet. Jedoch andere Kräfte von großer politischer Triebkraft sind wirksam geworden. Man hat jetzt neue Verkehrsmittel von größerer Beweglichkeit: das Automobil, das Flugzeug, das Luftschiff. Die Nachrichtenübermittlung ist mit der Verbesserung des drahtlosen Verkehrs und dem Funkdienst der Möglichkeit gewaltfamer Eingriffe (Zerstörung der Kabel) entrückt. Die Herrschaft des Menschen über den Raum ist fast unbegrenzt. Mit Besorgnis beobachtet England jeden Ozeanflug eines Luftschiffes oder Flugzeuges, wengleich es daraus wohl selber wieder neue Mittel zur Beherrschung seines Besitzes gewinnt. Das Flugzeug wird Waffe zur Beherrschung Arabiens (Umwandlung Adens aus einem Flottenstützpunkt zum Flugzeughafen) und der Indien vorgelagerten Schutzstaaten. Aber immer mehr entgleitet England die von ihm beanspruchte Vorrangstellung. Frankreich durchzieht sein afrikanisches Kolonialreich mit Eisenbahnen und Autostraßen. Flughäfen werden angelegt als militärische Sicherung und Ausgangspunkte französischer Kultur (Luftschifflinie Paris—Dakar; Senegambien—Brasilien). Die seestrategische Stellung Englands im Westmittelmeer ist durch die Gefahr eines gleichzeitigen Luft- und Wasserangriffs von Südfrankreich und Nordafrika gefährdet. Die mesopotamische Stellung ist von der Türkei, Syrien, Persien und im Rücken von dem Wahabitenstaat eingeengt. Die Entwicklung des chinesischen Verkehrsnetzes und der japanischen Seetechnik (U-Boote, Flugzeuggeschwader und Flotte) gefährden die Oststellung. Das dichte Eisenbahnnetz der Vereinigten Staaten, ihre Beherrschung des Panamakanals und die dadurch erreichte Verbindung beider Ozeanflotten, endlich ihre Machtstellung im Stillen Ozean dank ihrer Stützpunkte (Pearl Harbour, Hawaii, Guam, Philippinen, Dutch-Harbour, Tutuila) haben Amerika in seinem Bereich vor dem englischen Nebenbuhler ein großes Übergewicht verschafft.

Verkehr, Wirtschaft und Politik sind inniger denn je miteinander verbunden.

XLVII. Die Welt und Europa.

1. Die europäische Kleinstaaterei.
2. Die europäische Wirtschaftsparzellierung.
3. Weltmächte und Wirtschaftseinheiten.

Das Staatenmosaik
Europas

1. Die Neuordnung Europas durch den Versailler Frieden hat eine mosaikartige Zerstückelung des europäischen Raumes zur Folge gehabt. Statt 21 Staaten der Vorkriegszeit zählt man heute 29; nur 10 von ihnen haben mehr Bewohner als der Großstadtbereich von Newyork.

Das für die natürliche Grenzziehung vorgeschützte Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in Wirklichkeit nicht durchgeführt: 40 Millionen Menschen leben unter der Herrschaft fremder Völker. Während früher die europäische Mitte nur große Staaten umfaßte und sich die Nationalitätenkämpfe innerhalb der Staatsgrenze abspielten, sind jetzt durch die Zerstückelung der Großstaaten zwischen den kleinen Nationalstaaten mit ihren starken nationalen Minderheiten Reibungen geschaffen worden, die dauernd den Frieden gefährden.

Die Wirtschaftszersplitterung
Europas

2. Nicht minder gefährdet ist die Wirtschaftslage Europas und der einzelnen Staaten.

Zum Schutze der Nationalwirtschaften hat Europa zu den vorhandenen Zollgebieten neue dazu erhalten, die Gesamtlänge der Zollmauern ist um 35 000 km gewachsen.

Entsprechend ist die Zahl der Währungen größer geworden. Um den Betrieb der einzelnen Wirtschaftskörper in Gang zu bringen und aufrecht zu erhalten, werden Anleihen aufgenommen, die eine zunehmende Verschuldung zur Folge haben.

Die Zerstückelung der europäischen Wirtschaft beeinträchtigt ihren Anteil an der Weltwirtschaft. Europa hat gegenüber Asien und Amerika sowohl als Absatz- wie als Bezugsmarkt erheblich an Bedeutung verloren (vgl. S. 170).

Die Wirtschaftszerspaltung Europas muß, im Rahmen der politischen Gesamtlage betrachtet, geradezu als verhängnisvoll für die nationale Selbständigkeit der Staaten bezeichnet werden. Die neuen nationalen Wirtschaftseinheiten, die ihre staatliche Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit durch das Schutzzollsystem sichern wollen, sind zu klein und bieten nicht die Voraussetzungen, die dem Zollschutz größerer autarkischer Wirtschafts- und Staatseinheiten zugrunde liegen. Das kleinräumige, zersplitterte, verarmte Europa kann sich nur noch mit Mühe der ansteigenden Wirtschaftskraft geschlossener Mächte erwehren. Infolge seiner Verschuldung und steten Durchsetzung mit amerikanischem Kapital wächst die Gefahr, eine Wirtschaftsprovinz der Vereinigten Staaten zu werden.

Diese Entwicklung läßt sich nur durch eine dauernde Befriedung des europäischen Festlandes vermeiden. Der Geist des Versailler Friedens, der aus Europa ein Trümmersfeld schuf, muß dem Willen ehrlicher Verständigung weichen.

Ein uneiniges, politisch und wirtschaftlich zerrissenes Europa muß dem zähen, gesammelten Macht- und Herrschaftswillen der Vereinigten

Staaten erliegen. Wenn im Sinne einer wirksamen Abwehr der Pan-europa-Gedanke (hauptsächlicher Vertreter Graf Coudenhove-Kalerggi) ernsthaft erörtert wird, so treibt die Entwicklung tatsächlich in Richtung eines zwischenstaatlichen europäischen Zweckverbandes. Aber wenn der Paneuropaplan England und Sowjetrußland aus diesem Paneuropa ausschließt, Frankreich jedoch seine jetzigen Grenzen beläßt und sein afrikanisches Kolonialreich sogar hineinzieht, so kann es nur ein „großnapoleonisches Reich mit moderner Weitenerstreckung“ sein: also ein Paneuropa mit militärischem und wirtschaftlichem Übergewicht Frankreichs. Zweifellos schwebt Briand bei seinem kürzlich (Juli 1929) veröffentlichten Plan, eine paneuropäische Konferenz einzuberufen, das gleiche Ziel vor. Solch ein Paneuropa wäre ebenso untragbar, wie jede andere Neuordnung Europas, die nicht der Volkspersönlichkeit volles Recht zuteil werden läßt, Achtung vor dem heiligen Recht jeglichen Volkstums hat. Doch bis dahin ist gewiß noch ein weiter Weg.

Neuordnung
Europas

„Einem europäischen Kontinentalbunde müßte etwa die Aufgabe, auf folgenden Gebieten regelnd einzugreifen, zugestanden werden: Handel, Verkehr, Ausbeutung der Rohstoffe, europäische Währung und europäisches Recht, und zwar: Staatenrecht, Nationalitätenrecht, Wirtschaftsrecht. Ein solcher zweckbegrenzter Verband wäre überhaupt erst imstande, wirkliche Nationalstaaten auch in Gebieten weitgehender Völkerverzahnung zu ermöglichen. Jedes Volk könnte im eigenen Staate unter seinem eigenen Rechte leben, jeder Nationalstaat die Lebensform für sein Volk werden, das sich die ihm passende föderative oder einheitliche Regierungsform selbst geben könnte.“

Selbst für eine paneuropäische Wirtschaftsgemeinschaft ist die europäische Staatenwelt noch nicht reif. Man ist noch blind der über das Weltmeer kommenden Gefahr gegenüber. Die Not muß noch größer und brennender werden — so scheint es —, bis die Vernunft sich gegen alle Eifersucht und Haßgefühle der europäischen Staaten durchsetzt und eine planmäßige Zusammenarbeit im Sinne einer organischen Ordnung der europäischen Kräfte gewährleistet.

XLVIII. Deutschland und Europa.

1. Das mitteleuropäische Eisenbahnnetz.
Das mitteleuropäische Flugverkehrssystem.
Die mitteleuropäischen Wasserwege.
Die Bodenschätze in Mitteleuropa.
2. Die Industriebezirke in Mitteleuropa.
3. Die deutsche Kultur und ihre Auswirkung.

„Daß Deutschland heute wieder der Brennpunkt des europäischen Problems ist, fühlen nicht allein die Völker des Ostens, sondern wissen auch die Herrschervölker des Westens“. (Ferrero.) Diese unsichtbare Vormachtstellung Deutschlands im mitteleuropäischen Raume ist geschichtlich und geographisch (Mittellage) begründet und beruht auf der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfteballung, die sich in Deutschland immer wieder und so auch heute trotz aller Verstümmelung und Verarmung entwickelt. Das deutsche Volk ist auch heute noch das Großvolk Mitteleuropas. Von 81 Millionen Deutschen in Mitteleuropa leben 73 Millionen im geschlossenen Siedlungsgebiet, 62 Millionen im Deutschen Reich, bei 144 Millionen Gesamtbevölkerung Mitteleuropas.

Deutschland - Brennpunkt des europäischen Problems

Gunst
der Verkehrslage

Wirtschaftlich ist Deutschland durch eine überaus günstige Verkehrslage ausgezeichnet. Von 24 internationalen Linien Europas führen 11 durch Deutschland. Die küstenarmen und -fernen Mittel- und Kleinstaaten Zwischeneuropas sind mithin auf den deutschen Durchgangs- und Verbindungsverkehr angewiesen. Von 63 730 km Bahnlänge vor dem Kriege sind dem deutschen Verkehrsnetz 57 640 km verblieben. Damit übertrifft Deutschland noch immer die Bahnlänge jedes andern europäischen Landes. Die west-östlichen Querverbindungen laufen sämtlich durch Deutschland. Ebenso besitzt Deutschland ein vortreffliches und im weiteren Ausbau sehr leistungsfähiges System von Binnenwasserstraßen. Zwar hat die Internationalisierung der wichtigsten Wasserstraßen (alle Flüsse außer der Ems und Weser) gegenwärtig das deutsche Verfügungsrecht stark eingeschränkt, entscheidender aber als fremdes Verwaltungsrecht bleibt für die Zukunft doch die Tatsache, daß die Flüsse durch deutsches Land fließen. Auch hier werden die im Ausbau befindlichen Querverbindungen Rhein-Ems-Weser-Elbe-Kanal mit ihrer Fortsetzung über Brandenburg bis zur Oder als West-Ost-Linie und der Rhein-Main-Donau-Kanal als West-Südost-Linie ihre Bedeutung für Osteuropa erweisen. Für den Flugzeugschnellverkehr ist Deutschland geradezu beherrschend in seiner Mittellage. Das „Luftkreuz“ Berlin ist der größte und bedeutendste Lufthafen Europas. Einen ähnlichen Aufschwung zeigt das deutsche Fernkabelnetz. Die Bodenschätze des Deutschen Reiches waren die Grundlage einer beispiellosen industriellen Entwicklung und gaben Deutschland seine Weltgeltung vor dem Kriege. Überschuß an Bodenschätzen hatte Deutschland allerdings nur in Kohle und Kali. Die übrigen Bodenschätze decken nicht im entferntesten den Bedarf der deutschen Industrie.

Die Grenzlage der wichtigsten Lagerstellen wurde der deutschen Wirtschaft zum Verhängnis. Das größte deutsche Eisenerzlager, das Minettegebiet in Lothringen, wurde durch den Frieden Frankreich zugesprochen, das damit an den Aufbau seiner Wirtschaft gehen konnte. Frankreich erreichte auch die Zerreißung des ober-schlesischen Beckens mit seinem Kohle-, Erz- und Zinkvorkommen. Die finanzielle Beherrschung der jungen polnischen Industrie sicherte Frankreich die Auktionierung dieser polnischen Erwerbungen in Oberschlesien. Ebenso kommt die Abtrennung des Saargebiets Frankreich zugute.

Wirtschaftlicher
Wiederaufbau
Deutschlands

Wenn trotz solcher Verluste die wirtschaftliche Macht Deutschlands wieder im Aufstieg begriffen ist, so dankt es das den Fortschritten der Technik und besonders der Chemie. Die Braunkohle erhält in steigendem Maße die Bedeutung eines wertvollen Steinkohleneratzes. Da ihr Abbau leichter und billiger geschieht, ist die Braunkohlenförderung stark gestiegen. Von 1913 mit 85 Millionen bis 1926 mit 136,8 ist eine Zunahme von 51,8 Mill. t erzielt worden (vgl. S. 169). Die Kohle lagert in Schichten bis zu einer Mächtigkeit von 100 m oft dicht unter der Erdoberfläche vorwiegend in den steinkohlenarmen Gebieten Mitteldeutschlands. Durch Erzeugung elektrischer Kraft ermöglichen sie den Ausbau eines Großkraftnetzes über weite Gebiete, besonders auch solche, die über keine Wasserkraft verfügen. Dank dem neuesten Verflüssigungsverfahren (durch Fischer

und Bergius) werden heute aus Stein- und Braunkohle in Deutschland auch Öl, Benzol und andere wichtige Stoffe erzeugt, die Deutschland nicht nur von der Einfuhr unabhängig machen, sondern auch ein neues Ausfuhrgut bilden. — Auch die deutsche Stickstoff- und die Kunstseidenindustrie haben einen gewaltigen Aufschwung genommen.

Während vor dem Kriege der Westen Deutschlands immer mehr der Mittelpunkt der deutschen Industrie zu werden schien, ist heute dank der Fernleitung der elektrischen Kraft die Entwicklung zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Industrie übergegangen. Damit öffnen sich befreiende Ausichten auf sozialen Ausgleich, Abwendung der bedrohlichen Landflucht und eines Übergewichts der Großstädte. Die Bodengebundenheit der Standortindustrie wird für manche Industriezweige weiterbestehen bleiben, aber auch hier wird der Ausbau des Verkehrsnetzes noch manche Änderungen herbeiführen.

Demgegenüber stehen freilich die schweren Tributlasten, die große Verschuldung unserer Wirtschaftsbetriebe, der Landwirtschaft wie der Industrie, die starke Verengung des Weltmarktes, die den Absatz unserer Erzeugnisse sehr erschwert. Unendlich mühsam wird der Weg zu neuem Aufstieg jedenfalls sein.

Der Hauptbestand an den für die heutige Wirtschaft wichtigen Bodenschätzen liegt im Kern und an den westlichen Randgebieten Mitteleuropas. Der Osten ist vorwiegend Agrarland. Die hohe Entwicklung der zunächst standortlichen Industrie in jenem westlichen und mittleren Kernraum hat diesem einen Vorsprung vor dem Osten gesichert, der kaum einzuholen ist. Hinzu kommt die Eignung der Bevölkerung für gewerbliche und technische Betätigung. Auch hier zeigt sich die besondere Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Deutsche Bauern, Handwerker, Techniker, Bergleute haben im Mittelalter die deutsche Kultur nach dem Osten getragen. Sie sind dort auch jetzt wieder auf allen möglichen Gebieten tätig.

Mitteleuropa ist eine Raumeinheit. Deutschland kann für den Aufbau der osteuropäischen Wirtschaftskörper wieder wertvollste Hilfe leisten und muß darin seine besondere Aufgabe sehen. Sie liegt in der Richtung seiner lagebedingten kontinentalen Entwicklungslinie.

Bedeutung der europäischen Mittellage Deutschlands

„Deutschlands Zukunft liegt auf dem Lande“ (R. Kjellén).

Der Verlauf der deutschen Geschichte ist von der binneländischen Lage des deutschen Staatsraumes bestimmt. Meer und Küsten haben sie verhältnismäßig wenig beeinflusst. Die Nordseeküsten und die Rheinmündungen schieden früh aus, da die das Marschland besiedelnden Friesen mit den im rückwärtigen Hinterland sitzenden Sachsen verfeindet waren. Die Friesenstädte blieben der Hansa fern, und die Städte des holländischen Marschlandes gerieten bald in Kampf mit ihr. Die Macht der Hansa stützte sich vornehmlich auf die Ostseeküste und umfaßte nur die Städte des nördlichen Küsten- und Flachlandgürtels bis zur mitteldeutschen Gebirgsschwelle. Die kontinentale Hauptmasse, der Kern Deutschlands (die Rheinlande und Oberdeutschland), stand der maritimen Politik fern, und da auch die ohnmächtige Reichsgewalt sie ohne staatliche Führung und Unterstützung ließ, war ihre Blüte nur von kurzer Dauer. Auch der italienischen Reichspolitik des mittelalterlichen Kaiserturns fehlte der Drang zum Meere; sie verfolgte rein kontinental-imperialistische Ziele. Der Handel vermittelte nur zu Lande den Warenverkehr von Italien nach Nordwestdeutschland. Senua und Venedig

konnten zu beiden Seiten der großen Kaiserheerstraße die Selbständigkeit ihrer Seestadtstaaten aufrichten. Als seit dem Kaisertum der Habsburger der *geopolitische Schwerpunkt* des deutschen Staates in das *Wiener Becken* rückte, schloß sich das Deutsche Reich noch mehr vom Meere ab. Der *Raub* der deutschen *Flußmündungen* im Jahre 1648 verstärkte die kontinentale Natur des deutschen Staatskörpers. — Erst die seenehe Lage Preußens lenkte den Blick und das Streben allmählich auf das Meer. Aber abgesehen von den ersten bald wieder verlorengegangenen Kolonialgründungen des Großen Kurfürsten ließ sich die preußische Politik (auch Friedrichs des Großen) lediglich von den kontinentalen Rücksichten des Zweifrontenproblems leiten, bis erst nach der Gründung des neuen Deutschen Reiches der deutsche Imperialismus sich seinen Weg auch über die Weltmeere suchte. — Aber noch Bismarcks Politik war ganz kontinental eingestellt. Mit Recht sah er in der Landseite „die Schicksalsseite“ Deutschlands. Die Grenzen sind im Westen und Osten offen, eingeschlossen von Romanen und Slaven. Deutschland hat an beiden Fronten von jeher um seinen Raum kämpfen müssen („kontinentales Zweifrontenproblem“). Karl der Große schützte sie durch Marken. Die Sachsenkaiser trugen den Angriff im Osten gegen Slaven und Ungarn vor. Noch waren freilich die benachbarten Staaten im Osten und Westen machtlos und konnten die staatliche Machtentfaltung Deutschlands nicht wesentlich hindern. Sie wandte sich auch nach *Süden*, obwohl die italienische Reichspolitik über den Alpenschutzwall und in der Auseinandersetzung mit der hochentwickelten Kultur Italiens nicht in der Linie des geringsten Widerstandes lag und damit den Raumgegebenheiten Gewalt antat. Die *Mittellage* regt eben zu *außenpolitischer* Betätigung nach *verschiedenen* Seiten an, führt dadurch freilich zu einer *Zersplitterung* der Kräfte. Das Ergebnis war ein Versagen der *Ottonischen* Politik, dann ein völliger Zusammenbruch der *Hohenstaufenmacht*, zumal mit dem außenpolitischen Dualismus sich innere Gegensätze (*Staufer* — *schwäbische Südpolitik*, *Welfen* u. a. — *Oststreben*) verbanden. Der natürliche Zug der deutschen Ausweitung geht in westöstlicher Richtung, entsprechend der nach Osten zu breiter werdenden Erstreckung des norddeutschen Flachlandes. In dieser Richtung hat die Ostbewegung des deutschen Volkes ihre großen Kolonisationserfolge. Sie wurde durch das verirrte raumpolitische Streben nach Süden der italienischen Politik verhängnisvoll gehemmt. — Im 15. Jahrhundert wurde das kontinentale Zweifrontenproblem von neuem brennend, bezeichnet durch den Kampf des großpolnischen Reiches gegen den Ritterorden, die tschechische Nationalbewegung und das beginnende Vordringen Frankreichs zum Rhein (nach Beendigung des 100jährigen Krieges mit England). Der Angriff, im Osten erfolgreich, scheiterte zunächst im Westen (Zusammenbruch des burgundischen Zwischenreiches Karls des Kühnen). Aber im 30jährigen Kriege und in den Raubkriegen Ludwigs XIV. wurde auch die Westfront eingedrückt, gleichzeitig griffen die Türken, als Bundesgenossen Frankreichs, von Osten her an (1683).

Unter dem Zweifrontendruck gab Habsburg seine Rheinstellung (Westfront) auf und verlegte seine Stoßkraft in südöstlicher Richtung nach dem Balkan und in südlicher nach Italien (Adria-Mittelmeerstellung). Metternich schloß diese Entwicklung, die Loslösung Habsburgs vom deutschen Staatsraum, 1815 ab, indem er die letzten habsburgischen Besitzungen am Oberrhein und in Belgien gegen Venetien und die Lombardei eintauschte. Wieder kreuzt eine *Südrichtung* die westöstliche Schicksalslinie Deutschlands. — Dafür übernimmt *Preußen* die Verteidigung der West- und Ostfront. Zu dem Dualismus zwischen Österreich und Preußen über die Lösung der deutschen Frage kommt das lagebedingte entgegengesetzte Streben zum Meer, Österreichs südwärts zur Adria, Preußens nordwärts zur Nord- und Ostsee. Der deutsche Bund war durch dieses Gegeneinanderstreben zur Ohnmacht verurteilt. Die deutsche Frage konnte nur das dem deutschen Staatskörper raumverbundene Preußen in kleindeutschem Sinne lösen.

Das kontinentale Zweifrontenproblem bleibt auch für das neue Deutsche Reich die Lebensfrage. Mit dieser klaren Erkenntnis und seiner genialen Meisterung konnte Bismarck 1866 und 1870 die großen Erfolge erreichen und durch sein Bündnisystem Deutschland und Europa den Frieden sichern. Einer Festigung der kontinentalen Stellung diene auch die Orientpolitik (Türkei).

Der raumpolitische Dualismus Deutschlands

Die nachbismarcksche Außenpolitik nahm noch eine neue Richtung auf. Dem Streben über das Meer hinaus, der Forderung nach verstärkter Seegeltung trug die Flottenpolitik und der deutsche Imperialismus Rechnung. Dadurch wurde jedoch abermals ein außenpolitischer Dualismus geschaffen, der die deutschen Kräfte wiederum zersplitterte und ihre Leistungsfähigkeit überstieg, zumal es dem inneren Staatsaufbau noch an der nötigen Festigkeit und Geschlossenheit fehlte. Auch die Unbeständigkeit und Unsicherheit der deutschen Außenpolitik seit 1890 findet dadurch ihre Erklärung. Wenn die Geschichte Lehrmeisterin der Politik sein soll, so dürfte die kurze Übersicht folgendes Ergebnis haben:

„Deutschland ist nur, wenn es stark ist“ (Rakel).
Machtpolitik, Pflege der Wehrhaftigkeit ist bei der kontinentalen Zwischelage gewiß nicht erobrerungslüsterner Militarismus, sondern eine nackte Lebensnotwendigkeit zur Verteidigung des Lebensraumes, zur Wahrung staatlicher Selbständigkeit. Nur ein freies, seiner Eigenart bewußtes Volk kann sein Volkstum gegen Überfremdung schützen und seine Kulturmission in der Welt erfüllen.

Die Grundlage des deutschen Staatsraumes ist kontinental. Überseeische Bestrebungen müssen den Forderungen binnenländischer Raumgebundenheit untergeordnet bleiben. Maritime und kontinentale Außenpolitik nebeneinander müssen scheitern, zumal wenn es noch an der nötigen staatlichen Einheit und Festigkeit fehlt. Ob die Politik von den beiden Fronten den Osten oder den Westen bevorzugen soll, läßt sich geschichtlich kaum entscheiden.

Die kontinentale Schicksalsbestimmung Deutschlands

Der mitteleuropäische Raum ist eine geopolitische Einheit. Deutschland ist nach Lage, wirtschaftlicher und kultureller Leistung berufen, im Sinne der kontinentalen Bündnispolitik Bismarcks die Kräfte dieses Mittraumes zusammenzufassen. Gerade weil von Deutschlands militärischer Ohnmacht keine imperialistische Machtpolitik zu befürchten ist, auf der andern Seite aber Wirtschaftsversklavung durch Frankreich oder Amerika droht, müßte vernünftige Einsicht die Wege für eine gesunde mitteleuropäische Politik freimachen. Aber wirtschaftlicher Zusammenschluß aus reinen Zweckmäßigkeits erwägungen wäre und bliebe Teillösung, wenn sie nicht vom Willen zu politischer und kultureller Verständigung getragen würde. Eine Selbstbesinnung der befreiten Völker Ost- und Südeuropas ist notwendig.

Mitteleuropa eine Einheit

Frankreichs politische Führung und Kulturpolitik im Osten geht von dem klaren Bewußtsein aus, daß Mitteleuropa eine Raumeinheit ist, die von Deutschland oder gegen Deutschland gestaltet werden muß. Es handelt sich also darum, wer den Raum formt, ihn besetzt. Lernt das deutsche

Beherrschung der Mitte - die europäische Frage

Volk sich wieder als Volk fühlen, so wird es auch seinen Raum wahrnehmen, sich seiner mitteleuropäischen Aufgabe gewiß werden.

XLIX./L. Volk und Raum.

- XLIX. 1. Volksdichte in Europa.
 2. Wanderbewegung in und nach Europa.
 3. Volksdichte in Deutschland.
 4. Die Lebendgeburten in Europa.
 L. 1. Völkerwanderungen der Gegenwart.
 2. Erfüllte und offene Räume.

Volkskraft
als politischer Faktor

Neben den macht- und wirtschaftspolitischen Fragen kann auch die Bevölkerungsbewegung für ein Volk schicksalsbestimmend sein. Einer gesunden Bevölkerungspolitik kommt damit große Bedeutung zu. Die Deutschen haben eigentlich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Wichtigkeit dieser Frage erkannt. Die Bedeutung eines Staates oder eines Volkes hängt zwar gewiß nicht ausschließlich von seiner Bevölkerungszahl ab. Denn es leben zahlenmäßig sehr starke Völker auf der Erde, deren politische Bedeutung verhältnismäßig gering ist (Chinesen, Inder, Neger). Fähigkeit zu staatlicher Organisation, Hingabe an ideale Ziele, wehrhafter Geist, wirtschaftliche Tüchtigkeit bestimmen die politische Geltung eines Volkes. Aber zwischen einigermaßen gleichgearteten Völkern, die nebeneinander wohnen — wie die abendländischen — ist doch die Zahl einer der wichtigsten Kraftmesser.

Bevölkerungsschwund geht natürlich auf tieferliegende Ursachen zurück, die verschiedener Art sein können. So ist der Niedergang der Bevölkerungsziffern im Altertum in physischer und sittlicher Entartung begründet. Verlust der griechischen Freiheit und Untergang des römischen Reiches war die politische Folge. In Irland hat die gewaltsame englische Unterdrückungspolitik die irische Bevölkerung aufgerieben. (Um 1800 hat Irland mehr als die Hälfte der englischen Bevölkerung, 1850: Irland $6\frac{1}{2}$, England 20 Mill., 1900: England 32 Mill., Irland $4\frac{1}{2}$ Mill.; 1922: England 38 Mill., Irland $4\frac{1}{2}$ Mill.)

Andererseits geht der politische Aufstieg der Vereinigten Staaten Hand in Hand mit einer ständigen Bevölkerungszunahme. Geburtenüberschuß, verminderte Sterblichkeit, starke Einwanderung wirken zusammen. Bei den einzelnen Rassen liegen die Verhältnisse aber verschieden. Die Geburtenziffern sind am schwächsten bei den „hundertprozentigen“ Amerikanern (d. h. denen von angelsächsischer Herkunft) und am stärksten bei der Negerbevölkerung. Während das rasche Anwachsen der weißen Bevölkerung auf der starken Einwanderung beruht, ist das Ansteigen der Negerbevölkerung seit Jahrzehnten fast nur durch Geburtenüberschüsse erfolgt (Neger 1800: rund 1 Mill.; 1920: rund 10,5 Mill.).

Aus dem stärkeren Wachstum einer anderstrassigen Bevölkerung entstehen innerpolitische Gefahren. Diese sind in der südafrikanischen Union noch wesentlich größer: Dort war

das Verhältnis der Weißen und Schwarzen vor fünfzig Jahren 300 000 zu 2 500 000. Heute zählt die weiße Bevölkerung (in der Hauptsache durch Zuwanderung verstärkt) 1 500 000 Menschen, die farbige aber ist trotz verheerender Seuchen auf 5 500 000 Köpfe gewachsen. Nach einer Schätzung ist für das Jahr 1974 mit dem Verhältnis 4 000 000 : 27 000 000 zu rechnen. Nun bilden in der südafrikanischen Union die Farbigen durchaus nicht mehr eine stumpfe Masse, viele sind vielmehr in verantwortliche Stellen gerückt. Die soziale Mißachtung und politische Knechtung durch die Angelfachsen verschärfen die Spannung zwischen den Rassen.

Auch in Europa sind rassenmäßig begründete Wachstumsunterschiede festzustellen und wirken sich außenpolitisch aus.

Das Wachstum Rußlands und das Absinken Frankreichs ist am auffallendsten. 1800 war Frankreich noch das volkreichste Land neben Rußland. 1830 behauptete es mit Mühe seinen zweiten Platz, 1860 wird es von Deutschland überflügelt. 1890 auch von Österreich-Ungarn, 1920 steht Frankreich an 5. Stelle; England und Italien haben es überholt, obwohl Frankreich 1919 durch 1,5 Mill. Elsaß-Lothringer (zu mehr als 90 % deutschen Volkstums!), ferner durch Einwanderung von Schweizern, Luxemburgern, Vlamen, Italienern, Spaniern, Polen, Berbern und Negern aufgefüllt wird. Heute zählt Frankreich bei einer Gesamtbevölkerung von 39 Mill. Menschen 34 650 000 (89,3 %) Franzosen, rund 4 150 000 (10,5 %) Nichtfranzosen.

Die Geburtenzahl geht bei fast allen europäischen Kulturvölkern zurück. Aber die Völker des Ostens, die Slaven, sind davon noch unberührt.

Rein Staat befindet sich volkspolitisch in einer solchen Gefahrenlage wie das Deutsche Reich, das, von drei Seiten von feindlichen Nachbarn umgeben, heute nur noch in einer ungebrochenen Volkskraft die Gewähr für seine politische Selbstbehauptung hätte. Diese deutsche Volkskraft, die in rund 4 Jahrzehnten (1871 bis 1914: 41 Mill. bis 68 Mill.) eine Zunahme von 27 Mill. Einwohnern zuwege brachte und sogar noch rund 2,5 Mill. an andere Nationen abgeben konnte, ist heute krank. Der gewaltige Aderlaß des Krieges hat rund 2 Mill. Männer dahingerafft, fast 1 Mill. Zivilbevölkerung durch die Hungerblockade vernichtet und 3 Mill. Kinder ungeboren sein lassen, er löste 6,5 Mill. = $\frac{1}{10}$ der deutschen Volksgenossen mit dem abgetrennten Gebiete vom Muttervolk (= 12 bis 13 Mill. Gesamtverluste). Heute jedoch droht eine noch weit schlimmere Gefahr in dem geschwächten Vermehrungswillen des Volkes. Denn kein Volk stirbt eigentlich aus, es wird „ausgeboren“. Im Jahre 1900 trafen im Deutschen Reich auf 1000 Einwohner noch 35,6 Lebendgeburten, 1925 nur noch 20,7, 1926: 19,5 und 1927: 18,3 (Frankreich: 1927: 18,2 und England-Wales: 16,7). Geradezu erschreckend ist die Abnahme der Geburten in den Städten. Durchschnittlich entfielen in den Großstädten auf 1000 Einwohner 1926: 14,1; 1927: 13,2; in Berlin nur 9,9. Aber zur bloßen Erhaltung des Bevölkerungsstandes sind nach den jetzigen (günstigen) Sterblichkeitsverhältnissen rund 17 Geburten erforderlich, bei einer durchschnittlichen Lebensdauer eines neugeborenen Kindes von rund 50 Jahren. Der Geburtenüberschuß ist von 8,8 (1925) auf 7,9 (1926) und 6,3 (1927) zurückgegangen [547 808 (1925), 493 541 (1926),

Geburtenrückgang
in Deutschland

402 949 (1927)]. „Das deutsche Volk ist somit seiner Lebens- und Wachstumsgrenze bereits bedenklich nahegerückt.“ In den Großstädten sterben mehr Menschen als geboren werden, die großstädtische Bevölkerung wächst zwar ständig, aber ihre Zunahme erklärt sich aus der ständigen Zuwanderung vom Lande her. Jedoch auch auf dem Lande gehen die Geburtenziffern in erschreckendem Maße zurück (1913: 32, 1926: 23 v. L.).

Landflucht im Osten
und slawische
Unterwanderung

Das Land und besonders der deutsche Osten wird durch die Landflucht immer mehr von deutschem Bauernvolk und deutschen Landarbeitern entblößt und damit der Verödung oder der slawischen Unterwanderung (polnische Wanderarbeiter) preisgegeben — beides gleich verhängnisvoll. In Rußland liegt die Geburtenziffer noch über 40, in Polen zwischen 30 und 40, in der Tschechoslowakei zwischen 20 und 30, in Italien bei 30 v. L. Dieser bevölkerungspolitische Überdruck auf die menschenarmen deutschen Ostgrenzen ist eine Gefahr, die von der großen Öffentlichkeit gänzlich übersehen wird. Nicht nur aus wirtschafts- und sozialpolitischen, sondern vor allem aus volkspolitischen Gründen müßte der Staat die Landflucht bekämpfen, die deutsche Bevölkerung durch kluge Siedlungspolitik an ihre heimische Scholle fesseln. Nur ein wirksamer Bauernschutz im Verein mit einer großzügigen Ansiedlung von Landvolk kann den deutschen Volksboden im Osten wieder festigen.

Völkerwanderungen
als Ausgleichs-
bewegungen

Die sogenannte Völkerwanderung wird heute vielfach als der große Ausgleichsvorgang zwischen den klimatisch ungünstigen, überbevölkerten Ländern im Norden des Mittelmeerbeckens und dem unterbevölkerten römischen Reich aufgefaßt.

Solch ein „Völkergesälle“ können wir in Afrika vom Nil zum Kongo, in Amerika von der Ost- zur Westküste verfolgen. Von der zentralasiatischen Steppe sind die gewaltigsten Völkerstürme über Asien und Europa dahingebraust. Auch in der Gegenwart vollziehen sich große Bevölkerungsbewegungen, wenn auch in anderer Form (Unterwanderung), so doch auch zum Zwecke eines Bevölkerungsausgleiches. England schuf sich in seinem Überseebesitz bald Neusiedlungsland für seinen Bevölkerungsüberschuß. Dem deutschen Volke waren natürliche Auslässe durch die Aufteilung des europäischen Raumes unter die Großmächte versagt. So blieb nur der Weg in die fremden Überseegebiete. Millionen deutscher Menschen gingen aus Mangel an eigenen Siedlungskolonien dem deutschen Volke verloren (Kulturdünger!).

Im 19. Jahrhundert haben 30 Millionen Europäer jenseits des Ozeans eine neue Heimat gesucht und gefunden, viele weitere Millionen für lange Jahre ihren Lebensunterhalt in Übersee verdient, um dann zurückzukehren. Die weiße europäische Rasse hat auf diese Weise die ganze Welt europäisiert, mehr als ein Viertel (fast 150 Mill.) sitzen in den übrigen Erdteilen, Amerika und Australien gehören ihr fast ausschließlich (Europa 433 Mill., Amerika 139, Australien und Südsee 6,7, Afrika 3,1, Asien 0,8).

Europas Vorherrschaft ist aber durch den Weltkrieg erschüttert. Die schwersten Kämpfe stehen ihm noch bevor, denn Europa bleibt hinter

der steigenden Bevölkerungsziffer der übrigen Kontinente weit zurück. Das beweist die zahlenmäßige Zusammenstellung der Bevölkerungsbewegung für die einzelnen Erdteile.

Abfall
der europäischen
Bevölkerungsziffer

	Einwohner in Millionen		Zuwachs in %
	1913	1925	
Europa	497,8	504	1,2
Nordamerika	104,3	124,4	19,4
Mittelamerika	29,8	31,8	6,5
Südamerika	56,2	68,6	22,0
Afrika	134,5	143,7	6,8
Asien	959,1	1 003,5	4,6
Ozeanien	7,6	8,8	15,6
Zusammen:	1789,3	1884,7	76,1

Auch die Gütererzeugung Europas hält mit der eigenen Bevölkerungsvermehrung und mit den Leistungssteigerungen der anderen Erdteile nicht gleichen Schritt. Wird der Geburtenrückgang gar eine Dauererscheinung, so schwindet jede Aussicht, einen Ausgleich für die verminderte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas zu schaffen.

Heute werden die Siedlerströme europäischer Völker, die den Erdball überzogen, von denen farbiger Völker abgelöst. Inder, Chinesen, Japaner überqueren Meere, um Neuland zu suchen. Im Zeitalter des Verkehrs schrumpfen die Entfernungen zusammen, werden Weltmeere Binnenseen mit Rüste und Gegenküste. Da aber die Welt nach dem Willen der Herrschervölker aufgeteilt ist, sind großräumige Ausgleichsvorgänge in der Gegenwart ebensowenig frei von politischer Bedeutung, wie in dem kleinräumigen Europa. Zu dem Kampf der Staaten gesellt sich heute der Kampf der Völker, und dem Willen der europäischen Herrschervölker, den Bestand ihres Weltbesitzes zu behaupten, steht die größere und zähere Lebenskraft der farbigen Rassen entgegen.

Der bevorstehende
Rassenkampf der
Weißen u. Farbigen

Die gelben Völker Chinas und Japans sitzen viel zu eng zusammengedrängt. Neues Siedlungsland ist für sie lebensnotwendig. Japan mit 63 Mill. Einwohnern hat eine Bevölkerungsdichte von 157 auf 1 qkm und eine Bevölkerungsvermehrung von rund 1 Mill. im Jahre. Südlich von Japan locken die menschenleeren Flächen Australiens, das bei 6,1 Mill. Einwohnern eine Bevölkerungsdichte von nur 1,0 aufweist, das aber von der sozialistischen Regierung fremden Einwanderern fast gänzlich verschlossen gehalten wird. Wie wird der bevorstehende Kampf zwischen Weißen und Gelben in Australien ausgehen?

Die Vermehrung der Menschheit wird auch in Zukunft mindestens ebenso stark sein wie im 19. Jahrhundert. Seit 1913 ist die Bevölkerung der Erde um mehr als 100 Mill. gestiegen, zur Zeit wächst sie jährlich um 18 Mill. Sie ist jedoch in Hinsicht auf die Ernährungsmöglichkeit der Erdsflächen sehr ungleichmäßig verteilt. Die bisherige Ausnutzung der Tragfähigkeit der verschiedenen Lebens-

„Raum für alle
hat die Erde“

r ä u m e ist aus der graphischen Darstellung ersichtlich. Aber die Erde vermag noch 4- bis 5mal soviel Menschen wie heute zu tragen. Prof. Penck hat den größtmöglichen Bevölkerungszuwachs auf mindestens 8 Milliarden errechnet, der in zwei bis drei Jahrhunderten erreicht sein könnte. Europa jedoch hat die äußerste Grenze der Bevölkerungsdichte fast erreicht, dagegen bieten die Tropen bei planmäßiger Erschließung und Nutzbarmachung einem Bevölkerungszuwachs viel Spielraum.

Lebenskraft
und Recht auf
Lebensraum

Wenn auch die Herrschaftsgewalt der weißen Völker noch andauern und der Kampf um die Macht über die Erdräume von ihnen durchgeföhrt werden wird, so haben doch schon farbige Völker erfolgreiche Versuche zur Abgrenzung ihrer Lebensbezirke gemacht und sie machtpolitisch zu gestalten gewußt. Vor allem aber sind die meisten tropischen und subtropischen Besitzungen einer Besiedlung durch Weiße verschlossen. Sie sind von Natur aus den schwarzen, braunen und gelben Rassen vorbehalten, die Ausfüllung dieser Räume durch die vordringenden Farbigen ist nicht aufzuhalten. Der Zeitpunkt der Herrschaftsablösung durch die Völker, die den Boden bebauen, ergibt sich dann aus dem Grad der Schwächung, den die Herrenvölker durch Stillstand oder Rückgang der eigenen Volksvermehrung erleiden. Die Weltgeschichte wird solche unnatürlichen Schranken hinwegfegen und den Völkern starker Vermehrung den von ihnen benötigten Raum zuweisen. Es gibt nicht nur eine friedliche Durchdringung der Wirtschaft und Politik, sondern auch der Völker, das ist das Machtmittel, das den farbigen Völkern gegeben ist. „Das chinesische Volk, heute durch innere Wirren zerrissen und zumindest seit Beginn unserer Zeitrechnung immer wieder von kriegerischen Nachbarvölkern erobert und beherrscht, vermochte nicht nur die jeweilige Fremdvollschicht aufzusaugen oder, wie die Mandschukaste, zur Bedeutungslosigkeit allmählich herunterzudrücken, sondern es war dank seiner rascheren Volksvermehrung sogar imstande, die Heimatländer dieser erobernden Nachbarn, die Mongolei und die Mandchurei, langsam zu chinesischem Land zu machen. Heute zählt das chinesische Volk schon fast 450 Millionen, das mongolische nur noch 3 Millionen.“ Im Kampf ums Dasein, um Sein oder Nichtsein, wird keine Rücksicht auf Leistungen der Vergangenheit gelten, sondern nur die Lebenskraft und der Machtwille der Gegenwart sich durchsetzen.

Forderung
der Einheit
von Staat und Volk

Erde und Mensch, Erdteilkämpfe, Staat, Volk und Raum stehen im Mittelpunkt unseres politischen Denkens. Welten ringen miteinander. „Denken in Kontinenten“ ist nötig, um das weltgeschichtliche Geschehen zu verstehen, und erst recht, will man seinen Verlauf irgendwie beeinflussen. Staaten und Völker in der Verbundenheit mit ihrem Lebensraum sind die entscheidenden Faktoren in diesem Kampfe. Die Stärke ihrer Lebenskraft, die ihnen nicht zum wenigsten aus dem angeborenen Raum zuströmt, bestimmt seinen Ausgang. Staat und Volk sind heute aber vielfach im Widerstreit. Staatlicher Machtwille und Machthunger greift über die Grenzen des Staatsvolkes hinaus und vergewaltigt fremdes Volkstum. Die Einheit von Staat und Volk zu erringen, ist heute höchster Gedanke und letztes Ziel selbstbewußten völkischen Lebens. Stärker denn je verlangt der Gedanke der freien Selbstbestimmung der Völker seine Verwirklichung. Im deutschen Volke kündigt sich das Wieder-

erwachen eines gesamtdeutschen Volksbewußtseins und das Streben nach seiner politischen und rechtlichen Sicherung trotz aller Zerissenheit immer deutlicher an. Die Gefahr einer einseitigen Staatsgläubigkeit, die vor 1914 das Hineinwachsen des Volkes in den obrigkeitlichen Staat verhinderte, scheint heute überwunden; in der grenzenlosen Not des Zusammenbruchs erlebte das deutsche Volk seine Einheit. So konnte es seelisch nicht vernichtet werden, vielmehr ist aus dem erstarkten Volksgedanken ein neues Bekenntnis zum Staat erstanden. Der großdeutsche Gedanke ist Ausdruck deutschen Willens zu staatlicher Neuschöpfung von Grund aus.

184

[Faint, illegible text]

[Faint, illegible text]

[Faint, illegible text]

[Faint, illegible text]



GHP: 03 M18634

P
03

Dr. Franz Braun und A. Hilfen Biegfeld / Weltgeschichte im Aufsatz

M
18 634